



Boston Athenaeum.

From the income of the fund given by

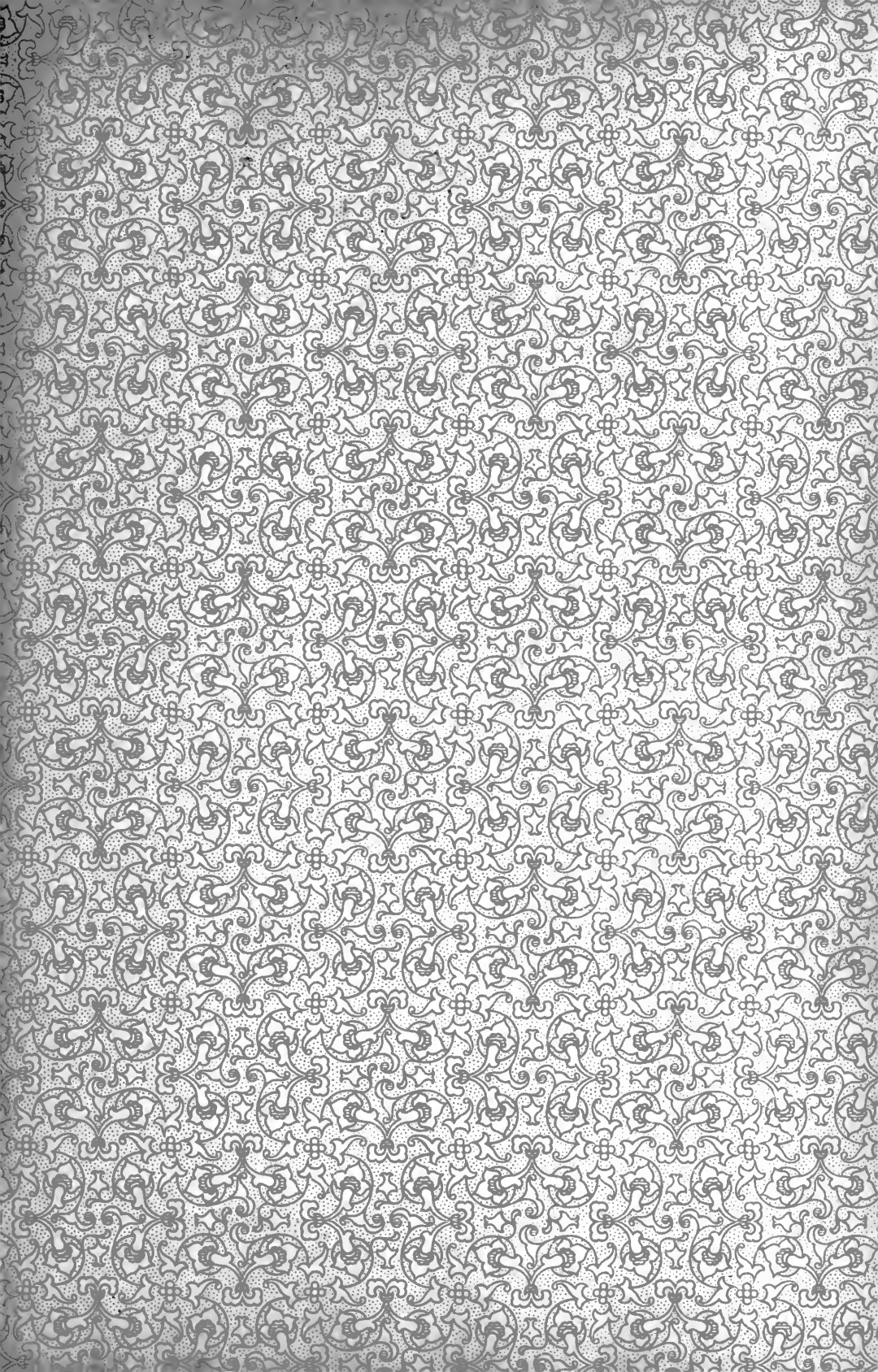
John ~~Greenfield~~ Greenfield

of Boston, merchant, b. 1779, d. 1825.

Received July 20, 1898.

EXTRACT FROM THE THIRTEENTH OF THE RULES FOR THE
LIBRARY AND READING ROOM OF THE BOSTON ATHENÆUM.

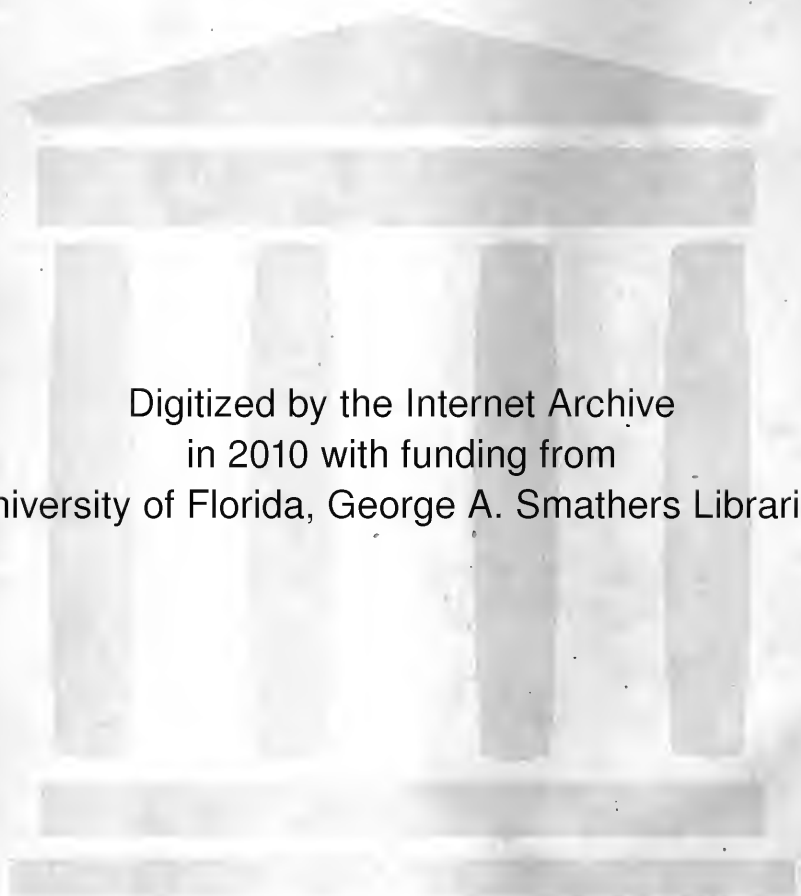
“If any book shall be lost or injured, or if any notes, comments, or other matter shall be written, or in any manner inserted therein, the person to whom it stands charged shall replace it by a new volume, or set, if it belongs to a set.”



UNIVERSITY
OF FLORIDA
LIBRARIES







Digitized by the Internet Archive
in 2010 with funding from
University of Florida, George A. Smathers Libraries

<http://www.archive.org/details/staatsarchiv60inst>

Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

Aegidi und Klauhold.

Herausgegeben

von

Gustav Roloff.

Sechzigster Band.



Verlag von Duncker & Humblot.

1898.

W

327.08

5775

v.60



62787
B2
July 20, 98
FR
7502
(v.60)

Inhaltsverzeichnis.

Bündnisse, Verträge, Konventionen, Protokolle etc.

1885.	Dezbr. 28.	Italien und Argentinien. Konsularvertrag	11511.
1887.	Juni 25.	Österreich-Ungarn und Uruguay. Auslieferungsvertrag . .	11481.
1893.	April 24.	Grossbritannien und Österreich-Ungarn. Abkommen zum Schutze von Werken der Litteratur und Kunst	11482.
1894.	Mai 19.	Niederlande und Portugal. Auslieferungsvertrag	11483.
"	Juni 1.	Italien und Argentinien. Handelsvertrag	11510.
1895.	Febr. 2.	Niederlande und Liberia. Auslieferungsvertrag	11484.
"	März 2.	Russland und Dänemark. Handels- und Schifffahrtsvertrag .	11485.
"	" 20.	Japan und Peru. Handels- und Schifffahrtsvertrag	11486.
"	Mai 16.	Grossbritannien und Niederlande. Grenzregulierung auf Neu- Guinea	11477.
"	" 16.	Deutsches Reich und Niederlande. Abkommen über die Re- gulierung der unteren Niers	11480.
"	Juni 25.	Frankreich und China. Zusatz zu dem Vertrag über die Grenzregulierung zwischen China und Tonkin am 26. Juni 1887	11469.
"	" 25.	Frankreich und China. Zusatz zu dem Handelsvertrage zwischen Frankreich und China vom 26. Juni 1887	11470.
"	Juli 9.	Grossbritannien und Frankreich. Ergänzungsvertrag über Postwaarenverkehr	11478.
"	" 16.	Vertragsstaaten. Zusatzvereinbarung zum internationalen Übereinkommen über den Eisenbahn-Frachtverkehr vom 14. Oktober 1890. (Vgl. Nr. 10356. Bd. 54).	11487.
"	Novbr. 1.	Grossbritannien und Nicaragua. Regelung einiger Streitig- keiten	11488.
"	" 5.	Japan und Brasilien. Handels- und Schifffahrtsvertrag . .	11514.
"	" 20.	Italien und San Marino. Postvertrag	11489.
"	" 21.	Grossbritannien und Ägypten. Vertrag zur Unterdrückung der Sklaverei und des Sklavenhandels	11475.
1896.	Jan. 15.	Grossbritannien und Frankreich. Erklärung über Siam und den Oberen Mekong	11473.
"	" 15.	— Erklärung über die Abgrenzung ihrer Interessensphäre in Siam	11513.
"	Febr. 4.	Deutsches Reich und Nicaragua. Freundschafts-, Handels-, Schifffahrts- und Konsularvertrag	11476.
"	" 8.	Grossbritannien und Vereinigte Staaten von Amerika. Schieds- gerichtsvertrag über die Fischerei im Behringsmeere .	11490.
"	März 11.	Niederlande und Serbien. Auslieferungsvertrag	11491.
"	Mai 2.	Japan, Schweden und Norwegen. Handels- und Schifffahrts- vertrag	11472.

IV Sachregister: Bündnisse, Verträge, Konventionen etc. — Grossbritannien.

1896.	Mai	4.	Vertragsstaaten. Zusatzakte zur Berner Übereinkunft betr. die Bildung eines internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Litteratur und Kuust (vgl. 11468) . . .	11467.
„	Juni	22.	Belgien und Japan. Handels- und Schiffahrtsvertrag . . .	11471.
„	„	23.	Grossbritannien und Japan. Postvertrag	11492.
„	„	25.	Österreich-Ungarn und Italien. Abkommen über gegenseitige Unterstützung von hilfsbedürftigen Kranken	11493.
„	Juli	1./11.	Deutsches Reich und Schweden. Postvertrag	11504.
„	„	11.	Grossbritannien und Italien. Postvertrag	11494.
„	„	21.	Japan und China. Handels- und Schiffahrtsvertrag	11415.
„	„	31.	Grossbritannien und Columbia. Schiedsgerichtsvertrag über Eisenbahnfragen	11495.
„	Septbr.	8.	Niederlande und Japan. Revision der zwischen beiden Staaten bestehenden Verträge	11496.
„	„	28.	Italien und Tunis. Handels- und Schiffahrtsvertrag	11505.
„	„	28.	— — Konsularvertrag	11507.
„	„	28.	— — Auslieferungsvertrag	11506.
„	Oktr.	16.	Deutsches Reich und Niederlande. Vertrag über die Erhaltung des Seeufers von Borkum, Beleuchtung der Unterems etc.	11503.
„	Novbr.	10.	Japan und Schweiz. Freundschafts- und Handelsvertrag . .	11516.
„	„	12.	Italien und Dänemark. Schiffahrtsabkommen	11512.
„	„	16.	Österreich-Ungarn und die Schweiz. Auslieferungsvertrag .	11474.
„	Dezbr.	5.	Deutsches Reich und Schweiz. Vertrag betr. die Einrichtung schweizerischer Nebenzollämter bei den auf badischem Gebiet belegenen Stationen Altenburg, Jestetten und Lotstetten der schweizerischen Eisenbahnlinie Eglisau—Schaffhausen und die schweizerische Zollabfertigung am Grenzachernhorn, vom 5. Dezember 1896	11501.
„	„	19.	Italien und Monaco. Vertrag über Erleichterung der Zeugnisablegung bei den gegenseitigen Gerichtshöfen	11497.
„	„	22.	Japan und Belgien. Konsularvertrag vom 22. Dezbr. 1896 .	11479.
„	„	22.	Grossbritannien und Schweden. Postvertrag	11498.
1897.	Jan.	2.	Japan und Spanien. Revision des zwischen beiden Staaten bestehenden Handelsvertrages	11517.
„	„	11.	Italien und Spanien. Erklärung über die gegenseitige Unterstützung Bedürftiger	11509.
„	April	18.	Türkei und Rumänien. Handelsvertrag	11499.
„	„	23.	Italien und Rumänien. Abkommen über den Depeschendienst	11500.
„	Mai	4.	Deutsches Reich. Denkschrift, dem deutschen Reichstage bei Einbringung des Vertrages vom 4. Mai 1896 (Nr. 11467) vorgelegt	11468.
„	Juni	28.	Italien und San Marino. Freundschafts-Vertrag	11508.
„	Septbr.	21.	Deutsches Reich und Niederlande. Zusatz zu dem Auslieferungsverträge vom 31. Dez. 1896. Vergl. Nr. 11427	11502.

Grossbritannien und die Südafrikanische Republik.

Verhandlungen über den Besuch des Präsidenten Krüger in London.

1896.	Jan.	21.	Grossbritannien. Die Minister der Kapkolonie an den Gouverneur. Schlagen eine Zusammenkunft zwischen Krüger und Chamberlain vor	11434.
„	„	23.	— Der Kolonialminister an den Gouverneur in Kapstadt. Er ist einer Einladung Krügers nach London geneigt	11431.
„	„	27.	— Derselbe an Denselben. Soll den Präsidenten Krüger zu einer Reise nach England einladen	11432.

1896.	Jan.	28.	Grossbritannien. Der Gouverneur in Kapstadt an den Präsidenten der Südafrikanischen Republik. Ladet ihn zu einer Reise nach London ein	11439.
„	Febr.	6.	— Derselbe an Denselben. Soll mit Krüger über die Lage der Ausländer in der Südafrikanischen Republik unterhandeln	11433.
„	„	10.	— Der Gouverneur in Kapstadt an den Kolonialminister. Krüger fordert vor der Reise nach England Einigung über die Verhandlungsgegenstände	11435.
„	„	13.	— Derselbe an Denselben. Die Südafrikanische Republik protestiert gegen die Veröffentlichung von Nr. 11433	11436.
„	„	15.	— Der Kolonialminister an den Gouverneur in Kapstadt. Antwort auf das Vorige. Motivirt die Publikation	11437.
„	„	16.	— Der Gouverneur in Kapstadt an den Kolonialminister. Präsident Krüger scheint geneigt zur Reise nach London	11438.
„	„	23.	Südafrikanische Republik. Präsident Krüger an den englischen Gouverneur in Kapstadt. Formulirt seine Bedingungen, von denen er die Annahme der Einladung abhängig macht	11443.
„	„	29.	Grossbritannien. Der Gouverneur in Kapstadt an den Präsidenten der Südafrikanischen Republik. Will Krüger eine besondere Sitzung des Volksrats zur Äusserung über die Einladung berufen?	11444.
„	März	1.	— Der Gouverneur in Kapstadt an den Kolonialminister. Präsident Krüger setzt die Bedingungen zur Annahme der Einladung auseinander	11440.
„	„	3.	Südafrikanische Republik. Präsident Krüger an den englischen Gouverneur in Kapstadt. Antwort auf das Vorige	11445.
„	„	5.	Grossbritannien. Der Kolonialminister an den Gouverneur in Kapstadt. Antwort auf das Vorige	11441.
„	„	17.	Südafrikanische Republik. Der Präsident an den englischen Gouverneur in Kapstadt. Krüger lehnt die sofortige Berufung eines Volksrats ab	11450.
„	„	21.	Grossbritannien. Der Gouverneur in Kapstadt an den Kolonialminister. Krüger will den Volksrat erst im Mai über die Einladung befragen	11442.
„	„	26.	— Der Kolonialminister an den Gouverneur in Kapstadt. Gerüchte über kriegerische Vorbereitungen in der Südafrikanischen Republik	11446.
„	„	26.	— Derselbe an Denselben. Antwort auf Nr. 11442, 43. Krüger soll die Einladung sobald als möglich dem Volksrat unterbreiten, widrigenfalls wird sie zurückgezogen	11447.
„	„	27.	— Der Gouverneur in Kapstadt an den Kolonialminister. Keine offensiven Rüstungen in der Südafrikanischen Republik und dem Oranje-Freistaat	11448.
„	„	27.	Südafrikanische Republik. Die Regierung an den Generalkonsul in London. Betrachtungen über die politische Lage	11449.
„	April	25.	Grossbritannien. Der Gouverneur in Kapstadt an den Kolonialminister. Krüger lehnt den Besuch in England für jetzt ab	11451.
„	„	27.	— Der Kolonialminister an den Gouverneur in Kapstadt. Antwort auf das Vorige	11452.

Zum Angriffe Jamesons auf die Südafrikanische Republik. (Vgl. Bd. 58.)

1896.	Mai	1.	Grossbritannien. Der englische Agent bei der Südafrikanischen Republik an den Kolonialminister. Berichtet über seine Haltung während des Jamesonschen Einfalls	11453.
-------	-----	----	--	--------

Verhandlungen zwischen Grossbritannien und den Vereinigten Staaten über den Grenzstreit mit Venezuela und die Berufung eines Schiedsgerichts 1896.

1896.	Febr.	27.	Vereinigte Staaten. Der Botschafter in London an den Minister des Auswärtigen. Die Vereinigten Staaten wünschen ein Schiedsgericht in der Venezuelafrage . . .	11454.
"	"	27.	Grossbritannien. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Washington. Wünscht eine gemischte Kommission zum Schiedsgericht	11455.
"	März	1.	— Der Botschafter in Washington an den Minister des Auswärtigen. Antwort auf das Vorige. Gegenvorschlag der Vereinigten Staaten	11456.
"	"	1.	— Derselbe an Denselben. Dasselbe	11457.
"	"	3.	— Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter der Vereinigten Staaten. England stimmt der Verhandlung über die Venezuelafrage in Washington zu	11458.
"	"	5.	— Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Washington. Schlägt einen allgemeinen Vertrag zwischen England und den Vereinigten Staaten auf Einsetzung eines Schiedsgerichts für gewisse Fälle vor	11459.
"	April	11.	Vereinigte Staaten. Der Staatssekretär des Auswärtigen an den englischen Botschafter. Fordert Änderungen an Salisburys Vorschlag eines allgemeinen Schiedsgerichts .	11460.
"	Mai	18.	Grossbritannien. Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Washington. Antwort auf Olneys Gegenvorschläge zum allgemeinen Schiedsgericht. Verbindung mit der Venezuelafrage	11461.
"	"	22.	— Derselbe an Denselben. Schlägt die Grundlage eines Vertrages in der Venezuelafrage vor	11462.
"	Juni	2.	— Der Botschafter in Washington an den Minister des Auswärtigen. Olney ist dem Schiedsgericht geneigter .	11463.
"	"	5.	— Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Washington. England acceptirt Olneys Änderungen am Artikel IV	11464.
"	"	12.	Vereinigte Staaten. Der Staatssekretär des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Washington. Antwort auf Nr. 11463	11465.
"	"	22.	— Der Staatssekretär des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Washington. Antwort auf Nr. 11461 .	11466.

Grossbritannien und die Südafrikanische Republik 1896.

Verhandlungen über den Besuch des Präsidenten Krüger in London.

Nr. 11431. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Kolonialminister an den Gouverneur in Kapstadt. Er ist einer Einladung Krügers nach London geneigt.

Sent 3.45 p. m., January 23, 1896.

Telegram. || A suggestion has been privately made to me that President Krüger and others should be invited to London for the purpose of discussing pending questions. I am favourably disposed towards the idea if it is certain that the President would accept the invitation on condition that Article IV. of the London Convention is excluded from discussion. || In this case it would be desirable that you should come to England to take part in the discussion.

Nr. 11431.
Gross-
britannien.
23. Jan. 1896.

Nr. 11432. **GROSSBRITANNIEN.** — Derselbe an Denselben. Soll den Präsidenten Krüger zu einer Reise nach England einladen.

Sent 1.30 p. m., January 27, 1896.

Telegram. || I have now received a positive assurance that President Krüger will accept an invitation to visit this country. Unless you see strong objections you should therefore give him, in the name of Her Majesty's Government, a cordial invitation to come to England for the purpose of discussing all questions relating to the security of the South African Republic and the general welfare of South Africa. || You should, in order to prevent the possibility of any mistake, repeat the statements made in previous telegram, that we cannot consent to modify the terms of Article IV. of the London Convention, but other matters are open to friendly discussion. || It is hoped that the President will come here as the guest of the British Government, who will make suitable arrangements for his entertainment. They will also arrange

Nr. 11432.
Gross-
britannien.
27. Jan. 1896.

*) Die folgenden Aktenstücke bis Nr. 11452 entstammen dem Blaubeche Affairs in the South African Republik 1896. (8063.)

Nr. 11432. that one of Her Majesty's vessels shall convey him to England from Delagoa
 Gross- Bay or any other port that he may prefer. || He may probably desire that
 britannien. one or more of his Council should accompany him; if so they are included
 27, Jan. 1896. in the invitation.

Nr. 11433. **GROSSBRITANNIEN.** — Derselbe an Denselben: Soll mit Krüger über die Lage der Ausländer in der Südafrikanischen Republik unterhandeln.

Sent 10.12 p. m., February 6, 1896.

Nr. 11433. Telegram. || 6th February. No. 3. Am sending you long despatch *) by
 Gross- next mail on subject of recent occurrences in South African Republic. From
 britannien. considerations of policy I consider it necessary to publish this despatch in
 6, Febr. 1896. "London Gazette" of 7th February. Following are main points:

First 29 paragraphs are historical, dealing with rise of Uitlander element, their agitation for reforms, movement of Jameson, reasons why it could not have been anticipated by Her Majesty's Government, steps taken by you and Her Majesty's Government to stop him, your proceedings at Pretoria, action of Government of South African Republic towards Johannesburg and arrests at that place. Next I indicate position which Her Majesty's Government claim to hold towards the South African Republic as regards, first, its external, second, its internal relations. I go on to refer to principal grievances of Uitlanders: naturalization, electoral franchise, public instruction, finance, right of public meeting, Government monopolies, labour questions, police force, &c. As regards naturalization and electoral franchise I adopt 3rd to 9th paragraphs of my predecessor's despatch "B," 19th October 1894, which paragraphs I am with his consent about to publish. I express hope that concessions will be made on these points which will remove just causes of discontent and disarm agitation. I proceed to suggest for President's considerations as a possible solution of the matter a plan by which it might be possible to meet complaints of Uitlanders without endangering stability of Republic. Principal features are as follows: whole of Rand district to have a modified local autonomy with powers of legislation on purely local matters subject to veto of Government of South African Republic, and self-taxation subject to annual payment of fixed contribution to Government. There to be a separate superior Court of Law, as in Eastern Province and at Kimberley, for the district, which should also control its civil police force, public instruction, management of mines, and other internal economy. Government of South African Republic would be entitled to maintain reasonable safeguards against revolutionary intrigues or storage of arms for treasonable purposes in district. Inhabitants of the autonomous district not to have voice in general legislature or Executive or Presidential election. I mention that, if possible

*) Nr. 10913.

and agreeable to the President, I should be glad to discuss various questions with him in person, but if not I rely on you to carry on negotiations. I conclude by saying that it would be improper for me to express an opinion on Jameson's action, the matter being *sub judice*. (*Summary of despatch ends.*) || Explain to President of South African Republic that I feel it necessary to make public this despatch before its receipt by you, and urge him to keep an open mind on the subject until the full text is before him. It is important to guard against unauthorized and incomplete versions which may be sent to South Africa. I am more than ever convinced that a personal interchange of views with the President would result in a settlement satisfactory to all.

Nr. 12433.
Gross-
britannien.
6. Feb. 1896.

Nr. 11434. GROSSBRITANNIEN. — Die Minister der Kapkolonie an den Gouverneur. Schlagen eine Zusammenkunft zwischen Krüger und Chamberlain vor. *)

In addressing his Excellency the Governor upon the subject referred to in this minute, Ministers desire to assure his Excellency that they have not the slightest intention of trespassing in any degree upon the functions of the High Commissioner, and it is only on account of the very serious state of affairs prevailing in this Colony, as well as the rest of South Africa, consequent upon recent occurrences in the South African Republic, that they venture to submit the following proposal for his Excellency's consideration. || Ministers are of opinion that a material advance would be made towards the restoration of harmonious action between the Colony and the neighbouring Republics, and towards the settlement of weighty matters affecting the relationship of Great Britain and the South African Republic, if a meeting could be arranged between the Right Honourable the Secretary of State for the Colonies and his Honour the President of the South African Republic. || Ministers would therefore suggest that his Excellency communicate this proposal to Mr. Chamberlain, and advise that he invite the President of the South African Republic, accompanied by the Chief Justice of that State, to visit England, for the purpose indicated, as Ministers are in possession of information which leads them to believe that such an invitation would be cordially accepted.

Nr. 11434.
Gross-
britannien.
21. Jan. 1896.

January 21. 1896.

J. Gordon Sprigg.

Nr. 11435. GROSSBRITANNIEN. — Der Gouverneur in Kapstadt an den Kolonialminister. Krüger fordert vor der Reise nach England Einigung über die Verhandlungsgegenstände.

Received 10.5 p. m., February 10, 1896.

Telegram. || 10th February. No. 3. I have received a telegram in Dutch from President of South African Republic in reply to your invitation to Eng-

Nr. 11435.
Gross-
britannien.
10. Feb. 1896.

*) Dieses Schreiben erhielt Chamberlain durch Robinson am 10. Februar. Red.

Nr. 11435. land, of which the following is a translation: || *Begins*: "8th-February. I have
 Gross- received the friendly invitation of Her Majesty's Government through your
 britannien. Excellency's letter of 28th January, and am prepared to proceed to England.
 10. Feb. 1896. In order to give me confidence to consult the Honourable First Volksraad
 whether permission and instruction will be given me to leave the country, an
 understanding must naturally first be arrived at as to which points will not
 then be discussed [*sic*], so that I can lay these before the Volksraad
 for consideration and decision. I trust Her Majesty's Government will show
 itself disposed to discuss at the same time the point on which they
 say no modification can be made, after consideration of my letter, which
 by an exposition of matters will show the tendency of this telegram, and will
 follow as soon as possible."—*Ends*. || The telegram is not very clear, but I
 gather from it that a letter is to follow, urging a reconsideration of the
 decision to exclude from discussion Article IV. of the London Convention
 of 1884.

Nr. 11436. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Die
 Südafrikanische Republik protestirt gegen die Ver-
 öffentlichung von Nr. 11433.

Received 3.30 p. m., February 13, 1896.

Nr. 11436. Telegram. || 13th February. No. 1. Referring to your telegram of
 Gross- 6th February No. 3, I have received following from British Agent in the
 britannien. South African Republic: || *Begins*: "12th February. I have received Govern-
 13. Feb. 1896. ment reply to summary of Secretary of State for the Colonies' Despatch, and,
 as this reply will probably be published in to-day's 'Staats Courant,' I deem
 it advisable to wire the full text in Dutch and lose no time by translating it
 lest the newspapers publish a summary in Capetown before the information
 reaches your Excellency."—*Ends*.

Here begins Dutch reply, which I have had translated, and reads as
 follows: || *Translation begins*: "Honourable Sir,—I am instructed to acknowledge
 receipt of your letter, dated 8th February, enclosing copy of a telegram
 received by you from High Commissioner, transmitting copy of a telegram from
 Secretary of State for the Colonies to his Excellency. This telegram con-
 tains the brief summary of a Despatch from Secretary of State for the Co-
 lonies to his Excellency High Commissioner with reference to the occurrences
 which recently took place in South African Republic. In the said telegram
 the hope is expressed by Secretary of State for the Colonies that, although
 the Despatch has been published in the London 'Staats Courant,' President of
 the South African Republic will keep an open opinion on this subject until
 Despatch is delivered to him. However much President of the South African
 Republic might be disposed to comply with this request, it has by anticipation
 become impossible for him through the prior publication of the said Despatch

in London. The Government, though awaiting arrival of that Despatch from Her Majesty's Government, feels itself now already bound to remark that it considers it undesirable and inadvisable to give publicity beforehand to the position which the British Cabinet intends to be able to take up, in manner such as has now taken place. The position of affairs has, in opinion of the Government, been greatly complicated thereby, and the Government is compelled not only to remark that it cannot tolerate any interference or meddling, however [?] well meant, in internal affairs of which mention is made in the said telegram and Despatch from Secretary of State but it is also further compelled to make this letter public through medium of 'Staats Courant.' The endeavours thus far used by the Government to obtain in a just and peaceful manner the ultimate settlement of a good understanding between South African Republic and England will, in its opinion, be made much more difficult; to the great danger of the rest and peace not only of Republic but of the whole of South Africa, by arousing afresh and inciting to disturbance the minds of the inhabitants. (Signed) Van Boeschoten, Acting State Secretary.—
Translation Ends.

Nr. 11436.
Gross-
britannien.
13. Feb. 1896.

Nr. 11437. GROSSBRITANNIEN. — Der Kolonialminister an den Gouverneur in Kapstadt. Antwort auf das Vorige. Motivirt die Publikation.

Sent 1 a. m., February 15, 1896.

Telegram. || 14th February. No. 3. Referring to your telegram of 13th February, No. 1,*) communicate with President of South African Republic in the sense of what follows. || Express my regret that he should have been annoyed by publication of my Despatch. My object was to place House of Commons in possession of facts and of policy of Her Majesty's Government. I did not suppose that he would object, as it contains nothing new to him except suggestion as to local autonomy. As to this point, we have to deal with demand of majority of population for franchise and for a fair proportion of political power, neither of which they possess at present. One answer hitherto given by supporters of Government of the South African Republic is that it would be suicidal to grant these, as the first use which the majority would make of the franchise would be to overturn the existing Government and to set up another of their own making. I thought that there was some force in this objection, and therefore proposed in my Despatch an alternative suggestion which would at any rate meet that difficulty. I do not, however, attach any importance to the proposal, which was put forward tentatively to meet a particular object, and, if it is not well received by either Uitlanders or President of the South African Republic, Her Majesty's Government have not the slightest intention to press it. All they ask in that case would be

Nr. 11437.
Gross-
britannien.
15. Feb. 1896.

*) Nr. 13436.

Nr. 11437. that President will himself suggest some alternative. || Turning to another subject, I wish to remove some erroneous impressions respecting visit of Mr. Rhodes to Colonial Office which have found expression here, because such matters are often telegraphed to South African Republic and made use of by persons who are friends neither to this country nor to South Africa generally. It has been suggested that my Despatch was in some way influenced by what passed between me and Mr. Rhodes. The fact is that it was finished and signed before I saw him. I did not show it to him. He was not aware of it till after publication. No alteration was made in it in consequence of his visit. I am alone responsible for it. Another point is that neither I nor Her Majesty's Government had anything to do with decision of Mr. Rhodes to return to South Africa. This was regarded by us as a matter entirely for him, and I offered him no advice or opinion on it. He told me he intended to return with sole object of developing Rhodesia. A few weeks ago he was the most powerful man in South Africa, not only as being Managing Director of the British South Africa Company, but as Prime Minister of the Cape and as the British statesman who had been most conspicuously successful in bringing together the two races and in securing a united support from them in his policy. He had, moreover, under his control all the forces and resources of the British South Africa Company. Now he is no longer in office and does not control a single disciplined policeman. Under these circumstances his return to South Africa cannot cause alarm, as, whatever the suspicions of him entertained by the Government of the South African Republic, it is absolutely impossible for him to do mischief. || I regret the terms of the President's message forwarded in your telegram, for I think that they are due to a misapprehension. I have approached him in this matter as a friend to him and the Republic. No true friend will counsel a refusal to meet the legitimate grievances of a majority of the population, and as a friend I have counselled him to voluntarily concede something to their claims. I do not consider that the President should resent this, but, in any case, I shall continue to endeavour by every legitimate means to secure that justice which hitherto has been denied. || As regards the President's visit, I have conveyed a cordial invitation to him, and if he is pleased to accept it he will be received not only by Her Majesty's Government but by all parties in this country with the respect due to his position and character. If he should come, I believe personal negotiation would clear away misunderstanding and pave way to a settlement of the difficult questions that still remain the subject of negotiation. || The foregoing is the substance of what I said on these topics in the House of Commons in the evening of 13th February, with general approval.

Nr. 11438. GROSSBRITANNIEN. — Der Gouverneur in Kapstadt an den Kolonialminister. Präsident Krüger, scheint geneigt zur Reise nach London.

Received 10.55 a. m., February 16, 1896.

Telegram. || 16th February. No. 2. Your telegram of 14th February, No. 3, received and sent on to British Agent in the South African Republic to be handed to President of South African Republic. || I have a private and very friendly letter from President of the South African Republic, written since receipt by him of your message of 6th February, in which he writes as if he had quite determined to visit England. I am told that the Hollanders about him are averse to his acceptance of your invitation, but that he himself strongly wishes to go, and will do so if the Volksraad give him leave.

Nr. 11438.
Gross-
britannien.
16. Feb. 1896.

Nr. 11439.*) GROSSBRITANNIEN. — Der Gouverneur in Kapstadt an den Präsidenten der Südafrikanischen Republik. Ladet ihn zu einer Reise nach London ein.

Government House, Cape Town, January 28, 1896.

Sir || I am directed by Her Majesty's Government to tender to your Honour a cordial invitation to visit England, with a view of discussing with them all those questions which relate to the security of the South African Republic and the general welfare of South Africa. || I am to add that, although Her Majesty's Government cannot consent to modify Article 4 of the London Convention, other matters are open to friendly discussion. || Her Majesty's Government hope that your Honour will come as the guest of the British Government, who will make suitable arrangements for your entertainment, and will also arrange for one of Her Majesty's ships to convey you to England from Delagoa Bay or any other port preferred by you. || Your Honour may probably desire to be accompanied by one or more of your Executive Council (or other officials) and, if so, the invitation extends to them also. || It affords me much pleasure to be the medium of conveying this invitation to your Honour, and I trust that, should you see your way to accept it, the result of your visit may prove beneficial to the whole of South Africa.

Nr. 11439.
Gross-
britannien.
28. Jan. 1896.

I have, &c.

Hercules Robinson, High Commissioner.

Nr. 11440. GROSSBRITANNIEN. — Der Gouverneur in Kapstadt an den Kolonialminister. Präsident Krüger setzt die Bedingungen zur Annahme der Einladung auseinander.

Received 10.50 p. m., March 1, 1896.

Telegram. || 1st March. No. 1. Have received from President of South African Republic the Despatch in reply to your invitation promised by his

Nr. 11440.
Gross-
britannien.
1. März 1896.

*) Chamberlain erhielt eine Abschrift hiervon am 26. Februar. Red.

Nr. 11440. telegram of 8th February forwarded in mine of 10th February No. 3. || President of South African Republic commences by reciting his telegram of 8th February; and, before specifying in detail the points which he desires to discuss, observes that his object is to pave way for a friendly discussion, and although he asks for no positive or direct assent to the desires expressed, he nevertheless, to prevent misunderstanding, asks for an assurance that they will be taken into the most mature consideration, with the earnest desire to comply with his wishes. This assurance he considers reasonable, looking to his advanced age and the public and personal inconvenience attending his absence, and without such assurance the Volksraad in all probability would not grant its consent. Further, the Despatch has in view a friendly explanation of matters, and does not profess to be a formal summing-up of claims or demands which South African Republic believes itself entitled to make, and therefore the letter is written without prejudice as regards an eventual statement in detail of lawful rights, which the Government will resort to if a friendly discussion of matters should fail. Lastly, he states that your telegram of 6th February, received after his Despatch of 8th February, made him fear it would be impossible for him to visit England. The general tendency of your telegram made him fear that an interference with internal matters was intended, but since receipt of your reply to his telegram of 12th February he observes with satisfaction that that fear was not justified, and he again declares himself prepared to accept invitation. Although the Government could not tolerate interference with its internal relations, and the official discussion of affairs with the object of requiring changes therein will have to be avoided, at the same time, private hints from statesmen of experience in the true interests of the country and its independence will always be warmly appreciated from whatever side they may come. || With these prefatory remarks he proceeds to sum up the points which, in his opinion, should be brought under discussion.

First, withdrawal of London Convention of 1884, because in several respects it has virtually ceased to exist, because in other respects it has no more cause for existence, because it is injurious to dignity in [? of] independent Republic, because the continual arguments [? on] the question of suzerainty, which since the conclusion of London Convention of 1884 no longer exists, are used as a pretext, especially by a libellous press, for inciting white and black against the Republic, and for bringing about misunderstanding between England and South African Republic. In the discussion of withdrawal of London Convention of 1884, Article No. IV. should naturally not be kept back. He believes British Government have decided to make no alteration in this Article on false representation that Government of South African Republic have sought protection of other Powers. He asserts there is nothing further from his thoughts than the protection of any foreign Power, which he will never seek. Neither he nor his people will tolerate an interference with their

internal relations from any Power whatever, and he is willing to give the necessary assurances for this in order that Her Majesty's Government need have no fear that Her Majesty's interests in South Africa will be injured. || Secondly, the substitution should be discussed of any treaties of peace, friendship, and commerce in lieu of London Convention of 1884, by which the existing privileges of England in the dominion of commerce and intercourse and the interests of British subjects in South African Republic will be guaranteed on the footing of the most favoured nation, and herein he would be prepared to go to the utmost of what can reasonably be asked. || Thirdly, will have to be discussed the required guarantees against a repetition of violation of territory proceeding from territory of British South Africa Company or the Cape, and of disturbing military operations and unlawful military, or police, or even private movements on border of South African Republic. || Fourthly, should be discussed compensation for direct and indirect injury to be given, or caused to be given, by England for the recent raid. The amount to be demanded will, if required, be given before his departure for England.

These are the four points on which President of South African Republic considers discussion indispensable, but there are three others which he would very much like to have discussed, in reference to which, however, he does not insist on an assurance beforehand. They are:— || First, final settlement of Swaziland question, with a view to its becoming part of South African Republic. Secondly, in connection with Swaziland, a regulation favourable to South African Republic as regards disposition of Zambaan's territory and Umbegesa's. And, thirdly, revocation of charter of British South Africa Company, which, if it does not take place, will continue a threatened danger to the peace of South African Republic, and thereby also to whole of South Africa. || The concluding four paragraphs of the Despatch contain expressions of President of South African Republic's opinion that all his desires put forward are fair, and that when Her Majesty's Government take into consideration the attitude which he and people of South African Republic have taken up in connection with the recent raid, in spite of all the calumny and false reports, they will comply with his wishes, in the interests of South African Republic and also of England. This will pave way for the making of a firm bond of friendship which should exist if South Africa is to meet a prosperous future. || He declares himself prepared for a voluntary and hearty co-operation, and believes that in this he is interpreter of every true Afrikaner. He will be pleased to receive the views of Her Majesty's Government, in order that he may submit the matter for decision of his Volksraad. || The foregoing is a résumé of a Despatch which extends over eleven type-written pages, but I think no material point has been overlooked.

Nr. 11441. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Kolonialminister an den
Gouverneur in Kapstadt. . Antwort auf das Vorige.

Sent 9.5 p. m., March 5, 1896.

Nr. 11441.
Gross-
britannien.
5. März 1896.

Telegram. || 5th March. No. 5. Your telegram No. 1 of 1st instant received. || Her Majesty's Government reciprocate friendly assurance of President of South African Republic, and believe that if he accepts invitation to visit England a satisfactory settlement of all pending questions will be possible. || At the same time, his Honour must not be allowed to undergo the fatigue and inconvenience of a journey to London without fully understanding the views of Her Majesty's Government. || In the Despatch received from the President of the South African Republic, of which you send me a telegraphic summary, I observe that his Honour informs you that if he came to England he could not tolerate interference with the internal relations of the Republic, and that official discussion of affairs internal to the South African Republic with the object of requiring changes therein must be avoided. As, however, no final and satisfactory settlement can be made which does not include a remedy of admitted grievances, I hope that I may assume that his Honour will himself offer proposals with this object, and that these proposals may be the subject of friendly discussion. || On this supposition I shall proceed to offer certain observations on the suggestions for discussion put forward by his Honour. || Her Majesty's Government have no objection to discuss the provisions of a new convention or treaty for commercial and other purposes more adapted to all the circumstances of the present moment than the Convention of 1884, but his Honour must clearly understand that Article IV. of the existing convention must form a part of any such new convention or treaty, and on this point Her Majesty's Government cannot depart from the statements already made to the President on this subject. || I shall be willing, as part of the general settlement, to give a complete guarantee on behalf of Her Majesty's Government to the South African Republic against any attack upon its independence either from within any part of British dominions or from the territory of a foreign state.

With regard to the question of compensation for the recent raid, Her Majesty's Government have in earlier telegrams stated that they will be prepared to entertain any reasonable demands put forward by his Honour on behalf of the South African Republic, but in formulating these demands I have no doubt that his Honour will give due weight to the fact, which must be fresh in his recollection, that Her Majesty's Government have never received any compensation for the serious expense to which they have on several occasions been put by raids made by subjects of the South African Republic. I refer to the incursions of freebooters into the Land of Goshen, Stellaland, Zululand, &c., which were certainly a breach of the Convention, and required the repudiation of the Government from whose territories they

proceeded as much as Dr. Jameson's recent raid. || Her Majesty's Government will be ready to discuss the other matters referred to, on the understanding indicated in the President's letter that they are not asked beforehand to assent to the changes indicated, but only to consider the President's opinions with a view to come to an agreement. On the other hand, Her Majesty's Government expect that his Honour will be ready to discuss with them all matters affecting the future security of the Republic and the general welfare of South Africa, and they trust that the discussion will be carried on in a spirit of reciprocal conciliation. They think it necessary to add that in the President's letter he refers only to the concessions which he desires to obtain from Her Majesty's Government, and that he offers nothing in return except what they already possess under the existing Convention of 1884, which was intended to secure the benefits of most-favoured-nation treatment and to exclude the possibility of such interference by a foreign Power as would be involved in a Protectorate. || I feel sure that his Honour does not contemplate negotiations on so one-sided a basis, and I trust that he will be prepared on behalf of his Government to meet us on the only possible basis of a satisfactory settlement, namely, full discussion and mutual concessions.

Nr. 11441.
Gross-
britannien.
5. März 1896.

Nr. 11442. GROSSBRITANNIEN. — Der Gouverneur in Kapstadt an den Kolonialminister. Krüger will den Volksrat erst im Mai über die Einladung befragen.

Received 4,10 p. m., March 21, 1896.

Telegram. || 21st March. No. 1. I have received reply from President of the South African Republic to your telegram of 5th March, No. 5.

Nr. 11442.
Gross-
britannien.
21. März 1896.

He states it grieves him more than he can express to declare that your message has caused him deep disappointment, and that by reason of its contents he cannot convene a special session of Volksraad of the South African Republic at once to obtain permission to visit England. He is convinced that people of South African Republic would disapprove of such an unusual step, seeing that reply of Her Majesty's Government differs in so many respects from what he has submitted. This difference consists mainly in the discussion or treatment of the internal affairs of the South African Republic which Her Majesty's Government appears to desire, but to which he cannot give his consent as head of an independent State. He would appreciate, as already stated, the giving of private hints, in the interest and confirmation of the independence of the country, but he cannot lend a helping hand to giving by another way an opening to the discussion of internal affairs which would involve the acknowledgment of the principle that the right exists. || There is further a very important difference with reference to clause 4 of London Convention of 1844 which Her Majesty's Government wish should form part of a new convention or Treaty. He speaks of a substitution of the Convention

Nr. 11442. by a treaty of peace, amity, and commerce, on the basis of the most-favoured-
 Gross- nation, while in the telegraphic communication under reply mention was made
 britannien. of a new convention or a treaty for commercial or other purposes. || President
 21. März 1896. of the South African Republic refers to other minor differences, and remarks
 of the South African Republic refers to other minor differences, and remarks
 that it is not clear to him what is meant by the giving of concessions from his
 side. As to matter of compensation, he does not agree with comparison
 made by you between Jameson's raid and the part taken by subjects of South
 African Republic in former days in Goshen, Stellaland, and Zululand
 questions. || The main question now is, what steps can still be taken to make
 an amicable discussion of affairs in England possible. Although he cannot
 convene a special session, he will submit correspondence to Volksraad of the
 South African Republic in its ordinary session in May, and nothing would be
 more agreeable to him than that Her Majesty's Government should inform him
 of its further views before that session commences.

Nr. 11443. SÜDAFRIKAN. REPUBLIK.*) — Präsident Krüger an
 den englischen Gouverneur in Kapstadt. Formulirt
 seine Bedingungen, von denen er die Annahme der
 Einladung abhängig macht.

Office for Foreign Affairs, Government Office, Pretoria, February 25, 1896.

Nr. 11443. Your Excellency, || I HAVE the honour to forward herewith to your
 Südafrikan. Excellency the letter which I promised by my telegram of the 8th instant,
 Republik. as follows:— || "I have received the cordial invitation of Her Majesty's
 25. Feb. 1896. Government per your Excellency's letter of the 28th ultimo, and am prepared
 to come to England. In order to give me the liberty to let the Honourable
 'Volksraad' judge whether permission and power to act will be given me to go
 out of the country an understanding must, of course, first be come to as to
*what points will be discussed or not, so that I may lay those points before the
 Volksraad for deliberation and resolution.* I am of opinion that Her Majesty's
 Government will show itself disposed likewise to discuss the point on which
 it says that no modification can be brought about, after considering my letter
 which will set forth in detail matters referred to in this telegram and which
 will follow as soon as possible."

In connexion with what follows, I have *underlined* several phrases to
 which I take the liberty specially to direct your Excellency's attention, and
 I now proceed to give in detail the points which I am disposed to discuss: ||
 At the commencement, I wish to observe that the object of this letter is to
 pave the way for a *friendly* discussion of the matters herein mentioned, in
 order to arrive at a satisfactory solution, and further that, although as yet
 I desire no positive and direct assent to the desires expresses herein, I would,
 nevertheless, to prevent a misunderstanding, desire to have an assurance that

*) Chamberlain empfing diesen Brief durch Robinson am 23. März. Red.

they will be taken into the most mature consideration with the earnest endeavour and the sincere desire to comply with my wishes. The desire to receive this assurance will be respected by your Excellency and Her Majesty's Government as reasonable, when I say that, considering especially my advanced age and the unavoidable delay, owing to my absence, in the transaction of matters affecting the highest State interests, I would, with difficulty, be able to make the sacrifice in going only to discuss matters without arriving at the desired result, and it is evident that if the assurance referred to by me cannot be given by Her Majesty's Government, in all probability the Honourable Volksraad would not grant its consent and commission. || Furthermore, as this letter has in view a friendly explanation of matters, and therefore does not pretend to be a formal summing up of claims or demands, which the Republic, on good grounds, believes itself entitled to make, it is not as yet necessary fully to unfold them, and therefore too it must be fairly considered that the contents of this letter do not establish a prejudice against an eventual statement in detail of lawful rights to which this Government will only then take its refuge if a friendly discussion and settlement of matters should fail, which, as I will not need to assure Her Majesty's Government, I will be most deeply grieved at. || Lastly, let me still first be allowed to state that I cannot hide from myself the fact that the telegram of the Right Honourable the Secretary of State of the 6th February, received by me after the Despatch of mine which is confirmed at the beginning of this letter, has made me fear that it would be made impossible for me to persist in my plan of coming to England. The general tendency of that telegram, strengthened by the following expression occurring therein, "Next division indicates position which Her Majesty's Government claim to hold toward South African Republic as regards, first, *its internal*, second, *its external*, relations," made me fear that an interference in internal matters was intended, for which reason then, too, the Government considered itself bound to send its Despatch of the 12th instant. Since that I have hereupon received the telegraphic reply of the Right Honourable the Secretary of State. Therein I observe with satisfaction that my fear was not justified. In this confidence I now again declare myself perfectly prepared to accept the invitation issued by Her Majesty's Government, because, in spite of the difficulties above mentioned, I wish to spare no endeavours and do not wish my position as head of the State to deter me from doing for my beloved State all that can materially advance her interests in a friendly manner. || Although, as already said, the Government could tolerate no interference in its internal relations and the official discussion of affairs with the object of requiring changes therein will have to be avoided, on the other hand I wish it to be understood that private hints given by statesmen of experience in the true interest of the country and its independence will always be warmly appreciated by me, from whatever side they may come.

Nr. 11443.
Südafrikan.
Republik.
25. Feb. 1896.

Nr. 11443.
Südafrikan.
Republik.
25. Feb. 1896.

Going over to a summing up of the points which, in my opinion, should be brought under discussion, I wish to mention in the first place:

1. The superseding of the Convention of London with the eye, amongst others, on the violation of the territory of the South African Republic: because in several respects it has already virtually ceased to exist; because in other respects it has no more cause for existence; because it is injurious to the dignity of an independent Republic; because the very name and the continual arguments on the question of suzerainty, which since the conclusion of this Convention no longer exists, are used as a pretext, especially by a libellous press, for wilfully inciting both white and coloured people against the lawful authority of the Republic; for intentionally bringing about misunderstanding and false relation between England and the Republic, whereby in this manner the interests of both countries and of their citizens and subjects are prejudiced and the peaceful development of the Republic is opposed. || In the discussion of the withdrawal of the Convention as a whole, Article IV. should naturally not be kept back. I have reason to believe that the British Government has come to the decision to make no alteration in this on account of false representations made to it and lying reports spread by the press and otherwise with a certain object, to the effect that the Government of the Republic has called in, or sought, the protection of other Powers. While I thankfully acknowledge and will ever acknowledge the sympathy of other Powers or their subjects, and the conduct of the last named has, in the light of the trials recently passed through, on the whole offered a favourable contrast to that of British subjects, there is nevertheless nothing further from my thoughts than to strive for the protection of a foreign Power, which I will never even seek. Neither I nor the people of the Republic will tolerate an interference with the internal relations from any power whatever and I am prepared, if the course proposed by me be adopted, to give the necessary assurances for this, in order that Her British Majesty's Government need have no fear that Her interests in South Africa should be injured.

2. Further should be discussed the superseding of the Convention by a treaty of peace, commerce and friendship, by which the *existing* privileges of England in the dominion of commerce and intercourse and the interests of British subjects in the Republic will be satisfactorily guaranteed on the footing of the most-favoured-nation, and herein I would be prepared to go to the utmost of what can reasonably be asked.

3. Then the necessary guarantees will have to be given against a repetition of the violation of territory out of the territory of the Chartered Company or the Cape Colony, and of disturbing military operations and unlawful military or police or even private movements on the borders of the Republic.

4. Further should be discussed the compensation for direct and indirect injury to be given by England for and by reason of the incursion that

recently took place. || The reasons for this are evident and need no argument. The amount to be demanded it is impossible as yet to determine, but, if required, it can still be given before my departure to England.

Nr. 11443.
Südafrikan.
Republik.
25. Feb. 1896.

5. I would, although in the following respects I would not insist beforehand on an assurance such as that intended with regard to the above-mentioned points, nevertheless wish to request the earnest consideration of a final settlement of the Swaziland question, in this sense, that that country shall henceforth become a part of the Republic. It is clear that, by this, law and order will be advanced, that an interference of adventurers, who can so easily exercise their influence on an uncivilised nation, will be checked, and that this regulation, as desired by me, will appear to be in the interests of both Swaziland and the Republic. In connexion with this could then come, after discussion, a regulation favourable to the Republic as regards the disposition of the territories of Zambaan and Umbegeza.

6. Further, I would very much like to have discussed the revocation of the charter of the Chartered Company, which, if this does not take place, will continue to be a threatening danger to the quiet and peace of the Republic and thereby also to the whole South Africa.

I am of opinion that all the above desires are fair and just and that Her Majesty's Government, when, in addition to the reasons above given, it takes into consideration the attitude which I and the people of the Republic have taken up towards Her Majesty's Government, in spite of the continual provocation, in spite of all the calumny and the spreading of heaven-provoking lies and false reports, as they have so clearly appeared in all relations in connection with the incursion; that, I say, Her Majesty's Government will not hesitate to comply with my wishes, in the interests of the Republic, but even in that of England too, for by this the shaken confidence will be re-established in this country and in the whole South Africa. By this the way will be paved for harmonious co-operation, for the advancement of mutual interests, for the making of a firm bond of friendship which should exist if South Africa is to meet a prosperous future, a time of permanent peace and quiet. || I declare myself prepared, if it is made possible for me, not for a forced but for a voluntary and hearty co-operation, and I am of opinion that I can say with some certainty that in this I am the interpreter of every true Afrikaner. || Mutual trust must be the basis of our political principles, and that trust the Republic on its side will never put to shame. || I will be pleased to receive the views of Her Majesty's Government on the points herein brought forward, in order that I may be enabled to bring the matter for decision before the Honourable Volksraad.

With renewed protestations of my peculiar esteem,

I am, &c.

S. J. P. Krüger, State President.

Nr. 11444. GROSSBRITANNIEN. — Der Gouverneur in Kapstadt an den Präsidenten der Südafrikanischen Republik. Will Krüger eine besondere Sitzung des Volksrats zur Äusserung über die Einladung berufen?

Nr. 11444. Telegram. || 29th February. I have received your Honour's official letter of 25th instant. May I enquire whether in the event of the reply of Her Majesty's Government being satisfactory you would summon a special session of the Volksraad to obtain leave or await the regular session in May next? I ask because in the former case I should telegraph your Honour's Despatch *in extenso*, whilst in the latter I would forward it by post for the consideration of Her Majesty's Government.

Nr. 11445. SÜDAFRIKAN. REPUBLIK. — Präsident Krüger an den englischen Gouverneur in Kapstadt. Antwort auf das Vorige.

Nr. 11445. Telegram. || 3.3.96. In answer to your Excellency's telegram of 29th of February, for which I thank your Excellency, I wish to inform you that if the answer of Her Majesty's Government is of such a nature that it is considered satisfactory by me for submission to the Volksraad, I will immediately proceed to (the summoning of) summon a special session of the Volksraad provided that on receipt of the answer, which I will naturally receive *in extenso*, the time which must then still elapse till the 4th of May, being the commencement of the ordinary session, is not too short to do so. It is evident that the summons of a special session would be unnecessary if the ordinary session had to follow too soon on it.

Nr. 11446. GROSSBRITANNIEN. — Der Kolonialminister an den Gouverneur in Kapstadt. Gerüchte über kriegerische Vorbereitungen in der Südafrikanischen Republik.

Sent 4.35 p. m., March 26, 1896.

Nr. 11446. Telegram. || 26th March. No. 3. Alarming reports arrived by cable from several private sources as to attitude of burghers, of which we have heard nothing from you or De Wet. It is stated that they are determined to proclaim independance and cancel Convention, and that military preparations ar going on in Transvaal, Orange Free State, and Cape Colony. Should any weight be given to these statements? || Is there any truth in report of new defensive and offensive alliances between Transvaal and Orange Free State?

Nr. 11447. **GROSSBRITANNIEN.** — Derselbe an Denselben. Antwort auf Nr. 11442, 43. Krüger soll die Einladung sobald als möglich dem Volksrat unterbreiten, widrigenfalls wird sie zurückgezogen.

Sent 6.55 p. m., March 26, 1896.

Telegram. || 26th March. No. 4. Your telegram No. 1 of 21st March received. Her Majesty's Government regret that President has given no definite reply to invitation to visit England which was sent to him on 28th January.

Nr. 11447.
Gross-
britannien.
26. März 1896.

This invitation was the result of private information conveyed to Her Majesty's Government that the President was desirous of arranging with them a settlement of all differences, and of placing on a permanent and friendly basis the relations between the United Kingdom and the South African Republic. || Before forwarding the invitation, Her Majesty's Government knew that his Honour was in full possession of their opinion, that no arrangement can be satisfactory or complete which does not include a fair settlement of those grievances of the Uitlander population which have been recognized by the general public opinion of South Africa, and which have been the cause of discontent and agitation in the past, and are likely—unless remedied—to lead to further disturbances in future. || Her Majesty's Government also took care to satisfy themselves that the President had been made aware that they were not prepared to modify in any way the provisions of Article IV. of the Convention of 1884, and this was again made clear in the formal invitation to visit England. || Under these circumstances, it was with great surprise that Her Majesty's Government learnt from the Despatch of the President of 25th February that his Honour objected to discuss the question of the reforms asked for by the Uitlanders, and that he desired to propose withdrawal of Article IV. of the Convention, and Her Majesty's Government regret that they were not informed of his Honour's views on the subject at an earlier date, as they would not have felt justified in inviting the President to encounter the fatigue of a journey to this country if they had not been led to believe that he was in agreement with them as to the general object of such a visit. || In their view, Her Majesty's Government were able to offer a complete guarantee in the future to the South African Republic against any attack upon its independence, either from within any part of Her Majesty's dominions or from the territory of a foreign Power. In return, they assumed that the President would make known to them the measures which he proposed to take to remedy the acknowledged grievances of the Uitlanders, and to consider any suggestions which Her Majesty's Government might wish to offer as to the adequacy of these measures for the removal of all cause of internal disturbances. || Such a settlement would be a guarantee of peace and perpetual amity between the Dutch and British races in the Republic, and would open

Nr. 11447. the way to the friendly discussion of all other matters of controversy or
 Gross- mutual interest.
 britanni-
 en,
 26. März 1896.

Her Majesty's Government have only to add, with regard to their previous declarations about Article IV. that they believe that this provision of the Convention is as desirable in the interest of the Republic as in that of Great Britain, and it is an essential condition of the guarantee which they would be prepared to give as to the independence of the State. || But with reference to their desire to obtain some assurances as to the reforms asked for by the Uitlanders, it appears to them that the President is under a misapprehension, which I had hoped from paragraph 5 of the President's letter to you of the 25th February had wholly disappeared. || Her Majesty's Government do not claim any right under the Convention to prescribe the particular internal reforms which should be made in South African Republic, but they are aware, from the promises and expectations held out to the Uitlanders at different times, that the President himself recognises the need of reforms, and they still hope that he will see fit to communicate to them his intentions with regard to this matter, and will be ready to consider any representations which they may make with reference to his proposals. || They consider that they are entitled to make such friendly representations on behalf of British subjects in a foreign State suffering from admitted grievances, and, in addition to this, Her Majesty's Government are, as representing the paramount Power in South Africa, specially interested in its peace and prosperity, and they cannot be blind to the danger which threatens its future if legitimate causes of discontent continue to be ignored by the Government of the South African Republic. || If, therefore, they are to treat with his Honour with a view to a permanent settlement, it would be impossible to anticipate a successful result without reference to this underlying cause of recent difficulties. || Such a discussion as they contemplate would not involve any acknowledgment on the part of the President of a right of interference in the internal concerns of the Republic, but would only at the most amount to a recognition of the friendly interest of Her Majesty's Government in its security, and in the general welfare of South Africa. || The President would be, of course, at liberty to accept or to reject any advice that might be tendered to him by Her Majesty's Government, but in the latter case the responsibility for the result would naturally rest wholly with him.

Her Majesty's Government have already expressed a willingness to give full consideration to any representations which his Honour may wish to make on the other points named in his letter, although some of them are matters wholly in jurisdiction of Her Majesty's Government. || But unless the President is satisfied with the explanations I have now given, Her Majesty's Government are reluctantly obliged to come to the conclusion that no good purpose can be served by the proposed visit. || Her Majesty's Government are aware that by the constitution of South African Republic his Honour cannot

finally accept their invitation till he has obtained permission of Volksraad, which meets on 4th May. || They, however, think that sufficient time has now elapsed since their invitation was first issued to justify them in asking his Honour to say whether it is or is not his intention to ask the Volksraad for permission to visit England directly the Session commences, and to use the great personal influence which he so justly possesses with his countrymen to induce them to accord that permission. || If, unfortunately, his Honour does not feel able at once to give you the assurance of his personal desire to accept invitation, it will be your duty to inform him that Her Majesty's Government must reluctantly consider it withdrawn, and in that case I shall take an early opportunity of addressing to you a further communication containing views of Her Majesty's Government on the situation which will be thus created. || Communicate with the President of the South African Republic in sense of above.

Nr. 11447.
Gross-
britannien.
26. März 1896.

Nr. 11448. GROSSBRITANNIEN. — Der Gouverneur in Kapstadt an den Kolonialminister. Keine offensiven Rüstungen in der Südafrikanischen Republik und dem Oranje-Freistaat.

Received 8.40 p. m., March 27, 1896.

Telegram. || 27th March. No. 1. Your telegram of 26th March, No. 3. Transvaal Republic and Orange Free State burghers are making military preparations, and I learn that Boers residing on the borders of Cape Colony and Natal are also arming; but the movement, so far as I can gather, is defensive and not offensive. Boers generally believe that the recent raid was, if not instigated, at all events connived at by Her Majesty's Government, and that an attack upon their independence will be renewed on the first favourable opportunity. I believe, however, from information received, that there is no truth in the statement to which you refer as to their intention to proclaim independence and cancel London Convention. || In my opinion, our best policy is to sit still, as military preparations on our side would only confirm the burghers in their unfounded suspicions and distrust. || I can learn nothing as to report of a new defensive and offensive alliance between Transvaal Republic and Orange Free State. By existing treaty, they are bound to assist each other in the event of attack from outside. You may rely on my keeping you informed of all authentic facts, but the air is full of baseless rumours, which are circulated for interested motives, and with which I do not trouble you. || The "Cape Times" correspondent telegraphs yesterday from Johannesburg as follows: || *Begins*: "The rumours and reports are numberless, and are of the most alarmist character, exciting the whole of Johannesburg; but I can state authoritatively there is not the slightest foundation for them. There is a great 'bear' movement in progress, and strife is being stirred up for this object, and this object alone."—*Ends*.

Nr. 11448.
Gross-
britannien.
27. März 1896.

Nr. 11449. SÜDAFRIKAN. REPUBLIK. — Die Regierung an den Generalkonsul in London. Betrachtungen über die politische Lage.

Cable dated March 27, 1896.

Nr. 11449.
Südafrikan.
Republik.
27. März 1896.

Translation. || Your cable of the 24th *re* interview Mr. Chamberlain, Jooste, and Meintjies. The Government would deplore it if any misunderstanding has arisen through the representation of zealous friends, if anything has been said to the effect that President would accept the invitation without coming to an understanding beforehand about the points of discussion then those who said it, whoever they may be and whatever their objects may have been, were certainly not aware of the circumstances of the case. Read our telegram of the 8th February: the President expresses clearly from the beginning his willingness to come, but as clearly notifies that the Volksraad must decide as to his leave and his instructions, so that naturally an understanding must first be arrived at concerning the points under discussion. It was then clearly stated that the President hoped the question of Article 4 could be discussed. Then read our letter of the 25th February to the High Commissioner; this letter agrees entirely with the telegram. If the President had accepted the invitation without clearly understanding what points were to be discussed he would have had the whole burgher population against him. From the first moment the President had and has the same opinion, so that the imputation that the President's opinion has been altered or influenced by the Hollanders is entirely false. The Africanders are by no means of one opinion in this question, but they would unite in opposing the departure of the President in order, for example, to conclude a new convention or a treaty of commerce and other matters unless it was known beforehand that that convention or that treaty would yield greater advantages than that of 1884. Is not a preliminary understanding beforehand better than a disappointment when the President arrives in England? Mr. Chamberlain himself says as much in his letter, that the President must not suffer such a disappointment. When his Honour discovered that Article 4 could not be discussed, he urged that it might be discussed and adduced reasons for so doing. With respect to the representations made by the British Government in regard to the grievances of the Uitlanders he stated clearly that although he could not permit any interference in the internal concerns of which the grievances question forms a part, yet he would gladly receive any hints or representations given privately in a friendly spirit. In his proclamation of the 30th December the President promises to bring all the representations of the Uitlanders without delay before the Volksraad. Measures have already been taken, and others are still under consideration, to meet the wants of the Uitlander population; but if, as stated in your telegram, these matters are to be submitted to the approval or disapproval of England, the Government might be expected to consider whether if this principle was once adopted it

ought not to submit such measures to any other foreign Government which might have subjects included amongst the Uitlanders. There is no secret and nothing new in the arming of the burghers; the law has always prescribed this, and the Government feels some surprise that this should excite any comment after the bitter lesson which this Government has just experienced, when plans were actually laid for the besieging of Pretoria. The Government thinks this ought to be sufficient to convince anyone that it ought to be on its guard. In addition to this the Government is still constantly receiving reports of a hostile spirit from the North. This Government is most grateful to Her Majesty's Government for what it is prepared to do in the interest of this Republic, and it highly appreciates the sentiments which from time to time Mr. Chamberlain has given public expression to, and this Government would hail with pleasure a settlement of matters by the visit of the President, but it sees clearly the urgent necessity of first coming to some sort of understanding in order to avoid later more serious misunderstandings, The feeling of a section of the Uitlanders is still continually being excited and stirred up, and it would be idle for this Government to deny that this condition of things is being brought about by influences and occurrences outside the boundaries of this Republic. The Government regret exceedingly to understand from you that there are further matters still pending which might cause dissension. It does not know what these are, but has always shown a ready spirit, as far as possible, to remove any difficulty. The Government in view of the above explication cannot understand how Mr. Chamberlain should feel aggrieved as to the manner in which this Government has acted in regard to the visit of the President. Had a special session of the Volksraad been called upon the communications which have already passed, this Government feels sure that the consent of the Volksraad should have been refused, and it was in the hope of a more favourable tone in the negotiations that the Government has refrained from publishing the correspondence and determined to wait for the ordinary session of the Volksraad. If the Volksraad gives its consent the President is quite willing to hasten his departure. This Government is actuated by the best intentions, and in spite of the newspapers still hopes that a satisfactory settlement will be arrived at. See our letter of the 17th March. The Government is alive to the position and has gone to work in a perfectly straightforward manner, and if the journey of the President should fall through it will certainly not be through any unwillingness from this side.

Nr. 11449
Südafrikan.
Republik.
27. März 1896.

Nr. 11450. SÜDAFRIKAN. REPUBLIK. — Der Präsident an den englischen Gouverneur in Kapstadt. Krüger lehnt die sofortige Berufung eines Volksrats ab.*)

Department of Foreign Affairs, Government Office, Pretoria, March 17, 1896.

Nr. 11450.
Südafrikan.
Republik.
17. März 1896.

Your Excellency, || I have the honour to acknowledge the receipt of your Excellency's Despatch of the 6th March, No. 3, enclosing a telegraphic reply from the Right Honourable the Secretary of State to my Despatch of the 25th February last. || In reply to your Excellency's telegram of the 29th February last, I informed your Excellency, per mine of the 3rd March, that should the reply of the Secretary of State be of such a nature as to be regarded by me as satisfactory, to that end I would immediately proceed to call a special session of the Volksraad, in order to obtain its decision with reference to the instructions and permission to be given. || It grieves me more than I can express to be obliged to declare that the reply now received has caused me deep disappointment, and that by reason of the contents thereof it is not possible for me to proceed to convene a special session of the Volksraad at once, for the purpose above-mentioned. || I must state, to my deep regret, that I do not feel at liberty to take that course, and that I cannot take the responsibility upon myself, since I am firmly convinced that the people of the Republic would without a doubt disapprove of such an unusual step, when the reply of Her Majesty's Government differs in so many essential respects from what I have submitted.

I need hardly point out that this difference, apart from matters of less importance, seems to confine itself chiefly to the question of a discussion or treatment of internal affairs of the Republic, which Her Majesty's Government appears to desire, but to which I may not give my consent as head of an independent State. || I have already said that I would appreciate the giving of private hints in the interest of, and in confirmation of, the independence of the country; but I neither can, nor may I, lend a helping hand to giving an opening by another way to the discussion of internal affairs, which would involve the acknowledgment of the principle that the right exists to do so. || There is further a very important difference between the view of Her Majesty's Government and mine with reference to the question of clause 4 of the Convention of 1884, which Her Majesty's Government wish should form part of a new *convention* or treaty. I spoke of the substitution of the Convention by a treaty of peace, amity, and commerce, on the basis of the most-favoured-nation, while in the telegraphical communication under reply, mention is made of a new *convention* or a treaty for commercial *and other purposes*. || There are other matters which will immediately appear from a comparison of my former communication with the reply thereto. While, for instance, the question of a

*) Dieses Schreiben erhielt Chamberlain am 13. April. Ein Auszug daraus war ihm bereits am 21. März (Nr. 11442) übersendet worden. Red.

guarantee against violation of the territory of the Republic is offered by the Secretary of State in a most extended sense, this Government would regard a guarantee from the British side, such as was asked in my despatch of the 25th February last, as sufficient with regard to British territory. || Having regard to the points for discussion proposed by me which this Government from its standpoint thinks to be able to bring forward with success, it is not clear to me, unless further explained, what is meant by the giving of concessions on this side. || You will permit me to remark further with reference to the point of compensation, that I can in no wise agree with the comparison made by the Honourable the Secretary of State, between the inroad of Dr. Jameson, and the part which may have been taken by subjects of the Republic (it would have been more correct to say by persons from various parts of South Africa) in earlier days in the Goschen, Stellaland, and Zululand questions. Their actions would, under no circumstances, have been construed as a breach of the Convention, as the actions of Dr. Jameson, *cum suis*, in every respect were. The main question now is, what steps can still be taken to make an amicable discussion of affairs in England possible. Although, as I have said, I do not feel at liberty to convene a special session of the Volksraad for the purpose, I shall submit the correspondence interchanged with Her Majesty's Government to the representatives of the country, and I may add here that the formal convening for the ordinary session according to law will still take place in the course of the present week. || Nothing would be more agreeable to me than that Her Majesty's Government should inform me of its further views before that session commences, so that I may be in a position to submit to the honourable Volksraad all the points which may be adduced for my proceeding to England or otherwise in an exhaustive manner.

With renewed expression of my especial respect,

Your Excellency's servant,

S. J. P. Kruger, State President.

Nr. 11450.
Südafrikan.
Republik.
17. März 1896.

Nr. 11451. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Gouverneur in Kapstadt an den Kolonialminister. Krüger lehnt den Besuch in England für jetzt ab.

Received 2.30 a. m., April 25, 1896.

Telegram. || 24th April, No. 4. I have received this morning President Kruger's reply, of which following is summary:— || He acknowledges receipt of your telegram of 26th March, and with reference to your regretting that he has not yet given definite reply to invitation of 28th January, refers to his telegram of 8th February and letter of 25th February, in which he stated that he was prepared to go to England as soon as certain points were agreed upon as a basis for discussion. He observes you speak of private information comcated to you before sending invitation, but he does not know who

Nr. 11451.
Gross-
britannien.
25. Apr. 1896.

Nr. 11451. supplied this information or the nature of it, but if it was to the effect that
 Gross- he contemplated an unconditional visit to England it was incorrect. The
 britannien. position taken up by him has always been consistent [?], that, in the event
 25. Apr. 1896. of a satisfactory basis for discussion being arrived at, he hoped Volksraad
 would give him leave. He regrets that no satisfactory basis has yet been
 arrived at, but does not see that any blame is attributable to his Government
 in this respect. He observes, further, that from the first his Government has
 clearly placed on record that no interference with the internal affairs of the
 South African Republic can be allowed. He says you have admitted the
 justness of this position, yet, while agreeing that no such interference is
 sought or claimed, the intimation is nevertheless made that Her Majesty's
 Government request that particular internal measures may be taken. || The
 remedying of admitted grievances is spoken of, and he cannot pass without
 notice the expression "admitted." He regrets that, having intimated to Her
 Majesty's Government a desire for the reconsideration of London Convention
 in consequence of raid by Jameson and other British subjects, the position
 should be taken up that the discussion of so-styled admitted grievances should
 be a *sine qua non* in the event of the discussion of London Convention being
 agreed to. As before observed, his Government is at all times prepared to
 receive in a friendly spirit any private suggestions which Her Majesty's
 Government may wish to make with regard to interests of British subjects in
 Transvaal, and to give such suggestions due consideration. Although his
 Government has never acknowledged existence of what are designated admitted
 grievances, and deny that on that account a right to rebellion exists, it does
 not affect to be perfect, and has repeatedly declared its readiness to listen
 to complaints brought forward constitutionally, as evidenced by the Govern-
 ment Proclamation of 30th December. But the decision as to what measures
 are best calculated to promote peace and prosperity of inhabitants, and the
 determination whether legitimate causes of discontent exist, rest solely with
 the Executive and Legislature of the country. || Referring to your request for
 a definite reply to the invitation, he feels confident you will recognise and
 appreciate the difficulty of his position, and it appears to him to be the
 wiser course not to press the question of his proceeding to England any
 further at present, but to leave it an open matter, more especially in view
 of the approaching Session of Volksraad of South African Republic in May.
 The desirability of his presence, at least for a portion of the Session, at
 Pretoria, where important measures will have to be considered by the Legis-
 lature, is apparent, and it is his confident hope that by patience and tact on
 both sides the peaceful and satisfactory solution of matters will be attained. ||
 His Government notices that you speak of the measures proposed to be taken
 to remedy the acknowledged Uitlander grievances as a *quid pro quo* for a
 guarantee to South African Republic against any attack upon its independence,
 either from any part of British dominions or from territory of foreign power.

On this he observes that the relations between South African Republic and Great Britain, as recognized by international law, already excludes any attack upon independence of former from within any part of British dominions, and an offer of something is therefore made to South African Republic of which it is already in possession. With regard to an attack from territory of a foreign power, his Government has never desired nor requested any such guarantee.

Despatch proceeds as follows *verbatim*:— || *Quotation begins*: “Should Her Majesty’s Government, after due consideration, not see its way clear to an immediate discussion of the London Convention and its being replaced by a Treaty of amity and commerce containing the most-favoured-nation clause unless certain alleged grievances relating to certain internal matters in the Republic are also brought on for discussion, this Government, deeply sensible of the necessity of allaying the excited feeling in South Africa and promoting a friendly relation between the white races, will be prepared under existing circumstances not to press at present for a realization of its desire to obtain a reconsideration of the Convention, and would, as the aggrieved and injured party, prefer to content itself with the postponement of this question. It will rest satisfied for the present [? future] with the exercise [?] of its rights to a pecuniary compensation by reason of the violation of territory of the Republic caused by the Jameson inroad, and to an assurance on the part of Her Majesty’s Government that no violation of such territory shall be repeated from out of any of Her Majesty’s possessions. It will still remain in the discretion of Her Majesty’s Government to render it possible for the State President with confidence to propose to the Volksraad that leave should be given him to proceed to England upon the basis of discussion suggested or indicated by His Honour.” *Verbatim quotation ends*. || The despatch concludes with assurance of sharing with Her Majesty’s Government solicitude for the interests of South Africa as a whole, and expresses the opinion that through friendly co-operation the confidence so rudely shaken, as well as peace and prosperity, will be restored.

Nr. 11452. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Kolonialminister an den Gouverneur in Kapstadt. Antwort auf das Vorige.

Sent 3.40 p. m. April 27, 1896.

Telegram. || 27th April, No. 1.—I have received your telegram of 24th April, No. 4. I regret the President does not see his way at present to ask the Volksraad for permission to come to England to discuss in a friendly spirit subjects which affect the security of the South African Republic and the general welfare of South Africa. || Under the circumstances, however, Her Majesty’s Government have no alternative but to withdraw the invitation, which it appears from the President’s message was given under a misappre-

Nr. 11451.
Gross-
britannien.
25. Apr. 1896.

Nr. 11452.
Gross-
britannien.
27. Apr. 1896.

Nr. 11452. hension of the facts. || On a review of the whole correspondence, Her Majesty's
 Gross- Government are reluctantly obliged to come to the conclusion that the
 britannien. difference of view between themselves and the President is at present so con-
 22. Apr. 1896. siderable that no useful purpose would be served by the proposed conference
 in London till a greater approach to agreement has been arrived at. They
 take note of the statement of the President that his Government is at all
 times prepared to receive in a friendly spirit any private suggestions which
 Her Majesty's Government may wish to make with regard to interests of
 British subjects in the South African Republic, and to give such suggestions
 due consideration. They also note the assurances of the President of the
 readiness of the Government of the South African Republic to listen to com-
 plaints brought forward constitutionally, as evidenced by their Proclamation
 of 30th of December, and as the Session of the Volksraad begins next month
 Her Majesty's Government will await with confidence the fulfilment of this
 promise. || Meanwhile they heartily reciprocate the hope of the President
 that through friendly co-operation confidence, peace, and prosperity, may be
 speedily restored.

Zum Angriffe Jamesons auf die Südafrikan. Republik. (Vgl. Bd. 58).

Nr. 11453. *) **GROSSBRITANNIEN.** — Der englische Agent bei der
 Südafrikanischen Republik an den Kolonialminister.
 Berichtet über seine Thätigkeit während des Jame-
 sonschen Einfalls.

British Agency, Pretoria; May 1, 1896. (Received May 26, 1896.)

Nr. 11453. Sir, || In taking the liberty of endeavouring to put certain facts before
 Gross- you with appropriate comment, I feel myself placed in the undesirable posi-
 britannien. tion of having to dilate upon services rendered, and perhaps overlooked,
 1. Mai 1896. owing to the peculiar surroundings connected with the anomalous nature of
 the office I hold, but I feel that, in justice to myself, I cannot remain longer
 silent, and allow to stand unchallenged certain unwarranted misrepresentations
 which have appeared in some newspapers, evidently for the purpose of
 throwing dust in the eyes of Her Majesty's Government, and keeping them
 in ignorance as to the facts connected with the services I rendered during
 the late most trying crisis, and I feel assured that, when the particulars as
 herein stated shall come to your knowledge, my plea for justice will not be
 in vain. || I know that I am subordinate to his Excellency the High Commis-
 sioner, and at the scene of my labours I am expected to carry out his
 instructions, which I have always done to the best of my ability, as the
 success of the High Commissioner in Transvaal affairs has depended on the
 manner in which his instructions have been carried out. || However, during the
 late extraordinary and trying period I was compelled to act in the best

*) Blaubuch 8164. 1896.

interests of Her Majesty's Government on my own responsibility *and without instructions*. || Let me first invite your attention to some remarks on the late agitation in Johannesburg before I deal with subsequent events. || For months, rumours and reports of a disquieting nature were freely circulated, and very tall talk was indulged in as to the course of action the leaders in the ferment intended taking, but no one outside expected or anticipated any such serious steps or violent action having for an object the overthrow of the local Government. However, as time rolled on, these reports increased in intensity and assumed a more definite form, it being then stated that the agitators had a large quantity of firearms at their disposal, and men willing to use them. Still, all this created at first nothing but vague suspicions in the minds of the Government of the Republic, who, with their hundreds of officials in daily contact with the leaders of the disturbance, were even themselves without accurate information. Therefore, with a view of finding out, if possible, the real condition, and for the purpose of *raising a warning voice to the leaders*, I visited Johannesburg on the 28th December last, and, learning from persons unconnected with the movement that serious steps were apprehended, I spoke to several of the leaders and warned them against the consequences of hostile acts. I told them that, though I was not in their secrets and did not know what organisations or preparations they had, I felt convinced, judging from the condition of the community, that they were not able to cope with the burghers of the Republic, who, I heard, had been warned to be ready at a moment's notice. This latter report may have been inaccurate, but I felt justified in using it as an argument to show what might be expected, and how disastrous the consequences would be to Johannesburg in the event of a conflict. || Still, the evidence gathered was not of such a nature as to arrive at the conclusion that Johannesburg would, or could, rise. My own impression was, from what I could learn, that the organisation was still a hazy and formless affair, too weak for clever and practical men to embark as leaders of such a hazardous scheme as to oppose the Transvaal Government by force of arms. || I returned the same evening to Pretoria (28th December), and on Monday, the 30th December, when I was just on the point of commencing an official report on what I had observed in Johannesburg, President Kruger sent for me. I then met his Honour presiding over the Executive with an Extraordinary Council, and was informed that an armed force of English troops had entered the South African Republic. I lost no time in conveying this to the High Commissioner, as per copy of telegram marked "A" attached. I then kept myself in hourly communication with the Government, and whatever information was received his Excellency the High Commissioner was duly advised by me, as can be shown by such telegrams as these annexed, marked "B" and "C". Under such circumstances I could not act without instructions, the first of these being in a telegram dated 30th December, but was only delivered here at 9 o'clock on the morning of the 31st, the same

Nr. 11453.
Gross-
britannien,
1. Mai 1896.

Nr. 11453. day as it was handed in at the Cape Town telegraph office at 6 o'clock in
 Gross- the morning, instead of having been handed in there on the day previous
 britannien. (certified copy attached, "D"). In spite of this delay (inexplicable to me)
 1. Mai 1896. before the message reached Pretoria, I immediately endeavoured to obtain a
 reliable man and a good horseman to convey his Excellency's message to Dr.
 Jameson. This could only be done by 11 o'clock, with the assistance of
 General Joubert, and it was even then 1 o'clock in the day before the mes-
 senger and escort could start, but Dr. Jameson was reached early the next
 morning, on New Year's Day, and before any fighting had taken place.

The excitement both at Johannesburg and Pretoria was of the wildest character. In official quarters the impression gained ground that Johannesburg was well organised and effectively equipped with all the necessary munitions of war, that it would rush to the assistance of Jameson, attack Pretoria any moment, and that Kafirs as well as Europeans had been armed. || To refer to all the telegrams passing between his Excellency the High Commissioner and myself would be needless repetition, but the one of these containing the text of his Excellency's proclamation deserves especial comment, as I was blamed for any delay in carrying out instructions. This telegram was despatched from Cape Town on the 31st December at 5.5 p. m., and received in the telegraph office here at 5.40 p. m., but it was proved conclusively that it was not delivered at this Agency until 9 o'clock on that evening, the messenger in the meantime attending a young men's meeting with the telegram in his pocket. As soon as I was in possession of the message I went to the house of General Joubert, read to him the proclamation, and, as previously done, used his telephone connected with the President's house to likewise inform his Honour. General Joubert found it inconvenient to assist me with a messenger to forward the proclamation. Although I was without instructions to publish it, General Joubert, at my request, allowed one of his orderlies to proceed to the offices of the "Press" (the only morning journal) and bring a reporter to my house, where I gave to the latter the substance of the proclamation, and which appeared in the issue on the following morning. To obtain a messenger that night was impossible in spite of the most strenuous exertions, and it was only at 10 o'clock next morning I succeeded in engaging the man Celliers, who left my house with a copy of the proclamation under a covering despatch at noon on the 1st January, and who delivered this official communication at 7.5 the next morning. However, I later definitely ascertained that fighting began at 2.30 p. m. on the 1st January at the Queen's battery, a couple of miles west of Krugersdorp, and at about 11 o'clock a. m. on the 2nd January Jameson surrendered. || At this point a word of explanation is due to myself, as I have been blamed for not endeavouring to carry out the order of personally meeting Jameson. I received such instruction at past 2 p. m. on the 1st January, after fighting had commenced, and after my messenger had left, and while I was in hourly

communication with the local Government, having for several nights never retired to rest, and was therefore comparatively exhausted, and while expecting news of fighting at Johannesburg and an attack on Pretoria. How then could I be expected to leave Pretoria, with no one to act in my stead, and perpetrate the cruelty to a man of my advanced years to do an eight hours' ride on horseback during the night? || A few words further about Jameson before treating of matters in Johannesburg. || After the discovery of the Willoughby - Cronjé correspondence, I was again made to bear the blame of others, because I had reported that the terms of Jameson's surrender was unconditional. This statement was often made by General Joubert in the Executive Council, and reiterated when he informed me of the surrender. In the face of this it seems unreasonable to cast the blame upon me for not knowing what took place between Willoughby and Cronjé, and which only came to light two months' afterwards. || From your remarks respecting an arrangement with President Kruger with reference to my going personally to turn back Jameson, you must have been under the impression that I could travel by rail to do so, and if Sir Hercules Robinson had not failed to enlighten you on this point I should not be blamed as I have been. || Again, before passing over to the Johannesburg affair, I wish to explain the apparent discrepancy between my despatch of the 27th December 1895 (Blue Book, page 64) and telegram of the 31st December (Blue Book, page 7), as to the condition of Johannesburg with regard to arms and organisation. My telegram was based on information received by the local Government from their various and numerous officials on the Raand Gold Fields—and who could possess reliable information if these did not, who were daily in touch with the ringleaders? = and naturally I considered such information to be the most reliable. || I should here observe that of Jameson's connexion with the Reform Committee, and his intentions, I never dreamt or suspected. || In the early morning of the 1st January, half an hour after midnight, the President sent for me to come to his house, with the Commissioner of Police. There I found assembled the President, the members of the Executive Council, three judges, and other head officials. I was then informed that armed forces had marched from Johannesburg that evening, presumably for Pretoria, and I was asked what I could do in order to avert bloodshed. Knowing the position taken by Her Majesty's Government in accordance with the proclamation of the High Commissioner, received three and a half hours previously, I stated that if I was given an escort to conduct me through the Burgher forces, I would at once proceed to Johannesburg, meet those forces, and endeavour to turn them back. At the same time I expressed the opinion that I did not believe that Johannesburg was on the march to attack Pretoria. The President asked me if I could suggest another method, as he did not consider it right for me to risk my life in passing through the Burgher lines. I then suggested sending a telegram to the Reform Committee, which was agreed to,

Nr. 11453.
Gross-
britannien.
1. Mai 1896.

Nr. 11353. and I then and there dispatched a telegram as per copy DD annexed, which
 Gross- the General Manager of Telegraph, himself in attendance, personally forwarded,
 britannien. and the next morning I received a reply as per copy attached, E.
 1. Mai 1896.

From the moment I ascertained that no hostile movement had been taken at Johannesburg, and that none was intended, I begged the Government not to surround the town by burghers, pointing out that, in the excited state of the populace, indiscreet armed forces might rush out, when a collision could take place and the blood of thousands of persons, including innocent women and children, be sacrificed. My request was acceded to. || On the evening of the 2nd January I again waited upon the President at the request of a deputation of the Reform Committee. I conveyed their representations and repeated my former requests, and the President renewed the assurances mentioned in my telegram of the 2nd January to the Reform Committee (copy attached marked F). I was, during all this time, filled with the greatest anxiety for the people of Johannesburg, knowing what would be the consequences should an engagement take place. I therefore employed all my energies, both with the Government and the Reform Committee, to keep them to their promises, the Committee to avoid any overt act of hostility, and the Government to keep back the burghers. I undertook all this on my own responsibility, without even the semblance of an instruction for my guidance, and all unbiassed persons capable of judging and knowing the circumstances have given me the credit to a very large extent of being the cause of having averted bloodshed. || His Excellency the High Commissioner in his telegram respecting the position of Johannesburg (Blue Book, page 38) says, "an armistice having been agreed upon "pending my arrival," but he omitted to say by whom or how that armistice had been brought about. From the evening of the 2nd January to the evening of the 4th the Reform Committee kept to its promise, maintaining order, and the burghers, who had by the 3rd January gathered to the number of 8000 men, were kept some distance away from the town under different "commandos." || On the evening of the 4th his Excellency the High Commissioner arrived. On Monday morning the 6th January he met the President and the Executive Council. What transpired at that conference his Excellency the High Commissioner reported in his telegram of that date (Blue Book, page 32.) This conference lasted from 30 to 40 minutes, and was the first and last meeting between the High Commissioner and the President, except when the former went to say good-bye on the afternoon before he left, when he made some friendly remarks on the situation which not eliciting a reply consequently did not invite discussion. || All the negotiations that did take place were conducted through my agency, as the medium of communication between the High Commissioner and the President in Council. I was often sent for by them to discuss the pending questions, and left it to me to inform the High Commissioner, and, in case answers were required, to bring back the messages. There was little

correspondence between his Excellency and the President, and this was, with a few exceptions, confined to the delivery of Dr. Jameson and his men.

Before the arrival of his Excellency I had succeeded in keeping the armed burghers away from the immediate vicinity of Johannesburg, or in other words from besieging the town and coming in contact with the Reform Committee, who reiterated the assurances they had given me to keep order. However, it was apparent that frantic excitement prevailed at Johannesburg and rash acts might be committed if the armed Government forces had invested the place. My close and unremitting attention was therefore directed to that mining centre, to save the people from rash folly engendered by the utter weakness of the leaders of the revolutionary movement to advise and remonstrate with them. On the other hand, I had to entreat and remonstrate with the authorities by reiterating my opinion that the Reform Committee and their supporters neither could nor would attempt hostilities. I consequently had to closely watch the development of events and keep in touch with both parties. Naturally after the arrival of his Excellency the High Commissioner, I could only act under his instructions and by his sanction before taking any further steps. || On the 6th of January the President issued a proclamation calling upon the people of Johannesburg to surrender all arms and ammunition for which no permits had been obtained, &c., before 4 o'clock on the 7th of January (which, I believe, has been transmitted to you). On the afternoon of the 6th of January, by invitation, I met the President and several members of the Government, when his Honour informed me that advices had been received from Johannesburg that very few arms had been surrendered, and further said, "You have assisted us so far in averting bloodshed, can you further use your influence with the people of Johannesburg in this matter of surrender, &c.?" I agreed, and as it was too late to go that evening, the President at once sent an official to arrange a special train for me early next morning. I went to the High Commissioner and informed him what had taken place and asked him if he had any objection to my visiting Johannesburg. On receiving his consent I telegraphed to the Reform Committee that I was coming over and wished them to arrange a public meeting to receive what I had to communicate. The result of this has been already participated and explained further in my telegram to his Honour the President (copy marked C attached). || In his telegram of the 7th of January (Blue Book, page 34), his Excellency says, "I sent De Wet." This was technically correct, being in a subordinate position, but the actual circumstances I have stated in the preceding paragraph, and I received no other instructions from his Excellency beyond the telegram of the 7th of January (Blue Book, page 34, marked CC), which he forwarded to Johannesburg for me to read, but I am emboldened to say that the object of my mission would have been attained without that telegram.

In the newspapers reporting my remarks to the Reform Committee and

Nr. 11453. address to the public, the name of Sir Sidney Shippard was coupled with
 Gross- mine as though we acted in concert. Knowing that the Administrator of
 britannien. Bechuanaland was strongly suspected by the Government and others as being
 1. Mai 1896. too closely associated with the Gold Fields and the Reform Committee, I felt
 that I could not, in justice to the cause I served, allow myself to be identi-
 fied with him, and for this purpose I sent a telegram to the Johannesburg
 newspaper "Star" repudiating any connexion with him, and which I showed
 to the High Commissioner before despatching. || I have since noted that you,
 Sir, did state in the House of Commons that I was aided by Sir Sidney
 Shippard. I take the liberty of stating that you were misinformed on this
 point, that the Administrator of Bechuanaland did not render me any assi-
 stance and he was not asked to speak. His unnecessary and impolitic inter-
 ference raised a false issue and caused a great deal of trouble, especially by
 his inaccurate statements that the lives of Jameson's men were in the hands
 of the people of Johannesburg. By being made associated with Sir Sidney
 Shippard I have been considered equally responsible and blamed for this by
 the newspapers. || Let me here invite your attention to the letter I wrote to
 Sir Hercules Robinson, and his reply, copies attached, marked H and I, which
 should speak for themselves. || Sir Sidney Shippard is not the only one who
 has been credited with a share of the services *I alone rendered* on that oc-
 casion, for a Mr. Charles Durant, a son-in-law of Sir Hercules Robinson, who
 went to Johannesburg with his wife in my special train as my guest, has
 claimed all the Κῶδος, if any. This Mr. Durant neither had any right to
 act or speak, and who never acted or spoke a single word on the subject of
 my commission, had the unblushing effrontery in a letter to the journal
 "Truth" of the 13th February, to place himself in my shoes and claim credit
 for everything I did and said on that occasion, adding to his other absolute
 fabrications that he had taken me over to Johannesburg. || I think, sir, you
 must admit that these incidents, in connexion with many other instances
 where I have been placed in a false position and where my services have
 been suppressed, are very hard to bear, especially without a voice being
 raised from Her Majesty's Government to defend me. || On the 8th of January
 I again went over to Johannesburg in connexion with the surrender of arms,
 &c., my work of that day being explained in the annexed telegrams marked
 J, K, and L. || Before proceeding to the next stage I wish to inform you
 that, after the public meeting of the 7th of January, Colonel Rhodes and
 several members of the Reform Committee tendered me their thanks for the
 assistance I had rendered, saying that, before I addressed the people, those
 to whom arms and ammunition had been previously distributed refused to
 give them up, while immediately after I had spoken the return of arms and
 ammunition poured in from every direction.

No indication had been given by the Government as to what was inten-
 ded to be done to the ringleaders of the movement, and whenever I was

asked by them, I was unable to answer, on that account. My private opinion, however, was that negotiations would be entered into, after the surrender, between the High Commissioner and the President, on the general question and leading up to a settlement of the burning question, but with the exception of the letter of the 20th December from Johannesburg to Jameson, which had been shown to me, I was not then aware that the Government had found other evidence amongst Jameson's papers proving that a large conspiracy against the independence of the Transvaal had existed. This naturally influenced the Government to be resolute and firm in any action with respect to the Reform Committee. || On the 10th of January the arrest of the Reformers commenced. They were brought here and lodged in Pretoria gaol, while his Excellency was still in this city, his stay having been delayed by certain hitches in connexion with the final handing over of Jameson's party. || The information upon which the local Government acted in respect to large quantities of rifles, cannons, and ammunition in Johannesburg, turned out to be unfounded, at all events very little beyond the quantity surrendered was discovered, in spite of the most rigid searching. || After the arrests of the Reform Committee the burgher "commandos" were moved close to the town of Johannesburg and stationed around it, armed bodies frequently coming in and marching through the streets. A body of special German police at the same time was enrolled for service in the town, whose bearing towards the English was most provoking and offensive. A system of searching all parties who left Johannesburg gave rise to endless complaints of the indignities perpetrated by burghers on inhabitants, many of which were probably grossly exaggerated, but at any rate the state of unrest and discontent became serious. || I went over again to Johannesburg to investigate the numerous reports, and on my return waited upon the President and Executive Council, and took the liberty of expressing my views on the subject and asked that the burgher forces should be disbanded. His Honour told me that the German police would be disbanded, but he saw some difficulty in removing the burghers. However the next morning I was sent for and informed by the President that he saw the force of the arguments I advanced, and that just after leaving the Executive Council the question was considered, and it was decided to send the burghers to their homes, and orders had already been issued to that effect.

On the 30th of December, as soon as the position became critical, I asked the President to accord protection to law-abiding British subjects in the State, and to which he replied, "Everyone who is not against me and will keep the law shall be protected equally, whether he be a citizen of the State or an Uitlander." I made this assurance known to all British subjects who came to me for advice and protection, and which was duly intimated in the newspapers. In spite of this—the only way to make the matter known—I was beset by British subjects from early morn until late at night, wishing to

Nr. 11453. know how they were to be protected. Almost everyone had a plan or method
 Gross- of his own to suggest, and even when I pointed out that the course I had
 britannien. adopted was the only practical one they considered it of no avail, and that I
 1. Mai 1896. was bound to protect them. How this was to be done did not trouble them. I was bound to do it, and I was made the victim of any amount of unsparing abuse for an alleged dereliction of my duties. At the same time grievances of all conceivable kinds were magnified and drummed into my ears. Letters and telegrams poured in from all directions. Some said that they had been commanded for personal service, others for money, and some wanted to know how they should act in the event of certain possible contingencies happening. || Single-handed I had to attend to all this, and assisted to the best of my power and ability every case of real grievance and satisfied every reasonable demand. It was painful in many cases to see the amount of frippery and poltroonery exhibited, and it was from such quarters I received the most abuse and misrepresentation. || As soon as the political prisoners were arrested, their wives and friends seemed to rush *en masse* from Johannesburg clamouring to see their husbands and acquaintances. For all these I had to obtain permits and *ciccone* them besides, and yet it was alleged I had failed in my duty. || In the Executive Council assembled his Honour the President thanked me twice for the assistance I had rendered to avert bloodshed, and again coupled my name with that of his Excellency the High Commissioner in his letter dated 11th January, and to which his Excellency replied that I had fully deserved the thanks (copy annexed, marked M). When his Excellency took leave of the President the latter said that he had thanked me and he hoped that Her Majesty's Government would recognise and reward my services. His Excellency said to me, "No man could have done better under the circumstances than you, Sir Jacobus." || After the surrender of Johannesburg, speaking of the changed position and the prevention of bloodshed, addressing me his Excellency said, "Thanks to your exertions and judgment." In my presence his Excellency said to the Governor of Natal, "Sir Jacobus always does the right thing at the right time."

After all this I have been apparently ignored by the Government I have loyally served, regardless of health, while my colleagues the foreign Consuls, who were passive spectators of the harassing events I had to deal with, received handsome and substantial recognition from their Governments, but the cold indifference with which my services have been received was not the only slight I had to bear, for your despatch, Sir, of the 31st January last, harsh in tone and ignoring what I had done in the cause, was to be added as an expression of opinion from Her Majesty's Government as to how these services herein detailed had been appreciated. || A portion of the English press, including some leading journals, have tauntingly spoken of me as the "Dutchman", "The Boer gentleman whose past conduct is not unimpeachable", and the greatest of all these newspapers demanded that I should be immediately

replaced by an Englishman. || As to being of Dutch extraction, I am satisfied with myself as regards my descent, and if the Government of Her Majesty can find any Englishman who will serve the Crown as faithfully as I, a born British subject, have done, my loyalty is such that I shall gladly vacate the position to abler and better hands. || As to my conduct in the past and present, both in my private and public life as a minister of the Crown in the Cape Colony, I defy anyone who can speak the truth to say in justice one word against my fair name and fame. || This is my case, Sir, and in appealing to the Government of the greatest, best, and most beloved monarch on earth, as Her Majesty's loyal subject I ask for nothing but justice—simple justice—and nothing more, || With every expression of respect.

I have, &c.

J. A. DE WET, Her Majesty's Agent.

Beilagen.

A.

From Her Majesty's Agent to His Excellency the High Commissioner, Capetown.

December 30. — Very urgent. The President sent for me, and the General then read to me a telegram from Landdrost of Zeerust that a number of English troops have entered the Republic from Mafeking and cut the wire, and are now on the march to Johannesburg. I assured the President that I could not believe the force consisted of English troops. The General then said they may be Mashonaland or Bechuanaland police, but he believes the information that a force had entered the State, and he said he would take immediate steps to stop their progress. His Honour requested me to ask your Excellency whether this force is composed of English troops or police under your Excellency's control, or whether you have any information of the movement.

B.

From Her Majesty's Agent to His Excellency the High Commissioner, Capetown.

December 30. — Most urgent. Commandant General has received positive information that about 800 men, Mashonaland troops, are close to Rustenburg, well armed with six Maxims and four other cannons, on march to Johannesburg, flying the English flag. His Honour desires me to say that an armed force of British subjects entering the Transvaal by force is a serious breach of the Convention, that he is much surprised that Her Majesty's Government should allow such serious movements to go on unchecked, and he still hopes your Excellency will take immediate steps to stop this force from proceeding any further, as his Honour cannot allow such encroachments on his legal rights with impunity, and most serious consequences will follow, for which his Government cannot be held responsible. Awaiting immediate instructions.

Nr. 11453.

Gross-
britannien.
1. Mai 1896.

C.

From Her Majesty's Agent to His Excellency the High Commissioner, Capetown.

December 30. — Most urgent. I have just been informed on unquestionable authority that, in view of an armed force entering the Transvaal, presumably British subjects, under the British flag, the President has asked for the intervention of Germany and France, and the Consuls have cabled the request to their respective Governments. No reply to any of my telegrams of to-day yet. I respectfully submit that I am placed in a most awkward position in this critical condition to be without any instructions for my guidance. The Government has already sent for me twice. Possibly by this time blood has already been shed.

D.

From High Commissioner to Her Majesty's Agent, Pretoria.

December 30. — Your second telegram of to-day most urgent received. Send at once a thoroughly trustworthy mounted express with following message from me to Dr. Jameson to meet him on road. *Begins:* Her Majesty's Government entirely disapprove your conduct in invading Transvaal with armed force, your action has been repudiated, you are ordered to retire at once from country, and will be held personally responsible for the consequences of your unauthorised and most improper proceeding. *Ends.* Inform President of purport of this message.

D D.

From Her Majesty's Agent to Reform Committee, Johannesburg.

1st January 1896. — I have received a proclamation from his Excellency the High Commissioner, commanding all British subjects to abstain from countenancing or assisting Dr. Jameson in his unlawful proceedings. His Honour the President has this night received a cable from Mr. Chamberlain also expressing strongest disapproval of Dr. Jameson's action, and presumably action of British subjects, against law and order. Reports received here by the Government of armed force marching on Pretoria. As Her Majesty's Agent I call upon you in the name of Her Majesty's Government to desist from armed demonstration and to pause, and in the name of humanity to think of the horrors of a civil war and the shedding of blood and sacrifice of probably many innocent lives by otherwise law-abiding British subjects against the will of their own Government. I desire again to invite your serious attention to the fact that negotiations are going on between Mr. Chamberlain and his Honour the President. I am convinced the Government is prepared to meet any committee or deputation at any time to discuss matters. In view of this and of negotiations with Mr. Chamberlain I advise you to follow a constitutional course.

D D.

From Her Majesty's Agent, Pretoria, to the High Commissioner.

Nr. 11453.
Gross-
britannien.
1. Mai 1896.

1st January 1896. — I hope your Excellency will approve of my action. In my opinion if the Government does not comply with all the demands contained in Mr. Leonard's manifesto hostilities are inevitable, and they will be sanguinary. The state of excitement and anxiety amongst the people of Pretoria can hardly be described. Every head of a family who can afford it has sent his family away. The armed force at Johannesburg is estimated at fourteen thousand.

E.

From Percy Fitz Patrick, Johannesburg, Secretary Reform Committee, to Her Majesty's Agent, Pretoria.

1st January 1896. — The Reform Committee thank you for your communication and beg to inform you that they have anticipated the suggestion of the High Commissioner, and, at the invitation of the Government, have sent by this morning's train a deputation consisting of Messrs. Lionel Phillips, J. G. Auret, and Abe Bailey, to confer with a commission appointed by the Government.

F.

From Her Majesty's Agent, Pretoria, to Secretary of the Reform Committee, Johannesburg.

2nd January 1896. — Upon the request of your deputation I waited upon his Honour the President, and he has given me the assurance that pending the arrival of the High Commissioner, who has left Capetown this evening, Johannesburg will not be invested or surrounded by burghers, provided that no acts of hostility against the Government or breaking of the law is committed by the Johannesburg people, or anything leading to hostility or breaking of laws.

G.

From Her Majesty's Agent, Johannesburg, to His Honour the President, Pretoria.

7th January 1896. — I have met the Reform Committee. Am gratified with the spirit shown in the discussion of the all-important present position. The Committee handed me the following resolution. *Begins*: "The Reform Committee in Johannesburg, having seriously considered the ultimatum of the Government of the South African Republic conveyed to them through Her Britannic Majesty's Agent at Pretoria, in a telegram dated 6th instant, to the effect that Johannesburg must lay down its arms as a condition precedent to a discussion and consideration of grievances, have unanimously decided to comply with this demand, and have given instructions to the citizens employed by this Committee for maintaining good order to lay down their arms. In coming to this determination the Committee rely upon the Government that it will

Nr. 11453.
Gross-
britannien.
1. Mai 1896.

maintain law and order and protect life and property in this town at this critical juncture. The Committee have been actuated by a paramount desire to do everything possible to ensure the safety of Dr. Jameson and his men, to advance the amicable discussion of terms of settlement with the Government, and to support Her Majesty's High Commissioner in his efforts in this respect. The Committee would draw the attention of the Government of this Republic to the presence of armed burgher forces in the immediate vicinity of this town, and would earnestly desire that these forces be removed in order to avoid all risk of any disturbance of the public peace." *Resolution ends.* I wish to add to my above remarks that I feel convinced there will be no further difficulty in connexion with the laying down of their arms. I would suggest that the Government co-operate with the Reform Committee, under Government instructions, for a day or two, for the purpose of restoring the town to its normal state. This will only take a day or two, and those who are excited among the people will by that time have calmed down, and the police can resume their ordinary duties. The Committee will co-operate in this matter. This course will very much facilitate the task of your Government, if it meets with your approval.

CC.

From High Commissioner, Pretoria, to Sir Jacobus de Wet, Her Majesty's Agent, Johannesburg.

7th January 1896. — Urgent. You should inform the Johannesburg people that I consider that if they lay down their arms they will be acting loyally and honourably, and that if they do not comply with my request they will forfeit all claim to sympathy from Her Majesty's Government and from British subjects throughout the world, as the lives of Jameson and the prisoners are now practically in their hands.

H.

6. April 1896.

Sir, || To the many misrepresentations and attacks upon myself by English newspapers, "The Newcastle Chronicle" of the 6th March (was sent to me) adds several articles dwelling principally upon the Willoughby-Cronjé correspondence, and by coupling my name with that of Sir Sidney Shippard in connexion with the "lives of Jameson and the men dependent on the disarming of Johannesburg", an utterance I never made, and the consequence of which and for other reasons I repudiated any connexion with Sir Sidney in my telegram of the 8th January to the State, which I showed to your Excellency, and when I was given to understand that his action was not sanctioned by you. Much confusion has arisen from the expressions used by Sir Sidney, and I have been misrepresented and roundly slated for his words. If he acted upon his own responsibility, and the newspapers, either wilfully

or by mistake, coupled one names, and made me responsible for his words, they alone are to blame, and there can be no objections to my contradicting the statements, both to Mr. Chamberlain and publicly, and thus once for all removing the imputations from myself. The "Newcastle Chronicle" asserts that Sir Sidney was sent to Johannesburg by your Excellency, and Mr. Chamberlain also stated in the House of Commons that I was aided by Sir Sidney inferentially in an official or quasi-official capacity; all this gives a colouring to the presumption that he acted with your Excellency's sanction. I shall, therefore, be glad, before I take any steps to clear myself, to hear from your Excellency whether or not Sir Sidney was delegated by you. I suppose there can be no objections to let Mr. Chamberlain know what I did and said at Johannesburg, for though I have humbly to submit when ignored by the Government in whose interest I have strained every nerve day and night, whilst my colleagues, the consuls of other nations, who were inactive spectators of raids and risings by British subjects, are the recipients of handsome and substantial recognitions from their Governments, yet I have hope in the justice of Her Majesty's Government that they will at least allow me the privilege of exposing the perversions and suppressions of truth of which I have been the victim.

I have, &c.

J. A. de Wet, Her Britannic Majesty's Agent.

I.

From the High Commissioner to Her Majesty's Agent.

Government House, Capetown, April 14, 1896.

Sir, || I have the honour to acknowledge the receipt of your despatch of the 6th instant complaining of the attacks made upon you in English newspapers, especially in regard to the allegation that you informed the people of Johannesburg that the lives of Dr. Jameson and his men depended upon the disarming of Johannesburg. || I do not think it is necessary that you should now take notice of the statements in newspapers on this matter. || Sir S. Shippard was certainly not delegated by me to convey any message to Johannesburg, although when he came to see me in Pretoria before leaving for Johannesburg I told him of the ultimatum of the Government that Johannesburg must surrender arms in 24 hours or hostilities would commence. I also told him that no decision had been come to up to that time as to the disposal of Dr. Jameson and the other prisoners, and that the Government would make no promises as to grievances beyond those embodied in the President's proclamation. Any statements made by Sir S. Shippard beyond what I have above specified were not authorised by me.

I have, &c.

Hercules Robinson,
Governor and High Commissioner.

Nr. 11453.
Gross-
britannien.
1. Mai 1896.

J.

From Her Majesty's Agent, Johannesburg, to His Excellency the High Commissioner, Pretoria.

8th January 1896. — Most urgent. Am now in meeting with Reform Committee, who showed me telegram despatched by them to me at 12 noon, which telegram did not reach me in Pretoria. *This telegram begins:* "All enrolled men have been disbanded, with the exception of those retained to preserve order in town to-day if necessary. These will be disbanded this evening. The local authorities take entire charge of the town at 8 o'clock to-night. We have handed the Government the three Maxims we had and all ammunition, together with about 1,900 rifles. There are still spread about approximately 500 rifles, issued for protection of life and property in town and at the mines. We are making every effort to collect these, and have inserted an advertisement peremptorily calling upon persons to hand in all guns. We are informed that some of the guns have been sold and others stolen, so we cannot hope to gather in all issued. Shall be glad if you will urge upon the Government the desirability of keeping the canteens closed for at least two days longer. People have resumed business, and the town is absolutely quiet and the mines working." *Telegram ends.* The Committee assure me that they never possessed any cannons or field pieces other than the three Maxims already handed up by them, and they are prepared to support the statement by affidavit if required by every member of the Reform Committee. As stated in the above telegram, they are taking the most active steps to collect the 400 or 500 guns still out, and have inserted a strong notice in the local newspapers calling upon all persons who still have guns in their possession to immediately surrender them. A deputation, consisting of three members of the Committee, waited on the Government Commissioners to-day and offered every facility for searching suspected localities, and offered themselves to remain as hostages during the search as a voucher for the truth of the statement made by them. The Committee suggests that the Government should issue a proclamation calling upon all persons to register their guns with the Government officials forthwith. The Committee has been informed by Pietersen, the lieutenant of police in Johannesburg, that a number of the guns served out by the Committee for the preservation of order has been purchased by private persons and by the Government police of Johannesburg. The Committee is prepared to assist the Commission appointed by the Government to inspect and search any places under their control or at which they suspect that arms and ammunition are concealed. I feel perfectly confident from the assurances given me by the Reform Committee and by the attitude of the members that they are perfectly sincere in their statements and in the undertaking to which they have pledged their honour and their persons.

K.

From Her Majesty's Agent, Johannesburg, to Commandant General, Pretoria.

Translation. || 8th January. (Very pressing.) || I have spoken with your Government Commission. With their concurrence and approval I beg you very kindly in the interest of peace and order that all arrangements with reference to the disarmament and the preservation of quiet and order may be left to your said Commission. || Commandant Schutte begs me to tell you that he has quite sufficient special constables sworn in for this.

L.

From Her Majesty's Agent, Johannesburg, to His Excellency the High Commissioner, Pretoria.

8th January 1896. — Urgent. Am in conference with the Government Commission now. They are not prepared to commence searching operations before receiving further instructions from the Government. Two members of the deputation are proceeding to Pretoria for that purpose, and will in all probability not return before mid-day to-morrow. Under these circumstances I will go back with them to Pretoria and return with them to-morrow if they can begin operations at once. Kindly give Lady de Wet notice of my return to-night.

M.

From Imperial Secretary, to Acting Secretary, Pretoria.

Pretoria, January 12, 1896.

(South African Republic.) || Sir, || I am directed by his Excellency the High Commissioner to acknowledge the receipt of your letter of yesterday, stating that, in the opinion of the Government of the South African Republic, every reason now exists for considering that the complications at Johannesburg are approaching to an end, and that as matters now appear, there need be no longer any fear of further bloodshed. || The High Commissioner desires me to express to his Honour the President, and to the members of the Executive Council through you, his acknowledgment of the thanks of the Government of the South African Republic for the assistance he has been able to render in preventing further bloodshed, and his thanks for the congratulations of his Honour the President, and of the members of the Executive Council, on the manner in which his object in coming has been fulfilled. || The High Commissioner further desires me to convey to his Honour the President and the Executive Council, the expression of the feeling of satisfaction with which he has received their acknowledgment of the services rendered by Sir Jacobus de Wet, the British Agent at Pretoria. This acknowledgment his Excellency thinks is fully deserved, and it will give him great pleasure to be the means of conveying it to Sir J. de Wet. || The absence of the High Commissioner from Capetown at the present time, when a new ministry has been in course

Nr. 11453. of formation, has not been without detriment to the public interest, and as
Gross- soon as his Excellency is in a position to give definite instructions to the
britannien. Governor of Natal with reference to the reception and disposal of the pri-
1. Mai 1896. soners, whom the President has undertaken to hand over to him, he proposes
to leave for Capetown. In the meanwhile, his Excellency desires to express
to his Honour the President his best thanks for the hospitality which has
been extended to him during his visit to Pretoria.

I have, &c.

Graham Bower, Imperial Secretary.

Verhandlungen zwischen Grossbritannien und den Vereinigten Staaten über den Grenzstreit mit Venezuela und die Berufung eines Schiedsgerichts. 1896.

Nr. 11454*). **VEREIN. STAATEN.** — Der Botschafter in London an den Minister des Auswärtigen. Die Vereinigten Staaten wünschen ein Schiedsgericht in der Venezuelafrage.

Embassy of the United States, London, February 27, 1896. (Received February 27.)

My Lord, in order to reach a well-defined agreement for a basis of negotiation to constitute a Tribunal for the arbitration of the boundary between British Guiana and Venezuela—which seems to be almost unanimously desired in both the United States and Great Britain—I have the honour to acquaint your Lordship that my instructions continue to indicate an urgent desire to have the question removed, as soon as practicable, from the atmosphere of possible controversy, and to that end I have sought an interview with your Lordship in order to propose, on behalf of my Government, an entrance forthwith upon negotiations at Washington to effect this purpose, and that Her Majesty's Ambassador at Washington should be empowered to discuss the question at that capital with the Secretary of State. || It has been greatly desired by the Secretary of State of the United States, that a clear definition of the "settlements" by individuals in the territory in dispute, which it is understood Her Majesty's Government desire should be excluded from the proposed submission to arbitration, should be propounded, accompanied by such explanatory reasons as may assist a comprehension of the intent and purpose of such exclusion. || It is the desire of my Government to assist in a basis of settlement which shall recommend itself to the sense of justice of both countries, and to invest the proposed Tribunal of Arbitration with high and liberal powers, to secure justice and equity in their award.

I have, &c.

(Signed) T. F. Bayard.

*) Nr. 11454—66 entstammen dem Blaubuch 8105. 1896.

Nr. 11455. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Washington. Wünscht eine gemischte Kommission zum Schiedsgericht.

Foreign Office, February 27, 1896, 7 P. M.

Nr. 11455.
Gross-
britannien.
27. Feb. 1896.

(Telegraphic.) || The American Ambassador has proposed to me that he should be furnished with a definition of the words "settled districts," as used by us in connection with the Venezuelan Boundary question. I have promised to consult the Colonial Office, and to endeavour to comply with the request. || He was, he intimated, about to propose that negotiations should be commenced between the two Governments with a view to agreeing upon a Tribunal of Arbitration by which the controversy should be settled. || My reply was that the proposal went too far, and that I was not prepared in matters of high political import to admit unrestricted arbitration. I doubted whether it was possible to obtain an impartial Arbiter, nor did I see my way to laying down the law which should govern the decision on many of the points on which an Arbiter would necessarily be invited to pronounce. || But I proposed to him that we should obtain an authoritative statement of the facts either by two Commissions or by a Joint Commission, leaving to subsequent discussion the question of building a decision on those facts. || This proposal he promised to refer to his Government for consideration.

Nr. 11456. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Washington an den Minister des Auswärtigen. Antwort auf das Vorige. Gegenvorschlag der Vereinigten Staaten.

Washington, March 1, 1896. (Received March 2.)

Nr. 11456.
Gross-
britannien.
1. März 1896.

(Telegraphic.) || Venezuela. At an interview which I have had with the Secretary of State, he informed me that the proposal made by your Lordship to Mr. Bayard, and communicated to me in your Lordship's telegram of the 27th ultimo, is unacceptable to the Government of the United States, because no final settlement is provided by it. He requested that I should submit to your Lordship the following counter-proposal: || A new Commission to be appointed, to consist of two members nominated by the United States (probably from the American Commission) and two by Great Britain, who shall report the facts to the two Governments. If they divide equally, a fifth member to be appointed by agreement or nominated by a third party. || The two Governments shall, on receipt of the final Report, endeavour to fix a line satisfactory to all parties, including Venezuela, failing which the facts reported shall be submitted to an Arbitral Tribunal, consisting of the Chief Justices of England and of the United States, and of a third Arbitrator to be mutually agreed upon or nominated by a third party. A divisional line, such as is warranted by the facts submitted, shall be ascertained and declared by this Tribunal, and all parties in interest, including Venezuela, shall accept the line so ascertained and declared, and it shall be binding upon them.

Nr. 11457. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. Dasselbe.

Washington, March 1, 1896. (Received March 2.)

(Telegraphic.) || Venezuela. Mr. Olney's counter-proposal, which I had the honour to telegraph to your Lordship in telegram of to-day's date, involves arbitration without restriction. || The Secretary of State begged me to submit his proposal to your Lordship, although I expressed my opinion that it would not be accepted. || Mr. Olney said that, as he did not know what restrictions your Lordship wished for, he could not make any other proposal, but that, if any were put forward by your Lordship, they would be considered with care, and, in all probability, if the restrictions should be reasonable, no objection would be entertained to them. || The Secretary of State added that it was not possible for Venezuela to abandon her claims to the settled districts unless a Tribunal of Arbitration decided against her, as she was expressly precluded from so doing by the terms of her Constitution. || I gathered from my conversation with Mr. Olney that he will strive to induce Venezuela to accept regulations for the guidance of the Arbitrators such as would diminish the danger of any injustice or hardship being inflicted by the decision of the Tribunal.

Nr. 11457.
Gross-
britannien.
1. März 1896.

Nr. 11458. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter der Verein. Staaten. England stimmt der Verhandlung über die Venezuelafrage in Washington zu.

Foreign Office, March 3, 1896.

Your Excellency, || The note which you handed to me at our interview on the 27th ultimo has received the careful consideration of Her Majesty's Government. || The communications which have already passed between Her Majesty's Government and that of the United States have made you acquainted with the desire of Her Majesty's Government to bring the difference between themselves and the Republic of Venezuela to an equitable settlement. They therefore readily concur in the suggestion that negotiations for this purpose should be opened at Washington without unnecessary delay. I have accordingly empowered Sir J. Pauncefote to discuss the question either with the Representative of Venezuela or with the Government of the United States, acting as the friend of Venezuela. || I will communicate to the Secretary of State for the Colonies Mr. Olney's desire to be informed of the precise meaning attached by Her Majesty's Government to the word „Settlements" in the territory in dispute. || The limitations or conditions to be applied to the arbitral jurisdiction of any Tribunal that may be created for the purpose of deciding questions in dispute will be a proper subject for the negotiations to which the United States' Government have invited us. I ventured, however,

Nr. 11458.
Gross-
britannien.
3. März 1896.

Nr. 11458. at our interview already mentioned, to suggest a course of proceeding which
 Gross- would not only have the effect of saving time—which I agree with you in
 britannien. thinking to be an object of importance—but would go far to abridge the difficulties of
 3. März 1896. the question, and even to remove them altogether. The two Governments are, I
 believe, quite agreed that the determination of facts is a suitable matter to
 be considered and finally decided by a properly constituted Tribunal. It may
 be more difficult to arrive at a further agreement as to the law which should
 in all cases govern the decision to be founded on those facts, or the method
 of determining that law. But the possibility of our being compelled to argue
 this question at a later stage, should not prevent us from setting in motion
 that portion of the procedure on which we are agreed. It will at all events
 save time to enter upon it at once, and it may well be that when we have
 the facts before us, duly and finally ascertained, we shall see that in many
 respects they exclude the possibility of disagreement upon the main question
 at issue.

I have, &c.

(Signed) Salisbury.

Nr. 11459. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Minister des Auswärtigen
 an den Botschafter in Washington. Schlägt einen
 allgemeinen Vertrag zwischen England und den
 Vereinigten Staaten auf Einsetzung eines Schieds-
 gerichts für gewisse Fälle vor.

Foreign Office, March 5, 1896.

Nr. 11459. Sir, || In the spring of last year communications were exchanged between
 Gross- your Excellency and the late Mr. Gresham upon the establishment of a system
 britannien. of international arbitration for the adjustment of disputes between the two
 5. März 1896. Governments. Circumstances, to which it is unnecessary to refer, prevented
 the further consideration of the question at that time. || But it has again been
 brought into prominence by the controversy which has arisen upon the Vene-
 zuelan boundary. Without touching upon the matters raised by that dispute,
 it appears to me that the occasion is favourable for renewing the general
 discussion upon a subject in which both nations feel a strong interest, without
 having been able up to this time to arrive at a common ground of agreement.
 The obstacle which has separated them has been the difficulty of deciding
 how far the undertaking to refer all matters in dispute is to be carried.
 On both sides it is admitted that some exceptions must be made. Neither
 Government is willing to accept arbitration upon issues in which the national
 honour or integrity is involved. But in the wide region that lies within this
 boundary the United States desire to go further than Great Britain. || For
 the view entertained by Her Majesty's Government there is this consideration
 to be pleaded, that a system of arbitration is an entirely novel arrangement,
 and, therefore, the conditions under which it should be adopted are not likely

to be ascertained antecedently. The limits ultimately adopted must be determined by experiment. In the interests of the idea, and of the pacific results which are expected from it, it would be wise to commence with a modest beginning, and not to hazard the success of the principle by adventuring it upon doubtful ground. The suggestion in the heads of Treaty which I have inclosed to your Excellency will give an opportunity for observing more closely the working of the machinery, leaving it entirely open to the Contracting Parties, upon favourable experience, to extend its application further, and to bring under its action controversies to which for the present it can only be applied in a tentative manner, and to a limited extent. || Cases that arise between States belong to one of two classes. They may be private disputes in respect to which the State is representing its own subjects as individuals; or they may be issues which concern the State itself considered as a whole. A claim for an indemnity or for damages belongs generally to the first class; a claim to territory or sovereign rights belongs to the second. For the first class of differences the suitability of international arbitration may be admitted without reserve. It is exactly analogous to private arbitration; and there is no objection to the one that would not apply equally to the other. There is nothing in cases of this class which should make it difficult to find capable and impartial Arbitrators. But the other class of disputes stands on a different footing. They concern the State in its collective capacity; and all the members of each State, and all other States who wish it well, are interested in the issue of the litigation. If the matter in controversy is important, so that defeat is a serious blow to the credit or the power of the litigant who is worsted, that interest becomes a more or less keen partizanship. According to their sympathies, men wish for the victory of one side or another.

Such conflicting sympathies interfere most formidably with the choice of an impartial Arbitrator. It would be too invidious to specify the various forms of bias by which, in any important controversy between two great Powers, the other members of the commonwealth of nations are visibly affected. In the existing condition of international sentiment, each great Power could point to nations whose admission to any jury by whom its interests were to be tried it would be bound to challenge; and in a litigation between two great Powers the rival challenges would pretty well exhaust the catalogue of the nations from whom competent and suitable Arbiters could be drawn. It would be easy, but scarcely decorous, to illustrate this statement by examples. They will occur to any one's mind who attempts to construct a panel of nations, capable of providing competent Arbitrators, and will consider how many of them would command equal confidence from any two litigating Powers. || This is the difficulty which stands in the way of unrestricted arbitration. By whatever plan the Tribunal is selected, the end of it must be that issues in which the litigant States are most deeply interested will be decided by the vote of one man, and that man—a foreigner. He has no jury to find his

Nr. 11459. facts; he has no Court of Appeal to correct his law; and he is sure to be
 Gross- credited, justly or not, with a leaning to one litigant or the other. Nations
 britannien. cannot afford to run such a risk in deciding controversies by which their
 5. März 1896. national position may be affected, or a number of their fellow-subjects transferred to a foreign rule. || The plan which is suggested in the appended draft Treaty would give a Court of Appeal from the single voice of the foreign judge. It would not be competent for it to alter or reserve the Umpire's decision, but if his judgment were not confirmed by the stipulated majority it would not stand. The Court would possess the highest guarantee for impartiality which a Court belonging to the two litigating nations could possess. Its operation in arresting a faulty or doubtful judgment would make it possible to refer great issues to arbitration without the risk of a disastrous miscarriage of justice. || I am aware that to the warmer advocates of arbitration this plan will seem unsatisfying and imperfect. But I believe that it offers an opportunity of making a substantial advance, which a more ambitious arrangement would be unable to secure; and if, under its operation, experience should teach us that our apprehensions as to the danger of reposing an unlimited confidence in this kind of Tribunal are unfounded, it will be easy by dropping precautions that will have become unnecessary, to accept and establish the idea of arbitration in its most developed form. || I beg that you will read this despatch and the appended draft Treaty to the Secretary of State, and leave him a copy if he desires it.

I am, &c.

(Signed) Salisbury.

Beilage.

Heads of a Treaty for Arbitration in certain Cases.

1. Her Britannic Majesty and the President of the United States shall each appoint two or more permanent judicial officers for the purposes of this Treaty; and on the appearance of any difference between the two Powers, which, in the judgment of either of them, cannot be settled by negotiation, each of them shall designate one of the said officers as Arbitrator; and the two Arbitrators shall hear and determine any matter referred to them in accordance with this Treaty.

2. Before entering on such arbitration, the Arbitrators shall select an Umpire, by whom any question upon which they disagree, whether interlocutory or final, shall be decided. The decision of such Umpire upon any interlocutory question shall be binding upon the Arbitrators. The determination of the Arbitrators, or, if they disagree, the decision of the Umpire shall be the Award upon the matters referred.

3. Complaints made by the nationals of one Power against the officers of the other; all pecuniary claims or groups of claims, amounting to not more

than 100,000*l.* made on either Power by the nationals of the other, whether based on an alleged right by Treaty, or Agreement, or otherwise; all claims for damages or indemnity under the said amount; all questions affecting diplomatic or Consular privileges; all alleged rights of fishery, access, navigation, or commercial privilege, and all questions referred by special agreement between the two parties, shall be referred to arbitration in accordance with this Treaty; and the Award thereon shall be final.

Nr. 11459.
Gross-
britannien.
5. März 1896.

4. Any difference in respect to a question of fact, or of international law, involving the territory, territorial rights, sovereignty, or jurisdiction of either Power, or any pecuniary claim or group of claims of any kind, involving a sum larger than 100,000*l.*, shall be referred to arbitration under this Treaty. But if in any such case, within three months after the Award has been reported, either Power protests that such Award is erroneous in respect to some issue of fact, or some issue of international law, the Award shall be reviewed by a Court composed of three of the Judges of the Supreme Court of Great Britain and three of the Judges of the Supreme Court of the United States; and if the said Court shall determine, after hearing the case, by a majority of not less than five to one, that the said issue has been rightly determined, the Award shall stand and be final; but in default of such determination it shall not be valid. If no protest is entered by either Power against the Award within the time limited it shall be final.

5. Any difference, which in the judgment of either Power materially affects its honour or the integrity of its territory, shall not be referred to arbitration under this Treaty except by special agreement.

6. Any difference whatever, by agreement between the two Powers, may be referred for decision by arbitration, as herein provided, with the stipulation that, unless accepted by both Powers, the decision shall not be valid. || The time and place of their meeting, and all arrangements for the hearing, and all questions of procedure shall be decided by the Arbitrators or by the Umpire, if need be.

Nr. 11460. **VEREIN. STAATEN.** — Der Staatssekretär des Auswärtigen an den englischen Botschafter. Fordert Änderungen an Salisburys Vorschlag eines allgemeinen Schiedsgerichts.

April 11, 1896.

Excellency, || I have the honour to acknowledge the receipt, at your hands, of the copy of Lord Salisbury's despatch of the 5th March, 1896. His Lordship, after recurring to the negotiations of last year between himself and the late Secretary Gresham for the establishment of a general system of Arbitration of disputes between the two Governments, and after, in terms excluding from consideration the Venezuelan boundary dispute, expresses the opinion that the time is favourable for renewing discussion upon the subject. He

Nr. 11460.
Vereinigte
Staaten.
11. Apr. 1896.

Nr. 11460.
Vereinigte
Staaten.
11. Apr. 1896.

thereupon proceeds to make a most interesting contribution to such discussion, which he concludes by submitting the draft of a proposed Treaty, a copy of which, for convenience of reference, is annexed to this communication. || It is proper to state at the outset that these proposals of Her Majesty's Prime Minister are welcomed by the President with the keenest appreciation of their value, and of the enlightened and progressive spirit which animates them. So far as they manifest a desire that the two great English speaking peoples of the world shall remain in perpetual peace, he fully reciprocates that desire on behalf of the Government and people of the United States. To himself personally nothing could bring greater satisfaction than to be instrumental in the accomplishment of an end so beneficent. || If Lord Salisbury's draft had stopped with Article 3, no criticism could have been made either of the arbitral machinery provided, or of the arbitral subjects enumerated, except that the latter seem to be so cautiously restricted as hardly to cover other than controversies, which, as between civilized States, could almost never endanger their peaceful relations. But Article 3, as well as Article 4, is apparently qualified by the provisions of Article 5, since the national honour may sometimes be involved even in a claim for indemnity to an individual. Further, the arbitral machinery provided by Article 4 is open to serious objection as not securing an end of the controversy unless an Award is concurred in by at least five out of the six Appellate Arbiters. In calling attention to these features of the scheme as largely restricting its value, I am directed by the President to propose, as a substitute for Articles 4 and 5, the following: —

Article 4. "Arbitration under this Treaty shall also be obligatory in respect of all questions now pending, or hereafter arising, involving territorial rights, boundaries, sovereignty or jurisdiction, or any pecuniary claim or group of claims aggregating a sum larger than 100,000 £, and in respect of all controversies not in this Treaty specifically described: Provided, however, that either the Congress of the United States on the one hand, or the Parliament of Great Britain on the other, at any time before the Arbitral Tribunal shall have convened for the consideration of any particular subject-matter, may by Act or Resolution declaring such particular subject-matter to involve the national honour or integrity, withdraw the same from the operation of this Treaty; and provided, further, that if a controversy shall arise when either the Congress of the United States or the Parliament of Great Britain shall not be in session, and such controversy shall be deemed by Her Britannic Majesty's Government, or by that of the United States, acting through the President, to be of such nature that the international honour or integrity may be involved, such difference or controversy shall not be submitted to Arbitration under this Treaty until the Congress and the Parliament shall have had the opportunity to take action thereon. || "In the case of controversies provided for by this Article, the Award shall be final if concurred in by all the Arbitrators. If assented to by a majority only the Award shall be final unless

one of the Parties, within three months from its promulgation, shall protest in writing to the other that the Award is erroneous in respect of some issue of fact or of law. In every such case the Award shall be reviewed by a Court composed of three of the Judges of the Supreme Court of Great Britain, and three of the Judges of the Supreme Court of the United States, who before entering upon their duties shall agree upon three learned and impartial Jurists to be added to said Court in case they shall be equally divided upon the Award to be made. To said Court there shall be submitted a record in full of all the proceedings of the original Arbitral Tribunal, which record, as part thereof, shall include the evidence adduced to such Tribunal. Thereupon the said Court shall proceed to consider said Award upon said record, and may either affirm the same or make such other Award as the principles of law applicable to the facts appearing by said record shall warrant and require, and the Award so affirmed or so rendered by said Court, whether unanimously or by a majority vote, shall be final. If, however, the Court shall be equally divided upon the subject of the Award to be made, the three Jurists agreed upon as hereinbefore provided shall be added to the said Court, and the Award of the Court so constituted, whether rendered unanimously, or by a majority vote, shall be final." || The considerations, which, in the opinion of the President, render the foregoing amendments of Lord Salisbury's scheme most desirable, and perhaps indispensable, may be briefly stated: ||

1. The scheme, as thus amended, makes all disputes *prima facie* arbitrable. || Each, as it may arise, will go before the Arbitral Tribunal, unless affirmative action by the Congress or by the Parliament displaces the jurisdiction. || 2. The scheme, as amended, puts where they belong the right and power to decide whether an international claim is of such nature and importance as not to be arbitrable and as to demand assertion, if need be, by force of arms. || The Administration in authority, when a serious international controversy arises, must, in the nature of things, be often exposed to influences not wholly favourable to an impartial consideration of the nature of that controversy. || It may always be more or less controlled by personal predilections and prejudices inherent in the controversy or arising in its progress, while considerations connected with party success or failure, are factors not likely to be wholly eliminated in determining upon a particular course of action. || It is liable to decide in haste—to view the honour of the country as not distinguishable from the good of its party—and to act without the advantage of a full discussion of the subject in all its aspects by party opponents, as well as by party friends. || On the other hand, if the issue between war and Arbitration be left to the Supreme Legislative Tribunal of the country, to Congress on the one hand, or Parliament on the other, there will be ample time for deliberation and for full investigation and debate of the subject in all its bearings, while it is in the face of such an issue and of all its responsibilities that mere party interests are most likely to be subordinated

Nr. 11460.
Vereinigte
Staaten.
11. Apr. 1896.

Nr. 11460. to those of the country at large. || A more conclusive consideration in this
 Vereinigte connection, however, remains to be stated. It is that, if war and not Arbitration
 Staaten. is to be evoked in settlement of an international controversy, the
 11. Apr. 1896. direct Representatives of the people, at whose cost and suffering the war must
 be carried on, should properly be charged with the responsibility of making
 it. || 3. The scheme, as amended, changes the Arbitration machinery provided
 by Article 4 of Lord Salisbury's draft in important particulars. || In the first
 place, the Award of the original Tribunal of Arbitration, if the Arbiters are
 unanimous, is to be final, and the Appellate Tribunal is to give its decision
 in view of the record and proceedings (including any evidence adduced) of such
 original Tribunal. It is hardly consistent with any reasonable theory of
 Arbitration that an Award concurred in by the Arbiters of the defeated country
 should be appealable by that country. It is obvious, too, that the parties
 may properly be required to present all their facts and evidence to the origi-
 nal Tribunal. Otherwise, and if the Award is appealable in any event, the
 original Tribunal might as well be dispensed with since each party will be
 sure to make its real contest before the Appellate Tribunal alone. || In the
 second place, by the scheme, as amended, an Award is the result of each
 Arbitration so that the controversy is finally ended. Under the draft as
 proposed, on the other hand, there will be an Award only in the rare cases
 in which the six Appellate Arbiters favour it either unanimously or by a
 majority of five to one. Such an arrangement, it is believed, would be
 dangerous and rather mischievous than salutary in its operation. In all the
 cases in which the Arbitrators were equally divided, or stood four to two,
 public feeling in each country would have been aroused by the protracted
 discussions and proceedings, and the chances of a peaceful outcome would
 be rather prejudiced than promoted. That would be the almost certain result
 in cases in which the Arbiters stood four to two, and in which one Judge of
 the highest Court of his country had found himself compelled to give his vote
 in favour of the other country. || It is a possibility to be noted that the party
 defeated and disappointed by the Award of the original Tribunal, in a case
 where the stake is large and the public feeling intense, might find itself
 under irresistible temptation to make all subsequent proceedings purely farcical
 by making sure before their selection of the sentiments of two at least of the
 Appellate Arbiters. || It is submitted that precaution becomes excessive when
 the entire Arbitration proceedings are made abortive unless the Tribunal of
 six Judges reaches an Award by a majority of at least five to one. If they
 stand four to two—which means that, at least, one Judge of the highest Court
 of his country believes that country's claim to be ill-founded—it is hardly
 reasonable to insist that the result should not be accepted and made effective. ||
 It is believed also that there can be no Arbitration in the true sense without
 a final Award, and that it may be better to leave controversies to the usual
 modes of settlement than to enter upon proceedings which are arbitral only

in name, and which are likely to have no other result than to excite and exasperate public feeling in both countries. || It is objected by Lord Salisbury that to insist upon the finality of an Award upon the controversies described in Article 4, is to enable a single foreign Jurist to decide matters of great international consequence. || But under Article 4 as amended, the members added to the Appellate Tribunal need not be foreigners, and they control the result, it must be by the votes of at least two of them. || It may be pointed out too that, if bias on the part of foreign Jurists is feared, the United States being without alliances with any of the countries of Europe, is certainly not the party to expect any advantage from that source. Great Britain could at least not fail to know in what quarters friendliness or unfriendliness might be looked for. || It is believed that the risks anticipated from the powers given to a foreign Jurist as Arbiter or umpire under Article 4 as amended, if not purely imaginary, may be easily exaggerated. Before the foreign Jurist could act, the questions in dispute would have been thoroughly canvassed and decided, once at least and perhaps twice—so that the risks in question may fairly be regarded as reduced to a minimum. || Finally, to insist upon an Arbitration scheme so constructed that miscarriages of justice can never occur is to insist upon the unattainable, and is equivalent to a relinquishment altogether of the effort in behalf of a general system of international Arbitration. An approximation to truth—results which on the average, and in the long run, conform to right and justice—is all that the “lot of humanity” permits us to expect from any plan. Not to surround an Arbitration plan with all reasonably practicable safeguards against failures of justice would undoubtedly be the height of unwisdom. But beyond that, human skill and intelligence are without avail, while for actual results dependence must be placed upon the patient hearing and deliberate decision of a Tribunal whose proceedings will attract the close attention and careful scrutiny of the civilized world. || It may be conceded that a general Arbitration scheme not perfected through repeated Arbitration experiments entails the risks of erroneous Awards. But in this as in human affairs generally, there is but a choice between evils, and the non-existence of any Arbitration scheme entails the far greater risks of controversies, which should be arbitrated, being settled by the sword. It would seem to be the part of wisdom, therefore, to establish the principle of general Arbitration even at the risk of the development of defects in the scheme originally adopted. The affirmation of the principle would of itself tend to greatly diminish the chances of a resort to war, while the imperfections of the scheme as disclosed by its actual working would be remediable at any time by the consent of the parties. That they would be so remedied in fact, it is difficult not to believe, since a principle of such great value being once established, it is wholly unlikely that both parties would not desire to perpetuate its operation, and would not therefore be prepared to consent to reasonable changes in the necessary machinery. It would tend

Nr. 11460. to insure such consent if the Treaty were made terminable after a short term
 Vereinigte of years on notice by either party. || It only remains to observe that, if Ar-
 Staaten. ticle 4 as amended should prove acceptable, no reason is perceived why the
 11. Apr. 1896. pending Venezuelan boundary dispute should not be brought within the Treaty
 by express words of inclusion. If, however, no Treaty for general Arbitration
 can be now expected, it cannot be improper to add that the Venezuelan
 boundary dispute seems to offer a good opportunity for one of those tentative
 experiments at Arbitration which, as Lord Salisbury justly intimates, would
 be of decided advantage as tending to indicate the lines upon which a scheme
 for general Arbitration can be judiciously drawn. || Begging that this communi-
 cation—copy of which is inclosed for that purpose—may be brought to Lord
 Salisbury's attention at your earliest convenience.

I avail, &c.

Nr. 11461. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Washington. Antwort auf Olneys Gegenvorschläge zum allgemeinen Schiedsgericht. Verbindung mit der Venezuelafrage.

Foreign Office, May 18, 1896.

Nr. 11461. Sir, || I have to acknowledge your Excellency's despatch of the 13th
 Gross- ultimo, inclosing a note from Mr. Olney in reply to the proposals made by
 britannien. Her Majesty's Government for a General Treaty of Arbitration. || Her Majesty's
 18. Mai 1896. Advisers have received Mr. Olney's despatch with great satisfaction; in that
 it testifies clearly to the earnest desire which animates the Government of
 the United States to make effective provision for removing all differences of
 opinion which can arise between the two nations. They regret that in some
 essential particulars the opinions of the two Governments do not as yet seem
 to be sufficiently in accord to enable them to come to a definitive agreement
 upon the whole of this important subject. It appears to them, however, that
 there are some considerations bearing upon this matter to which the attention
 of the Government of the United States should be more particularly invited
 before the attempt to arrive at a general understanding ought to be laid
 aside. || I would say, in the first place, that Mr. Olney somewhat mistakes my
 meaning when he says that, in raising this question, I "in terms excluded the
 consideration of the Venezuelan boundary dispute." I wished to state our views
 upon the question of general arbitration without touching upon certain points
 in relation to which the two questions do not cover the same field. But I
 was well aware that any settlement to which we might arrive must in its
 general principles be applicable to disputes, not only between Great Britain
 and the United States, but between either of them and any other Government;
 and therefore, with certain adaptations of detail, it would apply to a dispute
 between Great Britain and Venezuela. In this view I am glad to observe

that I am at one with Mr. Olney, because I hold that, in discussing the safeguards by which a general system of arbitration should be sanctioned, it is important to bear in mind that any system adopted between our two nations ought to be such as can in principle be applied, if necessary, to their relations with other civilized countries. || Mr. Olney is satisfied with the provisions of Article III of my proposals, and the plan of arbitration which it contains.*) The only fault he finds with them is that they are too limited in their application. He thinks that they "hardly cover other than controversies which as between civilized States could almost never endanger their peaceful relations." It is possible that the language of the Article may be modified with advantage. It certainly was not intended to apply only to controversies of a practically unimportant character. The discussions which arise out of disputed claims to territory, which are dealt with in Article IV, are, or may be, much graver, as well as much more difficult to decide. But it would not, I think, be difficult to show by a consideration of the history of the present century that controversies which have issued in war, or in warlike action, have not arisen exclusively or even mainly from disputed questions of territorial ownership. To examine the individual instances would involve a somewhat lengthy investigation, which is not necessary now. It is more material on the present occasion to dwell upon the encouraging fact that Her Majesty's Government and the Government of the United States are entirely agreed in approving the language of Article III, and the policy it is designed to sanction. Under these circumstances, it appears to me to be a matter for regret that the two Governments should now neglect the opportunity of embodying their common view, so far as it is ascertained, in a separate Convention. To do so would not be to prejudice in the slightest degree the chance of coming to an agreement on the more difficult portion of the subject, which concerns territorial claims. The first step would not prevent the ulterior steps being taken; it would rather lead to them.

With respect to the mode of dealing with territorial claims, the views of the two Governments are still apart. The United States' Government wish that every claim to territory preferred by one neighbour against another shall go, as of right, before a Tribunal or Tribunals of Arbitration, save in certain special cases of an exceptional character, which are to be solemnly declared by the Legislature of either country to involve the "national honour or inte-

*) Article III runs as follows: "III. Complaints made by the nationals of one Power against the officers of the other; all pecuniary claims or groups of claims amounting to not more than 100,000 £, made on either Power by the nationals of the other, whether based on an alleged right by Treaty or agreement or otherwise; all claims for damages or indemnities under the said amount; all questions affecting diplomatic or Consular privileges; all alleged rights of fishery, access, navigation or commercial privilege; and all questions referred by special agreement between the two parties, shall be referred to arbitration in accordance with this Treaty: and the award thereon shall be final."

Nr. 11461.
Gross-
britannien.
18. Mai 1896.

grity;" and that any dispute once referred, under the Treaty, to arbitration, shall be decided finally and irrevocably without the reservation of any further powers to either party to interfere. Her Majesty's Government are not prepared for this complete surrender of their freedom of action until fuller experience has been acquired. In their view, obligatory arbitration on territorial claims is, in more than one respect, an untried plan, of which the working is consequently a matter of conjecture. In the first place, the number of claims which would be advanced under such a rule is entirely unknown. Arbitration in this matter has as yet never been obligatory. Claims by one neighbour to a portion of the land of the other have hitherto been limited by the difficulty of enforcing them. Hitherto, if pressed to the end, they have meant war. Under the proposed system self-defence by war will, in these cases, be renounced, unless the claim can be said to involve "the national honour and integrity." The protection, therefore, which at present exists against speculative claims will be withdrawn. Such claims may, of course, be rejected by the Arbitrator; if they are, no great harm is done to the claiming party. In the field of private right excessive litigation is prevented by the judgment for costs against the losing party; but to a national Exchequer the cost of an arbitration will be too small to be an effective deterrent. Whenever the result is, from any cause, a fair matter of speculation, it may be worth the while of an enterprising Government to hazard the experiment. The first result, therefore, of compulsory arbitration on territorial claims will, not improbably, be an enormous multiplication of their number. Such litigation can hardly fail to result, from time to time, in a miscarriage of justice; but there will be a far more serious and certain evil resulting from it. Such litigation is generally protracted; and while it lasts the future prospects of every inhabitant of the disputed territory are darkened by the gravest uncertainty upon one of the most important conditions that can affect the life of a human being, namely, the character of the Government under which he is to live. Whatever the benefits of arbitration may be in preventing war from arising out of territorial disputes, they may well be outweighed if the system should tend to generate a multiplicity of international litigation, blighting the prosperity of the border country exposed to it, and leaving its inhabitants to lie under the enduring threat either of a forcible change of allegiance or of exile. || The enforcement of arbitration in respect to territorial rights is also an untried project in regard to the provisions of the international law by which they are to be ascertained. This is in a most rudimentary condition; and its unformed and uncertain character will aggravate the other dangers on which I have dwelt in a previous despatch—the danger arising from the doubts which may attach to the impartiality and the competence of the Arbitrators. || There are essential differences between individual and national rights to land, which make it almost impossible to apply the well-known laws of real property to a territorial dispute.

Whatever the primary origin of his rights, the national owner, like the individual owner, relies usually on effective control by himself or through his predecessor in title, for a sufficient length of time. But in the case of a nation, what is a sufficient length of time, and in what does effective control consist? In the case of a private individual, the interval adequate to make a valid title is defined by positive law. There is no enactment or usage or accepted doctrine which lays down the length of time required for international prescription; and no full definition of the degree of control which will confer territorial property on a nation has been attempted. It certainly does not depend solely on occupation or the exercise of any clearly defined acts. The great nations in both hemispheres claim, and are prepared to defend, their right to vast tracts of territory which they have in no sense occupied, and often have not fully explored. The modern doctrine of "Hinterland" with its inevitable contradictions indicates the unformed and unstable condition of international law as applied to territorial claims resting on constructive occupation or control. || These considerations add to the uncertainty attaching to any general plan of arbitration in territorial disputes. The projected procedure for this purpose will be full of surprises: the nature of the Tribunal, its ability and freedom from bias, may be open to much question: the law which it is to administer has yet to be constructed. Even if the number of such disputes is not much larger than those of which we have had experience in modern times, the application of so trenchant and uncertain an instrument to controversies in which the dearest interests and feelings of multitudes of men may be engaged cannot be contemplated without some misgiving. But if, as seems most probable, the facility of the procedure should generate a vastly augmented number of litigants desirous of rectifying their frontiers to their own advantage, the danger inherent in the proposed change may be formidable. || It appears to me that under these circumstances it will be wiser, until our experience of international arbitration is greater, for nations to retain in their own hands some control over the ultimate result of any claim that may be advanced against their territorial rights. I have suggested arrangements under which their interests might be indirectly protected, by conferring on the defeated litigants an appeal to a Court in which the Award would need confirmation by a majority of Judges belonging to their nationality. I do not insist on this special form of protection. It would be equally satisfactory and more simple to provide that no Award on a question of territorial right should stand if, within three months of its delivery, either party should formally protest against its validity. The moral presumption against any nation delivering such a protest would, in the opinion of the world, be so strong that no Government would resort to such a defence unless under a cogent apprehension that a miscarriage of justice was likely to take place. || Mr. Olney himself appears to admit the need of some security of the kind: only he would restrict the liberty of refusal to the period immediately prece-

Nr. 11461. ding the arbitration. I do not in any degree underrate the value of his proposal, although, if it were adopted, it would require to be modified in its application to Great Britain in order to suit our special constitutional usages. But it would not meet the case of errors committed, from any cause, by the Tribunal, which, in the case of a claim to inhabited territory, might have such serious results to large bodies of men. || I apprehend that if Mr. Olney's proposal were adopted as it stands, the fear of a possible miscarriage of justice would induce the Government whose territory was claimed to avoid all risk by refusing the arbitration altogether, under the plea, which he allows, that it involved their honour and integrity. The knowledge, on the other hand, that there still remained an escape from any decision that was manifestly unjust would make parties willing to go forward with the arbitration, who would shrink from it behind this plea, if they felt that, by entering on the proceeding, they had surrendered all possibility of self-protection, whatever injustice might be threatened by the Award. || I have no doubt that if the procedure adopted were found in experience to work with tolerable fairness, the rejection of the Award would come gradually to be looked upon as a proceeding so dangerous and so unreasonable, that the right of resorting to such a mode of self-protection in territorial cases would become practically obsolete, and might in due time be formally renounced. But I do not believe that a hearty adoption and practice of the system of arbitration in the case of territorial demands can be looked for, unless the safety and practicability of this mode of settlement are first ascertained by a cautious and tentative advance. || I have to request that your Excellency will read the substance of this despatch to Mr. Olney, and will leave a copy with him if he should wish it.

I am, &c.

(Signed) Salisbury.

Nr. 11462. **GROSSBRITANNIEN.** — Derselbe an Denselben. Schlägt die Grundlage eines Vertrags in der Venezuelafrage vor.

Foreign Office, May 22, 1896.

Nr. 11462. Sir, || I sent you in a despatch under date of the 18th instant some observations upon Mr. Olney's communication to you with regard to the subject of general arbitration. || As it is possible, however, that we shall not see our way to surmount the difficulties which still separate the views of the two Governments in regard to the larger and more general question, I propose in this despatch to convey to you proposals for the settlement of the Venezuelan dispute which I should be glad if you would submit to the Government of the United States, acting as the friend of Venezuela in this matter. From the first our objection has been to subject to the decision of an Arbitrator, who,

in the last resort, must, of necessity, be a foreigner, the rights of British colonists who have settled in territory which they had every ground for believing to be British, and whose careers would be broken, and their fortunes possibly ruined, by a decision that the territory on which they have settled was subject to the Venezuelan Republic. At the same time, we are very conscious that the dispute between ourselves and the Republic of Venezuela affects a large portion of land which is not under settlement, and which could be disposed of without any injustice to any portion of the colonial population. We are very willing that the territory which is comprised within this definition should be subjected to the results of an arbitration, even though some portion of it should be found to fall within the Schomburgk line. With that end in view, we propose the following basis of settlement of the Venezuelan boundary dispute:

A Commission to be created by agreement between Great Britain and the United States, consisting of four members, namely, two British subjects and two citizens of the United States. The above Commission to investigate and to report upon the facts which affect the rights of the United Netherlands, and of Spain respectively, at the date of the acquisition of British Guiana by Great Britain. || This Commission will only examine into questions of fact, without reference to the inferences that may be founded on them, but the finding of a majority of the Commission upon those questions shall be binding upon both Governments. || Upon the report of the above Commission being issued the two Governments of Great Britain and Venezuela respectively shall endeavour to agree to a boundary line upon the basis of such report. Failing agreement the report, and every other matter concerning this controversy on which either Government desire to insist, shall be submitted to a Tribunal of three, one nominated by Great Britain, the other by Venezuela, and the third by the two so nominated; which Tribunal shall fix the boundary line upon the basis of such report, and the line so fixed shall be binding upon Great Britain and Venezuela. Provided always that in fixing such line the Tribunal shall not have power to include as the territory of Venezuela any territory which was *bonâ fide* occupied by subjects of Great Britain on the 1st January, 1887, or as the territory of Great Britain any territory *bonâ fide* occupied by Venezuelans at the same date. || In respect to any territory with which, by this provision, the Tribunal is precluded from dealing, the Tribunal may submit to the two Powers any recommendations which seem to it calculated to satisfy the equitable rights of the parties, and the two Powers will take such recommendations into their consideration. || It will be evident from this proposal that we are prepared to accept the finding of a Commission voting as three to one upon all the facts which are involved in the question of Dutch and Spanish rights at the time of the cession of Guiana to Great Britain. We are also prepared to accept the decision of an arbitral Tribunal with regard to the ownership of all portions of the disputed territory which are not under settlement by British subjects or Venezuelan citizens. If the decision of the

Nr. 11462. Commission shall affect any territory which is so settled, it will be in the power of either Government to decline to accept the decision so arrived at so far as it affects the territory alleged to be settled. But I need not point out to you that even upon that question, although the decision of the arbitral Tribunal will not have a final effect, it will, unless it be manifestly unfair, offer a presumption, against which the protesting Government will practically find it difficult to contend.

I am, &c.
(Signed) Salisbury.

Nr. 11463. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Washington an den Minister des Auswärtigen. Olney ist dem Schiedsgericht geneigter.

Washington, June 2, 1896. (Received June 2, 9 P. M.)

Nr. 11463. (Telegraphic.) || I have received your Lordship's despatch of the 18th ultimo respecting the proposals for a general Treaty of Arbitration. || After long discussions with the Secretary of State, he seemed more favourable to the "Heads for Arbitration Treaty" sent to me by your Lordship, with an alteration which I would venture to suggest in Article IV, to the effect that the award, if protested against, shall be reviewed by a Court composed of not less than five of the Judges of the Supreme Court of the Power protesting. || As Congress may rise any day, I promised to telegraph to your Lordship suggesting the above alteration, and to ask for an early reply.

Nr. 11464. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Washington. England acceptirt Olneys Änderungen am Artikel IV.

Foreign Office, June 5, 1896, 2½ P. M.

Nr. 11464. (Telegraphic.) || Arbitration. See your telegram of the 2nd instant. || Her Majesty's Government would accept the 4th clause of the proposed Treaty in the form suggested by you. || Its application to Venezuela would also be accepted if the United States for this purpose will stand in Venezuela's place, an arrangement for which a subsidiary Convention will be required. The two Arbitrators would be chosen by Great Britain and the United States respectively. It would also be necessary that under the amended version of clause 4, the revising Tribunal on the Venezuelan side should be not the Supreme Court at Caracas, but the Supreme Court at Washington, and that there should be an undertaking on the part of Venezuela to accept any decision to which the United States submit, or which is not set aside by the Supreme Court at Washington.

Nr. 11465.*) **VEREIN. STAATEN.** — Der Staatssekretär des Auswärtigen an den engl. Botschafter in Washington. Antwort auf Nr. 11463.

Department of State, Washington, June 12, 1896.

Excellency, || I have the honour to acknowledge your favour of the 3rd instant, to which is attached a despatch to yourself from Lord Salisbury of the 22nd ultimo, embodying proposals for the settlement of the Venezuelan dispute, which you are requested to submit to the Government of the United States. These proposals have been considered with care and with the strongest disposition to find in them a practical, as well as just, solution of the controversy to which they relate. || It is with regret, therefore, that this Government deem itself unable to treat the proposals either as well adapted to bring the Venezuelan boundary dispute to a speedy conclusion, or as giving due recognition to the just rights of the parties concerned. || It is suggested, for example, that a Commission of four persons, two of them British subjects and two of them citizens of the United States, shall investigate and determine certain facts. But unless this Commission chances to reach its results unanimously, or by a vote of three to one, it may well be that it would be better had the Commission never been created. In the not improbable event of its standing two and two, nothing could come of it in the way of ascertained facts, while, by hardening each party in the conviction of the truth of its own contention, its tendency would be to make any peaceful settlement remote or even impossible. || Further, this Commission so constituted as not to be certain of reaching a result as to the subjects which are submitted to it, seems also unfortunately limited as respects such subjects. It is to report the facts affecting the rights of the United Netherlands and of Spain respectively at the date of the acquisition of British Guiana by Great Britain. Upon the basis of such Report a boundary-line is to be drawn which, however, is in no case to encroach upon the *bonâ fide* settlements of either party. But how are facts showing the existence and *bona fides* of such settlements to be ascertained? As this Commission is carefully disqualified from investigating and reporting them, the first and perhaps the best impression is that they are left to be determined by further negotiations, involving another Convention, and not impossibly still another Commission. If this slow and dilatory procedure is not contemplated, it must be because the Arbitral Tribunal, which is to consider not only the Report but "every other matter concerning this controversy on which either Government desire to insist", will be bound to receive and will undoubtedly have laid before it all matters pertaining to *bonâ fide* occupation by settlers. Such may be the fair implication from the power given to the Tribunal to make recommendations respecting the equities growing out of such occupation. But if it is intended that the Arbitral Tri-

Nr. 11465.
Vereinigte
Staaten.
12. Juni 1896.

*) Lord Salisbury erhielt davon am 24. Juni Kenntniss. Red.

Nr. 11465.
Vereinigte
Staaten.
12. Juni 1896.

bunal shall hear the evidence and find the facts on the subject of *bonâ fide* occupation, there is certainly no reason why the power should not be given in explicit terms. Even then it is not apparent why one and the same Commission should not be charged with determining all the facts which the controversy involves. || These considerations seem to show that his Lordship's proposals, looked at as embodying a practical scheme for a speedy and final settlement of the boundary dispute, cannot be regarded as satisfactory. Another and even graver objection to them remains to be stated. An Arbitral Tribunal is provided which is to fix the true original boundary-line. If, however, this line sets off to one party territory *bonâ fide* occupied by a citizen or subject of the other the 1st January, 1887, it is not to be binding as to such occupied territory. The decision as to this part of the line, it is intimated, will have great moral weight, and the Tribunal is authorized to make recommendations respecting the equitable rights of the parties which they are expected to duly consider. But the absolute result is that, though the Arbitral Tribunal may find certain territory to belong to Venezuela, and may even find that there are no equities which should prevent her having it, whether she gets it or not, is to depend upon the good pleasure of Great Britain—upon her generosity, her sense of justice, her caprice, or her views of expediency generally. It is to be noted, too, that neither in this despatch nor in any other way, though the attention of the British Government has been often called to the point, is any clue afforded to what sort of occupation it is that is characterized as *bonâ fide*. Would an occupation under a temporary or revocable mining licence beginning the 31st December, 1886, be of that character? While the claims of Venezuela have always been matter of public notoriety, could a British subject establish his *bona fides* as against Venezuela by showing that in point of fact he had never heard of them?

These, however, are minor criticisms. The decisive objection to the proposals is that it appears to be a fundamental condition that the boundary-line decided to be the true one by the Arbitrators shall not operate upon territory *bonâ fide* occupied by a British subject (1st January 1887), shall be deflected in every such case so as to make such territory part of British Guiana. It is true that the same rule is to apply in the case of territory *bonâ fide* occupied by a Venezuelan (1st January 1887). But as Great Britain asks for the rule and Venezuela opposes it, the inevitable deduction coincides with the undisputed fact, namely, that the former's interest is believed to be promoted by the rule, while the latter's will be prejudiced. The true question therefore is, is the rule just in itself—without reference to its actual working—so that Great Britain has a right to impose her will upon Venezuela in the matter? How this question can be answered in the affirmative it is most difficult to perceive, and is not even attempted to be shown by the despatch itself. It is a rule which is certainly without support in any prin-

cial of international law or in any recognized international usage. It is a rule which would hardly be insisted upon unless its practical application were supposed to extend to many persons and to cover large interests. Yet, if the facts are not to be ignored nor the ordinary rules of law set aside, its scope would seem to be quite limited, since the Schomburgk line was proclaimed for the first time in October 1886, while in Juni 1887, the Governor of British Guiana, by express instruction from the home Government, addressed the Court of Policy of the Colony in the following terms:— || “Before we proceed to the order of the day, I am anxious to make statement with reference to the question of the boundary between this Colony and the Republic of Venezuela. Among the applications which have been received for mining licences and concessions, under the Mining Regulations passed under Ordinance 16 of 1880, 16 of 1886, and 4 of 1887, there are many which apply to lands which are within the territory in dispute between Her Majesty’s Government and the Venezuelan Republic.” || “I have received instructions of the Secretary of State to caution expressly all persons interested in such licences, concessions, or otherwise acquiring an interest in the disputed territory, that all licences, concessions, or grants applying to any portion of such disputed territory will be issued and must be accepted, subject to the possibility that, in the event of a settlement of the present disputed boundary-line, the land to which such licences, concessions, or grants apply may become a part of the Venezuelan territory; in which case, no claim to compensation from the Colony or from Her Majesty’s Government can be recognized; but Her Majesty’s Government would, of course, do whatever may be right and practicable to secure from the Government of Venezuela a recognition and confirmation of licences, &c., now issued.”

Any equities of a British subject making the *bona fides* of his occupation of Venezuelan soil (1st January, 1887) at all material, must apparently have accrued, therefore, during the seven or eight months between October 1886 and Juni 1887. In the opinion of this Government, however, such *bona fides* on the part of the British settler is quite immaterial. So far as *bona fides* is put in issue, it is the *bona fides* of either Government that is important, and not that of private individuals. Suppose it to be true that there are British subjects, who to quote the despatch, “have settled in territory which they had every ground for believing to be British”, the grounds for such belief were not derived from Venezuela. They emanated solely from the British Government, and if British subjects have been deceived by the assurances of their Government, it is matter wholly between them and their own Government, and in no way concerns Venezuela. Venezuela is not to be stripped of her rightful possessions, because the British Government has erroneously encouraged its subjects to believe that such possessions were British. In but one possible contingency could any claim of that sort by Great Britain have even a semblance of plausibility. If Great Britain’s asser-

Nr. 11465.
Vereinigte
Staaten.
12. Juni 1896.

tion of jurisdiction, on the faith of which her subjects made settlements in territory subsequently ascertained to be Venezuelan, could be shown to have been in any way assented to or acquiesced in by Venezuela, the latter Power might be held to be concluded and to be estopped from setting up any title to such settlements. But the notorious facts of the case are all the other way. Venezuela's claims and her protests against alleged British usurpation have been constant and emphatic, and have been enforced by all the means practicable for a weak Power to employ in its dealings with a strong one, even to the rupture of diplomatic relations. It would seem to be quite impossible, therefore, that Great Britain should justify her asserted jurisdiction over Venezuelan territory upon which British subjects have settled in reliance upon such assertion, by pleading that the assertion was *bonâ fide* without full notice of whatever rights Venezuela may prove to have. || In the opinion of this Government, the proposals of Lord Salisbury's despatch can be made to meet the requirements and the justice of the case only if amended in various particulars. || The Commission upon Facts should be so constituted, by adding one or more members, that it must reach a result, and cannot become abortive, and possibly mischievous. || That Commission should have power to report upon all the facts necessary to the decision of the boundary controversy, including the facts pertaining to the occupation of the disputed territory by British subjects. || The proviso by which the boundary-line as drawn by the Arbitral Tribunal of three is not to include territory *bonâ fide* occupied by British subjects or Venezuelan citizens on the 1st January, 1887, should be stricken out altogether, or there might be substituted for it the following: "Provided, however, that, in fixing such line, if territory of one party be found in the occupation of the subjects or citizens of the other party, such weight and effect shall be given to such occupation as reason, justice, the rules of international law, and the equities of the particular case may appear to require." || I have to request that you will communicate the contents of this despatch to Lord Salisbury, furnishing him, should he so desire, with a copy which is herewith inclosed for that purpose.

I have, &c.

(Signed) Richard Olney.

Nr. 11466. VEREIN. STAATEN. — Der Staatssekretär des Auswärtigen an den engl. Botschafter in Washington.
Antwort auf Nr. 11461.

Department of State, Washington, June 22, 1896,

Nr. 11466.
Vereinigte
Staaten.
22. Juni 1896.

Excellency, || The despatch to you from Lord Salisbury of the 18th ultimo, copy of which you have kindly placed in my hands, has been read with great interest. While this Government is unable to concur in all the reasoning or in all the conclusions of the despatch, it is both impressed and gratified at

the earnest and serious attention which the important subject under discussion is evidently receiving. It cannot refrain from indulging the hope that persistent effort in the line of the pending negotiations will have results which, if not all that the enthusiastic advocates of international arbitration anticipate, will be a decided advance upon anything heretofore achieved in that direction. || This last despatch differs from the prior one of Lord Salisbury on the same subject in that, all general phraseology being discarded, an entirely clear distinction is drawn between controversies that are arbitrable as of course and controversies that are not so arbitrable. To the latter class are assigned territorial claims, while to the former belong, apparently, whether enumerated in Article III or not, claims of every other description. The intent to thus classify the possible subjects of arbitration seems unmistakable. In the first place, non-arbitrable subjects are expressly described as "territorial claims", instead of as matters involving "territory, territorial rights, sovereignty, or jurisdiction", the terms employed in Article IV. In the second place, all the arguments adduced against a Treaty referring all differences to arbitration are arguments founded on the peculiar nature of territorial claims. The advantages of this sharp line of division between arbitrable and non-arbitrable topics are very great, and the fact that it is now drawn shows that the progress of the discussion is eliminating all but the vital points of difference. || Lord Salisbury criticises an observation made in my despatch of the 11th April last, to the effect that the subjects of arbitration enumerated in Article III are such as could almost never endanger the peaceful relations of civilized States. The remark, however, seems to me well founded when considered in its true connection—that is, when it is borne in mind that the subject of present discussion is a general arbitration plan, not for the world at large, nor for any two countries whatever, but solely for and as between Great Britain and the United States. As between them, it still seems to me quite impossible that war should grow out of such matters as those described in Article III, whether a General Arbitration Treaty did or did not exist between the two countries. Nor can I seriously doubt Lord Salisbury's concurrence in this view—his apparent opinion to the contrary being based, I think, on the supposed adoption and operation of Article III as the international law of civilized States in general.

Lord Salisbury's practical suggestion in this connection is that as the two Governments "are entirely agreed in approving the language of Article III and the policy it is designed to sanction", those provisions may well be at once made effective by separate Convention without waiting for an agreement upon other and more difficult points. Before a reply can be made to this suggestion, however, it becomes necessary to ascertain whether, in the view of his Lordship, Article V of the proposals is to form part of such a Convention. If it is, any present absolute accord of the two Governments as to Article III can hardly be predicated—the qualifying effect of Article V upon

Nr. 11466.
Vereinigte
Staaten.

22. Juni 1896.

Article III having been distinctly pointed out, and a substitute provision outlined in my note to you of the 11th April, 1896. || The remainder of Lord Salisbury's despatch is devoted to territorial claims. The suggestion on behalf of the United States being that such a claim shall be *prima facie* arbitrable, and shall be arbitrated, unless Congress or Parliament declare it non-arbitrable, it is replied that the proposition involves a complete surrender of freedom of action for which Her Majesty's Government are not prepared. But each Government's freedom of action prior to entry upon an arbitration remains intact, the only change being that it is to be exercised through the Legislature of each country. Hence, by the freedom of action that is surrendered must be meant the liberty to reject an award after entering upon an arbitration. But it will not be contended that a Government should be permitted to fly from an award after once undertaking to stand by it, so that as respects a territorial claim, his Lordship's real position is that there shall be no genuine arbitration at all. There shall be the usual forms and ceremonies, a so-called Arbitral Tribunal, hearings, evidence, and arguments, but as the grand result, instead of a binding adjudication, only an opinion without legal force or sanction, unless accepted by the parties. Lord Salisbury does, indeed, propose that a protested award shall stand, either if approved by five out of six Judges, nominated three by one party from the Judges of the Supreme Court, and three by the other party from the Judges of the Supreme Court, or if not disapproved by a Tribunal of five Judges of the Supreme Court of the protesting nation. But neither method makes any change in the essential idea, which is, that a decision upon a territorial claim shall not operate as a binding award, unless the Power aggrieved by it, acting through its Political Department, or through both its Political and Judicial Departments, shall either affirm it or fail to disaffirm it. In Lord Salisbury's judgment, action by the Political Department alone is to be preferred as being "equally satisfactory and more simple." Now, it may not be wise to assert, though the obvious objections cannot be ignored, that the experiment of subjecting a territorial claim to all the processes it would be subjected to under a genuine arbitration may not have compensating advantages, and may not be worth trying. But the experiment should be recognized and known for what it is—as an arbitration only in name, while, in fact, nothing but an uncommonly ceremonious and elaborate investigation.

It is suggested that the United States admits the principle of the British proposals, but gets security against a miscarriage of justice in respect of a territorial claim by reserving to itself a "liberty of refusal" prior to the arbitration. But the United States' proposals contemplate no rejection of an award when once arbitration has been resorted to—they reserve only the right not to go into an arbitration if the territorial claim in dispute involves the national honour and integrity. The British proposals also reserve the same right. The vital difference between the two sets of proposals is there-

fore manifest. Under the British proposal, the parties enter into an arbitration and determine afterwards, when they know the result, whether they will be bound or not. Under the proposals of the United States, the parties enter into an arbitration having determined beforehand that they will be bound. The latter is a genuine arbitration—the former is a mere imitation which may have its uses, but, like all other imitations, cannot compare in value with the real article. || It is further suggested that under the proposals of the United States, fear of a miscarriage of justice might induce the parties to make undue use of the plea that a claim is not arbitrable because involving the national honour and integrity. The possibility of such an abuse undoubtedly exists, and must continue to exist, unless the principle of Article V of the proposals is to be altogether abandoned. The fact was fully recognized in my despatch of the 11th April last, where it was suggested that the risks of improper refusals to arbitrate questions on the ground of their affecting the national honour or integrity would be reduced, perhaps minimized, if the decision in each case were left to the Legislature of each country. It cannot be necessary to now reiterate the considerations there advanced in support of that suggestion. It is sufficient to refer to them, and to add that thus far no satisfactory answer to them has occurred to me, or has been indicated in any quarter. || Lord Salisbury favours the practical exclusion of territorial claims from the category of proper arbitral subjects on two grounds. One is that the number of such claims is unknown, and that, if arbitration respecting them became obligatory, there would be danger of an enormous multiplication of them. What grounds would exist for this apprehension were General Arbitration Treaties comprehending territorial claims universal and in force as between each civilized State and every other, it is difficult to judge, and certainly need not now be considered. A Treaty of that sort between Great Britain and the United States being the only thing now contemplated, it is not easy to imagine how its consummation can bring about the perils referred to. From what quarter may these numerous and speculative claims to territory be expected to come? Is the British Government likely to be preferring them against the United States, or the United States' Government likely to be preferring them against Great Britain? Certainly this objection to including territorial controversies within the scope of a General Arbitration Treaty between the United States and Great Britain may justly be regarded, if not as wholly groundless, as at least of a highly fanciful character.

It is said in the next place that the rules of international law applicable to territorial controversies are not ascertained; that it is uncertain both what sort of occupation or control of territory is legally necessary to give a good title, and how long such occupation or control must continue; that the "projected procedure" will be full of "surprises"; and that the modern doctrine of "Hinterland" is illustrative of the unsatisfactory condition of international law upon the subject under discussion. But it cannot be irrelevant to remark

Nr. 11466. that "spheres of influence" and the theory or practice of the "Hinterland" Vereinigte Staaten. idea are things unknown to international law, and do not as yet rest upon 22.Juni 1896. any recognized principles of either international or municipal law. They are new departures which certain great European Powers have found necessary and convenient in the course of their division among themselves of great tracts of the Continent of Africa, and which find their sanction solely in their reciprocal stipulations. "Such Agreements", declares a modern English writer on international law, "remove the causes of present disputes; but, if they are to stand the test of time, by what right will they stand? We hear much of a certain 'Hinterland' doctrine. The accepted rule as to the area of territory affected by an act of occupation in a land of large extent has been that the crest of the watershed is the presumptive interior limit, while the flank boundaries are the limits of the land watered by the rivers debouching at the point of coast occupied. The extent of territory claimed in respect of an occupation on the coast has hitherto borne some reasonable ratio to the character of the occupation. But where is the limit to the 'Hinterland doctrine?' Either these international arrangements can avail as between the parties only and constitute no bar against the action of any intruding stranger, or might indeed is right." || Without adopting this criticism and whether the "spheres of influence" and the "Hinterland" doctrines be or be not intrinsically sound and just, there can be no pretence that they apply to the American continents or to any boundary disputes that now exist there or may hereafter arise. Nor is it to be admitted that, so far as territorial disputes are likely to arise between Great Britain and the United States, the accepted principles of international law are not adequate to their intelligent and just consideration and decision. For example, unless the Treaties looking to the harmonious partition of Africa have worked some change, the occupation which is sufficient to give a State title to territory cannot be considered as undetermined. It must be open, exclusive, adverse, continuous, and under claim of right. It need not be actual in the sense of involving the *possessio pedis* over the whole area claimed. The only possession required is such as is reasonable under all the circumstances—in view of the extent of territory claimed, its nature, and the uses to which it is adapted and is put—while mere constructive occupation is kept within bounds by the doctrine of contiguity. It seems to be thought that the international law governing territorial acquisition by a State through occupation is fatally defective because there is no fixed time during which occupation must continue. But it is obvious that there can be no such arbitrary time limit except through the concensus, agreement, or uniform usage of civilized States. It is equally obvious and much more important to note—that, even if it were feasible to establish such arbitrary period of prescription by international agreement, it would not be wise or expedient to do it. Each case should be left to depend upon its own facts. A State which in good faith colonizes as well

as occupies, brings about large investments of capital and founds populous settlements, would justly be credited with a sufficient title in a much shorter space than a State whose possession was not marked by any such changes of status. Considerations of this nature induce the leading English authority on international law to declare that, on the one hand, it is "in the highest degree irrational to deny that prescription is a legitimate means of international acquisition"; and that, on the other hand, it will "be found both inexpedient and impracticable to attempt to define the exact period within which it can be said to have become established—or, in other words, to settle the precise limitation of time which gives validity to the title of national possessions."

Nr. 11466.
Vereinigta
Staaten.
22. Juni 1896.

Again, "The proofs of prescriptive possession are simple and few. They are principally publicity, continued occupation, absence of interruption (*usurpatio*), aided no doubt generally, both morally and legally speaking, by the employment of labour and capital upon the possession by the new possessor during the period of silence, or the passiveness (*inertia*), or the absence of any attempt to exercise proprietary rights by the former possessor. The period of time, as has been repeatedly said, cannot be fixed by international law between nations as it may be by private law between individuals: it must depend upon variable and varying circumstances; but in all cases these proofs would be required." || The inherent justness of these observations, as well as Sir Robert Phillimore's great weight as authority, seems to show satisfactorily that the condition of international law fails to furnish any imperative reasons for excluding boundary controversies from the scope of General Treaties of Arbitration. If that be true of civilized States generally, *à fortiori* must it be true of the two great English-speaking nations. As they have not merely political institutions but systems of jurisprudence identical in their origin and in the fundamental ideas underlying them, as the law of real property in each is but a growth from the same parent stem, it is not easy to believe that a Tribunal, composed of Judges of the Supreme Court of each, even if a foreign jurist were to act as umpire, could produce any flagrant miscarriages of justice. || Lord Salisbury puts the supposed case of a territorial controversy, involving multitudes of people whose prospects may be darkened and whose lives may be embittered by its pendency and its decision. The possibility of such a case arising may be conceded; but that possibility can hardly be deemed a valid objection to a scheme of general arbitration which is qualified by the proviso that either party may decline to arbitrate a dispute which in its judgment affects the national honour or integrity. The proviso is aimed at just such a possibility, and enables it to be dealt with as circumstances may require. The plan of Lord Salisbury in view of such a possibility is, that all the forms and ceremonies of arbitration should be gone through with, but with liberty to either party to reject the Award, if the award is not to its liking. It is respectfully submitted that a proceeding of

Nr. 11466.
Vereinigte
Staaten.
22. Juni 1896.

that sort must have a tendency to bring all arbitration into contempt; that each party to a dispute should decide to abide by an Award before entering into arbitration, or should decide not to enter into it at all, but, once entering into it, should be irrevocably bound. || The foregoing observations seem to cover such of the suggestions of Lord Salisbury's despatch of the 18th May last as have not already been touched upon in previous correspondence. By the original proposals of Lord Salisbury, contained in the despatch of 5th March last, a protested award is to be void unless sustained by the Appellate Tribunal of six Judges by a vote of five to one. He has since suggested that such protested award may be allowed to stand unless a Tribunal of five Supreme Court Judges of the protesting country shall set it aside for some error of fact or some error in law. Without committing myself on the point, it occurs to me as worthy of consideration whether the original proposals might not be so varied that the protested award should stand unless set aside by the Appellate Tribunale by the specified majority. Such a change would go far in the direction of removing that want of finality to the proceedings, which, as has been urged in previous despatches, is the great objection to the original proposals. || I have the honour to request that you will lay the foregoing before Lord Salisbury at your early convenience, furnishing him, should he so desire, with a copy which is herewith inclosed for that purpose.

I have, &c.

(Signed) Richard Olney.

Bündnisse, Verträge, Konventionen, Protokolle etc.

Nr. 11467. **VERTRAGSSTAATEN.** — Zusatzakte zur Berner Übereinkunft betr. die Bildung eines internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Litteratur und Kunst.

Paris, 4. Mai 1896.

Acte additionnel du 4 mai 1896 modifiant les articles 2, 3, 5, 7, 12, 20 de la Convention du 9 septembre 1886 et les numéros 1 et 4 du Protocole de clôture y annexé.

Nr. 11467.
Vertrags-
staaten.
4. Mai 1896.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, au nom de l'Empire Allemand; Sa Majesté le Roi des Belges; Sa Majesté le Roi d'Espagne, en 4. Son nom, Sa Majesté la Reine Régente du Royaume; le Président de la République Française; Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grand-Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes; Sa Majesté le Roi d'Italie; Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg; Son Altesse Sérénissime le Prince de Monaco; Son Altesse le Prince de Monténégro; le Conseil Fédéral de la Confédération Suisse; Son Altesse le Bey de Tunis, également animés du désir de protéger d'une manière toujours plus efficace et plus uniforme les droits des auteurs sur leurs oeuvres littéraires et artistiques, ont résolu de conclure un Acte additionnel à la Convention signée à Berne le 9 septembre 1886, concernant la création d'une Union internationale pour la protection desdites oeuvres, et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse: || S. Exc. M. Paul Reichardt, Conseiller intime actuel, Directeur au Département des Affaires étrangères; || S. Exc. M. le Professeur Dr. Otto Dambach, Conseiller intime actuel; || M. le Dr. Franz Hermann Dungs, Conseiller intime, Conseiller rapporteur au Département de la Justice; || M. Félix von Müller, Conseiller de l'Ambassade d'Allemagne à Paris. || Sa Majesté le Roi des Belges: || M. le Baron Auguste d'Anethan, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi des Belges près le Gouvernement de la République française; || M. Jules de Borchgrave, Secrétaire de la Chambre des représentants; || M. le Chavalier Edouard

Nr. 11467.
Vertrags-
staaten.
4. Mai 1866.

Descamps, Membre de l'Académie royale de Belgique, Sénateur. || Sa Majesté Catholique le Roi d'Espagne, en Son nom Sa Majesté la Reine Régente du Royaume; || M. le Marquis de Novallas, Premier Secrétaire de l'Ambassade d'Espagne à Paris. || Le Président de la République Française: || M. Charles de Saulce Freycinet, Membre de l'Académie française, Sénateur; || M. Henri Marcel, Ministre plénipotentiaire, Sous-Directeur des Affaires commerciales au Ministère des Affaires étrangères; || M. Charles Lyon Caen, Membre de l'Institut, Professeur à la Faculté de droit de Paris; || M. Eugène Pouillet, Bâtonnier de l'Ordre des avocats; || M. Louis Renault, Professeur à la Faculté de droit de Paris, Jurisconsulte du Ministère des Affaires étrangères. || Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes: || M. Henry Howard, Ministre plénipotentiaire à l'Ambassade de Sa majesté Britannique à Paris; || Sir Henry G. Bergne, Chef du Département commercial et sanitaire au Foreign Office. || Sa Majesté le Roi d'Italie: || M. le Commandeur Luigi Roux, Docteur en droit, ancien Député; || M. le Chevalier Georges Polacco, Premier Secrétaire de l'Ambassade d'Italie à Paris. || Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg: || B. Henri Vannerus, Chargé d'affaires du Luxembourg à Paris. || Son Altesse Sérénissime le Prince de Monaco: || M. Hector de Rolland, Conseiller d'Etat, Avocat général près le tribunal supérieur de Monaco; || M. Louis Mayer, Chef du Cabinet de S. A. S. le Prince de Monaco. || Son Altesse le Prince de Monténégro: || M. Henri Marcel, Ministre plénipotentiaire, Sous-Directeur des Affaires commerciales au Ministère des Affaires étrangères de France. || Le Conseil Fédéral de la Confédération Suisse; || M. Charles-Édouard Lardy, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de la Confédération Suisse près le Gouvernement de la République Française. || Son Altesse le Bey de Tunis: || M. Louis Renault, Professeur à la Faculté de droit de Paris. || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs respectifs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article 1.

La Convention internationale du 9 septembre 1886 est modifiée ainsi qu'il suit:

I. — Article 2. Le premier alinéa de l'article 2 aura la teneur suivante: || „Les auteurs ressortissant à l'un des pays de l'Union, ou leurs ayants cause, jouissent, dans les autres pays, pour leurs oeuvres, soit non publiées, soit publiées pour la première fois dans un de ces pays, des droits que les lois respectives accordent actuellement ou accorderont par la suite aux nationaux.“ || Il est, en outre, ajouté un cinquième alinéa ainsi conçu: || „Les oeuvres posthumes sont comprises parmi les oeuvres protégées.“

II. — Article 3. L'article 3 aura la teneur suivante; || „Les auteurs ne ressortissant pas à l'un des pays de l'Union, mais qui auront publié ou fait publier, pour la première fois, leurs oeuvres littéraires ou artistiques dans l'un

de ces pays, jouiront, pour ces oeuvres, de la protection accordée par la Convention de Berne et par le présent Acte additionnel.“

Nr. 11467.
Vertrags-
staaten.
4. Mai 1896.

III. — Article 5. Le premier alinéa de l'article 5 aura la teneur suivante: || „Les auteurs ressortissant à l'un des pays de l'Union, ou leurs ayants cause, jouissent, dans les autres pays, du droit exclusif de faire ou d'autoriser la traduction de leurs oeuvres pendant toute la durée du droit sur l'oeuvre originale. Toutefois, le droit exclusif de traduction cessera d'exister lorsque l'auteur n'en aura pas fait usage dans un délai de dix ans à partir de la première publication de l'oeuvre originale, en publiant ou en faisant publier, dans un des pays de l'Union, une traduction dans la langue pour laquelle la protection sera réclamée.“

IV. — Article 7. L'article 7 aura la teneur suivante: || „Les romans-feuilletons, y compris les nouvelles, publiés dans les journaux ou recueils périodiques d'un des pays de l'Union, ne pourront être reproduits, en original ou en traduction, dans les autres pays, sans l'autorisation des auteurs ou de leurs ayants cause. || Il en sera de même pour les autres articles de journaux ou de recueils périodiques, lorsque les auteurs ou éditeurs auront expressément déclaré, dans le journal ou le recueil même où ils les auront fait paraître, qu'ils en interdisent la reproduction. Pour les recueils, il suffit que l'interdiction soit faite d'une manière générale en tête de chaque numéro. || A défaut d'interdiction, la reproduction sera permise à la condition d'indiquer la source. || En aucun cas, l'interdiction ne pourra s'appliquer aux articles de discussion politique, aux nouvelles du jour et aux faits divers.“

V. — Article 12. L'article 12 aura la teneur suivante: || „Toute oeuvre contrefaite peut être saisie par les autorités compétentes des pays de l'Union où l'oeuvre originale a droit à la protection légale. || La saisie a lieu conformément à la législation intérieure de chaque pays.“

VI. — Article 20. Le deuxième alinéa de l'article 20 aura la teneur suivante: || „Cette dénonciation sera adressée au Gouvernement de la Confédération Suisse. Elle ne produira son effet qu'à l'égard du pays qui l'aura faite, la Convention restant exécutoire pour les autres pays de l'Union.“

Article 2.

Le Protocole de clôture annexé à la Convention du 9 septembre 1886 est modifié ainsi qu'il suit:

I. — Numéro 1. Ce numéro aura la teneur suivante: || „1. Au sujet de l'article 4, il est convenu ce qui suit: || A. — Dans les pays de l'Union où la protection est accordée non seulement aux plans d'architecture, mais encore aux oeuvres d'architecture elles-mêmes, ces oeuvres sont admises au bénéfice des dispositions de la Convention de Berne et du présent Acte additionnel. || B. — Les oeuvres photographiques et les oeuvres obtenues par un procédé analogue sont admises au bénéfice des dispositions de ces actes, en tant que la législation intérieure permet de le faire, et dans la mesure de la protection

Nr. 11467.
Vertrags-
staaten.
4. Mai 1896.

qu'elle accorde aux oeuvres nationales similaires. || Il est entendu que la photographie autorisée d'une oeuvre d'art protégée jouit, dans tous les pays de l'Union, de la protection légale au sens de la Convention de Berne et du présent Acte additionnel, aussi longtemps que dure le droit principal de reproduction de cette oeuvre même, et dans les limites des conventions privées entre les ayants droit."

II. — Numéro 4. Ce numéro aura la teneur suivante: || „4. L'accord commun prévu à l'article 14 de la Convention est déterminé ainsi qu'il suit: || L'application de la Convention de Berne et du présent Acte additionnel aux oeuvres non tombées dans le domaine public dans leur pays d'origine au moment de la mise en vigueur de ces actes aura lieu suivant les stipulations y relatives contenues dans les Conventions spéciales existantes ou à conclure à cet effet. || A défaut de semblables stipulations entre pays de l'Union, les pays respectifs régleront, chacun pour ce qui le concerne, par la législation intérieure, les modalités relatives à l'application du principe contenu dans l'article 14. || Les stipulations de l'article 14 de la Convention de Berne et du présent numéro du Protocole de clôture s'appliquent également au droit exclusif de traduction, tel qu'il est assuré par le présent Acte additionnel. || Les dispositions transitoires mentionnées ci-dessus sont applicables en cas de nouvelles accessions à l'Union."

Article 3.

Les Pays de l'Union qui n'ont point participé au présent Acte additionnel seront admis à y accéder en tout temps sur leur demande. Il en sera de même pour les Pays qui accéderont ultérieurement à la Convention du 9 septembre 1886. Il suffira, à cet effet, d'une notification adressée par écrit au Conseil fédéral Suisse, qui notifiera à son tour cette accession aux autres Gouvernements.

Article 4.

Le présent Acte additionnel aura même valeur et durée que la Convention du 9 septembre 1886. || Il sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Paris dans la forme adoptée pour cette Convention, aussitôt que faire se pourra, et au plus tard dans le délai d'une année. || Il entrera en vigueur, trois mois après cet échange, entre les Pays qui l'auront ratifié. || En Foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes. || Fait en un seul exemplaire à Paris, le 4 mai 1896.

(Unterschriften.)

Déclaration

interprétant certaines dispositions de la Convention de Berne du 9 septembre 1886 et de l'Acte additionnel signé à Paris le 4 mai 1896.

Les Plénipotentiaires soussignés de l'Allemagne, de la Belgique, de l'Espagne, de la France, de l'Italie, du Luxembourg, de Monaco, du Monténégro, de la Norvège, de la Suisse et de la Tunisie, dûment autorisés à cet effet

par leurs Gouvernements respectifs, sont convenus de ce qui concerne l'interprétation de la Convention de Berne du 9 septembre 1886 et de l'Acte additionnel de ce jour: || 1° Aux termes de l'article 2, alinéa 2 de la Convention, la protection assurée par les actes précités dépend uniquement de l'accomplissement, dans le pays d'origine de l'oeuvre, des conditions et formalités qui peuvent être prescrites par la législation de ce pays. Il en sera de même pour la protection des oeuvres photographiques mentionnées dans le n° 1, lettre B, du Protocole de clôture modifié. || 2° Par oeuvres publiées, il faut entendre les oeuvres éditées dans un des pays de l'Union. En conséquence, la représentation d'une oeuvre dramatique ou dramatico-musicale, l'exécution d'une oeuvre musicale, l'exposition d'une oeuvre d'art, ne constituent pas une publication dans le sens des actes précités. || 3° La transformation d'un roman en pièce de théâtre, ou d'une pièce de théâtre en roman, rentre dans les stipulations de l'article 10. || Les pays de l'Union qui n'ont point participé à la présente Déclaration seront admis à y accéder en tout temps, sur leur demande. Il en sera de même pour les Pays qui accèderont, soit à la Convention du 9 septembre 1886, soit à cette Convention et à l'Acte additionnel du 4 mai 1896. Il suffira, à cet effet, d'une notification adressée par écrit au Conseil fédéral Suisse, qui notifiera à son tour cette accession aux autres Gouvernements. || La présente Déclaration aura même valeur et durée que les actes auxquels elle se rapporte. || Elle sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Paris dans la forme adoptée pour ces actes, aussitôt que faire se pourra, et au plus tard dans le délai d'une année. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait en un seul exemplaire, à Paris, le 4 mai 1896.

(Unterschriften.)

Nr. 11468. DEUTSCHES REICH. — Denkschrift, dem deutschen Reichstage bei Einbringung des vorstehenden Vertrages vorgelegt.

Berlin, 28. Januar 1897.

Seit dem Bestehen der Berner Uebereinkunft, betreffend die Bildung eines internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst, vom 9. September 1886 (Reichs-Gesetzbl. 1887 S. 493 ff.) hat sich bezüglich verschiedener wichtiger von ihr betroffener Materien das Bedürfnis herausgestellt, eine Abänderung oder Erweiterung der einschlägigen Bestimmungen anzubahnen. Der Weg, den in dieser Richtung hervorgetretenen Bestrebungen gerecht zu werden, war durch die gedachte Konvention selbst vorgezeichnet, indem Artikel 17 derselben bestimmt, dass sie „Revisionen unterzogen werden kann behufs Einführung von Verbesserungen, welche geeignet sind, das System des Verbandes zu vervollkommen“ und des Weiteren vorsieht, dass „derartige sowie solche Fragen, welche in anderen Beziehungen die Entwicklung des

Nr. 11468.
Deutsches
Reich.
28. Jan. 1897.

Nr. 11468. Deutsches Reich. 28. Jan. 1897. Verbandes berühren, auf Konferenzen erörtert werden sollen, welche der Reihe nach in den einzelnen Verbandsländern durch Delegirte derselben abzuhalten sind. || Auf Grund dieser Bestimmungen hat Frankreich in Gemässheit von Ziffer 6 des Schlussprotokolls der Uebereinkunft, wonach „die nächste Konferenz in Paris stattfinden“, und die französische Regierung „nach vorgängigem Benehmen mit dem internationalen Bureau den Zeitpunkt bestimmen“ sollte, im September v. J. an die Kaiserliche Regierung und die übrigen Verbandsstaaten Einladungen zu einer auf den 15. April d. J. angesetzten Revisionskonferenz nach Paris ergehen lassen. || Die Einladung ist deutscherseits angenommen worden, und die Konferenz hat zu dem gedachten Zeitpunkte stattgefunden.

An den Sitzungen derselben, welche bis zum 4. Mai d. J. währten, beteiligten sich die Delegirten sämtlicher ursprünglichen Unionsstaaten*) (mit Ausnahme von Hayti) d. h. Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Grossbritanniens, Italiens, der Schweiz, Spaiens, von Tunis, ferner der im Laufe des Bestehens der Union beigetretenen Staaten Luxemburg, Monaco und Montenegro sowie des unmittelbar vor Beginn der Konferenz beigetretenen Norwegens. Ausserdem waren — zu informatorischen Zwecken — Argentinien, Bolivien, Brasilien, Bulgarien, Columbien, Dänemark, die Vereinigten Staaten von Amerika, Griechenland, Guatemala, Mexico, Peru, Portugal, Rumänien und Schweden durch Delegirte vertreten. Von den Delegirten einiger dieser Staaten wurde im Laufe der Konferenz die Möglichkeit eines früheren oder späteren Beitrittes ihrer Länder zur Union in Aussicht gestellt. || Als Grundlage der Verhandlungen der Konferenz dienten die von dem Bureau des Internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst in Bern vorher versandten „Propositions de l'Administration française et du Bureau international“. Speziell für die deutschen Delegirten kamen ausserdem noch gewisse, aus den diesseitigen Interessentenkreisen seit Bestehen der Berner Uebereinkunft geäusserte Wünsche in Betracht. Dieses Material war in zahlreichen Vorberathungen der Kommissare der beteiligten Reichs- und preussischen Ressorts einer sorgfältigen Prüfung unterworfen und zum grossen Theil auch einer eingehenden Sachverständigen-Enquete unterzogen worden. || Liess schon die Fassung der oben erwähnten „Propositions“, welche sich vollständig an die einzelnen Artikel der bisherigen Uebereinkunft beziehungsweise des zugehörigen Schlussprotokolls anlehnten, erkennen, dass auch auf dieser Konferenz das erstrebenswerthe Ziel einer einheitlichen internationalen Kodifikation des Urheberrechtes nicht würde ins Auge gefasst werden können, so drängte sich dazu noch im Laufe der Verhandlungen immer mehr die Ueberzeugung auf, dass, ungeachtet des besten Willens der meisten Verbandsstaaten, Angesichts des zum Teil aus Gründen ihrer inneren Gesetzgebung hergeleiteten

*) Republik Liberia hat seinerzeit die Übereinkunft vom 9. September 1886 nicht ratifizirt, bildet also kein Mitglied des Verbandes.

Widerstrebens einzelner Länder auch das Zustandekommen einer einheitlichen revidirten Konvention nicht zu erreichen sein würde.

Nr. 11468.
Deutsches
Reich.
28. Jan. 1897.

In Folge dessen besteht das formale Ergebniss der Konferenz in der Vereinbarung einer Zusatzakte zu einigen Artikeln der bisherigen Uebereinkunft und ihres Schlussprotokolls, welche alle vertretenen Unionsstaaten ausser Norwegen, und einer zur Berner Konvention und zu der Zusatzakte vereinbarten Deklaration, welche alle vertretenen gewesenen Verbandsländer einschliesslich Norwegens, jedoch mit Ausnahme Grossbritanniens, umfasst. *) || Wenngleich daher unter diesen Umständen das Ergebnis der Pariser internationalen Urheberrechtskonferenz des Charakters der Einheitlichkeit und Geschlossenheit entbehrt, so kann doch andererseits mit voller Berechtigung hervorgehoben werden, dass in materieller Hinsicht der Inhalt der neu geschaffenen Bestimmungen den durch die moderne Rechtsentwicklung auf diesem Gebiete aufgestellten Gesichtspunkten nach Möglichkeit gerecht wird und dazu geeignet sein dürfte, in Verbindung mit den übrigen, unverändert gebliebenen Artikeln der Berner Konvention für eine sachgemässe Ausgestaltung und Weiterentwicklung des internationalen einheitlichen Urheberrechts eine wertvolle Basis zu bilden. Uebrigens hat die Konferenz in Nummer 5 der von ihr angenommenen „voeux“**) die Hoffnung ausgesprochen, dass aus den Beratungen der nächsten Konferenz wieder ein einheitlicher Text der Uebereinkunft hervorgehen möge. || Was Deutschland anlangt, so dürfte das in Paris Erreichte im Wesentlichen den von Seiten der diesseitigen Interessenten geäusserten Wünschen entsprechen, indem einerseits, wie beispielsweise hinsichtlich der Erstreckung des Schutzes gegen Uebersetzung, berechtigten Bestrebungen Rechnung getragen und andererseits in manchen Punkten den Nachteilen vorgebeugt worden ist, welche aus einem zu weit gehenden Streben nach Ausdehnung des Schutzes entstehen. || Im Einzelnen ist zu den Bestimmungen der beiden Vertragsinstrumente Folgendes zu bemerken:

A. Zur Zusatzakte. ***)

a. Zu Artikel 1 dieser Zusatzakte. (Abänderungen der eigentlichen Konvention.)

Zu I: Der Artikel 2 der bisherigen Berner Konvention hat folgende Aenderungen erfahren: || 1. Im Absatz 1 dieses Artikels ist noch besonders zum Ausdruck gebracht worden, dass die zu schützenden Werke zum ersten Male in einem Verbandslande veröffentlicht sein müssen. Es ist mit der Ein-

*) Der nachträgliche Beitritt der Republik Hayti zu diesen beiden Vertragsinstrumenten steht mit Sicherheit zu erwarten.

**) s. Anlage 4. s. Denkschrift S. 24.

***) Eine Gegenüberstellung der Bestimmungen der Zusatzakte und der in Betracht kommenden Artikel der Berner Uebereinkunft ist als Anlage beigefügt.

Nr. 11468.
Deutsches
Reich.
28. Jan. 1897.

schaltung dieser Worte keineswegs eine Aenderung, sondern lediglich eine Klarstellung des Sinnes des bisherigen Wortlautes beabsichtigt. Auch erschien dieselbe schon um deswillen wünschenswerth, weil sich die gleiche Wendung in dem neuen Artikel 3 (II der Zusatzakte) findet. *) || 2. Die Hinzufügung eines fünften Absatzes zu diesem Artikel, dem zu Folge auch nachgelassene Werke den im internationalen Verkehr zu schützenden zuzuzählen sind, entspricht gleichfalls nur dem auf der Konferenz von verschiedenen Seiten zum Ausdruck gebrachten Bedürfnis, etwaigen Zweifeln von vornherein zu begegnen.

Zu II: Der abgeänderte Artikel 3 hat in weiterer Fortbildung des Gedankens, auf welchem der in der bisherigen Berner Konvention, in dem Reichsgesetz, betreffend das Urheberrecht an Schriftwerken, Abbildungen, musikalischen Kompositionen und dramatischen Werken, vom 11. Juni 1870 (Bundes-Gesetzbl. S. 339) sowie in der Uebereinkunft zwischen Deutschland und Frankreich, betreffend den Schutz an Werken der Literatur und Kunst, vom 19. April 1883 (Reichs-Gesetzbl. S. 269) zum Ausdruck gelangte Grundsatz des direkten Verlegerschutzes beruht, den Schutz für die in einem Verbandslande zum ersten Male erscheinenden Werke eines nichtverbandsangehörigen Urhebers an die Person dieses Urhebers geknüpft. Es ist damit einem Wunsche Rechnung getragen worden, der schon verschiedentlich aus Interessentenkreisen und in der Fachliteratur geäußert worden ist, und durch dessen Erfüllung mancherlei Kontroversen, die sich aus der bisherigen Rechtslage herleiten liessen, beseitigt werden. Die Gründe, welche für die Schaffung dieses neuen Artikels massgebend waren, sind in den ausführlichen, von der deutschen Delegation in Paris in französischer Uebersetzung zur Verteilung gebrachten, hier als besondere Anlage beigefügten „Bemerkungen“ des Näheren dargelegt, wie denn überhaupt dieser ganze Artikel sowohl der Form als dem Inhalte nach vorwiegend aus der Initiative der deutschen Delegation heraus entstanden ist. || Es ist zu erwarten, dass durch die Festlegung des neuen Prinzips der Anreiz für fremde Urheber, ihre Werke in einem Verbandslande erscheinen zu lassen, gesteigert werden, und dass diese Thatsache den weiteren erfreulichen Erfolg haben wird, immer mehr Staaten dem Berner internationalen Verbandslande zuzuführen. || Als Konsequenz aus der Fassung des abgeänderten Artikels 3 ergibt sich, dass der verbandsfremde Urheber, um den Schutz in der Union geniessen zu können, die Bedingungen und Förmlichkeiten erfüllen muss, welche in dem Verbandsstaate, wo er seine Werke veröffentlicht **) oder veröffentlichen lässt, vorgeschrieben sind. Hat er diese Voraussetzungen erfüllt, so geniesset er den vollen Schutz, den die Union gewährt,

*) Über die Bedingungen und Förmlichkeiten, welche die Voraussetzung des Schutzes der Werke der Litteratur und Kunst bilden, s. bei der „Deklaration“ unter Nummer 1, s. Denkschrift S. 22.

**) Über den auf der Pariser Konferenz festgelegten Begriff der „Veröffentlichung“ s. bei der „Deklaration“ unter Nummer 2, s. Denkschrift S. 23.

d. h. er wird geschützt nicht nur gegen die unerlaubte Wiedergabe, sondern auch gegen die unerlaubte Uebersetzung und die unerlaubte Darstellung oder Aufführung seiner in einem Verbandslande veröffentlichten Werke, und zwar im Rahmen der Artikel 5 der Uebereinkunft beziehungsweise Artikel 1, III der Zusatzakte und 9 der Uebereinkunft. || Schlechter gestellt als die verbandsangehörigen Autoren sind die nichtverbandsangehörigen dadurch, dass ihre nicht veröffentlichten Werke einen Schutz in einem Verbandslande nicht erlangen können. Man war auf der Pariser Konferenz der Ansicht, dass auch diese, im Uebrigen aus der Natur der Sache sich ergebende differentielle Behandlung der verbandsfremden Urheber einen Anreiz zum Beitritt weiterer Staaten zur Union bilden werde. || Darüber, dass im Sinne des abgeänderten Artikels 3 die nicht dem Verbandslande angehörigen Urheber auch in dem Verbandslande selbst, wo sie ihre Werke veröffentlichen oder veröffentlichen lassen, Schutz geniessen, herrschte in Paris Einstimmigkeit. || In formaler Beziehung ist noch zu bemerken, dass hier wie in allen anderen Stellen, wo der Sinn es erforderte, die Worte: „durch die gegenwärtige Uebereinkunft“ durch die Worte: „durch die Berner Uebereinkunft und die gegenwärtige Zusatzakte“ ersetzt worden sind.

Nr. 11468.
Deutsches
Reich.
28 Jan. 1897.

Zu III: Die wichtige Frage, inwieweit ein Autor gegen die unbefugte Uebersetzung seiner Werke auch im internationalen Verkehr zu schützen ist, hat wegen des von einigen Verbandsstaaten erhobenen Widerspruchs zwar noch nicht die auch von Seiten Deutschlands erstrebt gewesene Lösung der vollkommenen Assimilierung gefunden, immerhin aber wird mit der vorgeschlagenen Abänderung des Artikels 5 Absatz 1 ein wesentlicher Schritt auf dem Entwicklungswege des internationalen Urheberschutzes gemacht werden. Das ausschliessliche Recht des Urhebers, eine Uebersetzung zu veranstalten, das ihm nach der bisherigen Vorschrift nur zehn Jahre lang von der Veröffentlichung des Originals an vorbehalten war, soll in Zukunft auf die ganze Zeitdauer, während derer das Originalwerk gegen Nachdruck in der Ursprache geschützt ist, ausgedehnt werden, sofern der Urheber innerhalb jener zehn Jahre seinerseits eine Uebersetzung veröffentlicht hat. Von der obenerwähnten Beschränkung abgesehen wird also die Wiedergabe des Werkes in einer nicht genehmigten Uebersetzung der unerlaubten Wiedergabe in der Originalform gleichgestellt, ein Grundsatz, der in der inneren Gesetzgebung einer Anzahl von Ländern (so z. B. in Belgien, Frankreich, Spanien, den Vereinigten Staaten von Amerika, nach der herrschenden Meinung auch in Grossbritannien) bereits anerkannt ist und auch in den Kreisen der deutschen Schriftsteller dringende Befürwortung findet. || Deutscherseits ist kein Bedenken getragen worden, dieser Abänderung zuzustimmen. Die Auffassung, dass der Schutz gegen Uebersetzung der Natur der Sache widerstreite, insofern dem Schriftsteller ein Recht nur an dem Werke in seiner besonderen Sprachform zukomme, darf als nahezu überwunden gelten. Inwieweit es erforderlich erscheint, das ausschliessliche Uebersetzungsrecht zeitlich zu beschränken, ist

Nr. 11468.
Deutsches
Reich.
28. Jan. 1897.

eine Frage der Zweckmässigkeit. Bei Abschluss der Berner Uebereinkunft gab für die kurze Befristung lediglich die Hoffnung den Ausschlag, dass die Länder, die sich dem Verbande ferngehalten hatten, bei einer solchen Regelung ihre Bedenken leichter schwinden lassen würden. Diese Rücksicht kann jetzt nicht mehr in Frage kommen. Die sachlichen Bedenken, die gegen eine weitere Einschränkung der Uebersetzungsfreiheit vom Standpunkt der deutschen Interessen ins Feld geführt werden, gehen im Wesentlichen dahin, dass dadurch die Uebersetzung der ausländischen Schriften in das Deutsche erschwert und vertheuert werde. Wenn hierbei auf die Möglichkeit hingewiesen wird, dass der Verfasser sein Werk der Uebersetzung gänzlich entziehe, so ist diese Gefahr schon an sich sehr fernliegend; im Uebrigen ist für diesen Fall durch die Beschränkung, die in dem Artikel 5 Aufnahme gefunden hat, Vorsorge getragen. Es wird ferner die Besorgniss geäussert, dass bei der Ausdehnung des Schutzes man sich mehr als bisher mit unzulänglichen Uebersetzungen werde begnügen müssen, wenn sie die allein vom Urheber genehmigten sind. Allein gerade bei der jetzigen Rechtslage werden häufig die guten Uebersetzungen in Folge des starken Wettbewerbes durch schlechtere, aber billigere Uebersetzungen verdrängt, und dieser Umstand muss auf die Veranstaltung guter Uebersetzungen lähmend einwirken. An sich wird an der guten Uebersetzung des Werkes dem Urheber selbst am meisten gelegen sein; regelmässig hat auch Niemand in höherem Grade als er oder der Verleger, dem er die Veranstaltung der Uebersetzung überlassen hat, den Beruf, durch Auswahl des Uebersetzers und Ueberwachung der Arbeit auf ein befriedigendes Ergebniss hinzuwirken. Schriftsteller und Verleger werden aber zu solchen Unternehmungen grössere Neigung empfinden, wenn nicht mehr zu besorgen steht, dass nach kurzer Zeit ein anderer eine Uebersetzung herausgibt, die durch grössere Wohlfeilheit ungeachtet ihrer entsprechenden Minderwerthigkeit den Absatz an sich zieht. || Dass Uebersetzungen zu so billigem Preise, wie sie jetzt vielfach feilgeboten werden, in Zukunft während der Schutzdauer des Urheberrechts dem Verkehre vorenthalten bleiben, ist allerdings nicht ausgeschlossen. Der Gefahr, dass die Preise zu hoch gespannt werden, wird indessen hier, ganz wie bei deutschen Originalwerken, durch den Wettbewerb gesteuert. Im Uebrigen kann der geringe Preis auf dem Gebiete der Literatur gewiss nicht als Vorteil betrachtet werden, wenn das, was dafür geboten wird, geringwertig ist. Im Interesse der Allgemeinheit ist es gerade zu wünschen, dass ungenügende Uebersetzungen ausländischer, oft schon an sich wertloser Erzeugnisse nicht in solchem Uebermasse, wie es jetzt der Fall ist, bei der lesenden Bevölkerung Eingang finden. Nicht minder muss es vom Standpunkt der deutschen Schriftsteller und des realen inländischen Verlagsbuchhandels willkommen geheissen werden, wenn einer Ueberschwemmung des Büchermarktes durch wertlose Uebersetzungen Einhalt gethan wird. || Es darf hiernach darin, dass deutscherseits den ausländischen Urhebern das ausschliessliche Uebersetzungsrecht in erweitertem Umfange gewährt wird, auch vom deutschen

Standpunkt ein Fortschritt erblickt werden, insofern dadurch einer guten inländischen Übersetzungsliteratur der Weg geebnet wird. Was auf der anderen Seite die rechtliche Behandlung der deutschen Schriftsteller in den anderen Verbandsländern betrifft, so spricht ihr völlig berechtigter Wunsch, ihre Werke nicht durch Unberufene übersetzt zu sehen, und, bei der zunehmenden Verbreitung der deutschen Literatur im Auslande, auch ein erhebliches Vermögensinteresse für thunlichste Ausdehnung des Schutzes. || Das ausschliessliche Uebersetzungsrecht ist davon abhängig, dass das einzelne Werk überhaupt die Vorteile der Übereinkunft genießt, dass also die Bedingungen und Förmlichkeiten erfüllt sind, welche die Gesetzgebung des Ursprungslandes für einen Schutz gegen die Wiedergabe in der Originalsprache vorschreibt (Artikel 2 Absatz 2 der Übereinkunft). Dagegen ist es nicht erforderlich, dass auch den etwaigen besonderen Voraussetzungen genügt ist, welche die Gesetze des Ursprungslandes, wie z. B. das Reichsgesetz vom 11. Juni 1870 § 6, bezüglich des Übersetzungsrechts enthalten. Die Verlängerung des Schutzes über die Frist von 10 Jahren ist ferner davon abhängig gemacht, dass innerhalb dieses Zeitraums der Urheber in einem Verbandslande eine Übersetzung in der oder den Sprachen veröffentlicht hat, für die der weitere Schutz in Anspruch genommen wird. Nach Ablauf dieser Frist wird das Übersetzungsrecht für alle diejenigen Sprachen, in denen Übersetzungen des Werkes nicht erschienen sind, Gemeingut. Der Lauf der Frist beginnt erst mit der Veröffentlichung des Originalwerkes. Daraus ergibt sich im Hinblick auf die Ziffer 2 der „Deklaration“, dass dramatische und dramatisch-musikalische Werke, die nicht im Drucke erschienen sind und deshalb trotz erfolgter Aufführung nicht als veröffentlicht gelten, gegen Übersetzung ebenso lange geschützt werden, wie gegen Abdruck überhaupt. Übrigens ist nach der gewählten Fassung der Berechtigte, auch wenn er durch Ablauf der Frist sein Recht für die Zukunft vollständig oder für die eine oder andere Sprache verwirkt hat, nicht gehindert, gegenüber einer Übersetzung, die schon vorher unerlaubter Weise erschienen ist, sich der gesetzlichen Rechtsbehelfe zu bedienen. || Inwieweit die Vorteile des Artikels 5 auch Urhebern zu gute kommen, die dem Verbandslande nicht angehören, ergibt der Artikel 3. Sie genießen hiernach den Schutz, der den Verbandsangehörigen zugesichert ist, mit der schon bei Artikel 3 erwähnten Beschränkung, dass das Werk veröffentlicht, und die erste Veröffentlichung innerhalb des Verbandes bewirkt sein muss. Dramatische und dramatisch-musikalische Werke verbandsfremder Autoren genießen daher, soweit sie überhaupt nicht oder ausserhalb des Verbandes im Drucke erschienen sind (und deshalb nicht als „veröffentlicht“ gelten), innerhalb der Berner Union auch gegen Uebersetzung keinen Schutz*).

Zu IV: Auch bezüglich des Schutzes von Artikeln, welche in Zeitungen oder periodischen Zeitschriften erscheinen, sind auf der Konferenz im Wesent-

*) Wegen der Übergangsbestimmungen beim Übersetzungsschutz s. bei Artikel 2 II Absatz 4 der Zusatzakte, s. Denkschrift S. 21 Ziffer 2.

Nr. 11468. lichen die von der deutschen Delegation gemachten Vorschläge zur Annahme
 Deutsches gelangt. || Es werden von nun an geschützt: || 1. unbedingt: die Feuilleton-
 Reich. romane und -Novellen. Unter Novellen sind, wie in Paris des Näheren klar-
 28 Jan. 1897. gestellt worden ist, kleinere Romane und Erzählungen sowie unter Umständen
 auch Aufsätze zu verstehen, die nicht bloß Thatsachen enthalten, sondern auch
 mit Zuthaten der Phantasie des Autors ausgeschmückt sind. || 2. bedingt —
 nämlich unter der Voraussetzung, dass bei Zeitungsartikeln oder auf der be-
 treffenden Nummer einer periodischen Zeitschrift das Verbot des Abdrucks
 ausdrücklich ausgesprochen ist — die sämtlichen übrigen Zeitungsartikel.
 Fehlt der Vorbehalt, so können diese Artikel abgedruckt werden, wenn die
 Quelle angegeben wird. Man ging übrigens in Paris von der Auffassung aus,
 dass die Quellenangabe sich nicht bloss auf die Angabe des Namens der Zeitung
 oder periodischen Zeitschrift, in welcher der betreffende Artikel erschienen
 ist, sondern, falls der Artikel gezeichnet war, auch auf die Benennung des Ur-
 hebers zu erstrecken habe. || Die Unterscheidung von grösseren und kleineren
 Artikeln nach Analogie des deutschen Urheberrechtsgesetzes vom 11. Juni 1870
 ist, wie schon bei der bisherigen Berner Konvention, als zu unbestimmt weg-
 geblieben. || 3. uneingeschränkt — nämlich auch gegen ein ausdrücklich aus-
 gesprochenes Verbot des Autors und ohne Angabe der Quelle — dürfen wie
 bisher im Original und in Übersetzung abgedruckt werden: Artikel politischen
 Inhalts, Tagesneuigkeiten und „Vermischte Nachrichten“. || Durch die neuen
 Bestimmungen des Artikels 7 wird der Betrieb der grösseren und der ernst-
 haften kleinen deutschen Presse im internationalen Verkehr eine Regelung
 erhalten, welche allen beteiligten Interessen gerecht wird, während anderer-
 seits nach wie vor die Möglichkeit bestehen bleibt, gerade bei den haupt-
 sächlich in Betracht kommenden Zeitungsprodukten, den eigentlichen Artikeln,
 einem missbräuchlichen Nachdruck entgegenzutreten. In dieser Beziehung
 dürfte sich vor allem die Thatsache, dass man zur Beseitigung der dieserhalb
 bestehenden Zweifel sich entschlossen hat, die Feuilletonromane und -Novellen
 den in Buchform erscheinenden Romanen und Novellen gleichzustellen, als
 wirksam erweisen.

Zu V: Der bisherige Artikel 12 der Berner Übereinkunft hatte es
 zweifelhaft gelassen, ob die Beschlagnahme unerlaubter Nachbildungen von
 Werken der Literatur und Kunst nur bei der Einfuhr und nicht auch nach
 der Einfuhr in diejenigen Verbandsländer, wo die betreffenden Originalwerke
 auf vertragsmässigen Schutz Anspruch haben, erfolgen kann. || Durch die nun-
 mehr in Paris zur Annahme gelangte, ihrem Wortlaute nach dem Vorschlage
 der deutschen Delegation entsprechend formulierte Abänderung des bisherigen
 Artikels, wonach die zuständigen Behörden desjenigen Landes, das die Original-
 werke schützt, kurzweg als zur Beschlagnahme der unerlaubten, von aussen
 eingehenden Nachbildungen berufen und befugt bezeichnet werden, dürften
 alle Zweifel über den zulässigen Moment der Beschlagnahme jetzt endgiltig
 behoben sein.

Zu VI: Die Ersetzung der Worte: „Diese Kündigung soll an die mit der Entgegennahme der Beitrittserklärungen beauftragte Regierung gerichtet werden“ in dem Absatz 2 von Artikel 20 der bisherigen Berner Übereinkunft durch eine Wendung, derzufolge diese Kündigung an die Regierung der schweizerischen Eidgenossenschaft gerichtet werden soll, hat den Zweck, die Fassung dieses Artikels mit derjenigen des Artikels 18 der Berner Konvention in Übereinstimmung zu bringen.

Nr. 11468.
Deutsches
Reich.
28. Jan. 1897.

b. Zu Artikel 2 der Zusatzakte.

(Abänderungen des Schlussprotokolls zur Berner Übereinkunft vom 9. September 1886.)

Zu I. (Zu Nummer 1 des Schlussprotokolls.)

In den oben erwähnten „*Propositions*“ der französischen Regierung und des Berner Büreaus war vorgeschlagen worden, unter Abänderung der bisherigen Nummer 1 des Schlussprotokolls die Werke der Architektur und die Photographien den im Artikel 4 der Berner Übereinkunft aufgezählten, den Werken der Kunst im Sinne dieser Übereinkunft zuzurechnenden Werken anzugliedern. Der Annahme dieses Vorschlages stand jedoch der Umstand entgegen, dass die innere Gesetzgebung verschiedener Verbandsstaaten „Werke der Architektur“ als Schutzobjekte überhaupt nicht kennt, und dass in mehreren Ländern den Photographien unter Absprechung des künstlerischen Charakters entweder gar kein Schutz oder doch nur ein milderer als den eigentlichen Kunstwerken zugebilligt wird. Es musste daher bei dem bisherigen Wortlaut von Artikel 4 sein Bewenden behalten.

Zu A. Hingegen erschien es angängig, den Werken der Architektur in denjenigen Staaten, welche sie als Kunstwerke ansehen und schützen, auch für den internationalen Verkehr die Gleichstellung mit den übrigen, im Artikel 4 benannten Werken der Litteratur und Kunst zu gewähren. Diese neue Bestimmung ist für Deutschland, das zu denjenigen Ländern gehört, welche die architektonischen Werke als solche nicht schützen, unbedenklich.

Zu B. Hinsichtlich der Photographien erschien es erwünscht, die bisherige Fassung von Nummer 1 des Schlussprotokolls, wonach diejenigen Verbandsländer, welche den photographischen Erzeugnissen den Charakter von Werken der Kunst nicht versagen, die Verpflichtung übernehmen, denselben die Vorteile der Berner Konvention zu Teil werden zu lassen, durch eine Bestimmung zu ersetzen, welche auch diejenigen der Union angehörigen Staaten umfasst, deren Gesetzgebung den Photographien zwar den künstlerischen Charakter abspricht, ihnen aber doch einen, wenn auch geringeren Schutz gewährt. || Es ist deshalb in dem neuen Abschnitt der fraglichen Schlussprotokollbestimmung nicht mehr zwischen diesen beiden Kategorien von Ländern unterschieden, sondern es wird allgemein die Regel aufgestellt, dass die photographischen Erzeugnisse der Vorteile, welche die Berner Übereinkunft und die Zusatzakte gewähren, insofern und insoweit teilhaftig werden

Nr. 11468. sollen, als die innere Gesetzgebung den einheimischen Produkten einen Schutz
 Deutsches gewährt. Dadurch fällt in einigen Verbandsländern, wie beispielsweise in
 Reich, Deutschland, für die aus den anderen Verbandsstaaten stammenden Photo-
 28. Jan. 1897. graphien die durch die innere Gesetzgebung (deutsches Gesetz, betreffend den
 Schutz der Photographien gegen unbefugte Nachbildung, vom 10. Januar
 1876 — Reichs-Gesetzbl. S. 8 —) als Voraussetzung des Schutzes der ein-
 heimischen Photographien verlangte Erfüllung gewisser Formalitäten fort. Es
 kann nicht geleugnet werden, dass hierdurch seitens dieser Länder ein Opfer
 gebracht worden ist, das jedoch nicht so bedeutend sein dürfte, als dass es
 nicht im Interesse der Sache hätte gebracht werden können. Ebenso lässt
 sich nicht in Abrede stellen, dass durch diese Neuregelung des Photographien-
 schutzes insofern eine Unbilligkeit in der Schutzgewährung eintreten wird, als
 die Länder, welche photographische Erzeugnisse überhaupt nicht schützen,
 bezüglich ihrer Erzeugnisse in den anderen Verbandsländern den vollen Schutz
 der dortigen Gesetzgebung ohne Gegenleistung beanspruchen können. Die
 Konferenz hat indessen geglaubt, auch diese Konsequenz der neuen Fassung
 der Bestimmung Angesichts des Fortschrittes, den dieselbe an sich bedeutet,
 mit in Kauf nehmen zu sollen, hat aber zugleich in dem ersten der von ihr
 proklamierten „voeux“*) der Erwartung Ausdruck verliehen, dass die Gesetz-
 gebungen sämtlicher Verbandsländer den photographischen Erzeugnissen Schutz
 gewähren möchten, und dass die Dauer dieses Schutzes überall zum Mindesten
 fünfzehn Jahre betragen werde, wodurch auch den neuerdings in Deutschland
 zu Tage getretenen, auf Erstreckung des Photographienschutzes hinzielenden
 Bestrebungen Rechnung getragen sein dürfte. || Den Photographien sind auf
 Wunsch der französischen Delegirten die „durch ein ähnliches Verfahren“
 hergestellten Erzeugnisse zugesellt worden, was unbedenklich erscheint**).

Zu II. (Zu Nummer 4 des Schlussprotokolls.)

Die Nummer 4 des Schlussprotokolls hat folgende Abänderungen er-
 fahren: || 1. Im Absatz 2 wurden die Worte „in ihrem Ursprungslande“ ein-
 gefügt, um festzustellen, dass es sich hier nicht etwa um Werke handle,
 welche in dem Lande, das Schutz gewähren soll, noch nicht Gemeingut ge-
 worden sind, sondern, wie übrigens der Wortlaut von Artikel 14 der Berner
 Übereinkunft, auf den sich diese Nummer des Schlussprotokolls bezieht, klar
 ergibt, selbstverständlich nur um solche Werke, welche zur Zeit des Inkraft-
 tretens der Berner Konvention beziehungsweise der Zusatzakte in ihrem
 Ursprungslande noch geschützt waren beziehungsweise sein werden. || 2. Es
 ist ein weiterer, vierter Absatz hinzugefügt worden, in welchem gegenüber der
 in dem neuen Artikel 5 der Berner Übereinkunft vorgesehenen Erweiterung

*) s. Anlage 4, s. Denkschrift S. 24.

**) Über die Erfüllung der Bedingungen und Förmlichkeiten, welche die Voraus-
 setzung des Photographienschutzes bilden, s. bei der „Deklaration“ unter Nummer 1,
 s. Denkschrift S. 86.

des Übersetzungsschutzes die Übergangsbestimmungen der Konvention und der Zusatzakte gleichfalls für anwendbar erklärt werden. Daraus folgt, dass, wenn im Augenblicke des Inkrafttretens dieses neuen Artikels 5 in einem Verbandslande seit dem Erscheinen eines Werkes noch nicht zehn Jahre verstrichen sein werden, der Schutz in Gemässheit des gedachten Artikels für diejenige Sprache, in welcher bereits eine rechtmässige Übersetzung dieses Werkes erschienen ist, fort dauert, dass jedoch, wenn beim Inkrafttreten des mehrerwähnten Artikels die Frist von zehn Jahren seit dem Erscheinen des Originalwerkes auch nur gerade verstrichen ist, ohne dass eine rechtmässige Übersetzung des Werkes überhaupt erschienen sein sollte, das Übersetzungsrecht desselben Gemeingut werden wird, und nicht etwa ein neuer Fristenlauf beginnt. Es ist endlich noch der dritte Fall denkbar, dass die bisherige zehnjährige Frist des Übersetzungsschutzes bereits verstrichen, innerhalb dieses Zeitraums aber eine vom Urheber veranstaltete Übersetzung veröffentlicht ist. In diesem Falle würde das Werk einen neuen Schutz gegen Übersetzung gemäss dem abgeänderten Artikel 5 erlangen, soweit nicht die im Absatz 2 der Nummer 4 erwähnten Abmachungen oder etwaige Vorschriften der inneren Gesetzgebung entgegenstehen. Für Deutschland findet in letzterer Hinsicht der Grundsatz des § 1 Nr. 2 der Verordnung vom 11. Juli 1888 (Reichsgesetzbl. S. 225) Anwendung; danach werden die vorerwähnten Werke den Schutz des neuen Artikels 5 nicht geniessen gegenüber solchen Übersetzungen, welche bei dem Inkrafttreten der Zusatzakte erlaubterweise bereits ganz oder teilweise veröffentlicht waren. || 3. Zu dem ebenfalls neuen Absatz 5, welcher die Anwendbarkeit der Übergangsbestimmungen für die neu beitretenden Staaten (vom Moment ihres Beitritts an gerechnet) festsetzt, ist zu bemerken, dass ursprünglich in Aussicht genommen war, bei denjenigen Ländern, die nicht innerhalb einer Frist von ein oder zwei Jahren Übergangsbestimmungen getroffen haben würden, die volle Rückwirkung eintreten zu lassen; da jedoch seitens einzelner Delegierter Bedenken hiergegen erhoben wurden, begnügte man sich damit, den Sachverhalt klarzustellen.

Nr. 11468.
Deutsches
Reich,
28. Jan. 1897.

c. Zu Artikel 3 der Zusatzakte.
(Beitritt anderer Staaten.)

Dieser Artikel der Zusatzakte entspricht dem Artikel 18 der Berner Übereinkunft. Danach kann nach wie vor der Beitritt zur Berner Konvention allein, jedoch von nun an auch zur Konvention und zugleich zur Zusatzakte und zwar in einem wie im anderen Falle einschliesslich oder ausschliesslich der „Deklaration“ erfolgen.

d. Zu Artikel 4 der Zusatzakte.
(Gültigkeit und Dauer der Zusatzakte, Ratifikation.)

Die in diesem Artikel enthaltene Bestimmung, dass die Zusatzakte dieselbe Gültigkeit und Dauer haben soll wie die bisherige Übereinkunft, bewirkt

Nr. 11468. einerseits, dass erstere von keinem ihr beigetretenen Verbandsstaate für sich
 Deutsches allein gekündigt werden kann, und zum anderen wird der Umstand, dass die
 Reich. beiden Akte gleichzeitig ablaufen, die Schaffung eines neuen einheitlichen
 28. Jan. 1897. Vertragsinstrumentes auf der nächsten Revisionskonferenz wesentlich erleichtern.

B. Zur „Deklaration“.

Die sämtlichen, in die „Deklaration“ vom 4. Mai 1896 aufgenommenen Bestimmungen hätten in der Zusatzakte Aufnahme finden können, wenn nicht von Seiten der Königlich grossbritannischen Delegierten aus Gründen der inneren Gesetzgebung ihres Landes gegen Annahme derselben für den internationalen Verkehr Bedenken erhoben worden wären. || Die Konferenz stand daher vor der Wahl, entweder vollständig auf die Beteiligung des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Irland sowie seiner ausgedehnten überseeischen Besitzungen an der Zusatzakte zu verzichten, oder die hier in Frage stehenden erläuternden Vorschriften in einer besonderen Urkunde, an der Grossbritannien nicht teilnahm, zusammenzufassen. Sie hat das Letztere vorgezogen und bezüglich dreier zweifelhafter Punkte folgendes festgesetzt:

1. Von seiten einiger Gerichtshöfe sind vor einiger Zeit Urteile erlassen worden, wonach der Schutz der in einem Verbandslande erschienenen Werke der Literatur und Kunst in den anderen Verbandsländern abhängen sollte von der Erfüllung nicht nur derjenigen Bedingungen und Förmlichkeiten, welche in dem Ursprungslande, sondern auch derjenigen, welche in dem Lande, wo der Schutz in Anspruch genommen wird, für die einheimischen Werke vorgeschrieben sind. Mit Rücksicht hierauf erschien es wünschenswert, durch eine authentische Interpretation den Sinn von Artikel 2 Absatz 2 dahin ein für alle Mal klarzustellen, dass der durch die Berner Übereinkunft vom 9. September 1886 und die Zusatzakte vom 4. Mai 1896 den Werken der Litteratur und Kunst gewährleistete Schutz lediglich von der Erfüllung der im Ursprungslande der betreffenden Werke vorgeschriebenen Bedingungen und Förmlichkeiten abhängig zu machen sei. || Die Anwendbarkeit des in Vorstehendem ausgesprochenen Grundsatzes auf die photographischen und die durch ein ähnliches Verfahren hergestellten Erzeugnisse noch besonders zu konstatieren, erschien deshalb erforderlich, weil eigentlich nur die im Artikel 4 der Übereinkunft aufgeführten Kategorien als Substrate des von ihr gewährten Schutzes anzusehen sind, und es demgemäss hinsichtlich derjenigen Länder, die, wie oben ausgeführt worden ist, den Photographien den künstlerischen Charakter absprechen oder ihnen überhaupt keinen Schutz gewähren, zweifelhaft erscheinen konnte, ob und inwieweit auch bei Photographien nur die Erfüllung der Bedingungen und Förmlichkeiten des Ursprungslandes die Voraussetzung des zu gewährenden Schutzes bilden sollte. || Bei dieser Gelegenheit kann noch darauf hingewiesen werden, dass man auf der Konferenz bezüglich der Dauer des durch die Berner Konvention und die Zusatzakte gewährten Schutzes einstimmig der Ansicht war, die Bestimmung im Artikel 2

Absatz 2, wonach der Schutz in den übrigen Verbandsländern „die Dauer des in dem Ursprungslande gewährten Schutzes nicht überschreiten“ könne, sei dahin zu verstehen, dass ein Anspruch auf eine längere Schutzdauer nicht bestehe, dass es jedoch einem Staate, der eine längere Schutzfrist gewähre, als der Heimatsstaat des betreffenden Werkes, selbstverständlich unbenommen bleibe, diese längere Frist auch den nichteinheimischen Erzeugnissen einzuräumen.

Nr. 11468.
Deutsches
Reich.
28. Jan. 1897.

2. Mit Rücksicht darauf, dass der Schutz, den die Berner Union gewährt, unter Umständen davon abhängig gemacht ist, dass das betreffende Werk in einem Verbandslande veröffentlicht sein muss, erschien es der grossen Mehrzahl der Delegierten der in Paris vertretenen Staaten erforderlich, den Begriff der „Veröffentlichung“ genau zu umgrenzen. Nach der in Folge dessen durch Ziffer 2 der „Deklaration“ gegebenen Definition dieses Begriffs ist „veröffentlichen“ gleichbedeutend mit „herausgeben“, worunter die erste Vervielfältigung behufs Vertriebes an die Öffentlichkeit zu verstehen ist. Herausgeben ist also nicht vollkommen identisch mit „Verlegen“ im gebräuchlichen Sinne, da es den Selbstverlag mitumfasst. || Als nicht veröffentlicht gelten nach dem Wortlaut der „Deklaration“ dramatische, dramatisch-musikalische und musikalische Werke, welche in einem Unionslande lediglich aufgeführt, sowie Kunstwerke, die in einem solchen nur ausgestellt worden sind. Dies hat zur Folge, dass, wie schon oben bemerkt, derartig in die Erscheinung getretene Werke verbandsfremder Autoren in der Union überhaupt keinen Schutz geniessen. Die nicht veröffentlichten Werke der verbandsangehörigen Urheber werden von dieser Konsequenz nicht betroffen, da sie in Gemässheit der Artikel 2 und 9 der Übereinkunft geschützt werden, sie seien veröffentlicht oder nicht. Eine ausführlichere Darlegung der Gründe, welche dazu geführt haben, den Begriff der Veröffentlichung genau zu definieren, sowie der Konsequenzen, die sich aus dieser Definition im internationalen Verkehr ergeben, ist in den als besondere Anlage hier beigefügten „Erläuterungen der Ziffer 2 der Deklaration“ enthalten.

3. Die Thatsache, dass die Verarbeitung besonders beliebter Romane in Theaterstücke und eventuell auch zugkräftiger Theaterstücke in Romanform neuerdings einen immer grösseren Umfang angenommen hat, hatte den Wunsch nahe gelegt, diese Fälle ausdrücklich unter die im Artikel 10 der Berner Übereinkunft vorgesehenen „Adaptationen“ zu subsumieren. Es musste jedoch angesichts des Widerspruchs der britischen Delegierten darauf verzichtet werden, eine bezügliche Bestimmung dem genannten Artikel selbst einzuverleiben, beziehungsweise denselben in der Zusatzakte abzuändern. || Für Deutschland ist die neue Bestimmung lediglich eine Ergänzung der im internen Verkehr längst durchgedrungenen Anschauung, dass derartige Umänderungen wie die hier in Rede stehenden sehr wohl unter den Begriff der „Adaptationen“ fallen können, und dass es lediglich Aufgabe des Richters ist, an der Hand der Sachverständigengutachten bei jedem Fall zu prüfen und zu entscheiden,

Nr. 11468. ob eine „Adaptation“ vorliegt oder ein neues, selbständiges Werk geschaffen
 Deutsches worden ist. Die Annahme war für uns unbedenklich, da auch im Artikel 10
 Reich. der Berner Übereinkunft diese Prüfung vorgesehen ist. || Der Beitritt zur
 28. Jan. 1897. „Deklaration“ ist den Verbandsstaaten, die sich an ihr nicht beteiligt haben,
 sowie denjenigen anderen Ländern offen gelassen, welche später der Berner
 Übereinkunft oder dieser Übereinkunft sowie der Pariser Zusatzakte beitreten
 werden. Bezüglich der Dauer und Gültigkeit der „Deklaration“ ist bestimmt,
 dass sie hierin der Berner Übereinkunft und der Pariser Zusatzakte gleich-
 zustellen sei. Es gilt in dieser Hinsicht dasselbe, was bei Artikel 4 der
 Zusatzakte ausgeführt worden ist.

Die Pariser Konferenz hat ausser der Zusatzakte und der Deklaration
 noch die in der Anlage aufgeführten 5 „*voeux*“ beurkundet. Von dem ersten
 derselben, der sich auf den Schutz und die erstrebenswerte Verlängerung der
 Schutzdauer für photographische Erzeugnisse bezieht, ist bereits bei der Be-
 sprechung von Artikel 2 der Zusatzakte und von dem fünften, der das
 Wünschenswerte einer späteren Vereinheitlichung des ganzen Vertragswerkes
 ausspricht, in der Einleitung zu dieser Denkschrift die Rede gewesen. || Was
 den „*voeu*“ Nr. 2 anlangt, so ist derselbe darauf zurückzuführen, dass ur-
 sprünglich eine der mehrerwähnten, der Pariser Konferenz als Programm vorge-
 legten „*Propositions*“ der französischen Regierung und des Berner Büreaus
 den Vorschlag enthielt, die musikalischen Werke den dramatischen und den
 dramatisch-musikalischen insoweit gleichzustellen, dass die Gewährung des
 Schutzes gegen unbefugte Aufführung veröffentlichter musikalischer Werke
 nicht mehr, wie bisher, von dem seitens des Urhebers zu machenden ausdrücklichen
 Vorbehalt abhängig sein sollte. Deutscherseits konnte dieser
 Proposition nicht beigestimmt werden, da man durch die vor Beschickung der
 Pariser Konferenz veranstaltete Enquete in der bereits bei den diesseitigen
 Vorkonferenzen gewonnenen Überzeugung bestärkt worden ist, dass die Zeit
 zu einer internationalen Regelung dieser, in das deutsche Musikleben tief ein-
 greifenden Frage noch nicht gekommen sei, dass es vielmehr wünschenswert
 sein werde, in erster Linie die notwendigen, für die verschiedenen Länder
 schwer einheitlich zu gestaltenden Ausnahmen von dem Schutze gegen Auf-
 führungen vorbehaltlos veröffentlichter musikalischer Kompositionen, insbesondere
 im Interesse der verschiedenen Arten volkstümlichen Musiktreibens in Ver-
 einen etc. beziehungsweise auf den Gebieten der Schule, der Kirchen- und
 Militärmusik in den einzelnen Ländern im Wege der inneren Gesetzgebung
 festzusetzen, sowie die Bildung eines Syndikats, wie es beispielsweise in Frank-
 reich für die Einziehung der Tantiemen aus der öffentlichen Aufführung von
 Musikwerken besteht, auch für Deutschland anzustreben. Andererseits waren
 aber auch vom deutschen Standpunkte aus keine Bedenken dagegen zu er-
 heben, dass die einmal gegebene Anregung zum Gegenstände eines „*voeu*“
 gemacht werde. || Der dritte, von der Konferenz proklamierte „*voeu*“ beschäftigt
 sich mit der Revision der Sonderverträge, die über den Schutz von Werken

der Literatur und Kunst zwischen den einzelnen Verbandsstaaten abgeschlossen worden sind. Es erschien aus praktischen Gründen wünschenswert, nachdem der *Article additionnel* der Berner Übereinkunft diese Verträge hatte bestehen lassen, darüber klar zu werden, inwieweit die in ihnen enthaltenen Abmachungen neben den Bestimmungen der Berner Übereinkunft noch Anspruch auf Gültigkeit erheben können. || Der im „*voeu*“ Nr. 4 gegebenen Anregung, es möchten in die Gesetzgebungen der einzelnen Verbandsstaaten Bestimmungen aufgenommen werden, wonach die Usurpation des Namens oder der Signatur der Urheber bei Werken der Literatur und Kunst unter Strafe gestellt werden, konnte deutscherseits um so unbedenklicher zugestimmt werden, als auch im deutschen inneren Verkehr sich bereits ein Bedürfnis nach einer derartigen Strafvorschrift herausgestellt hat. Die Bestimmung im §. 6 Ziffer 1 des Reichsgesetzes, betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste, vom 9. Januar 1876 (Reichs-Gesetzbl. S. 4), welche lediglich die Anbringung des Namens oder Monogramms des Urhebers eines Werkes der bildenden Künste auf einer Einzelkopie dieses Werkes verbietet, gewährt in fraglicher Hinsicht keinen hinreichenden Schutz.

Nr. 11468.
Deutsches
Reich.
28. Jan. 1897.

Zum Schluss sei noch darauf hingewiesen, dass der durch Vermittelung des Präsidenten der Pariser Konferenz, Herrn von Freycinet, in der dritten Sitzung derselben mitgeteilte Vorschlag, als Ort der nächsten Revisionskonferenz Berlin in Aussicht zu nehmen, einstimmige Annahme gefunden hat.

Anlage 1.

Gegenüberstellung der Bestimmungen der Pariser Zusatzakte vom 4. Mai 1896 zur Berner Übereinkunft vom 9. September 1886 und der durch dieselben abgeänderten Artikel dieser Übereinkunft.

Convention, concernant la création d'une Union internationale pour la protection des oeuvres littéraires et artistiques.	(Acte additionnel du 4 Mai 1896 modifiant les articles 2, 3, 5, 7, 12, 20 de la Convention du 9 Septembre 1886 et les numéros 1 et 4 du Protocole de clôture y annexé).
--	---

Übereinkunft.

Article 2.

Les auteurs ressortissant à l'un des pays de l'Union, ou leurs ayants cause, jouissent, dans les autres pays, pour leurs oeuvres, soit publiées dans un de ces pays, soit non publiées, des droits que les lois respectives accordent actuellement ou accorderont par la suite aux nationaux. || La jouissance de ces droits est subordonnée à l'accomplisse-

(Zur Übereinkunft.)

Article 2.

Les auteurs ressortissant à l'un des pays de l'Union, ou leurs ayants cause, jouissent, dans les autres pays, pour leurs oeuvres, soit non publiées, soit publiées pour la première fois dans un de ces pays, des droits que les lois respectives accordent actuellement ou accorderont par la suite aux nationaux.

Absatz 2 wie bisher.

Nr. 11468. ment des conditions et formalités pres-
 Deutsches crites par la législation du pays d'ori-
 Reich. gine de l'oeuvre; elle ne peut excéder,
 28 Jan. 1897. dans les autres pays, la durée de la
 protection accordée dans ledit pays
 d'origine. || Est considéré comme pays
 d'origine de l'oeuvre, celui de la pre-
 mière publication, ou, si cette publi-
 cation a lieu simultanément dans plu-
 sieurs pays de l'Union, celui d'entre
 eux dont la législation accorde la durée
 de protection la plus courte. || Pour les
 oeuvres non publiées, le pays auquel
 appartient l'auteur est considéré comme
 pays d'origine de l'oeuvre.

Absatz 3 wie bisher.

Absatz 4 wie bisher.

Les oeuvres posthumes sont com-
 prises parmi les oeuvres protégées.

Article 3.

Les stipulations de la présente Con-
 vention s'appliquent également aux édi-
 teurs d'oeuvres littéraires ou artisti-
 ques publiées dans un des pays de
 l'Union, et dont l'auteur appartient à
 un pays qui n'en fait pas partie.

Article 3.

Les auteurs ne ressortissant pas à
 l'un des pays de l'Union, mais qui
 auront publié ou fait publier, pour la
 première fois, leurs oeuvres littéraires
 ou artistiques dans l'un de ces pays,
 jouiront, pour ces oeuvres, de la pro-
 tection accordée par la Convention de
 Berne et par le présent Acte additionnel.

Article 5.

Les auteurs ressortissant à l'un des
 pays de l'Union, ou leurs ayants cause,
 jouissent, dans les autres pays, du droit
 exclusif de faire ou d'autoriser la tra-
 duction de leurs ouvrages jusqu'à l'ex-
 piration de dix années à partir de la
 publication de l'oeuvre originale dans
 l'un des pays de l'Union.

Article 5.

Les auteurs ressortissant à l'un des
 pays de l'Union, ou leurs ayants cause,
 jouissent, dans les autres pays, du droit
 exclusif de faire ou d'autoriser la tra-
 duction de leurs oeuvres pendant toute
 la durée du droit sur l'oeuvre origi-
 nale. Toutefois, le droit exclusif de
 traduction cessera d'exister lorsque
 l'auteur n'en aura pas fait usage dans
 un délai de dix ans à partir de la pre-
 mière publication de l'oeuvre originale,
 en publiant ou en faisant publier, dans
 un des pays de l'Union, une traduction
 dans la langue pour laquelle la pro-
 tection sera réclamée.

Pour les ouvrages publiés par livraisons, le délai de dix années ne compte qu'à dater de la publication de la dernière livraison de l'oeuvre originale.

Pour les oeuvres composées de plusieurs volumes publiés par intervalles, ainsi que pour les bulletins ou cahiers publiés par des sociétés littéraires ou savantes ou par des particuliers, chaque volume, bulletin ou cahier est, en ce qui concerne le délai de dix années, considéré comme ouvrage séparé. || Dans les cas prévus au présent article, est admis comme date de publication, pour le calcul des délais de protection, le 31 décembre de l'année dans laquelle l'ouvrage a été publié.

Article 7.

Les articles de journaux ou de recueils périodiques publiés dans l'un des pays de l'Union peuvent être reproduits, en original ou en traduction, dans les autres pays de l'Union, à moins que les auteurs ou éditeurs ne l'aient expressément interdit. Pour les recueils, il peut suffire que l'interdiction soit fait d'une manière générale en tête de chaque numéro du recueil.

En aucun cas, cette interdiction ne peut s'appliquer aux articles de discussion politique ou à la reproduction des nouvelles du jour et des „faits divers”.

Article 12.

Toute oeuvre contrefaite peut être saisie à l'importation dans ceux des

Absatz 2 wie bisher.

Absatz 3 wie bisher.

Absatz 4 wie bisher.

Article 7.

Les romans-feuilletons, y compris les nouvelles, publiés dans les journaux ou recueils périodiques d'un des pays de l'Union, ne pourront être reproduits, en original ou en traduction, dans les autres pays, sans l'autorisation des auteurs ou de leurs ayants cause. || Il en sera de même pour les autres articles de journaux ou de recueils périodiques, lorsque les auteurs ou éditeurs auront expressément déclaré, dans le journal ou le recueil même où ils les auront fait paraître, qu'ils en interdisent la reproduction. Pour les recueils, il suffit que l'interdiction soit faite d'une manière générale en tête de chaque numéro. || A défaut d'interdiction, la reproduction sera permise à la condition d'indiquer la source. || En aucun cas, l'interdiction ne pourra s'appliquer aux articles de discussion politique, aux nouvelles du jour et aux faits divers.

Article 12.

Toute oeuvre contrefaite peut être saisie par les autorités compétentes des

Nr. 11468. pays de l'Union où l'oeuvre originale pays de l'Union où l'oeuvre originale
 Deutsches a droit à la protection légale. || La saisie a droit à la protection légale.
 Reich. a lieu conformément à la législation Absatz 2 wie bisher.
 28. Jan. 1897. intérieure de chaque pays.

Article 20.

La présente Convention sera mise à exécution trois mois après l'échange des ratifications, et demeurera en vigueur pendant un temps indéterminé, jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où la dénonciation en aura été faite. || Cette dénonciation sera adressée au Gouvernement chargé de recevoir les accessions. Elle ne produira son effet qu'à l'égard du pays qui l'aura faite, la Convention restant exécutoire pour les autres pays de l'Union.

Article 20.

Absatz 1 wie bisher.

Cette dénonciation sera adressée au Gouvernement de la Confédération Suisse. Elle ne produira son effet qu'à l'égard du pays qui l'aura faite, la Convention restant exécutoire pour les autres pays de l'Union.

Schlussprotokoll.

(Zum Schlussprotokoll.)

1. Au sujet de l'article 4, il est convenu que ceux des pays de l'Union où le caractère d'oeuvres artistiques n'est pas refusé aux oeuvres photographiques s'engagent à les admettre, à partir de la mise en vigueur de la Convention conclue en date de ce jour, au bénéfice de ses dispositions. Ils ne sont, d'ailleurs, tenus de protéger les auteurs desdites oeuvres, sauf les arrangements internationaux existants ou à conclure, que dans la mesure où leur législation permet de le faire.

1. Au sujet de l'article 4 il est convenu ce qui suit:

A. — Dans les pays de l'Union où la protection est accordée non seulement aux plans d'architecture, mais encore aux oeuvres d'architecture elles-mêmes, ces oeuvres sont admises au bénéfice des dispositions de la convention de Berne et du présent Acte additionnel.

B. — Les oeuvres photographiques et les oeuvres obtenues par un procédé analogue sont admises au bénéfice des dispositions de ces actes, en tant que la législation intérieure permet de le faire, et dans la mesure de la protection qu'elle accorde aux oeuvres nationales similaires.

Il est entendu que la photographie autorisée d'une oeuvre d'art protégée jouit, dans tous les pays de l'Union, de la protection légale, au sens de

Il est entendu que la photographie autorisée d'une oeuvre d'art protégée jouit, dans tous les pays de l'Union, de la protection légale, au sens de la

ladite Convention, aussi longtemps que dure le droit principal de reproduction de cette oeuvre même, et dans les limites de conventions privées entre les ayants droit.

4. L'accord commun prévu à l'article 14 de la Convention est déterminé ainsi qu'il suit:

L'application de la Convention aux oeuvres non tombées dans le domaine public au moment de sa mise en vigueur aura lieu suivant les stipulations y relatives contenues dans les conventions spéciales existantes ou à conclure à cet effet.

A défaut de semblables stipulations entre pays de l'Union, les pays respectifs régleront, chacun pour ce qui le concerne, par la législation intérieure, les modalités relatives à l'application du principe contenu dans l'article 14.

Convention de Berne et du présent Acte additionnel, aussi longtemps que dure le droit principal de reproduction de cette oeuvre même, et dans les limites des conventions privées entre les ayants droit.

4. L'accord commun prévu à l'article 14 de la Convention est déterminé ainsi qu'il suit:

L'application de la Convention de Berne et du présent Acte additionnel aux oeuvres non tombées dans le domaine public dans leur pays d'origine au moment de la mise en vigueur de ces actes aura lieu suivant les stipulations y relatives contenues dans les Conventions spéciales existantes ou à conclure à cet effet.

A défaut de semblables stipulations entre pays de l'Union, les pays respectifs régleront, chacun pour ce qui le concerne, par la législation intérieure, les modalités relatives à l'application du principe contenu dans l'article 14.

Les stipulations de l'article 14 de la Convention de Berne et du présent numéro du Protocole de clôture s'appliquent également au droit exclusif de traduction, tel qu'il est assuré par le présent Acte additionnel.

Les dispositions transitoires mentionnés ci-dessus sont applicables en cas de nouvelles accessions à l'Union.

Anlage 2.

Bemerkungen, betreffend den Artikel 3 der Berner Übereinkunft.

Wie allseitig anerkannt ist, hat der Artikel 3 der Berner Übereinkunft, während er den dem Verbandsangehörigen Urheber schutzlos lässt, dem verbandsangehörigen Verleger einen selbständigen Urheberschutz beigelegt. Es beruht dies auf dem Gedanken, dass das in der Person des verbandfremden Urhebers nur virtuell bestehende und vom positiven Gesetze nicht anerkannte

Nr. 11468.
Deutsches
Reich.
28. Jan. 1897.

Urheberrecht in der Person des inländischen Verlegers aktuell wird. Dieser Gedanke lässt sich auf verschiedene Weise verwirklichen. Einmal kann dem Verleger auf Grund der Thatsache der ersten Herausgabe das Urheberrecht in unbeschränktem Umfange gewährt werden, andererseits lässt sich mit Rücksicht darauf, dass der Verlegerschutz doch stets eine Herausgabe mit Genehmigung des Urhebers voraussetzt, auch die abweichende Auffassung rechtfertigen, dass auch für den Umfang des vom Verleger erworbenen Urheberrechts der Wille des Urhebers massgebend bleiben muss. Mit dem Wortlaute des Artikels 3 erscheinen beide Auslegungen vereinbar. Es würde also, sofern der Grundgedanke des Artikels 3 beibehalten werden soll, erforderlich sein, die Frage, ihrer thatsächlichen Bedeutung entsprechend, in einer zweifelfreien Weise zu regeln. Um jedoch über Vorschläge in dieser Richtung schlüssig zu werden, wird man zunächst darüber im Klaren sein müssen, wie sich die Rechtslage des Verlegers und des Urhebers je nach der einen oder der anderen Auslegung des Artikels 3 praktisch gestaltet. || Die ersterwähnte Auffassung, wonach die Übereinkunft dem Verleger das Urheberrecht in unbeschränktem Umfange gewährt, schliesst immerhin noch nicht aus, dass vertragsmässig dem Verleger vom Urheber hinsichtlich der Ausübung des Urheberrechts Schranken gezogen werden. Es fragt sich alsdann, ob derartige Beschränkungen des gesetzlichen Rechtes des Verlegers keine Rechtswirkung haben sollen, oder ob sie den Verleger insofern binden, als er im Falle der Überschreitung zwar nicht wegen einer Verletzung des Urheberrechts, wohl aber wegen einer solchen des Vertrages in Anspruch genommen werden kann.

Der Artikel 3 der Berner Übereinkunft dürfte nur in dem letzteren Sinne ausgelegt werden können. Denn er lässt nicht erkennen, dass die vertragsmässigen Beziehungen zwischen dem verbandfremden Urheber und dem inländischen Verleger andern als den allgemeinen civilrechtlichen Grundsätzen unterstellt sein sollen. Man wird nach diesen dahin gelangen, durch Gewährung einer *exceptio doli* Abhülfe zu gewähren, wenn z. B. ein nicht verbandsangehöriger Dramatiker bei Abschluss des Vertrags mit einem deutschen Verleger erklärt, dass er das Aufführungsrecht schon einem Dritten überlassen habe, und der Verleger nach Herausgabe des Werks dennoch dem Dritten die Aufführung verbieten will. Hält man hier aber eine Einrede für begründet, so wird man sie nicht minder auch dem Urheber sowie den von ihm zur Aufführung ermächtigten Personen in dem Falle zugestehen, wenn der Urheber sich das Aufführungsrecht im Verlagsvertrage lediglich vorbehalten hat. Es würde sich hieraus zunächst die Rechtslage ergeben, dass der Verleger das Aufführungsrecht zwar ausüben und Aufführungen durch Unbefugte untersagen kann, die Aufführungen aber, die vom Urheber genehmigt sind, dulden muss. Hierbei kann man jedoch folgerichtig nicht stehen bleiben. Kann der Vorbehalt im Vertrage eine Einrede gegen den Verleger begründen, so ist nicht abzusehen, weshalb der Vorbehalt vom Urheber nicht auch klageweise sollte geltend gemacht werden können. Der Urheber, der sich die Befugnis zur Aufführung

ausdrücklich vorbehalten hat, wird also, falls der Verleger eine Aufführung veranstaltet, zwar nicht die Rechtsbehelfe der Urhebergesetze, wohl aber einen Vertragsanspruch auf Untersagung und Schadensersatz haben. || Was hiernach bezüglich der Geltendmachung des ausdrücklichen Vorbehalts des Aufführungsrechts durch Klage und Einrede anzunehmen ist, muss auch nicht minder für jede Beschränkung gelten, die sich überhaupt aus dem Vertrag als beabsichtigt ergibt. Darnach würde der verbandfremde Urheber, der dem Verleger lediglich den Verlag seines Lustspiels in französischer Sprache gestattet hat, ein Vertragsrecht darauf haben, dass der Verleger es nicht in deutscher Sprache herausgibt und es auch nicht zur Aufführung bringt. In gleicher Weise könnte der Urheber, der eine Auflage von 1000 Exemplaren gestattet hat, dem Verleger jede weitere Auflage untersagen; der russische Komponist, der an seiner Oper einem Pariser Verleger das (geteilte) Verlagsrecht für Frankreich und Italien eingeräumt hat, könnte sich der Verbreitung der Exemplare in anderen Verbandsländern widersetzen.

Wie sich schon aus den vorstehend berührten wenigen Fragen ergibt, gestaltet sich ein derartiger Rechtszustand ausserordentlich verwickelt. Die dabei auftauchenden, auf dem Gebiete des allgemeinen bürgerlichen Rechts liegenden Zweifel würden gegebenenfalls eine sehr verschiedene Entscheidung finden. Schon die Rücksicht auf die Rechtssicherheit des Verkehrs spricht also gegen die erörterte Regelung. Noch mehr spricht gegen sie, dass dem Verleger zweckwidriger Weise gesetzlich ein Recht beigelegt wird, dessen Ausübung im Ergebnis doch ganz von dem Vertrage mit dem Urheber abhängig ist. Der Verleger hat zwar ein an sich unbeschränktes Urheberrecht, er darf es aber, soweit sich aus dem Rechtsverhältnisse zum Urheber Beschränkungen ergeben, nicht ausüben, da er sich andernfalls Ansprüchen des Urhebers auf Unterlassung und Schadensersatz aussetzen würde. || Will man also dem Verleger in der That ein gesetzliches Urheberrecht beilegen, dessen Umfang sich nicht auf die ihm vom Urheber eingeräumten Befugnisse beschränkt, so würde es einer Vorschrift bedürfen, wonach Abreden, die auf eine Einschränkung des gesetzlichen Verlegerschutzes abzielen, unwirksam sind. Alsdann würde der Verleger in der Lage sein, auch diejenigen im Urheberrecht liegenden Befugnisse auszuüben, welche ihm der Urheber hat vorenthalten wollen. Wenn z. B. ein verbandsfremder Autor, dessen noch ungedrucktes Stück mit Erfolg aufgeführt worden ist, einem deutschen Verleger auf dessen Ansuchen gestattet, das Werk zum ersten Male im Druck zu veröffentlichen; so hätte der Verleger das Recht, jede, auch eine vom Urheber genehmigte, Aufführung innerhalb des Berner Verbandes zu untersagen. Desgleichen würde ein verbandsfremder Urheber, der einem französischen Verleger nur eine Auflage von 1000 Exemplaren gestattet und auch nur ein danach bemessenes Honorar erhalten hat, nichtsdestoweniger nicht hindern können, dass der Verleger Auflagen in unbeschränkter Anzahl und Höhe, auch mit Veränderungen, veranstalten und andererseits jede sonstige Veröffentlichung des Werkes innerhalb

Nr. 11468.
Deutsches
Reich.
28. Jan. 1897.

des Verbandes während der ganzen Dauer des Urheberrechts unterdrücken dürfte. Grössere Schwierigkeiten würden beim getheilten Verlagsrecht entstehen. Falls z. B. ein russischer Komponist das Verlagsrecht an seiner Oper für Deutschland einem deutschen, für Frankreich und Italien einem französischen, für Grossbritannien einem englischen Verleger einräumt, würde für die Frage, wem ein Recht erwächst, nur die erste Veröffentlichung entscheidend sein können. Hat der englische Verleger als Erster die Oper im Druck herausgegeben, so würde er allein den Urheberschutz erlangen, und zwar unbeschränkt, so dass er seine Exemplare auch in den anderen Ländern verbreiten, dagegen jede Verbreitung durch den deutschen und den französischen Verleger untersagen könnte. || Dass die im Vorstehenden gekennzeichnete Regelung, die den Vereinbarungen jede Anerkennung versagt, gegen die Anschauungen von Vertragstreue und geschäftlicher Moral verstossen würde, ist unverkennbar. Ihre Aufnahme in die Berner Übereinkunft zu befürworten, würde aussichtslos aber auch sachlich nicht gerechtfertigt sein. Ob sie auch nur den verbandsangehörigen Verlegern zum Nutzen gereichen würde, ist sehr fraglich. Denn der fremde Urheber, vor die Notwendigkeit gestellt, einem solchen Verleger entweder alles oder nichts zu überlassen, würde vermutlich häufig auf den Verlag im Verbande verzichten, wenn ihn der Verleger nicht von vornherein sicherstellt.

Es bleibt die Eingangs angedeutete Möglichkeit, den selbständigen Verlegerschutz so zu gestalten, dass der Verleger die Rechte eines Urhebers nur genießt, soweit ihm der Urheber diese (ihm freilich nur virtuell zustehenden) Rechte überlassen hat. Dies würde zur Folge haben, dass die nicht überlassenen Befugnisse weder von dem Urheber noch von dem Verleger geltend gemacht werden können, dass also das Werk insoweit gemeinfrei wird. Es würde z. B. die nur behufs Herausgabe in Verlag gegebene Oper eines Russen von jedermann im Verband aufgeführt werden dürfen. Wenn der Verlagsvertrag aus irgend welchem Grunde erlischt, würde das Werk überhaupt gemeinfrei werden, wobei es zweifelhaft bleibt, ob es etwa durch Abschluss eines neuen Verlagsvertrages einen neuen Schutz erlangt. Beim getheilten Verlagsrecht würde ein Schutz für die sämtlichen Verleger nur dadurch sich herbeiführen lassen, dass sie das Werk an demselben Tage veröffentlichen. Dass auch eine derartige Regelung den praktischen Bedürfnissen nicht genügt, liegt auf der Hand. || Aus dem Vorstehenden dürfte sich ergeben, dass eine befriedigende Gestaltung des Schutzes, den man auch den fremden Werken unter gewissen Voraussetzungen zuteil werden lassen will, überhaupt nicht zu erreichen ist, wenn man den Grundgedanken des Artikels 3, das selbständige Recht des Verlegers, beibehält. Zu einem klaren und bedenkenfreien Ergebnisse gelangt man vielmehr nur, indem man den Schutz den fremden Urhebern selbst beilegt. Hiergegen sprechen auch keine Rücksichten der Zweckmässigkeit, sofern man den Schutz auf die im Druck u. s. w. erschienenen Werke und zwar auf diejenigen einschränkt, deren erste verlags-

mässige Veröffentlichung innerhalb des Verbandes erfolgt ist. Es würde dadurch, was die erschienenen Werke anlangt, der fremde Urheber dem verbandsangehörigen gleichgestellt sein. Allein nur scheinbar würde hiermit den Ländern ausserhalb des Verbandes ohne Gegenleistung eine weitere Vergünstigung eingeräumt werden. Denn einmal genießt auch nach dem Rechte dieser Länder, soweit sie dem Territorialprinzip folgen (Dänemark, Niederlande, Österreich, Ungarn), der Verbandsangehörige den Urheberschutz, falls er sein Werk in dem betreffenden Gebiete erscheinen lässt. Und ferner ist, was die wirtschaftliche Seite der Frage betrifft, der fremde Urheber schon nach Artikel 3 der Berner Übereinkunft rechtlich in der Lage, sich die Ausbeute des Urheberrechts zwar nicht direkt, aber doch mittelbar, durch Konventionalstrafen, Ausbedingung von Tantiemen für jede Aufführung u. s. w. zu sichern. Inwieweit ihm dies thatsächlich gelingt, hängt von der Geneigtheit des Verlegers ab, auf die gestellten Forderungen einzugehen, also vom Wettbewerbe, von der Bedeutung des Werks und dem Rufe des Autors. Hierbei würde es auch nach dem obigen Vorschlage verbleiben, denn der fremde Urheber würde, will er sein Werk im Verband ausnutzen, nach wie vor auf den Abschluss von Verträgen mit verbandsangehörigen Verlegern und Theaterunternehmern angewiesen sein. Schon aus diesem Grunde ist auch in politischer Richtung nicht zu besorgen, dass durch Einführung eines unmittelbaren Urheberschutzes für die Länder, die sich bisher dem Verbande fernhalten, der Anreiz zum Anschluss gemindert werden könnte. Gerade darin, dass die bisherige Behandlung der fremden Urheber nicht den gewünschten Erfolg gehabt hat, zeigt sich, dass diese Seite der Sache für jene Staaten sehr wenig ins Gewicht fällt. Das Bedürfnis eines internationalen Urheberschutzes macht sich vielmehr, wie die Erfahrung zeigt, erst geltend, wenn in dem betreffenden Lande der Verlagshandel und die damit zusammenhängenden Gewerbe hinlänglich erstarkt sind. Für die Staaten, in denen sich diese Entwicklung vollzogen hat, wird sich der Beitritt zur Berner Übereinkunft als notwendig erweisen, um die Nachteile zu beseitigen, die dem einheimischen Gewerbe durch den Nachdruck fremder Werke im eigenen Lande sowie durch das Aufsuchen des fremden Marktes seitens der einheimischen Urheber erwachsen.

Nr. 11468.
Deutsches
Reich.
28. Jan. 1897.

Anlage 3.

Erläuterung der Ziffer 2 der „Deklaration“.

Nach mehreren Bestimmungen der Berner Übereinkunft (Artikel 2, 3, 5, 7, 9) kommt es für die Voraussetzungen und die Dauer des vertragsmässigen Schutzes darauf an, ob, in welchem Lande oder zu welchem Zeitpunkt ein Werk veröffentlicht worden ist. Darüber, was bei Anwendung dieser Vorschriften als eine Veröffentlichung anzusehen ist, hat sich eine Verschiedenheit der Meinungen herausgestellt. Im weitesten Sinne ist Veröffent-

Nr. 11468. lichtung jede Handlung, die das Werk zum ersten Male an die Öffentlichkeit
 Deutsches bringt; es würde eine solche schon in der öffentlichen Vorlesung eines Schrift-
 Reich. werks, in der öffentlichen Aufführung eines Schauspiels oder eines Werkes
 28. Jan. 1897. der Tonkunst, in der öffentlichen Ausstellung eines Gemäldes oder einer
 Skulptur zu finden sein. In einem engeren Sinne liegt eine Veröffentlichung
 nur dann vor, wenn das Werk im Wege der Vervielfältigung der Allgemeinheit
 zugänglich gemacht, also verlagsmässig erschienen ist. || Die praktische
 Tragweite der aufgeworfenen Frage ist sehr bedeutend. Von ihrer Ent-
 scheidung hängt es z. B. ab, ob, wenn eine Oper zuerst in Deutschland auf-
 geführt wird, sodann in Italien im Druck erscheint, das eine oder das andere
 dieser Gebiete das Ursprungsland des Werkes im Sinne des Artikels 2 ist.
 Für ein Schauspiel, das, bevor es im Buchhandel erschienen, öffentlich auf-
 geführt worden ist, hängt die Dauer des ausschliesslichen Übersetzungsrechtes
 nach der bisherigen und unter Umständen auch nach der abgeänderten Fassung
 des Artikels 5 davon ab, ob der frühere oder der spätere Zeitpunkt als der
 der Veröffentlichung zu gelten hat. Besonders aber fallen in dieser Richtung
 der Artikel 2 Absatz 1 und der Artikel 3 ins Gewicht. || Ist nämlich eine
 Veröffentlichung in jeder Handlung zu erblicken, die das Werk an die Öffent-
 lichkeit bringt, so sichert sich der Urheber, mag er ein Verbandsangehöriger
 sein oder nicht, den Schutz der Übereinkunft schon dadurch, dass er sein
 noch nicht vervielfältigtes Werk zum ersten Male innerhalb des Verbandes
 öffentlich aufführen oder ausstellen lässt. Dieser Schutz ist alsdann ein
 dauernder; der Umstand, dass der Urheber sein Werk demnächst ausserhalb
 des Verbandes verlagsmässig erscheinen lässt, thut ihm keinen Abbruch. Auf
 der anderen Seite würde der Verbandsangehörige den Schutz, den er für sein
 unveröffentlichtes Werk genießt, verlieren, sobald er es ausserhalb des Ver-
 bandes aufführen oder ausstellen lässt; ein Urheber, der dem Verbande nicht
 angehört, würde in gleichem Falle der Aussicht, sich den Schutz der Über-
 einkunft zu verschaffen, beraubt sein. Für Beide wäre es ohne Nutzen,
 wenn sie das Werk später im Verbande zum ersten Male herausgeben würden.
 Gilt aber nur das verlagsmässige Erscheinen als Veröffentlichung, so ist in
 allen diesen Fällen die Entscheidung im entgegengesetzten Sinne zu treffen.

Angesichts derartiger Zweifel ist es, zur Sicherung einer gleichmässigen
 Handhabung der Übereinkunft in den verschiedenen Ländern, angezeigt, den
 Begriff der Veröffentlichung vertragsmässig zu begrenzen. Deutscherseits ist
 hierbei im Anschluss an die anerkannte Auslegung der Reichsgesetze über das
 Urheberrecht der Standpunkt vertreten worden, dass als Veröffentlichung die
 Herausgabe von Vervielfältigungen angesehen werden muss. Ob diese Auf-
 fassung sich schon aus Artikel 9 Absatz 3 der Berner Übereinkunft herleiten
 lässt, mag hier dahingestellt bleiben. Jedenfalls sprechen für sie überwiegende
 Gründe der Zweckmässigkeit. Es ist dafür insbesondere das Interesse der
 Sicherheit im Rechtsverkehre geltend zu machen, da die Feststellung, ob ein
 Werk schon einmal auf andere Weise an die Öffentlichkeit getreten ist, oft

Schwierigkeiten begegnen wird. Auf die engere Auslegung weisen auch die Gründe, die dazu geführt haben, die Veröffentlichung im Verbands zur Voraussetzung des Schutzes zu machen. Es könnte dem Verlagsgeschäfte innerhalb des Verbandes nur nachteilig sein, wenn durch einen so vorübergehenden Akt, wie die öffentliche Anführung oder Ausstellung es sehr häufig sein wird, der Urheber den Schutz verwirken und die demnächstige erste Herausgabe ohne Bedeutung sein würde. Auf der anderen Seite wäre es eine den Zwecken der Übereinkunft widersprechende Erleichterung für die Urheber, die ausserhalb des Verbandes staatsangehörig sind, wenn sie sich den Schutz durch derartige vorübergehende Akte verschaffen und das Werk in einem anderen Gebiete herausgeben könnten. || Nach der Deklaration soll demgemäss der Ausdruck „veröffentlicht“ (*publiées*) gleichbedeutend mit „herausgegeben“ (*éditées*) sein. Was hierunter zu verstehen ist, wird kaum Zweifel hervorrufen. Ein Werk ist in einem bestimmten Lande herausgegeben, wenn seine Vervielfältigungen dort zum ersten Male, behufs Vertriebes an die Öffentlichkeit gebracht, in den geschäftlichen Verkehr gelangt sind. Darauf, ob die Exemplare auch, wie es die Regel sein wird, innerhalb des Verbandes hergestellt sind, ist, entsprechend dem bisherigen Rechte, kein entscheidendes Gewicht gelegt worden. Eine solche Forderung wäre, auch abgesehen von den Schwierigkeiten ihrer Durchführung, nicht gerechtfertigt, weil die Vorteile, die der Verlag innerhalb des Verbandes mit sich führt, schon genügen, um die Gewährung des Schutzes daran zu knüpfen.

Nr. 11468.
Deutsches
Reich,
28. Jan. 1897.

Anlage 4.

Voeux.

Il est désirable:

I. Que, dans tous les pays de l'Union, la loi protège les oeuvres photographiques ou les oeuvres obtenues par des procédés analogues, et que la durée de la protection soit de quinze ans au moins.

II. Que les législations des pays de l'Union fixent les limites dans lesquelles la prochaine Conférence pourrait adopter le principe que les oeuvres musicales publiées doivent être protégées contre l'exécution non autorisée, sans que l'auteur soit astreint à la mention de réserve.

III. Que les conventions spéciales conclues entre des pays faisant partie de l'Union soient examinées par les Parties contractantes respectives en vue de déterminer les clauses pouvant être considérées comme restées en vigueur conformément à l'article additionnel de la Convention de Berne; que le résultat de cet examen soit consacré par un acte authentique et porté à la connaissance des pays de l'Union par l'intermédiaire du Bureau international, avant la réunion de la prochaine Conférence.

Nr. 11468. IV. Que des dispositions pénales soient insérées dans les législations nationales afin de réprimer l'usurpation des noms, signatures ou signes des auteurs
 Deutsches Reich.
 28. Jan. 1897. en matière d'oeuvres littéraires et artistiques.

V. Que des délibérations de la prochaine Conférence sorte un texte unique de Convention.

Nr. 11469. FRANKREICH und CHINA. — Zusatz zu dem Vertrag über die Grenzregulierung zwischen China und Tonkin am 26. Juni 1887.

20. Juni 1895.

Nr. 11469. Les Commissaires nommés par les deux Gouvernements pour reconnaître la dernière partie de la frontière entre la Chine et le Tonkin (du Fleuve Rouge au Mékong), ayant terminé leurs travaux. || M. Auguste Gérard, Ministre Plénipotentiaire, Envoyé Extraordinaire de la République Française en Chine, Officier de la Légion d'Honneur, Grand-Croix de l'Ordre de l'Indépendance du Monténégro, Grand Officier de l'Ordre Royal de Charles III d'Espagne, Grand Officier de l'Ordre Royal de la Couronne d'Italie, &c., d'une part; || Et son Altesse le Prince K'ing, Prince du premier rang, Président du Tsong-li Yamèn, &c. || Et son Excellence Siu Yong-Yi, membre du Tsong-li Yamèn et du Grand Conseil de l'Empire, Vice-Président de Gauche au Ministère de l'Intérieur, &c., d'autre part; || Agissant au nom de leurs Gouvernements respectifs et munis à cet effet de pleins pouvoirs qu'ils ont, après communication, reconnus être en bonne et due forme, ont décidé de consigner dans le présent Acte les dispositions suivantes, destinées à rectifier et compléter la Convention signée à Pékin le 26 Juin, 1887, les procès-verbaux et les cartes qui ont été dressés et signés par les Commissaires Français et Chinois étant et demeurant approuvés.

Article I.

Le tracé de la frontière entre le Yunnan et l'Annam (carte de la deuxième section), du point R au point S, est modifié ainsi qu'il suit: || "La ligne frontière part du point R, se dirige au nord-est jusqu'à Man-mei, puis de Man-mei, et suivant la direction ouest-est jusqu'à Nan-na, sur le Ts'ing-chouei-ho, laissant Man-mei à l'Annam et les territoires de Mong-t'ong-chang-ts'ouen, Mong-t'ong-chan, Mong-t'ong-tchong-ts'ouen, Mong-t'ong-hia-ts'ouen à la Chine."

Article II.

Le tracé de la cinquième section entre Long-po-tchai et la Rivière Noire est modifié ainsi qu'il suit: || "A partir de Long-po-tchai (cinquième section), la frontière commune du Yunnan et de l'Annam remonte le Cours du Long-po-ho, jusqu'à son confluent avec Hong-yai-ho, au point marqué A sur la carte. Du point A elle suit la direction générale nord-nord-ouest et la chaîne de partage des eaux jusqu'au point où la P'ing-ho prend sa source. || De ce

point la frontière suit le cours du P'ing-ho, puis celui du Mou-k'i-ho jusqu'à son confluent avec le Ta-pao-ho, qu'elle suit jusqu'à son confluent avec le Nan-Kong-ho, puis le cours du Nan-Kong-ho, jusqu'à son confluent avec le Nan-na-ho. || La frontière remonte ensuite le cours du Pa-pao-ho, jusqu'à son confluent avec le Kouang-Sse-ho, puis le cours du Kouang-Sse-ho, et suit la chaîne de partage des eaux jusqu'au confluent du Nam-la-pi et du Nam-la-ho, enfin le Nam-la-ho jusqu'à son confluent avec la Rivière Noire, puis le milieu de la Rivière Noire jusqu'au Nam-nap ou Nan-ma-ho." Nr. 11469.
Frankreich
und China.
20. Juni 1895.

Article III.

La frontière commune du Yunnan et de l'Annam entre la Rivière Noire, à son confluent avec le Nam-nap, et le Mékong est tracée ainsi qu'il suit: ||

"A partir du confluent de la Rivière Noire et du Nam-nap, la frontière suit le cours du Nam-nap jusqu'à sa source, puis dans la direction sud-ouest et ouest, la chaîne de partage des eaux jusqu'aux sources du Nam-Kang et du Nam-wou. || A partir des sources de Nam-wou, la frontière suit la chaîne de partage des eaux entre le Bassin Nam-wou et le Bassin du Nam-la, laissant à la Chine, à l'ouest, Ban-noi, I-pang, I-wou, les six montagnes à thé, et à l'Annam, à l'est, Mong-wou et Wou-te et la confédération des Hua-panh-ha-tang-hoc. La frontière suit la direction nord-sud, sud-est jusqu'aux sources du Nan-nuo-ho, puis elle contourne, par la chaîne de partage des eaux, dans la direction ouest-nord-ouest, les vallées du Nan-ouo-ho et des affluents de gauche du Nam-la, jusqu'au confluent du Mékong et du Nam-la, au nord-ouest de Muong-poung. Le territoire de Muong-mang et de Muong-jouen est laissé à la Chine. Quant au territoire des huit sources salées (Pa-fa-tchai), il demeure attribué à l'Annam."

Article IV.

Les agents commissaires ou autorités, désignés par les deux Gouvernements seront chargés de procéder à l'abornement, conformément aux cartes dressées et signées par la Commission de Délimitation et au tracé ci-dessus.

Article V.

Les dispositions, concernant la délimitation entre la France et la Chine, non modifiées par le présent Acte, restent en pleine vigueur. || La présente Convention complémentaire, ainsi que la Convention de Délimitation du 26 Juin, 1887, sera ratifiée dès à présent par Sa Majesté l'Empereur de Chine et, après qu'elle aura été ratifiée par le Président de la République Française, l'échange des ratifications se fera à Pékin dans le plus bref délai possible.

Fait à Pékin, en quatre exemplaires, le 20 Juin, 1895, correspondant au 28^e jour de la 5^e lune de la 21^e année Kouang-Siu.

(L.S.)	(Signé)	A. Gérard.
(L.S.)	(Signé)	King.
(L.S.)	(Signé)	Siu.

Nr. 11470. FRANKREICH und CHINA. — Zusatz zu dem Handelsvertrage zwischen Frankreich und China vom 26. Juni 1887.

20. Juni 1895.

Nr. 11470.
Frankreich.
und China.
20. Juni 1895.

Le Président de la République Française et Sa Majesté l'Empereur de Chine, désireux de favoriser et d'étendre, sur la frontière Sino-Annamite, désormais délimitée jusqu'au Mékong, le développement des relations commerciales entre les deux pays et d'assurer la bonne exécution du Traité de Commerce signé à Tien-tsin le 25 Avril, 1886, ainsi que de la Convention Additionnelle, signée à Pékin le 26 Juin, 1887, ont décidé de conclure une Convention Complémentaire, contenant plusieurs dispositions nouvelles et modifiant quelques-unes des dispositions insérées dans les précédents Actes. || A cet effet, les deux Hautes Parties Contractantes ont nommé pour leurs Plénipotentiaires respectifs, savoir: || Le Président de la République Française, M. Auguste Gérard, Ministre Plénipotentiaire, Envoyé Extraordinaire de la République Française en Chine, Officier de la Légion d'Honneur, Grand-Croix de l'Ordre de l'Indépendance du Monténégro, Grand-Officier de l'Ordre Royal de Charles III d'Espagne, Grand Officier de l'Ordre Royal de la Couronne d'Italie, &c., &c. ||

Et Sa Majesté, l'Empereur de Chine, Son Altesse le Prince K'ing, Prince du premier rang, Président du Tsong-li Yamèn, &c., &c.; || Et son Excellence Siu Yong-Yi, Membre du Tsong-li Yamèn et du Grand Conseil de l'Empire, Vice-Président de Gauche au Ministère de l'Intérieur, &c., &c.; || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, qu'ils ont reconnus en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants:—

Article I.

Il est convenu, pour assurer la police de la frontière, que le Gouvernement Français aura le droit d'entretenir un Agent d'ordre Consulaire à Tong-hing, en face de Moncay, sur la frontière du Kouang-tong. || Un règlement ultérieur déterminera les conditions dans lesquelles devra s'exercer, d'accord entre les autorités Françaises et Chinoises, la police commune de la frontière Sino-Annamite.

Article II.

L'Article II de la Convention Additionnelle, signée à Pékin le 26 Juin, 1887, est modifié et complété ainsi qu'il suit: || Il est convenu entre les Hautes Parties Contractantes que la ville de Long-tchéou, au Kouang-si, et celle de Mong-tse, au Yunnan, sont ouvertes au commerce Franco-Annamite. Il est entendu, en outre, que le point ouvert au commerce, sur la route fluviale de Lao-kai à Mong-tse, est non plus Man-hao, mais Ho-k'ou, et que le Gouvernement Français aura le droit d'entretenir à Ho-k'ou un Agent relevant du Consul de Mong-tse, en même temps que le Gouvernement Chinois y entretiendra un agent des Douanes.

Article III.

Il est convenu que la ville de Sse-mao, au Yunnan, sera ouverte au commerce Franco-Annamite, comme Long-tcheou et Mong-tse et que le Gouvernement Français aura le droit, comme dans les autres ports ouverts, d'y entretenir un Consul, en même temps que le Gouvernement Chinois y entretiendra un agent des Douanes. || Les autorités locales s'emploieront à faciliter l'installation du Consul de France dans une résidence honorable. || Les Français et protégés Français pourront s'établir à Sse-mao, dans les conditions prévues par les Articles VII, X, XI, XII et autres du Traité du 27 Juin, 1858, ainsi que par l'Article III de la Convention du 25 Avril, 1886. Les marchandises à destination de Chine pourront être transportées par les rivières, notamment le Lo-so et le Mékong, aussi bien que par les routes de terre, et notamment par la route mandarinale qui conduit soit de Mong-lé, soit d'I-pang, à Sse-mao, et P'ou-eul, les droits dont ces marchandises seraient passibles devant être acquittés à Sse-mao.

Nr. 11470.
Frankreich
und China.
20. Juni 1895.

Article IV.

L'Article IX de la Convention Commerciale du 25 Avril, 1886, est modifié ainsi qu'il suit: || 1. Les marchandises Chinoises, transitant de l'une à l'autre des quatre villes ouvertes au commerce sur la frontière, Long-tcheou, Mong-tse, Sse-mao, et Ho-k'eu, en passant par l'Annam, payeront, à la sortie, le droit réduit des quatre dixièmes. Il leur sera délivré un certificat spécial, constatant le paiement de ce droit et destiné à accompagner la marchandise. Lorsque celle-ci sera parvenue dans l'autre ville, elle sera exemptée du paiement du droit d'importation. || 2. Les marchandises Chinoises qui seront exportées des quatre localités désignées ci-dessus et transportées dans les ports Chinois, maritimes ou fluviaux, ouverts au commerce, acquitteront, à la sortie par la frontière, le droit d'exportation réduit des quatre dixièmes. Il leur sera délivré un certificat spécial, constatant le paiement de ce droit et destiné à accompagner la marchandise. Lorsque celle-ci sera parvenue dans un des ports maritimes ou fluviaux, ouverts au commerce, elle aura à acquitter le demi-droit de réimportation, conformément à la règle générale pour toutes les marchandises semblables dans les ports maritimes ou fluviaux ouverts au commerce. || 3. Les marchandises Chinoises qui seront transportées des ports Chinois, maritimes ou fluviaux ouverts au commerce par la voie de l'Annam, vers les quatre localités désignées ci-dessus, acquitteront, à la sortie, le droit entier. Il leur sera délivré un certificat spécial, constatant le paiement de ce droit et destiné à accompagner la marchandise. Lorsque celle-ci sera parvenue à l'une des douanes de la frontière, elle acquittera, à l'entrée, un demi-droit de réimportation, basé sur la réduction de quatre dixièmes. || 4. Les marchandises Chinoises susmentionnées, et qu'accompagnera le certificat spécial prévu plus haut, seront, avant le passage en douane à l'exportation, ou après le passage en douane à la réimportation, soumises aux règlements régissant les marchandises natives Chinoises.

Nr. 11470.
Frankreich
und China.
20. Juni 1895.

Article V.

Il est entendu que la Chine, pour l'exploitation de ses mines dans les provinces du Yunnan, du Kouang-si et du Kouang-tong, pourra s'adresser d'abord à des industriels et ingénieurs Français, l'exploitation demeurant, d'ailleurs, soumise aux règles édictées par le Gouvernement Impérial en ce qui concerne l'industrie nationale. || Il est convenu que les voies ferrées soit déjà existantes, soit projetées en Annam, pourront, après entente commune et dans des conditions à définir, être prolongées sur le territoire Chinois.

Article VI.

L'Article II de la Convention Télégraphique entre la France et la Chine, signée à Tche-fou, le 1^{er} Décembre, 1888, est complété ainsi qu'il suit: || D. Un raccordement sera établi entre la Préfecture Secondaire de Sse-mao et l'Annam par deux stations, qui seront Sse-mao, en Chine, et Muong-ha-hin (Muong-ngay-neua), placé en Annam à mi-chemin de Lat-chau et de Luang-Prabang.||

Les tarifs seront fixés conformément à l'Article VI de la Convention Télégraphique de Tche-fou.

Article VII.

Il est convenu que les stipulations commerciales contenues dans la présente Convention, étant d'une nature spéciale et le résultat de concessions mutuelles, déterminées par les nécessités des relations entre Long-tcheou, Ho-k'eu, Mong-tse, Sse-mao, et l'Annam, les avantages qui en résultent ne pourront être invoqués par les sujets et protégés des deux Hautes Parties Contractantes, que sur les points, ainsi que par les voies fluviales et terrestres, ici déterminés, de la frontière.

Article VIII.

Les présentes stipulations seront mises en vigueur comme si elles étaient insérées dans le texte même de la Convention Additionnelle du 26 Juin, 1887.

Article IX.

Les dispositions des anciens Traités, Accords et Conventions entre la France et la Chine, non modifiées par le présent Traité, restent en pleine vigueur. || La présente Convention Complémentaire sera ratifiée, dès à présent, par Sa Majesté l'Empereur de Chine et après qu'elle aura été ratifiée par le Président de la République Française, l'échange des ratifications se fera à Pékin dans le plus bref délai possible. || Fait à Pékin, en quatre exemplaires, le 20 Juin, 1895, correspondant au 28^e jour de la 5^e lune de la 21^e année Kouang-sin.

(L.S.)

(Signé)

A. Gérard.
K'ing.
Siu.

Nr. 11471. **BELGIEN** und **JAPAN**. — Handels- und Schiffahrts-
vertrag.

Brüssel, 22. Juni 1896.

Sa Majesté l'Empereur du Japon et Sa Majesté le Roi des Belges, animés d'un égal désir de maintenir les bons rapports déjà heureusement établis entre Eux, en étendant et en augmentant les relations entre leurs États respectifs, et persuadés que ce but ne saurait être mieux atteint que par la révision des traités jusqu'ici en vigueur entre les deux Pays, ont résolu de procéder à cette révision sur les bases de l'équité et de l'intérêt mutuel, et ont nommé, à cet effet, pour Leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté l'Empereur du Japon, || M. le Vicomte Aoki Siuzo, Junii, Grand Cordon de l'Ordre Impérial du Soleil Levant, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi des Belges; || Et Sa Majesté le Roi des Belges, || M. Paul de Favereau, Chevalier de l'Ordre de Léopold, etc., Membre de la Chambre des Représentants, Son Ministre des Affaires Étrangères, || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, ont arrêté et conclu les articles suivants:

Nr. 11471.
Belgien und
Japan.
22. Juni 1896.

Article I.

Les sujets de chacune des deux Hautes Parties contractantes auront toute liberté d'entrer, de voyager ou de résider en un lieu quelconque des territoires et possessions de l'autre, et y jouiront d'une pleine et entière protection pour leurs personnes et leurs propriétés. || Ils auront un accès libre et facile aux tribunaux pour la poursuite ou la défense de leurs droits; ils auront, sur le même pied que les sujets du Pays, la faculté de choisir et d'employer des avoués, des avocats et des mandataires afin de poursuivre et de défendre leurs droits devant ces tribunaux, et, quant aux autres matières qui se rapportent à l'administration de la justice, ils jouiront de tous les droits et privilèges dont jouissent les sujets du Pays. || Pour tout ce qui concerne le droit de résidence et de voyage, la possession des biens et effets mobiliers de quelque espèce que ce soit, la transmission des biens mobiliers par succession testamentaire ou autre, et le droit de disposer de quelque manière que ce soit des biens de toutes sortes qu'ils peuvent légalement acquérir, les sujets de chacune des deux Parties contractantes jouiront, dans les territoires et possessions de l'autre, des mêmes privilèges, libertés et droits, et ne seront soumis, sous ce rapport, à aucun impôt ou charge plus élevée que les sujets ou citoyens de la nation la plus favorisée. Les sujets de chacune des Parties contractantes jouiront, dans les territoires et possessions de l'autre, d'une liberté entière de conscience, et pourront, en se conformant aux lois, ordonnances et règlements, se livrer à l'exercice privé ou public de leur culte; ils jouiront aussi du droit d'inhumer leurs nationaux respectifs suivant leurs coutumes religieuses, dans des lieux convenables et appropriés qui seront établis et entretenus à cet effet. || Ils ne seront contraints, sous aucun prétexte, à

Nr. 11471. payer des charges ou taxes autres ou plus élevées que celles qui sont ou
 Belgien und seront imposées aux sujets du Pays ou aux sujets ou citoyens de la nation
 Japan. la plus favorisée. || Les sujets de chacune des Parties contractantes qui rési-
 22. Juni 1896, dent dans les territoires ou possessions de l'autre, ne seront astreints à aucun
 service militaire obligatoire, soit dans l'armée ou la marine, soit dans la garde
 nationale ou la milice; ils seront exempts de toutes contributions imposées
 en lieu et place du service personnel, et de tous emprunts forcés, de toutes
 exactions ou de contributions militaires.

Article II.

Il y aura, entre les territoires et possessions des deux Hautes Parties contractantes, liberté réciproque de commerce et de navigation. || Les sujets de chacune des Hautes Parties contractantes pourront exercer en quelque lieu que ce soit des territoires et possessions de l'autre, le commerce en gros ou en détail de tous produits, objets fabriqués et marchandises de commerce licite, soit en personne, soit par leurs représentants, tant seuls qu'en société avec des étrangers ou des sujets du Pays; ils pourront y posséder ou louer et occuper les maisons, les manufactures, les magasins, les boutiques et les locaux qui peuvent leur être nécessaires, et louer des terrains à l'effet d'y faire le commerce, le tout en se conformant aux lois, aux règlements de police et de douane du Pays, comme les nationaux eux-mêmes. || Ils auront pleine liberté de se rendre avec leurs navires et leurs cargaisons dans tous les lieux, ports et rivières des territoires et possessions de l'autre, qui sont ou pourront être ouverts au commerce étranger, et ils jouiront respectivement, en matière de commerce et de navigation, du même traitement que les sujets du Pays, ou les sujets ou citoyens de la nation la plus favorisée, sans avoir à payer aucun impôt, taxe ou droit de quelque nature ou dénomination que ce soit, perçus au nom ou au profit du Gouvernement, des fonctionnaires publics, des particuliers, des corporations ou établissements quelconques, autres ou plus élevés que ceux imposés aux sujets du Pays, ou aux sujets ou citoyens de la nation la plus favorisée, en se conformant, toujours, aux lois, ordonnances et règlements de chaque pays.

Article III.

Les habitations, manufactures, magasins et boutiques des sujets de chacune des Hautes Parties contractantes dans les territoires et possessions de l'autre, ainsi que les terrains qui en dépendent, servant soit à la demeure, soit au commerce, seront respectés. || Il ne sera pas permis de procéder à des perquisitions ou visites domiciliaires dans ces habitations et terrains, ou bien d'examiner ou d'inspecter les livres, papiers ou comptes, sauf dans les conditions et formes prescrites par les lois, ordonnances et règlements applicables aux sujets du Pays.

Article IV.

Il ne sera imposé à l'importation dans les territoires et possessions de Sa Majesté le Roi des Belges de tous articles produits ou fabriqués dans les

territoires et possessions de Sa Majesté l'Empereur du Japon, de quelque endroit qu'ils viennent, et à l'importation dans les territoires et possessions de Sa Majesté l'Empereur du Japon, de tous articles produits ou fabriqués dans les territoires et possessions de Sa Majesté le Roi des Belges, de quelque endroit qu'ils viennent, aucuns droits autres ou plus élevés que ceux imposés sur les articles similaires produits ou fabriqués dans tout autre pays étranger. De même, aucune prohibition ne sera maintenue ou imposée sur l'importation dans les territoires et possessions de l'une des Hautes Parties contractantes d'un article quelconque produit ou fabriqué dans les territoires et possessions de l'autre, de quelque endroit qu'il vienne, à moins que cette prohibition ne soit également appliquée à l'importation des articles similaires produits ou fabriqués dans tout autre pays. Cette dernière disposition n'est pas applicable aux prohibitions sanitaires ou autres provenant de la nécessité de protéger la sécurité des personnes, ainsi que la conservation du bétail et des plantes utiles à l'agriculture.

Nr. 11471.
Belgien und
Japan.
22. Juni 1896.

Article V.

Il ne sera imposé dans les territoires et possessions de chacune des Hautes Parties contractantes, à l'exportation d'un article quelconque à destination des territoires et possessions de l'autre, aucun droit ou charge autres ou plus élevés que ceux qui sont ou seront payables à l'exportation des articles similaires à destination d'un autre pays étranger quel qu'il soit; de même, aucune prohibition ne sera imposée à l'exportation d'aucun article des territoires et possessions de l'une des deux Parties contractantes à destination des territoires et possessions de l'autre, sans que cette prohibition soit également étendue à l'exportation des articles similaires à destination de tout autre pays.

Article VI.

Les sujets de chacune des Hautes Parties contractantes seront exempts, dans les territoires et possessions de l'autre, de tout droit de transit, et jouiront d'une parfaite égalité de traitement avec les sujets du Pays relativement à tout ce qui concerne l'emmagasinage, les primes, les facilités et les drawbacks.

Article VII.

Tous les articles qui sont ou pourront être légalement importés dans les ports des territoires et possessions de Sa Majesté l'Empereur du Japon sur des navires japonais pourront, de même, être importés dans ces ports sur des navires belges; dans ce cas, ces articles n'auront à payer aucun droit ou charge, de quelque dénomination que ce soit, autres ou plus élevés que ceux imposés sur les mêmes articles importés par des navires japonais. Réciproquement, tous les articles qui sont ou pourront être légalement importés dans les ports des territoires et possessions de Sa Majesté le Roi des Belges sur des navires belges pourront, de même, être importés dans ces ports sur des

Nr. 11471. navires japonais; dans ce cas; ces articles n'auront à payer aucun droit ou charge de quelque dénomination que ce soit, autres ou plus élevés que ceux imposés sur les mêmes articles importés par des navires belges. Cette égalité réciproque de traitement sera accordée indistinctement, soit que ces articles viennent directement des pays d'origine, soit qu'ils viennent de tout autre lieu. || De la même manière, il y aura parfaite égalité de traitement relativement à l'exportation; ainsi, les mêmes droits d'exportation seront payés, et les mêmes primes et drawbacks seront accordés, dans les territoires et possessions de chacune des Hautes Parties contractantes, sur l'exportation de tout article qui est ou pourra être légalement exporté, que cette exportation ait lieu sur des navires japonais ou sur des navires belges et quel que soit le lieu de destination, qu'il soit un des ports de chacune des Parties contractantes ou un des ports d'une Puissance tierce.

Article VIII.

Aucun droit de tonnage, de port, de pilotage, de phare, de quarantaine ou autres droits similaires ou analogues de quelque nature ou sous quelque dénomination que ce soit, levés au nom ou au profit du Gouvernement, des fonctionnaires publics, des particuliers, des corporations ou des établissements de toutes sortes qui ne seraient également et sous les mêmes conditions imposés, en pareil cas, sur les navires nationaux en général ou les navires de la nation la plus favorisée, ne seront imposés dans les ports des territoires et possessions de chacun des deux Pays, sur les navires de l'autre. Cette égalité de traitement sera appliquée réciproquement aux navires respectifs de quelque endroit qu'ils arrivent et quel que soit le lieu de destination.

Article IX.

En tout ce qui concerne le placement, le chargement et le déchargement des navires dans les ports, bassins, docks, rades, havres ou rivières des territoires et possessions des deux Pays, aucun privilège ne sera accordé aux navires nationaux, qui ne serait également accordé aux navires de l'autre Pays, l'intention des Hautes Parties contractantes étant que, sous ce rapport aussi, les navires respectifs soient traités sur le pied d'une parfaite égalité.

Article X.

Le cabotage dans les territoires et possessions de l'une ou de l'autre des Hautes Parties contractantes est excepté des dispositions du présent Traité, et sera régi par les lois, ordonnances et règlements du Japon et de la Belgique respectivement. Il est toutefois entendu que les sujets japonais dans les territoires et possessions de Sa Majesté le Roi des Belges, et les sujets belges dans les territoires et possessions de Sa Majesté l'Empereur du Japon, jouiront, sous ce rapport, des droits qui sont ou pourront être accordés par ces lois, ordonnances et règlements aux sujets ou citoyens de tout autre pays. || Tout navire japonais chargé à l'étranger d'une cargaison destinée

à deux ou plusieurs ports des territoires et possessions de Sa Majesté le Roi des Belges, et tout navire belge chargé à l'étranger d'une cargaison destinée à deux ou plusieurs ports des territoires et possessions de Sa Majesté l'Empereur du Japon, pourra décharger une partie de sa cargaison dans un port, et continuer son voyage pour l'autre ou les autres ports de destination où le commerce étranger est autorisé, dans le but d'y décharger le reste de sa cargaison d'origine, en se conformant toujours aux lois et aux règlements de douane des deux Pays. || Le Gouvernement Japonais consent cependant à permettre aux navires belges de continuer, comme précédemment, pendant la durée du présent Traité, à transporter leurs cargaisons entre les ports de l'Empire actuellement ouverts, excepté ceux d'Osaka, Niigata et Ebisu-Minato.

Nr. 11471.
Belgien und
Japan.
22. Juni 1876.

Article XI.

Tout vaisseau de guerre ou navire de commerce de l'une ou de l'autre des Hautes Parties contractantes qui serait forcé par un mauvais temps ou par suite de tout autre danger de s'abriter dans un port de l'autre, aura la liberté de s'y faire réparer, de s'y procurer toutes les provisions nécessaires, et de reprendre la mer, sans payer d'autres charges que celles qui seraient payées par les navires nationaux. Dans le cas, cependant, où le capitaine du navire de commerce se trouverait dans la nécessité de vendre une partie de sa cargaison pour payer les frais, il sera obligé de se conformer aux règlements et tarifs du lieu où il aurait relâché. || Si un vaisseau de guerre ou un navire de commerce de l'une des Parties contractantes a échoué ou naufragé sur les côtes de l'autre, les autorités locales en informeront le Consul Général, le Consul, le Vice Consul ou l'Agent Consulaire du lieu de l'accident, et s'il n'y existe pas de ces officiers consulaires, elles en informeront le Consul Général, le Consul, le Vice-Consul ou l'Agent Consulaire du district le plus voisin. || Toutes les opérations relatives au sauvetage des navires japonais naufragés ou échoués dans les eaux territoriales de Sa Majesté le Roi des Belges, auront lieu conformément aux lois, ordonnances et règlements de la Belgique et, réciproquement, toutes les mesures de sauvetage relatives aux navires belges naufragés ou échoués dans les eaux territoriales de Sa Majesté l'Empereur du Japon, auront lieu conformément aux lois, ordonnances et règlements du Japon. || Tous navires ou vaisseaux ainsi échoués ou naufragés, tous débris et accessoires, toutes fournitures leur appartenant, et tous effets et marchandises sauvés desdits navires ou vaisseaux, y compris ceux qui auraient été jetés à la mer ou les produits desdits objets, s'ils sont vendus, ainsi que tous papiers trouvés à bord de ces navires ou vaisseaux échoués ou naufragés, seront remis aux propriétaires ou à leurs représentants, quand ils les réclameront. Dans le cas où ces propriétaires ou représentants ne se trouveraient pas sur les lieux, lesdits produits ou objets seront remis aux Consuls Généraux, Consuls, Vice-Consuls ou Agents Consulaires respectifs, sur leur réclamation, dans le délai fixé par les lois du Pays, et ces officiers con-

Nr. 11471. sulaires, propriétaires ou représentants payeront seulement les dépenses occasionnées pour la conservation desdits objets ainsi que les frais du sauvetage ou autres dépenses auxquels seraient soumis, en cas de naufrage, les navires nationaux. || Les effets et marchandises sauvés du naufrage seront exempts de tous droits de douane, à moins qu'ils n'entrent à la douane pour la consommation intérieure, auquel cas ils payeront les droits ordinaires. || Dans le cas où un navire appartenant aux sujets d'une des Parties contractantes ferait naufrage ou échouerait sur les territoires de l'autre, les Consuls Généraux, Consuls, Vice-Consuls ou Agents Consulaires respectifs seront autorisés, en l'absence du propriétaire, capitaine ou autre représentant du propriétaire, à prêter leur appui officiel pour procurer toute l'assistance nécessaire aux sujets des Etats respectifs. Il en sera de même dans le cas où le propriétaire, capitaine ou autre représentant serait présent, et demanderait une telle assistance.

Article XII.

Tous les navires qui, conformément aux lois japonaises, sont considérés comme navires japonais, et tous les navires qui, conformément aux lois belges, sont considérés comme navires belges, seront respectivement considérés comme navires japonais et belges pour le but de ce Traité.

Article XIII.

Les Consuls Généraux, Consuls, Vice-Consuls et Agents Consulaires de chacune des Hautes Parties contractantes résidant dans les territoires et possessions de l'autre, recevront des autorités locales toute l'assistance qui peut leur être donnée en vertu de la loi pour l'arrestation des déserteurs des navires de leur pays respectif. || Il est entendu que cette stipulation ne s'appliquera pas aux sujets du pays où la désertion a eu lieu.

Article XIV.

Les Hautes Parties contractantes conviennent qu'en tout ce qui concerne le commerce et la navigation, tout privilège, faveur ou immunité que l'une ou l'autre des Parties contractantes a déjà accordé ou accorderait à l'avenir, au Gouvernement, aux navires ou aux sujets ou citoyens de tout autre Etat, sera étendu immédiatement et sans condition au Gouvernement, aux navires ou aux sujets de l'autre Partie contractante, leur intention étant que le commerce et la navigation de chaque Pays soient placés, à tous égards, par l'autre, sur le pied de la nation la plus favorisée.

Article XV.

Chacune des Hautes Parties contractantes pourra nommer des Consuls Généraux, Consuls, Vice-Consuls, Pro-Consuls et Agents Consulaires dans tous les ports, villes et places de l'autre, sauf dans les localités où il y aurait inconvénient à admettre de tels officiers consulaires. || Cette exception ne sera

cependant pas faite à l'égard de l'une des Parties contractantes sans l'être également à l'égard de toutes les autres Puissances. || Les Consuls Généraux, Consuls, Vice-Consuls, Pro-Consuls et Agents Consulaires exerceront toutes leurs fonctions et jouiront de tous les privilèges, exemptions et immunités qui sont ou seront accordés à l'avenir aux officiers consulaires de la nation la plus favorisée.

Nr. 11471.
Belgien und
Japan.
22. Juni 1866.

Article XVI.

Les sujets de chacune des Hautes Parties contractantes jouiront, dans les territoires et possessions de l'autre, de la même protection que les sujets du Pays relativement aux brevets, marques de fabrique et dessins, en remplissant les formalités prescrites par la loi.

Article XVII.

Les Hautes Parties contractantes sont d'accord sur l'arrangement suivant: || Les divers quartiers étrangers au Japon seront incorporés aux communes japonaises respectives, et feront dès lors partie du système municipal général du Japon. || Les autorités japonaises compétentes assumeront en conséquence toutes les obligations et devoirs municipaux y relatifs, et les fonds communs et les propriétés, s'il en est, qui appartiennent auxdits quartiers seront, en même temps, transférés auxdites autorités japonaises. || Lorsqu'une telle incorporation aura lieu, les baux perpétuels existants en vertu desquels la propriété est actuellement détenue dans lesdits quartiers seront confirmés, et aucunes conditions, de quelque nature que ce soit, autres que celles contenues dans lesdits baux existants, ne seront imposées par rapport à cette propriété. Il est, toutefois, entendu que les autorités consulaires mentionnées dans lesdits baux seront dans tous les cas remplacées par les autorités japonaises. || Toutes les terres qui peuvent avoir été antérieurement concédées libres de rentes par le Gouvernement japonais pour l'usage public desdits quartiers, seront, sauf le droit de domaine éminent, perpétuellement maintenues libres de toutes taxes et charges affectées à l'usage public pour lequel elles avaient été originairement réservées.

Article XVIII.

Le présent Traité prendra, du jour où il entrera en vigueur, lieu et place du Traité d'Amitié, de Commerce et de Navigation du 1^{er} Août 1866 et de la Convention additionnelle du 4 Octobre 1866, et à partir du même jour, lesdits Traité et Convention, de même que les règlements commerciaux annexés au Traité précité, cesseront d'être obligatoires; en conséquence, la juridiction jusqu'alors exercée par les tribunaux belges au Japon et tous les privilèges exemptions et immunités exceptionnels dont jouissaient jusqu'alors les sujets belges comme une partie de cette juridiction ou comme y appartenant, cesseront et prendront fin absolument et sans notification, et tous ces droits de juridiction appartiendront à partir de ce moment aux tribunaux japonais et seront exercés par ces mêmes tribunaux.

Nr. 11471.
Belgien und
Japan,
22. Juni 1896.

Article XIX.

Le présent Traité n'entrera pas en vigueur avant le seize Juillet 1899. Il sortira ses effets une année après que le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur du Japon aura notifié au Gouvernement de Sa Majesté le Roi des Belges son intention de mettre ledit Traité en vigueur. Cette notification pourra être faite en tout temps à partir du seize Juillet 1898. Le présent traité restera valable pendant une période de douze ans après le jour où il entrera en vigueur. || L'une ou l'autre des Hautes Parties contractantes aura le droit, à un moment quelconque après que onze ans se seront écoulés depuis l'entrée en vigueur de ce Traité, de notifier à l'autre son intention de mettre fin au présent Traité, et à l'expiration de douze mois après cette notification, ce Traité cessera et finira entièrement.

Article XX.

Le présent Traité sera ratifié, et les ratifications en seront échangées à Bruxelles aussitôt que possible et pas plus de six mois après sa signature. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Traité et y ont apposé le cachet de leurs armes. || Fait à Bruxelles, en double exemplaire, le 22 Juin 1896.

(L. S.) P. de Favereau.

(L. S.) Vicomte Aoki.

Protocole.

Le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur du Japon et le Gouvernement de Sa Majesté le Roi des Belges jugeant utile, dans l'intérêt des deux Pays, de régler séparément du Traité de Commerce et de Navigation signé ce jour, certaines matières spéciales qui les concernent mutuellement, sont convenus, par leurs Plénipotentiaires respectifs, des dispositions suivantes: || 1° Il est entendu qu'un mois après l'échange des ratifications du Traité de Commerce et de Navigation signé ce jour, le Tarif d'importation actuellement en vigueur au Japon à l'égard des articles et marchandises importés au Japon par les sujets de Sa Majesté le Roi des Belges cessera d'être obligatoire. A partir du même moment, le Tarif général établi par la loi intérieure du Japon, en vigueur à cette date, sera applicable à l'importation au Japon des articles et marchandises, produits naturels ou manufacturés des territoires et possessions de Sa Majesté le Roi des Belges, le tout en se conformant aux dispositions de l'article XIX du Traité de 1866 existant actuellement entre les Parties contractantes, tant que ledit Traité restera en vigueur, et après ce moment, en se conformant aux dispositions de l'article IV et de l'article XIV du Traité signé ce jour. || Mais aucune disposition de ce Protocole n'aura pour effet de limiter ou de modifier le droit du Gouvernement Japonais de restreindre

ou de prohiber l'importation des drogues, médecines, aliments ou boissons altérés; des gravures, peintures, livres, cartes, gravures lithographiées ou autres et photographies indécentes ou obscènes, ou tous autres articles indécents ou obscènes; des articles en violation des lois japonaises sur les brevets, les marques de fabrique ou la propriété littéraire; ou de tout autre article qui, pour des raisons sanitaires ou au point de vue de la sécurité ou de la morale publique, pourrait offrir quelque danger. || Sous tous les autres rapports, les stipulations des Traités et Convention actuels seront maintenues sans conditions jusqu'au moment où le Traité de Commerce et de Navigation signé ce jour entrera en vigueur.

Nr. 11471.
Belgien und
Japan.
22. Juni 1896.

2° Le Gouvernement japonais, en attendant l'ouverture du Pays aux sujets belges, consent à étendre le système de passeports actuel, de manière à permettre aux sujets belges, sur la production d'un certificat de recommandation du Représentant de la Belgique à Tokio, ou d'un des Consuls de Belgique dans les ports ouverts du Japon, d'obtenir, sur demande, du Ministère Impérial des Affaires Etrangères à Tokio ou des autorités supérieures de la Préfecture dans laquelle est compris un port ouvert, des passeports valables pour une région quelconque du pays et pour une période n'excédant pas douze mois, étant entendu que les règles et règlements actuellement applicables aux sujets belges qui visitent l'intérieur de l'Empire, seront maintenus.

3° Le Gouvernement japonais s'engage à adhérer, avant que la juridiction consulaire belge au Japon ait pris fin, aux Conventions internationales pour la protection de la propriété industrielle et de la propriété littéraire.

4° Les Plénipotentiaires soussignés ont convenu que ce Protocole sera soumis à l'approbation des deux Hautes Parties contractantes en même temps que le Traité de Commerce et de Navigation signé ce jour, et que, quand ledit Traité sera ratifié, les stipulations contenues dans ce Protocole seront également considérées comme approuvées, sans qu'il soit besoin d'une ratification formelle ultérieure. || Il est également convenu que ce Protocole prendra fin en même temps que ledit Traité cessera d'être obligatoire.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Protocole et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Bruxelles, en double exemplaire, le 22 juin 1896.

(L. S.) P. de Favereau.

(L. S.) Vicomte Aoki.

Der japanische Bevollmächtigte an den belgischen.

Légation du Japon.

Bruxelles, le 22 juin 1896.

Le soussigné, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur du Japon, en vertu d'une autorisation spéciale du Gouvernement Impérial du Japon, a l'honneur d'informer le Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté le Roi des Belges que le Gouvernement Impérial

Nr. 11471. Japonais, reconnaissant l'avantage d'avoir les Codes de l'Empire qui ont été déjà promulgués, mis en vigueur quand les stipulations du Traité existant actuellement entre le Gouvernement du Japon et celui de Belgique cesseront d'être obligatoires, s'engage à ne faire la notification prévue par le premier paragraphe de l'article XIX du Traité de Commerce et de Navigation signé ce jour, que quand ces Codes, dont la mise en vigueur n'est pas encore effectuée, entreront en vigueur. || Le soussigné saisit cette occasion de renouveler à M. Paul de Favereau l'assurance de sa plus haute considération.

(L. S.) Vicomte Aoki.

Note.

Les soussignés, Ministre Plénipotentiaire et Envoyé Extraordinaire de Sa Majesté l'Empereur du Japon et Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté le Roi de Belges, sont d'accord pour reconnaître que rien dans le Traité de Commerce et de Navigation qu'ils vont signer entre le Japon et la Belgique ne porte atteinte au droit qu'ont les deux Parties contractantes de régler, en vue d'événements de guerre, le commerce des armes et munitions de guerre par leurs territoires et possessions respectifs. Il est également entendu qu'en cette matière le traitement de la nation la plus favorisée est réciproquement garanti à chacun des deux pays.

Bruxelles, le 22 juin 1896.

(L. S.) P. de Favereau.

(L. S.) Vicomte Aoki.

Nr. 11472. JAPAN, SCHWEDEN und NORWEGEN. — Handels- und Schiffahrtsvertrag.

Stockholm, 2. Mai 1896.

Nr. 11472. Sa Majesté l'Empereur du Japon, et Sa Majesté le Roi de Suède et de Japon, Norvège, animés d'un égal désir de maintenir les bons rapports déjà heureusement établis entre Eux, en étendant et en augmentant les relations entre leurs Etats respectifs, et persuadés que ce but ne saurait être mieux atteint que par la révision des traités jusqu'ici en vigueur entre les deux Pays, ont résolu de procéder à cette révision sur les bases de l'équité et de l'intérêt mutuel, et ont nommé, à cet effet, pour Leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté l'Empereur du Japon: Monsieur Tocziro Nissi, Jusammi, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège etc., etc.; || Et Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège: Monsieur Louis Guillaume Auguste Comte Douglas, Son Ministre des Affaires Étrangères etc., etc. || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, ont arrêté et conclu les articles suivants:

Article I.

Les sujets de chacune des deux Hautes Parties Contractantes auront toute liberté, en se conformant aux lois du Pays, d'entrer, de voyager ou de résider

en un lieu quelconque du territoire de l'autre, et y jouiront d'une pleine et entière protection pour leurs personnes et leurs propriétés. || Ils auront un accès libre et facile aux tribunaux pour la poursuite ou la défense de leurs droits; ils auront, sur le même pied que les sujets du Pays, la faculté de choisir et d'employer des avoués, des avocats et des mandataires afin de poursuivre et de défendre leurs droits devant ces tribunaux, et quant aux autres matières qui se rapportent à l'administration de la justice, ils jouiront de tous les droits et privilèges dont jouissent les sujets du Pays. || Pour tout ce qui concerne le droit de résidence et de voyage, la possession des biens et effets mobiliers de quelque espèce que ce soit, la transmission des biens mobiliers par succession testamentaire ou autre, et le droit de disposer de quelque manière que ce soit des biens de toutes sortes qu'ils peuvent légalement acquérir, les sujets de chacune des deux Parties Contractantes jouiront, dans le territoire de l'autre, des mêmes privilèges, libertés et droits, et ne seront soumis, sous ce rapport, à aucuns impôt ou charge plus élevés que les sujets ou citoyens de la nation la plus favorisée. Les sujets de chacune des Parties Contractantes jouiront, dans le territoire de l'autre, d'une liberté entière de conscience, et pourront, en se conformant aux lois, ordonnances et règlements, se livrer à l'exercice de leur culte; ils jouiront aussi du droit d'inhumer leurs nationaux respectifs, suivant leurs coutumes religieuses, dans des lieux convenables et appropriés qui seront établis et entretenus à cet effet. || Ils ne seront contraints, sous aucun prétexte, à payer des charges ou taxes autres ou plus élevées que celles qui sont ou seront imposées aux sujets ou citoyens de la nation la plus favorisée. || Les sujets de chacune des Parties Contractantes qui résident dans le territoire de l'autre, ne seront astreints à aucun service milice, sauf les cas où une obligation de cette nature incombe aux sujets ou citoyens de la nation la plus favorisée; ils seront exempts de toutes contributions imposées en lieu et place du service personnel, et de tous emprunts forcés.

Nr. 11472.
Japan,
Schweden u.
Norwegen.
2. Mai 1896.

Article II.

Il y aura, entre les territoires des deux Hautes Parties Contractantes, liberté réciproque de commerce et de navigation. || Les sujets de chacune des Parties Contractantes pourront exercer en quelque lieu que ce soit du territoire de l'autre, le commerce en gros ou en détail de tous produits, objets fabriqués et marchandises de commerce licite, soit en personne, soit par leurs représentants, tant seuls qu'en société avec des étrangers ou des sujets du Pays; ils pourront y posséder ou louer et occuper des maisons et des magasins, louer des terrains à l'effet d'y résider ou d'y faire le commerce, le tout en se conformant aux lois, aux règlements de police et de douane du Pays, comme les sujets ou citoyens de la nation la plus favorisée. || Ils auront pleine liberté de se rendre avec leurs navires et leurs cargaisons dans tous les lieux, ports et rivières du territoire de l'autre, qui sont ou pourront être ouverts au commerce étranger, et ils jouiront respectivement, en matière de

Nr. 11472. commerce et de navigation, du même traitement que les sujets ou citoyens de
 Japan, la nation la plus favorisée, sans avoir à payer aucuns impôt, taxe ou droit
 Schweden u. de quelque nature ou dénomination que ce soit, perçus au nom ou au profit
 Norwegen. du Gouvernement, des fonctionnaires publics, des particuliers, des corporations
 2. Mai 1896. ou établissements quelconques, autres ou plus élevés que ceux imposés aux
 sujets ou citoyens de la nation la plus favorisée. || Il est toutefois entendu que
 les stipulations contenues dans cet Article ainsi que dans l'Article précédent
 ne dérogent-en rien aux lois, ordonnances et règlements spéciaux en matière
 de commerce, de police et de sécurité publique en vigueur dans chacun des
 deux Pays et applicables à tous les étrangers en général.

Article III.

Les habitations, magasins et boutiques des sujets de chacune des Hautes Parties Contractantes dans le territoire de l'autre, ainsi que les édifices, servant soit à la demeure, soit au commerce, seront respectés. || Il ne sera pas permis de procéder à des perquisitions ou visites domiciliaires dans ces habitations, magasins et boutiques, ou bien d'examiner ou d'inspecter les livres, papiers ou comptes, sauf dans les conditions et formes prescrites par les lois, ordonnances et règlements applicables aux sujets du Pays.

Article IV.

Il ne sera imposé à l'importation dans le territoire de Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège de tous articles produits ou fabriqués dans le territoire de Sa Majesté l'Empereur du Japon, de quelque endroit qu'ils viennent, et à l'importation dans le territoire de Sa Majesté l'Empereur du Japon de tous articles produits ou fabriqués dans le territoire de Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège, de quelque endroit qu'ils viennent, aucuns droits autres ou plus élevés que ceux imposés sur les articles similaires produits ou fabriqués dans tout autre pays étranger. De même, aucune prohibition ne sera maintenue ou imposée sur l'importation dans le territoire de l'une des Parties Contractantes d'un article quelconque produit ou fabriqué dans le territoire de l'autre, de quelque endroit qu'il vienne, à moins que cette prohibition ne soit également appliquée à l'importation des articles similaires produits ou fabriqués dans tout autre pays. Cette dernière disposition n'est pas applicable aux prohibitions sanitaires ou autres provenant de la nécessité de protéger la sécurité des personnes, ainsi que la conservation du bétail et des plantes utiles à l'agriculture.

Article V.

Il ne sera imposé dans le territoire de chacune des Hautes Parties Contractantes, à l'exportation d'un article quelconque à destination du territoire de l'autre, aucun droit ou charge autres ou plus élevés que ceux qui sont ou seront payables à l'exportation des articles similaires à destination d'un autre pays étranger quel qu'il soit; de même, aucune prohibition ne sera imposée

à l'exportation d'aucun article du territoire de l'une des Parties Contractantes à destination du territoire de l'autre, sans que cette prohibition soit également étendue à l'exportation des articles similaires à destination de tout autre pays.

Nr. 11472.
Japan,
Schweden u.
Norwegen.
2. Mai 1896.

Article VI.

Les sujets de chacune des Hautes Parties Contractantes seront exempts, dans le territoire de l'autre, de tout droit de transit, et jouiront d'une parfaite égalité de traitement avec les sujets du Pays relativement à tout ce qui concerne l'emmagasinage, les primes, les facilités et les drawbacks.

Article VII.

Tous les articles qui sont ou pourront être légalement importés dans les ports du territoire de Sa Majesté l'Empereur du Japon sur des navires japonais pourront, de même, être importés dans ces ports sur des navires suédois et norvégiens; dans ce cas, ces articles n'auront à payer aucun droit ou charge, de quelque dénomination que ce soit, autres au plus élevés que ceux imposés sur les mêmes articles importés par des navires japonais. Réciproquement, tous les articles qui sont ou pourront être légalement importés dans les ports du territoire de Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège sur des navires suédois et norvégiens pourront, de même, être importés dans ces ports sur des navires japonais; dans ce cas, ces articles n'auront à payer aucuns droit ou charge de quelque dénomination que ce soit, autres au plus élevés que ceux imposés sur les mêmes articles importés par des navires suédois et norvégiens. Cette égalité réciproque de traitement sera accordée indistinctement, soit que ces articles viennent directement des pays d'origine, soit qu'ils viennent de tout autre lieu. || De la même manière, il y aura parfaite égalité de traitement relativement à l'exportation; ainsi, les mêmes droits d'exportation seront payés, et les mêmes primes et drawbacks seront accordés, dans les territoires de chacune des Hautes Parties Contractantes, sur l'exportation de tout article qui est ou pourra être légalement exporté, que cette exportation ait lieu sur des navires japonais ou sur des navires suédois et norvégiens et quel que soit le lieu de destination, qu'il soit un des ports de chacune des Parties Contractantes ou un des ports d'une Puissance tierce.

Article VIII.

Aucun droit de tonnage, de port, de pilotage, de phare, de quarantaine ou autres droits similaires ou analogues de quelque nature ou sous quelque dénomination que ce soit, levés au nom ou au profit du Gouvernement, des fonctionnaires publics, des particuliers, des corporations ou des établissements de toutes sortes qui ne seraient également et sous les mêmes conditions imposés, en pareil cas, sur les navires nationaux en général ou les navires de la nation la plus favorisée, ne seront imposés dans les ports des territoires de chacun des deux Pays, sur les navires de l'autre. Cette égalité de traite-

Nr. 11472.
Japan,
Schweden u.
Norwegen.
2. Mai 1896.

ment sera appliquée réciproquement aux navires respectifs de quelque endroit qu'ils arrivent et quel que soit le lieu de destination.

Article IX.

En tout ce qui concerne le placement, le chargement et le déchargement des navires dans les ports, bassins, docks, rades, havres ou rivières des territoires des deux Pays, aucun privilège ne sera accordé aux navires nationaux, qui ne serait également accordé aux navires de l'autre Pays, l'intention des Hautes Parties Contractantes étant que, sous ce rapport aussi, les navires respectifs soient traités sur le pied d'une parfaite égalité.

Article X.

Le cabotage dans les territoires de l'une ou de l'autre des Hautes Parties Contractantes est excepté des dispositions du présent Traité, et sera régi par les lois, ordonnances et règlements du Japon et de la Suède et de Norvège respectivement. Il est toutefois entendu que les sujets japonais dans le territoire de Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège, et les sujets suédois et norvégiens dans le territoire de Sa Majesté l'Empereur du Japon, jouiront, sous ce rapport, des droits qui sont ou pourront être accordés par ces lois, ordonnances et règlements aux sujets ou citoyens de tout autre pays. || Tout navire japonais chargé à l'étranger d'une cargaison destinée à deux ou plusieurs ports du territoire de Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège et tout navire suédois et norvégien chargé à l'étranger d'une cargaison destinée à deux ou plusieurs ports du territoire de Sa Majesté l'Empereur du Japon, pourra décharger une partie de sa cargaison dans un port, et continuer son voyage pour l'autre ou les autres ports de destination où le commerce étranger est autorisé, dans le but d'y décharger le reste de sa cargaison d'origine, en se conformant toujours aux lois et aux règlements de douane des deux Pays. || Le Gouvernement Japonais, cependant, consent à permettre aux vaisseaux suédois et norvégiens de continuer, comme précédemment pendant la période de durée du présent Traité, à transporter leurs cargaisons entre les ports actuellement ouverts de l'Empire, excepté ceux de Osaka, Niigata et Ebisu-minato.

Article XI.

Tout vaisseau de guerre ou navire de commerce de l'une ou de l'autre des Hautes Parties Contractantes qui serait forcé par un mauvais temps ou par suite de tout autre danger de s'abriter dans un port quelconque de l'autre, aura la liberté de s'y faire réparer, de s'y procurer toutes les provisions nécessaires, et de reprendre la mer, sans payer d'autres charges que celles qui seraient payées par les navires nationaux. Dans le cas, cependant, où le capitaine du navire de commerce se trouverait dans la nécessité de vendre une partie de sa cargaison pour payer les frais, il sera obligé de se conformer aux règlements et tarifs du lieu où il aurait relâché. || Si un vaisseau de guerre ou un navire de commerce de l'une des Parties Contractantes a échoué

ou naufragé sur les côtes de l'autre, les Autorités Locales en informeront le Consul-Général, le Consul, le Vice-Consul ou l'Agent Consulaire du lieu de l'accident, et s'il n'y existe pas de ces officiers consulaires, elles en informeront le Consul-Général, le Consul, le Vice-Consul ou l'Agent Consulaire du district le plus voisin. || Toutes les opérations relatives au sauvetage des navires japonais naufragés ou échoués dans les eaux territoriales de Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège, auront lieu conformément aux lois, ordonnances et règlements de la Suède et de la Norvège et, réciproquement, toutes les mesures de sauvetage relatives aux navires suédois et norvégiens naufragés ou échoués dans les eaux territoriales de Sa Majesté l'Empereur du Japon, auront lieu conformément aux lois, ordonnances et règlements du Japon. || Tous navires ou vaisseaux ainsi échoués ou naufragés, tous débris et accessoires, toutes fournitures leur appartenant, et tous effets et marchandises sauvés desdits navires ou vaisseaux, y compris ceux qui auraient été jetés à la mer ou les produits des dits objets, s'ils sont vendus, ainsi que tous papiers trouvés à bord de ces navires ou vaisseaux échoués ou naufragés, seront remis aux propriétaires ou à leurs représentants, quand ils les réclameront. Dans le cas où ces propriétaires ou représentants ne se trouveraient pas sur les lieux, lesdits produits ou objets seront remis aux Consuls-Généraux, Consuls, Vice-Consuls ou Agents Consulaires respectifs, sur leur réclamation, dans le délai fixé par les lois du Pays et ces officiers consulaires, propriétaires ou représentants payeront seulement les dépenses occasionnées pour la conservation des dits objets ainsi que les frais de sauvetage ou autres dépenses auxquels seraient soumis, en cas de naufrage, les navires nationaux. || Les effets et marchandises sauvés du naufrage seront exempts de tous droits de douane, à moins qu'ils n'entrent à la douane pour la consommation intérieure, auquel cas ils payeront les droits ordinaires. || Dans le cas où un navire appartenant aux sujets d'une des Parties contractantes ferait naufrage ou échouerait sur le territoire de l'autre, les Consuls-Généraux, Consuls, Vice-Consuls ou Agents Consulaires respectifs seront autorisés, en l'absence du propriétaire, capitaine ou autre représentant du propriétaire, à prêter leur appui officiel pour procurer toute l'assistance nécessaire aux sujets des Etats respectifs. Il en sera de même dans le cas où le propriétaire, capitaine ou autre représentant serait présent, et demanderait une telle assistance.

Article XII.

Tous les navires qui, conformément aux lois japonaises, sont considérés comme navires japonais, et tous les navires qui, conformément aux lois suédoises et norvégiennes, sont considérés comme navires suédois et norvégiens, seront respectivement considérés comme navires japonais ou suédois et norvégiens pour le but de ce Traité.

Article XIII.

Si un marin déserte d'un vaisseau de guerre ou d'un navire de commerce appartenant à l'une ou l'autre des Hautes Parties Contractantes sur le terri-

Nr. 11472. toire de l'autre, les Autorités Locales seront tenues de prêter toute l'assistance en leur pouvoir pour l'arrestation et la remise de ce déserteur, sur la demande qui leur sera adressée par le Consul du Pays auquel appartient le navire ou vaisseau du déserteur ou par le représentant du dit Consul. || Il est entendu que cette stipulation ne s'appliquera pas aux sujets du Pays, où la désertion a eu lieu.

Article XIV.

Les Hautes Parties Contractantes conviennent qu'en tout ce qui concerne le commerce et la navigation, tout privilège, faveur ou immunité que l'une ou l'autre des Parties Contractantes a déjà accordé ou accorderait à l'avenir, au Gouvernement ou aux sujets ou citoyens de tout autre Etat, seront étendus immédiatement et sans condition à l'autre Partie Contractante, leur intention étant que le commerce et la navigation de chaque Pays soient placés, à tous égards, par l'autre, sur le pied de la nation la plus favorisée.

Article XV.

Chacune des Hautes Parties Contractantes pourra nommer des Consuls-Généraux, Consuls, Vice-Consuls, Pro-Consuls et Agents consulaires dans tous les ports, villes et places de l'autre, sauf dans les localités où il y aurait inconvénient à admettre de tels Officiers consulaires. || Cette exception ne sera cependant pas faite à l'égard de l'une des Parties Contractantes, sans l'être également à l'égard de toutes les autres Puissances. || Les Consuls-Généraux, Consuls, Vice-Consuls, Pro-Consuls et Agents consulaires exerceront toutes leurs fonctions et jouiront de tous les privilèges, exemptions et immunités qui sont ou seront accordés à l'avenir aux Officiers consulaires de la nation la plus favorisée.

Article XVI.

Les sujets de chacune des Hautes Parties Contractantes jouiront, sur le territoire de l'autre, de la même protection que les sujets du Pays relativement aux patentes, marques de fabrique et dessins, en remplissant les formalités prescrites par la loi.

Article XVII.

Le Présent Traité prendra, du jour où il entrera en vigueur, lieu et place du Traité d'Amitié, de Commerce et de Navigation conclu le 27^e Jour du 9^e mois de la 1^{ère} année de Meiji, correspondant au 11 Novembre 1868 et de tous les Arrangements et Conventions subsidiairement conclus ou existant entre les Hautes Parties Contractantes, et à partir du même jour, les dits Traité, Arrangements et Conventions cesseront d'être obligatoires, et, en conséquence, la juridiction jusqu'alors exercée par les tribunaux suédois et norvégiens au Japon et tous les privilèges, exemptions et immunités exceptionnels dont jouissaient jusqu'alors les sujets suédois et norvégiens comme une partie de cette juridiction ou comme y appartenant, cesseront et prendront fin absolument et sans notification, et tous ces droits de juridiction appartiendront

à partir de ce moment aux tribunaux japonais et seront exercés par ces mêmes tribunaux.

Nr. 11472.
Japan,
Schweden u.
Norwegen.
2. Mai 1896.

Article XVIII.

Le présent Traité n'entrera en vigueur que trois ans au moins après sa signature. Il entrera en vigueur une année après que le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur du Japon aura notifié au Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège son intention de mettre le dit Traité en vigueur. Cette notification pourra être faite à un moment quelconque après l'expiration de deux ans après la date de la signature. Le présent Traité restera valable pendant une période de sept ans après le jour où il entrera en vigueur. || L'une ou l'autre des Hautes Parties Contractantes aura le droit, à un moment quelconque après que six ans se seront écoulés depuis l'entrée en vigueur de ce Traité, de notifier à l'autre, son intention de mettre fin au présent Traité, et à l'expiration de douze mois après cette notification, ce Traité cessera et finira entièrement.

Article XIX.

Le présent Traité sera ratifié par les Hautes Parties Contractantes et les ratifications en seront échangées à Tokio dans le plus bref délai possible et en tout cas dans le délai de douze mois à partir de la signature du Traité. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé et scellé de leurs sceaux le présent Traité en deux exemplaires et en langue française. || Fait à Stockholm le 2^{ème} jour du 5^{ème} mois de la 29^{ème} année de Meiji, correspondant au deux Mai mil huit-cent quatre-vingt-seize,

[L. S.] Signé: Nissi.

[L. S.] Signé: Douglas.

Protocole.

Le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur du Japon et le Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège jugeant utile, dans l'intérêt des deux Pays, de régler certaines matières spéciales qui les concernent mutuellement, séparément du Traité de Commerce et de Navigation signé en ce jour, sont convenus, par leurs Plénipotentiaires respectifs, des dispositions suivantes: || 1^o Il est convenu par les Parties Contractantes qu'un mois après l'échange des ratifications du Traité de Commerce et de Navigation signé en ce jour, le Tarif d'importation aujourd'hui en vigueur relativement aux articles et marchandises importés au Japon par les sujets Suédois et Norvégiens cessera d'être obligatoire. A partir de la même date, le Tarif général en vigueur établi par la législation intérieure du Japon sera appliqué à l'importation au Japon des articles produits ou manufacturés dans le territoire de Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège, le tout en se conformant aux dispositions de l'article XXVI du Traité de 1868, tant que le dit Traité qui existe actuellement entre les Parties Contractantes, restera en vigueur et aux dispositions

Nr. 11472,
Japan,
Schweden u.
Norwegen.
2. Mai 1896.

de l'article IV du Traité signé en ce jour après que le Traité du 11 Novembre 1868 aura pris fin. Mais aucune disposition de ce Protocole n'aura pour effet de limiter le droit du Gouvernement Japonais de restreindre ou de prohiber l'importation des drogues, médecines, aliments ou boissons altérés; des gravures, peintures, livres, cartes, gravures lithographiées ou autres, et photographies indécents ou obscènes; des articles en violation des lois sur les patentes, les marques de fabrique ou la propriété littéraire du Japon; ou tout autre article qui, pour des raisons sanitaires ou en vue de la morale publique, pourrait offrir des dangers.

2° Le Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège consent à ce que les divers quartiers étrangers soient complètement incorporés aux communes Japonaises respectives à partir de la date où le Traité de Commerce et de Navigation signé en ce jour entrera en vigueur. Quand cette incorporation sera effectuée, ces quartiers feront intégralement partie du système municipal du Japon; les Autorités Japonaises compétentes assumeront toutes les obligations et devoirs municipaux y relatifs, et les fonds et biens municipaux appartenant aux dits quartiers seront, en même temps, transférés aux dites Autorités Japonaises.

3° Le Gouvernement Japonais, en attendant l'ouverture du pays aux sujets Suédois et Norvégiens, consent à étendre le système actuel de passeports de manière à permettre aux sujets Suédois et Norvégiens, moyennant la présentation d'un certificat de recommandation délivré ou par le représentant de Suède et de Norvège à Tokio ou par les Consuls des Royaumes-Unis dans les ports ouverts du Japon, d'obtenir sur demande des passeports délivrés par le Ministère Impérial des Affaires Etrangères à Tokio ou par les autorités principales dans les préfectures où est situé un port ouvert, et valable pour toutes les parties du pays et pour une période ne dépassant pas 12 mois; il est toutefois entendu que les stipulations et règlements qui sont actuellement appliqués aux sujets Suédois et Norvégiens se rendant dans l'intérieur de l'Empire seront maintenus.

4° Les Plénipotentiaires soussignés ont convenu que ce Protocole sera soumis à l'approbation des deux Hautes Parties Contractantes en même temps que le Traité de Commerce et de Navigation signé en ce jour, et que, quand le dit Traité sera ratifié, les stipulations contenues dans ce Protocole seront également considérées comme approuvées, sans qu'il soit nécessaire d'une ratification formelle ultérieure.

Il est également convenu que ce Protocole prendra fin en même temps que le dit Traité cessera d'être obligatoire. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé et scellé de leurs sceaux le présent Protocole en deux exemplaires et en langue française.

Fait à Stockholm le 2^{ème} jour du 5^{ème} mois de la 29^{ème} année de Meiji, correspondant au deux Mai mil huit cent quatre-vingt-seize.

[L. S.] Signé: Nissi.

[L. S.] Signé: Douglas.

Article Séparé.

Les relations de la Suède et de la Norvège avec la Russie de même qu'avec le Danemark exigeant dans certains rapports, d'une nature purement locale, des stipulations spéciales indépendantes des règlements applicables au commerce et à la navigation étrangers en général, les deux Hautes Parties Contractantes conveniennet que les dispositions spéciales y relatives contenues dans le traité passé entre la Suède et la Norvège et la Russie le 26 Avril (8 Mai) 1838, ainsi que dans d'autres conventions et arrangements entre la Suède et la Norvège et les Etats ci-dessus mentionnés, ne pourront dans aucun cas être invoquées pour modifier les relations de commerce et de navigation établies entre les deux Hautes Parties Contractantes par le présent Traité. || Le présent Article Séparé aura la même force et valeur que s'il était inséré mot à mot dans le Traité de ce jour. Il sera ratifié et les ratifications en seront échangées en même temps. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé leurs cachets. || Fait à Stockholm le 2^{ème} jour du 5^{ème} mois de la 29^{ème} année de Meiji, correspondant au deux Mai mil huit cent quatre-vingt-seize.

Nr. 11472.
Japan,
Schweden u.
Norwegen.
2. Mai 1896.

[L. S.] Signé: Nissi.

[L. S.] Signé: Douglas.

Der japanische Bevollmächtigte an den schwedisch-norwegischen.

Légation du Japon, à Stockholm.

le 2 Mai 1896.

Le soussigné, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur du Japon, en vertu d'une autorisation spéciale du Gouvernement Impérial du Japon, a l'honneur d'informer Son Excellence Mr. le Comte Douglas, Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège, que le Gouvernement Impérial Japonais, reconnaissant l'avantage d'avoir les Codes de l'Empire qui ont été promulgués, mis en vigueur quand les stipulations du Traité existant aujourd'hui entre l'Empire du Japon et les Royaumes-Unis de Suède et de Norvège cesseront d'être obligatoires, s'engage à ne faire la notification prévue par le premier paragraphe de l'article XVIII du Traité de Commerce et de Navigation signé en ce jour, que quand ces Codes dont la mise en vigueur est aujourd'hui ajournée, entreront en vigueur. || Le soussigné prie Son Excellence Mr. le Comte Douglas de vouloir bien agréer les assurances de sa considération la plus distinguée.

(Signé) Nissi.

Nr. 11473. GROSSBRITANNIEN und FRANKREICH. — Erklärung über Siam und den Oberen Mekong.

London, 15. Januar 1896.

Nr. 11473.
Gross-
britannien u.
Frankreich.
15. Jan. 1896.

Les Soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, ont signé la Déclaration suivante:—

I. Les Gouvernements de Grande-Bretagne et de France s'engagent mutuellement à ne faire pénétrer, dans aucun cas et sous aucun prétexte, sans le consentement l'un de l'autre, leurs forces armées dans la région comprenant les bassins des Rivières Petchabouri, Meiklong, Ménam, et Bang Pa Kong (Rivière de Petriou) et de leurs affluents respectifs, ainsi que le littoral qui s'étend depuis Muong Bang Tapan jusqu'à Muong Pase, les bassins des rivières sur lesquelles sont situées ces deux villes, et les bassins des autres rivières dont les embouchures sont incluses dans cette étendue de littoral; et comprenant aussi le territoire situé au nord du bassin du Ménam entre la frontière Anglo-Siamoise, le fleuve Mékong, et la limite orientale du bassin du Me Ing. Ils s'engagent en outre à n'acquérir dans cette région aucun privilège ou avantage particulier dont le bénéfice ne soit pas commun à la Grande-Bretagne et à la France, à leurs nationaux et ressortissants, ou qui ne leur serait pas accessible sur le pied de l'égalité. Ces stipulations, toutefois, ne seront pas interprétées comme dérogeant aux clauses spéciales qui, en vertu du Traité conclu le 3 Octobre, 1893, entre la France et le Siam, s'appliquent à une zone de 25 kilom. sur la rive droite du Mékong et à la navigation de ce fleuve.

II. Rien dans la clause qui précède ne mettra obstacle à aucune action dont les deux Puissances pourraient convenir, et qu'elles jugeraient nécessaires pour maintenir l'indépendance du Royaume de Siam. Mais elles s'engagent à n'entrer dans aucun arrangement séparé qui permette à une tierce Puissance de faire ce qu'elles s'interdisent réciproquement par la présente Déclaration.

III. A partir de l'embouchure du Nam Huok et en remontant vers le nord jusqu'à la frontière Chinoise, le thalweg du Mékong formera la limite des possessions ou sphères d'influence de la Grande-Bretagne et de la France. Il est convenu que les nationaux et ressortissants d'aucun des deux pays n'exerceront une juridiction ou autorité quelconque dans les possessions ou la sphère d'influence de l'autre pays. || Dans la partie du fleuve dont il s'agit, la police des îles séparées de la rive Britannique par un bras du dit fleuve appartiendra aux autorités Françaises tant que cette séparation existera. L'exercice du droit de pêche sera commun aux habitants des deux rives.

IV. Les deux Gouvernements conviennent que tous les privilèges et avantages commerciaux ou autres, concédés dans les deux provinces Chinoises du Yünnan et du Setchuen soit à la Grande-Bretagne, soit à la France, en vertu de leurs Conventions respectives avec la Chine du 1^{er} Mars, 1894, et du 20 Juin, 1895, et tous les privilèges et avantages de nature quelconque qui pourront être concédés par la suite dans ces deux mêmes provinces Chinoises soit à la Grande-Bretagne, soit à la France, seront, autant qu'il dépend d'eux,

étendus et rendus communs aux deux Puissances, à leurs nationaux et ressortissants, et ils s'engagent à user à cet effet de leur influence et de leurs bons offices auprès du Gouvernement Chinois.

Nr. 11473.
Gross-
britannien u.
Frankreich.
15. Jan. 1896.

V. Les deux Gouvernements conviennent de nommer des Commissaires délégués par chacun d'eux, et qui seront chargés de fixer de commun accord, après examen des titres invoqués de part et d'autre, la délimitation la plus équitable entre les possessions Anglaises et Françaises dans la région située à l'ouest du Bas Niger.

VI. Conformément aux stipulations de l'Article XL de la Convention Générale conclue entre la Grande-Bretagne et la Régence de Tunis le 19 Juillet, 1875, qui prévoit une revision de ce Traité "afin que les deux Parties Contractantes puissent avoir occasion de traiter ultérieurement et de convenir de tels arrangements qui puissent tendre encore davantage à améliorer leurs relations mutuelles et à développer les intérêts de leurs nations respectives," les deux Gouvernements conviennent d'ouvrir immédiatement des négociations en vue de remplacer la dite Convention Générale par une Convention nouvelle répondant aux intentions annoncées dans l'Article qui vient d'être cité.

Fait à Londres, le 15 Janvier, 1896.

(L.-S.) Salisbury.

(L.-S.) Alph. de Courcel.

Nr. 11474. ÖSTERREICH-UNGARN und die SCHWEIZ. — Auslieferungsvertrag.

Abgeschlossen Bern, 10. März 1896, Ratifiziert 16. November 1896.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême etc. etc., et Roi Apostolique de Hongrie || et || la Confédération Suisse, || ayant jugé à propos de conclure un Traité sur l'extradition réciproque des malfaiteurs ont nommé dans ce but pour Leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême etc. etc., et Roi Apostolique de Hongrie: || Le Comte Charles de Kuefstein, Son. Conseiller Intime et Chambellan, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire auprès de la Confédération Suisse, Chevalier de l'Ordre de la Couronne de fer de 1^{ère} classe, etc., || Le Conseil Fédéral de la Confédération Suisse: || M. Edouard Müller, Conseiller fédéral, Chef du département fédéral de justice et police, || lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Nr. 11474.
Österreich-
Ungarn und
die Schweiz.
16. Nov. 1896.

Article I.

Les Gouvernements des Hautes Parties contractantes s'engagent à se livrer réciproquement, à la seule exception de leurs nationaux, les individus contre lesquels une enquête est ouverte ou qui ont été condamnés par les autorités judiciaires de l'une des Parties contractantes pour un des actes punissables mentionnés à l'article II ci-après, et qui se trouvent sur le territoire de

Nr. 11474. l'autre Partie. || L'extradition n'aura lieu que pour une action punissable qui, d'après la législation de l'Etat requérant et de l'Etat requis, peut entraîner une peine d'un an d'emprisonnement ou une peine plus grave. || Lorsque l'action punissable, motivant la demande d'extradition, aura été commise dans un Etat tiers, l'extradition aura lieu, si les législations des Parties contractantes autorisent la poursuite des faits de ce genre, même lorsqu'ils ont été commis à l'étranger, et qu'il n'y ait lieu, pour l'Etat requis, de traduire le criminel devant ses propres tribunaux, ni de le livrer au Gouvernement de l'Etat ou l'action punissable a été commise.

Article II.

Les actes punissables à raison desquels l'extradition sera accordée, s'ils constituent une infraction de droit commun, sont les suivants: 1. L'homicide, le meurtre, l'assassinat, le parricide, l'infanticide, l'empoisonnement. || 2. L'avortement. || 3. Les coups et blessures, l'administration de substances dangereuses ou de poisons, ainsi que tout autre acte, lorsque par ces faits, le délinquant aura occasionné volontairement, mais sans intention de donner la mort, une maladie ou une incapacité de travail de plus de vingt jours, ou une mutilation, amputation ou privation de l'usage de membres, cécité, perte d'un oeil ou autre infirmité permanente. || 4. L'enlèvement, le recel, la suppression, la substitution ou la supposition d'enfant. || 5. L'exposition ou l'abandon d'enfant. || 6. L'enlèvement de mineurs. || 7. Le viol. || 8. L'attentat à la pudeur commis sur une personne avec ou sans violence. || 9. L'attentat aux moeurs, excitant, pour satisfaire les passions d'autrui, à la débauche ou à la corruption de mineurs de l'un et de autre sexe; de même l'attentat aux moeurs, commis pour satisfaire ses propres passions, en excitant à la débauche les mineurs de l'un ou de l'autre sexe, lorsque celui qui se rend coupable de cet attentat est le père ou la mère, le tuteur ou l'instituteur ou toute autre personne chargée de la surveillance de la personne débauchée. || 10. La polygamie. || 11. Les attentats à la liberté individuelle et à l'inviolabilité du domicile. || Les menaces d'attentat contre les personnes ou contre les propriétés, si ces menaces ont été faites avec ordre ou sous condition. || 13. La contrefaçon ou falsification de documents publics ou privés, et l'usage de ces documents; la destruction, détérioration ou suppression illégale d'un document, avec intention de porter préjudice à une tierce personne; l'abus de blanc-seing. || 14. La fausse monnaie, comprenant la contrefaçon et l'altération de la monnaie, l'émission et la mise en circulation de la monnaie contrefaite ou altérée; la contrefaçon ou falsification de billets de banque, d'obligations ou d'autres titres et valeurs, émis par l'Etat ou, avec l'autorisation de l'Etat, par des corporations, des sociétés ou des particuliers; l'émission ou la mise en circulation de ces billets de banque, obligations ou autres titres et valeurs contrefaits ou falsifiés. || 15. La contrefaçon ou falsification de sceaux, timbres, poinçons et marques destinés à un service public; l'usage de pareils sceaux, timbres, poinçons et marques

contrefaits ou falsifiés; ainsi que l'abus de vrais sceaux, timbres, poinçons et marques destinés à un service public. || 16. Le faux témoignage, la fausse expertise, le faux serment, l'excitation au faux serment, la subornation de témoins, d'experts et d'interprètes. || 17. La dénonciation calomnieuse. || 18. L'abus d'autorité, le détournement et la malversation de la part de fonctionnaires publics. || 19. La corruption de fonctionnaires publics, de juges, de jurés et d'experts. || 20. L'incendie et l'emploi abusif de matières explosibles. || 21. Le vol et le brigandage. || 22. L'extorsion. || 23. L'escroquerie et la fraude. || 24. Les soustractions frauduleuses ou détournements et l'abus de confiance. || 25. La banqueroute frauduleuse et les fraudes commises dans les faillites au préjudice des créanciers. || 26. Les actes intentionnellement attentatoires à la sécurité de la circulation sur les chemins de fer; la destruction ou la détérioration de chemins de fer, de leur matériel d'exploitation, de machines à vapeur, de télégraphes et téléphones, ayant un caractère d'utilité publique. || 27. Les actes intentionnels, propres à amener une inondation, s'il en résulte un danger pour la vie des personnes ou pour la propriété d'autrui. || 28. La destruction ou dégradation intentionnelle de la propriété mobilière ou immobilière, publique ou privée, y compris l'empoisonnement de bestiaux ou autres animaux. || 29. Le mélange intentionnel aux denrées de matières pouvant donner la mort ou altérer la santé, ainsi que la mise en vente ou la distribution de pareilles denrées, en cachant leur caractère nuisible. || 30. Les actions causant la destruction, l'échouement, la détérioration ou la perte de navires. || 31. Le recèlement des objets provenant de vol, de brigandage ou de soustraction frauduleuse. || 32. L'assistance prêtée pour la suppression des traces d'une action punissable. || L'extradition sera accordée de même dans les cas de tentative et de participation, lorsqu'ils sont prévus par la législation des Parties contractantes.

Article III.

L'extradition ne sera pas accordée pour des infractions politiques. || Elle sera accordée alors même que le coupable alléguerait un motif ou un but politique, si le fait pour lequel elle est demandée, constitue principalement un délit commun. L'Etat requis appréciera librement, dans chaque cas particulier, le caractère de l'infraction, selon les faits de la cause; il pourra exiger de l'Etat requérant la production de tous les renseignements et justifications nécessaires sur l'état de fait. || Lorsque l'extradition sera accordée, la personne dont l'extradition est demandée, ne pourra être, dans l'Etat requérant, ni poursuivie ni punie pour un crime politique non plus que pour son motif ou son but politique.

Article IV.

L'extradition ne sera pas accordée pour les infractions aux lois fiscales ni pour les délits purements militaires. || Lorsqu'une personne poursuivie pour une infraction motivant l'extradition a contrevenu, en outre, à une loi fiscale

Nr. 11474. ou à une loi militaire, cette contravention ne pourra ni entraîner une con-
 Österreich- damnation ni constituer une circonstance aggravante.
 Ungarn und
 die Schweiz.
 16. Nov. 1896.

Article V.

Si la peine édictée par la loi de l'Etat requérant, pour l'infraction qui motive la demande d'extradition, est une peine corporelle, cette peine sera, le cas échéant, commuée en prison ou en amende.

Article VI.

Aucune personne extradée en vertu du présent traité ne pourra être jugée, dans le pays requérant, par un tribunal d'exception.

Article VII.

Les individus poursuivis pour des actes mentionnés à l'article II devront être mis en état d'arrestation provisoire sur la demande qui en sera faite par une autorité compétente en vue de leur extradition et moyennant la production soit du jugement de condamnation, soit d'un acte d'accusation, soit d'un mandat d'arrêt ou de tout autre acte ayant la même force. || En cas d'urgence l'arrestation provisoire aura lieu également sur tout autre avis, qu'il soit transmis par la poste ou par le télégraphe, attestant qu'il existe un des documents ci-dessus énumérés. || Dans l'un et l'autre cas la demande d'arrestation provisoire sera adressée par voie diplomatique au Président de la Confédération si l'inculpé s'est réfugié en Suisse, et au Ministère Impérial et Royal des affaires étrangères à Vienne si l'inculpé s'est réfugié en Autriche ou en Hongrie. || En cas d'extrême urgence l'arrestation provisoire aura lieu également sur la demande d'une autorité de l'une des Parties contractantes adressée directement à une autorité de l'autre Partie.

Article VIII.

Dans le cas du dernier alinéa de l'article VII l'individu arrêté sera mis en liberté si dans les huit jours dès celui de l'arrestation, avis de l'existence d'un mandat d'arrêt émané d'une autorité judiciaire n'a pas été donné à l'autorité requise. || Dans tous les cas l'individu arrêté en application de l'une des dispositions de l'article VII sera mis en liberté, si dans les vingt jours dès le jour de l'arrestation le Gouvernement auquel l'extradition devra être demandée, n'a pas reçu communication par voie diplomatique d'un des documents mentionnés au 1^{er} alinéa de l'article VII.

Article IX.

La demande d'extradition devra être faite par voie diplomatique.

Article X.

Elle sera accompagnée de l'un des documents mentionnés à l'article VII, expédié en original ou en copie légalisée. || Ce document indiquera la nature et la gravité du fait incriminé, la date et lieu auxquels il a été commis, ainsi que le texte de la loi pénale en vigueur dans le pays requérant qui est

applicable à ce fait et qui énonce la pénalité que ce fait entraîne. || Lorsqu'il s'agit de délits contre la propriété il y aura toujours lieu d'indiquer le montant du dommage que le délinquant a causé ou voulu causer. || La demande d'extradition sera accompagnée autant que possible du signalement de l'individu réclamé ou d'autres données pouvant servir à vérifier son identité. || Dès qu'il aura reçu les documents ci-dessus mentionnés le Gouvernement requis ordonnera l'arrestation de l'individu poursuivi. || Dans le cas de doute sur la question de savoir si l'infraction qui fait l'objet de la poursuite, rentre dans les cas prévus par la présente Convention, des explications pourront être demandées à l'Etat requérant, et l'extradition ne sera accordée que si les explications fournies sont de nature à écarter ces doutes. || Dans le cas où des explications auraient été demandées comme il vient d'être dit, l'individu arrêté pourra être élargi, si les explications demandées n'ont pas été fournies au Gouvernement requis dans les trente jours dès celui où la demande en sera parvenue au Gouvernement requérant.

Nr. 11474.
Österreich-
Ungarn und
die Schweiz.
16. Nov. 1896.

Article XI.

Les objets dans la possession desquels l'inculpé se trouve par suite de l'action punissable, ou ceux qui ont été saisis sur lui, les moyens et instruments ayant servi à commettre l'act coupable, ainsi que toute autre pièce à conviction, seront remis au Gouvernement réclamant l'extradition, même dans le cas où celle-ci, déjà accordée, ne pourrait être effectuée par suite de la mort ou de la fuite du coupable. || Cette remise comprendra également tous les objets de la même nature que le prévenu aurait cachés ou déposés dans le pays accordant l'extradition et qui seraient découverts ultérieurement. || Sont réservés toutefois les droits que des tiers auraient acquis sur les objets en question, lesquels devront être rendus aux ayants-droits sans frais, après la conclusion du procès. || L'Etat auquel la remise de ces objets aura été demandée, peut les retenir provisoirement, s'il les juge nécessaires pour une instruction criminelle.

Article XII.

Si l'individu réclamé est poursuivi ou condamné dans l'Etat requis pour quelque autre infraction que celle qui a motivé la demande d'extradition, son extradition pourra être différée jusqu'à ce que les poursuites soient terminées ou jusqu'à ce qu'il ait subi la peine ou que celle-ci lui ait été remise. || Toutefois les Gouvernements des Parties contractantes pourront s'accorder mutuellement la remise temporaire de l'individu réclamé pour comparaître devant les tribunaux de l'Etat requérant, sous la condition qu'il sera renvoyé aux autorités de l'Etat requis dès que la justice de l'Etat requérant aura statué. Dans les cas de ce genre les frais d'aller et de retour seront supportés par l'Etat requérant. || Dans le cas où l'individu réclamé serait empêché par l'extradition de remplir les obligations contractées par lui envers des particuliers, son extradition n'en sera pas moins effectuée; mais ses adversaires

Nr. 11474. conserveront le droit de faire valoir leurs réclamations devant l'autorité
 Österreich-
 Ungarn und
 die Schweiz.
 16. Nov. 1896.

Article XIII.

L'individu extradé ne pourra être poursuivi ni puni dans le pays auquel l'extradition aura été accordée, ni extradé à un pays tiers pour un crime ou un délit quelconque antérieur à l'extradition et non prévu par la présente Convention, à moins qu'il n'ait eu, dans l'un et l'autre cas, la faculté de quitter de nouveau le pays susdit pendant un mois après avoir été jugé et, en cas de condamnation, après avoir subi sa peine ou après avoir été gracié, ou qu'il n'y soit retourné par la suite. || Il ne pourra non plus être poursuivi ni puni du chef d'un acte punissable prévu par la présente Convention, antérieur à l'extradition, mais autre que celui qui a motivé l'extradition, sans le consentement du Gouvernement qui a livré l'extradé et qui pourra, s'il le juge convenable, exiger la production de l'un des documents mentionnés à l'article VII. Le consentement de ce Gouvernement sera de même requis pour permettre l'extradition de l'inculpé à un pays tiers. Toutefois ce consentement ne sera pas nécessaire, lorsque l'inculpé assisté, le cas échéant, de son défenseur ou conseil, aura demandé spontanément à être jugé ou à subir sa peine ou lorsqu'il n'aura pas quitté, dans le délai fixé plus haut, le territoire du pays auquel il a été livré.

Article XIV.

L'extradition ne sera pas accordée lorsque l'infraction pour laquelle elle est demandée, a été commise sur le territoire de l'Etat requis, ni lorsque cette infraction, bien que commise hors du territoire, a cependant été définitivement jugée dans l'Etat requis ou y est l'objet de poursuites pénales. || L'extradition n'aura pas lieu non plus si, d'après les lois du pays requis ou d'après celles du pays requérant, la prescription de la poursuite ou de la peine est acquise avant l'arrestation ou l'assignation de l'individu réclamé, ou si, d'après la législation de l'Etat requis, l'infraction qui a motivé la demande en extradition ne peut être poursuivie que sur la plainte ou la proposition de la partie lésée, à moins qu'il ne soit vérifiée que la partie lésée a demandé la poursuite.

Article XV.

Si l'inculpé dont l'extradition est demandée par l'une des Parties contractantes est réclamé également par un ou plusieurs autres Gouvernements en raison d'autres infractions, il sera livré au Gouvernement sur le territoire duquel a été commise l'infraction la plus grave et, en cas de gravité égale, au Gouvernement dont la demande est parvenue la première au Gouvernement requis.

Article XVI.

S'il s'agit de transporter par le territoire d'une des Parties contractantes un individu dont l'extradition aurait été accordée à l'autre Partie contractante par un Gouvernement tiers, la première ne s'y opposera pas, à moins que

l'individu en question ne lui appartienne par sa nationalité et, bien entendu, à la condition que l'infraction donnant lieu à l'extradition soit comprise dans les articles I et II de la présente Convention, et ne rentre pas dans les prévisions des articles III, IV et XIV. || Pour que, conformément au présent article, le transport d'un criminel soit accordé, il suffira que la demande en soit faite par voie diplomatique avec production, en original ou en copie authentique, d'un des actes de procédure mentionnés à l'article VII. || Le transit aura lieu sous escorte d'agents du pays qui a autorisé le transport sur son territoire, et aux frais de l'Etat requérant.

Nr. 11474.
Österreich-
Ungarn und
die Schweiz.
16. Nov. 1896.

Article XVII.

Sera de même accordé dans les conditions énoncées à l'article précédent, le transport, — aller et retour, — par le territoire de l'une des Parties contractantes, des malfaiteurs détenus dans un pays tiers, que l'autre Partie contractante jugerait utile de confronter avec un individu poursuivi.

Article XVIII.

Lorsque, dans une affaire pénale non politique, un des Gouvernements contractants jugera nécessaire l'audition de témoins domiciliés dans l'autre Etat ou tout autre acte d'instruction, une commission rogatoire sera envoyée à cet effet par la voie diplomatique et il y sera donné suite en observant les lois du pays sur le territoire duquel l'audition des témoins ou l'acte d'instruction devra avoir lieu.

Article XIX.

Si, dans une cause pénale non politique, la comparution personnelle d'un témoin est jugée nécessaire ou désirable, le Gouvernement de l'Etat sur le territoire duquel se trouve ce dernier, l'engagera à se rendre à l'assignation qui lui sera adressée à cet effet de la part des autorités de l'autre Etat. ||

Les frais de la comparution personnelle d'un témoin seront toujours supportés par l'Etat requérant, et l'invitation qui sera envoyée à cet effet par la voie diplomatique indiquera la somme qui sera allouée au témoin à titre de frais de route et de séjour, ainsi que le montant de l'avance que l'Etat requis pourra, sauf remboursement par l'Etat requérant, faire au témoin sur la somme intégrale. Cette avance lui sera faite aussitôt qu'il aura déclaré vouloir se rendre à l'assignation. || Aucun témoin, quelle que soit sa nationalité, qui, cité dans les pays de l'une des Parties contractantes, comparaitra volontairement devant les juges de l'autre Partie ne pourra y être poursuivi ou détenu pour des faits ou condamnations criminels antérieurs, ni sous prétexte de complicité dans les faits formant l'objet du procès où il figurera comme témoin.

Article XX.

Lorsque dans une cause pénale non politique, pendant auprès des tribunaux de l'une des Parties contractantes, la confrontation de l'inculpé avec des

Nr. 11474. individus détenus dans le territoire de l'autre Partie ou la production de
 Österreich- pièces à conviction ou d'actes judiciaires est jugée nécessaire, la demande en
 Ungarn und sera faite par voie diplomatique et il y sera donné suite en tant que des
 die Schweiz. considérations spéciales ne s'y opposent. Les détenus, les pièces à conviction
 16. Nov. 1896. et les actes seront toutefois restitués aussitôt que possible.

Article XXI.

Si l'une des Parties contractantes juge nécessaire qu'un acte de la procédure pénale soit communiqué à une personne qui se trouve sur le territoire de l'autre Partie, cette communication se fera par la voie diplomatique à l'autorité compétente de l'Etat requis, laquelle renverra par la même voie le document constatant la remise ou fera connaître les motifs qui s'y opposent. Les jugements de condamnation rendus par les tribunaux de l'une des Parties contractantes contre des ressortissants de l'autre Partie ne seront toutefois pas signifiés à ces derniers. L'Etat requis n'assume aucune responsabilité du fait de la notification d'actes judiciaires.

Article XXII.

Les Parties contractantes renoncent réciproquement à toute réclamation ayant pour effet le remboursement des frais occasionnés sur leurs territoires respectifs par l'extradition des prévenus, accusés ou condamnés, ainsi que par la remise des objets indiqués à l'article XI de la présente Convention, par l'exécution des commissions rogatoires, l'envoi ou la restitution des pièces à conviction et des documents. || Les frais du transport et de l'entretien, à travers les territoires intermédiaires, des individus dont l'extradition aura été accordée, demeurent à la charge du Gouvernement requérant. Seront de même à la charge du Gouvernement requérant les frais de l'entretien et du transit à travers le territoire de l'autre Partie contractante d'un individu dont l'extradition aurait été accordée au Gouvernement requérant par un tiers Etat. || Au cas où le transport par mer serait jugé préférable, l'individu à extraditer serai conduit au port que désignera l'agent diplomatique du Gouvernement requérant, à la condition toutefois que le port désigné se trouve dans les limites de l'Etat requis. Les frais du transport par mer seront toujours à la charge du Gouvernement requérant. || L'Etat requérant remboursera de même les indemnités accordées aux experts dont l'intervention aura été jugée nécessaire dans une cause pénale.

Article XXIII.

Les Parties contractantes s'engagent à se communiquer réciproquement tous les arrêts de condamnation pour crimes ou délits de toute sorte, prononcés par les tribunaux de l'un des Etats contractants contre les ressortissants de l'autre. Cette communication aura lieu moyennant l'envoi, par voie diplomatique, d'un extrait du jugement devenu définitif.

Article XXIV.

Les documents soumis ou communiqués en application du présent Traité aux autorités de l'autre Etat devront toujours être accompagnés d'une traduction officielle en langue allemande, française ou italienne lorsqu'ils ne sont pas rédigés dans une de ces langues.

Nr. 11474.
Österreich-
Ungarn und
die Schweiz.
16. Nov. 1896.

Article XXV.

La présente Convention sera exécutoire trois mois après l'échange des ratifications et restera en vigueur pendant dix ans à partir de ce jour. || Dans le cas où aucune des Parties contractantes n'aurait notifié, douze mois avant la fin de ladite période, son intention d'en faire cesser les effets, elle demeurera obligatoire jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où l'une ou l'autre des Parties contractantes l'aura dénoncée.

Article XXVI.

La présente Convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Berne aussitôt que faire se pourra. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et y ont apposé le cachet de leurs armes. || Fait à Berne en double expédition, le dix mars mil huit cent quatre-vingt seize (10 mars 1896).

(L. S.)

Kuefstein m. p.

(L. S.)

Müller m. p.

Protocole Final.

Au moment de procéder à la conclusion du présent Traité d'extradition, les Soussignés sont convenus de déclarer au nom des Parties contractantes qu'il est bien entendu entre Elles: || 1^o) Qu'en cas de connexité de délits politiques mentionnés à l'article III du présent Traité, avec d'autres de droit commun, les tribunaux des Parties contractantes prendront exclusivement pour base de leur jugement et de la pénalité à prononcer contre des individus extradés, les délits de droit commun, pour lesquels l'extradition aura été demandée et accordée, et dont ils auront été appelés à connaître. En conséquence la peine à prononcer par lesdits tribunaux ne saurait être influencée, en quoi que ce soit, par des actes punissables dont ils n'auront pas été saisis. || 2^o) Que, dans tous les cas d'extradition prévus par le présent Traité, les individus extradés par l'une des Parties contractantes à l'autre, seront jugés par devant les tribunaux compétents en audience publique, à moins toutefois que, pour des raisons de morale ou d'ordre public, la publicité ne dût être exclue en conformité des lois existantes dans l'Etat respectif. || 3^o) Que la peine de mort n'est pas comprise dans les „peines corporelles“ dont il est fait mention à l'article V du présent Traité; les dispositions dudit article n'excluent point l'application de la peine de mort. || 4^o) Que le présent Traité

Nr. 11474. n'empêche en rien d'accorder aussi de part et d'autre soit sous réserve
 Österreich- de réciprocité, soit sans réserve, l'extradition pour des actions punissables
 Ungarn und de réciprocity, soit sans réserve, l'extradition pour des actions punissables
 die Schweiz. non prévues par le Traité, pourvu que la législation de l'Etat requis ne s'y
 16. Nov. 1896. oppose pas.

Fait à Berne, en double expédition, le dix mars mil huit cent quatre-vingt seize (10 mars 1896).

(L. S.)

Kuefstein m. p.

(L. S.)

Müller m. p.

Nr. 11475. GROSSBRITANNIEN und ÄGYPTEN. — Vertrag zur Unterdrückung der Sklaverei und des Sklavenhandels.

Kairo, 21. November 1895.

Nr. 11475. Considérant que les termes généraux de la Convention du 4 Août, 1877,
 Gross- entre les Gouvernements Britannique et Égyptien pour la suppression de la
 britannien u. Traite, ainsi que les Décrets y relatifs, ont permis de mettre en doute le point
 Ägypten. de savoir si les acheteurs d'esclaves étaient punissables comme coauteurs ou
 21. Nov. 1895. complices des marchands d'esclaves dont ils provoquent et permettent le commerce; || Considérant qu'il y a lieu de prendre toutes les mesures pour arriver à l'abolition de l'esclavage; || Considérant que le moment est arrivé où la juridiction en matière de crimes et délits relatifs à l'esclavage actuellement exercée par les Conseils de Guerre peut être accordée à la magistrature des Tribunaux Indigènes; || Considérant qu'il importe de réunir les différentes dispositions relatives à l'esclavage; || Le Gouvernement de Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande d'une part, et le Gouvernement de Son Altesse le Khédivé d'Égypte d'autre part; || Ayant résolu de remanier la susdite Convention du 4 Août, 1877, en y introduisant les modifications et additions nécessaires; || Les Soussignés, dûment autorisés à cet effet; || Sont convenus de substituer à l'ancienne Convention du 4 Août, 1877, la Convention suivante:—

Article I.

Le Gouvernement de Son Altesse le Khédivé s'engage à prohiber d'une manière absolue l'importation sur tout le territoire de l'Égypte et de ses dépendances et le transit par voie de terre ou par voie de mer, à travers ce territoire, des esclaves blancs, nègres, ou Abyssins destinés à la vente. || Il s'engage en outre à prohiber d'une manière absolue la sortie hors du territoire Égyptien ou de ses dépendances de ces personnes, à moins qu'il ne soit établi d'une manière certaine qu'elles sont libres ou affranchies. || Il sera constaté, dans les lettres d'affranchissement ou les passeports qui leur seront délivrés par l'autorité Égyptienne avant leur départ, qu'ils pourront disposer de leur personnes sans restrictions ni réserves. || Le trafic de ces esclaves est et demeurera prohibé sur toute l'étendue du territoire Égyptien et ses dépendances.

Article II.

Le Gouvernement Égyptien s'engage à publier une Loi contenant les différentes infractions aux Conventions et Décrets sur la répression de la Traite et l'abolition de l'esclavage, et en général tous les crimes et délits y afférents et les peines à appliquer. || Dans cette Loi il sera stipulé que les acheteurs d'esclaves seront punis. || La dite Loi sera publiée dans un délai de six mois à partir de la signature de la présente Convention, dont elle fera partie intégrante.

Nr. 11475.
Gross-
britannien u.
Ägypten.
21. Nov. 1895.

Article III.

Les infractions à la Loi visée à l'Article II seront, si le coupable relève de la juridiction Égyptienne, déferées à un Tribunal statuant en dernier ressort et composé de cinq Conseillers à la Cour d'Appel indigène, dont deux au moins Européens. || Les crimes et délits commis dans les ports et sur les côtes de la Mer Rouge et dans la zone maritime délimitée à l'Article VII ci-dessous, ainsi que sur le territoire relevant de l'Égypte au sud d'Assouan, continueront à être jugés par les Conseils de Guerre. || Le Gouvernement Égyptien s'engage à publier dans les six mois à partir de la signature de la présente Convention un Décret fixant la procédure à suivre par le Tribunal Spécial et le Conseil de Guerre pour l'instruction et le jugement.

Article IV.

Si le coupable ne relève pas de la juridiction Égyptienne, il sera, pour être jugé, livré immédiatement aux Tribunaux compétents, avec les procès-verbaux déposés par l'autorité supérieure Égyptienne du lieu où l'infraction aura été constatée et tous autres documents ou éléments de conviction.

Article V.

Tout esclave sur territoire Égyptien a droit à sa liberté pleine et entière, et peut demander ses lettres d'affranchissement lorsqu'il le désire.

Article VI.

Le Gouvernement Égyptien usera de toute l'influence qu'il pourrait avoir parmi les tribus de l'Afrique Centrale dans le but d'empêcher les guerres qu'elles se font pour se procurer et pour vendre des esclaves.

Article VII.

Dans le but de rendre plus efficace la répression de la Traite des Esclaves, le Gouvernement Égyptien consent à ce que les croiseurs Britanniques visitent, recherchent, et, au besoin, détiennent tout bâtiment Égyptien de moins de 500 tonnes qui sera trouvé se livrant à la Traite des Esclaves, ainsi que tout bâtiment Égyptien du même tonnage qui sera justement soupçonné d'être destiné à ce Trafic, ou qui s'y sera livré pendant le voyage dans lequel il

Nr. 11475.
Gross-
britannien u.
Ägypten.
21. Nov. 1895.

aura été rencontré. || Ce droit de visite ou de détention pourra être exercé dans une zone s'étendant entre, d'une part, les côtes de l'Océan Indien (y compris celles du Golfe Persique et de la Mer Rouge) depuis le Belouchistan jusqu'à la pointe de Tangalane (Quilimane), et, d'autre part, une ligne conventionnelle qui suit d'abord le méridien de Tangalane jusqu'au point de rencontre avec le 26° degré de latitude sud, se confond ensuite avec ce parallèle, puis contourne l'Île de Madagascar par l'est en se tenant à 20 milles de la côte orientale et septentrionale, jusqu'à son intersection avec le méridien du Cap d'Ambre. De ce point, la limite de la zone est déterminée par une ligne oblique qui va rejoindre la côte de Belouchistan en passant à 20 milles au large du Cap Ras-el-Had. || Tous esclaves capturés par un croiseur Britannique à bord d'un bâtiment Égyptien resteront à la disposition du Gouvernement Britannique, qui s'engage à prendre des mesures efficaces dans le but d'assurer leur liberté. || Le bâtiment et la cargaison, ainsi que l'équipage, seront livrés à l'autorité Égyptienne la plus rapprochée ou la plus convenable, pour être jugés par le Conseil de Guerre visé à l'Article III. || Néanmoins, dans tous les cas où le Commandant du croiseur qui aura effectué la capture se trouverait dans l'impossibilité de consigner à un dépôt Britannique les esclaves capturés, ou quand sous d'autres circonstances il paraîtrait opportun et dans l'intérêt des esclaves capturés qu'ils soient remis aux autorités Égyptiennes, le Gouvernement Égyptien s'engage, sur la demande qui lui en sera faite par le Commandant du croiseur Britannique ou par un officier délégué par lui à cet effet, à se charger des esclaves capturés et à leur assurer leur liberté, avec tous les autres privilèges réservés aux esclaves capturés par l'autorité Égyptienne. || Le Gouvernement Britannique, de son côté, consent à ce que tout bâtiment naviguant sous pavillon Britannique dans la zone maritime indiquée ci-dessus, qui sera trouvé se livrant à la Traite des Esclaves, puisse être visité, saisi, ou détenu par les autorités Égyptiennes, mais il est convenu que le bâtiment et sa cargaison, ainsi que l'équipage, seront livrés pour être jugés, à l'autorité Britannique la plus rapprochée. || Les esclaves capturés seront libérés par le Gouvernement Égyptien et resteront à sa disposition. || Si le Tribunal compétent juge mal fondée la saisie, la détention, ou la poursuite, le Gouvernement du croiseur sera exposé à payer au Gouvernement du bâtiment adverse une compensation appropriée aux circonstances.

Article VIII.

La présente Convention entrera en vigueur à partir du jour où la Loi concernant les crimes et délits relatifs à la Traite et celle réglant la procédure à suivre par les juridictions appelées à les juger, Lois que le Gouvernement Égyptien s'est ci-devant engagé à publier dans les six mois de la présente Convention, auront acquis force obligatoire. || La Convention du 4 Août, 1877, et les Décrets y relatifs cesseront d'être opératifs à partir du jour où la présente Convention entrera en vigueur, mais en attendant la Convention du

4 Août, 1877, et les Décrets y relatifs, resteront en vigueur. || En foi de quoi les Soussignés ont signé la présente Convention, et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Nr. 11475.
Gross-
britannien u.
Ägypten.
21. Nov. 1895.

Fait à Caire, ce 21^e jour de Novembre, 1895.

(L.S.) Boutros Ghali,

Ministre des Affaires Étrangères du Gouvernement
de Son Altesse le Khédivé d'Égypte.

(L.S.) Cromer,

Minister Plenipotentiary, Her Britannic Majesty's Agent
and Consul-General in Egypt.

Annexe (A).

Formant partie intégrante de la Convention signée entre le Gouvernement Égyptien et le Gouvernement Britannique le 21^e Novembre, 1895.

Le Gouvernement continuera, comme par le passé, à entretenir un service spécial pour la répression de la Traite. || Ce service sera chargé de tout ce qui concerne les esclaves et leur affranchissement. Il conservera le contrôle des bureaux de manumission qui sont institués dans chaque Province ou Gouvernorat. Ces bureaux pourvoient à tout ce qui regarde les esclaves et leur affranchissement. || S'il est nécessaire, des nouveaux bureaux d'affranchissement pourront être créés. || Le service de la répression de la Traite aura à sa disposition une force spéciale, chargée de garder les routes venant du Désert, ainsi que les côtes de la Mer Rouge, et en général tous les endroits par lesquels des esclaves passent sur le territoire Égyptien, soit pour l'importation, soit pour le transit. || Le service pour la répression de la Traite est chargé de veiller à la stricte application des Lois et Règlements régissant la Traite et l'esclavage, de rechercher les coupables et de les amener devant les Tribunaux compétents avec les preuves à l'appui.

Boutros Ghali.

Cromer.

Annexe (B).

Faisant partie intégrante de la Convention passée entre les Gouvernements Britannique et Égyptien.

Règlement pour la Surveillance des Bâtiments Égyptiens naviguant dans la Mer Rouge.

Conformément aux stipulations de l'Article 10 de la Loi qui règle la procédure à suivre par les Cours instituées à l'effet de juger les infractions aux lois en vigueur pour la répression de la Traite des Esclaves, il est arrêté que les règles suivantes devront être observées par les propriétaires, affréteurs, capitaines ou garants de bâtiments Égyptiens faisant le commerce dans la Mer Rouge:

Nr. 11475.
 Gross-
 britannien u.
 Ägypten.
 21. Nov. 1895.

1. Tout administré Égyptien, propriétaire, affréteur ou se présentant comme garant de voiliers ou autres bâtiments indigènes au-dessous de 500 tonnes, devra obtenir l'autorisation d'arborer le pavillon national à son bord avant de faire le commerce dans la Mer Rouge.

2. Les demandes de permis d'autorisation d'arborer le pavillon national devront être adressées au Gouverneur de Souakim, au Gouverneur de Suez, au Gouverneur de Kosseir, ou à un officier ou autre personne par eux désignée à cet effet.

3. Le permis d'arborer le pavillon national sera accordé seulement aux propriétaires, affréteurs, ou garants de voiliers indigènes qui satisfairont aux conditions suivantes:— || a) Ils doivent être administrés Égyptiens. || b) Ils doivent offrir des garanties constatant qu'ils possèdent des moyens suffisants pour leur permettre de s'acquitter des amendes ou peines qui pourraient leur être infligées. || c) Ils doivent, de même que le capitaine du bâtiment, jouir d'une bonne réputation et n'avoir jamais subi une condamnation provenant du fait d'avoir pris une part quelconque au commerce des esclaves. || Le capitaine de bâtiment est responsable de l'exécution des cinq Articles suivants depuis l'Article 4 jusqu'à l'Article 8, inclusivement, mais à son défaut, les propriétaires ou affréteurs ou leurs garants seront responsables.

4. Tout voilier indigène devra hisser son pavillon à l'entrée et à la sortie de chaque port et ce pavillon restera hissé pendant la journée, c'est-à-dire entre le lever et le coucher du soleil pendant le séjour à l'ancre du bâtiment dans le port. En mer, il devra hisser son pavillon, toutes les fois qu'il rencontrera un bâtiment de guerre ou un croiseur du Gouvernement ou ses canots. Le voilier sera amené dès que le dit croiseur aura hissé un drapeau rouge avec des carreaux bleu foncé et jaune, ou à la nuit, qu'il aura tiré un coup de canon en hissant un fanal rouge. Si le voilier ne se rend pas à cette sommation, le croiseur aura le droit de faire feu dessus.

5. Tout capitaine de voilier Égyptien naviguant sous le pavillon national doit être pourvu des documents suivants revêtus du timbre du Gouvernement. Ces documents devront être examinés et certifiés exacts par une des autorités mentionnées à l'Article 2 et ce, avant que le bâtiment soit autorisé à quitter le port.

I.—*Permis d'arborer le Pavillon National.*

Ce document qui pourra être le certificat du port ou du Mohafza, portera un numéro matricule et devra contenir le nom et le tonnage du bâtiment ainsi que les indications nécessaires pour établir son identité. Ce permis devra être renouvelé au moins tous les ans et pourra être suspendu ou retiré par les autorités dont il est parlé à l'Article 2. Y seront aussi inscrites, s'il y a lieu, les condamnations subies par les propriétaires, affréteurs ou le capitaine, pour contravention de ces Règlements.

II.—*Liste des Hommes de l'Équipage.*

Cette liste, qui pourra être inscrite sur le certificat du port, devra contenir les noms et le signalement de chaque homme de l'équipage. Elle pourra être délivrée par l'une des autorités mentionnées à l'Article 2, ou par un officier commandant un croiseur dans le service du Gouvernement et devra être renouvelée chaque fois que le bâtiment sera affrété, en tous cas une fois par an au moins. || Aucun nègre ne pourra être inscrit sur la liste avant d'avoir été au préalable questionné au bureau du port. On devra s'y assurer que le nombre des hommes de l'équipage est en proportion avec le tonnage et l'armement du bâtiment. || Au cas où le capitaine serait forcé, par quelques circonstances, d'engager un ou plusieurs marins dans un port autre que celui qu'il a quitté avec la liste d'équipage alors en vigueur, ces marins ne pourront être engagés qu'après autorisation de l'autorité du port et seront portés par cette autorité sur la liste de l'équipage.

Nr. 11475.
Gross-
britannien u.
Ägypten.
21. Nov. 1895.

III.—*Liste des Passagers Nègres.*

Si le capitaine désire recevoir des passagers nègres à son bord, soit dans un port régulier, soit sur un point intermédiaire de la côte Égyptienne, il devra en référer à l'une des autorités mentionnées à l'Article 2, ou à un officier commandant un croiseur au service du Gouvernement qui iront aux renseignements. Si le résultat en est satisfaisant, les noms de ces passagers nègres seront inscrits sur la liste des passagers avec le signalement détaillé de chacun d'eux et indication de son sexe et de sa taille. Les enfants nègres ne pourront être admis comme passagers que dans le cas où ils seraient accompagnés de leurs parents ou par des personnes d'une honorabilité reconnue. Cette liste pourra être inscrite sur le certificat du port ou du Mohafza. || 6. En arrivant dans un port Égyptien quelconque, tout voilier indigène sera inspecté par ordre du Gouverneur. Les listes de l'équipage et des passagers devront être confrontées avec les personnes à bord, et tout changement devra être fait et certifié par le Gouverneur ou son délégué, ou par toute autre personne désignée par lui à cet effet. || 7. Le nom ainsi que le tonnage de chaque voilier indigène, doivent être faits en creux et peints, en grands caractères Latins et Arabes sur la poupe, de même le numéro matricule devra être peint en numéros Latins et Arabes sur la grande voile et sur le proue. La grandeur et la position de toutes ces marques devront être approuvées par l'autorité au port d'enregistrement. || 8. En arrivant dans un port étranger, le capitaine devra se conformer aux Règlements en vigueur dans ce port. || 9. Tout administré Égyptien reconnu coupable d'avoir commis une infraction quelconque ou une contravention aux Articles ci-dessus, ou qui aurait mis obstacle à l'action de tout officier ou autre chargé de faire observer ces Articles, sera jugé sommairement par l'une des autorités mentionnées à l'Article 2, et sera passible d'une amende jusqu'à £ E. 20 ou d'un emprisonnement ne dépassant pas trois mois.

Auszug aus dem Egypt. „Journal Officiel“ vom 26. Januar 1896.

Nr. 11475.
Gross-
britannien u.
Ägypten.
21. Nov. 1895.

Nous, Khédive d'Égypte, || Vu l'Article II de la Convention passée entre les Gouvernements de la Grande-Bretagne et de l'Égypte le 21 Novembre, 1895, pour la répression de la Traite, et dans le but d'arriver à l'abolition de l'esclavage; || Sur la proposition de nos Ministres de l'Intérieur et de la Justice et l'avis conforme de notre Conseil des Ministres, || Le Conseil Législatif entendu,

Décrétions:

Article 1^{er}. Quiconque introduira sur le territoire Égyptien ou ses dépendances, ou en exportera par mer, par rivière, ou par terre, un ou plusieurs esclaves destinés à la vente ou effectuera le transit à travers le dit territoire, d'un ou plusieurs esclaves destinés à la vente, sera passible de la peine des travaux forcés de cinq à quinze ans. || Art. 2. Quiconque aura en sa possession ou confiera à un tiers un ou plusieurs esclaves destinés à être vendus sera passible de la peine des travaux forcés de trois à sept ans. || Art. 3. Quiconque vendra, achètera, échangera des esclaves ou prendra part à ces transactions sera puni suivant les dispositions suivantes: || Si le coupable est un marchand ou un courtier d'esclaves la peine sera de cinq à dix ans de travaux forcés. || La même peine sera applicable au particulier qui aura vendu ou échangé un esclave à un marchand. || Le particulier qui aura acheté un esclave d'un marchand ou courtier d'esclaves sera puni d'un emprisonnement de six mois à deux ans. || La vente, l'achat, ou l'échange de famille à famille seront punis de trois mois à un an d'emprisonnement et d'une amende de £ E. 30 à £ E. 50 ou d'une de ces peines seulement, || Tout chef de famille dans le harem duquel un esclave non muni de lettres d'affranchissement aura été introduit à titre d'achat ou d'échange postérieurement à la promulgation de la présente Loi sera, en l'absence des preuves de sa culpabilité ou complicité d'un des crimes ou délits susmentionnés, puni d'une amende de £ E. 30 à £ E. 50. || Art. 4. Seront punis d'un emprisonnement de six mois à trois ans, ou d'une amende de £ E. 50 à £ E. 300 ceux qui auront privé un affranchi de jouir de sa pleine liberté et de disposer de sa personne. || La peine sera de six mois à cinq ans d'emprisonnement à l'encontre de ceux qui auront empêché un esclave de conquérir ou d'exercer sa liberté par des moyens subreptices ou violents. || Art. 5. Sera puni de la peine de mort ou des travaux forcés de cinq à quinze ans quiconque mutilera un esclave mâle ou participera à sa mutilation. || Art. 6. Les complices des crimes et délits susmentionnés seront punis de la même peine que les auteurs; cependant la peine pourra être réduite jusqu'à la moitié. || Art. 7. La tentative de commettre les mêmes crimes et délits sera punie de la moitié de la peine que l'auteur aurait encourue s'il les eût consommés. || Art. 8. La récidive entraîne l'application du maximum de la peine, qui peut être portée jusqu'au double. || Art. 9. Les mots "complices, tentatives, et récidive" employés dans la présente Loi, doivent être

entendus dans le sens qui leur est donné dans les Articles 68, 69, 8, 9, et 13 du Code Pénal Indigène, || Art. 10. Le capitaine d'un bâtiment transportant des esclaves destinés à la vente sera puni d'une amende qui pourra s'élever à £ E. 20 et d'un emprisonnement de trois mois à trois ans. || Si la complicité du propriétaire est établie, il sera passible de la même amende et puni de la même peine d'emprisonnement et son navire avec sa cargaison seront confisqués. || L'équipage pourra être condamné à la même peine d'emprisonnement. || Art. 11. Dans le cas où il serait établi qu'un navire a été équipé pour le transport d'esclaves, il sera considéré comme s'il avait effectué le transport, et dans le cas où il serait établi que le capitaine ou le propriétaire d'un navire aura fixé le prix de transport ou passé une Convention avec un autre individu pour le transport d'esclaves, le navire sera également considéré comme s'il avait effectué le transport, et l'Article précédent sera applicable aux deux cas. || Art. 12. Dans tous les cas où aux termes de la présente Loi, la peine d'emprisonnement d'un an ou plus sera prononcée, le Tribunal pourra ordonner qu'elle sera subie avec les travaux forcés. || Art. 13. Toute personne arriant en Égypte avec une famille, doit déclarer au bureau des passeports, sans délai, et au bureau d'affranchissement, dans le délai de quinze jours, le nombre d'esclaves domestiques qui se trouvent avec sa famille. || Le bureau d'affranchissement doit lui donner autant de lettres d'affranchissement qu'il y a d'esclaves. || Dans le cas où cette déclaration ne serait pas donnée ou qu'elle serait fautive, la personne sus-indiquée subirait une amende de 7 E. 30 à 7 E. 50. || Art. 14. Nos Ministres de l'Intérieur et de la Justice sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent Décret. || Fait au Palais de Koubbeh, le 21 Janvier, 1896.

(Signé) Abbas Hilmi.

(Unterschriften der Minister.)

Nous, Khédivé d'Égypte, || Vu l'Article III de la Convention passée entre les Gouvernements de la Grande-Bretagne et de l'Égypte, le 21 Novembre, 1895, pour la répression de la Traite et dans le but d'arriver à l'abolition de l'esclavage; || Sur la proposition de notre Ministre de la Justice et l'avis conforme de notre Conseil des Ministres; || Le Conseil Législatif entendu,

Décrétons:

Article 1^{er}. Les infractions à la Loi sur les crimes et délits relatifs à l'esclavage seront déférées à un Tribunal composé de cinq Conseillers de la Cour d'Appel Indigène, dont deux au moins devront être Européens. || Ils seront choisis dans chaque cas particulier par un Arrêté du Ministère de la Justice, qui désignera le Président. || Art. 2. Le Tribunal susdit exercera sa juridiction sur tout le territoire Égyptien et ses dépendances, à l'exception du territoire relevant de l'Égypte au sud d'Assouan et des ports et côtes de la Mer Rouge pour lesquels il est établi ci-dessous une juridiction spéciale; toutefois la ville

Nr. 11475.
Gross-
britannien n.
Ägypten.
21. Nov. 1895.

de Suez sera exclue de cette juridiction spéciale. || La localité où le Tribunal devra siéger sera fixée par le Ministre de la Justice. || Art. 3. Si l'affaire est en état d'être portée à l'audience sans une instruction préparatoire, elle sera présentée immédiatement au Ministre de la Justice, qui réunira le Tribunal dans la huitaine de la réception de la requête. || Le Ministre de la Justice réunira le Tribunal ou d'office ou à la requête du Département pour la Répression de la Traite ou à la requête de l'Agent et Consul - Général Britannique ou de son gérant en son absence. || La requête devra énoncer le fait constituant le crime ou délit avec toutes ses circonstances. || Art. 4. Si la décision de l'affaire exige une instruction préliminaire, elle sera faite immédiatement par les soins du Département pour la Répression de la Traite ou de ses délégués, lesquels auront tous les pouvoirs donnés par le Code d'Instruction Criminelle aux officiers de police judiciaire. Hors le cas de flagrant délit, ils ne pourront faire des arrestations ou des perquisitions domiciliaires sans l'autorisation du Ministre de la Justice, du Ministre de l'Intérieur, ou du Gouverneur de Souakim, suivant les lieux où doit avoir lieu l'arrestation ou la perquisition. || Le fonctionnaire du Département pour la Répression de la Traite qui sera chargé de l'enquête devra informer immédiatement le Moudir ou le Gouverneur qui aura le droit d'assister; toutefois l'absence de ce dernier ne doit pas arrêter ou invalider l'enquête. || Art. 5. L'audience du Tribunal sera publique. La procédure sera orale; mais le Tribunal admettra la lecture de documents écrits. Un représentant du Département pour la Répression de la Traite soutiendra l'accusation. Les inculpés pourront se faire assister d'un défenseur. || On entendra d'abord les témoins de l'accusation, ensuite ceux de la défense. Les sentences seront rendues séance tenante: elles ne seront susceptibles d'aucun recours et seront immédiatement transmises au Ministère de la Justice pour leur exécution. || Dans le cas où le jugement aura été rendu par un Conseil de Guerre, il sera soumis à l'autorité qui aura réuni le Conseil, et en ce qui concerne la confirmation de la décision, on suivra les dispositions de la loi militaire. || Art. 6. Les infractions à la loi sur les crimes et délits relatifs à l'esclavage, commises dans les ports et sur les côtes de la Mer Rouge, à l'exception de Suez, faisant partie du territoire Égyptien ou de ses dépendances et dans la zone maritime délimitée dans l'Article VIII de la Convention entre les Gouvernements Britannique et Égyptien en date du 21 Novembre, 1895, ainsi que sur le territoire relevant de l'Égypte au sud d'Assouan, seront déférées à un Conseil de Guerre. || Art. 7. Le dit Conseil de Guerre sera composé de cinq officiers au moins de l'armée Égyptienne à désigner par le Sirdar qui nommera aussi le Président. || Art. 8. Les dispositions de la présente Loi concernant le tribunal spécial lieront également le Conseil de Guerre en tant qu'elles peuvent lui être appliquées. || Art. 9. En dehors des autorités mentionnées à l'Article 3 de la présente Loi, pourront requérir, la convocation du Conseil de Guerre tous Commandants d'un vaisseau de guerre de Sa Majesté Britannique ou d'un croiseur de Son Altesse le Khédivé. ||

Art. 10. Une Annexe (B) qui fera partie intégrante de la Convention du 21 November, 1895, passée entre les Gouvernements Britannique et Égyptien réglera, conformément à l'Acte de la Conférence de Bruxelles, les formalités à remplir dans les ports de la Mer Rouge par les navires Égyptiens, pour leur sortie et l'inscription de leur équipage et passagers. || Art. 11. Nos Ministres de l'Intérieur et de la Justice sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent Décret.

Nr. 11475.
Gross-
britannien u.
Ägypten.
21. Nov. 1895.

Fait au Palais de Koubbeh, le 21 Janvier, 1896.

(Signe) Abbas Hilmi.

(Unterschriften der Minister.)

Nr. 11476. DEUTSCHES REICH und NICARAGUA. — Freundschafts-, Handels-, Schiffahrts- und Konsularvertrag.

4. Februar 1896.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen u. s. w., im Namen des Deutschen Reiches einerseits, und die Republik Nicaragua andererseits, von dem Wunsche geleitet, Ihre Beziehungen und Interessen gegenseitig zu fördern und zu befestigen, haben beschlossen, einen Freundschafts-, Handels-, Schiffahrts- und Konsularvertrag abzuschliessen. || Zu diesem Ende haben Sie zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich:

Nr. 11476.
Deutsches
Reich und
Nicaragua.
4. Febr. 1896.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen u. s. w.: || Allerhöchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei den Freistaaten von Central-Amerika Friedrich Ludwig Werner von Bergen, || und Seine Excellenz der Präsident des Freistaates Nicaragua: || den Staatsminister der auswärtigen Angelegenheiten Doktor Dón Manuel Coronel Matus, welche nach gegenseitiger Mitteilung ihrer Vollmachten, über nachstehende Artikel sich geeinigt haben:

Artikel 1.

Es soll Friede und immerwährende Freundschaft sein zwischen den Staaten des Deutschen Reiches einerseits und dem Freistaate Nicaragua andererseits, sowie zwischen den beiderseitigen Angehörigen, ohne Unterschied der Personen und der Orte.

Artikel 2.

Es soll gegenseitig vollständige Freiheit des Handels bestehen zwischen allen Gebieten der deutschen Staaten und allen Gebieten des Freistaates Nicaragua. || Die Angehörigen der beiden Hohen vertragenden Teile können frei und in voller Sicherheit mit ihren Schiffen und Ladungen in alle diejenigen Plätze, Häfen und Flüsse Deutschlands und Nicaraguas einlaufen, welche für die Schiffahrt und den Handel irgend einer anderen Nation oder eines anderen Staates jetzt geöffnet sind oder in Zukunft geöffnet sein werden. || Die Deutschen in Nicaragua und die Nicaraguaner in Deutschland werden in dieser Be-

Nr. 11476.
Deutsches
Reich und
Nicaragua.
4. Febr. 1896.

ziehung die nämliche Freiheit und Sicherheit geniessen, wie die Landesangehörigen.

Artikel 3.

Die Angehörigen eines jeden der beiden Hohen vertragenden Teile können gegenseitig mit voller Freiheit jeden Teil der betreffenden Gebiete betreten, daselbst ihren Wohnsitz nehmen, reisen, Gross- und Kleinhandel treiben, Grundstücke, Magazine und Läden, deren sie bedürfen mögen, kaufen, mieten und innehaben, Waren und edle Metalle, in Barren, oder gemünzt, verführen, Konsignationen aus dem Inlande wie aus fremden Ländern annehmen, ohne dass sie in irgend einem Falle anderen allgemeinen oder lokalen Beiträgen, Auflagen oder Verpflichtungen, welcher Art diese auch sein mögen, unterworfen werden können, als solchen, die den Landesangehörigen auferlegt werden oder bereits auferlegt sind. || Es soll ihnen vollkommen freistehen, ihre Geschäfte selbst zu führen, bei den Zollbehörden ihre eigenen Deklarationen einzureichen oder sich hierbei nach Belieben von anderen unterstützen oder vertreten zu lassen, sei es unter dem Namen von Bevollmächtigten, Faktoren, Agenten, Konsignataren, Dolmetschern oder unter anderem Namen. Dasselbe gilt beim Kauf und Verkauf von Gütern, Effekten und Waren, beim Laden, Löschen und Abfertigen ihrer Schiffe. || Sie sind ferner berechtigt, Aufträge auszuführen, welche ihnen von Landsleuten, von Fremden oder von Inländern anvertraut werden, sei es als Bevollmächtigte, Faktoren, Agenten, Konsignatare oder Dolmetscher oder in einer anderen Eigenschaft; und in keinem Falle unterliegen sie dafür anderen Beiträgen oder Auflagen als solchen, welchen die Landesangehörigen unterworfen sind oder sein werden. || Gleiche Freiheit geniessen sie bei allen ihren Käufen und Verkäufen hinsichtlich der Feststellung des Preises jeder Art von Effekten, Waren oder Gegenständen, mögen sie dieselben eingeführt oder für die Ausfuhr bestimmt haben. Es versteht sich jedoch, dass sie in allen diesen Fällen sich nach den Gesetzen und Verordnungen des Landes zu richten haben.

Artikel 4.

Jeder der beiden Hohen vertragenden Teile verpflichtet sich, im eigenen Staate keine Monopole, Entschädigungen oder eigentliche Vorrechte zum Nachteile des Handels, der Flagge und der Angehörigen des anderen Staates zu bewilligen. || Die Bestimmungen dieses Artikels beziehen sich weder auf Gegenstände, deren Handel den respektiven Regierungen vorbehalten ist, noch auf Erfindungspatente, deren Einführung und Anwendung, noch auf Vorrechte, welche auf Grund lästiger Verträge zugestanden sind.

Artikel 5.

Den Angehörigen des einen und des anderen der vertragenden Teile soll in beiden Ländern vollständiger und immerwährender Schutz ihrer Person und ihres Eigentums zu teil werden. Sie sollen freien Zutritt zu allen Gerichtshöfen behufs Verfolgung und Verteidigung ihrer Rechte haben. Zu diesem

Zweck können sie unter allen Umständen Advokaten, Sachwalter und Agenten jeder Art verwenden, welche sie nach ihrem Ermessen dazu bestimmen. || Auch sollen sie die Befugnis haben, bei den Beschlüssen und Urtheilssprüchen der Gerichtshöfe in den Sachen, bei denen sie beteiligt sind, zugegen zu sein, sowie bei den Zeugenvernehmungen und Aussagen, welche stattfinden könnten bei Gelegenheit des Prozessverfahrens, so oft die Gesetze des betreffenden Landes die Öffentlichkeit dieser Handlungen gestatten. || Sie werden im Übrigen in dieser Beziehung die nämlichen Rechte und Vorteile genießen, wie die Landesangehörigen, und denselben Bedingungen unterworfen sein, die den letzteren auferlegt sind oder sein werden.

Nr. 11476.
Deutsches
Reich und
Nicaragua.
1. Febr. 1896.

Artikel 6.

Die Deutschen in Nicaragua und die Nicaraguaner in Deutschland sollen befreit sein sowohl von allen persönlichen Diensten im Heere und in der Marine, in der Landwehr, Bürgerwehr oder Miliz, als auch von der Verpflichtung, politische, administrative und richterliche Ämter und Obliegenheiten zu übernehmen, sowie von allen ausserordentlichen Kriegskontributionen, gezwungenen Anleihen, militärischen Requisitionen oder Dienstleistungen, welcher Art sie auch sein mögen. Überdies können sie in allen Fällen rücksichtlich ihres beweglichen und unbeweglichen Vermögens keinen anderen Lasten, Abgaben und Auflagen unterworfen werden, als denen, welche von den Landesangehörigen oder von den Angehörigen der meistbegünstigten Nation verlangt werden.

Artikel 7.

Die Schiffe, Ladungen, Waren und Effekten von Angehörigen des einen und des anderen Landes können beiderseitig weder einem Beschlagnahmeverfahren unterworfen, noch zum Zweck irgend welcher militärischen Expedition oder einer öffentlichen Verwendung zurückgehalten werden, ohne dass vorher durch die Beteiligten selbst oder durch von ihnen ernannte Sachverständige eine billige Vergütung festgestellt worden ist, welche in jedem Falle hinreicht zur Deckung aller Nachteile, Verluste, Verzögerungen und Schäden, welche ihnen durch den Dienst, dem sie unterworfen wurden, entstanden sind oder entstehen könnten.

Artikel 8.

Die Deutschen, welche sich in Nicaragua, und die Nicaraguaner, welche sich in Deutschland aufhalten, genießen die vollständigste Kultus- und Gewissensfreiheit, und es werden die betreffenden Regierungen nicht zugeben, dass sie belästigt, beunruhigt oder gestört werden wegen ihres religiösen Glaubens oder wegen der Ausübung ihres Gottesdienstes, welchen sie in Privathäusern, Kapellen, Kirchen oder sonstigen für gottesdienstliche Zwecke bestimmten Orten, unter Beobachtung der kirchlichen Schicklichkeit und der den Gesetzen, Sitten und Gebräuchen des Landes gebührenden Achtung ausüben. || Auch sollen die Deutschen und die Nicaraguaner die Befugnis haben,

Nr. 11476. ihre Landsleute, welche in Nicaragua oder in Deutschland mit Tode abgehen, Deutsches Reich und Nicaragua. 4. Febr. 1896. ihre Landsleute, welche in Nicaragua oder in Deutschland mit Tode abgehen, an passenden und angemessenen Orten, welche sie selbst mit besonderer Ermächtigung der Obrigkeit dazu bestimmen und einrichten, oder an den bereits bestehenden und eingerichteten Begräbnisorten, unter welchen die Verwandten und Freunde des Verstorbenen wählen dürfen, zu bestatten und sollen die ihren kirchlichen Gebräuchen entsprechenden Begräbnisfeierlichkeiten in keiner Art gestört, noch die Gräber aus irgend welchem Grunde beschädigt oder zerstört werden.

Artikel 9.

Die Angehörigen eines jeden der vertragenden Teile sollen das Recht haben, in den betreffenden Gebieten des anderen jede Art beweglichen und unbeweglichen Vermögens zu erwerben und zu besitzen, dasselbe mit aller Freiheit auszubeuten und darüber nach ihrem Belieben durch Verkauf, Schenkung, Tausch, Testament oder auf irgend welche andere Weise zu verfügen. Desgleichen können die Angehörigen des einen Landes, welche Güter, die in dem anderen Lande liegen, erben, unbehindert in diejenigen Teile der gedachten Güter, die ihnen ab intestato oder durch Testament zufallen, succedieren und darüber nach Belieben verfügen, vorbehaltlich der Bezahlung der Abgaben vom Verkauf, von der Erbschaft oder anderer Art, wie sie die Angehörigen des Landes in gleichen Fällen zu erlegen haben. || Von dem Vermögen, welches unter irgend einem Rechtstitel von einem Deutschen in Nicaragua oder von einem Nicaraguaner in Deutschland erworben ist und aus dem Lande geführt wird, darf weder in dem einen noch in dem anderen Lande die unter dem Namen *jus detractus*, *gabella hereditaria*, *census emigrationis* bekannte, noch irgend eine andere Abgabe erhoben werden, welcher die Angehörigen des Landes nicht unterworfen sind oder sein werden.

Artikel 10.

§ 1. Die beiden Hohen kontrahierenden Teile, von dem Wunsche beiseelt, etwaige Schwierigkeiten in Betreff der Nationalität zu vermeiden, kommen dahin überein, dass als Nicaraguaner in Deutschland und als Deutsche in Nicaragua diejenigen anzusehen sind, welche, nachdem sie sich in die Staaten des anderen Teiles begeben haben, um daselbst zu leben, sich die Nationalität ihres Heimatlandes in Gemässheit der Gesetze desselben bewahrt haben. || § 2. Ausserdem sind sie übereingekommen, dass die in Deutschland geborenen ehelichen Kinder eines nicaraguanischen Vaters als Nicaraguaner, die in Nicaragua geborenen ehelichen Kinder eines Deutschen als Deutsche gelten sollen. || § 3. Dessenungeachtet müssen die Söhne, sobald sie nach den vaterländischen Gesetzen die Grossjährigkeit erlangen, durch seitens der im Lande beglaubigten diplomatischen Agenten legalisierte Urkunden vor der hierzu von der betreffenden Regierung bestimmten Behörde nachweisen, dass sie die auf den Militärdienst ihrer Nation bezüglichen Gesetze genau erfüllt haben oder zu erfüllen im Begriffe stehen. || Im Falle, dass sie dieser Bestimmung innerhalb der zwölf

auf den Tag der Erlangung der Grossjährigkeit folgenden Monate nicht nachkommen sollten, können sie als Bürger des Landes ihrer Geburt angesehen werden. || § 4. Die Nachkommen derjenigen Individuen, welche die Nationalität ihres Vaters auf Grund des § 3 bewahrt haben, können als Bürger desjenigen Landes betrachtet werden, in welchem sie geboren sind.

Nr. 11476.
Deutsches
Reich und
Nicaragua.
4. Febr. 1896.

Artikel 11.

Wenn (was Gott verhüten wolle) der Friede zwischen den beiden Hohen kontrahierenden Teilen gestört werden sollte, so soll den Angehörigen des einen Staates, welche zu der Zeit in dem Gebiete des anderen sich befinden, der Aufenthalt daselbst und der Betrieb ihres Berufes oder Gewerbes gestattet bleiben, ohne dass sie auf irgend welche Art, insbesondere durch ausserordentliche Steuern, Leistungen oder Kontributionen, welche nicht zugleich alle Angehörigen des Landes treffen, belästigt werden, und der volle Genuß ihrer Freiheit und ihrer Güter soll ihnen gelassen werden, solange sie sich keiner Verletzung der Landesgesetze schuldig machen. || Wenn dieselben aber vorziehen sollten, während des Kriegszustandes das Land zu verlassen, so soll ihnen das gleichfalls gestattet sein, und sie sollen demgemäss ungehindert ihre Geschäfte ordnen, über ihr Eigentum verfügen und den Erlös ohne Abzug mitführen können. In diesem Falle wird ihnen ein Geleitsbrief erteilt werden, um sich in einem Hafen, den sie nach ihrer Wahl selbst bezeichnen mögen einzuschiffen, vorausgesetzt, daß derselbe vom Feinde weder besetzt noch blockiert ist, noch ihre eigene Sicherheit oder die des Staates die Abreise über diesen Hafen verbietet, in welchem Falle dieselbe stattfinden wird, wie und wo es geschehen kann.

Artikel 12.

In dem Falle eines Krieges oder eines Zerwürfnisses zwischen beiden Ländern werden das bewegliche und unbewegliche Eigentum, die Kredite und Forderungen der betreffenden Staatsangehörigen, welcher Art sie auch seien, weder einer Beschlagnahme, noch einer Sequestration, noch anderen Lasten oder Auflagen unterworfen werden, als denjenigen, welche von allen Angehörigen des Landes erhoben werden.

Artikel 13.

Die deutschen Kaufleute in Nicaragua und die nicaraguanischen Kaufleute in Deutschland werden bei ihrem Handel alle Rechte, Freiheiten und Zollbefreiungen geniessen, welche den Angehörigen der meistbegünstigten Nation gewährt sind oder in Zukunft gewährt werden. || Infolgedessen können in Deutschland auf die Erzeugnisse des Bodens und Gewerbefleisses von Nicaragua und in Nicaragua auf die Erzeugnisse des deutschen Bodens und Gewerbefleisses keine anderen oder höheren Eingangsabgaben gelegt werden, als diejenigen, denen die nämlichen Erzeugnisse der meistbegünstigten Nation unterworfen sind oder unterliegen werden. Derselbe Grundsatz soll für die

Nr. 11476. Ausfuhr gelten. Kein Verbot und keine Beschränkung der Einfuhr oder Ausfuhr irgend eines Artikels soll in dem gegenseitigen Handel der beiden Länder Anwendung finden, wenn dieselben sich nicht gleichmässig auf alle anderen Nationen erstrecken, und die Förmlichkeiten, welche zum Beweise des Ursprungs und der Herkunft der in eines der beiden Länder eingeführten Waren verlangt werden mögen, sollen gleichfalls gemeinsam sein für alle anderen Nationen.

Artikel 14.

Die Schiffe eines jeden der beiden Teile, welche in die Häfen des anderen einlaufen oder von denselben ausgehen, werden keinen anderen oder höheren Abgaben an Tonnen-, Leucht-, Hafen-, Lootsen-, Quarantäne- und anderen den Schiffskörper betreffenden Gebühren unterworfen sein, als denjenigen, welchen beziehentlich die Schiffe des eigenen Landes unterworfen sind oder sein werden. || Die Tonnengelder und andere Abgaben, welche im Verhältnis der Tragfähigkeit der Schiffe erhoben werden, werden in Nicaragua von deutschen Schiffen nach Massgabe des deutschen Schiffsregisters berechnet, und umgekehrt.

Artikel 15.

Gegenstände aller Art, welche in die Häfen des einen der beiden Länder unter der Flagge des anderen eingeführt werden, sollen, welches auch ihr Ursprung sein, und aus welchem Lande auch die Einfuhr erfolgen möge, keine anderen oder höheren Eingangsabgaben entrichten, und keinen anderen Lasten unterworfen sein, als wenn sie unter Nationalflagge eingeführt würden. || Dergleichen sollen Gegenstände aller Art, welche aus einem der beiden Länder unter der Flagge des anderen, nach welchem Lande es auch sein möge, ausgeführt werden, keinen anderen Abgaben oder Förmlichkeiten unterworfen sein, als wenn sie unter der Nationalflagge ausgeführt würden.

Artikel 16.

Die deutschen Schiffe in Nicaragua und die nicaraguanischen Schiffe in Deutschland können einen Teil ihrer aus dem Auslande kommenden Ladung in dem einen Hafen und den Rest dieser Ladung in einem oder mehreren anderen Häfen desselben Landes entlöschten, und nicht minder können sie ihre Rückfracht teilweise in verschiedenen Häfen des gedachten Landes einnehmen, ohne in jedem Hafen andere oder höhere Abgaben zu entrichten, als diejenigen, welche unter ähnlichen Umständen die Schiffe des eigenen Landes entrichten oder zu entrichten haben werden. || Bezüglich der Küstenfrachtfahrt werden die beiderseitigen Angehörigen behandelt werden, wie die Angehörigen der meistbegünstigten Nation.

Artikel 17.

Schiffe im Besitze von Angehörigen des einen der beiden Hohen tragenden Teile, welche an den Küsten des anderen Schiffbruch leiden oder stranden sollten, oder welche infolge von Seenot oder erlittener Havarei in

die Häfen des anderen Theiles einlaufen oder dessen Küsten berühren, sind keinerlei Schifffahrtsabgaben, welcher Art oder welches Namens, unterworfen, mit Ausnahme derjenigen, welchen in ähnlichen Umständen die Nationalschiffe unterliegen oder unterworfen sein werden. || Überdies ist es ihnen gestattet, auf andere Schiffe überzuladen oder ihre ganze Ladung oder einen Teil derselben, um das Verderben der Waren zu verhüten, am Lande und in Magazinen unterzubringen, ohne dafür andere Gebühren zu entrichten, als die Entlöschungskosten und die auf die Miete öffentlicher Magazine und den Gebrauch öffentlicher Schiffswerfte zum Zweck der Unterbringung der Waren und Ausbesserung des Schiffes bezüglichen. || Zu diesem Zweck, sowie um sich mit Lebensmitteln zu versorgen und sich in den Stand zu bringen, ihre Reise unbehindert fortzusetzen, soll ihnen jede Art von Erleichterung und Schutz gewährt werden.

Nr. 11476.
Deutsches
Reich und
Nicaragua.
4. Febr. 1896.

Artikel 18.

Als deutsche Schiffe werden in Nicaragua und als nicaraguanische Schiffe werden in Deutschland alle diejenigen erachtet werden, welche unter der betreffenden Flagge fahren und mit solchen Schiffspapieren und Urkunden versehen sind, wie sie die Gesetze der beiden Länder erfordern, um die Nationalität der Handelsschiffe nachzuweisen.

Artikel 19.

Schiffe, Waren und andere den betreffenden Staatsangehörigen eigentümliche Gegenstände, welche innerhalb der Gerichtsbarkeit des einen der beiden vertragenden Teile oder auf hoher See von Piraten geraubt und nach den Häfen, Flüssen, Rheden oder Buchten im Gebiete des anderen Theiles gebracht oder daselbst angetroffen werden, sollen ihren Eigentümern gegen Erstattung der Kosten der Wiedererlangung, wenn solche entstanden und von den kompetenten Behörden zuvor festgestellt sind, zurückgegeben werden, sobald das Eigentumsrecht vor diesen Behörden nachgewiesen sein wird, auf eine Reklamation hin, welche innerhalb einer Frist von zwei Jahren von den Beteiligten oder deren Bevollmächtigten oder von den Vertretern der betreffenden Regierungen angebracht werden muss.

Artikel 20.

Die Kriegsschiffe des einen der beiden vertragenden Teile können in alle Häfen des anderen, welche der meistbegünstigten Nation geöffnet sind, einlaufen, daselbst verweilen, Bedarf einnehmen und Ausbesserungen vornehmen; sie sind daselbst den nämlichen Vorschriften unterworfen und geniessen dieselben Vorteile, als die Kriegsschiffe der meistbegünstigten Nation.

Artikel 21.

Jeder der beiden Hohen vertragenden Teile kann in den Gebieten des anderen Konsuln ernennen; diese Agenten werden jedoch nicht eher in die

Nr. 11476.
Deutsches
Reich und
Nicaragna.
4. Febr. 1896.

Ausübung ihrer Verrichtungen eintreten, noch der mit ihrem Amt verbundenen Rechte, Vorrechte und Freiheiten teilhaftig werden, bis sie das Exequatur der Territorial-Regierung erhalten haben, welche letztere sich vorbehält, die Aufenthaltsorte zu bestimmen, an denen sie Konsuln zulassen will. Es versteht sich, dass in dieser Beziehung die Regierungen sich gegenseitig keine anderen Beschränkungen auferlegen werden, als diejenigen, die in ihrem Lande allen Nationen gemeinsam sind.

Artikel 22.

Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten, sowie die ihrer Mission beigegebenen Konsulareleven, Kanzler und Sekretäre werden in beiden Ländern alle Vorrechte, Befreiungen und Freiheiten geniessen, welche an dem Orte ihres Aufenthalts den Agenten desselben Ranges der meistbegünstigten Nation bewilligt werden mögen. || Die Berufskonsuln (*consules missi*) sollen, sofern sie Angehörige desjenigen vertragenden Teiles sind, welcher sie ernannt hat, von Militäreinquartierung befreit sein, sowie von direkten, Personal-, Mobiliar- oder Luxussteuern, mögen solche vom Staate oder der Kommune auferlegt sein. || Sollten jedoch die genannten Beamten Kaufleute sein oder ein Gewerbe betreiben oder unbewegliches Eigentum besitzen, so werden sie in Beziehung auf die Lasten und Abgaben von solchem Gewerbe oder Eigentum wie die Angehörigen ihres Landes angesehen. || Die Berufskonsuln (*consules missi*) sollen, sofern sie Angehörige desjenigen vertragenden Teiles sind, welcher sie ernannt hat, der persönlichen Immunität geniessen und nur wegen schwerer strafbarer Handlungen festgenommen oder verhaftet werden. Was die Konsuln anlangt, welche Angehörige des Landes sind, in dem sie ihren Sitz haben, oder welche Handel treiben, so versteht sich die persönliche Immunität nur von Schulden und anderen Verbindlichkeiten, welche nicht herrühren aus den Handelsgeschäften, die sie selbst oder durch ihre Untergebenen betreiben. || Die gedachten Agenten können über dem äusseren Eingang ihrer Wohnung ein Schild mit dem Wappen ihres Landes und der Inschrift: Konsulat von . . . anbringen, und ebenso können sie die Flagge ihres Landes an dem Konsulatsgebäude aufziehen. Diese äusseren Abzeichen werden jedoch niemals angesehen werden als ein Recht gebend auf Gewährung des Asyls. || Im Falle des Todes, der Behinderung oder der Abwesenheit der Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten werden die Konsulareleven, Kanzler und Sekretäre von Rechtswegen zur einstweiligen Besorgung der Konsulatsgeschäfte zugelassen werden.

Artikel 23.

Die Archive und im allgemeinen alle Papiere der betreffenden Konsulatskanzleien sind unverletzlich und können unter keinem Vorwande und in keinem Falle von seiten der Landesbehörde weggenommen oder durchsucht werden.

Artikel 24.

Die betreffenden Generalkonsuln und Konsuln haben die Befugnis, Vizekonsuln und Konsularagenten in den verschiedenen Städten, Häfen oder Orten ihres Konsularbezirks einzusetzen, wenn das Interesse des ihnen anvertrauten Amtes dies erheischt; es versteht sich jedoch mit dem Vorbehalte der Genehmigung und der Erteilung des „Exequatur“ seitens der Regierung des Landes. || Solche Agenten können sowohl aus der Zahl der beiderseitigen Angehörigen, als der Fremden ernannt werden.

Nr. 11476.
Deutsches
Reich und
Nicaragua.
4. Febr. 1896.

Artikel 25.

Die betreffenden Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln oder Konsularagenten können bei Todesfällen ihrer Landsleute, wenn solche ohne Hinterlassung eines Testaments oder ohne Namhaftmachung von Testamentsvollstreckern verstorben sind: || 1. von Amtswegen oder auf Antrag der beteiligten Parteien das bewegliche Vermögen und die Papiere des Verstorbenen unter Siegel legen, indem sie von der bevorstehenden Handlung der zuständigen Ortsbehörde Nachricht geben, damit diese in Ausübung ihrer Gerichtsbarkeit derselben beiwohne, und, wenn sie es für passend hält, ihre Siegel mit den von dem Konsul angelegten kreuze. || Diese doppelten Siegel können nur im beiderseitigen Einverständnis abgenommen werden; || 2. ein Verzeichnis des Nachlasses aufnehmen, und zwar in Gegenwart der zuständigen Behörde, wenn diese glaubt, zugegen sein zu sollen; || 3. zum Verkauf der zum Nachlass gehörigen beweglichen Gegenstände nach den Gesetzen des Landes verschreiten sobald dieselben mit der Zeit sich verschlechtern würden oder der Konsul den Verkauf im Interesse der Erben des Verstorbenen für nützlich crachtet; || 4. persönlich den Nachlass verwalten oder liquidieren, oder unter ihrer eigenen Verantwortlichkeit einen oder mehrere Bevollmächtigte für die Verwaltung und Liquidierung des Nachlasses ernennen. || Die Konsuln sind jedoch verpflichtet, den Tod ihrer Landsleute in einer der Zeitungen anzukündigen, welche innerhalb ihres Distrikts erscheinen, und sie dürfen den Nachlass oder den Erlös für denselben den gesetzlichen Erben oder deren Bevollmächtigten nicht früher ausantworten, als bis allen Verbindlichkeiten, welche der Verstorbene im Lande eingegangen sein könnte, Genüge geschehen oder ein Jahr seit dem Tage der Bekanntmachung des Todesfalles verflossen ist, ohne dass ein Anspruch an den Nachlass geltend gemacht wurde. || Wenn an dem Wohnorte des Verstorbenen kein Konsul vorhanden ist, so sollen die zuständigen Behörden selbst diejenigen geeigneten Massregeln treffen, welche im gleichen Falle hinsichtlich des Vermögens der Angehörigen des Landes getroffen werden würden, und haben sie dem nächsten Konsuln oder Konsularagenten sobald als möglich von dem Todesfalle Nachricht zu geben, und es werden die Amtshandlungen von dem Konsul oder Konsularagenten von dem Augenblicke an weitergeführt werden, wo er sich entweder selbst oder in der Person eines Beauftragten am Orte einfindet. || Die Generalkonsuln, Konsuln,

Nr. 11476. Vizekonsuln und Konsularagenten werden als Vormünder der Waisen und Minderjährigen ihres Landes angesehen werden, und auf Grund dessen können sie alle Sicherungsmassregeln ergreifen, welche deren persönliches Wohl und die Sorge für deren Vermögen erheischt; sie können letzteres verwalten und allen Obliegenheiten eines Vormundes sich unterziehen, unter der Verantwortlichkeit, welche die Gesetze ihres Landes bestimmen.

Artikel 26.

Den beiderseitigen Generalkonsuln, Consuln, Vizekonsuln oder Konsularagenten steht ausschliesslich die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung an Bord der Handelsschiffe ihrer Nation zu. Sie allein haben demgemäss Streitigkeiten jeder Art zwischen den Schiffsführern und der Schiffsmannschaft zu schlichten, insbesondere auch Streitigkeiten, welche sich auf die Heuer und die Erfüllung sonstiger Verträge beziehen. Die Lokalbehörden dürfen nur dann einschreiten, wenn die vorkommenden Unordnungen derart sind, dass die Ruhe und die öffentliche Ordnung am Lande oder im Hafen dadurch gestört wird, oder wenn ein Landesangehöriger oder eine nicht zur Schiffsmannschaft gehörige Person beteiligt ist. || In allen anderen Fällen haben die gedachten Behörden sich darauf zu beschränken, der Konsulatsbehörde auf Verlangen Beistand zu leisten, wenn die letztere zur Verhaftung einer in die Musterrolle eingetragenen Person schreiten zu müssen glaubt, um dieselbe in vorläufigem Gewahrsam zu halten und demnächst an Bord zurückzuführen. || In Allem, was die Hafenzolizei, das Laden und Ausladen der Schiffe, die Sicherheit der Waren, Güter und Effekten betrifft, sind die Angehörigen der beiden Länder den Gesetzen und Einrichtungen des betreffenden Gebietes gegenseitig unterworfen.

Artikel 27.

Die betreffenden Generalkonsuln, Consuln, Vizekonsuln oder Konsularagenten können diejenigen Seelute, welche von Schiffen ihres Landes entwichen sind, verhaften oder an Bord oder in ihre Heimat zurücksenden lassen. Zu diesem Zweck haben sie sich schriftlich an die zuständige Ortsbehörde zu wenden und durch Vorlegung des Schiffsregisters oder der Musterrolle oder einer beglaubigten Abschrift dieser Urkunden nachzuweisen, dass die reklamierten Leute wirklich zur Schiffsmannschaft gehört haben. Auf einen in dieser Art begründeten Antrag darf die Auslieferung nicht verweigert werden, auch soll jede Hülfe und jeder Beistand zur Aufsuchung, Ergreifung und Verhaftung solcher Entwichenen gewährt, und sollen dieselben auf den Antrag und auf Kosten der gedachten Agenten in die Gefängnisse abgeführt und dasselbst in Gewahrsam gehalten werden, bis diese Agenten eine Gelegenheit zur Wiedereinlieferung oder Heimsendung finden. Wenn sich jedoch eine solche Gelegenheit innerhalb dreier Monate, vom Tage der Festnahme an gerechnet, nicht bietet, so werden die Verhafteten in Freiheit gesetzt und können aus demselben Grunde nicht wieder verhaftet werden. || Die Hohen vertragenden

Teile sind darüber einverstanden, dass Seeleute und andere Personen der Schiffsmannschaft, welche Angehörige des Landes sind, in welchem die Entweichung stattfindet, von den Bestimmungen dieses Artikels ausgenommen sein sollen.

Nr. 11476.
Deutsches
Reich und
Nicaragua.
4. Febr. 1896.

Artikel 28.

Sofern keine Verabredungen zwischen den Rhedern, Befrachtern und Versicherer entgegenstehen, werden die Havereien, welche Schiffe der beiden Länder auf hoher See oder auf der Fahrt nach den betreffenden Häfen erlitten haben, von den Generalkonsuln, Konsuln und Vizekonsuln oder Konsularagenten ihres Landes geregelt, es sei denn, dass Angehörige des Landes, in dem die gedachten Agenten ihren Sitz haben, an den Havereien beteiligt sind, in welchem Falle diese durch die Ortsbehörden geregelt werden sollen, dafern kein gütliches Abkommen zwischen den Parteien zu stande kommt.

Artikel 29.

Wenn ein Regierungsschiff oder das Schiff eines Angehörigen eines der Hohen vertragenden Teile an den Küsten des anderen Teiles Schiffbruch leidet oder strandet, so sollen die Ortsbehörden den Generalkonsul, Konsul, Vizekonsul oder Konsularagenten des Bezirks oder, in dessen Ermangelung, den dem Orte des Unfalles nächsten Generalkonsul, Konsul, Vizekonsul oder Konsularagenten davon benachrichtigen. || Alle Rettungsmassregeln bezüglich der in den deutschen Territorialgewässern gescheiterten oder gestrandeten nicaraguanischen Schiffe sollen nach Massgabe der Landesgesetze erfolgen, und umgekehrt sollen alle Rettungsmassregeln in Bezug auf deutsche in Territorialgewässern von Nicaragua gescheiterte oder gestrandete Schiffe in Gemässheit der Gesetze des Landes erfolgen. || Die Konsulatsbehörden haben in beiden Ländern nur einzuschreiten, um die auf die Ausbesserung und Neuverproviantierung oder, eintretendenfalls, auf den Verkauf des an der Küste gestrandeten oder beschädigten Schiffes bezüglichen Massregeln zu überwachen. || Für die Intervention der Ortsbehörden sollen in allen diesen Fällen keinerlei Kosten erhoben werden, ausser solchen, welche durch die Rettungsmassregeln und durch die Erhaltung der geborgenen Gegenstände veranlasst sind, oder welchen in ähnlichen Fällen die Schiffe des eigenen Landes unterworfen sind oder sein werden. || Die Hohen vertragenden Teile sind ausserdem darüber einverstanden, dass die geborgenen Waren der Entrichtung einer Zollabgabe nicht unterworfen werden sollen, es sei denn, dass sie zum inneren Verbrauch zugelassen werden.

Artikel 30.

Die beiden Hohen kontrahierenden Teile sind einverstanden, dass sie sich gegenseitig in Handels-, Schiffahrts- und Konsulatssachen ebenso viele Rechte und Privilegien zugestehen wollen, als der meistbegünstigten Nation eingeräumt sind oder in Zukunft eingeräumt werden mögen, und es werden unter Privilegien, Befreiungen, Rechten u. s. w. der „meistbegünstigten Nation“ diejenigen Privi-

Nr. 11476. legien, Befreiungen und Rechte u. s. w. verstanden, welche durch irgend welchen Vertrag oder irgend welche Konvention, unter welchem Namen dieses auch sein möge — wie Meistbegünstigungs-, Friedens-, Freundschafts-, Handels-, Konsular-, Reziprozitätsvertrag, Tarifkonvention — einer anderen Nation gewährt worden sind oder gewährt werden sollten, welches auch immer die Ursachen solcher Privilegien, Befreiungen, Konzessionen oder Ermässigungen in den Zolltarifen u. s. w. u. s. w. sein sollten, und welches auch immer die von einem oder von beiden vertragschliessenden Teilen zu dem Zweck gewährten Konzessionen sein sollten, um diese Vertrags- oder Konventions-Abmachungen zu erhalten.

Artikel 31.

Der gegenwärtige Vertrag soll von dem Tage des Austausches der Ratifikationen an zehn Jahre in Geltung bleiben, und wenn weder der eine noch der andere der beiden Teile zwölf Monate vor Ablauf dieser Frist durch eine amtliche Erklärung seine Absicht ankündigt, die Wirksamkeit dieses Vertrages aufhören zu lassen, so wird derselbe für ein weiteres Jahr in Kraft bleiben und so fort bis zum Ablaufe eines Jahres, nachdem die erwähnte amtliche Ankündigung stattgefunden haben wird.

Artikel 32.

Es ist verabredet worden, dass die besonderen Vorteile, welche der Freistaat Nicaragua den übrigen vier mittelamerikanischen Freistaaten oder einem derselben eingeräumt hat oder künftig einräumen wird, deutscherseits auf Grund des in diesem Vertrage zugestandenen Meistbegünstigungsrechts nicht beansprucht werden können, so lange jene Vorteile auch allen anderen dritten Staaten vorenthalten werden.

Artikel 33.

Der gegenwärtige Vertrag, aus dreiunddreissig Artikeln bestehend, soll ratifizirt und es sollen die Ratifikationen in Nicaragua oder in Guatemala ausgetauscht werden, innerhalb einer Frist von achtzehn Monaten oder früher, wenn dies möglich ist. || Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und beziehentlich mit ihren Siegeln untersegelt. || So geschehen in der Stadt Managua in zwei Originalen am vierten Februar eintausendachthundertsechundneunzig.

(L. S.)

Werner von Bergen.
M. C. Matus.

Anlage.

Denkschrift, dem Reichstage bei Einbringung des vorstehenden Vertrages vorgelegt.

Zwischen dem Reich und Nicaragua hat bisher kein Handelsvertrag bestanden. Die verhältnismässig erhebliche Bedeutung der beide Länder verknüpfenden Verkehrsbeziehungen lässt jedoch deren vertragsmässige Regelung wünschenswert erscheinen. — Den Haupterwerbszweig Nicaraguas bildet der

Kaffeebau, worin deutsches Kapital und deutscher Unternehmungsgeist in nicht unbeträchtlichem Maße thätig sind. Nach summarischen Angaben, die nicaraguanischen Quellen entstammen, wurden im Jahre 1895 etwa 9,3 Millionen Kilogramm Kaffee im Werte von rund 5,5 Millionen Silberdollar*) aus Nicaragua ausgeführt. Hiervon gingen etwa 5,6 Millionen Kilogramm, also rund 60 Prozent, nach Deutschland. Die Gesamtausfuhr Nicaraguas — mit Ausnahme der Ausfuhr von Kontanten — betrug 1895 dem Werte nach rund 8,5 Millionen Silberdollar, wovon auf Deutschland an Kaffee und ausserdem einigen geringfügigen Mengen von Farbholz, Kautschuk, Häuten u. s. w. etwas über 3,3 Millionen entfielen. Die Einfuhr Nicaraguas belief sich 1895 für Güter aller Art — mit Ausnahme der Kontanten — auf rund 5 Millionen Silberdollar. Hierbei nimmt Deutschland, welches namentlich seine mannigfaltigen Industrieerzeugnisse liefert, mit rund 1 Million hinter Grossbritannien mit rund 1,6 und den Vereinigten Staaten von Amerika mit rund 1,4 Millionen die dritte Stelle ein. Nach der hamburgischen Statistik**) betrug im Warenverkehr des Jahres 1895 die Ausfuhr aus Hamburg zur See nach Nicaragua rund 2 150 000 Mark, während die Einfuhr von dort zur See nach Hamburg auf rund 7 774 000 Mark (darunter Kaffee für 7 530 000 Mark) angegeben ist. Corinto, der an der pazifischen Küste belegene Haupthafen von Nicaragua, wurde im Jahre 1895 durch 30 deutsche Schiffe von zusammen 39 518 Registertonnen angelaufen. Die Interessen der in Nicaragua ansässigen Deutschen nehmen fortdauernd an Bedeutung zu. || Nach mehrjährigen, wiederholt unterbrochenen Verhandlungen ist am 4. Februar d. J. der jetzt vorliegende Freundschafts-, Handels-, Schiffahrts- und Konsularvertrag zwischen dem Reich und Nicaragua zu Stande gekommen. || Dieser Vertrag, welcher inzwischen bereits von dem nicaraguanischen Kongress genehmigt worden ist, schliesst sich bis auf wenige Abweichungen an das Vorbild des Freundschafts-, Handels-, Schiffahrts- und Konsularvertrages zwischen dem Reich und Guatemala vom 20. September 1887 an (vergl. Reichs-Gesetzbl. 1888 S. 238). Er beruht gleichfalls auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit. Im Einzelnen ist noch Folgendes zu bemerken:

Die Artikel 1 bis 29 des vorliegenden Vertrages stimmen mit den entsprechenden Artikeln des Vertrages mit Guatemala überein. Artikel 1 enthält die Friedensklausel. Artikel 2 setzt für den Verkehr zwischen beiden Ländern das Prinzip der Freiheit des Handels und der Schiffahrt fest. Durch Artikel 3, 5 und 9 werden die Deutschen in Nicaragua und die Nicaraguaner in Deutschland den Inländern insbesondere hinsichtlich des Rechtes gleichgestellt, im Lande zu reisen, daselbst zu wohnen, Handel und Geschäfte zu treiben, Grundstücke und sonstiges Vermögen zu erwerben und zu besitzen,

*) 1 Silberdollar gleich etwas über 2 Mark.

**) Die Reichsstatistik führt Nicaragua nicht getrennt von den vier übrigen mittelamerikanischen Freistaaten auf.

Nr. 11476.
Deutsches
Reich und
Nicaragua.
4. Febr. 1896.

sowie sich an die Gerichte zu wenden. Im Artikel 4 verpflichten sich die vertragschliessenden Teile, den Handel in ihren Gebieten nicht durch die Erteilung ungerechtfertigter Monopole und Privilegien zu beschränken. Artikel 6 in Verbindung mit Artikel 7 befreit die Angehörigen des einen Teiles im Gebiete des anderen Teiles vom Militär- und zwangsweisen Civildienst, sowie von Kriegskontributionen, Zwangsanleihen und sonstigen Leistungen zu militärischen Zwecken mit der Massgabe, dass von dem Recht der Angarien (Beschlagnahme oder Zurückhaltung von Schiffen, Ladungen u. s. w. für militärische Unternehmungen oder öffentliche Verwendungen) nur nach vorgängiger vollständiger Entschädigung Gebrauch gemacht werden darf. Hinsichtlich der Entrichtung von Steuern und Abgaben wird wechselseitig den Angehörigen des anderen Teiles die Gleichstellung mit den Inländern gewährt. Artikel 8 enthält die Zusicherung der Kultus- und Gewissensfreiheit. Artikel 10 regelt die Frage der Staatsangehörigkeit und schreibt vor, dass die nach Nicaragua ausgewanderten Deutschen oder die nach Deutschland ausgewanderten Nicaraguaner, sowie ihre in der neuen Heimat geborenen Kinder, sofern gewisse Voraussetzungen erfüllt sind, nicht zwangsweise dem Indigenat der neuen Heimat unterstellt werden dürfen. Artikel 11 und 12 treffen für den Fall, dass zwischen den vertragschliessenden Teilen Krieg ausbrechen sollte, Bestimmungen zum Schutz der Person und des Eigentums der beiderseitigen Staatsangehörigen. Artikel 13 setzt betreffs des Handels der Angehörigen des einen in dem Gebiete des anderen Teiles und betreffs der im Warenverkehr zwischen beiden Ländern zu erhebenden Einfuhr- oder Ausfuhrzölle, sowie der etwaigen Einfuhr- oder Ausfuhrverbote das Meistbegünstigungsrecht fest. Artikel 14 schliesst die Erhebung differentieller Schiffsfahrts-, Quarantäne- oder ähnlicher Gebühren, Artikel 15 die Erhebung differentieller Flaggenzölle aus, indem in diesen Beziehungen die Schiffe beider Teile den nationalen Schiffen gleichgestellt werden; Artikel 14 bestimmt zudem, dass für die Berechnung der Schiffsgebühren die heimatliche Vermessung der Schiffe wechselseitig anerkannt werden soll. Artikel 16 lässt die deutschen Schiffe in Nicaragua und die nicaraguanischen Schiffe in Deutschland zur Staffelschiffahrt zu; dagegen wird hinsichtlich der Küstenschiffahrt beiderseitig nur das Meistbegünstigungsrecht gewährt. Artikel 17 trifft Bestimmung über die Behandlung der in Not geratenen Schiffe und ihrer Ladungen, Artikel 18 über die gegenseitige Anerkennung der Nationalität der Schiffe. Artikel 19 betrifft die Behandlung der etwa von Piraten geraubten Schiffe und Waren. Artikel 20 setzt fest, dass die Kriegsschiffe beider Teile wechselseitig nach dem Meistbegünstigungsrecht behandelt werden sollen. Die Artikel 21 bis 29 endlich treffen Bestimmung über die Zulassung von Konsuln, über ihre Vorrechte und ihre amtlichen Befugnisse, insbesondere auf dem Gebiete der Nachlassregulirung und in Schiffahrtssachen. || Artikel 30 des vorliegenden Vertrages bringt in Ergänzung der in den vorhergehenden Artikeln bereits enthaltenen bezüglichlichen Zusicherungen noch besonders zum Ausdruck, dass die

vertragschliessenden Teile sich gegenseitig in allen Handels-, Schifffahrts- und Konsulatssachen das Meistbegünstigungsrecht zugestehen. Die Abweichung vom Wortlaut des entsprechenden Artikels im Verträge mit Guatemala ist gewählt, um ausser Zweifel zu stellen, dass die gegenseitige Einräumung des Meistbegünstigungsrechtes — unbeschadet der Bestimmung im Artikel 32 (vergl. unten) — an keinerlei Bedingung oder Einschränkung geknüpft sein soll. || Der Artikel 31 des Vertrages mit Guatemala, wonach wegen Vertragsverletzungen erst dann zu Feindseligkeiten geschritten werden soll, wenn gewisse Verhandlungen vorhergegangen und erfolglos geblieben sind, hat als unbehrlich in den vorliegenden Vertrag keine Aufnahme gefunden. || Artikel 31 des vorliegenden Vertrages entspricht dem Artikel 32 des Vertrages mit Guatemala. Er setzt fest, dass der Vertrag vom Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden an zehn Jahre unkündbar in Geltung bleiben soll. Zum Ablauf des zehnten Jahres oder zu einem späteren Zeitpunkt darf er beiderseits mit einjähriger Frist gekündigt werden. || Im Artikel 32 des vorliegenden Vertrages erkennt Deutschland in gleicher Weise, wie dies Guatemala gegenüber geschehen ist, eine Einschränkung seines Meistbegünstigungsrechtes zu Gunsten eines engeren Zusammenschlusses der mittelamerikanischen Freistaaten an. Die Formulierung ist der Ziffer 1 des Protokolls vom 22. Juni 1888 über die Auswechselung der Ratifikationen zum Verträge mit Guatemala (vergl. Reichs-Gesetzbl. 1888 S. 261) entnommen. || Artikel 33 des vorliegenden Vertrages enthält den üblichen Vorbehalt der Ratifikation. Was die Geltung des Vertrages für die deutschen Zollanschlüsse anlangt, so besteht die Absicht, nach dem Vorgang mit Guatemala eine entsprechende Erklärung in das Protokoll über den Ratifikationsaustausch aufzunehmen.

Nr. 11476.
Deutsches
Reich und
Nicaragua.
4. Febr. 1896.

Nr. 11477. GROSSBRITANNIEN und NIEDERLANDE. — Grenzregulierung auf Neu-Guinea.

Haag, 16. Mai 1895.

(Austausch der Ratifikationen 20. Juli 1895).

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, and Her Majesty the Queen of the Netherlands, and, in her name, Her Majesty the Queen-Regent of the Kingdom, being desirous of defining the boundaries between the British and Netherland possessions in the Island of New Guinea, have resolved to conclude a Convention to that effect, and have appointed as their Plenipotentiaries for that purpose, that is to say: || Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, Sir Horace Rumbold, a Baronet of Great Britain, a Knight Grand Cross of the Most Distinguished Order of St. Michael and St. George, &c., &c., Her Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary at the Court of the Netherlands; || And Her Majesty the Queen-Regent of the Kingdom of the Netherlands, Jonkheer Joan Röell,

Nr. 11477.
Gross-
britannien u.
Niederlande.
16. Mai 1895.

Nr 11477. a Knight of the Order of the Netherland Lion, Minister of Foreign Affairs,
 Gross- and James Henry Bergsma, a Knight of the Order of the Netherland Lion,
 britannien u. Minister for the Colonies. || Who, having produced their Full Powers, found
 Niederlande. 16. Mai 1895. in good and due form, have agreed upon the following Articles:—

Article I.

The boundary between the British and Netherland possessions in New Guinea starts from the southern coast of the said island at the middle of the mouth of the Bensbach River, situated at about $141^{\circ} 1' 47.9''$ of east longitude (meridian of Greenwich).

Article II.

The boundary proceeds to the north, following the meridian which passes through the said mouth, up to the point where that meridian meets the Fly River.

Article III.

From that point the waterway ("thalweg") of the Fly River forms the boundary up to the 141st degree of east longitude.

Article IV.

The 141st degree of east longitude after this forms the boundary up to the point of intersection of the boundaries of the British, Netherland, and German possessions.

Article V.

Navigation on the Fly River is free for the subjects of both Contracting Powers, excepting as regards the carriage of warlike stores, and no duty shall be imposed on other goods conveyed by that river.

Article VI.

The present Convention shall be ratified, and shall come into force immediately after the exchange of the ratifications which shall take place at the Hague a month, or less if possible, after the Convention shall have been approved by the States-General of the Netherlands. || In witness whereof, the Undersigned have signed the present Convention, and have affixed thereto their seals.

Done at the Hague, in duplicate, this 16th day of May, 1895.

(L.S.) Horace Rumbold.

(L.S.) J. Röell.

(L.S.) J. Bergsma.

Nr. 11478. GROSSBRITANNIEN und FRANKREICH. — Ergänzungsvertrag über Postwarenverkehr.

Paris, 9. Juli 1895.

(Austausch der Ratifikationen 22. August 1895.)

Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes, et le Président de la République Française, désirant organiser, entre les deux pays, l'échange de colis postaux avec déclaration de valeur, sur les bases de la Convention Internationale de Vienne du 4 Juillet, 1891, ont résolu de compléter, par une Convention Additionnelle, la Convention signée à Paris le 18 Juin, 1886, relativement au service des colis postaux entre la Grande-Bretagne et la France, et ont nommé, à cet effet, pour leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes, son Excellence M. le Marquis de Dufferin et Ava, son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près le Gouvernement de la République Française, &c., &c., &c.;

Nr. 11478.
Gross-
britannien u.
Frankreich.
9. Juli 1895.

Et le Président de la République Française, son Excellence M. Gabriel Hanotaux, Ministre des Affaires Étrangères de la République Française, &c., &c., &c.; || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Article I.

1. Des colis postaux portant déclaration de valeur jusqu'à concurrence de 500 francs, ou 20 livres Anglaises, pourront être échangés entre les deux pays moyennant paiement par l'expéditeur, en sus des droits applicables aux colis sans déclaration de valeur, d'un droit proportionnel d'assurance de 20 centimes par 300 francs ou fraction de 300 francs ainsi décomposé: 5 centimes pour la quote-part Française; || 5 centimes pour la quote-part Britannique; || 10 centimes pour le trajet maritime. || 2. Est réservée à l'Administration des Postes de la Grande-Bretagne la faculté de percevoir, sur les colis avec déclaration de valeur expédiés du Royaume-Uni, une surtaxe territoriale d'assurance de 5 centimes par 300 francs ou fraction de 300 francs et un droit fixe d'enregistrement de 25 centimes par colis. || Est réservée aux Administrations des Postes des deux pays la faculté de déterminer ultérieurement d'un commun accord, si leurs Lois ou Règlements respectifs le permettent, les prix et conditions applicables aux colis postaux de valeur déclarée excédant 500 francs ou 20 livres Anglaises.

Article II.

1. Sauf le cas de force majeure, la perte, la spoliation, ou l'avarie d'un colis postal avec valeur déclarée donnent lieu au profit de l'expéditeur et, à défaut ou sur la demande de celui-ci, du destinataire, à une indemnité correspondant au montant réel de la perte, de la spoliation, ou de l'avarie sans toutefois, que cette indemnité puisse dépasser la somme déclarée. || 2. Les Ad-

Nr. 11478. ministrations cessent d'être responsables des valeurs déclarées conteues dans
 Gross- les envois dont les ayants droit ont donné reçu sans faire d'observation.
 britannien u.
 Frankreich.
 9. Juli 1895.

Article III.

Toute déclaration frauduleuse d'une valeur supérieure à la valcur réelle du colis est interdite. En cas de déclaration frauduleuse, l'expéditeur perd tout droit à une indemnité, sans préjudice des poursuites judiciaires que peut comporter la législation du pays d'origine.

Article IV.

L'Administration des Postes du Royaume-Uni et l'Administration des Postes de France fixeront, d'un commun accord les conditions d'échange entre leurs bureaux respectifs des colis postaux avec valeur déclarée originaires ou à destination d'autres pays et pour la transmission desquels chacune des deux Administrations pourra servir d'intermédiaire à l'autre.

Article V.

Le texte de l'Article II de la Convention du 18 Juin, 1886, est remplacé par le texte suivant: || 1. Il appartiendra à l'Administration des Postes de la Grande-Bretagne d'assurer le transport par mer des colis postaux entre les deux pays, tant que les paquebots-poste chargés du transport des dépêches seront la propriété de Compagnies Britanniques. || 2. Au cas où le service maritime que la France est tenue, en exécution de l'Article I^{er} de la Convention du 30 Août, 1890, d'entretenir ou de subventionner, serait confié à une Compagnie Française, il appartiendra à l'Administration des Postes de France d'assurer, par l'intermédiaire de cette dernière Compagnie, le transport par mer des colis postaux échangés entre les deux pays au moyen du dit service maritime.

Article VI.

Le texte de l'Article III de la Convention du 18 Juin, 1886, est remplacé par le texte suivant: || 1. Pour chaque colis expédié de France ou de l'Algérie à destination du Royaume-Uni, l'Administration des Postes de France paie à celle du Royaume-Uni, savoir: || a) Un droit territorial de 50 centimes, si le poids du colis n'excède pas 1 kilogramme 360 grammes, ou de 1 franc, si le poids du colis excède 1 kilogramme 360 grammes, mais n'excède pas 3 kilogrammes; || b) Un droit de factage comprenant l'accomplissement des formalités en Douane, dont le montant n'excédera pas 25 centimes. || 2. Pour chaque colis expédié du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, à destination de la France ou de l'Algérie, l'Administration des Postes Britanniques paie à celle de la France: || a) Un droit territorial de 50 centimes; || b) Un droit de timbre de 10 centimes; || c) Un droit pour factage et l'accomplissement des formalités en Douane, dont le montant n'excédera pas 25 centimes. || 3. En outre l'Administration expéditrice paie à l'autre Administration

un droit maritime de 25 centimes pour chaque colis transporté au moyen du service maritime assuré par cette dernière Administration.

Nr. 11478.
Gross-
britannien u.
Frankreich.
9. Juli 1895.

Article VII.

Les Administrations des Postes de France et du Royaume-Uni arrêteront, d'un commun accord, toutes les mesures de détail et d'ordre nécessaires pour assurer l'exécution des dispositions de la présente Convention.

Article VIII.

La présente Convention, qui sera considérée comme additionnelle à la Convention du 18 Juin, 1886, sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées aussitôt que faire se pourra. Elle sera mise à exécution à partir du jour dont conviendront les Administrations des Postes des deux pays, après que la promulgation en aura été faite selon les Lois particulières à chacun des deux Etats. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signée, et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Paris, en double exemplaire, le 9 Juillet, 1895.

(L.S.) Dufferin and Ava.

(L.S.) G. Hanotaux.

Nr. 11479. JAPAN und BELGIEN. — Konsularvertrag vom 22. Dezember 1896.

Sa Majesté l'Empereur du Japon et Sa Majesté le Roi des Belges, également animés du désir de déterminer avec toute l'extension et la clarté possibles les droits, privilèges et immunités réciproques des agents consulaires respectifs, ainsi que leurs fonctions et les obligations auxquelles ils seront soumis dans les deux pays, ont résolu de conclure une Convention consulaire et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires savoir: || Sa Majesté l'Empereur du Japon, || Mr. le Vicomte Aoki Siuzo, Junii, Grand-Cordon de l'Ordre Impérial du Soleil Levant, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté le Roi des Belges; || Et Sa Majesté le Roi des Belges, || M. Paul de Favereau, Chevalier de l'Ordre de Léopold etc. Membre de la Chambre des Représentants, Son Ministre des Affaires Etrangères, || Lesquels, ayant échangé leurs pleins pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Nr. 11479.
Japan und
Belgien.
22. Dez. 1896.

Article I.

Chacune des Hautes Parties contractantes consent à admettre des consuls généraux, consuls, vice-consuls et agents consulaires de l'autre dans tous les ports, villes et places, excepté dans les localités où il y aurait inconvénient à admettre de tels agents. || Cette réserve, toutefois, ne sera pas appliquée à l'une des Hautes Parties contractantes sans l'être également à toute autre Puissance.

Article II.

Nr. 11479.
Japan und
Belgien.
22. Dez. 1896.

Les consuls généraux, consuls, vice-consuls et agents consulaires de chacune des deux Hautes Parties contractantes jouiront réciproquement dans les Etats de l'autre, de tous les privilèges, exemptions et immunités dont jouissent les agents du même rang et de la même qualité de la nation la plus favorisée. Lesdits agents, avant d'être admis à l'exercice de leurs fonctions et de jouir des immunités qui y sont attachées, devront produire une commission dans la forme établie par des lois de leurs pays respectifs. Le Gouvernement territorial de chacune des deux Hautes Parties contractantes leur délivrera, sans aucun frais, l'exéquatur nécessaire à l'exercice de leurs fonctions, et, sur l'exhibition de cette pièce, ils jouiront des droits, prérogatives et immunités accordés par la présente Convention. || Le Gouvernement donnant l'exéquatur aura le droit de le reprendre, en expliquant les raisons pour lesquelles il juge à propos d'agir ainsi.

Article III.

Les consuls généraux, consuls, vice-consuls et agents consulaires, sujets de l'Etat qui les a nommés, ne pourront être arrêtés préventivement que dans le cas de crime, qualifié et puni comme tel par la législation locale; ils seront exempts du logement militaire, de tout service tant dans l'armée régulière de terre ou de mer, que dans la garde nationale ou civique ou milice; ils seront de même exempts de toutes les contributions directes au profit de l'Etat, des provinces ou des communes, et dont la perception se fait sur des listes nominatives, à moins qu'elles ne soient imposées à raison de la possession de biens immeubles ou sur les intérêts d'un capital employé dans l'Etat où lesdits agents exercent leurs fonctions. Cette exemption ne pourra cependant pas s'appliquer aux consuls généraux, consuls, vice-consuls ou agents consulaires qui exerceraient une profession, une industrie ou un commerce quelconque, lesdits agents devant, en ce cas, être soumis au paiement des taxes dues par tout autre étranger dans les mêmes conditions.

Article IV.

Quand la justice de l'un des deux pays aura quelque déclaration juridique ou déposition à recevoir d'un consul général, d'un consul, d'un vice-consul ou d'un agent consulaire, sujet de l'Etat qui l'a nommé et n'exerçant aucun commerce, elle l'invitera par écrit à se présenter devant elle, et, en cas d'empêchement, mais seulement dans des procès civils, elle devra lui demander son témoignage par écrit, ou se transporter à sa demeure ou chancellerie pour l'obtenir de vive voix. || Ledit agent devra satisfaire à cette demande dans le plus bref délai possible.

Article V.

Les consuls généraux, consuls, vice-consuls et agents consulaires pourront placer au-dessus de la porte extérieure de leurs chancelleries un écusson aux armes de leur nation, avec une inscription portant ces mots: Consulat géné-

ral, Consulat, Vice-consulat ou Agence consulaire du Japon ou de Belgique. || Ils pourront aussi y arborer le drapeau de leur nation, excepté dans la capitale du pays s'il s'y trouve une légation. Ils pourront de même arborer le pavillon national sur le bateau qu'ils monteront dans le port pour l'exercice de leurs fonctions.

Nr. 11479.
Japan und
Belgien.
22. Dez. 1896.

Article VI.

Les chancelleries des agents du service consulaire qui sont des sujets du pays qui les a nommés et qui ne font en outre ni le commerce, ni l'industrie ou une autre branche de métier, seront en tout temps inviolables. Les autorités locales, à moins qu'il ne s'agisse d'une poursuite de crimes ne pourront les envahir sous aucun prétexte. Elles ne pourront, dans aucun cas, visiter ni saisir les papiers qui y seront enfermés. Les chancelleries consulaires ne sauraient dans aucun cas, servir de lieux d'asile, et si un agent du service consulaire est engagé dans d'autres affaires, les papiers se rapportant au Consulat seront tenus séparément et ces papiers seront, en tout temps, inviolables.

Article VII.

En cas de décès, d'empêchement ou d'absence des consuls généraux, consuls, vice-consuls et agents consulaires, leurs chanceliers ou secrétaires, après que leur caractère officiel aura été notifié au Ministère des affaires Etrangères au Japon ou au Ministère des affaires Etrangères en Belgique, seront de plein droit admis à gérer, par intérim, les affaires des postes respectifs; ils jouiront, pendant toute la durée de cette gestion temporaire, de tous les droits, prérogatives et immunités accordés aux titulaires.

Article VIII.

Les consuls généraux et consuls pourront, pour autant que les lois de leur pays le leur permettent, nommer, avec l'approbation de leurs Gouvernements respectifs, des vice-consuls et agents consulaires dans les villes, ports et places compris dans leur arrondissement. Ces agents pourront être choisis indistinctement parmi les Japonais, les Belges, les sujets ou les citoyens d'autres pays. Ils seront munis d'une commission régulière et jouiront des privilèges stipulés dans cette Convention en faveur des agents du service consulaire, en se soumettant aux exceptions et réserves prescrites pour lesdits agents.

Article IX.

Les consuls généraux, consuls, vice-consuls et agents consulaires auront le droit de s'adresser aux autorités administratives ou judiciaires, soit de l'Etat, de la province ou de la commune des pays respectifs dans toute l'étendue de leur arrondissement consulaire, pour réclamer contre toute infraction aux traités ou conventions existant entre le Japon et la Belgique, et pour protéger les droits et les intérêts de leurs nationaux. || S'il n'était pas fait droit à leur réclamation, lesdits agents, en l'absence d'un agent diplo-

Nr. 11479. matique de leur pays, pourront recourir directement au Gouvernement du
 Japan und pays dans lequel ils exercent leurs fonctions.
 Belgien.

22. Dez. 1896.

Article X.

Les consuls généraux, consuls, vice-consuls et agents consulaires de chacune des deux Hautes Parties contractantes auront le droit de recevoir dans leurs chancelleries, dans leur demeure privée, dans celle des parties ou à bord des bâtiments, les déclarations des capitaines et équipages des navires de leur pays, des passagers qui se trouvent à bord et de tout autre sujet de leur pays. Lesdits agents auront, en outre, le droit de dresser conformément aux lois et règlements de leur pays, dans leurs chancelleries ou bureaux, les actes de naissance, de reconnaissance d'enfant naturel, de mariage et de décès concernant les sujets de leur pays, mais ils devront immédiatement informer de ces actes les autorités du pays. Ils auront le droit de dresser, de la même manière, tous actes conventionnels passés entre des sujets de leur pays et des sujets ou autres habitants du pays où ils résident et même tous actes de ces derniers, pourvu que ces actes aient rapport à des biens situés ou à des affaires à traiter sur le territoire de la nation à laquelle appartiendra le Consul ou l'agent devant lequel ils seront passés. || Les expéditions, copies ou traductions des actes dressés et des déclarations reçues en vertu des dispositions du présent article feront foi en justice comme le feraient les originaux eux-mêmes dans les tribunaux du Japon et du Belgique pourvu qu'elles soient dûment certifiées par les consuls généraux, consuls, vice-consuls ou agents consulaires, munies de leur cachet officiel et revêtues des légalisations nécessaires.

Article XI.

Les consuls généraux, consuls, vice-consuls et agents consulaires respectifs seront exclusivement chargés du maintien de l'ordre intérieur à bord des navires de commerce de leur nation, et connaîtront seuls de tous différends qui se seront élevés en mer ou s'élèveront dans les ports entre les capitaines, les officiers et les hommes de l'équipage, à quelque titre que ce soit, particulièrement pour le règlement des salaires et l'exécution des engagements réciproquement consentis. Les autorités locales ne pourront intervenir que lorsque les désordres survenus seraient de nature à troubler la tranquillité et l'ordre public à terre ou dans le port, ou quand une personne du pays ou ne faisant pas partie de l'équipage s'y trouvera mêlée. || Dans tous les autres cas, excepté s'il s'agit de leurs nationaux, les autorités précitées se borneront à prêter tout appui aux agents du service consulaire, si elles en sont requises par eux, pour faire arrêter et détenir en prison à leur disposition pendant que le vaisseau reste au port, tout individu inscrit sur le rôle de l'équipage chaque fois que lesdits agents le jugeront convenable. || Cependant il est entendu que cette stipulation ne s'appliquera qu'aux cas où une telle arrestation et détention soit jugée nécessaire par les autorités locales. || Les dépenses

d'une telle arrestation et détention doivent être payées par les agents du service consulaire.

Nr. 11479.
Japan und
Belgien.
22. Dez. 1896.

Article XII.

Les consuls généraux, consuls, vice-consuls et agents consulaires de chacune des Hautes Parties contractantes recevront des autorités locales du pays où ils résident, toute l'assistance qui peut leur être donnée en vertu de la loi pour l'arrestation des déserteurs des navires de leur pays respectif, excepté quand le déserteur est un sujet du pays où la désertion a eu lieu. A cet effet, ils s'adresseront par écrit aux autorités locales compétentes des pays respectifs et leur feront, par écrit, la demande de ces déserteurs, en justifiant, par l'exhibition des registres du bâtiment ou du rôle d'équipage ou par d'autres documents officiels, que les hommes qu'ils réclament faisaient partie dudit équipage. || Sur cette seule demande ainsi justifiée, la remise des déserteurs ne pourra leur être refusée, à moins qu'il ne soit dûment prouvé qu'ils étaient sujets du pays où l'extradition est réclamée au moment de leur inscription sur le rôle ou de leur arrivée au port. Les déserteurs ainsi arrêtés doivent être détenus et gardés dans les prisons du pays, à la réquisition et aux frais des Consuls, jusqu'à ce que ces agents aient trouvé une occasion de les faire partir. Si pourtant cette occasion ne se présentait pas dans un délai de trois mois à partir du jour de l'arrestation, les déserteurs seraient mis en liberté et ne pourraient plus être arrêtés pour la même cause. || Si le déserteur avait commis quelque délit, son extradition serait différée jusqu'à ce que le tribunal qui a droit d'en connaître, ait rendu son jugement et que celui-ci ait eu son effet.

Article XIII.

A moins de stipulations contraires entre les armateurs, chargeurs et assureurs, toutes avaries essuyées à la mer par les navires des deux pays, soit qu'ils abordent volontairement au port, soit qu'ils se trouvent en relâche forcée, seront réglés par les consuls généraux, consuls, vice-consuls ou agents consulaires des pays respectifs. || Si cependant l'agent consulaire a quelque intérêt dans le navire ou la cargaison ou s'il en est agent et si des habitants du pays ou des sujets ou citoyens d'une tierce nation se trouvaient intéressés dans lesdites avaries et que les parties ne pussent s'entendre à l'amiable, le recours à l'autorité locale compétente serait de droit.

Article XIV.

En cas de décès d'un Japonais en Belgique ou d'un Belge au Japon, les autorités locales compétentes doivent immédiatement en donner avis au consul général, consul, vice-consul ou agent consulaire le plus rapproché de la nation à laquelle le défunt appartient; ceux-ci, de leur côté, devront donner le même avis aux autorités locales lorsqu'ils en seront informés les premiers. || L'autorité locale compétente complètera ledit avis par la remise d'une expédition en due forme et sans frais, de l'acte de décès. || En cas d'incapacité ou d'absence des

Nr. 11479. Japan und Belgien. 22. Dez. 1896. héritiers ou d'absence des exécuteurs testamentaires, les agents du service consulaire, concurremment avec l'autorité locale compétente auront le droit, conformément aux lois de leurs pays respectifs, de faire tous actes nécessaires à la conservation et à l'administration de la succession notamment d'apposer et de lever les scellés, de former l'inventaire, d'administrer et de liquider la succession, en un mot de prendre toutes les mesures nécessaires à la sauvegarde des intérêts des héritiers, sauf le cas où naîtraient des contestations, lesquelles devraient être décidées par les tribunaux compétents du pays où la succession est ouverte.

Article XV.

La présente Convention entrera en vigueur en même temps que le traité de commerce et de navigation conclu le 22 Juin 1896 entre les deux Hautes Parties contractantes. Elle restera en vigueur pendant une période de 12 ans à partir de sa mise à exécution. Dans le cas où aucune des deux Hautes Parties contractantes n'aurait notifié douze mois avant la fin de ladite période son intention d'en faire cesser les effets, la Convention demeurera obligatoire jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où l'une ou l'autre des Hautes Parties contractantes l'aura dénoncée.

Article XVI.

La présente Convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Bruxelles aussitôt que possible et pas plus de six mois après sa signature. || En foi de quoi les Plénipotentiaires l'ont signée et y ont apposé leurs cachets. || Fait à Bruxelles, en double original, le 22 décembre 1896.

(L. S.) Vicomte Aoki.

(L. S.) Paul de Favereau.

Nr. 11480. **DEUTSCHES REICH und NIEDERLANDE.** — Abkommen über die Regulierung der unteren Niers.

Haag, 16. Mai 1895.

Nr. 11480. Deutsches Reich und Niederlande. 16. Mai 1895. Ihre Majestät die Königin der Niederlande, und in Allerhöchst Ihrem Namen die Königin-Regentin des Königreichs der Niederlande, einerseits, und Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reichs, andererseits, von der Absicht geleitet, über die Verbesserung und Unterhaltung der unteren Niers und des Geldernschen Nierskanals einen Vertrag abzuschliessen, haben zu diesem Zwecke zu Bevollmächtigten ernannt: || Ihre Majestät die Königin-Regentin des Königreichs der Niederlande: || den Herrn Jonkheer Joan Röell, Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Ihrer Majestät der Königin der Niederlande, || und den Herrn Philippe Willem van der Sleyden, Minister für Waterstaat, Handel und Industrie Ihrer Majestät der Königin der Niederlande; || Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: || den Herrn Franz von Reichenau, Allerhöchst Ihren Legationsrat, interimistischen Geschäftsträger des Deutschen Reichs im Haag: || die

nach gegenseitiger Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

Nr. 11480.
Deutsches
Reich und
Niederlande.
16. Mai 1895.

I. *Die Niers von der Villerschen Mühle abwärts bis zum Anfange der Grenzstrecke.*

Die Preussische Regierung wird dafür Sorge tragen, dass:

1. Die Niers von der Villerschen Mühle bis zur Grenzstrecke in einer Sohlenbreite von mindestens 12 Meter mit $1\frac{1}{2}$ fachen Uferböschungen und auf einer Sohlenlinie erhalten wird die im Unterwasser jener Mühle auf 9,39 m. N. N. (9,58 m. + A.P.) und an der Grenzstrecke auf 9,01 m. N. N. (9,20 m. + A.P.) liegt; || 2. Die Schützen der Villerschen Mühle vom 1. April bis zum 31. Oktober jedes Jahres alle Samstage vor Mitternacht gezogen werden und bis Sonntags Nachmittag 4 Uhr offen bleiben und dass ferner bei starkem Wasserzufluss das Ziehen der Schützen behufs Verhütung einer plötzlichen Überströmung der abwärts liegenden Grundstücke rechtzeitig und allmählich stattfindet.

II. *Die Niers auf der Grenzstrecke.*

Die Niederländische und die Preussische Regierung werden gemeinschaftlich dafür Sorge tragen, dass: || 3. die Niersstrecke, soweit sie die Grenze zwischen den Niederlanden und Preussen bildet in einer Sohlenbreite von mindestens 12 Meter auf einer Sohlenlinie, die am oberen Punkte dieser Strecke auf 9,01 m. N. N. (9,20 m. + A.P.) und am unteren Punkte auf 8,43 m. N. N. (8,62 m. + A.P.) liegt und mit $1\frac{1}{2}$ fachen Uferböschungen erhalten wird, während, wo nötig, die Ufer mit Deckwerken aus Faschinen oder Stein auch steiler hergestellt werden dürfen, vorausgesetzt, dass dadurch eine Verengung des oben bezeichneten Normal-Profiles nicht herbeigeführt wird; || 4. die Reinigungs- und Räumungsarbeiten auf dieser Strecke gleichzeitig in beiden Flusshälften dreimal im Jahr und zwar so vorgenommen werden, dass sie jährlich am 26. April, am 1. Juli und am 31. August, oder, wenn dies Sonn- oder Feiertage sind, am folgenden Tage ihren Anfang nehmen.

III. *Die Niers von der Mündung des Kendelbachs bis Gennepe.*

Die Niederländische Regierung wird dafür Sorge tragen, dass: || 5. das Bett der Niers von der Mündung des Kendelbachs bis zum Stauwerk bei Gennepe in einer Breite von mindestens 12 Meter Sohle und nach dem diesem Verträge angehefteten Übersichts-Höhenplan I, der die Höhe der Sohle am Kendelbache auf 8,43 m. N. N. (8,62 m. + A.P.) und bei Gennepe am Stauwerk auf 7,11 m. N. N. (7,30 m. + A.P.) festsetzt, mit $1\frac{1}{2}$ fachen Uferböschungen normalisiert, ausgetieft und in diesem Zustande dauernd erhalten wird, während, wo nötig, die Ufer mit Deckwerken aus Faschinen oder Stein auch steiler hergestellt werden dürfen, vorausgesetzt, dass dadurch eine Verengung des oben bezeichneten Normal-Profiles nicht herbeigeführt wird; || 6. das

Nr. 11480. Stauziel der Genneper Mühle das im Sommer auf 9,01 m. + A.P. und im
 Deutsches Winter auf 9,17 m. + A.P. festgesetzt ist, sowie der Fachbaum der Frei-
 Reich und gerinne, der im Mittel auf 8 m. + A.P. liegt, nicht erhöht wird, und eine
 Niederlande. Verengung der Freigerinne unter einer lichten Weite von 16 Meter nicht
 16. Mai 1895. stattfindet; || 7. die Schützen der Genneper Mühle von dem 1. April bis zum
 31. Oktober jedes Jahres alle Samstage vor 11 Uhr Abends gezogen werden
 und bis Sonntags Nachmittag 3 Uhr offen bleiben, was ausserdem jeder Zeit ge-
 schehen soll, so oft durch stärkeren Wasserzufluss das Stauziel überschritten wird.

IV. *Der Nierskanal.*

8. Durch Fürsorge der Niederländischen Regierung soll das Bett des Geldernschen Nierskanals von der Preussischen Grenze abwärts auf 1500 Meter Länge in einer Breite von mindestens 4,50 Meter Sohle mit 2fachen Böschungen nach dem diesem Vertrage angehefteten Übersichts-Höhenplan II, worin die Höhe der Sohle an der Grenze auf 19,18 M. + A.P. und 1500 Meter weiter abwärts auf 18,13. — A.P. festgesetzt ist, reguliert, vertieft und in diesem Zustande dauernd erhalten werden. || 9. Durch Fürsorge der Preussischen Regierung soll der Nierskanal von der Niederländischen Grenze aufwärts auf 1500 Meter Länge in einer Sohlenbreite von höchstens 4,50 Meter mit zweifachen Böschungen und in der Sohle auf einer 1500 Meter oberhalb der Grenze auf 20,04 m. N. N. und an der Grenze auf 18,99 m. N. N. liegenden Linie reguliert, vertieft und dauernd in diesem Zustande erhalten werden; bei Hochwasser soll keine grössere Wassermasse als 7 Kubikmeter in der Sekunde der Niers zum Abfluss durch diesen Kanal entzogen werden.

V. *Nivellements-Marken.*

10. Auf gemeinschaftliche Kosten der Niederländischen und der Preussischen Regierung sollen Nivellements-Marken errichtet werden:

A. *an der Niers.*

a) unterhalb der Villerschen Mühle; || b) am Anfang der Grenzstrecke; || c) am Ende der Grenzstrecke; || d) bei dem Kloster Roepaan; || e) oberhalb der Genneper Mühle.

B. *am Nierskanal.*

a) auf 1500 Meter oberhalb der Grenze; || b) an der Grenze; || c) auf 1500 Meter unterhalb der Grenze.

VI. *Schaukommissionen.*

11. Für die Kontrolle der vollständigen und dauernden Ausführung der in diesem Vertrage enthaltenen Bestimmungen werden Schaukommissionen eingesetzt, die jährlich mindestens einmal eine örtliche Besichtigung vorzunehmen haben. Sie sind befugt einen Sachverständigen mit der Vornahme der für nötig erachteten Vermessungen zu beauftragen. || Für die Niersstrecke von der

Villerschen bis zu der Gennepser Mühle soll die Schaukommission aus zwei niederländischerseits und zwei preussischerseits zu ernennenden Mitgliedern bestehen. || Für den Geldernschen Nierskanal soll eine in gleicher Weise zusammengesetzte Kommission eingerichtet werden. || Die Kommissionen haben über ihren Befund ein Protokoll aufzunehmen und den beiderseitigen Regierungen je ein Exemplar davon mitzuteilen. || Die jährlichen Besichtigungen sollen in der Regel im Monat Juli stattfinden.

Nr. 11480.
Deutsches
Reich und
Niederlande,
16. Mai 1895.

VII. *Schluss-Bestimmungen.*

12. Die Niederländische und die Preussische Regierung verpflichtet sich, jede für ihren Teil, dafür Sorge zu tragen, dass die in diesem Vertrage vorgesehenen Einrichtungen innerhalb zwei Jahren nach Ratifikation des Vertrags ausgeführt werden. || 13. Durch den gegenwärtigen Vertrag wird der Vertrag vom 5. Oktober 1847 ausser Kraft gesetzt. || 14. Der gegenwärtige Vertrag soll ratifiziert und der Austausch der Ratifikations-Urkunden sobald als möglich im Haag bewirkt werden. || Dessen zu Urkunden haben die Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterschrieben und mit ihren Insiegeln versehen. So geschehen im Haag in doppelter Ausfertigung den 16. Mai 1895.

(L. S.) (get.) J. Röell.

(L. S.) („) van der Sleyden.

(L. S.) („) von Reichenau.

Nr. 11481. **ÖSTERREICH-UNGARN und URUGUAY.**—Auslieferungsvertrag.

25. Juni 1887.

Seine Majestät der Kaiser von Österreich, König von Böhmen etc. etc. und Apostolischer König von Ungarn, und seine Excellenz der konstitutionelle Präsident der Republik Oriental von Uruguay, sind übereingekommen, einen Vertrag wegen Auslieferung von Verbrechern zu schliessen, und haben zu diesem Behufe zu Ihren Bevollmächtigten ernannt: || Seine Majestät der Kaiser von Österreich, Apostolischer König von Ungarn: || Herrn Manuel Freiherrn von Salzberg, Seinen bei der Republik Oriental von Uruguay accreditierten Ministerresidenten, und || seine Excellenz der konstitutionelle Präsident der Republik Oriental von Uruguay: || Herrn Dr. Julius Herrera y Obes, Seinen Staatssekretär, Minister des Innern und interimistischen Minister des Äusseren; || welche, nachdem sie sich ihre Vollmachten mitgeteilt und dieselben in guter und gehöriger Form befunden, die nachfolgenden Artikel vereinbart haben:

Nr. 11481.
Österreich-
Ungarn und
Uruguay.
25. Juni 1887.

Artikel 1.

Die hohen vertragschliessenden Teile verpflichten sich in Gemässheit der Bestimmungen dieses Vertrages sich gegenseitig jene Individuen auszuliefern, welche von den Gerichten eines der vertragschliessenden Teile wegen einer der im Artikel 3 bezeichneten strafbaren Handlungen beschuldigt, verfolgt

Nr. 11481.
Österreich-
Ungarn und
Uruguay.
25. Juni 1887.

werden oder verurteilt sind, wenn die strafbare Handlung ausserhalb des Gebietes jenes Staates begangen wurde, der um die Auslieferung ersucht wird. || Wenn die strafbare Handlung, wegen welcher die Auslieferung begehrt wird, ausserhalb des Gebietes des die Auslieferung begehrenden Staates begangen worden ist, so kann die Auslieferung zugestanden werden, wenn die Gesetzgebungen des die Auslieferung begehrenden und des um die Auslieferung angegangenen Staates die Verfolgung von strafbaren Handlungen solcher Art auch dann zulassen, wenn sie im Auslande begangen wurden.

Artikel 2.

Ein österreichischer oder ungarischer Staatsangehöriger wird von Österreich oder Ungarn nie an die Regierung von Uruguay und ein Angehöriger der Republik Oriental von Uruguay von dieser nie an Österreich oder Ungarn ausgeliefert werden. || Wenn die strafbare Handlung, wegen welcher die Auslieferung begehrt wird, ausserhalb des Gebietes der vertragschliessenden Teile begangen worden ist, und die Auslieferung auch von dem Staate, in dessen Gebiete die strafbare Handlung begangen wurde, begehrt wird, so kann die Auslieferung und Übergabe an die Regierung dieses letzteren Staates erfolgen.

Artikel 3.

Die Auslieferung wird wegen der folgenden strafbaren Handlungen zugestanden: || 1. Mord und jede andere mit Vorsatz begangene Tödtung. || 2. Vorsätzliche Verletzungen und Beschädigungen von Personen, welche den nicht beabsichtigten Tod herbeiführten oder eine wahrscheinlich unheilbare Krankheit oder eine immerwährende Arbeitsunfähigkeit, die Zerstörung oder gänzliche Unbrauchbarmachung eines Gliedes oder Organes oder eine schwere Verstümmung. || 3. Notzucht oder andere gewalthätige Angriffe auf die Schamhaftigkeit. || 4. Polygamie, zweifache Ehe. || 5. Verheimlichung, Beseitigung, Verwechslung oder Unterschiebung eines Kindes. || 6. Vorsätzliche Brandlegung, vorsätzliche Schädigung einer Eisenbahn, welche den Tod oder die Beschädigung eines Bediensteten oder eines Reisenden herbeigeführt hat. || 7. Fälschung (Nachmachung, Verfälschung) von Geld, von Assignationen und Schuldverschreibungen des Staates, von Bankbillets oder anderen Werteffekten des öffentlichen Kredites, welche gleich dem Gelde gangbar sind, die Ausgabe, Inverkehrsetzung und der Gebrauch in Kenntnis der Fälschung dieser Gegenstände; die Fälschung von öffentlichen Urkunden, Poststempeln, Siegeln, Pünzen und Marken des Staates; der Gebrauch dieser Gegenstände in Kenntnis ihrer Fälschung. || 8. Raub (Sachentziehung, unter Gewaltanwendung gegen eine Person. || 9. Diebstahl (Sachentziehung ohne Gewaltanwendung gegen eine Person), Betrug, Untreue und Unterschlagung, Fälschung von öffentlichen und Privaturkunden, von Wechseln und anderen Handelpapieren, Gebrauch solcher Urkunden in Kenntnis der Fälschung, wenn in diesen Fällen der zugefügte Schaden den Betrag von 1000 fl. ö. W., falls Österreich oder Ungarn die

Auslieferung begehrt, und den Betrag von 500 Nationalthaler (*pesos nacionales*) der Republik Oriental von Uruguay, falls diese die Auslieferung begehrt, übersteigt. || 10. Meineid in Strafsachen zum Nachtheile des Beschuldigten. || 11. Vorsätzliche und schuld bare Handlungen, welche den Untergang, die Strandung, die Zerstörung, die Beschädigung von Schiffen und Fahrzeugen herbeiführen (Baraterie). || 12. Meuterei und Widersetzlichkeit der Schiffsmannschaft an Bord des Schiffes gegen den Kapitän oder gegen Vorgesetzte. || 13. Betrügerischer Bankerott. || In allen diesen Fällen wird die Auslieferung auch wegen Versuch, Mitschuld und Teilnahme erfolgen, wenn diese Handlungen nach den Gesetzgebungen des die Auslieferung begehrenden und des um die Auslieferung ersuchten Staates strafbar sind.

Nr. 11481.
Österreich-
Ungarn und
Uruguay.
25. Juni 1887.

Artikel 4.

Die Auslieferung wird auf diplomatischem Wege begehrt werden. || In Ermangelung einer diplomatischen Vertretung wird das Auslieferungsbegehren von dem Auswärtigen Amte des einen Staates unmittelbar an das Auswärtige Amt des anderen Staates gerichtet werden. || Die Auslieferung wird nur zugestanden werden, wenn ein Urteil, ein Anklageakt, ein Haftbefehl oder ein dem Urteile oder Haftbefehl gleichwertiger Akt im Originale oder beglaubigter Abschrift beigebracht wird. || Diese Akte, welche in der Form ausgefertigt sein werden, die durch die Gesetzgebung des die Auslieferung begehrenden Staates vorgeschrieben ist, werden die Bezeichnung der strafbaren Handlung um welche es sich handelt, sowie der Strafe, mit welcher dieselbe bedroht ist, enthalten und werden nach Möglichkeit von einer Personsbeschreibung des auszuliefernden Individuums oder anderen, seine Identität beurkundenden Belegen begleitet sein.

Artikel 5.

In dringenden Fällen kann jeder der vertragschliessenden Staaten unter Bekanntgabe des Vorhandenseins eines Haftbefehles auf dem unmittelbarsten Wege die provisorische Verhaftung des Verfolgten oder Verurteilten verlangen und erhalten, jedoch unter der Bedingung, dass der Akt, auf den sich das Auslieferungsbegehren stützt, innerhalb zweier Monate vom Tage der geschehenen Verhaftung beigebracht wird.

Artikel 6.

Wenn der Verfolgte oder Verurteilte von der Regierung des Staates, welcher die Auslieferung begehrt hat, innerhalb dreier Monate von dem Tage, als derselbe ihr zur Verfügung gestellt wurde, nicht übernommen worden ist, so wird der Verhaftete in Freiheit gesetzt und kann aus demselben Grunde nicht mehr in Haft genommen werden. In diesem Falle trägt der die Auslieferung begehrende Staat die Kosten.

Artikel 7.

Wenn die Auslieferung eines Individuums, dessen Auslieferung auf Grund dieses Übereinkommens von einem der vertragschliessenden Teile begehrt

Nr. 11481. worden ist, auch von einem oder mehreren anderen Staaten wegen anderer
 Österreich- strafbaren Handlungen begehrt worden ist, so wird er jenem Staate ausge-
 Ungarn und liefert, in dessen Gebiet er die schwerste strafbare Handlung begangen hat,
 Uruguay. und wenn die Strafen gleich schwer sind, der Regierung jenes Staates, dessen
 23. Juni 1887. Ansuchen ein früheres Datum trägt.

Artikel 8.

In keinem Falle wird die Auslieferung wegen politischer Verbrechen oder Vergehen, oder wegen Handlungen oder Unterlassungen, welche mit solchen Verbrechen und Vergehen in Zusammenhang stehen, stattfinden. || Als politisches Delikt oder als eine mit einem solchen Delikte zusammenhängende Handlung wird ein gegen die Person eines Staatsoberhauptes oder gegen die Mitglieder der Familie eines Staatsoberhauptes verübtes Attentat nicht angesehen, wenn es den Thatbestand des Mordes, des Meuchelmordes oder der Vergiftung begründet.

Artikel 9.

Der Ausgelieferte kann in keinem Falle in dem Staate, an welchen er ausgeliefert wurde, wegen eines politischen Verbrechens oder Vergehens, das der Auslieferung vorausging, verfolgt oder gestraft werden, desgleichen nicht wegen einer Handlung oder Unterlassung, die mit einem solchen Delikt in Zusammenhang steht, auch nicht wegen einer in diesem Übereinkommen nicht aufgenommenen strafbaren Handlung.

Artikel 10.

Die Auslieferung wird nicht zugestanden, wenn die Verjährung der Verfolgung oder der Strafe nach den Gesetzen des um die Auslieferung angegangenen Staates eingetreten ist. || Die Auslieferung wird auch nicht zugestanden, wenn der Auszuliefernde in dem Staate, welcher um die Auslieferung ersucht wurde, wegen derselben strafbaren Handlung, die das Auslieferungsbegehren begründet, bereits verfolgt und ausser Verfolgung gesetzt wurde, oder wenn die Verfolgung noch dauert, oder die Strafe bereits abgeübt ist.

Artikel 11.

Die Auslieferung findet auch dann statt, wenn der Auszuliefernde in einen Rechtsstreit verwickelt ist, oder wenn er wegen Verpflichtungen, die er gegen Private eingegangen hat, zurückgehalten wird, unbeschadet des Rechtes des Beschädigten, sein Recht vor dem kompetenten Gerichte geltend zu machen.

Artikel 12.

Wenn der Auszuliefernde in dem Staate, welcher um die Auslieferung angegangen wurde, wegen einer anderen strafbaren Handlung, als die, wegen welcher die Auslieferung begehrt wurde, verfolgt oder zurückbehalten wird, so wird die Auslieferung verschoben, bis die Verfolgung ihr Ende genommen hat, und im Falle der Verurteilung, bis die Strafe vollstreckt oder nachgelassen ist.

Artikel 13.

Alle Gegenstände, welche zur Verübung der strafbaren Handlung gedient haben oder welche durch dieselbe erlangt worden sind, ferner welche zur Überweisung dienen können, werden zugleich mit dem Ausgelieferten überschickt werden. || Diese Überschickung findet auch statt, wenn die Auslieferung wegen des Todes oder der Flucht des Auszuliefernden nicht eintreten kann. || Es sind hiebei alle Gegenstände solcher Art inbegriffen, welche der Verfolgte in dem Staate, in den er sich geflüchtet hat, versteckt oder hinterlegt hat, sowie diejenigen, welche erst in der Folgezeit aufgefunden werden. Es werden jedoch dadurch die Rechte Dritter auf diese Gegenstände nicht berührt und es müssen ihnen dieselben, wenn das Strafverfahren beendet ist, kostenfrei zurückgestellt werden.

Nr. 11420.
Österreich-
Ungarn und
Uruguay.
25. Juni 1887.

Artikel 14.

Die Kosten, welche durch die Anhaltung, Verhaftung, Verpflegung und den Transport des Individuums, dessen Auslieferung zugestanden wurde, entstehen, sowie die Kosten für den Transport der im vorstehenden Artikel bezeichneten Gegenstände werden von den vertragschliessenden Teilen getragen, insoweit sie innerhalb ihres Gebietes auflaufen. Die Kosten des Transportes zur See werden von dem Staate getragen, welcher die Auslieferung begehrt hat.

Artikel 15.

Wenn in einer, jedoch nicht politischen, strafgerichtlichen Untersuchung einer der vertragschliessenden Teile die Abhörung von Zeugen oder die Vornahme anderer Untersuchungshandlungen im anderen Staate für nötig erachtet, so wird zu diesem Ende ein Ersuchschreiben auf dem im Artikel 4 vorgezeichneten Wege gestellt werden, dem in Gemässheit der Gesetze des Staates, dessen Rechtshilfe beansprucht wird, Folge gegeben werden wird. || Die vertragschliessenden Teile verzichten auf den Ersatz der Kosten, welche durch solche Ersuchschreiben veranlasst werden, mit Ausnahme für die Gutachten der Sachverständigen in Handelssachen und in Sachen der gerichtlichen Medizin.

Artikel 16.

Die vertragschliessenden Teile erklären, dass die drei Texte des Übereinkommens, nämlich der deutsche, der ungarische und der spanische Text, als gleichmässig authentisch betrachtet werden müssen, und dass, falls sich eine Verschiedenheit zwischen diesen drei Texten vorfinden oder ein Zweifel über die Auslegung irgend einer Stelle vorkommen sollte, der nicht durch die Vergleichung des einen Textes mit den beiden übrigen behoben werden kann, die für die Auslieferung des Beschuldigten günstigere Auslegung Geltung haben soll.

Artikel 17.

Das gegenwärtige Übereinkommen tritt mit dem Tage seiner Kundmachung, welche nach den in den vertragschliessenden Staaten geltenden Gesetzen statt-

Nr. 11481. finden wird, in Wirksamkeit. || Die Kundmachung wird spätestens sechs Monate
 Österreich- nach dem Austausche der Ratifikationen erfolgen. || Jeder der vertragschliessen-
 Ungarn und den Teile hat das Recht, dieses Übereinkommen zu kündigen, es bleibt jedoch
 Uruguay. in Geltung bis zum Ablaufe eines Jahres vom Tage der Kündigung. || Dieses
 25. Juni 1887. Übereinkommen wird ratifiziert, die Ratifikationen werden sobald als möglich
 in Montevideo ausgetauscht werden.

Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten das gegenwärtige Übereinkommen unterzeichnet und demselben ihr Siegel beigedruckt.

So geschehen in Montevideo, am 25. Juni eintausend achthundert sieben und achtzig.

(L. S.)

Mañuel Freiherr v. Salzberg m. p.

(L. S.)

Julio Herrera y Obes m. p.

(Übersetzung.)

Austauschprotokoll.

In den Amträumen des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten der Oriental Republik von Uruguay traten zusammen die Herren: der hochwohlgeborene Herr Anton Grubissich de Keresztúr, interimistischer Geschäftsträger der österreichisch-ungarischen Monarchie, und Seine Excellenz, Herr Dr. Jayme Estrázulas, Ressortminister, zu dem Zwecke des Austausches der Ratifikationen der in dieser Stadt am 25. Juni 1887 abgeschlossenen und durch die beiderseitigen Bevollmächtigten unterzeichneten Konvention über die Auslieferung von Verbrechern und nahmen nach Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, sowie nach ordnungsmässiger Verlesung der Ratifikationsurkunden der gedachten Konvention und nach Konstatierung ihrer Übereinstimmung in allen Vertragspunkten, deren Austausch hiernach in schriftlicher Form vor, welchem die Erklärung vorausgieng:

seitens des Herrn interimistischen Geschäftsträgers der österreichisch-ungarischen Monarchie auf Grund der Weisungen seiner Regierung und seitens des Herrn Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten zufolge des Gesetzes vom 11. Mai 1895, durch welches die gedachte Konvention genehmigt wird, dass die höheren Gerichtsbehörden des ersuchten Staates in jedem Falle über die Auslieferungsbegehren nach dem für ihre eigenen Gerichte mit Rücksicht auf die Landesgesetze geltenden Verfahren entscheiden würden.

Urkund dessen haben die Herren Bevollmächtigten das gegenwärtige Protokoll in doppelter Ausfertigung aufnehmen lassen und die Parien desselben gefertigt und mit ihren Siegeln gesiegelt in Montevideo am zwanzig neunten Tage des Monats August des Jahres eintausend achthundert neunzig und sechs.

(L. S.)

Anton de Grubissich-Keresztúr m. p.

österreichisch-ungarischer Geschäftsträger.

(L. S.)

Jayme Estrázulas m. p.

Nr. 11482. GROSSBRITANNIEN und ÖSTERREICH-UNGARN. —
Abkommen zum Schutze von Werken der Litteratur
und Kunst.

24. April 1893.

Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreiches von Grossbritannien und Irland, Kaiserin von Indien etc., und Seine Majestät der Kaiser von Österreich, König von Böhmen, etc., und Apostolischer König von Ungarn, von dem Wunsche beseelt, die Rechte der Urheber von Werken der Litteratur oder Kunst und der Rechtsnachfolger der Urheber in den beiderseitigen Staatsgebieten in wirksamer Weise zu sichern, haben beschlossen, zu diesem Behufe einen besonderen Vertrag zu schliessen und demgemäss zu Ihren Bevollmächtigten ernannt: || Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreiches von Grossbritannien und Irland, Kaiserin von Indien etc., den sehr ehrenwerten Sir Augustus Berkeley Paget, Grosskreuz des höchst ehrenwerten Bath-Ordens, Mitglied des höchst ehrenwerten geheimen Rates Ihrer Britanischen Majestät, Ihrer Majestät ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Seiner kaiserlichen und königlichen Apostolischen Majestät etc., etc., etc.; || Seine Majestät der Kaiser von Österreich, König von Böhmen etc., und Apostolischer König von Ungarn, den Herrn Gustav Grafen Kálnoky von Köröspatak, Ritter des Ordens vom goldenen Vliesse, Grosskreuz des St. Stephan-Ordens, Ritter des Leopold-Ordens, Allerhöchst Ihren Geheimen Rat und Kämmerer, Minister des kaiserlichen Hauses und des Äussern, General der Kavallerie etc., etc., etc.; || Welche, nachdem sie sich gegenseitig ihre Vollmachten mitgeteilt und dieselben in guter und gehöriger Ordnung befunden, die folgenden Artikel vereinbart haben:

Artikel I.

Die Urheber von Werken der Litteratur oder Kunst und deren Rechtsnachfolger mit Inbegriff der Verleger sollen in den Staatsgebieten der hohen vertragschliessenden Teile gegenseitig sich der Vorteile zu erfreuen haben, welche daselbst zum Schutze von Werken der Litteratur oder Kunst gesetzlich eingeräumt werden. || Es werden daher die Urheber von Werken der Litteratur oder Kunst, deren Werke in dem Gebiete des einen der hohen vertragschliessenden Teile zuerst veröffentlicht worden sind, ebenso wie ihre Rechtsnachfolger in dem Gebiete des anderen Teiles denselben Schutz und dieselbe rechtliche Hilfe gegen jede Beeinträchtigung ihrer Rechte geniessen, als wenn das Werk dort zuerst veröffentlicht worden wäre, wo die Beeinträchtigung erfolgt ist. || In gleicher Weise werden die Urheber von Werken der Litteratur oder Kunst und deren Rechtsnachfolger, welche einem der hohen vertragschliessenden Teile als Staatsbürger angehören oder in dessen Gebiet wohnen, in dem Gebiete des anderen Teiles denselben Schutz und dieselbe rechtliche Hilfe gegen jede Beeinträchtigung ihrer Rechte geniessen, als wenn sie dort, wo die Beeinträchtigung erfolgt ist, staatsangehörig oder wohnhaft wären. || Diese Vorteile sollen den Urhebern und ihren Rechtsnachfolgern jedoch gegen-

Nr. 11482.
 Gross-
 britannien u.
 Österreich-
 Ungarn.
 24. Apr. 1893.

Nr. 11482. seitig nur in dem Falle gewährt werden, wenn das betreffende Werk auch durch die Gesetze des Staates, wo das Werk zuerst veröffentlicht worden ist, geschützt ist und sollen in dem anderen Gebiete nicht über die Frist hinaus dauern, welche durch die Gesetze des Staates, wo das Werk zuerst veröffentlicht worden ist, den Urhebern und ihren Rechtsnachfolgern eingeräumt ist.

Gross-
britannien u.
Österreich-
Ungarn.
24. Apr. 1893.

Artikel II.

Da das Übersetzungsrecht einen Bestandteil der Urheberrechte bildet, so ist insbesondere auch der Schutz des Übersetzungsrechtes unter den in dieser Konvention enthaltenen Bedingungen gewährleistet. || Wenn zehn Jahre nach Ablauf des Jahres, in welchem ein auf Grund dieser Konvention in den Staatsgebieten Ihrer Majestät zu schützendes Werk erschienen ist, eine Übersetzung in die englische Sprache nicht herausgegeben worden ist, so soll das Recht zur Übersetzung des Werkes in die englische Sprache auch in den bezeichneten Staatsgebieten dem Urheber nicht mehr ausschliesslich zustehen. || Wurde ein Buch in Lieferungen veröffentlicht, so beginnt die oben bestimmte zehnjährige Frist mit dem Ende jenes Jahres, in welchem jede einzelne Lieferung veröffentlicht worden ist.

Artikel III.

Rechtmässige Übersetzungen werden wie Originalwerke geschützt. Sie geniessen demzufolge den vollen Schutz, welcher durch den gegenwärtigen Vertrag rücksichtlich der unbefugten Wiedergabe von Originalwerken festgesetzt ist. || Wenn es sich indessen um ein Werk handelt, betreffs dessen das Recht zur Übersetzung allgemein freisteht, so steht dem Übersetzer kein Einspruch gegen die Übersetzung des Werkes durch andere Schriftsteller zu.

Artikel IV.

Der Ausdruck „Werke der Litteratur oder Kunst“ umfasst Bücher, Broschüren und alle anderen Schriftwerke; dramatische und dramatisch-musikalische Werke, musikalische Kompositionen mit oder ohne Text; Werke der zeichnenden Kunst, der Malerei, der Bildhauerei, Stiche, Lithographien, Illustrationen, geographische Karten, geographische, topographische, architektonische oder sonstige wissenschaftliche Pläne, Skizzen und Darstellungen plastischer Art; überhaupt jedes Erzeugnis aus dem Bereiche der Litteratur, Wissenschaft oder Kunst, welches im Wege des Druckes oder sonstiger Vervielfältigung veröffentlicht werden kann.

Artikel V.

Im britischen Reiche und in den im österreichischen Reichsrath vertretenen Königreichen und Ländern ist der Genuss der durch den gegenwärtigen Vertrag gewährleisteten Rechte nur von der Erfüllung jener Bedingungen und Förmlichkeiten abhängig, welche durch die Gesetzgebung des Staates, wo das Werk zuerst veröffentlicht worden ist, vorgeschrieben sind, und werden keine weiteren Förmlichkeiten und Bedingungen in dem anderen

Gebiete gefordert werden. || Es ist daher nicht notwendig, dass ein in dem einen Gebiete gesetzlich geschütztes Werk in dem anderen eingetragen werde, oder dass Abdrücke oder Abzüge desselben dort hinterlegt werden, um jene rechtliche Hilfe gegen Beeinträchtigung zu erlangen, welche in dem anderen Lande den daselbst zuerst veröffentlichten Werken gewährt wird. || In den Ländern der ungarischen Krone ist der Genuss dieser Rechte indessen von der Erfüllung der Bedingungen und Förmlichkeiten abhängig, welche durch die Gesetze und Vorschriften sowohl Grossbritanniens als auch Ungarns vorgeschrieben sind.

Nr. 11482.
Gross-
britannien u.
Österreich-
Ungarn.
24. Apr. 1893.

Artikel VI.

Damit die Urheber der durch den gegenwärtigen Vertrag geschützten Werke bis zum Beweise des Gegenteiles als solche angesehen und demgemäss vor den Gerichten des anderen hohen vertragschliessenden Theiles zur Verfolgung von Beeinträchtigungen der Urheberrechte zugelassen werden, genügt es, wenn ihr Name in der üblichen Weise auf dem Werke angegeben ist. || Dessenungeachtet können die Gerichte in zweifelhaften Fällen die Beibringung einer solchen weiteren Bescheinigung verlangen, wie dieselbe nach den Gesetzen des betreffenden Gebietes gefordert werden kann. || Bei anonymen oder pseudonymen Werken ist der Verleger, dessen Name auf dem Werke angegeben ist, zur Wahrnehmung der dem Urheber zustehenden Rechte befugt. Derselbe gilt ohne weiteren Beweis als Rechtsnachfolger des anonymen oder pseudonymen Urhebers, bis nicht der Urheber oder sein Rechtsnachfolger ihre Rechte offenbar machen und nachweisen.

Artikel VII.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages sollen in keiner Beziehung das jedem der hohen vertragschliessenden Teile zustehende Recht beeinträchtigen, durch Massregeln der Gesetzgebung oder inneren Verwaltung die Verbreitung, die Aufführung, die Ausstellung oder das Feilbieten eines jeden Werkes oder Erzeugnisses zu überwachen oder zu untersagen. || Jedem der hohen vertragschliessenden Teile bleibt gleicherweise das Recht gewahrt, die Einfuhr solcher Werke in sein eigenes Gebiet zu verbieten, welche nach seinen inneren Gesetzen oder in Gemässheit seiner vertragsmässigen Vereinbarungen mit anderen Staaten als unerlaubte Wiedergabe erklärt sind oder erklärt werden.

Artikel VIII.

Die Bestimmungen dieses Vertrages sollen auch auf Werke der Litteratur oder Kunst Anwendung finden, welche vor dem Inkrafttreten desselben hergestellt worden sind. || Hierbei haben jedoch die aus den nachstehenden Anordnungen sich ergebenden Beschränkungen platzzugreifen, und zwar: || a) In der österreichisch-ungarischen Monarchie: || Die vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages angefertigten Exemplare, deren Herstellung bisher erlaubt war, können auch ferner verbreitet werden. || Desgleichen können die Vorrichtungen

Nr. 11482. zur Vervielfältigung der Werke, wie Stereotypen, Holzstöcke und gestochene Platten aller Art, sowie lithographische Steine, wenn deren Herstellung bisher nicht verboten war, während eines Zeitraumes von vier Jahren vom Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages an noch benützt werden. || Die Verbreitung solcher Exemplare und die Benützung der bezeichneten Vorrichtungen ist aber nur dann gestattet, wenn infolge eines von der beteiligten Partei binnen drei Monaten von dem Inkrafttreten dieses Vertrages gestellten Ansuchens durch die betreffende Regierung ein Inventar der bezeichneten Exemplare und Vorrichtungen aufgenommen wurde, und diese Exemplare und Vorrichtungen mit einem besonderen Stempel versehen worden sind. || Die vor dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages rechtmässig zur Aufführung gebrachten dramatischen oder dramatisch-musikalischen Werke und musikalischen Kompositionen können auch ferner aufgeführt werden. || b) Im vereinigten Königreiche Grossbritannien und Irland: || Der Urheber und der Herausgeber irgend eines Werkes der Litteratur oder Kunst, welches vor dem Tage, an dem dieser Vertrag in Wirksamkeit tritt, hergestellt worden ist, soll zu allen gesetzlichen Rechtsmitteln gegen Beeinträchtigung befugt sein; wenn jedoch irgend Jemand vor der Veröffentlichung der Regierungs-Verordnung, welche diesen Vertrag in Wirksamkeit setzt, ein Werk in dem vereinigten Königreiche rechtmässig hergestellt hat, so sollen alle Rechte und Interessen, die aus einer solchen oder im Zusammenhange mit einer solchen Herstellung entstanden sind, und welche in dem bezeichneten Zeitpunkte bestehen und in Geltung sind, nicht vermindert oder beeinträchtigt werden.

Artikel IX.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages sollen Anwendung finden in allen Kolonien und auswärtigen Besitzungen Ihrer britannischen Majestät mit Ausnahme der hier nachbenannten, also mit Ausnahme von: || Indien. || Das Gebiet von Canada. || Newfoundland. || Capland. || Natal. || Neu-Süd-Wales. || Victoria. || Queensland. || Tasmanien. || Süd-Australien. || West-Australien. || Neu-Seeland.

Sollen jedoch die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages auf eine der obengenannten Kolonien oder auswärtigen Besitzungen zur Anwendung gelangen, so hat zu diesem Ende durch Ihrer britannischen Majestät Vertreter bei Seiner kaiserlichen und königlichen Apostolischen Majestät eine betreffende Erklärung abgegeben zu werden, und zwar innerhalb zweier Jahre vom Tage des Austausches der Ratifikationen des gegenwärtigen Vertrages.

Artikel X.

Der gegenwärtige Vertrag wird durch zehn Jahre von dem Tage des Austausches der Ratifikationen in Kraft bleiben, und in dem Falle, dass keiner der hohen vertragschliessenden Teile zwölf Monate vor dem Ablaufe des besagten zehnjährigen Zeitraumes seine Absicht, den gegenwärtigen Vertrag aufhören zu lassen, kundgiebt, wird der gegenwärtige Vertrag in Kraft ver-

bleiben bis zum Ablaufe eines Jahres, von dem Tage ab gerechnet, an welchem einer der hohen vertragschliessenden Teile eine solche Erklärung abgibt. || Nr. 11482. Grossbritannien u. Österreich-Ungarn. 24. Apr. 1893. Ihrer britannischen Majestät Regierung steht auch das Recht zu, den Vertrag in derselben Weise rücksichtlich einer der im Artikel IX erwähnten Kolonien oder auswärtigen Besitzungen einzeln zu kündigen.

Artikel XI.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifiziert, und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in Wien ausgetauscht werden. Er wird zehn Tage nach seiner in Gemässheit der nach den einschlägigen Gesetzen der hohen vertragschliessenden Teile erfolgten Verlautbarung in Wirksamkeit treten. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterfertigt und mit ihrem Siegel versehen.

So geschehen in Wien am 24. Tage des Monats April im Jahre des Heiles Eintausend achthundert dreiundneunzig.

(L. S.) (Signed) A. B. Paget.

(L. S.) Kálnoky.

Nr. 11483. NIEDERLANDE und PORTUGAL. — Auslieferungsvertrag.

19. Mai 1894.

Sa Majesté la Reine des Pays-Bas et en Son Nom Sa Majesté la Reine Régente du Royaume, et Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves Nr. 11483. Niederlande u. Portugal. 19. Mai 1894. ayant résolu d'un commun accord de conclure une nouvelle convention pour l'extradition des malfaiteurs, || Ont nommé à cet effet pour Leurs plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté la Reine des Pays-Bas et en Son Nom Sa Majesté la Reine Régente du Royaume: || Le baron Jacob Dirk Carel de Heeckeren de Kell, Son ministre résident près Sa Majesté Très-Fidèle; || Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves: || Le sieur Ernesto Rodolpho Hintze Ribeiro, du conseil de Sa Majesté Très-Fidèle, conseiller d'état, grand'croix de l'ordre de la Tour et de l'Épée, de l'ordre militaire du Christ, de l'ordre du Lion Néerlandais, etc., etc., etc., président du conseil et ministre et secrétaire d'état aux départements des finances et des affaires étrangères; || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article 1.

Le gouvernement néerlandais et le gouvernement portugais s'engagent à se livrer réciproquement d'après les règles déterminées par les articles suivants, à l'exception de leurs nationaux, les individus condamnés ou prévenus à raison d'un des faits ci-après énumérés, commis hors du territoire de l'état, auquel l'extradition est demandée: || 1°. a) Attentat contre la vie ou la liberté du Roi, de la Reine régnante, du Régent, ou d'un autre chef d'un état ami, ou entrepris dans le dessein de les rendre incapables de régner; || b) Attentat

Nr. 11483.
Niederlande
u. Portugal.
19. Mai 1894.

contre la vie ou la liberté de la Reine non régnante, de l'Héritier Présomptif du Trône ou d'un Membre de la Famille Souveraine; || 2°. Meurtre ou assassinat, commis sur un enfant; || 3°. Menaces, faites par écrit et sous une condition déterminée, dans les cas prévus par la législation des deux pays; || 4°. Avortement, procuré par la femme enceinte ou par d'autres; || 5°. Sévices, ayant occasionné une grave lésion corporelle ou la mort, sévices commis avec préméditation ou sévices graves; || 6°. Viol; attentat à la pudeur; le fait d'avoir, en dehors du mariage, un commerce charnel avec une fille ou une femme au-dessous de l'âge de seize ans, ou avec une femme au dessus de cet âge, lorsque le coupable sait qu'elle est évanouie ou sans connaissance; actes d'immoralité, lorsque le coupable sait que la personne avec laquelle il les commet, est évanouie ou sans connaissance, ou lorsque cette personne n'a pas atteint l'âge de seize ans; excitation d'une personne au-dessous de cet âge à commettre ou à subir des actes d'immoralité ou à avoir, en dehors du mariage, un commerce charnel avec un tiers; || 7°. Excitation de mineurs à la débauche et tout acte ayant pour objet de favoriser la débauche de mineurs, pouissable d'après les lois des deux pays; || 8°. Bigamie; || 9°. Enlèvement, recel, suppression, substitution ou supposition d'un enfant; || 10°. Enlèvement de mineurs; || 11°. Contrefaçon ou altération de monnaies ou de papiermonnaie, entreprise dans le dessein d'émettre ou de faire émettre ces monnaies ou ce papiermonnaie comme non contrefaits et non altérés, ou mise en circulation de monnaies ou de papiermonnaie contrefaits ou altérés, lorsqu'elle a lieu à dessein; || 12°. Contrefaçon ou falsification de timbres et de marques de l'état ou de marques d'ouvrier exigées par la loi, dans les cas prévus par la législation des deux pays; || 13°. Faux en écriture et usage fait à dessein de l'écriture fausse ou falsifiée, pour autant que les lois des deux pays permettent l'extradition de ce chef; la détention ou l'introduction de l'étranger de billets d'une banque de circulation fondée en vertu de dispositions légales, dans le dessein de les mettre en circulation comme n'étant ni faux ni falsifiés, lorsque l'auteur savait au moment où il les a reçus, qu'ils étaient faux ou falsifiés; || 14°. Faux serment; || 15°. Corruption de fonctionnaires publics, dans les cas prévus par la législation des deux pays; concussion; détournement commis par des fonctionnaires ou par ceux qui sont considérés comme tels; || 16°. Incendie allumé à dessein, lorsqu'il peut en résulter un danger commun pour des biens ou un danger de mort pour autrui; incendie allumé dans le dessein de se procurer ou de procurer à un tiers un profit illégal au détriment de l'assureur ou du porteur légal d'un contrat à la grosse; || 17°. Destruction illégale commise à dessein d'un édifice appartenant en tout ou en partie à un autre ou d'un édifice ou d'une construction, lorsqu'il peut en résulter un danger commun pour des biens ou un danger de mort pour autrui; || 18°. Actes de violence commis en public, à forces réunies, contre des personnes ou des biens; || 19°. Le fait illégal commis à dessein de faire couler à fond, de faire échouer, de détruire, de rendre impropre à l'usage ou de détériorer un navire, lors-

qu'il peut en résulter un danger pour autrui; || 20°. Émeute et insubordination des passagers à bord d'un navire contre le capitaine et des gens de l'équipage contre leurs supérieurs; || 21°. Le fait commis à dessein d'avoir mis en péril un convoi sur un chemin de fer; || 22°. Vol; || 23°. Escroquerie; || 24°. Abus de blanc-seing; || 25°. Détournement; || 26°. Banqueroute frauduleuse. || Sont comprises dans les qualifications précédentes la tentative et la complicité, lorsqu'elles sont punissables d'après la législation du pays auquel l'extradition est demandée.

Article 2.

L'extradition n'aura pas lieu: || 1°. Lorsque le fait a été commis dans un pays tiers et que le gouvernement de ce pays requiert l'extradition; || 2°. Lorsque la demande en sera motivé par le même fait, pour lequel l'individu réclamé a été jugé dans le pays auquel l'extradition est demandée et du chef duquel il y a été condamné absous ou acquitté; || 3°. Si, d'après les lois du pays auquel l'extradition est demandée, la prescription de l'action ou de la peine est acquise avant l'arrestation de l'individu réclamé, ou, l'arrestation n'ayant pas encore eu lieu, avant qu'il n'ait été cité devant le tribunal pour être entendu.

Article 3.

L'extradition n'aura pas lieu aussi longtemps que l'individu réclamé est poursuivi pour le même fait dans le pays auquel l'extradition est demandée.

Article 4.

Si l'individu réclamé est poursuivi ou subit une peine pour une autre infraction que celle qui a donné lieu à la demande d'extradition, son extradition ne sera accordée qu'après la fin de la poursuite dans le pays auquel l'extradition est demandée, et, en cas de condamnation, qu'après qu'il aura subi sa peine ou qu'il aura été gracié. Néanmoins, si d'après les lois du pays qui demande l'extradition, la prescription de la poursuite pouvait résulter de ce délai, son extradition sera accordée, si des considérations spéciales ne s'y opposent, et sous l'obligation de renvoyer l'extradé aussitôt que la poursuite dans ce pays sera finie.

Article 5.

L'individu extradé ne pourra être ni poursuivi ni puni, dans le pays auquel l'extradition a été accordée, pour un fait punissable quelconque non prévu par la présente convention et antérieur à son extradition, ni extradé à un état tiers sans le consentement de celui qui a accordé l'extradition, à moins qu'il n'ait eu la liberté de quitter de nouveau le pays susdit pendant un mois après avoir été jugé, et, en cas de condamnation, après avoir subi sa peine ou après avoir été gracié. || Il ne pourra pas non plus être poursuivi ni puni du chef d'un fait punissable prévu par la convention, antérieur à l'extradition, sans le consentement du gouvernement qui a livré l'extradé et qui pourra, s'il le juge convenable, exiger la production de l'un des docu-

Nr. 11483. ments mentionnés dans l'article 7 de la présente convention. Toutefois, ce
 Niederlande consentement ne sera pas nécessaire lorsque l'inculpé aura demandé spontanément à être jugé ou à subir sa peine ou lorsqu'il n'aura pas quitté, dans le
 u. Portugal, délai fixé plus haut, le territoire du pays auquel il a été livré.
 19. Mai 1894.

Article 6.

Les dispositions de la présente convention ne sont point applicables aux délits politiques. La personne qui a été extradée à raison de l'un des faits de droit commun mentionnés à l'article 1, ne peut, par conséquent, en aucun cas, être poursuivie et punie dans l'état auquel l'extradition a été accordée, à raison d'un délit politique commis par elle avant l'extradition, ni à raison d'un fait connexe à un semblable délit politique, à moins qu'elle n'ait eu la liberté de quitter de nouveau le pays pendant un mois après avoir été jugée et, en cas de condamnation, après avoir subi sa peine ou après avoir été graciée.

Article 7.

L'extradition sera demandée par la voie diplomatique et ne sera accordée que sur la production de l'original ou d'une expédition authentique, soit d'un jugement de condamnation soit d'une ordonnance de mise en accusation ou de renvoi devant la justice répressive avec mandat d'arrêt, soit d'un mandat d'arrêt, délivré dans les formes prescrites par la législation de l'état qui fait la demande, et indiquant suffisamment le fait dont il s'agit, pour mettre l'état requis à même de juger s'il constitue, d'après sa législation, un cas prévu par la présente convention, ainsi que la disposition pénale qui lui est applicable.

Article 8.

Les objets saisis en la possession de l'individu réclamé seront livrés à l'état requérant, si l'autorité compétente de l'état requis en a ordonné la remise.

Article 9.

En attendant la demande d'extradition par la voie diplomatique, l'arrestation provisoire de l'individu, dont l'extradition peut être requise aux termes de la présente convention, pourra être demandée: || Du côté des Pays-Bas, par tout officier de justice ou tout juge d'instruction (juge commissaire); || Du côté du Portugal, par tout juge de première instance. || L'arrestation provisoire est soumise aux formes et aux règles prescrites par la législation du pays auquel la demande est faite.

Article 10.

L'étranger arrêté provisoirement, aux termes de l'article précédent, sera, à moins que son arrestation ne doive être maintenue pour un autre motif, mis en liberté, si dans le délai de vingt jours après la date du mandat d'arrestation provisoire, la demande d'extradition par la voie diplomatique, avec remise des documents prescrits par la présente convention, n'a pas été faite.

Article 11.

Lorsque, dans la poursuite d'une affaire pénale non politique un des gouvernements jugera nécessaire l'audition de témoins se trouvant dans l'autre état, une commission rogatoire sera envoyée à cet effet par la voie diplomatique, et il y sera donné suite, en observant les lois du pays, où les témoins seront invités à comparaître. En cas d'urgence toutefois une commission rogatoire pourra être directement adressée par l'autorité judiciaire dans l'un des états à l'autorité judiciaire dans l'autre état. || Toute commission rogatoire, ayant pour but de demander une audition de témoins, devra être accompagnée d'une traduction française.

Nr. 11483.
Niederlande
u. Portugal.
19. Mai 1894.

Article 12.

Si dans une cause pénale non politique la comparution personnelle d'un témoin dans l'autre pays est nécessaire ou désirée, son gouvernement l'engagera à se rendre à l'invitation qui lui sera faite, et, en cas de consentement, il lui sera accordé des frais de voyage et de séjour, d'après les tarifs et règlements en vigueur dans le pays où l'audition devra avoir lieu, sauf le cas où le gouvernement requérant estimera devoir allouer au témoin une plus forte indemnité. || Aucun témoin, quelle que soit sa nationalité, qui, cité dans l'un des deux pays, comparaitra volontairement devant les juges de l'autre pays, ne pourra y être poursuivi ou détenu pour des faits ou condamnations criminels antérieurs, ni sous prétexte de complicité dans les faits objets du procès ou il figurera comme témoin.

Article 13.

Lorsque dans une cause pénale non politique la confrontation de criminels, détenus dans l'autre état, ou bien la communication de pièces de conviction ou de documents, qui se trouveraient entre les mains des autorités de l'autre pays, sera jugée utile ou nécessaire, la demande en sera faite par la voie diplomatique, et l'on y donnera suite à moins de considérations spéciales qui s'y opposent, et sous l'obligation de renvoyer les criminels et les pièces.

Article 14.

Le transit, à travers le territoire de l'un des états contractants, d'un individu livré par une tierce puissance à l'autre partie et n'appartenant pas au pays du transit, sera accordé sur la simple production, en original ou en expédition authentique, de l'un des actes de procédure mentionnés à l'article 7, pourvu que le fait servant de base à l'extradition soit compris dans la présente convention et ne rentre pas dans les prévisions des articles 2 et 6, et que le transport ait lieu, quant à l'escorte, avec le concours de fonctionnaires du pays qui a autorisé le transit sur son territoire. || Les frais du transit seront à la charge de l'état requérant.

Article 15.

Les gouvernements respectifs renoncent de part et d'autre à toute réclamation pour la restitution des frais d'entretien, de transport et autres, qui

Nr. 11483. pourraient résulter, dans les limites de leurs territoires respectifs, de l'extradition des prévenus, accusés ou condamnés, ainsi que de ceux résultant de l'exécution des commissions rogatoires, du transport et du renvoi des criminels à confronter, et de l'envoi et de la restitution des pièces de conviction ou des documents. || Au cas où le transport par mer serait jugé préférable, l'individu à extraditer sera conduit au port que désignera l'agent diplomatique ou consulaire du gouvernement requérant, aux frais duquel il sera embarqué.

Article 16.

Les stipulations de la présente convention seront applicables aux colonies et possessions étrangères des deux Hautes Parties contractantes, mais, étant basées sur la législation de la mèrepatrie, ces stipulations ne seront observées de part et d'autre que pour autant qu'elles seront compatibles avec les lois en vigueur dans ces colonies et possessions. || La demande d'extradition du malfaiteur, qui s'est réfugié dans une colonie ou possession étrangère de l'autre Partie, pourra aussi être faite directement au gouverneur ou fonctionnaire principal de cette colonie ou possession par le gouverneur ou fonctionnaire principal de l'autre colonie ou possession, pour autant que les deux colonies ou possessions étrangères sont situées dans l'Asie ou l'Afrique orientale. || Lesdits gouverneurs ou premiers fonctionnaires auront la faculté soit d'accorder l'extradition, soit d'en référer à leur gouvernement.

Article 17.

La présente convention ne sera exécutoire qu'à dater du vingtième jour après sa promulgation dans les formes prescrites par les lois des deux pays. || A partir de sa mise à exécution la convention du 3 avril 1878 cessera d'être en vigueur et sera remplacée par la présente convention, laquelle continuera à sortir ses effets jusqu'à six mois après déclaration contraire de la part de l'un des deux gouvernements. || Elle sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à La Haye dans le délai de dix mois ou plus tôt si faire se peut. || En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait en double expédition à Lisbonne, le dix-neuvième jour du mois de mai de l'an de Grâce mil huit cent quatre-vingt quatorze.

(L.-S.) Carel van Heeckeren.

(L.-S.) Ernesto Rodolpho Hintze Ribeiro.

Nr. 11484. NIEDERLANDE und LIBERIA. — Auslieferungsvertrag.

2. Februar 1895.

Nr. 11484. Her Majesty the Queen of the Netherlands and in Her name Her Majesty the Queen-Régent of the Kingdom and His Excellency the President of Liberia, being desirous of concluding a treaty to deliver up criminals, have

appointed for that purpose as their plenipotentiaries: || Her Majesty the Queen-
 Regent of the Kingdom of the Netherlands: || jonkheer John Röell, Minister
 of Foreign Affairs, William van der Kaay, Minister of Justice, and James
 Henry Bergsma, Minister of the Colonies; || and His Excellency the President
 of Liberia: || Dr. Henry Peter Nicholas Muller, Consul-General of the Republic
 of Liberia for the Kingdom of the Netherlands; || who after having communicated
 to each other their respective full powers, found in good and due
 form, have agreed upon and concluded the following articles:

Nr. 11484.
 Niederlande
 und Liberia.
 2. Febr. 1895.

Article I.

The Government of the Netherlands and the Government of Liberia engage to deliver up to each other those persons who, being accused or convicted of a crime or offence committed in the territory of the one party, shall be found within the territory of the other, under the circumstances and conditions stated in the present treaty.

Article II.

Persons shall be delivered up, according to the provisions of this convention, who shall have been charged with, or convicted of, any of the following crimes: || 1°. *a.* Attempt made against the life or liberty of the King, Queen-regnant, Regent, of the President of the Republic, or other Head of a friendly State, or undertaken with a view to render Them incapable of reigning; || *b.* Attempt against the life or liberty of the Queen nonregnant, of the Heir presumptive of the Throne or of a Member of the Reigning Family; || 2°. Murder, including infanticide, manslaughter; || 3°. Rape, bigamy, abortion; || 4°. Violence which has caused a serious bodily injury or death, or serious bodily injury or death, or serious violence; || 5°. Arson; || 6°. Revolt by two or more persons or board a ship on the high seas against the authority of the master; || 7°. Burglary, or the corresponding crime in the Netherland law under the description of thefts committed in an inhabited house by night, by breking in, by climbing, or forcibly; || 8°. Robbery, or the corresponding crime punished in the Netherland law under the description of theft committed with violence or by means of threats; || 9°. Forgery or the utterance of forged papers, including the forgery or falsification of official acts of the Government or public authority or courts of justice, affecting the title or claim to money or property; || 10°. The counterfeiting, falsifying or altering of money, whether coin or paper, or of instruments of debt created by national, state, provincial or municipal governments, or coupons thereof, or of banknotes, or the utterance or circulation of the same, or the counterfeiting, falsifying or altering of the seals of State; || 11°. Perjury; || 12°. Bribery of public officers, so far as the laws of the two Countries permit extradition on this ground; malversation in office; embezzlement committed by officers or by those regarded as such; || 13°. Embezzlement by any person or person hired or salaried, to the

Nr. 11484.
Niederlande
und Liberia.
2. Febr. 1895.

detriment of their employers, when the offence is subject to punishment by imprisonment by the laws of both Countries; || 14°. The unlawful act, committed intentionally, of sinking, wrecking, destroying, rendering unfit for use, or injuring a vessel, when there may result from the same a danger of life for others; || 15°. Kidnapping of minors, defined to be the abduction or detention of a minor for any unlawful end; || 16°. Swindling; || 17°. Larceny, defined to be the theft of effects, personal property or money; || 18°. Wilful and unlawful destruction or obstruction of railroads, which endangers human life; || 19°. Fraudulent bankruptcy. || The attempt to commit and participation in, the offence are included in the preceding list, when they are punishable under the laws of the Country from which the extradition is asked.

Article III.

The provisions of this convention shall not apply to any crime or offence of a political character, nor to acts connected with such crimes or offences, and no person, surrendered under the provision of article II hereof, shall in any case be tried or punished for a crime or offence of a political character nor for any act connected therewith, committed previously to his extradition.

Article IV.

The extradited person shall neither be prosecuted nor punished in the Country, to which the extradition has been granted, for any punishable offence whatever not provided for by the present convention, and committed prior to his extradition, nor shall he be extradited to a third State without the consent of that granting the extradition, unless he has had the opportunity again to leave the Country aforesaid during three months after he has been tried, and, in case of condemnation, after he has served his sentence or been pardoned. || No more shall he be prosecuted or punished for a punishable offence provided for by the convention and committed prior to his extradition, without the consent of the Government that has surrendered him, and which, if found desirable, can require the production of one of the documents mentioned in article XI of the present convention. This consent however will not be necessary, if the accused person himself should have asked for trial or for serving his sentence, or if, within the aforesaid lapse of time, he has not left the territory of the State, to which he has been surrendered.

Article V.

A fugitive criminal shall not be surrendered under the provisions hereof when, by lapse of time, he is exempt from prosecution or punishment for the crime or offence for which the surrender is asked, according to the laws of the Country from which the extradition is demanded, or when his extradition is asked for the same crime or offence for which he has been tried, convicted or acquitted in that country, or so long as he is under prosecution for the same.

Article VI.

If the person whose extradition may be claimed pursuant to the stipulations hereof, be actually under prosecution for a crime or offence in the country where he has sought asylum, or shall have been convicted thereof, his extradition may be deferred until such proceedings be terminated, and until such criminal shall be set at liberty in due course of law.

Nr. 11484.
Niederlande
und Liberia.
2. Febr. 1895.

Article VII.

If the person claimed by one of the Parties hereto shall also be claimed by one or more Powers, pursuant to treaty provisions on account of crimes committed within their jurisdiction, such criminal shall be delivered in preference in accordance with that demand which is the earliest in date.

Article VIII.

Neither of the contracting Parties shall be bound to deliver up, under the stipulations of this convention, its own citizens or subjects.

Article IX.

The expenses of the arrest, detention, examination and transportation of the accused shall be paid by the Government which has preferred the demand for extradition. || The extradition shall take place on board the vessel designated by the diplomatic or consular officer of the Government making the demand and only in one of the harbours which are opened to international trade.

Article X.

All articles found in the possession of the fugitive criminal at the time of his arrest, which were obtained through the commission of the act of which he is convicted or with which he is charged, or which may be material as evidence in making proof of the crime, shall, so far as practicable according to the laws or practice in the respective Countries, be delivered up with, his person at the time of surrender. Nevertheless, the rights of third parties with regard to all such articles, shall be duly respected.

Article XI.

Extradition shall be requested through the diplomatic or consular channel, and shall be granted only on the production of the original or of an authenticated copy of either: || *a.* the sentence of condemnation or || *b.* bill of indictment or commitment for trial together with the warrant of arrest or || *c.* the warrant of arrest only, || drawn according to the forms prescribed by the laws of the State, making the request, and setting forth the offence in question with sufficient clearness to enable the State on which the demand is made to decide whether, under its laws, the case is one provided for by the present convention, and also indicating the penal provision applicable thereto.

Article XII.

Nr. 11484.
Niederlande
und Liberia.
2. Febr. 1895.

It shall be lawful for any competent judicial authority of the Netherlands or of Liberia upon production of a certificate, issued by the Minister of Foreign Affairs or by the Secretary of State, that request has been made by the Government of Liberia or of the Netherlands for the provisional arrest of a person convicted or accused of the commission therein of a crime extraditable under this convention, to issue his warrant for the apprehension of such person. But if the formal requisition for surrender, with the documentary proofs herein before prescribed, be not made as aforesaid by the diplomatic agent or consular officer of the demanding Government within three months from the date of the arrest of the person convicted or accused, the prisoner shall be discharged from custody.

Article XIII.

When, in the prosecution of a criminal, not political case, one of the Governments shall deem it necessary to examine witnesses in the other State letters rogatory shall be transmitted for that purpose through the diplomatic or consular channel, and due answer shall be made thereto, always complying with the laws of the Country in which the witnesses are invited to appear. In case of urgency, however, letters rogatory may be directly addressed by the judicial authority in one of the States to the judicial authority in the other State.

Article XIV.

The transit through the territory of one of the contracting States of a person surrendered by a third Power to the other Party and who does not belong to the country of transit, shall be granted on the simple production of the original or an authenticated copy of one of the legal documents, mentioned in article XI, provided that the crime which is the cause of the extradition is included in the present convention and does not fall under the stipulated exceptions, and provided that the transfer takes place, so far as the escort is concerned, with the assistance of the officers of the Country authorising the transit over its territory. || The cost of transit shall be borne by the State making the request.

Article XV.

The stipulations of the present Treaty shall be applicable to the Colonies of the Netherlands, so far as the laws for the time being in force in such Colonies will allow.

Article XVI.

The present convention shall take effect four months after the exchange of the ratifications. || After the present convention shall have gone into operation it shall continue until one of the two Parties shall give to the other six months notice of its desire to terminate it. This convention shall be

ratified, and the ratifications shall be exchanged at the Hague as soon as possible. || In testimony whereof the respective plenipotentiaries have signed the present convention, in duplicate, and have herunto affixed their seals.

Nr. 11484.
Niederlande
und Liberia.
2. Febr. 1895.

Done at the Hague the 2nd February 1895.

(L. S.) (signed) J. Röell.

(L. S.) (signed) van der Kaay. (L. S.) (signed) Hendrik P. N. Muller.

(L. S.) (signed) Bergsma.

**Nr. 11485. RUSSLAND und DÄNEMARK. — Handels- und Schiff-
fahrtsvertrag.**

2. März 1895.

Traité.

Sa Majesté le Roi de Danemark et Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, également animés du désir de développer et de consolider les relations de commerce et de navigation entre les deux Pays et désirant régulariser ces relations en remplaçant par des stipulations claires et précises le Traité dano-russe du $\frac{8}{10}$ Octobre 1782 ainsi que l'Acte additionnel du $\frac{2}{14}$ Octobre 1831, ont résolu de conclure à cet effet un Traité de commerce et de navigation et ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté le Roi de Danemark: || Monsieur Paul de Lovenørn, Son Chambellan et Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, || et Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies: || Monsieur Serge Witte, Son Conseiller Privé et Ministre des Finances, || et Monsieur Nicolas Chichkine, Son Conseiller Privé et Gérant Intérimaire du Ministère des affaires étrangères, || lesquels après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Nr 11485.
Russland u.
Dänemark.
2. März 1895

Article 1.

Les Hautes Parties contractantes s'engagent réciproquement de n'accorder aucun abaissement de taxe, privilège, faveur ou immunité quelconque aux sujets ou aux produits d'un autre Etat en ce qui concerne les droits de douane, à l'entrée et à la sortie par les frontières de terre ou de mer, droits d'importation, d'exportation et autres, qui ne soit aussi et à l'instant étendu sans condition aux nationaux et aux produits respectifs de leurs pays, la volonté des Hautes Parties contractantes étant que pour tout ce qui concerne l'importation, l'exportation, le transit, l'entrepôt, la réexportation, les droits locaux, le courtage, les tarifs et les formalités de douane, de même que pour tout ce qui a rapport à l'exercice du commerce et de l'industrie, à la navigation, à l'acquisition et la possession de propriétés de tout genre, les Danois dans l'Empire de Russie et les Russes dans le Royaume de Danemark jouissent du traitement de la nation la plus favorisée.

Article 2.

Nr. 11485.
Russland u.
Dänemark.
2. März 1895.

Les sujets de chacune des Hautes Parties contractantes auront le droit, en se conformant aux lois du pays, d'ester en justice devant les tribunaux, soit pour intenter une action, soit pour s'y défendre, et, à cet égard, ils jouiront de tous les droits et immunités des nationaux et, comme ceux-ci, ils auront la faculté de se servir, dans toute cause, des avocats, avoués et agents de toutes classes autorisés par les lois du pays. || Ils seront exempts, sur le territoire de l'autre Partie, de toute fonction officielle obligatoire judiciaire, administrative, ou municipale quelconque, celle de la tutelle exceptée, de tout service personnel dans l'armée, la marine, la réserve de terre et de mer et la milice nationale, ainsi que de tous les impôts, emprunts forcés, réquisitions et prestations militaires de tout genre qui seraient imposés en cas de guerre ou par suite de circonstances extraordinaires; toutefois sont exceptées les charges qui sont attachées à la possession, à titre quelconque, d'un bien-fonds, ainsi que l'obligation du logement militaire et d'autres prestations spéciales pour la force militaire, auxquelles les nationaux et les ressortissants de la nation la plus favorisée sont soumis comme propriétaires, fermiers ou locataires d'immeubles.

Article 3.

Les Sociétés par actions (anonymes) et autres associations commerciales, industrielles ou financières domiciliées dans l'un des deux pays et à condition qu'elles y aient été valablement constituées, conformément aux lois en vigueur, seront reconnues comme ayant l'existence légale dans l'autre pays, et elles y auront notamment le droit d'ester en justice devant les tribunaux, soit pour intenter une action, soit pour s'y défendre. || Il est entendu, toutefois, que la stipulation qui précède ne concerne point la question de savoir si une pareille Société constituée dans l'un des deux pays sera admise ou non dans l'autre pays pour y exercer son commerce ou son industrie, cette admission restant toujours soumise aux prescriptions qui existent ou existeront à cet égard dans ce dernier pays. || En tout cas les dites Sociétés et associations jouiront dans l'autre pays des mêmes droits qui sont ou seront accordés aux Sociétés similaires d'un pays quelconque.

Article 4.

Les Hautes Parties contractantes s'engagent à n'empêcher le commerce réciproque entre les deux pays par aucune prohibition d'importation ou d'exportation et à admettre le transit libre, à l'exception des voies qui ne sont ou ne seront pas ouvertes à ce dernier. || Des exceptions ne pourront avoir lieu que pour les articles qui, sur le territoire de l'une ou de l'autre des Parties contractantes, font ou feront l'objet d'un monopole de l'Etat, ainsi que pour certains articles qui, pour des motifs d'hygiène, de police vétérinaire et de sécurité publique ou pour d'autres considérations de haute gravité, pourraient être l'objet de mesures de prohibition exceptionnelles.

Article 5.

Nr. 11485.
Russland u.
Dänemark.
2. März 1895.

Ne sont pas censées déroger aux dispositions du présent Traité: || 1°. Les faveurs actuellement accordées ou qui pourraient être accordées ultérieurement par l'une des Parties contractantes à des Etats limitrophes pour faciliter le trafic local d'un rayon frontière de quinze kilomètres. || 2°. Les obligations imposées à l'une des Parties contractantes par les engagements d'une réunion douanière. || 3°. Les faveurs actuellement accordées ou qui pourraient être accordées ultérieurement par la Russie, relativement à l'importation ou à l'exportation, aux habitants du Gouvernement Arkhangel, ainsi que pour les côtes septentrionales et orientales de la Russie d'Asie (Sibérie). || Il est bien entendu, en outre, que les dispositions des articles 1 et 4 du présent Traité ne s'appliquent ni aux stipulations spéciales contenues dans le traité conclu entre la Russie et la Suède et la Norvège le 26 avril (5 Mai) 1838, ni à celles qui sont ou seront relatives au commerce avec les Etats et pays limitrophes de l'Asie, et que ces stipulations ne pourront dans aucun cas être invoquées pour modifier les relations de commerce et de navigation établies entre les deux Parties contractantes par le présent Traité.

Article 6.

Les dispositions du présent Traité applicables entièrement à l'Islande et aux îles de Faerøe, ne le sont toutefois pas aux Antilles danoises ni au Groënland, la navigation et le commerce de ce dernier étant réservés à l'Etat Danois.

Article 7.

Le privilège accordé par l'article 4 de l'Acte additionnel au traité de commerce et de navigation entre le Danemark et la Russie, conclu le ²/₁₄ Octobre 1831, aux habitants des villes de Raumo, Nystadt et Bjørneborg, de vendre leurs marchandises en bois dans les ports Danois en détail pendant vingt-et-un jours après l'entrée du vaisseau, reste en vigueur.

Article 8.

Les navires danois et leurs cargaisons seront traités en Russie, et les navires russes et leurs cargaisons seront traités en Danemark absolument sur le pied des navires nationaux et de leurs cargaisons, quel que soit le pays de départ des navires ou leur destination et quelle que soit l'origine des cargaisons ou leur destination. || Tout privilège et toute franchise accordés à cet égard à une tierce Puissance par une des Parties contractantes seront accordés à l'instant même et sans condition à l'autre. || Toutefois il est fait exception aux dispositions précédentes en ce qui concerne. || a) Les avantages particuliers dont la pêche nationale et ses produits sont ou pourront être l'objet dans l'un ou dans l'autre pays. || b) Les faveurs actuellement accordées ou qui pourraient être accordées ultérieurement à la marine marchande nationale. || Les dispositions du présent Traité ne sont point applicables au cabotage, lequel

Nr. 11485. continué à être régi par les lois qui sont ou seront en vigueur dans chacun des deux pays. Toutefois les navires danois et russes pourront passer d'un port de l'un des deux Pays contractants dans un ou plusieurs ports du même pays soit pour y déposer tout ou partie de leur cargaison apportée de l'étranger, soit pour y composer ou compléter leur chargement pour destination étrangère.

Article 9.

La nationalité des bâtiments sera admise, de part et d'autre, d'après les lois et règlements particuliers à chaque Pays, au moyen des titres et patentes se trouvant à bord et délivrés par les autorités compétentes. || Les certificats de jaugeage délivrés par l'une des Parties contractantes seront reconnus par l'autre d'après les arrangements spéciaux convenus ou à convenir entre les deux Parties contractantes.

Article 10.

Chacune des Hautes parties contractantes aura la faculté d'établir des consuls-généraux, consuls, vice-consuls ou agents consulaires dans les ports et villes de l'autre Partie; les deux Parties contractantes se réservent, toutefois, le droit de désigner les localités où il ne leur conviendra pas d'admettre des fonctionnaires consulaires, réserve qui cependant ne pourra être appliquée à l'une des Parties contractantes sans l'être également à toutes les autres Puissances. Les fonctionnaires consulaires de chacune des Parties contractantes jouiront dans le pays de l'autre Partie des mêmes droits, immunités et privilèges, qui sont accordées aux fonctionnaires consulaires du même rang des nations les plus favorisées.

Article 11.

Chacune des Hautes Parties contractantes aura la faculté de dénoncer à toute époque le présent Traité qui entrera en vigueur aussitôt après l'échange des ratifications et prendra fin douze mois après le jour de la dénonciation.

Article 12.

Le présent Traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Copenhague, aussitôt que faire se pourra. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à St. Petersburg, le $\frac{2 \text{ mars}}{18 \text{ février}}$ 1895.

(L. S.) P. Løvenørn. (L. S.) Serge Witte. (L. S.) N. Chichkine.

Nr. 11486. JAPAN und PERU. — Handels- und Schiffahrtvertrag.

20. März 1895.

Nr. 11486.
Japan und
Peru.

His Majesty the Emperor of Japan and His Excellency the President of the Republic of Peru, being equally desirous of maintaining the relations of good understanding which happily exist between them, by extending and increasing the intercourse between their respective States, and being convinced

that this object cannot better be accomplished than by revising the Treaties hitherto existing between the two countries, have resolved to complete such a revision, based upon principles of equity and mutual benefit, and, for that purpose, have named as their Plenipotentiaries, that is to say: His Majesty the Emperor of Japan, Jushii Shinichiro Kurino, of the Order of the Sacred Treasure and of the Fourth Class, and His Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary near the Government of the United States of America, and His Excellency the President of the Republic of Peru, Don José M. Yrigoyen, Chargé d'Affaires of the Republic of Peru in Washington; who, after having communicated to each other their Full Powers, found to be in good and due form, have agreed upon and concluded the following Articles:—

Nr. 11486.
Japan und
Peru.
20. März 1895.

Article I.

The subjects or citizens of each of the two High Contracting Parties shall have full liberty to enter, travel, or reside in any part of the territories of the other Contracting Party, and shall enjoy full and perfect protection for their persons and property. || They shall have free and easy access to the Courts of Justice in pursuit and defence of their rights; they shall be at liberty equally with native subjects or citizens to choose and employ lawyers, ad[*o*]vocates and representatives to pursue and defend their rights before such Courts, and in all other matters connected with the administration of justice they shall enjoy all the rights and privileges enjoyed by native subjects or citizens. || In whatever relates to rights of residence and travel; to the possession of goods and effects of any kind; to the succession to personal estate, by will or otherwise, and the disposal of property of any sort and in any manner whatsoever which they may lawfully acquire, the subjects or citizens of each Contracting Party shall enjoy in the territories of the other the same privileges, liberties, and rights, and shall be subject to no higher imposts or charges in these respects than native subjects or citizens, or subjects or citizens of the most favored nation. The subjects or citizens of each of the Contracting Parties shall enjoy in the territories of the other entire liberty of conscience, and, subject to the laws, ordinances and regulations, shall enjoy the right of private or public exercise of their worship, and also the right of burying their respective countrymen according to their religious customs, in such suitable and convenient places as may be established and maintained for that purpose. || They shall not be compelled, under any pretext whatsoever, to pay any charges or taxes other or higher than those that are, or may be paid by native subjects or citizens, or subjects or citizens of the most favored nation. || The subjects or citizens of either of the Contracting Parties residing in the territories of the other shall be exempted from all compulsory military service whatsoever, wheter in the army, navy, national guard, or militia; from all contributions imposed in lieu of personal service; and from all forced loans or military exactions or contributions.

Nr. 11486.

Japan und
Peru.

20. März 1895.

Article II.

There shall be reciprocal freedom of commerce and navigation between the territories of the two High Contracting Parties. || The subjects or citizens of each of the High Contracting Parties may trade in any part of the territories of the other by wholesale or retail in all kinds of produce, manufactures, and merchandize of lawful commerce, either in person or by agents, singly or in partnerships with foreigners or native subjects or citizens; and they may there own or hire and occupy houses, manufactories, warehouses, shops and premises and lease land for residential and commercial purposes, conforming themselves to the laws, police and customs regulations of the country like native subjects or citizens. || They shall have liberty freely to come with their ships and cargoes to all places, ports and rivers in the territories of the other, which are or may be opened to foreign commerce, and shall enjoy, respectively, the same treatment in matters of commerce and navigation as native subjects or citizens or subjects or citizens of the most favored nation, without having to pay taxes, imposts or duties, of whatever nature or under whatever denomination levied in the name or for the profit of the Government, public functionaries, private individuals, corporations, or establishments of any kind, other or greater than those paid by native subjects or citizens or subjects or citizens of the most favored nation. || It is, however, understood that the stipulations contained in this and the preceding Article do not in any way affect the special laws, ordinances and regulations with regard to trade, police and public security in force in each of the two countries and applicable to all foreigners in general.

Article III.

The dwellings, manufactories, warehouses and shops of the subjects or citizens of each of the High Contracting Parties in the territories of the other, and all premises appertaining thereto destined for purposes of residence or commerce, shall be respected. || It shall not be allowable to proceed to make a search of, or a domiciliary visit to such dwellings and premises, or to examine or inspect books, papers, or accounts, except under the conditions and with the forms prescribed by the laws, ordinances and regulations for subjects or citizens of the country.

Article IV.

No other or higher duties shall be imposed on the importation into Peru of any article, the produce or manufacture of the territories of His Majesty the Emperor of Japan, from whatever place arriving; and no other or higher duties shall be imposed on the importation into the territories of His Majesty the Emperor of Japan of any article, the produce or manufacture of Peru from whatever place arriving than on the like article produced or manufactured in any other foreign country; nor shall any prohibition be maintained or imposed on the importation of any article, the produce or manufacture of the territories of either of the High Contracting Parties, into the territories

of the other, from whatever place arriving, which shall not equally extend to the importation of the like article, being the produce or manufacture of any other country. This last provision is not applicable to the sanitary and other prohibitions occasioned by the necessity of protecting the safety of persons, or of cattle, or of plants useful to agriculture.

Nr. 11486.
Japan und
Peru.
20. März 1895.

Article V.

No other or higher duties or charges shall be imposed in the territories of either of the High Contracting Parties on the exportation of any article to the territories of the other than such as are, or may be, payable on the exportation of the like article to any other foreign country; nor shall any prohibition be imposed on the exportation of any article from the territories of either of the two Contracting Parties to the territories of the other which shall not equally extend to the exportation of the like article to any other country.

Article VI.

The subjects or citizens of each of the High Contracting Parties shall enjoy in the territories of the other exemption from all transit duties, and a perfect equality of treatment with native subjects or citizens in all that relates to warehousing, bounties, facilities, and drawbacks.

Article VII.

All articles which are or may be legally imported into the ports of the territories of His Majesty the Emperor of Japan in Japanese vessels may likewise be imported into those ports in Peruvian vessels, without being liable to any other or higher duties or charges of whatever denomination than if such articles were imported in Japanese vessels; and, reciprocally, all articles which are or may be legally imported into the ports of Peru in Peruvian vessels may likewise be imported into those ports in Japanese vessels, without being liable to any other or higher duties or charges of whatever denomination than if such articles were imported in Peruvian vessels. Such reciprocal equality of treatment shall take effect without distinction, whether such articles come directly from the place of origin or from any other place. || In the same manner, there shall be perfect equality of treatment in regard to exportation, so that the same export duties shall be paid, and the same bounties and drawbacks allowed, in the territories of either of the High Contracting Parties on the exportation of any article which is or may be legally exported therefrom, whether such exportation shall take place in Japanese vessels or in Peruvian vessels, and whatever may be the place of destination, whether a port of either of the High Contracting Parties or of any third Power.

Article VIII.

No duties of tonnage, harbor, pilotage, light-house, quarantine, or other similar or corresponding duties of whatever nature, or under whatever deno-

Nr. 11486.
Japan und
Peru.
20. März 1895.

mination levied in the name or for the profit of the Government, public functionaries, private individuals, corporations, or establishments of any kind, shall be imposed in the ports of the territories of either country upon the vessels of the other country which shall not equally and under the same conditions be imposed in the like cases on national vessels in general or vessels of the most favored nation. Such equality of treatment shall apply reciprocally to the respective vessels, from whatever port or place they may arrive, and whatever may be their place of destination.

Article IX.

In all that regards the stationing, loading and unloading of vessels in the ports, basins, docks, roadsteads, harbors or rivers of the territories of the two countries, no privilege shall be granted to national vessels which shall not be equally granted to vessels of the other country; the intention of the High Contracting Parties being that in this respect also the respective vessels shall be treated on the footing of perfect equality.

Article X.

The coasting trade of both the High Contracting Parties is excepted from the provisions of the present Treaty, and shall be regulated according to the laws, ordinances and regulations of Japan and of Peru, respectively. It is, however, understood that Japanese subjects in the territories of Peru and Peruvian citizens in the territories of His Majesty the Emperor of Japan, shall enjoy in this respect the rights which are, or may be, granted under such laws, ordinances and regulations to the subjects or citizens of any other country. || A Japanese vessel laden in a foreign country with cargo destined for two or more ports in the territories of Peru and a Peruvian vessel laden in a foreign country with cargo destined for two or more ports in the territories of His Majesty the Emperor of Japan, may discharge a portion of her cargo at one port, and continue her voyage to the other port or ports of destination where foreign trade is permitted, for the purpose of landing the remainder of her original cargo there, subject always to the laws and customs regulations of the two countries.

Article XI.

Any ship-of-war or merchant vessels of either of the High Contracting Parties which may be compelled by stress of weather, or by reason of any other distress, to take shelter in a port of the other, shall be at liberty to refit therein, to procure all necessary supplies, and to put to sea again, without paying any dues other than such as would be payable by national vessels. In case, however, the master of a merchant vessel should be under the necessity of disposing of a part of his cargo in order to defray the expenses, he shall be bound to conform to the Regulations and Tariffs of the place to which

he may have come. || If any ship-of-war or merchant vessel of one of the High Contracting Parties should run aground or be wrecked upon the coasts of the other, the local authorities shall inform the Consul-General, Consul, Vice-Consul, or Consular Agent of the district of the occurrence, or, if there be no such Consular officers, they shall inform the Consul-General, Consul, Vice-Consul, or Consular Agent of the nearest district. || All proceedings relative to the salvage of Japanese vessels wrecked or cast on shore in the territorial waters of Peru shall take place in accordance with the laws of Peru; and, reciprocally, all measures of salvage relative to Peruvian vessels wrecked or cast on shore in the territorial waters of His Majesty the Emperor of Japan, shall take place in accordance with the laws, ordinances and regulations of Japan. || Such stranded or wrecked ship or vessel, and all parts thereof, and all furnitures and appurtenances belonging thereunto, and all goods and merchandize saved therefrom, including those which may have been cast into the sea, or the proceeds thereof, if sold, as well as all papers found on board such stranded or wrecked ship or vessel, shall be given up to the owners or their agents, when claimed by them. If such owners or agents are not on the spot, the same shall be delivered to the respective Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls, or Consular Agents upon being claimed by them within the period fixed by the laws, ordinances and regulations of the country, and such Consular officers, owners or agents shall pay only the expenses incurred in the preservation of the property, together with the salvage or other expenses which would have been payable in the case of a wreck of a national vessel. || The goods and merchandize saved from the wreck shall be exempt from all the duties of the Customs unless cleared for consumption, in which case they shall pay the ordinary duties. || When a ship or vessel belonging to the subjects or citizens of one of the High Contracting Parties is stranded or wrecked in the territories of the other, the respective Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls, and Consular Agents shall be authorized, in case the owner or master, or other agent of the owner, is not present, to lend their official assistance in order to afford the necessary assistance to the subjects or citizens of the respective States. The same rule shall apply in case the owner, master or other agent is present, but requires such assistance to be given.

Nr. 11486.
Japan und
Peru.
20. März 1895.

Article XII.

All vessels which, according to Japanese law, are to be deemed Japanese vessels, and all vessels which, according to Peruvian law, are to be deemed Peruvian vessels, shall, for the purposes of this Treaty, be deemed Japanese and Peruvian vessels, respectively.

Article XIII.

If any seaman should desert from any vessel of war or merchant ship belonging to either of the High Contracting Parties within the territories of

Nr. 11486.
Japan und
Peru.
20. März 1895.

the other, the local authorities shall be bound to give every assistance in their power for the apprehension and handing over of such deserter, on application to that effect being made to them by the Consul of the country to which the vessel or ship of the deserter may belong, or by the deputy or representative of the Consul, accompanied by proof from the ships roll or other public document that the person so demanded is one of the crew of the vessel from which he is alleged to have deserted. || It is understood that this stipulation shall not apply to the subjects or citizens of the country where the desertion takes place.

Article XIV.

The High Contracting Parties agree that, in all that concerns commerce and navigation, any privilege, favor or immunity which either High Contracting Party has actually granted, or may hereafter grant, to the Government ships, subjects or citizens of any other State shall be extended to the Government, ships, subjects or citizens of the other High Contracting Party, gratuitously, if the concession in favor of that other State shall have been gratuitous, and upon the same or equivalent conditions if the concession shall have been conditional, it being their intention that the trade and navigation of each country shall be placed, in all respects, by the other upon the footing of the most favored nation.

Article XV.

Each of the High Contracting Parties may appoint Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls, Pro-Consuls, and Consular Agents, in all the ports, cities, and places of the other, except in those where it may not be convenient to recognize such officers. || This exception, however, shall not be made in regard to one of the High Contracting Parties without being made likewise in regard to every other Power. || The Consuls-General, Consuls, Vice Consuls, Pro-Consuls, and Consular Agents may exercise all functions, and shall enjoy all privileges, exemptions and immunities which are, or may hereafter be granted to Consular officers of the most favored nation.

Article XVI.

The subjects or citizens of each of the High Contracting Parties shall enjoy in the territories of the other the same protection as native subjects or citizens in regard to patents, trademarks and designs, upon fulfilment of the formalities prescribed by law.

Article XVII.

The present Treaty shall, from the date it comes into force, be substituted in place of the Preliminary Treaty of Peace, Friendship, Commerce and Navigation concluded on the 21st day of the 8th month of the 6th year of Meiji, corresponding to the 21st day of August, 1873, and all Arrangements and Agreements subsidiary thereto concluded or existing between the High

Contracting Parties, and from the same date the said Treaty and all such Arrangements and Agreements shall cease to be binding, and, in consequence, the jurisdiction then exercised by Peruvian Courts in Japan and all the exceptional privileges, exemptions and immunities then enjoyed by citizens of Peru as a part of, or appurtenant to such jurisdiction, shall absolutely and without notice cease and determine, and thereafter all such jurisdiction shall be assumed and exercised by Japanese Courts.

Nr. 11486.
Japan und
Peru.
20. März 1895.

Article XVIII.

The present Treaty shall go into operation upon the 17th day of July, 1896, and shall remain in force for the period of seven years from that date. || Either Contracting Party shall have the right, at any time after six years shall have elapsed from the date this Treaty takes effect, to give notice to the other of its intentions to terminate the same, and at the expiration of twelve months after such notice shall have been given this Treaty shall wholly cease and determine.

Article XIX.

The present Treaty shall be ratified by His Majesty the Emperor of Japan and by His Excellency the President of the Republic of Peru after being approved by the Peruvian Congress, and the ratifications thereof shall be exchanged at Washington as soon as possible, and not later than eight months after its signature. || In witness whereof, the respective Plenipotentiaries have signed the present Treaty in duplicate and have thereunto affixed their seals. || Done at the City of Washington the 20th day of the third month of the 28th year of Meiji, corresponding to the 20th day of March in the Eighteen hundred and ninety-fifth year of the Christian Era.

(Signed.)

Shinichiro Kurino (L. S.)

His Imperial Japanese Majesty's Envoy Extraordinary
and Minister Plenipotentiary.

José M. Yrigoyen (L. S.)

Chargé d'Affaires of the Republic of Peru.

Protocoll.

The Government of His Majesty the Emperor of Japan and the Government of Peru, in view of the desire of the former Power to bring a new tariff into operation before the Treaty of Commerce and Navigation signed this day takes effect, have, through their respective Plenipotentiaries, agreed upon the following stipulations: || Article V of the Treaty of the 21st day of the 8th month of the 6th year of Meiji, corresponding to the 21st day of August, 1873, shall, from the date of the exchange of the ratifications of the Treaty signed this day, cease to be binding, and thereupon the Government of His Majesty the Emperor of Japan shall be at full liberty, equally with

Nr. 11486. the Government of Peru, to fix the rates of import and export duties in
 Japan und respect of the commerce passing between the two countries. || It is, however
 Peru. understood that no other or higher duties shall be imposed in either country
 20. März 1895. upon goods or merchandize imported from, or exported to the other than
 such as are, or may hereafter be imposed upon the like articles imported
 from, or expoted to the most favored nation. || This Protocol shall be sub-
 mitted to the two Contracting Parties at the same time as the Treaty signed
 this day, and when the said Treaty is ratified the agreement contained in
 this Protocol shall also equally be considered as approved, without the neces-
 sity of further formal ratification. || In witness whereof the respective Pleni-
 potentiaries have signed the present Protocol, and have thereunto affixed their
 seals. || Done at the City of Washington, the 20th day of the 3rd month of
 the 28th year of Meiji, corresponding to the 20th day of March in the
 Eighteen hundred and ninety-fifth year of the Christian Era.

(Signed.)

Shinichiro Kurino (L. S.)

His Imperial Japanese Majesty's Envoy Extraordinary
 and Minister Plenipotentiary.

José M. Yrigoyen (L. S.)

Chargé d'Affaires of the Republic of Peru.

Nr. 11487. **VERTRAGSSTAATEN.** — Zusatzvereinbarung zum in-
 ternationalen Übereinkommen über den Eisenbahn-
 Frachtverkehr vom 14. Oktober 1890. (Vgl. Nr. 10356.
 Bd. 54).

16. Juli 1895.

Nr. 11487.
 Vertrags-
 staaten.
 16. Juli 1895.

Les Gouvernements de l'Autriche et de la Hongrie, de l'Allemagne, de la
 Belgique, de la République Française, de l'Italie, du Luxembourg, des Pays-
 Bas, de la Russie et de la Suisse, ont reconnu l'utilité d'adopter, d'un com-
 mun accord, des dispositions moins rigoureuses que celles fixées pour le
 transport des objets mentionnés au § 1 des Dispositions réglementaires de la
 Convention internationale du 14 octobre 1890 sur le transport de marchan-
 dises par chemins de fer, et à l'annexe 1 des dites Dispositions. || En consé-
 quence, les soussignés, dûment autorisés, sont convenus de ce qui suit:

Article premier.

Le § 1 des Dispositions réglementaires de la Convention internationale
 du 14 octobre 1890 sera complété par les prescriptions suivantes, qui seront
 intercalées entre le 3° et le 4° du dit paragraphe: || Toutefois, l'or et l'argent
 en lingots, le platine, les valeurs monnayées ou en papier, les papiers impor-
 tants, les pierres précieuses, les perles fines, les bijoux et autres objets pré-
 cieux, les objets d'art, tels que tableaux, bronzes d'art, antiquités, seront admis
 au transport international avec la lettre de voiture internationale de la Con-
 vention de Berne, sur base, soit d'une entente entre les Gouvernements des

Etats intéressés, soit de tarifs élaborés par les Administrations de chemins de fer, à ce dûment autorisées, et approuvés par toutes les Autorités compétentes. || Dans les objets précieux sont compris, par exemple, les dentelles et broderies de grande valeur. || De même, les transports funèbres sont admis au transport international avec la lettre de voiture internationale sous les conditions suivantes: || a) Le transport est effectué en grande vitesse. || b) Les frais de transport doivent obligatoirement être payés au départ. || c) Le transport ne peut s'effectuer que sous la garde d'une personne chargée de l'accompagner. || d) Les transports funèbres sont soumis aux lois et règlements de police spéciaux de chaque Etat, en tant que ces transports ne sont pas réglés par des conventions spéciales entre Etats.

Nr. 11467.
Vertrags-
staaten.
16. Juli 1895.

Art. 2.

L'annexe 1 des Dispositions réglementaires aura dorénavant la teneur suivante:

Annexe 1.

Prescriptions relatives aux objets admis au transport sous certaines conditions.

I.

Les pétards pour signaux d'arrêt sur les chemins de fer doivent être solidement emballés dans des rognures de papier, de la sciure de bois ou du plâtre, ou enfin de toute autre manière, de façon à être assez espacés et assez solidement fixés, pour que les boîtes en fer-blanc ne puissent pas se toucher l'une l'autre, ni toucher un autre corps étranger. Les caisses dans lesquelles l'emballage est fait doivent être en fortes planches, épaisses de 26 millimètres au moins, assemblées avec rainures et tenues par des vis à bois; ces caisses seront placées dans une seconde caisse aussi solide que la première; la caisse extérieure n'aura pas un volume de plus de 0,06 mètre cube. || Les pétards ne sont admis au transport que si les lettres de voiture sont revêtues d'un certificat de l'autorité constatant qu'ils sont emballés suivant les prescriptions.

II.

Les capsules pour armes à feu, les pastilles fulminantes pour munitions d'armes portatives, les amorces non détonantes pour projectiles et les douilles amorcées doivent être emballées avec soin dans des caisses ou des tonneaux solides; sur chaque colis doit se trouver une étiquette portant, suivant son contenu, la désignation de „capsules“, „pastilles fulminantes“, etc.

III.

Les allumettes chimiques et autres allumettes à friction (telles que allumettes-bougies, allumettes d'amadou, etc.) doivent être emballées avec soin dans des récipients de forte tôle ou de bois très solide, de 1,2 mètre cube au plus, de manière qu'il ne reste aucun vide dans les récipients; les récipients en bois

Nr. 11487.
Vertrags-
staaten.
16. Juli 1895.

porteront distinctement à l'extérieur la marque de leur contenu. || La masse inflammable des allumettes chimiques de phosphore jaune et de chlorate de potasse ne doit pas contenir, à l'état sec, plus de 10% de phosphore et de 40% de chlorate de potasse. Les envois doivent être accompagnés d'une déclaration du fabricant certifiant que ces limites n'ont pas été dépassées.

IV.

Les mèches de sûreté, c'est-à-dire les mèches qui consistent en un boyau mince et serré, dans lequel est contenue une quantité relativement faible de poudre à tirer, sont soumises aux prescriptions données sous le n° III (alinéa 1.)

V.

Les boîtes extincteurs Bucher dans des douilles en fer-blanc ne sont admises au transport que dans des caisses contenant 10 kilogrammes au plus, revêtues à l'intérieur de papier collé contre les parois et renfermées elles-mêmes dans des caisses plus grandes revêtues également de papier collé.

VI.

Le phosphore ordinaire (blanc ou jaune) doit être entouré d'eau dans des boîtes en fer-blanc soudées, contenant 30 kilogrammes au plus et solidement emballées dans de fortes caisses. En outre, il faut que les caisses soient munies de deux poignées solides, qu'elles ne pèsent pas plus de 100 kilogrammes et qu'elles portent à l'extérieur l'indication de „phosphore jaune (blanc) ordinaire“ et celle de „haut“. || Le phosphore amorphe (rouge) doit être emballé dans des boîtes en fer-blanc bien soudées et placées avec de la sciure de bois dans de fortes caisses. Ces caisses ne pèseront pas plus de 90 kilogrammes et elles porteront à l'extérieur l'indication „phosphore rouge“.

VII.

Le sulfure de sodium brut, non cristallisé, n'est admis à l'expédition qu'emballé dans des récipients en tôle hermétiquement clos; le sulfure de sodium raffiné, cristallisé, n'est admis qu'emballé en tonneaux ou autres récipients impénétrables à l'eau. || La matière ayant servi à nettoyer le gaz d'éclairage et contenant du fer ou du manganèse n'est expédiée que dans des wagons en tôle, à moins que cet article ne soit emballé dans d'épaisses caisses de tôle. Si lesdits wagons ne sont pas munis de couvercles en tôle, fermant bien, le chargement devra être parfaitement couvert avec des bâches préparées de telle manière qu'elles ne soient pas inflammables par le contact direct de la flamme. Le chargement et le déchargement se feront par l'expéditeur et le destinataire; c'est à l'expéditeur que, à la demande de l'administration du chemin de fer, incombe également le soin de fournir les bâches. || Sont acceptés au transport, aux mêmes conditions que le sulfure de sodium brut non cristallisé, les cokes à base de soude (produit accessoire obtenu dans la fabrication des huiles de goudron).

VIII.

La celloïdine, produit de l'évaporation imparfaite de l'alcool contenu dans le collodion, ayant l'apparence de savon et consistant essentiellement en coton à collodion, n'est pas admise au transport à moins que les lames isolées de celloïdine ne soient emballées de façon à empêcher complètement toute dessiccation.

Nr. 11487.
Vertrags-
staaten.
16. Juli 1895.

VIII a.

L'éther sulfurique ne peut être expédié que: || 1. dans des vases étanches de forte tôle de fer, bien rivés ou soudés et contenant au maximum 500 kilogrammes, ou || 2. dans des vases hermétiquement fermés en métal ou en verre, d'un poids brut de 60 kilogrammes au maximum et emballés conformément aux prescriptions suivantes: || a) quand plusieurs vases sont réunis en un colis, ils doivent être emballés solidement dans de fortes caisses en bois garnies de paille, foin, son, sciure de bois, terre fossile ou d'autres substances meubles; || b) quand les vases sont emballés isolément, l'envoi est admis dans des paniers ou cuveaux solides munis de couvercles bien assujettis et de poignées, et garnis d'une quantité suffisante de matière d'emballage; le couvercle consistant en paille, jonc, roseau ou matières analogues doit être imprégné de lait d'argile ou de chaux ou d'une autre substance équivalente, mélangé avec du verre soluble. || Pour les vases en tôle ou en métal, le maximum de contenance ne doit pas dépasser 1 kilogramme de liquide par 1,55 litre de capacité du récipient; par exemple, un récipient en métal de la capacité de 15,50 litres ne pourra contenir plus de 10 kilogrammes d'éther sulfurique. || En ce qui concerne l'emballage avec d'autres objets, voir le n° XXXV.

IX.

Les liquides qui contiennent de l'éther sulfurique en grande quantité (les gouttes d'Hoffmann et le collodion) ne peuvent être expédiés que dans des récipients en métal ou en verre hermétiquement clos, et dont l'emballage remplira les conditions suivantes: || 1. Quand plusieurs vases contenant de ces préparations sont réunis en un colis, ils doivent être emballés solidement dans de fortes caisses de bois garnies de paille, de foin, de son de sciure de bois, de terre d'infusoires ou autres substances meubles. || 2. Quand les vases sont emballés isolément, l'envoi est admis dans des paniers ou cuveaux solides munis de couvercles bien assujettis et de poignées, et garnis d'une quantité suffisante de matière d'emballage; le couvercle consistant en paille, jonc, roseau ou matières analogues doit être imprégné de lait d'argile ou de chaux ou d'une autre substance équivalente, mélangé avec de verre soluble. Le poids brut du colis isolé ne doit pas dépasser 60 kilogrammes. || En ce qui concerne l'emballage avec d'autres objets, voir n° XXXV.

X.

Le sulfure de carbone est transporté exclusivement dans des wagons découverts et sans bâches, et seulement dans les conditions suivantes: || soit ||

Nr. 11487.
Vertrags-
staaten.
16. Juli 1895.

1. en vases étanches de forte tôle bien rivée ne contenant pas plus de 500 kilogrammes, || ou || 2. en vases de tôle de 75 kilogrammes brut ou plus, renforcés, à la partie supérieure et à la partie inférieure, avec des cercles de fer. Ces vases seront, soit renfermés dans des paniers ou cuveaux, soit emballés dans des caisses garnies de paille, foin, son, sciure de bois, terre d'infusoires ou autres substances meubles, || ou || 3. en vases de verre renfermés dans de fortes caisses garnies de paille, foin, son, sciure de bois, terre d'infusoires ou autres substances meubles. || Pour les vases en tôle, la contenance ne doit pas dépasser 1 kilogramme de liquide par 0,825 litre de capacité du récipient. || Le sulfure de carbone, livré au transport par quantité de 2 kilogrammes au plus, peut être réuni en un colis avec d'autres objets admis au transport sans conditions, pourvu qu'il soit renfermé dans des récipients en tôle hermétiquement fermés, emballés avec les autres objets dans une caisse solide garnie de paille, de foin, de son, de sciure de bois ou de toute autre substance meuble. Les colis doivent être transportés exclusivement dans des wagons découverts, sans bâches, et la lettre de voiture doit indiquer qu'ils contiennent du sulfure de carbone.

XI.

L'esprit de bois à l'état brut ou rectifié et l'acétone — à moins qu'ils ne soient dans des wagons spécialement construits à cet effet (wagons-citernes) ou en tonneaux — ne sont admis au transport que dans des vases de métal ou de verre. Ces vases doivent être emballés de la manière indiquée au n° IX. || En ce qui concerne l'emballage avec d'autres objets, voir n° XXXV.

XII.

La chaux vive n'est transportée que dans des wagons découverts.

XIII.

Le chlorate de potasse et les autres chlorates doivent être emballés soigneusement dans des caisses ou tonneaux hermétiquement clos, revêtus intérieurement de papier collé contre les parois.

XIV.

L'acide picrique n'est expédié que sur l'attestation d'un chimiste connu de l'administration du chemin de fer, apposée sur la lettre de voiture, constatant que l'acide picrique peut être transporté sans danger. || Le plomb devra être exclu de l'emballage de l'acide picrique et ne pas être transporté réuni avec cet acide dans le même wagon. Les wagons doublés ou couverts de plomb ne devront pas être employés à ce transport.

XV.

Les acides minéraux liquides de toute nature (particulièrement l'acide sulfurique, l'esprit de vitriol, l'acide muriatique, l'acide nitrique, l'eau-forte), ainsi que le chlorure de soufre, sont soumis aux prescriptions suivantes: ||

1. Quand ces produits sont expédiés en touries, bouteilles ou cruches, les récipients doivent être hermétiquement fermés, bien emballés et renfermés dans des caisses spéciales ou des bannettes munies de poignées solides pour en faciliter le maniement. || Quand ils sont expédiés dans des récipients de métal, de bois ou de caoutchouc, ces récipients doivent être hermétiquement joints et pourvus de bonnes fermetures. || 2. Ces produits doivent, sous la réserve des dispositions du n° XXXV, toujours être chargés séparément et ne peuvent notamment pas être placés dans le même wagon avec d'autres produits chimiques. || 3. Les prescriptions 1 et 2 s'appliquent aussi aux vases dans lesquels lesdits objets ont été transportés. Ces vases doivent toujours être déclarés comme tels.

Nr. 11487.
Vertrags-
staaten.
16. Juli 1895.

XVI.

La lessive caustique (lessive de soude caustique, lessive de soude, lessive de potasse caustique, lessive de potasse), le résidu d'huile (de raffinerie d'huile) et le brome sont soumis aux prescriptions spécifiées sous n° XV, 1 et 3 (à l'expédition de la disposition du 2, citée au 3). || En ce qui concerne l'emballage avec d'autres objets, voir n° XXXV.

XVII.

Sont applicables au transport d'acide nitrique rouge fumant les prescriptions donnés sous le n° XV, en ce sens que les touries et bouteilles doivent être entourées dans les récipients d'un volume au moins égal à leur contenu de terre d'infusoires séchée ou d'autres substances terreuses sèches.

XVIII.

L'acide sulfurique anhydre (anhydrite, huile fixe) ne peut être transporté que || 1. dans des boîtes en tôle, fortes, étamées et bien soudées, || ou || 2. dans de fortes bouteilles de fer ou de cuivre dont l'ouverture est hermétiquement bouchée, mastiquée et revêtue d'une enveloppe d'argile. || Les boîtes et bouteilles doivent être entourées d'une substance inorganique fine, telle que laine minérale, terre d'infusoires, cendre ou autres, et solidement emballées dans de fortes caisses de bois. || Pour le reste, les dispositions du n° XV, 2 et 3, sont applicables.

XIX.

Pour les vernis, les couleurs préparées avec du vernis, les huiles éthérées et grasses, ainsi que pour toutes les espèces d'essence, à l'expédition de l'éther sulfurique (voir n° VIII α) et de l'essence de pétrole (voir n° XXII), pour l'alcool absolu, l'esprit de vin (spiritus), l'esprit et les autres spiritueux non dénommés sous le n° XI, on appliquera, en tant qu'ils sont transportés en touries, bouteilles ou cruches, les prescriptions du n° XV, 1, alinéa 1. || En ce qui concerne l'emballage avec d'autres objets, voir n° XXXV.

XX.

Le pétrole à l'état brut et rectifié, s'il a un poids spécifique d'au moins 0,780 à une température de 17,5° du thermomètre centigrade (Celsius), ou

Nr. 11487.
Vertrags-
staaten.
16. Juli 1895.

s'ils n'émet pas de vapeurs inflammables à une température de moins de 21° du thermomètre centigrade (Celsius) de l'appareil Abel et à une hauteur du baromètre de 760 millimètres rapportée au niveau de la mer (pétrole de test); || les huiles préparées avec le goudron de lignite, si elles ont au moins le poids spécifique ci-dessus indiqué (solaröl, photogène etc.); || les huiles préparées avec le goudron de houille (benzol, toluol, xylol, cumol, etc.), ainsi que l'essence de mirbane (nitro-benzine) || sont soumis aux dispositions suivantes: || 1. Ces objets, à moins que des wagons spécialement construits à cet effet (wagons-citernes) ne soient employés, ne peuvent être transportés que || a) dans des tonneaux particulièrement bons et solides, || ou || b) dans des vases en métal étanches et capables de résister, || ou || c) dans des vases en verre ou en grès; en ce cas toutefois en observant les prescriptions ci-dessous indiquées: || aa) Quand plusieurs vases sont réunis en un colis, ils doivent être emballés solidement dans de fortes caisses de bois garnies de paille, de foin, de son, de sciure de bois, de terre d'infusoires ou autres substances meubles; || bb) Quand les vases sont emballés isolément, l'envoi est admis dans des paniers ou cuveaux solides munis de couvercles bien assujettis et de poignées, et garnis d'une quantité suffisante de matières d'emballage; le couvercle, consistant en paille, jonc, roseau ou matières analogues, doit être imprégné de lait d'argile ou de chaux ou d'une autre substance équivalente, mélangé avec du verre soluble. Le poids brut du colis isolé ne doit pas dépasser 60 kilogrammes pour les vases en verre et 75 kilogrammes pour les vases en grès. || 2. Les vases qui se détérioreront pendant le transport seront immédiatement déchargés et vendus, avec le contenu qui y sera resté, au mieux des intérêts de l'expéditeur. || 3. Le transport n'a lieu que sur des wagons découverts. Si les opérations du passage en douane exigeaient des wagons munis de bâches plombées, le transport ne serait pas accepté. || 4. Les dispositions du n° 3 qui précèdent sont aussi applicables aux tonneaux et autres récipients dans lesquels ces matières ont été transportées. Ces récipients doivent toujours être déclarés comme tels. || 5. En ce qui concerne l'emballage avec d'autres objets voir n° XXXV. || 6. Il doit être indiqué sur la lettre de voiture que les objets désignés aux alinéas 1 et 2 du présent numéro ont un poids spécifique d'au moins 0,780, ou que le pétrole a la qualité indiquée dans le premier alinéa du présent numéro à l'égard du point d'inflammation. Quand cette indication ne se trouve pas dans la lettre de voiture, on appliquera les conditions de transport du n° XXII, concernant l'essence de pétrole, etc.

XXI.

Le pétrole à l'état brut et rectifié, le pétrolenaphte et les produits de la distillation du pétrole et du pétrole-naphte, lorsque ces matières ont un poids spécifique de moins de 0,780 et de plus de 0,680 à une température de 17,5° du thermomètre centigrade (benzine, ligroïne et essences pour nettoyage), sont soumis aux dispositions suivantes: || 1. Ces objets, à moins que des

wagons spécialement construits à cet effet (wagons-citernes) ne soient employés, ne peuvent être transportés que || a) dans des tonneaux particulièrement bons et solides, || ou || b) dans des vases en métal étanches et capables de résister, || ou || c) dans des vases en verre ou en grès, en ce cas toutefois en observant les prescriptions ci-dessous indiquées: || aa) Quand plusieurs vases sont réunis en un colis, ils doivent être emballés solidement dans de fortes caisses de bois garnies de paille, de foin, de son, de sciure de bois, de terre d'infusoires ou autres substances meubles. || bb) Quand les vases sont emballés isolément, l'envoi est admis dans des paniers ou cuveaux solides munis de couvercles bien assujettis et de poignées, et garnis d'une quantité suffisante de matières d'emballage; le couvercle consistant en paille, jonc, roseau ou matières analogues doit être imprégné de lait d'argile ou de chaux ou d'une autre substance équivalente, mélangé avec du verre soluble. Le poids brut du colis isolé ne doit pas dépasser 40 kilogrammes. || 2. Les vases qui se détérioreront pendant le transport seront immédiatement déchargés et vendus, avec le contenu qui y sera resté, au mieux des intérêts de l'expéditeur. || 3. Le transport n'a lieu que sur des wagons découverts. Si les opérations du passage en douane exigeaient des wagons munis de bâches plombées, le transport ne serait pas accepté. || 4. Les dispositions du chiffre 3 qui précèdent sont aussi applicables aux tonneaux et autres récipients dans lesquels ces matières ont été transportées. Ces récipients doivent toujours être déclarés comme tels. || 5. En ce qui concerne l'emballage avec d'autres objets, voir n° XXXV. || 6. Au chargement et au déchargement, les paniers ou cuveaux contenant des ballons en verre ne doivent pas être transportés sur des camions, ni portés sur les épaules ou le dos, mais seulement par les poignées. || 7. Dans les wagons, les paniers et cuveaux doivent être solidement assujettis et attachés aux parois du wagon. Les colis ne doivent pas être chargés l'un sur l'autre, mais l'un à côté de l'autre et sans superposition. || 8. Chaque colis isolé doit porter sur une étiquette apparente le mot „inflammable“ imprimé sur fond rouge. Les paniers ou cuveaux renfermant des vases en verre ou en grès doivent en outre être munis de l'inscription „à porter à la main“. Les wagons doivent être munis d'une étiquette rouge portant l'inscription; à manoeuvrer avec précaution“. || 9. Il doit être indiqué sur la lettre de voiture que les objets désignés dans le premier alinéa du présent numéro ont un poids spécifique de moins de 0,780 et de plus de 0,680 à une température de 17,5° centigrades. Quand cette indication ne se trouve pas dans la lettre de voiture, l'on appliquera les conditions de transport du n° XXII concernant l'essence de pétrole, etc.

Nr. 11487.
Vertrags-
staaten.
16. Juli 1895.

XXII.

L'essence de pétrole (gazoline, néoline, etc.) et les autres produits facilement inflammables préparés avec du pétrole-naphte ou du goudron de lignite, lorsque ces matières ont un poids spécifique de 0,680 ou moins à une température de 17,5° centigrades, sont soumis aux conditions suivantes: || 1. Ces

Nr. 11487.
Vertrags-
staaten.
16. Juli 1895.

objets ne peuvent être transportés que || *a*) dans des vases en métal étanches et capables de résister, || *b*) dans des vases en verre ou en grès, en ce cas toutefois en observant les prescriptions ci-dessous indiquées: || *aa*) Quand plusieurs vases sont réunis en un colis, ils doivent être emballés solidement dans de fortes caisses de bois garnies de paille, de foin, de son, de sciure de bois, de terre d'infusoires ou autres substances meubles. || *bb*) Quand les vases sont emballés isolément, l'envoi est admis dans des paniers ou cuveaux solides, munis de couvercles bien assujettis et de poignées, et garnis d'une quantité suffisante de matières d'emballage; le couvercle consistant en paille, jonc, roseau ou matières analogues doit être imprégné de lait d'argile ou de chaux ou d'une autre substance équivalente, mélangé avec du verre soluble. Le poids brut du colis isolé ne doit pas dépasser 40 kilogrammes. || *c*) dans des wagons-réservoirs hermétiquement fermés (wagons-citernes parfaitement étanches). || 2. Les vases qui se détérioreront pendant le transport seront immédiatement déchargés et vendus, avec le contenu qui y sera resté, au mieux des intérêts de l'expéditeur. || 3. Le transport n'a lieu que sur des wagons découverts. Si les opérations du passage en douane exigeaient des wagons munis de bâches plombées, le transport ne serait pas accepté. || 4. Les dispositions du chiffre 3 qui précèdent sont aussi applicables aux tonneaux et autres récipients dans lesquels ces matières ont été transportées. Ces récipients doivent toujours être déclarés comme tels. || 5. En ce qui concerne l'emballage avec d'autres objets, voir n° XXXV. || 6. Au chargement et au déchargement, les paniers ou cuveaux contenant des ballons en verre ne doivent pas être transportés sur des camions, ni portés sur les épaules ou sur le dos, mais seulement par les poignées. || 7. Dans les wagons, les paniers et cuveaux doivent être solidement assujettis et attachés aux parois du wagon. Les colis ne doivent pas être chargés les uns sur les autres, mais l'un à côté de l'autre et sans superposition. || 8. Chaque colis isolé doit porter sur une étiquette apparente le mot „inflammable“ imprimé sur fond rouge. Les paniers ou cuveaux renferment des vases en verre ou en grès doivent en outre porter l'inscription: „à porter à la main“. Les wagons doivent être munis d'une étiquette rouge portant l'inscription: „à manoeuvrer avec précaution“.

XXIII.

Le transport d'huile de térébenthine et autres huiles de mauvaise odeur, ainsi que de l'ammoniaque, n'est fait que dans des wagons découverts. || Cette disposition s'applique aussi aux tonneaux et aux autres récipients dans lesquels ces matières ont été transportées. Ces récipients doivent toujours être déclarés comme tels. || En ce qui concerne l'emballage avec d'autres objets voir n° XXXV.

XXIV.

Les substances arsénicales non liquides, notamment l'acide arsénieux (fumée arsénicale coagulée), l'arsenic jaune (sulfure d'arsenic, orpiment), l'arsenic

rouge (réalgar), l'arsenic natif (cobalt arsénical écailleux ou pierre à mouches), etc., ne sont admis au transport que || 1. si sur chaque colis se trouve en caractères lisibles, et avec de la couleur noire à l'huile, l'inscription: „arsenic (poison)“, et || 2. si l'emballage est fait de la manière suivante: || soit || a) en tonneaux ou caisses doubles, les fonds des tonneaux consolidés au moyen de cercles, et les couvercles des caisses au moyen de cercles ou des bandes de fer, les tonneaux ou caisses intérieurs étant faits de bois fort et sec et garnis au dedans de toile serrée ou autre tissu serré de même genre, || ou || b) en sacs de toile goudronnée, emballés dans des tonneaux simples de bois fort et sec, || ou || c) en cylindres de fer-blanc soudés, revêtus d'un manteau de bois solide, dont les fonds sont consolidés au moyen de cercles.

Nr. 11487.
Vertrags-
staaten.
16. Juli 1895.

XXV.

Les substances arsénicales liquides, particulièrement les acides arsénieux, sont soumis aux dispositions spécifiées sous XXIV, 1, et sous XV, 1 et 3 (à l'exception de la disposition du 2 citée au 3).

XXVI.

Les autres produits métalliques vénéneux (couleurs et sels à base métallique, etc.), particulièrement les produits mercuriels, tels que sublimé, calomel, précipité blanc et rouge, cinabre; les sels et couleurs de cuivre, tels que sulfate de cuivre, vert-de-gris, pigments de cuivre, cuivres verts et bleus; les préparations de plomb, tels que litharge (massicot), minium, surce de Saturne et autres sels de plomb, céruse et autres couleurs à base de plomb; la poussière de zinc, les cendres de zinc et d'antimoine, ne peuvent être remis au chemin de fer pour le transport que dans des tonneaux ou caisses bien joints, faits de bois sec et solide, consolidés au moyen de cercles ou de bandes de fer. Ces cercles ou bandes doivent être tels que, malgré les secousses et chocs inévitables lors du transport, ces matières ne fuient pas par les fentes.

XXVII.

La levure, liquide ou solide, devra être transporté dans des vases non fermés hermétiquement. Si le chemin de fer consent néanmoins à accepter ce produit dans des récipients entièrement clos, il peut exiger de l'expéditeur l'engagement: || 1. de renoncer à toute réclamation dans le cas où les envois de l'espèce ne seraient pas acceptés sur les lignes des chemins de fer correspondants; || 2. de prendre à sa charge tous dommages occasionnés à d'autres marchandises ou au matériel du chemin de fer par suite de ce mode de transport, et ce, sur la simple présentation de la note des frais, note dont l'exactitude aura été reconnue une fois pour toutes et préalablement par l'expéditeur; || 3. de renoncer à toute indemnité pour avaries et pertes soit des récipients, soit de leur contenu, résultant du transport dans des récipients non fermés hermétiquement. || Ces restrictions ne sont pas applicables au transport de la levure comprimée.

Nr. 11487.
Vertrags-
staaten.

16. Juli 1895.

XXVIII.

Le noir de fumée et autres espèces de suie ne sont admis à l'expédition que dans des emballages offrant toute garantie contre le tamisage (sacs, tonneaux, caisses, etc.). || Si la suie est fraîchement calcinée, on emploiera pour l'emballage des vases ou de petits tonneaux placés dans de solides paniers et garnis intérieurement de papier, de toile ou d'une autre matière analogue collée solidement sur les parois. || La lettre de voiture doit mentionner si la suie est fraîchement calcinée ou non. A défaut de cette indication dans la lettre de voiture, la suie sera considérée comme fraîchement calcinée.

XXIX.

Le charbon de bois en poudre, ou en grains, n'est admis au transport que s'il est emballé. || S'il est fraîchement éteint, on emploiera pour l'emballage || soit || a) des boîtes de forte tôle hermétiquement fermées, || ou || b) des tonneaux (dits tonneaux américains) hermétiquement fermés, construits de plusieurs épaisseurs de carton verni, très fort et très ferme, tonneaux dont les deux extrémités sont munies de cercles de fer, dont les fonds en bois fort, coupés au moyen du tour, sont vissés aux cercles de fer au moyen de vis à bois en fer, et dont les joints sont soigneusement collés avec des bandes de papier ou de toile. || Quand du charbon de bois en poudre ou en grains est remis au chemin de fer pour être transporté, il doit être indiqué sur la lettre de voiture si le charbon est fraîchement éteint ou non. A défaut de cette indication dans la lettre de voiture, le charbon sera considéré comme fraîchement éteint et ne sera accepté pour le transport que dans l'emballage ci-dessus prescrit.

XXX.

Le cordonnet de soie, la soie souple, la bourre de soie et la soie chape, fortement chargés et en écheveaux, ne sont admis au transport qu'en caisses. Quand les caisses ont plus de 12 centimètres de hauteur intérieure, les couches de soie, qui y sont placées seront séparées entre elles par des espaces vides de 2 centimètres de hauteur. Ces espaces vides sont formés au moyen de grilles de bois composées de lattes carrées de 2 centimètres de côté, espacées entre elles de 2 centimètres et reliées aux extrémités par deux minces baguettes. Des trous d'un centimètre d'ouverture au moins seront pratiqués dans les parois latérales des caisses; ces trous s'ouvriront sur les espaces vides entre les lattes, de manière qu'il soit possible de traverser la caisse avec une tringle. Afin que ces trous des caisses ne puissent être couverts et devenir inefficaces, on clouera extérieurement deux baguettes au bord de chaque paroi latérale. || Quand de la soie est remise au chemin de fer pour être expédiée, la lettre de voiture doit indiquer si cette soie appartient ou non aux espèces désignées ci-dessus. A défaut de cette indication dans la lettre de voiture, la marchandise sera considérée comme se trouvant dans les conditions de l'un de ces articles et sera assujettie aux mêmes prescriptions d'emballage.

XXXI.

Nr. 11487.
Vertrags-
staaten.
16. Juli 1895.

La laine, les poils, la laine artificielle, le coton, la soie, le lin, le chanvre, le jute, à l'état brut, sous forme de déchets provenant de la filature ou du tissage, à l'état de chiffons ou d'étoupes; les cordages, les courroies de coton et de chanvre, les cordelettes et ficelles diverses (pour la laine ayant servi au nettoyage, voir alinéa 3) ne doivent être transportés, s'ils sont imprégnés de graisse et de vernis, que dans des wagons couverts, ou dans des wagons découverts munis de bâches. || La lettre de voiture doit indiquer si lesdits objets ne sont pas imprégnés de graisse ou de vernis; en cas de non-indication, ils seront considérés comme imprégnés de graisse ou de vernis. || La laine ayant servi au nettoyage n'est admise au transport que dans des fûts, caisses ou autres récipients solides et hermétiquement fermés.

XXXII.

Les déchets d'animaux sujets à putréfaction, tels que les peaux fraîches non salées, les graisses, les tendons, les os, les cornes, les onglons ou sabots les rognures de peaux fraîches servant à fabriquer la colle non passées à la chaux, ainsi que tous autres objets nauséabonds et répugnants, à l'exception toutefois de ceux qui sont mentionnés aux n^{os} LII et LIII, sont acceptés aux conditions suivantes: || 1. Les os suffisamment nettoyés et séchés, le suif comprimé, les cornes sans l'appendice corné de l'os frontal à l'état sec, les onglons, c'est-à-dire les sabots des ruminants et des porcs, sans os ni matières molles, sont admis au transport par expéditions partielles, lorsqu'ils sont remis emballés dans des sacs solides. || 2. Les expéditions partielles des objets de cette catégorie non dénommés ci-dessus au chiffre 1 ne sont admises qu'emballées dans des tonneaux, cuvéaux ou caisses solides et hermétiquement clos. Les lettres de voiture doivent indiquer la dénomination exacte des objets emballés dans les fûts, cuvéaux ou caisses. Le transport doit être effectué par wagons découverts. || 3. Les tendons frais, les rognures des peaux fraîches servant à la fabrication de la colle non passées à la chaux, ainsi que les déchets de ces deux sortes de matières, en outre les peaux fraîches non salées et les os non nettoyés, garnis encore de fibres musculaires et de peau, remis par wagons complets ne peuvent être transportés qu'aux conditions suivantes: || a) Du 1^{er} mars au 31 octobre, ces matières doivent être emballées dans des sacs solides et bon état. Ces sacs devront être passés à l'acide phénique, de telle sorte que l'odeur méphitique des matières qu'ils contiennent ne puisse se faire sentir. Tout envoi de ce genre doit être recouvert d'une couverture d'un tissu très fort (appelé toile à houblon) imprégné d'une solution d'acide phénique. Cette couverture doit elle-même être entièrement recouverte d'une grande bâche imperméable, non goudronnée. Les couvertures doivent être fournies par l'expéditeur. || b) Pendant les mois de novembre, décembre, janvier et février, l'emballage en sacs n'est pas nécessaire. Cependant, les envois doivent être couverts également d'une couverture de tissu très fort (toile à

Nr. 11487. houblon) et cette couverture doit être elle-même entièrement recouverte d'une
 Vertrags- grande bâche imperméable non goudronnée. La première couverture doit au
 staaten. besoin être passée à l'acide phénique, de telle sorte qu'aucune odeur méphi-
 16. Juli 1895. tique ne puisse se faire sentir. Les couvertures doivent être fournies par
 l'expéditeur. || c) Si l'acide phénique ne suffit pas pour empêcher les odeurs
 méphitiques, les envois doivent être emballés dans des tonneaux ou cuveaux
 solides et bien clos, de telle sorte que l'odeur du contenu du récipient ne
 puisse se faire sentir. || 4. Le transport par charge complète des matières non
 dénommées au chiffre 3 ci-dessus, mais analogues à celles qui sont indiquées
 dans ce numéro, doit être effectué par wagons découverts munis de bâches. ||
 5. Le chemin de fer peut se faire payer d'avance le prix de transport. ||
 6. Les sacs, récipients et bâches dans lesquels et sous lesquelles des matières
 de ce genre ont été transportées, ne sont admis au transport que sous con-
 dition d'avoir été absolument désinfectés par l'acide phénique. || 7. Les frais
 de désinfection, s'il y a lieu, sont à la charge de l'expéditeur ou du desti-
 nataire.

XXXIII.

Le soufre n'est transporté que par wagons couverts ou par wagons dé-
 couverts bâchés.

XXXIV.

Les objets auxquels le feu peut facilement être communiqué par des
 étincelles de la locomotive, tels que foin, paille (y compris la paille de maïs,
 de riz et de lin), joncs (à l'exclusion du jonc d'Espagne), écorce d'arbres,
 tourbe (à l'exception de la tourbe mécanique ou comprimée), charbon de bois
 entier (non moulu) (voir n° XXIX), matières à filer végétales et leurs déchets,
 les rognures de papier, la sciure de bois, les pâtes de bois, les copeaux de
 bois, etc., ainsi que les marchandises fabriquées au moyen d'un mélange de
 résidus de pétrole, de résine et d'autres objets semblables avec des corps
 poreux inflammables; de même le plâtre, les cendres lessivées de chaux et le
 trass, dans le cas où ils ne seraient pas emballés, ne sont reçus que s'ils sont
 complètement couverts et à la condition que l'expéditeur et le destinataire
 opèrent eux-mêmes le chargement et le déchargement. A la demande de
 l'administration, l'expéditeur doit aussi fournir lui-même les bâches nécessaires
 pour couvrir ces objets.

XXXV.

Quand les produits chimiques spécifiés sous les n°s VIII^a, IX, XI, XV,
 XIV, XIX à XXIII inclus, ainsi que n° L, sont livrés au transport en quantité
 ne dépassant pas 10 kilogrammes par espèce, il est permis de réunir en un
 colis, tant entre eux qu'avec d'autres objets admis au transport sans conditions,
 les corps spécifiés sous les n°s VIII^a, IX, XI, XVI (à l'expédition du brome)
 XIX à XXIII inclus, ainsi que le n° L, d'une part, et ceux qui sont spécifiés
 sous le n° XV (y compris le brome jusqu'au poids de 100 gr.), d'autre part.
 Ces corps doivent être renfermés dans des récipients de verre ou de fer-blanc

étanches hermétiquement clos, emballés solidement par couches au moyen de paille, foin, son, sciure de bois, terre d'infusoires ou autres substances meubles, et être désignés nominativement dans la lettre de voiture.

Nr. 11487.
Vertrags-
staaten.
16. Juli 1895.

XXXVI.

Les cartouches pour armes à feu chargées de poudre noire ou d'autres poudres de tir, en tant que ces dernières sont admises dans les Etats participant au transport par chemins de fer soit: || 1. Les cartouches métalliques dont les douilles sont entièrement en métal, || et || 2. Les cartouches en carton garnies d'un revêtement métallique, || sont transportées aux conditions suivantes: ||

a) Pour les cartouches métalliques, les projectiles doivent être adaptés à la douille métallique de façon qu'ils ne puissent ni s'en détacher ni permettre le tamisage de la poudre. Pour les cartouches en carton munies d'un renfort métallique intérieur ou extérieur, la charge entière de poudre contenue dans le renfort métallique doit être fermée hermétiquement par une bourre serrante. Le carton de la douille doit être de qualité suffisante pour qu'elle ne puisse se briser en cours de transport. ||

b) Les cartouches doivent être parfaitement assujetties dans des récipients en fer-blanc, dans de petites caisses en bois ou dans des cartons solides, de façon qu'aucun déplacement ne puisse se produire. Ces récipients, etc. doivent être placés les uns à côté des autres et par rangées superposées dans des caisses en bois solide et bien conditionnées dont les parois devront avoir au moins 0,015 mètre d'épaisseur; les espaces vides doivent, le cas échéant, être remplis de carton, de déchets de papier, d'étoupe ou de tontisse ligneuse — le tout absolument sec — de manière à éviter un déplacement ou un mouvement des récipients durant le transport. Pour les caisses garnies de fer-blanc intérieurement, l'épaisseur des parois de bois peut être de 0,010 mètre. ||

c) Le poids d'une caisse remplie de cartouches ne peut dépasser 100 kilogrammes. || Les caisses pesant brut plus de 10 kilogrammes seront munies de poignées ou de liteaux pour en faciliter la manutention. ||

d) Les caisses ne peuvent être fermées au moyen de clous en fer; elles doivent porter une inscription indiquant d'une manière apparente la nature du contenu, et être munies de plombs ou d'un cachet apposé sur la tête de deux vis du couvercle, ou de la marque de fabrique collée à la fois sur le couvercle et sur les côtés de la caisse. ||

e) Les lettres de voiture doivent être accompagnées d'une attestation signée de l'expéditeur et reproduisant la marque des plombs, les cachets ou la marque de fabrique apposés sur les caisses. Cette attestation doit être conçue ainsi qu'il suit. || Le soussigné certifie que l'envoi mentionné dans la lettre de voiture ci jointe, envoi cacheté avec la marque, est conforme, en ce qui concerne le conditionnement et l'emballage, aux dispositions arrêtées sous le n° XXXVI de l'annexe 1 de la Convention internationale sur le transport de marchandises par chemins de fer.

Nr. 11487.
Vertrags-
staaten.
16. Juli 1895.

XXXVII.

Cartouches Flobert à balles et à petits plombs. || 1. Les cartouches à balles doivent être emballées dans des boîtes en carton, des boîtes en fer-blanc, des petites caisses en bois, ou des sacs de toile forte. || 2. Les cartouches à petits plombs doivent être emballées dans des récipients en fer-blanc, des petites caisses en bois, ou dans des cartons solides de manière qu'aucun déplacement ne puisse avoir lieu. || Tout récipient contenant des cartouches Flobert doit être soigneusement emballé dans une forte caisse ou dans un tonneau solide et chaque colis doit porter, suivant son contenu, l'inscription „cartouches Flobert à balles“ ou „cartouches Flobert à petits plombs“. Le poids de la caisse ou du tonneau ne peut pas dépasser 100 kilogrammes. || Les amorces Flobert sont soumises aux mêmes conditions d'emballage que les cartouches Flobert à petits plombs.

XXXVIII.

Les pièces d'artifice fabriquées avec de la poudre en poussière comprimée et d'autres matières analogues sont transportées aux conditions suivantes: || 1. Elles ne doivent contenir ni mélanges de chlorate, de soufre et de nitrate, ni mélanges de chlorate de potasse et de ferrocyanure de potassium; elles ne doivent également contenir ni sublimé corrosif, ni sels ammoniacaux de quelque espèce que ce soit, ni poussière de zinc, ni poudre de magnésium, ni en général aucune matière capable de s'enflammer aisément par friction, compression ou percussion, ou dont l'inflammation spontanée pourrait être à craindre. Elles doivent se composer exclusivement de poudre en poussière comprimée ou de matières analogues, telles que mélange de salpêtre, de soufre et de charbon, également à l'état comprimé. Chaque pièce isolée ne peut contenir plus de 30 grammes de poudre en grains. || 2. Le poids total de matières inflammables contenues dans les pièces d'artifice réunies en un même colis ne peut dépasser 20 kilogrammes, et celui de la poudre en grains qui entre dans leur composition: 2,5 kilogrammes. || 3. Les pièces d'artifice doivent être emballées, chacune isolément, soit dans des cartons entourés de fort papier, soit dans du carton ou dans du papier d'emballage solide; l'amorce de chaque pièce doit être revêtue de papier ou d'étoffe, de telle sorte que le tamisage ne puisse se produire. Les caisses servant au transport doivent être complètement remplies et les espaces vides, s'il y en a, soigneusement comblés avec de la paille, du foin, de l'étaupe, des déchets de papier ou des matières analogues, de telle sorte que, même en cas de secousse, aucun déplacement des paquets ne puisse avoir lieu. Les matières employées pour combler les espaces vides doivent être très propres et absolument sèches; pour cette raison, l'emploi de foin frais ou d'étaupe grasse, par exemple, est prohibé. Il est également interdit d'emballer dans la même caisse des pièces d'artifice et d'autres objets. || 4. Les caisses doivent être faites avec de fortes planches d'une épaisseur de 22 millimètres au moins; leurs côtés doivent être ajustés au moyen de dents s'engrenant les unes dans les autres, et le fond et le couvercle

avec de vis d'une longueur suffisante. L'intérieur des caisses doit être entièrement tapissé de papier fort et résistant. Il ne doit rester sur l'extérieur des caisses ni trace ni résidu des matières contenues dans les pièces d'artifice. Le volume de la caisse ne doit pas dépasser 1,2 mètre cube, son poids brut ne peut être supérieur à 75 kilogrammes. Les caisses doivent porter, d'une manière apparente, l'inscription: „Pièces d'artifice de poudre en poussière“ ainsi que le nom de l'expéditeur. Chaque envoi doit, en outre, être accompagné d'une déclaration indiquant l'espèce des pièces d'artifice qu'il contient, et spécifiant, notamment, si ce sont des fusées des roues, des pièces d'artifice pour salon etc. || 5 Chaque envoi doit être accompagné d'une déclaration de l'expéditeur attestant que les prescriptions énoncées aux chiffres 1 à 4 ont été observées; la signature devra être dûment certifiée.

Nr. 11487.
Vertrags-
staaten.
16. Juli 1895.

XXXIX.

Le fulmi-coton comprimé contenant au moins 15% d'eau est admis au transport aux conditions suivantes: || 1. Il doit être soigneusement emballé dans des récipients étanches, résistants, aux parois solides. Ces récipients doivent porter, d'une manière apparente, l'inscription: „Fulmi-coton mouillé, comprimé.“ Le poids maximum de chaque colis isolé ne peut être de plus de 90 kilogrammes. || 2. Cette matière ne doit être admise ni au transport par grande vitesse, ni au transport par trains de voyageurs; le transport par trains mixtes n'est autorisé que pour les lignes sur lesquelles ne circulent pas de trains de marchandises. || 3. L'expéditeur doit déclarer dans la lettre de voiture que la nature du fulmi-coton et l'emballage son conformes aux prescriptions ci-dessus énoncées; sa signature doit être dûment certifiée. || 4. Le fulmi-coton ne peut être transporté avec d'autres marchandises, dans un même wagon, que si celles-ci ne sont pas facilement inflammables. || 5. La réunion dans le même wagon de cartouches pour armes à feu, pièces d'artifice, mèches ou amorces explosives et de fulmi-coton est interdite. || 6. Les wagons découverts employés au transport du fulmi-coton doivent être bâchés.

XL.

Le fulmi-coton sous forme d'ouate et le fulmi-coton (coton nitré) pour collodion sont acceptés au transport dans des récipients parfaitement étanches solidement emballés dans de fortes caisses en bois, à la condition qu'ils contiendront au moins 35% d'eau. || La lettre de voiture doit contenir une déclaration revêtue de la signature de l'expéditeur et de celle d'un chimiste connu du chemin de fer, attestant que la nature de la marchandise et l'emballage sont conformes aux prescriptions ci-dessus énoncées. Les signatures doivent être dûment certifiées.

XLI.

Les bonbons dits bonbons fulminants sont admis au transport à la condition qu'ils soient renfermés par nombre de 6 à 12 dans des cartons et que ces cartons soient emballés dans des caisses en bois.

XLII.

Les feux de Bengale préparés à la laque (feux de bengale de salon) sans amorces, les papiers nitrés, bougies fulminantes, lances fulminantes, allumettes munies d'un feu de Bengale et autres objets analogues doivent être emballés dans des récipients en forte tôle ou en bois solidement assemblé, dont le volume ne devra pas dépasser 1,2 mètre cube. L'emballage doit être fait solidement et de telle sorte que les récipients ne contiennent pas d'espaces vides. Les caisses doivent porter une inscription indiquant leur contenu.

XLIII.

Les pois fulminants sont admis aux conditions suivantes: || 1. Ils doivent être emballés, par nombre de 1000 pièces au plus, dans des boîtes de carton garnies de sciure de bois et enveloppées elles-mêmes dans du papier. Ces pois fulminants ne doivent pas contenir, en totalité, plus de 0,5 gramme de fulminate d'argent. || 2. Les boîtes doivent être placées dans des récipients en forte tôle ou de solides caisses en bois, d'un volume de 0,5 mètre cube au plus; un espace vide de 30 millimètres au moins doit exister entre les parois de la caisse et son contenu. Cet espace vide doit être rempli de sciure de bois, de paille, d'étoupe, ou de toute autre matière analogue, de telle sorte que, même en cas de secousses, aucun mouvement ou déplacement des paquets ne puisse se produire; ces paquets ne peuvent être emballés avec d'autres objets. || 3. Les récipients et caisses doivent porter, d'une manière apparente, l'indication du contenu, le nom de l'expéditeur et celui de la fabrique. || 4. Chaque envoi doit être accompagné d'une déclaration revêtue de la signature du fabricant et de celle d'un chimiste connu du chemin de fer, attestant que les prescriptions énumérées ci-dessus aux chiffres 1 à 3 ont été observées.

XLIV.

Les gaz liquéfiés (acide carbonique, protoxyde d'azote, ammoniacque, chlore, acide sulfureux anhydre et phosgène [oxychlorure de carbone]) ne sont admis au transport qu'aux conditions suivantes: || 1. Ces produits doivent être renfermés dans des récipients de fer forgé, de fer fondu ou d'acier fondu; toutefois le phosgène peut aussi être renfermé dans des récipients en cuivre. Ces récipients doivent: || a) avoir supporté à l'épreuve officielle une pression dont la valeur est indiquée ci-après au chiffre 2, sans avoir subi une déformation persistante ou des fissures. Cette épreuve doit être renouvelée tous les trois ans pour les récipients destinés au transport de l'acide carbonique, du protoxyde d'azote et de l'ammoniacque, et tous les ans pour ceux qui servent au transport du chlore, de l'acide sulfureux et du phosgène: || b) porter une marque officielle, placée solidement à un endroit bien apparent, indiquant le poids du récipient vide (y compris la soupape avec la chape ou le bouchon), la charge en kilogrammes qu'il peut contenir aux termes des prescriptions du chiffre 2, ainsi que la date de la dernière épreuve; || c) être munis de soupapes

protégées par des chapes du même métal que les récipients et vissées aux récipients. || Les récipients de cuivre pour le transport du phosgène peuvent être pourvus de chapes en fer forgé. || Les récipients doivent être pourvus d'une garniture extérieure qui les empêche de rouler. || Les récipients destinés au transport du phosgène peuvent être fermés aussi au moyen de bouchons à pas de vis sans chape, au lieu de soupapes. || Ces bouchons doivent fermer le récipient de telle sorte que l'odeur du contenu ne puisse se faire sentir. || Si les récipients sont emballés solidement dans des caisses, il n'est pas nécessaire de protéger les soupapes par des chapes, ni de pourvoir les récipients d'une garniture extérieure qui les empêche de rouler. || 2. La pression intérieure à faire supporter par les récipients à chaque épreuve et le maximum de charge admissible sont fixés ainsi qu'il suit: || a) Pour l'acide carbonique et le protoxyde d'azote: à 250 atmosphères et 1 kilogramme de liquide par 1,34 litre de capacité du récipient. Par exemple, un récipient de la capacité de 13,40 litres ne peut contenir plus de 10 kilogrammes d'acide carbonique ou de protoxyde d'azote liquides. || b) Pour l'ammoniaque, à 100 atmosphères et 1 kilogramme de liquide par 1,86 litre de capacité du récipient. || c) Pour le chlore, à 50 atmosphères et 1 kilogramme de liquide par 0,9 litre de capacité. || d) Pour l'acide sulfureux et le phosgène, à 30 atmosphères et 1 kilogramme de liquide par 0,8 litre de capacité. || 3. Les récipients contenant des gaz liquéfiés ne peuvent être jetés, ni exposés aux rayons du soleil ou à la chaleur du feu. || 4. Le transport de ces produits ne peut avoir lieu que dans des wagons fermés ou bien dans des wagons-réservoirs spécialement aménagés à cet effet et dont le récipient doit être revêtu, le cas échéant, d'une caisse en bois.

Nr. 11487.
Vertrags-
staaten.
16. Juli 1895.

XLV.

L'oxygène, l'hydrogène et le gaz d'éclairage comprimés sont transportés aux conditions suivantes: || 1. Ces produits ne peuvent être soumis à une pression supérieure à 200 atmosphères, ils doivent être transportés dans des cylindres d'une seule pièce en acier ou en fer forgé, d'une longueur maximum de 2 mètres et d'un diamètre intérieur maximum de 21 centimètres. Ces récipients doivent: || a) avoir supporté à l'épreuve officielle une pression égale au double de celle des gaz qu'ils contiennent au moment de la remise au chemin de fer, sans avoir subi une déformation persistante ou des fissures. Cette épreuve doit être renouvelée tous les trois ans; || b) porter une marque officielle placée solidement à un endroit bien apparent, indiquant la valeur de la pression autorisée et la date de la dernière épreuve; || c) être munis de soupapes qui doivent être protégées: || si ces soupapes se trouvent dans l'intérieur du goulot, par un bouchon en métal, d'une hauteur d'au moins 25 millimètres, vissé dans le goulot mais n'en dépassant pas latéralement l'orifice; || si les soupapes se trouvent en dehors du goulot et si les récipients sont livrés au transport sans emballage, par des chapes d'acier, de fer forgé ou de fonte forgée vissées solidement au récipient; || d) s'ils sont livrés par wagons com-

Nr. 11487. Vetrags-
staaten.
16. Juli 1895.

plets sans emballage, être chargés de manière qu'ils ne puissent pas rouler. Les récipients livrés par charges partielles doivent être pourvus d'une garniture extérieure qui les empêche de rouler. || Si la remise a lieu en caisses, celles-ci doivent porter l'inscription suivante énoncée clairement „oxygène comprimé“, ou „hydrogène comprimé“, ou „gaz d'éclairage comprimé“. || 2. Les envois ne peuvent être remis que par des personnes possédant un manomètre réglé et en connaissant le maniement. Ces personnes doivent, chaque fois qu'elles en seront requises, adapter le manomètre au récipient, pour que l'agent qui accepte la remise puisse vérifier si la plus haute pression prescrite n'est pas dépassée. Le résultat de la vérification doit être mentionné brièvement dans la lettre de voiture par ledit agent. || 3. Les récipients contenant des gaz comprimés ne doivent pas être jetés ni exposés aux rayons du soleil ou à la chaleur ou feu. || 4. Le transport de ces produits ne peut avoir lieu que par wagons fermés. Le chargement dans des wagons découverts n'est autorisé qu'à la condition que la remise ait lieu par voitures spécialement aménagées pour le transport par terre et que ces voitures soient couvertes de bâches.

XLVI.

Le chlorure de méthyle ne peut être transporté que dans des récipients en métal solides, parfaitement étanches et hermétiquement fermés, timbrés par l'autorité compétente à 12 atmosphères et chargés sur des wagons découverts. Pendant les mois d'avril à octobre inclusivement, les envois doivent être recouverts de bâches fournies par l'expéditeur, à moins que les récipients ne soient renfermés dans des caisses en bois.

XLVII.

Le trichlorure de phosphore, l'oxychlorure de phosphore et le chlorure d'acétyle ne sont admis que s'ils sont présentés au transport: || 1. dans des récipients en plomb ou en cuivre absolument étanches et hermétiquement clos; || ou 2. dans des récipients en verre; en ce dernier cas, les prescriptions suivantes doivent être observées: || a) L'expédition ne peut avoir lieu qu'en bouteilles de verre solide, bouchées à l'émeri. Les bouchons de verre doivent être enduits de paraffine, et pour protéger cet enduit, le goulot des bouteilles doit être recouvert d'une enveloppe en parchemin. || b) Les bouteilles dont le contenu pèse plus de 2 kilogrammes doivent être placées dans des récipients en métal pourvus de poignées; un espace vide de 30 millimètres doit exister entre les bouteilles et les parois des récipients; les espaces vides doivent être soigneusement comblés avec de la terre d'infusoires bien séchée, de façon qu'aucun mouvement des bouteilles ne puisse se produire. || c) Les bouteilles contenant 2 kilogrammes au plus doivent être admises au transport dans des caisses en bois solides, pourvues de poignées et divisées intérieurement en autant de compartiments qu'il y aura de bouteilles à expédier. Chaque caisse ne peut renfermer plus de quatre bouteilles. Celles-ci doivent être placées de

telle sorte qu'il subsiste un espace vide de 30 millimètres entre elles et les parois de la caisse; cet espace vide sera soigneusement comblé avec de la terre d'infusoires bien séchée, de façon qu'aucun mouvement des bouteilles ne puisse se produire. || *d*) Le couvercle des récipients dont il est parlé aux lettres *b* et *c* doit porter, à côté de la mention du contenu, les signes convenus pour le transport du verre.

Nr. 11487.
Vertrags-
staaten.
16. Juli 1895.

XLVIII.

Le pentachlorure de phosphore (superchlorure de phosphore) est soumis aux prescriptions du n° XLVII; toutefois, l'emballage prescrit au chiffre 2*b* n'est exigé, pour ce produit, que lorsque les bouteilles contiennent plus de 5 kilogrammes. Pour les bouteilles de 5 kilogrammes et au-dessous, l'emballage indiqué au chiffre 2*c* est suffisant.

XLIX.

Le bioxyde d'hydrogène doit être remis au transport dans des récipients non hermétiquement fermés et ne peut être transporté qu'en wagons fermés ou en wagons découverts revêtus de bâches. || Si l'expédition a lieu en touries, bouteilles ou cruchons, ces récipients doivent être bien emballés et placés dans des caisses en bois ou dans des paniers solides, pourvus, les uns et les autres, de poignées.

L.

Les préparations formées d'un mélange d'huile de térébenthine ou d'alcool avec de la résine, telles que les vernis à l'alcool et les siccatifs, sont soumises aux prescriptions suivantes: || 1. Lorsque ces préparations sont expédiées en touries, bouteilles ou cruchons, les récipients doivent être fermés hermétiquement et bien emballés dans des caisses ou des paniers munis les uns et les autres de poignées solides et commodes. || Si les récipients sont en métal, en bois ou en caoutchouc, ils doivent être parfaitement étanches et hermétiquement clos. || 2. Les préparations composées d'huile de térébenthine et de résine qui répandent une mauvaise odeur ne peuvent être transportées que sur wagons découverts. || 3. Voir, en ce qui concerne l'emballage avec d'autres marchandises, le n° XXXV.

LI.

Le papier graissé ou huilé et les fuseaux faits de ce papier ne peuvent être expédiés qu'en wagons fermés ou en wagons découverts revêtus de bâches.

LII.

Le fumier et les matières fécales, y compris celles qui proviennent des fosses d'aisance, ne sont admis que par wagons complets et aux conditions suivantes: || 1. Le chargement et le déchargement sont opérés par l'expéditeur et par le destinataire qui doivent, en outre, procéder au nettoyage prescrit par les règlements de l'administration. || 2. Le fumier sec non comprimé est expédié dans des wagons découverts, revêtus de bâches à fournir par l'expéditeur. || 3. Les

Nr. 11487. autres matières fécales, y compris celles qui proviennent des fosses d'aisance, dans le cas où il n'existe pas d'autres moyens de transport appropriés, ne peuvent être expédiées que dans des récipients très solides, hermétiquement fermés, bien étanches et chargés sur des wagons découverts, ainsi que dans des wagons-réservoirs. Dans tous les cas, les mesures nécessaires doivent être prises pour éviter, en cours de transport et lors du chargement et du déchargement, l'échappement des matières et des liquides, ainsi que le dégagement d'odeur méphitique. || 4. Ces matières ne peuvent être chargées avec d'autres marchandises. || 5. Le chemin de fer est en droit d'exiger le paiement du prix de transport au moment de la remise à l'expédition. || 6. Les frais de désinfection éventuelle sont à la charge de l'expéditeur ou du destinataire. || 7. Ces transports restent d'ailleurs soumis aux prescriptions de police de chaque Etat.

LIII.

Les caillettes de veau fraîches ne sont admises au transport que dans des récipients étanches et aux conditions suivantes: || 1. Elles doivent être débarassées de tout reste d'aliments et salées de telle sorte qu'il soit employé de 15 à 20 grammes de sel de cuisine par caillette. || 2. Une couche de sel d'environ un centimètre d'épaisseur doit être répandue, en outre, au fond des récipients servant d'emballage, ainsi que sur la couche supérieure des caillettes. || 3. La lettre de voiture doit contenir une déclaration de l'expéditeur spécifiant que les prescriptions des chiffres 1 et 2 ont été observées. || 4. Le chemin de fer peut exiger le paiement du prix de transport au moment de la remise à l'expédition. || 5. Les frais de désinfection éventuelle du wagon sont à la charge de l'expéditeur ou du destinataire.

Disposition finale.

Par application du dernier alinéa du § 1 des Dispositions réglementaires, l'admission au transport, sous certaines conditions, de marchandises exclues du transport par le 4^o dudit paragraphe, ou la concession de conditions moins rigoureuses que celles qui sont stipulées pour les marchandises admises conditionnellement au transport par l'annexe 1, pourront, dans les relations de deux ou plusieurs Etats contractants, faire l'objet: || 1. soit d'une entente entre les gouvernements des Etats intéressées; || 2. soit de tarifs des administrations de chemins de fer intéressées à la condition que || a) les règlements intérieurs admettent le transport des objets en question ou les conditions à appliquer à ce transport; || b) les tarifs élaborés par les administrations de chemins de fer à ce dûment autorisées soient approuvés par toutes les autorités compétentes.

Art. 3.

Le présent Arrangement sera considéré comme faisant partie intégrante de la Convention internationale du 14 octobre 1890 et aura la même durée

que la Convention. Il sera ratifié; les ratifications en seront échangées à Berne, dans la forme adoptée pour la convention, au plus tard le 15 décembre 1895 et il entrera en vigueur un mois après le dépôt des dites ratifications. || En foi de quoi les soussignés ont dressé le présent Arrangement et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Berne, le seize juillet 1895.

Pour l'Autriche-Hongrie:	Pour l'Allemagne:	Pour la Belgique:
(L.S.) Prince Raoul Wrede.	(L.S.) Busch.	(L.S.) Garnier-Heldewier.
Pour la France:	Pour l'Italie:	Pour le Luxembourg:
(L.S.) Camille Barrère.	(L.S.) A. Peiroleri.	(L.S.) J. Franck.
Pour les Pays-Bas:	Pour la Russie:	Pour la Suisse:
(L.S.) Gevers.	(L.S.) A. Hamburger.	(L.S.) A. Lachenal.

Protocole.

Après avoir procédé à la signature de l'Arrangement en date de ce jour concernant les Dispositions réglementaires de la Convention internationale du 14 octobre 1890, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont déclaré que vu l'urgence et les intérêts importants qui sont en jeu, ils sont d'accord pour que, si quelques-uns seulement des Etats signataires ont déposé, à la date du 15 décembre 1895, leurs ratifications, l'arrangement dont il s'agit soit, néanmoins, mis en vigueur entre ces Etats, dès le 1^{er} janvier 1896 à titre de Convention spéciale (§ 1, dernier alinéa, des Dispositions réglementaires).

Le Conseil fédéral transmettra aux Etats signataires de la Convention, avant le 20 décembre 1895, une copie conforme du procès-verbal de dépôt des ratifications des Puissances qui auront accompli cette formalité. Il demeure également chargé de notifier aux Etats signataires de la Convention du 14 octobre 1890 la remise ultérieure des dites ratifications par les Etats qui en auront effectué le dépôt après le 15 décembre 1895. Les stipulations de la Convention signée à la date de ce jour s'appliqueront à chacun de ces derniers Etats, un mois après la date de la notification adressée par le Gouvernement suisse. || Il est, d'ailleurs, entendu que, lorsque tous les Etats signataires de la Convention du 14 octobre 1890 auront ratifié l'Arrangement signé à la date de ce jour, l'annexe 1 actuelle des Dispositions réglementaires de la dite Convention demeurera définitivement annulée et sera définitivement remplacée par les dispositions insérées dans l'art. 2 de l'Arrangement qui fait l'objet du présent Protocole. || Fait à Berne, le seize juillet 1895, en neuf exemplaires.

(Unterschriften.)

Procès-verbal de signature.

Les soussignés, dûment autorisés, représentant les Etats signataires de la Convention Internationale du 14 octobre 1890, se sont réunis le 16 juillet 1895, à 3 heures, au Palais fédéral, en vue de procéder à la signature de

Nr. 11487. l'Arrangement additionnel concernant l'adjonction des stipulations complémentaires au § 1 des Dispositions réglementaires de la Convention précitée et la
 Vertrags-
 staaten.
 16. Juli 1895. revision de l'Annexe 1 des dites Dispositions. || Après avoir collationné les instruments diplomatiques de l'Arrangement et du Protocole y annexé, qui ont été préparés en nombre égal à celui des Etats contractants, et ces actes ayant été trouvés en bonne et due forme, il y ont apposé leurs signatures et leurs cachets. || L'Arrangement additionnel a été conclu et signé en langue française, selon l'usage diplomatique établi. || Un texte allemand est annexé au présent procès-verbal de signature et il est entendu que ce texte aura la même valeur que le texte français en tant qu'il s'agit de transports par chemins de fer intéressant un Pays où l'allemand est employé exclusivement ou à côté d'autres langues, comme langue d'affaires. || Il est également entendu que les dispositions qui précèdent s'étendent tant à l'ensemble de la Convention internationale du 14 octobre 1890, qu'aux déclarations et arrangements additionnels à cette convention. || S. Exc. M. A. des Barons Peiroleri, Ministre d'Italie, exprime ensuite, au nom de son Gouvernement, le vœu: || „1° Que les prescriptions communes, relatives au transport des objets précieux et des objets d'art, soient au plus tôt déterminées d'une manière complète, en indiquant les conditions d'emballage qui devront être observées par les expéditeurs, ainsi que les limites de la responsabilité qui pourra incomber aux administrations du fait de l'acceptation de ces transports. || 2° Que, pour les transports funèbres, des dispositions analogues soient de même établies sur la base de l'unification des lois et règlements de police en vigueur dans les Etats signataires de la Convention internationale, pour ce qui concerne l'exécution de ces transports. || 3° Que, pour faciliter l'application des prescriptions relatives aux objets admis au transport sous certaines conditions, il soit institué une commission permanente de spécialistes conformément à ce qui a été proposé par l'Office central de Berne, dans son rapport au Conseil fédéral du 19 avril 1893. Cette commission devrait être chargée: || a) de rédiger sous une nouvelle forme l'Annexe 1, de façon que toutes les marchandises ayant des caractères égaux ou similaires, en raison des inconvénients ou des dangers qu'elles peuvent présenter dans la manipulation et dans le transport, soient groupées par catégories, en fixant pour chaque catégorie les conditions d'emballage et autres; || b) de ranger, au fur et à mesure des besoins, les matières non encore dénommées dans celles de catégories dont les conditions de transport leur sont applicables.“ || Sur la proposition de M. le Directeur de l'Office central, qui assiste à la séance, les soussignés donnent acte de cette déclaration à M. Peiroleri et décident de la renvoyer à l'examen de l'Office central, conformément à l'article 57, 4°, de la Convention du 14 octobre 1890, pour qu'il y soit donné les suites qu'elle comporte. || Fait à Berne, le seize juillet 1895, en neuf exemplaires.

(Unterschriften.)

Nr. 11488. GROSSBRITANNIEN und NICARAGUA. — Regelung einiger Streitigkeiten.

1. November 1895.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, and His Excellency the President of the Republic of Nicaragua, desiring to adjust amicably the claims of certain British subjects in respect of injury caused to them or their property or goods in the Mosquito Reserve, owing to the action of the Nicaraguan authorities in the course of the year 1894, have agreed to conclude a Convention for the settlement of such claims, and have for that purpose named as their respective Plenipotentiaries: || Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, the Most Honourable Robert Arthur Talbot Gascoyne Cecil, Marquess of Salisbury, Earl of Salisbury, Viscount Cranborne, Peer of the United Kingdom, Knight of the Most Noble Order of the Garter, Member of Her Majesty's Most Honourable Privy Council, Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, &c., &c.; || And His Excellency the President of the Republic of Nicaragua, Señor Don Crisanto Medina, Commander of the Legion of Honour, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of the Republic of Salvador, in charge of the Legation of the Republic of Nicaragua in the United Kingdom, &c., &c.; || Who have agreed upon the following Articles:—

Nr. 11488.
Gross-
britannien u.
Nicaragua.
1. Nov. 1895.

Article I.

A Mixed Commission shall be constituted to fix the amount due to British subjects in respect of injury caused to them or their property or goods in the Mosquito Reserve, owing to the action of the Nicaraguan authorities in the course of the year 1894. It shall be composed of a British Representative (who must be well acquainted with the Spanish language), a Nicaraguan Representative (who must be well acquainted with the English language), and a jurist, not a citizen of any American State. This third person, who shall be President of the Commission, shall be selected by agreement between Her Britannic Majesty's Government and the Government of Nicaragua, and, failing such agreement, the President of the Swiss Confederation shall be requested to name a person. || In case of the death, absence, resignation, or incapacity of either the British or the Nicaraguan Commissioner, or in the event of either of them omitting or ceasing to act, the Government of Her Britannic Majesty or the Government of Nicaragua, as the case may be, shall forthwith proceed to fill the vacancy. || In similar circumstances another third Commissioner shall be appointed in the same manner as hereinbefore provided.

Article II.

The Commissioners shall sit in the city of Bluefields at the earliest convenient period after they shall have been respectively appointed, and they

Nr. 11488. shall proceed with and conclude the business of the Commission with the
 Gross- utmost despatch possible.
 britannien u.
 Nicaragua.
 1. Nov. 1895.

Article III.

The Commission shall admit such methods of proof and inquiry as may, in the judgment of the majority of its members, conduce most effectually to the elucidation of the matters in dispute. || The Commission shall also admit written and verbal statements made by each Government through their Commissioners, or by the several claimants, or their counsel or agent.

Article IV.

The Commission shall decide the claims according to the evidence tendered, and in accordance with the principles of international law, and the practice and jurisprudence established by such analogous modern Commissions as enjoy the best reputation, and shall give its decisions by majority of votes. || The Commission shall express shortly in each award the facts and origin of the claim dealt with, the arguments alleged for and against it, and the principles on which the decision is based. || The decisions and awards of the Commission shall be in writing, and shall be signed by all the members. The originals, together with the documents belonging to each claim, shall be deposited in the British Consulate at Bluefields, and copies shall be given to the parties at their request.

Article V.

The Commissioners shall fix a reasonable time, which shall not exceed three months, within which all claims must be submitted to them, and they shall give public notice of the period so fixed.

Article VI.

The Commission shall, for the final discharge of its duties in regard to all claims submitted to its consideration and decision, be allowed a term of six months from the date on which it shall declare itself validly constituted. When this term shall have expired, the Commission shall have power to prolong its existence for a further period, which may not exceed six months, in case the illness or temporary incapacity of any of its members, or any other event of acknowledged gravity, may have prevented it from fulfilling the duties intrusted to it within the term fixed under the first paragraph of this Article.

Article VII.

The decisions of the Commission shall be final, and the amounts awarded shall in every case be paid by the Government of Nicaragua to Her Britannic Majesty's Government, through such person as may be designated for the purpose by Her Majesty, within three months of the conclusion of the labours of the Commission.

Article VIII.

Nr. 11488.
Gross-
britannien u.
Nicaragua.
1. Nov. 1895.

The Commissioners may, if necessary, appoint and employ a clerk to assist them in the transaction of their business. || The salary of the British and Nicaraguan Commissioners shall be paid by their respective Governments, and shall commence only from the date of the beginning of their labours. || Any salary or gratuity paid to the third Commissioner and to the Clerk, and any contingent expenses, shall be defrayed in moieties by the two Governments. || The above-mentioned expenses and costs shall be deducted proportionately from any sums of money awarded to the claimants, in so far as they shall not exceed 6 per cent. of the total amounts respectively to be paid by the Nicaraguan Treasury on account of such claims as may be admitted. || The amount so deducted shall be applied, firstly, towards payment of the common expenses; and, secondly, towards defraying, in equal parts, the salaries of the British and Nicaraguan Commissioners. || The Government of Nicaragua will deduct from any sums paid directly by them in satisfaction of claims, without the intervention of the Commission, the sums stipulated in the fourth paragraph of this Article, such amounts to be similarly applied towards payment of the expenses of the Commission.

Article IX.

The present Convention shall be ratified, and the ratifications shall be exchanged at London as soon as may be within three months from the date hereof. || In witness whereof the Undersigned have signed the present Convention, and have affixed thereto their seals.

Done at London, this first day of November, 1895.

(L.S.) Salisbury.

(L.S.) Crisanto Medina.

Protocol.

On proceeding this day to the signature of the above Convention, the Undersigned have come to the following agreement: || Her Majesty's Government will not support the claim of any person before the Commission unless they consider him to be a British subject; and, on their part, the Nicaraguan Government will accept such status as duly established, subject to the production by them of proof that the claimant is not entitled to it contemplation of English law.

Done at London, this first day of November, 1895.

Salisbury.

Crisanto Medina.

Protocol.

Whereas it was stipulated by the IXth Article of the Convention between Her Majesty the Queen of Great Britain and Ireland and his Excellency

Nr. 11488. the President of the Republic of Nicaragua, for the settlement of certain
 Gross-claims arising out of the disturbances in the Mosquito Reserve in 1894, which
 britannien u. was signed at London on the 1st November, 1895, that the ratifications of
 Nicaragua. that Convention should be exchanged at London as soon as might be within
 1. Nov. 1895. three months from the date thereof: || And whereas it has not been found possible to effect the said exchange of ratifications by the end of the term so appointed:

The Undersigned, having met together, have agreed to extend the term for the exchange of the said ratifications until the 1st day of May, 1896.

Done at London, this 29th day of January, 1896.

(Signed) Salisbury, *Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs.*

(Signed) Crisanto Medina, *Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of the Republic of Salvador, in charge of the Legation of the Republic of Nicaragua.*

Nr. 11489. ITALIEN und SAN MARINO. — Postvertrag.

20. November 1895.

Nr. 11489. Il governo di S. M. il Re d'Italia ed il governo della Serenissima Re-
 Italien und pubblica di San Marino, volendo unificare, migliorandoli in parte, i diversi
 San Marino. accordi che regolano i rapporti postali fra i due Stati, hanno nominato a
 0. Nov. 1895. questo fine per loro plenipotenziari: || Il governo di S. M. il Re d'Italia: ||
 S. E. il dottor prof. comm. Maggioreino Ferraris, ministro segretario di Stato
 per le poste e telegrafi; || Il governo della Repubblica di San Marino: || Il comm.
 Francesco Azzurri, console generale della detta Repubblica per il Regno
 d'Italia; || I quali dopo essersi scambiati i loro pieni poteri ed averli trovati
 in buona e debita forma, hanno concordato gli articoli seguenti:

Art. 1. Fra l'amministrazione delle poste del Regno d'Italia e quella della Repubblica di San Marino continuerà ad essere operato uno scambio regolare, non solo di corrispondenze ordinarie, ma anche di corrispondenze raccomandate od assicurate e di pacchi postali, sia ordinari che con valore dichiarato, le une e gli altri con o senza assegni.

Art. 2. L'amministrazione sanmarinese sarà rappresentata, fino a nuove disposizioni, dall'amministrazione italiana nell'Unione universale delle poste.

Art. 3. Alle corrispondenze ed ai pacchi di ogni specie, tanto nei rapporti diretti fra il Regno d'Italia e la Repubblica di San Marino, quanto in quelli fra questa e l'estero, saranno applicabili le tariffe e le norme vigenti nel Regno medesimo, con espresso divieto d'imporre su tali corrispondenze e su tali pacchi veruna soprattassa.

Art. 4. Le esenzioni dalle tasse postali per le corrispondenze ufficiali scambiate fra i due paesi saranno regolate di comune accordo fra le rispettive

amministrazioni delle poste, applicando le norme generali vigenti nel Regno d'Italia.

Nr. 11489.
Italien und
San Marino.
20. Nov. 1895.

Art. 5. Tutti i rimanenti servizi affidati alla posta nel Regno d'Italia, sia nell'interno, sia nei rapporti con paesi esteri, fatta soltanto eccezione per quello delle casse di risparmio, sono estesi alle stesse condizioni all'amministrazione sanmarinese. || Le innovazioni che fossero successivamente introdotte nel servizio postale interno italiano e nei suoi rapporti con paesi esteri saranno ugualmente e di pieno diritto estese all'amministrazione sanmarinese.

Art. 6. I servizi dei vaglia, delle cartoline vaglia e dei titoli di credito saranno condotti dall'amministrazione sanmarinese per conto dell'amministrazione italiana. || La prima sarà quindi responsabile verso la seconda delle operazioni compiute dai propri uffici.

Art. 7. L'amministrazione sanmarinese riterrà per proprio conto tutte le tasse riscosse dai suoi uffici, tanto nel servizio diretto fra essa e l'Italia, quanto nel servizio coll'estero; ma non avrà diritto a veruna partecipazione sulle tasse riscosse da uffici italiani o stranieri. || L'amministrazione stessa dovrà rimborsare all'amministrazione italiana i diritti doganali gravanti oggetti provenienti dall'estero.

Art. 8. Le spese di trasporto delle corrispondenze e dei pacchi scambiati fra l'Italia e la Repubblica di San Marino saranno sostenute dalle due parti contraenti, proporzionalmente alle distanze percorse sui rispettivi territori.

Art. 9. Nel caso di smarrimento, manomissione od avaria di corrispondenze o di pacchi o di altre irregolarità di servizio, che diano diritto ad indennità ai terzi, giusta le leggi italiane o le convenzioni fra l'Italia e l'estero, l'obbligo di corrispondere siffatte indennità incomberà a quella fra le due amministrazioni, i cui uffici saranno responsabili di tali fatti.

Art. 10. Il governo della Repubblica di San Marino si riserva piena facoltà di continuare ad emettere francobolli, cartoline, biglietti postali e segnatasse propri.

Art. 11. Le amministrazioni postali dei due Stati sono autorizzate a procedere alla compilazione di un regolamento per l'esecuzione della presente convenzione.

Art. 12. La presente convenzione sarà messa in vigore a datare dal giorno che sarà determinato di comune accordo fra le due parti contraenti, e avrà una durata indefinita, salvo il caso di disdetta, che amendue le parti si riservano la facoltà di dare in qualunque tempo. || In tale caso la convenzione stessa cesserà di avere effetto sei mesi dopo la notificazione della disdetta. || Dal giorno della sua esecuzione cesseranno di avere qualsiasi efficacia le convenzioni del 7 febbraio 1865, 2 marzo 1877, 26 giugno 1883 e 12 luglio 1889. || Le disposizioni dell'accordo speciale amministrativo, in data del 16 settembre 1894, relative al protesto eventuale dei titoli affidati per la riscossione all'una od all'altra delle due amministrazioni, saranno comprese nel

Nr. 11489.
Italien und
San Marino.
20. Nov. 1895.

regolamento per l'esecuzione della presente e finchè questo non sia stato compilato resteranno in pieno vigore.

Art. 13. La presente convenzione sarà ratificata dai Governi rispettivi e il cambio delle ratifiche avrà luogo nel più brev termine possibile. || In fede di che i plenipotenziari rispettivi hanno firmato la presente convenzione e vi hanno apposto i loro suggelli.

Fatta in doppio originale e sottoscritta in Roma, addi 20 novembre 1895.

Maggiorino Ferraris.

Francesco Azzurri.

Nr. 11490. GROSSBRITANNIEN und VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA. — Schiedsgerichtsvertrag über die Fischerei im Behringsmeere.

8. Februar 1896.

(Ratifications exchanged at London, June 3, 1896.)

Whereas, by a Treaty between Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and the United States of America, signed at Washington on the 29th February, 1892, the questions which had arisen between their respective Governments concerning the jurisdictional rights of the United States in the waters of Behring Sea, and concerning also the preservation of the fur-seal in, or habitually resorting to, the said sea, and the rights of the citizens and subjects of either country as regards the taking of fur-seal in, or habitually resorting to, the said waters, were submitted to a Tribunal of Arbitration as therein constituted: || And whereas the High Contracting Parties having found themselves unable to agree upon a reference which should include the question of the liability of each for the injuries alleged to have been sustained by the other, or by its citizens, in connection with the claims presented and urged by it, did, by Article VIII of the said Treaty, agree that either party might submit to the Arbitrators any questions of fact involved in said claims, and ask for a finding thereon, the question of the liability of either Government on the facts found to be the subject of further negotiation: || And whereas the Agent of Great Britain did, in accordance with the provisions of said Article VIII, submit to the Tribunal of Arbitration certain findings of fact which were agreed to as proved by the Agent of the United States, and the Arbitrators did unanimously find the facts so set forth to be true, as appears by the Award of the Tribunal rendered on the 15th day of August, 1893: || And whereas, in view of the said findings of fact and of the decision of the Tribunal of Arbitration concerning the jurisdictional rights of the United States in Behring Sea, and the right of protection or property of the United States in the fur-seals frequenting the islands of the United States in Behring Sea, the Government of the United States is desirous that, in so far as its liability is not already fixed and determined by the findings of fact and the decision of said Tribunal of Arbitration, the question of such liability

Nr. 11490.
Gross-
britannien u.
Vereinigte
Staaten.
8. Feb. 1896.

should be definitely and fully settled and determined, and compensation made, for any injuries for which, in the contemplation of the Treaty aforesaid, and the Award and findings of the Tribunal of Arbitration, compensation may be due to Great Britain from the United States: || And whereas it is claimed by Great Britain, though not admitted by the United States, that prior to the said Award certain other claims against the United States accrued in favour of Great Britain on account of seizures of or interference with the following named British sealing-vessels, to wit: the "Wanderer," the „Winifred," the "Henrietta," and the "Oscar and Hattie," and it is for the mutual interest and convenience of both the High Contracting Parties that the liability of the United States, if any, and the amount of compensation to be paid, if any, in respect of such claims, and each of them should also be determined under the provisions of this Convention—all claims by Great Britain under Article V of the *modus vivendi* of the 18th April, 1892, for the abstention from fishing of British sealers during the pendency of said arbitration having been definitely waived before the Tribunal of Arbitration: || Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and the United States of America, to the end of concluding a Convention for that purpose, have appointed as their respective Plenipotentiaries: || Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, the Right Honourable Sir Julian Pauncefote, G.C.B., G.C.M.G., Her Majesty's Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary to the United States; and || The President of the United States, the Honourable Richard Olney, Secretary of State; || Who, after having communicated to each other their respective full powers, which were found in due and proper form, have agreed to and concluded the following Articles:—

Nr. 11490.
Gross-
britannien u.
Vereinigte
Staaten.
8. Feb. 1896.

Article I.

The High Contracting Parties agree that all claims on account of injuries sustained by persons in whose behalf Great Britain is entitled to claim compensation from the United States, and arising by virtue of the Treaty aforesaid, the Award and the findings of the said Tribunal of Arbitration, as also the additional claims specified in the 5th paragraph of the preamble hereto, shall be referred to two Commissioners, one of whom shall be appointed by Her Britannic Majesty, and the other by the President of the United States, and each of whom shall be learned in the law. || Appended to this Convention is a list of the claims intended to be referred.

Article II.

The two Commissioners shall meet at Victoria, in the Province of British Columbia, Canada, as soon as practicable after the exchange of the ratifications of this Convention, and, after taking an oath that they will fairly and impartially investigate the claims referred to them, and render a just decision thereon, they shall proceed jointly to the discharge of their duties. || The Commission shall also sit at San Francisco, California, as well as Victoria, provi-

Nr. 11490. ded either Commissioner shall so request, if he shall be of opinion that the
 Gross- interests of justice shall so require, for reasons to be recorded on the minutes.
 britannien u.
 Vereinigte
 Staaten.
 8. Feb. 1896.

Article III.

The said Commissioners shall determine the liability of the United States, if any, in respect of each claim, and assess the amount of compensation, if any, to be paid on account thereof—so far as they shall be able to agree thereon—and their decision shall be accepted by the two Governments as final. || They shall be authorized to hear and examine, on oath or affirmation, which each of said Commissioners is hereby empowered to administer or receive, every question of fact not found by the Tribunal of Arbitration, and to receive all suitable authentic testimony concerning the same, and the Government of the United States shall have the right to raise the question of its liability before the Commissioners in any case where it shall be proved that the vessel was wholly or in part the actual property of a citizen of the United States. || The said Commission, when sitting at San Francisco or Victoria, shall have and exercise all such powers for the procurement or enforcement of testimony as may hereafter be provided by appropriate legislation.

Article IV.

The Commissioners may appoint a Secretary and a clerk or clerks to assist them in the transaction of the business of the Commission.

Article V.

In the cases, if any, in which the Commissioners shall fail to agree, they shall transmit to each Government a Joint Report stating in detail the points on which they differ, and the grounds on which their opinions have been formed; and any such difference shall be referred for final adjustment to an Umpire to be appointed by the two Governments jointly, or, in case of disagreement, to be nominated by the President of the Swiss Confederation at the request of the two Governments.

Article VI.

In the case of the death, or incapacity to serve, from sickness or any other cause, of either of the two Commissioners, or of the Umpire, if any, his place shall be filled in the manner herein provided for the original appointment.

Article VII.

Each Government shall provide for the remuneration of the Commissioner appointed by it. || The remuneration of the Umpire, if one should be appointed and all contingent and incidental expenses of the Commission, or of the Umpire shall be defrayed by the two Governments in equal moieties.

Article VIII.

The amount awarded to Great Britain under this Convention on account of any claimant shall be paid by the Government of the United States to the

Government of Her Britannic Majesty within six months after the amount thereof shall have been finally ascertained. Nr. 11490.
Gross-
britannien u.
Vereingte
Staaten.
8. Feb. 1896.

Article IX.

The present Convention shall be duly ratified by Her Britannic Majesty and the President of the United States of America, by and with the advice and consent of the Senate thereof; and the ratifications shall be exchanged either at London or at Washington within six months from the date hereof, or earlier, if possible. || In faith whereof we, the respective Plenipotentiaries, have signed this Convention, and have hereunto affixed our seals.

Done in duplicate at Washington, the 8th day of February 1896.

(L.S.) Julian Pauncefote.

(L.S.) Richard Olney.

Anlage.

Appendix of Claims.

Claims submitted to the Tribunal of Arbitration at Paris.

Name of Vessel.	Date of Seizure.	Approximate Distance from Land when Seized	United States' Vessel making Seizure.
		Miles.	
Carolina	August 1, 1886	75	Corwin.
Thornton	August 1, "	70	Corwin.
Onward	August 2, "	115	Corwin.
Favourite	August 2, "	Warned by "Corwin" in about same position as "Onward".	
Anna Beck	July 2, 1887	66	Rush.
W. P. Sayward	July 9, "	59	Rush.
Dolphin	July 12, "	40	Rush.
Grace	July 17, "	96	Rush.
Alfred Adams	August 10, "	62	Rush.
Ada	August 25, "	15	Bear.
Triumph	August 4, "	Warned by "Rush" no to enter Behring Sea.	
Juanita	July 31, 1889	66	Rush.
Pathfinder	July 29, "	50	Rush.
Triumph	July 11, "	Ordered out of Behring Sea by "Rush". Query as to position when warned.	
Black Diamond	July 11, "	35	Rush.
Lily	August 6, "	66	Rush.
Ariel	July 30, "	Ordered out of Behring Sea by "Rush".	
Kate	August 13, "	Ditto.	Rush.
Minnie	July 15, "	65 miles.	Rush.
Pathfinder	March 27, 1890	Seized in Neah Bay	Corwin.
Personal claims	1886.		
Ditto	1887.		
Costs in "Sayward" case			

Additional Claims.

- "Wanderer" 1887—89.
- "Winifred" 1891.
- "Henrietta" 1892.
- "Oscar and Hattie" 1892.

Nr. 11491. NIEDERLANDE und SERBIEN. — Auslieferungsvertrag.

11. März 1896.

Nr. 11491.
Niederlande
und Serbien.
11. März 1896.

Sa Majesté la Reine des Pays-Bas et en Son Nom Sa Majesté la Reine-Régente du Royaume et Sa Majesté le Roi de Serbie, || ayant résolu d'un commun accord de conclure une convention pour l'extradition des malfaiteurs, ont nommé à cet effet pour Leurs plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté la Reine-Régente du Royaume des Pays-Bas: || Monsieur Bretislav Emile Schleifer, commandeur de l'ordre de Takovo de Serbie, consul-général des Pays-Bas pour la Serbie, || Sa Majesté le Roi de Serbie: || Monsieur Stoyan Novakovitch, grand-cordon de l'ordre de Takovo, commandeur de l'ordre de l'Aigle Blanc, grand-cordon de St. Sava, etc., etc., Président du Conseil des Ministres, Son Ministre des Affaires Etrangères, || lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article premier.

Le Gouvernement des Pays-Bas et le Gouvernement de Serbie s'engagent à se livrer réciproquement, d'après les règles déterminées par les articles suivants, à l'exception de leurs nationaux, les individus condamnés ou prévenus à raison d'un des faits ci-après énumérés, commis hors du territoire de l'Etat, auquel l'extradition est demandée: || 1°. a) attentat contre la vie ou la liberté du Roi, de la Reine régnante, du Régent, ou d'un autre Chef d'un Etat Ami, ou entrepris dans le dessein de Les rendre incapables de régner; || b) attentat contre la vie ou la liberté de la Reine non régnante, de l'Héritier Présomptif du Trône ou d'un Membre de la Famille Souveraine; || 2°. meurtre ou assassinat, meurtre ou assassinat commis sur un enfant; || 3°. menaces, faites par écrit et sous une condition déterminée, pour autant que les lois des deux Pays permettent l'extradition de ce chef; || 4°. avortement, procuré par la femme enceinte ou par d'autres; || 5°. sévices, ayant occasionné une grave lésion corporelle ou a mort, sévices commis avec préméditation ou sévices graves; || 6°. viol; attentat à la pudeur; le fait d'avoir, en dehors du mariage, un commerce charnel avec une fille ou une femme au-dessous de l'âge de seize ans, ou avec une femme au-dessus de cet âge, lorsque le coupable sait qu'elle est évanouie ou sans connaissance; actes d'immoralité, lorsque le coupable sait que la personne avec laquelle il les commet, est évanouie ou sans connaissance, ou lorsque cette personne n'a pas atteint l'âge de seize ans; excitation d'une personne au-dessous de cet âge à commettre ou à subir des actes d'immoralité ou à avoir, en dehors du mariage, un commerce charnel avec un tiers; || 7°. excitation de mineurs à la débauche et tout acte ayant pour objet de favoriser la débauche de mineurs, punissable d'après les lois des deux pays; || 8°. bigamie; || 9°. enlèvement, recel, suppression, substitution ou supposition d'un enfant; || 10°. enlèvement de mineurs; || 11°. contrefaçon ou altération de monnaies ou de papiermonnaie, entreprise dans le dessein d'émettre

ou de faire emettre ces monnaies ou ce papier-monnaie comme non-contrefaits et non-altérés, ou mise en circulation de monnaies ou de papier-monnaie contrefaits ou altérés, lorsqu'elle a lieu à dessein; || 12°. contrefaçon ou falsification de timbres et de marques de l'Etat ou de marques d'ouvrier exigées par la loi, pour autant que les lois des deux Pays permettent l'extradition de ce chef; || 13°. faux en écriture et usage fait à dessein de l'écriture fausse ou falsifiée, pour autant que les lois des deux pays permettent l'extradition de ce chef; la détention ou l'introduction de l'étranger de billets d'une banque de circulation fondée en vertu de dispositions légales, dans le dessein de les mettre en circulation comme n'étant, ni faux ni falsifiés lorsque l'auteur savait au moment où il les a reçus, qu'ils étaient faux ou falsifiés; || 14°. faux serment; || 15°. corruption de fonctionnaires publics, pour autant que les lois des deux Pays permettent l'extradition de ce chef; concussion; détournement commis par des fonctionnaires ou par ceux qui sont considérés comme tels; || 16°. incendie allumé à dessein, lorsqu'il peut en résulter un danger commun pour des biens ou un danger de mort pour autrui; incendie allumé dans le dessein de se procurer ou de procurer à un tiers un profit illégal au détriment de l'assureur ou du porteur légal d'un contrat à la grosse; || 17°. destruction illégale commise à dessein d'un édifice appartenant en tout ou en partie à un autre ou d'un édifice ou d'une construction, lorsqu'il peut en résulter un danger commun pour des biens ou un danger de mort pour autrui; || 18°. actes de violence commis en public, à forces réunies, contre des personnes ou des biens; || 19°. le fait illégal commis à dessein de faire couler à fond, de faire échouer, de détruire, de rendre impropre à l'usage ou de détériorer un navire, lorsqu'il peut en résulter un danger pour autrui; || 20°. émeute et insubordination des passagers à bord d'un navire contre le capitaine et des gens de l'équipage contre leurs supérieurs; || 21°. le fait commis à dessein d'avoir mis en péril un convoi sur un chemin de fer; || 22°. vol; || 23°. esroquerie; || 24°. abus de blanc-seing; || 25°. détournement; || 26°. banqueroute frauduleuse. || Sont comprises dans les qualifications précédentes la tentative et la complicité, lorsqu'elles sont punissables d'après la législation du pays auquel l'extradition est demandée.

Nr. 11491.
Niederlande
und Serbien.
11. März 1896.

Article 2.

L'extradition n'aura pas lieu: || 1°. lorsque le fait a été commis dans un pays tiers et que le gouvernement de ce pays requiert l'extradition; || 2°. lorsque la demande en sera motivée par le même fait, pour lequel l'individu réclamé a été jugé dans le pays auquel l'extradition est demandée, et du chef duquel il y a été condamné, absous ou acquitté; || 3°. si, d'après les lois du pays auquel l'extradition est demandée, la prescription de l'action ou de la peine est acquise avant l'arrestation de l'individu réclamé, ou, l'arrestation n'ayant pas encore eu lieu, avant qu'il n'ait été cité devant le tribunal pour être entendu.

Nr. 11491.
Niederlande
und Serbien.
11. März 1896.

Article 3.

L'extradition n'aura pas lieu aussi longtemps que l'individu réclamé est poursuivi pour le même fait dans le pays auquel l'extradition est demandée.

Article 4.

Si l'individu réclamé est poursuivi ou subit une peine pour une autre infraction que celle qui a donné lieu à la demande d'extradition, son extradition ne sera accordée qu'après la fin de la poursuite dans le pays auquel l'extradition est demandée, et, en cas de condamnation, qu'après qu'il aura subi sa peine ou qu'il aura été gracié. Néanmoins, si d'après les lois du pays qui demande l'extradition, la prescription de la poursuite pouvait résulter de ce délai, son extradition sera accordée, si des considérations spéciales ne s'y opposent, et sous l'obligation de renvoyer l'extradé aussitôt que le pour-suite dans ce pays sera finie.

Article 5.

L'individu extradé ne pourra être ni poursuivi ni puni, dans le pays auquel l'extradition a été accordée, pour un fait punissable quelconque non prévu par la présente convention et antérieur à son extradition, ni extradé à un état tiers sans le consentement de celui qui a accordé l'extradition, à moins qu'il n'ait eu la liberté de quitter de nouveau le pays susdit pendant un mois après avoir été jugé, et, en cas de condamnation, après avoir subi sa peine ou après avoir été gracié. || Il ne pourra pas non plus être poursuivi ni puni du chef d'un crime ou d'un délit prévu par la convention, antérieur à l'extradition, sans le consentement du gouvernement qui a livré l'extradé. et qui pourra, s'il le juge convenable, exiger la production de l'un des documents mentionnés dans l'article 7 de la présente convention. Toutefois, ce consentement ne sera pas nécessaire lorsque l'inculpé aura demandé spontanément à être jugé ou à subir sa peine ou lorsqu'il n'aura pas quitté, dans le délai fixé plus haut, le territoire du pays auquel il a été livré.

Article 6.

Les dispositions du présent traité ne sont point applicables aux délits politiques. La personne qui a été extradée à raison de l'un des faits de droit commun mentionnés à l'article 1, ne peut, par conséquent, en aucun cas, être poursuivie et punie dans l'état auquel l'extradition a été accordée, à raison d'un délit politique commis par elle avant l'extradition, ni à raison d'un fait connexe à un semblable délit politique, à moins qu'elle n'ait eu la liberté de quitter de nouveau le pays pendant un mois après avoir été jugée et, en cas de condamnation, après avoir subi sa peine ou après avoir été gracié.

Article 7.

L'extradition sera demandée par la voie diplomatique et ne sera accordée que sur la production de l'original ou d'une expédition authentique, soit d'un

jugement de condamnation, soit d'une ordonnance de mise en accusation ou de renvoi devant la justice répressive avec mandat d'arrêt, soit d'un mandat d'arrêt, délivré dans les formes prescrites par la législation de l'état qui fait la demande, et indiquant suffisamment le fait dont il s'agit pour mettre l'état requis à même de juger s'il constitue, d'après sa législation, un cas prévu par la présente convention, ainsi que la disposition pénale qui lui est applicable. || Toutes ces pièces devront être accompagnées d'une traduction française, dûment certifiée.

Nr. 11491.
Niederlande
und Serbien.
11. März 1896.

Article 8.

Les objets saisis et la possession de l'individu réclamé seront livrés à l'état requérant, si l'autorité compétente de l'état requis en a ordonné la remise.

Article 9.

En attendant la demande d'extradition par la voie diplomatique, l'individu dont l'extradition peut être requise aux termes de la présente convention, sera arrêté provisoirement sur avis donné également par la voie diplomatique ou consulaire au Ministre des Affaires Etrangères et indiquant l'existence de l'un des documents mentionnés à l'art. 7. || L'arrestation provisoire est soumise aux formes et aux règles prescrites par la législation du pays auquel la demande est faite.

Article 10.

L'étranger arrêté provisoirement, aux termes de l'article précédent, sera, à moins que son arrestation ne doive être maintenue pour un autre motif, mis en liberté, si, dans le délai de vingt jours après la date du mandat d'arrestation provisoire, la demande d'extradition par la voie diplomatique, avec remise des documents prescrits par la présente convention, n'a pas été faite.

Article 11.

Lorsque, dans la poursuite d'une affaire pénale non-politique un des gouvernements jugera nécessaire l'audition de témoins se trouvant dans l'autre Etat, une commission rogatoire sera envoyée à cet effet par la voie diplomatique, et il y sera donné suite, en observant les lois du pays où les témoins seront invités à comparaître. En cas d'urgence toutefois une commission rogatoire pourra être directement adressée par l'autorité judiciaire dans l'un des états à l'autorité judiciaire dans l'autre état. || Toute commission rogatoire, ayant pour but de demander une audition de témoins, devra être accompagnée d'une traduction française.

Article 12.

Si dans une cause pénale non-politique la comparution personnelle d'un témoin dans l'autre pays est nécessaire ou désirée, son gouvernement l'engagera à se rendre à l'invitation qui lui sera faite, et, en cas de consentement, il lui sera accordé des frais de voyage et de séjour, d'après les tarifs et

Nr. 11491.
Niederlande
und Serbien.
11. März 1896.

règlements en vigueur dans le pays où l'audition devra avoir lieu, sauf le cas où le gouvernement requérant estimera devoir allouer au témoin une plus forte indemnité. || Aucun témoin, quelle que soit sa nationalité, qui, cité, dans l'un des deux pays, comparaitra volontairement devant les juges de l'autre pays, ne pourra y être poursuivi ou détenu pour des faits ou condamnations criminelles antérieures, ni sous prétexte de complicité dans les faits objets du procès où il figurera comme témoin.

Article 13.

Lorsque, dans une cause pénale non-politique, la confrontation de criminels, détenus dans l'autre état, ou bien la communication de pièces à conviction ou de documents, qui se trouveraient entre les mains des autorités de l'autre pays, sera jugée utile ou nécessaire, la demande en sera faite par la voie diplomatique, et l'on y donnera suite à moins de considérations spéciales qui s'y opposent, et sous l'obligation de renvoyer les criminels et les pièces.

Article 14.

Le transit, à travers le territoire de l'un des états contractants, d'un individu livré par une tierce puissance à l'autre partie et n'appartenant pas au pays du transit, sera accordé sur la simple production, en original ou en expédition authentique, de l'un des actes de procédure mentionnés à l'article 7 pourvu que le fait servant de base à l'extradition soit compris dans la présente convention et ne rentre pas dans les prévisions des articles 2 et 6, et que le transport ait lieu, quant à l'escorte, avec le concours de fonctionnaires du pays qui a autorisé le transit sur son territoire. || Les frais du transit seront à la charge de l'état requérant.

Article 15.

Les gouvernements respectifs renoncent de part et d'autre à toute réclamation pour la restitution des frais d'entretien, de transport et autres, qui pourraient résulter, dans les limites de leurs territoires respectifs, de l'extradition des prévenus, accusés ou condamnés, ainsi que de ceux résultant de l'exécution des commissions rogatoires, du transport et du renvoi des criminels à confronter, et de l'envoi et de la restitution des pièces de conviction ou des documents. || Au cas où le transport par mer serait jugé préférable, l'individu à extraditer sera conduit au port que désignera l'agent diplomatique ou consulaire du gouvernement requérant, aux frais duquel il sera embarqué.

Article 16.

La présente convention, laquelle n'est pas applicable aux colonies, ne sera exécutoire qu'à dater de six semaines après l'échange des actes de ratification. || Elle continuera à sortir ses effets jusqu'à six mois après déclaration contraire de la part de l'un des deux gouvernements. || La présente convention sera

ratifiée et les ratifications en seront échangées le plus tôt possible. || En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé leurs cachets. .

Nr. 11491.
Niederlande
und Serbien.
11. März 1896.

Fait, en double expédition, à Belgrade, le $\frac{28 \text{ février}}{11 \text{ mars}}$ 1896.

(L. S.) (signé) B. E. Schleifer.

(L. S.) (signé) St. Novakovitch.

Nr. 11492. GROSSBRITANNIEN und JAPAN. — Postvertrag.

The Department of Communications of the Empire of Japan and the Post Office of the United Kingdom of Great Britain and Ireland agree to establish a regular exchange of parcels, uninsured and without collection of value on delivery, between Japan and Great Britain. || The conditions of the exchange, both as regards parcels exchanged direct between Japan and Great Britain and as regards parcels in transit, are determined by the following regulations.

Nr. 11492.
Gross-
britannien u.
Japan.

Article I.

1. Parcels, uninsured and without collection of value on delivery, may be forwarded under the denomination of postal parcels from the United Kingdom to the Empire of Japan up to the weight of 11 pounds avoirdupois, and from the Empire of Japan to the United Kingdom up to the weight of 1,320 momme. || 2. The two Administrations determine under what conditions as to packing, dimensions, &c., the parcels are allowed to circulate, and also what classes of articles are prohibited.

Article II.

1. The two Administrations guarantee the right of transit for parcels over their territory to or from any country with which they respectively have parcel post arrangements; and they undertake responsibility for transit parcels within the limits determined by Article IX below. || 2. The two Administrations fix, by common consent, the conditions under which parcels originating in or addressed to foreign countries, and sent in transit through Japan or Great Britain, may be exchanged between their respective offices of exchange.

Article III.

The prepayment of the postage on parcels is compulsory.

Article IV.

The postage upon parcels from the United Kingdom for the Empire of Japan, and vice versâ, and the share of the postage allotted to each Admini-

Nr. 11492. stration, are as follows: || a) Parcels originating in the United Kingdom
Gross- addressed to the Empire of Japan:
britannien u.
Japan.

	Parcels weighing:					
	Not over 3 lb.		Over 3 lb. but not over 7 lb.		Over 7 lb. but not over 11 lb.	
	S.	d.	S.	d.	S.	d.
For Inland Service in the United Kingdom .	0	5	0	10	1	3
For conveyance from the United Kingdom to the Empire of Japan	0	10	1	8	2	6
For Inland Service in the Empire of Japan .	0	5	0	10	1	3
For delivery and customs formalities	0	2	0	2	0	2
Total postage	1	10	3	6	5	2

b) Parcels originating in the Empire of Japan addressed to the United Kingdom:

	Parcels weighing:					
	Not over 360 momme		Over 360 momme but not over 840 momme		Over 840 momme but not over 1,320 momme	
	S.	d.	S.	d.	S.	d.
For Inland Service in the Empire of Japan .	0	5	0	10	1	3
For conveyance from the Empire of Japan to the United Kingdom	0	10	1	8	2	6
For Inland Service in the United Kingdom .	0	5	0	10	1	3
For delivery and customs formalities	0	2	0	2	0	2
Total postage	1	10	3	6	5	2

Article V.

The cost of the receptacles used for the conveyance of the mails is shared equally between the two Administrations.

Article VI.

Parcels originating in either of the contracting countries addressed to the other contracting country cannot be subjected to any postal charge other than those contemplated by the foregoing Article IV and by Article VII below.

Article VII.

The re-direction of parcels from one country to the other, in consequence of the removal of the addressees, as well as the return of undelivered parcels, gives rise to a supplementary charge of the postage fixed by Article IV, against the addressees or the senders, as the case may be, without prejudice to any claim for reimbursement of customs duties paid.

Article VIII.

It is forbidden to send by the parcel post parcels containing letters, or notes having the character of private correspondence, or articles the admission

of which is not authorized by the Customs or other laws or regulations of the countries concerned.

Nr. 11492.
Gross-
britannien u.
Japan.

Article IX.

1. Except in cases beyond control, when a parcel has been lost or damaged, the sender and, in default of the sender, the addressee, is entitled to an indemnity corresponding with the actual amount of the loss or damage; provided always that this indemnity may not exceed 12 s. in the case of a parcel not weighing more than 7 lb. (or 840 momme), or 1 l. sterling in the case of a parcel weighing more than 7 lb. (or 840 momme). || The sender of a lost parcel is also entitled to the return of the postage. || 2. The obligation of paying the indemnity rests with the Administration to which the despatching office is subordinate. That Administration has its remedy against the responsible Administration, that is to say, against the Administration on the territory or in the service of which the loss or the damage took place. || 3. Until the contrary be proved, the responsibility rests with the Administration which, having received the parcel without making any observation, is unable to establish either the delivery to the addressee or the regular transfer to the following Administration, as the case may be. || 4. The payment of the indemnity by the despatching Administration takes place as soon as possible, and at the latest within a year of the date of the application. || The responsible Administration is bound to reimburse the despatching Administration, without delay, the amount of the indemnity paid by the latter. || 5. It is understood that the application for an indemnity is only entertained if made within a year of the posting of the parcel, after this term the applicant has no right to any indemnity. || 6. If the loss or damage of a parcel occurs in course of conveyance between the two countries, and it is not possible to ascertain in the service of which country such loss or damage took place, each Administration pays half of the indemnity. || 7. The Administrations cease to be responsible for parcels of which the owners have accepted delivery.

Article X.

Either Administration may, under extraordinary circumstances of such a nature as to justify the measure, temporarily suspend the Parcel Post service, either altogether or partially, on condition of giving immediate notice by telegraph, if necessary, to the other Administration.

Article XI.

The internal legislation of each of the contracting countries remains applicable as regards everything not provided for by the stipulations contained in the present Agreement.

Article XII.

The Administrations of the contracting countries indicate the offices or localities which they admit to the international exchange of parcels; they

Nr. 11492.
Gross-
britannien u.
Japan.

regulate the mode of transmission of those parcels, and fix all other measures of detail and order necessary for ensuring the performance of the present Agreement.

Article XIII.

1. The Administrations of the contracting countries shall fix by common consent the date on which the present Agreement shall come into operation. ||
2. It shall remain in force until one of the contracting parties shall have announced to the other, one year in advance, its intention to determine it. ||
3. In witness whereof the undersigned, duly authorized for that purpose, have signed the present Agreement, and have affixed thereto their seals.

Done in duplicate at Tokio, the 21st day of the 5th month of the 29th year of Meiji, and at London the 23rd day of June 1896.

(Signed) Shirane Senichi, Minister of State for Communications.

(Signed) Norfolk, Postmaster-General.

Anlage.

Detailed Regulations for the Exchange of Parcels uninsured and without collection of Value on Delivery by Parcel Post between the Empire of Japan and the United Kingdom of Great Britain and Ireland.

I.

1. The parcel mails exchanged between Japan and Great Britain are forwarded either viâ Canada or viâ the Suez Canal and Gibraltar. || 2. The conveyance of the parcel mails both from Great Britain to Japan and vice versa is provided by the Department of Communications of Japan and the British Post Office. The Administration providing this conveyance receives the share of the postage allotted to the service in Article IV of the Agreement. || 3. After arrangement, if need be, with the other offices concerned, each Administration communicates to the other, by a statement in conformity with or analogous to the specimen table given in the Appendix: || a) A list of the countries with which parcels may be exchanged through its territory. || b) The routes of conveyance available for parcels from the point of entry on its territory or its postal service. || c) The sum total of the payments to be made by the Administration from which the parcels are received on account of each country. || 4. In conformity with information thus received each Administration fixes the routes to be employed for the transmission of its parcels, and determines the payments to be collected from the senders according to the regulations for transit parcels.

II.

In fixing rates of postage 48 sen in Japan are taken as equivalent to one shilling in the United Kingdom.

III.

1. Parcels posted in the United Kingdom for the Empire of Japan must not exceed 2 ft. in length or six ft. in length and girth combined. Parcels posted in the Empire of Japan for the United Kingdom must not exceed 2 shaku in length and girth combined. || 2. The dimensions of transit parcels, that is, those sent from one of the contracting countries through the territory of the other contracting country to a third country, are regulated by the dimensions allowed, in each case, under the rule in force in the country to which the parcel is addressed, provided that the limits mentioned in the preceding section are not exceeded.

Nr. 11492.
Gross-
britannien u.
Japan.
23. Juni 1896.

IV.

1. In addition to the articles mentioned in Article VIII of the Agreement, parcels containing live animals, explosive or combustible matter, and, in general, articles the conveyance of which is attended with danger, are excluded from transmission. || 2. The Administrations communicate to each other a list of the articles specially excluded from transmission to their several countries by Parcel Post. || 3. Any parcel discovered to contain prohibited articles, or of which the contents or value have been falsely declared, is detained and dealt with in accordance with the local Customs and other laws and regulations. || 4. No parcel may consist of or contain two or more parcels or other postal packets (of the same or of different descriptions) addressed to different persons at different addresses. If such a parcel be discovered, the separate parcels or packets which it contains are sent forward charged with postage at the rates applicable to such parcels or packets respectively.

V.

1. No parcels must be accepted for conveyance unless it bear the exact directions of the addressee, which must not be written with pencil. || 2. Every parcel must be packed in a manner adequate for the length of the journey and for the protection of the contents. The packing must be such as to make it impossible to tamper with the contents without leaving an obvious trace of violation. || 3. Every parcel must be sealed by means of sealing wax, lead, or otherwise, with some special impress or mark of the sender.

VI.

1. Each parcel must be accompanied by a Customs declaration in conformity with, or analogous to, the specimen given in the Appendix, which must either be affixed to the parcel or sent with it securely attached to the parcel bill. || 2. The Despatching Office enters at the foot of the declaration form the number of the parcel bill and the entry number of the parcel on the parcel bill.

VII.

If the Customs declarations are not affixed to the parcels, each parcel, as well as the declaration form relating to it must bear a label in confor-

Nr. 11492. mity with, or analogous to, the specimen given in the Appendix, indicating
 Gross- the registered number and the name of the office of posting. The smaller
 britannien u. portion of the label is affixed to the declaration form, the larger portion to
 Japan. the parcel.
 23. Juni 1896.

VIII.

1. The offices of exchange are in the United Kingdom London or Liverpool, and in Japan Yokohama, Kobe, and Nagasaki. || 2. The transmission of parcels between the Japanese and English offices of exchange takes place by means of closed bags, boxes, or baskets. || 3. Each parcel mail is accompanied by a way bill during transit from one office of exchange to another.

IX.

1. The parcel bills on which the particulars of parcels are entered by the despatching office of exchange must be in accordance with, or analogous to, the specimen given in the Appendix. || 2. The parcel bills of each calendar year must be numbered consecutively, but the entries of the parcels in each bill must always commence with number one. || 3. In the case of parcels sent through the United Kingdom to British Colonies and Foreign Countries, a money entry, according to a table furnished by the Post Office of the United Kingdom, must be made in the Column headed "Credit on transit parcels", the column headed "No of parcels" being left blank. || 4. One copy of the parcel bill and the verification certificates (if any) must be enclosed in a special envelope and forwarded by letter post by the first mail. || 5. A second copy of the parcel bill, together with the Customs Declaration forms if not affixed to the parcels, must be forwarded inside one of the receptacles with the parcel mail. This receptacle is denoted by a distinguishing label or by a note on the way bill.

X.

1. As soon as the mail reaches the office of destination, that office checks its contents. If no parcel bill is received, a substitute bill is prepared. || 2. Any errors which may be discovered in the entries on the parcel bills are, after verification by a second officer, corrected and noted for report to the despatching office on a verification certificate, a specimen of which is given in the Appendix. || 3. If a parcel advised on the parcel bill is not received, the entry on the bill is cancelled when the non-receipt has been verified by a second officer, and the fact is reported on a verification certificate by the first mail. || 4. If a parcel is received in a damaged or imperfect condition, full particulars are reported on the same form. || 5. If no verification certificate is received, a parcel mail is considered as duly delivered, so long as no evidence to the contrary has been furnished.

XI.

1. Parcels re-transmitted in consequence of mis-sending are, if possible, forwarded to their destination by the most direct route at the disposal of the

office re-transmitting them. If no means exist of transmitting mis-sent parcels direct to their destination they are returned to the office of origin. || 2. When mis-sent parcels are returned to the office of origin, the number of rates entered on the parcel-bill are cancelled, and the retransmitting Office of Exchange sends such parcels to the corresponding office, simply recording them on the parcel-bill, after having called attention to the error by means of a verification certificate. || 3. If, on the contrary, a mis-sent parcel is transmitted direct to its destination, and if the amount credited to the re-transmitting office is insufficient to cover the expence of re-transmission which it has to defray, that office recovers the difference by claiming it on a parcel bill from the office which mis-sent the parcel. The reason for this claim is notified to the said office by means of a verification certificate.

Nr. 11492.
Gross-
britannien u.
Japan.
23. Juni 1896.

XII.

1. Parcels which are redirected from one country to another at the request of the sender or the addressee are surcharged with the ordinary parcel postage. Such surcharge, unless remitted to the country of re-direction by the sender or addressee of the parcel, is collected on delivery, the proper entry being made on the parcel bill in the columns headed "Unpaid Redirected Parcels". || 2. But if the amount chargeable for the further conveyance of a re-directed parcel is paid at the time of its redirection, the parcel is dealt with as if it had been addressed direct from the re-transmitting country to the country of destination, and delivered without any postal charge to the addressee.

XIII.

1. The senders of parcels which cannot be delivered are consulted as to the manner in which they wish to dispose of them. Communications on the subject are exchanged direct between the two Administrations. || 2. Articles liable to deterioration or corruption may, however, be sold immediately, without previous notice or judicial formality, for the benefit of the right party. An account of the sale is drawn up. || 3. If, within six months after the despatch of a letter of inquiry, the office of destination has not received instructions for the disposal of the parcel, the parcel is returned to the office of origin. || 4. Parcels which have to be returned to the office of origin are entered in the parcel-bill with the addition of the word "Undelivered" in the column for observations. They are dealt with and charged like re-directed parcels. || 5. When the addressee of a parcel has left for a country which is not party to the exchange of parcels with Japan or Great Britain, such parcel is dealt with as undeliverable, unless the office of the first destination be in a position to forward it to the addressee.

XIV.

1. Each Administration causes to be prepared monthly in regard to all the mails received from the exchanging Offices of the other Administration

Nr. 11492. an account in conformity with the specimen given in the Appendix to the present Regulations. || 2. This account, accompanied by abstracts of the parcel bills referred to therein, and by the verification certificates, if any, relating thereto, is submitted to the examination of the other Administration in the course of the month which follows that to which it relates. The abstracts are furnished on forms analogous to the specimen given in the Appendix. ||

Gross-
britannien u.
Japan.
23. Juni 1896.

3. The monthly accounts, after having been verified and accepted on both sides, are included in a general quarterly account by the Administration to which the balance is due. || 4. The payment resulting from the balance of the quarterly accounts between the two Administrations is made by the indebted Administration by means of bills drawn on the capital, or one of the commercial towns, of the country to which the balance is due; the expense attendant on the payment being at the charge of the indebted Administration. || 5. The drawing up, transmission, and payment of the accounts must be effected as early as possible and at the latest before the expiration of the following quarter. After the expiration of this term, the sums due from one Administration to the other bear interest at the rate of 5 per cent per annum, to be reckoned from the date of expiration of the said term. || 6. The option is, however, reserved to the two Administrations of adopting, by common consent, measures other than those formulated in the present Article.

XV.

1. The Administrations communicate to each other some time before the execution of the Agreement an extract of their laws and regulations relating to the conveyance of parcels by Parcel Post. || 2. Every subsequent modification effected in these regulations is notified without delay.

XVI.

The present detailed regulations shall take effect on the date when the Agreement comes into force, and shall have the same duration as the Agreement. The Administration interested have, however, the power by common consent to modify the details from time to time.

Done in duplicate at Tokio the 21st day of the 5th month of the 29th year of Meiji, and at London the 23rd day of June 1896.

(Unterschriften.)

Nr. 11493. ÖSTERREICH-UNGARN und ITALIEN. — Abkommen über gegenseitige Unterstützung von hilfsbedürftigen Kranken.

25. Juni 1896.

A fin de régler d'une manière plus précise l'assistance à prêter aux sujets italiens tombés malades en Autriche ou en Hongrie et réciproquement aux sujets autrichiens ou hongrois tombés malades en Italie et desirant, en particulier, étendre à tout le Royaume d'Italie les effets des déclarations échangées en 1861 entre le Royaume de Sardaigne et l'Autriche concernant le traitement gratuit réciproque des malades indigents, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, sont convenus de ce qui-suit.

Nr. 11493.
Österreich-
Ungarn und
Italien.
25. Juni 1896.

Article I.

Chacune de Parties contractantes s'engage à pourvoir à ce que, sur son territoire, les ressortissants indigents de l'autre qui, par suite de maladie physique ou mentale, ont besoin de secours et de soins médicaux, soient traités à l'égal de ses propres ressortissants, jusqu'à ce que leur rapatriement puisse être effectué sans danger pour leur santé ou celle d'autre personne.

Article II.

Les frais de ces secours et de ces soins ainsi que ceux de l'enterrement ne seront pas réclamés aux Caisses de l'Etat, des Provinces ou des Communes, ni à quelque autre Caisse publique de l'Etat auquel la personne secourue appartient.

Article III.

Le remboursement des frais en question ne pourra être réclamé que dans le cas où la personne assistée elle-même ou d'autres personnes, obligées en son lieu et place en vertu des lois en vigueur, sont en état de répondre à ses frais. || A cet effet chacune des Parties contractantes s'engage, sur une demande faite par voie diplomatique, à prêter à l'autre Partie l'appui admissible aux termes de la législation du Pays, afin que ces frais qui seront calculés d'après les taxes en usage, soient remboursés à qui de droit.

Article IV.

Les frais qui jusqu'à la date où le présent arrangement entrera en vigueur, auront été occasionnés aux hôpitaux des Provinces vénitienes et de Mantoue par le traitement des malades indigents, sujets autrichiens ou hongrois ou aux hôpitaux autrichiens et hongrois par le traitement des individus indigents, ressortissants des dites Provinces italiennes, seront remboursés par les gouvernements respectifs d'après le système observé jusqu'à présent.

Article V.

Le terme de la mise à exécution du présent arrangement sera fixé de commun accord dès que les formalités prescrites par les lois constitutionnelles

Nr. 11493. des Parties contractantes auront été accomplis. || Il restera en vigueur jusqu'à
 Österreich- ce que l'une ou l'autre des Parties contractantes aura annoncé — une année
 Ungarn und d'avance — son intention d'en faire cesser les effets. || En foi de quoi les
 Italien. soussignés ont signé le présent accord et y ont apposé le cachet de leur
 25. Juni 1896. armes.

Fait à Vienne, en double expédition, le 25 juin 1896.

Pour l'Italie

L'Ambassadeur de Sa Majesté le Roi d'Italie auprès de Sa Majesté
 Imperiale et Royale Apostolique
 (L. S.) Nigra.

Pour l'Autriche et pour la Hongrie

Le Ministre des affaires étrangères d'Autriche-Hongrie
 (L. S.) Goluchowski.

Protocole.

Au moment de précéder à la signature de la présente convention concernant l'assistance gratuite réciproque des malades indigents, les soussignés sont convenus de déclarer au noms des Parties contractantes qu'il est bien entendu entre Elles que le remboursement réciproque des frais visés par l'article IV de la présente convention, pourra s'effectuer à deux échéances distantes d'un an l'une de l'autre.

Fait à Vienne, en double expédition, le 25 juin 1896.

(Unterschriften.)

Nr. 11494. GROSSBRITANNIEN und ITALIEN. — Postvertrag.

11. Juli 1896.

Nr. 11494. The Governments of the United Kingdom of Great Britain and Ireland
 Gross- and of Italy, wishing to facilitate commercial relations between the two coun-
 britannien n. tries and between Italy and the Island of Malta, by means of the exchange
 Italien. of parcels through the post; || The undersigned, duly authorised for that pur-
 11. Juli 1896. pose, have agreed upon the following provisions, which are based upon the
 International Parcel Post Convention signed at Vienna on the 4th of Juli 1891:

Article I.

1. Parcels may be forwarded by Parcel Post from the United Kingdom and Malta to Italy, up to the weight of 11 pounds English, and from Italy to the United Kingdom and Malta, up to the weight of 5 kilogrammes. || 2. The parcels thus exchanged may be insured for any sum not exceeding 40 l. sterling or 1 000 lire. || 3. As regards the service between the United Kingdom and Italy, the provisions of this Convention apply to parcels exchanged between the two countries in closed mails, the transmission of parcels *à découvert* through other countries being a matter for arrangement with the Post

Offices of those countries. || 4. The Detailed Regulations agreed upon by the Offices of the contracting countries define the other conditions on which the parcels are admitted to the service.

Nr. 11494.
Gross-
britannien u.
Italien.
11. Juli 1896.

Article II.

Each of the contracting parties guarantees the right of transit of parcels over its territory to or from any country with which such contracting party has parcel post arrangements, and the Post Offices which take part in the conveyance are held responsible within the limits determined by Article XI below.

Article III.

The prepayment of the postage on parcels is compulsory except in the case of re-directed parcels.

Article IV.

The sums to be prepaid on parcels originating in the United Kingdom and Malta addressed to Italy, and *viceversa*, are as follows:

1) On parcels from the United Kingdom for Italy: —

—	Postage			Insurance Fee for every L. 12 of value declared
	Not over 3 lb. in Weight	Over 3 lb. but not over 7 lbs.	Over 7 lb. but not over 11 lbs.	
	Fr. c.	Fr. c.	Fr. c.	c.
British territorial rate	0.50	1.00	1.50	5
Sea rate	0.25	0.25	0.25	10
French transit rate	0.50	0.50	0.50	5
Italian territorial rate	0.75	0.75	0.75	5
Totals	2.00	2.50	3.00	25

The British Post Office is also entitled to collect and retain a registration fee not exceeding 25 centimes on each insured parcel from the United Kingdom for Italy.

2) On parcels from Italy for the United Kingdom:—

—	Postage per Parcel	Insurance Fee for every 300 Lire of value declared
	Fr. c.	c.
Italia territorial rate	0.75	5
French transit rate	0.50	5
Sea rate	0.25	10
British territorial rate	1.00	5
Fee for delivery and the fulfilment of Customs formalities in the United Kingdom	0.25	—
Totals	2.75	25

Nr. 11494.

Gross-
britannien u.
Italien.
11. Juli 1896.

3) On parcels exchanged between Italy and Malta:—

	Postage per Parcel	Insurance Fee for every L. 12 or 300 Lire of value declared
	Fr. c.	c.
Italian territorial rate	0.75	5
Sea rate	0.25	10
Malta territorial rate	0.75	5
Totals	1.75	20

Article V.

1. The Post Office of the country of origin pays to the Post Office of the country of destination the territorial rate of the latter, and also the sea rate, if the latter office provides for the sea service. || 2. The Post Office of the country of origin is also accountable for the French transit rate in the case of parcels exchanged between the United Kingdom and Italy, via France. ||

3. On parcels sent from Italy to the United Kingdom the Italian Post Office pays to the British Post Office, in addition to the territorial rate of the latter, a fee of 25 centimes per parcel for delivery and the fulfilment of Customs formalities.

Article VI.

1. On parcels sent from Italy in transit through the United Kingdom the British Post Office is entitled to receive a territorial postage of 1 franc per parcel. || 2. On parcel sent from the United Kingdom or Malta in transit through Italy, the Italian Post Office is entitled to receive a territorial postage of 50 centimes per parcel. || 3. The Post Office of the country of origin has also to defray all charges for the onward land and sea transit of the parcels. || 4. The insurance fees to be credited by one of the two offices to the other on transit parcels shall be those fixed by the foregoing Article IV, and also the land and sea insurance fees due to any other Administration concerned in the subsequent transit and the delivery.

Article VII.

1. In Italy there may be levied from the addressee, for the delivery of the parcels and for the fulfilment of Customs formalities, a fee not exceeding 25 centimes for each parcel. || 2. Should the Post Office of Italy at any time so desire, the Post Offices of Great Britain and Malta will collect this fee from the senders of parcels addressed to Italy, and will credit it to the Italian Post Office, the total postage, as fixed by the foregoing Article IV, being in that case increased by the amount of the fee.

Article VIII.

The parcels to which the present Convention applies cannot be subjected to any postal charge other than those contemplated by the foregoing Articles IV, V, and VII, and by Article IX below.

Nr. 11494.
Gross-
britannien u.
Italien.
11. Juli 1896.

Article IX.

For the re-direction of parcels from one country to the other, as well as for the return of undelivered parcels, a supplementary charge on the basis of the rates fixed by Article IV shall be collected from the addressees or the senders, as the case may be.

Article X.

1. It is forbidden to send by post parcels containing letters, or communications of the nature of a letter, or articles the admission of which is not authorized by the Customs or other laws or regulations of either country. A parcel may, however, contain an open invoice in its simplest form. || 2. It is equally forbidden to send from one country to the other, in uninsured parcels, coin, anything made of gold or silver, or any other precious articles. || 3. If a parcel contravening any of these prohibitions is handed over by one Administration to the other, the latter proceeds in the manner and with the formalities prescribed by its law or inland regulations.

Article XI.

1. Except in cases beyond control, when a parcel has been lost or damaged, the sender or, in default or at the request of the sender, the addressee is entitled to an indemnity corresponding with the actual amount of the loss or damage; provided always that this indemnity may not exceed, in the case of an uninsured parcel, 25 francs or 15 francs, according as the weight of the parcel exceeds or does not exceed 3 kilogrammes, and, in the case of an insured parcel, the sum for which it has been insured. The sender of a lost parcel is also entitled to have the postage refunded. || 2. The obligation of paying the indemnity rests with the Administration to which the despatching office is subordinate. To that Administration is reserved a remedy against the Administration responsible, that is to say, against the Administration on the territory or in the service of which the loss or the damage took place. || 3. Until the contrary be shown, the responsibility rests with the Administration which, having received the parcel without making any observation, cannot prove its delivery to the addressee or, in the case of a transit parcel, its regular transfer to the following Administration. || 4. The payment of the indemnity to the sender or addressee ought to take place as soon as possible, and at the latest within a year of the date of the application. The Administration responsible is bound to make good, without delay, the amount of the indemnity paid. || 5. It is understood that no application for an indemnity is entertained unless made within a year of the posting of the parcel; after this

Nr. 11494.
Gross-
britannien u.
Italien.
11. Juli 1896.

term the applicant has no right to any indemnity. || 6. If the loss or the damage occurred in course of conveyance between the exchanging offices of the two countries, and it is not possible to ascertain on the territory or in the service of which the loss or damage took place, each Administration pays half of the indemnity. || 7. The Administration cease to be responsible for parcels of which the owners have accepted delivery.

Article XII.

1. No parcel may be insured for an amount above the real value of its contents. || 2. In case the sender of an insured parcel, with intent to defraud, declares the contents to be above their real value, he loses all claim to compensation; and the enforcement of his rule does not prejudice any legal proceedings of which the law of the country of origin may admit.

Article XIII.

The cost of the receptacles used for the conveyance of parcel mails between the United Kingdom, and Italy shall be shared equally between the Postal Administration of the two countries.

Article XIV.

The internal legislation of Italy, the United Kingdom, and Malta remains applicable as regards everything not provided for by the stipulations contained in the present Convention.

Article XV.

The Postal Administrations indicate the offices or localities which they admit to the international exchange of parcels by Parcel Post; they regulate the mode of transmission of these parcels, and fix all other measures of detail and order necessary for ensuring the performance of the present Convention.

Article XVI.

1. This Convention shall supersede the Convention dated the 26th day of Juli 1886; it shall come into operation on the first day of August 1896, and shall be terminable on a notice of one year by either party. || 2. The Postal Administrations of the two countries may, however, agree to defer to a later date the operation of the clauses of the Convention which refer to insured parcels. || In witness whereof the undersigned, duly authorized for that purpose, have signed the present Convention, and have affixed thereto their seals.

Done in duplicate at Rome, the eleventh day of July 1896.

Her Britannic Majesty's

Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary

(L. S.)

Francis Clare Ford.

Nr. 11495. **GROSSBRITANNIEN und COLUMBIA.**—Schiedsgerichts-
vertrag über Eisenbahnfragen.

31. Juli 1896.

Whereas certain Contracts were entered into between the Government of the Department of Antioquia, the Government of Colombia, and Messrs. Punchard, McTaggart, Lowther, and Co., a mercantile co-partnership in London, for the construction of a railway to connect the city of Medellin with the Magdalene River, which Contracts are designated and dated as follows: || Contract No. 80 of the 24th September, 1892; || Contract No. 81 of the 10th November, 1892; || Contract No. 82 of the 24th September, 1892; || Contract No. 2 of the 5th January, 1893; || Contract No. 6 of the 9th January, 1893; || And whereas differences have arisen between the parties to the said Contracts touching their import, validity, interpretation, and mode of execution: || Now, therefore, the Governments of Her Britannic Majesty and of the Republic of Colombia, being desirous that all such differences between the parties to said Contracts should be settled in a just and equitable manner, have agreed, that is to say, the Government of Her Britannic Majesty for and on behalf of the said co-partnership of Punchard, McTaggart, Lowther, and Co., and the Government of the Republic of Colombia, that the differences referred to shall be submitted to the examination and decision of a Tribunal of Arbitration. || To this end, the Government of the Swiss Confederation having consented as a friendly office to the Governments of Her Britannic Majesty and of Colombia, to lend their services towards the constitution and establishment of such a Tribunal of Arbitration, the Undersigned, to wit: || The Most Honourable the Marquess of Salisbury, K.G., Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, and Don José M. Hurtado, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of Colombia to Her Britannic Majesty, duly authorized and empowered by their respective Governments, have agreed as follows:—

Article I.

As soon as the Government of the Swiss Confederation shall have been notified of the exchange of ratifications of the present Convention, the Swiss Federal Council shall proceed to select and appoint three Swiss jurists, fully qualified in the judgment of the Council to act as impartial and competent arbitrators under this Convention, who, upon their acceptance of the trust, shall collectively constitute the Tribunal of Arbitration to which this Convention has reference. The Tribunal shall meet as soon as possible thereafter at a place in Switzerland to be designated by the Arbitrators.

Article II.

The Tribunal of Arbitration being so constituted, it will stand vested with the necessary and sufficient authority to frame and adopt its own rules, regulations, and mode of procedure.

Nr. 11495.
Gross-
britannien u.
Columbia.
31. Juli 1896.

Article III.

Nr. 11495.
Gross-
britannien u.
Columbia.
31. Juli 1896.

The Tribunal shall be competent to take cognizance of examine and decide upon, all allegations, questions, and issues, both of law and of fact, which may present themselves in the course of the inquiry, provided that in the judgment of the Tribunal such questions and issues arise out of, or are pertinent to, the matter of the Contracts hereinbefore referred to. And the Tribunal is specially authorized and empowered to determine the amount of the indemnity which either the defendants or the plaintiffs may, in the judgment of the Tribunal, be entitled to claim and to receive from the other. All questions considered by the Tribunal, including the final Award, shall be decided by a majority of the Arbitrators.

Article IV.

The amount of indemnity (if any) which, in the judgment of the Tribunal, either the defendants or the plaintiffs may be entitled to claim and receive from the other party being determined, its equivalent in good and lawful money of the Swiss Confederation shall be ascertained and declared by the Tribunal in the form of an Award, which the Contracting Governments undertake for themselves and for the parties interested to accept as final and without appeal, in regard to all points and matters submitted to the Tribunal. And the Award shall provide that the party liable for the payment of the indemnity shall pay into the Political Department of the Swiss Confederation, the amount thereof in lawful money of the Swiss Confederation, within six months from the date of the Award, and the sum so paid shall be held at the disposal of the Government of the party entitled to receive the indemnity.

Article V.

Each party to the suit shall be represented before the Tribunal of Arbitration by an Agent, who shall enjoy the privileges usually accorded to plaintiffs and defendants in Courts of Justice, without prejudice, however, to the Rules, Regulations, and procedure which may be adopted by the Tribunal.

Article VI.

If at any time before the case be decided any one or more of the Arbitrators should cease to act as such, from other than temporary causes, the remaining arbitrator or arbitrators shall forthwith make known the circumstance to the Swiss Federal Council, who shall thereupon proceed to appoint a substitute or substitutes for the arbitrator or arbitrators having so ceased to act, who thenceforth shall become *functus officio*.

Article VII.

The emoluments of the Arbitrators shall be fixed by the Swiss Federal Council at a specified sum, of which onethird part will be paid to them

before the suit is brought on, and the remaining two-thirds of the emolument at the close of the proceedings of the Tribunal. || The emolument of the Arbitrators and the salary of such officers and employés as the Board of Arbitrators may deem proper to employ under remuneration, together with all expenses incurred by order of the Tribunal, shall be borne share and share alike by the parties to the suit. But each party shall pay the salary of its agent and defray all expenses incurred for its special benefit: provided always that nothing contained in this Article shall prevent the Tribunal from condemning one party to the suit to pay such portion of the joint costs and expenses of the Arbitration as, in the judgment and discretion of the Tribunal may seem fit and proper.

Nr. 11495.
Gross-
britannien u.
Columbia.
31. Juli 1896.

Article VIII.

A period of three months, reckoned from and after the day appointed by the Arbitrators for the commencement of the proceedings, shall be allowed to the plaintiffs, that is to say, to Messrs. Punchard, McTaggart, Lowther, and Co., to present through their Agent their case to the Tribunal; and upon the close of the preliminary case for the plaintiffs, a period of three months shall be granted to the defendants, that is to say, the Government of the Republic of Colombia, to put in their answer through their Agent. The Tribunal will determine what other and subsequent periods of time shall be allowed for the production of proofs, rebutting evidence, reply, and rejoinder; having in view the earliest possible termination of the suit that may be found consistent with the ascertainment and elucidation of facts material to the ends of justice. || The Arbitrators may call upon the parties to the suit to produce in Court any and all papers and documents the examination of which, in their opinion, would promote the ends of justice. In cases of non-compliance with such requests, the Tribunal shall limit its action in the matter to drawing its own inferences or conclusions from such non-compliance.

Article IX.

The present Convention shall be ratified by the Vice-President of the Republic of Colombia upon its approval by the National Congress, and the exchange of ratifications shall take place in London four months from the date hereof, or sooner if possible. || In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the same and have affixed thereto the seals of their arms.

Done at London the thirty-first day of July in the year of our Lord one thousand eight hundred and ninety-six.

(L. S.) Salisbury.

(L. S.) J. M. Hurtado.

Nr. 11496. **NIEDERLANDE** und **JAPAN**. — Revision der zwischen beiden Staaten bestehenden Verträge.

8. September 1896.

Nr. 11496.
Niederlande
und Japan.
8. Sept. 1896.

Her Majesty the Queen of the Netherlands and in Her name Her Majesty the Queen-Regent of the Kingdom and His Majesty the Emperor of Japan, being equally desirous of maintaining the relations of good understanding which happily exist between Them, by extending and increasing the intercourse between Their respective States, and being convinced that this object cannot better be accomplished than by revising the Treaties hitherto existing between the two countries, have resolved to complete such a revision based upon principles of equity and mutual benefit, and, for that purpose, have named as their Plenipotentiaries that is to say: || Her Majesty the Queen of the Netherlands and in Her name Her Majesty the Queen-Regent of the Kingdom: || Jonkheer J. Röell, knight of the Royal Order of the Netherland Lion, Minister of Foreign Affairs, Ph. W. van der Sleyden, Minister of Waterstaat, Commerce and Industry, J. P. Sprenger van Eyk, knight of the Royal Order of the Netherland Lion, Minister of Finance, J. H. Bergsma, Commander of the Royal Order of the Netherland Lion, Minister for the Colonies and W. van der Kaay, knight of the Royal Order of the Netherland Lion, Minister of Justice; || And His Majesty the Emperor of Japan: || Akabane Shiro, Shogoi, fifth class of the Imperial Order of the Sacred Treasure, His Majesty's Minister Resident at the Court of Her Majesty the Queen of the Netherlands; || Who, after having communicated to each other their full powers found to be in good and due form, have agreed upon and concluded the following articles:

Article I.

The subjects of each of the two High Contracting Parties shall have full liberty to enter, travel or reside in any part of the dominions and possessions of the other Contracting Party, and shall enjoy full and perfect protection for their persons and property. || They shall have free and easy access to the Courts of Justice in pursuit and defence of their rights, and they shall be at liberty equally with native subjects, to choose and employ lawyers, advocates and representatives to pursue and defend their rights before such Courts. || In whatever relates to rights of residence and travel; to the possession of goods and effects of any kind; to the succession to personal estate by will or otherwise, and the disposal of property of any sort in any manner whatsoever which they may lawfully acquire, the subjects of each Contracting Party shall enjoy in the dominions and possessions of the other the same privileges, liberties and rights, and shall be subject to no higher imposts or charges in these respects than native subjects, or subjects or citizens of the most favoured foreign nation. || The subjects of each of the Contracting Parties shall enjoy in the dominions and possessions of the other entire liberty

of conscience, and, subject to the laws, ordinances and regulations, shall enjoy the right of private or public exercise of their worship, and also the right of burying their respective countrymen according to their religious customs, in such suitable and convenient places as may be established and maintained for that purpose. || They shall not be compelled, under any pretext whatsoever to pay any charges or taxes other or higher than those that are, or may be, paid by native subjects, or subjects or citizens of the most favoured foreign nation. || The subjects of either of the Contracting Parties residing in the dominions and possessions of the other shall be exempted from all compulsory military service whatsoever, whether in the army, navy, national guard, or militia; from all contributions imposed in lieu of personal service; and from all forced loans or military exactions or contributions.

Nr. 11496.
Niederlande
und Japan.
8. Sept. 1896.

Article II.

There shall be reciprocal freedom of commerce and navigation between the dominions and possessions of the two High Contracting Parties. || The subjects of each of the High Contracting Parties may trade in any part of the dominions and possessions of the other by wholesale or retail in all kinds of produce, manufactures, and merchandise of lawful commerce, either in person or by agents, singly, or in partnership with foreigners or native subjects; and they may there own or hire and occupy houses, manufactories, warehouses, shops and premises which may be necessary for them, and lease land for residential and commercial purposes, conforming themselves to the laws, police and customs regulations of the country like native subjects. || They shall have liberty freely to come with their ships and cargoes to all places, ports and rivers in the dominions and possessions of the other which are or may be opened to foreign commerce, and shall enjoy, respectively, the same treatment in matters of commerce and navigation as native subjects, or subjects or citizens of the most favoured foreign nation, without having to pay taxes, imposts, or duties, of whatever nature or under whatever denomination, levied in the name or for the profit of the Government, public corporations or functionaries, private individuals, corporations, or establishments of any kind, other or greater than those paid by native subjects, or subjects or citizens of the most favoured foreign nation. || It is, however, understood that the stipulations contained in this and the preceding article do not in any way affect the special laws, ordinances and regulations with regard to trade, police and public security in force or which may hereafter be enacted in each of the two countries and applicable to all foreigners in general.

Article III.

The dwellings, manufactories, warehouses and shops of the subjects of each of the High Contracting Parties in the dominions and possessions of the other, and all premises appertaining thereto, destined for purposes of residence

Nr. 11496. or commerce, shall be respected. || It shall not be allowable to proceed to
 Niederlande make a search of, or a domiciliary visit to such dwellings and premises, or
 und Japan. to examine or inspect books, papers, or accounts, except under the conditions
 8. Sept. 1896. and with the forms prescribed by the laws, ordinances and regulations for
 subjects of the country.

Article IV.

No other or higher duties shall be imposed on the importation into the dominions and possessions of Her Majesty the Queen of the Netherlands of any article, the produce or manufacture of the dominions and possessions of His Majesty the Emperor of Japan, from whatever place arriving; and no other or higher duties shall be imposed on the importation into the dominions and possessions of His Majesty the Emperor of Japan of any article, the produce or manufacture of the dominions and possessions of Her Majesty the Queen of the Netherlands, from whatever place arriving, than on the like article produced or manufactured in any other foreign country; nor shall any prohibition be maintained or imposed on the importation of any article, the produce or manufacture of the dominions and possessions of either of the High Contracting Parties, into the dominions and possessions of the other, from whatever place arriving, which shall not equally extend to the importation of the like article, being the produce or manufacture of any other foreign country. || This last provision is not applicable to the sanitary and other prohibitions occasioned by the necessity of protecting the safety of persons, or of cattle, or of plants useful to agriculture.

Article V.

No other or higher duties or charges shall be imposed in the dominions and possessions of either of the High Contracting Parties on the exportation of any article to the dominions and possessions of the other than such as are or may be, payable on the exportation of the like article to any other foreign country; nor shall any prohibition be imposed on the exportation of any article from the dominions and possessions of either of the two Contracting Parties to the dominions and possessions of the other, which shall not equally extend to the exportation of the like article to any other foreign country.

Article VI.

The subjects of each of the High Contracting Parties shall enjoy in the dominions and possessions of the other exemption from all transit duties, and a perfect equality of treatment with native subjects in all that relates to warehousing, bounties, facilities and drawbacks.

Article VII.

All articles which are or may be legally imported into the ports of the dominions and possessions of His Majesty the Emperor of Japan in Japanese vessels may likewise be imported into those ports in Netherland vessels,

without being liable to any other or higher duties or charges of whatever denomination than if such articles were imported in Japanese vessels, and reciprocally, all articles which are or may be legally imported into the ports of the dominions and possessions of Her Majesty the Queen of the Netherlands in Netherland vessels may likewise be imported into those ports in Japanese vessels, without being liable to any other or higher duties or charges of whatever denomination than if such articles were imported in Netherland vessels. Such reciprocal equality of treatment shall take effect without distinction, whether such articles come directly from the place of origin or from any other place. || In the same manner there shall be perfect equality of treatment in regard to exportation, so that the same export duties shall be paid and the same bounties and drawbacks allowed in the dominions or possessions of either of the High Contracting Parties on the exportation of any article which is or may be legally exported therefrom, whether such exportation shall take place in Netherland or in Japanese vessels, and whatever may be the place of destination, whether a port of either of the Contracting Parties or of any third Power.

Nr. 11406.
Niederlande
und Japan.
8. Sept. 1896.

Article VIII.

No duties of tonnage, harbour, pilotage, lighthouse, quarantine or other similar or corresponding duties of whatever nature or under whatever denomination, levied in the name or for the profit of the Government, public corporations, functionaries, private individuals, corporations or establishments of any kind, shall be imposed in the ports of the dominions and possessions of either country upon the vessels of the other country, which shall not equally and under the same conditions be imposed in the like cases on national vessels in general or vessels of the most favoured foreign nation. Such equality of treatment shall apply reciprocally to the respective vessels, from whatever port or place they may arrive, and whatever may be their place of destination.

Article IX.

In all that regards the stationing, loading and unloading of vessels in the ports, basins, docks, roadsteads, harbours, or rivers of the dominions and possessions of the two countries, no privilege shall be granted to national vessels which shall not be equally granted to vessels of the other country; the intention of the High Contracting Parties being that in this respect also the respective vessels shall be treated on the footing of perfect equality.

Article X.

The coasting trade of both the High Contracting Parties is excepted from the provisions of the present Treaty, and shall be regulated according to the laws, ordinances, and regulations of the Netherlands and of Japan respectively. It is, however, understood that Japanese subjects in the domi-

Nr. 11496.
Niederlande
und Japan.
8. Sept. 1896.

nions and possessions of Her Majesty the Queen of the Netherlands, and Netherland subjects in the dominions and possessions of His Majesty the Emperor of Japan, shall enjoy in this respect the rights which are or may be granted under such laws, ordinances and regulations to the subjects or citizens of any other foreign country. || A Japanese vessel laden in a foreign country with cargo destined for two or more ports in the dominions and possessions of Her Majesty the Queen of the Netherlands, and a Netherland vessel laden in a foreign country with cargo destined for two or more ports in the dominions and possessions of His Majesty the Emperor of Japan, may discharge a portion of her cargo at one port, and continue her voyage to the other port or ports of destination where foreign trade is permitted, for the purpose of landing the remainder of her original cargo there, subject always to the laws and custom-house regulations of the two countries. || The Japanese Government, however, agree to allow Netherland vessels to continue as heretofore, for the period of the duration of the present Treaty, to carry cargo between the existing open ports of the Empire, excepting to or from the ports of Osaka, Niigata and Ebisu-minato.

Article XI.

Any ship-of-war or merchant-vessel of either of the High Contracting Parties which may be compelled by stress of weather, or by reason of any other distress, to take shelter in a port of the other, shall be at liberty to refit therein, to procure all necessary supplies, and to put to sea again, without paying any dues other than such as would be payable by national vessels. In case, however, the master of a merchant-vessel should be under the necessity of disposing of a part of his cargo in order to defray the expenses, he shall be bound to conform to the regulations and tariffs of the place to which he may have come. || If any ship-of-war or merchant-vessel of one of the Contracting Parties should run aground or be wrecked upon the coasts of the other, the local authorities shall inform the Consul-General, Consul, Vice-Consul or Consular-Agent of the district of the occurrence, or if there be no such Consular officer, they shall inform the Consul-General, Consul, Vice-Consul or Consular-Agent of the nearest district. || All proceedings relative to the salvage of Japanese vessels wrecked or cast on shore in the territorial waters of Her Majesty the Queen of the Netherlands shall take place in accordance with the laws, ordinances and regulations of the Netherlands, and reciprocally all measures of salvage relative to Netherland vessels wrecked or cast on shore in the territorial waters of His Majesty the Emperor of Japan, shall take place in accordance with the laws, ordinances and regulations of Japan. || Such stranded or wrecked ship or vessel, and all parts thereof, and all furnitures and appurtenances belonging thereunto, and all goods and merchandise saved therefrom, including those which may have been cast into the sea, or the proceeds thereof, if sold, as well as all papers

found on board such stranded or wrecked ship or vessel, shall be given up to the owners, master or their agents, when claimed by them. If such owners, master or agents are not on the spot, the same shall be delivered to the respective Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls or Consular-Agents upon being claimed by them within the period fixed by the laws of the country, and such Consular officers, owners, master or agents shall pay only the expenses incurred in the preservation of the property, together with the salvage or other expenses which would have been payable in the case of a wreck of a national vessel. || The goods and merchandise saved from the wreck shall be exempt from all the duties of the customs unless cleared for consumption, in which case they shall pay the ordinary duties. || When a ship or vessel belonging to the subjects of one of the Contracting Parties is stranded or wrecked in the dominions and possessions of the other, the respective Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular-Agents shall be authorized, in case the owner or master, or other agent of him is not present, to lend their official assistance in order to afford the necessary assistance to the subjects of the respective States. The same rule shall apply in case the owner master, or other agent is present, but requires such assistance to be given.

Nr. 11496.
Niederlande
und Japan.
8. Sept. 1896.

Article XII.

All vessels which, according to Japanese law, are to be deemed Japanese vessels, and all vessels which, according to Netherland law, are to be deemed Netherland vessels, shall, for the purposes of this Treaty, be deemed Japanese and Netherland vessels respectively.

Article XIII.

The Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls, and Consular-Agents of each of the Contracting Parties, residing in the dominions and possessions of the other, shall receive from the local authorities such assistance as can by law be given to them for the recovery of deserters from the vessels of their respective countries. || It is understood that this stipulations shall not apply to the subjects of the country where the desertion takes place.

Article XIV.

The High Contracting Parties agree that, in all that concerns commerce, industry and navigation, any privilege, favour or immunity which either Contracting Party has actually granted, or may hereafter grant, to the Government, subjects, citizens, ships or merchandise of any other State shall be extended immediately and unconditionally to the Government, subjects, ships or merchandise of the other Contracting Party; it being their intention that the trade, industry and navigation of each country shall be placed, in all respects, by the other on the footing of the most favoured foreign nation.

Article XV.

Nr. 11496.
Niederlande
und Japan.
8. Sept. 1896.

Each of the High Contracting Parties may appoint Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular-Agents in all the ports, cities and places of the other, except in those where it may not be convenient to recognize such officers. || This exception, however, shall not be made in regard to one of the Contracting Parties without being made likewise in regard to every other Power. || The Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular-Agents may exercise all functions, and shall, under the same conditions, enjoy all privileges, exemptions and immunities which are, or may hereafter be, granted to Consular officers of the most favoured foreign nation.

Article XVI.

The subjects of each of the High Contracting Parties shall under the same conditions enjoy in the dominions and possessions of the other the protection accorded to native subjects or subjects or citizens of the most favoured foreign nation in regard to patents, trade-marks and designs, upon fulfilment of the formalities prescribed by law.

Article XVII.

The stipulations of the present Treaty shall be applicable, so far as the laws permit, to all the colonies and foreign possessions of Her Netherland Majesty. || The subjects of His Majesty the Emperor of Japan will enjoy, however, in the above mentioned Netherland colonies and possessions concerning their commerce, ships, merchandise and custom duties, import as well as export, the same rights, privileges, immunities, favours and exemptions, which are, or will hereafter be granted to the most favoured foreign nation, with the exception of the special favours accorded or to be accorded to the native states of the Eastern Archipelago for their navigation and the importation of their products into the Netherland East Indian Colonies.

Article XVIII.

The present Treaty shall, from the date it comes into force, be substituted in place of the Treaties respectively of the 23rd day of the 12th month of the 2nd year of Ansei, corresponding to the 30th day of January 1856, of the 29th day of the 8th month of the 4th year of Ansei, corresponding to the 16th day of October 1857, and of the 10th day of the 7th month of the 5th year of Ansei, corresponding to the 18th day of August 1858, the Convention of the 13th day of the 5th month of the 2nd year of Keiou, corresponding to the 25th day of June 1866, and all Arrangements and Agreements subsidiary thereto concluded or existing between the High Contracting Parties; and from the same date such Treaties, Conventions, Arrangements and Agreements shall cease to be binding, and, in consequence the jurisdiction then exercised by Netherland Courts in Japan, and all the exceptional privi-

leges, exemptions and immunities then enjoyed by Netherland subjects as a part of or appurtenant to such jurisdiction, shall absolutely and without notice cease and determine, and thereafter all such jurisdiction shall be assumed and exercised by Japanese Courts.

Nr. 11496.
Niederlande
und Japan,
8. Sept. 1896.

Article XIX.

The present Treaty shall not take effect until the sixteenth day of the seventh month of the thirty second year of Meiji, corresponding to the sixteenth July one thousand eight hundred and ninety nine. || It shall come into force one year after His Imperial Japanese Majesty's Government shall have given notice to the Government of Her Majesty the Queen of the Netherlands of its wish to have the same brought into operation. Such notice may be given at any time after the sixteenth day of the seventh month of the thirty first year of Meiji, corresponding to the sixteenth July one thousand eight hundred and ninety eight. The Treaty shall remain in force for the period of twelve years from the date it goes into operation. || Either High Contracting Party shall have the right, at any time after eleven years shall have elapsed from the date this Treaty takes effect, to give notice to the other of its intention to terminate the same, and at the expiration of twelve months after such notice is given, this Treaty shall wholly cease and determine.

Article XX.

The present Treaty shall be ratified by the High Contracting Parties and the ratifications thereof shall be exchanged at Tokio within twelve months after its signature as soon as the formalities required in each country shall have been fulfilled. || In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the same and have affixed thereto the seal of their arms. || Done at the Hague, in duplicate, this eighth day of the ninth month of the 29th year of Meiji corresponding to the eighth day of Sept. of the eighteen hundred and ninety sixth year of the Christian era.

(L. S.) (signed) J. Röell.

(L. S.) („) van der Sleyden.

(L. S.) („) Sprenger van Eyk. (L. S.) (signed) Akabané Shiro.

(L. S.) („) Bergsma.

(L. S.) („) van der Kaay.

Protocol.

The Government of Her Majesty the Queen of the Netherlands and the Government of His Majesty the Emperor of Japan, deeming it advisable in the interests of both countries to regulate certain special matters of mutual concern, apart from the Treaty of Commerce and Navigation signed this day, have, through their respective Plenipotentiaries, agreed upon the following stipulations:

Nr. 11496.
Niederlande
und Japan.
8. Sept. 1896.

1. It is agreed by the Contracting Parties, that one month after the exchange of the ratifications of the Treaty of Commerce and Navigation signed this day, the import-tariff now in operation in Japan in respect of goods and merchandise imported into Japan by the subjects of Her Majesty the Queen of the Netherlands, shall cease to be binding. From the same date the general statutory tariff of Japan for the time being in force shall, subject to the provisions of article IX of the Treaty of the 10th of the 7th month of the 5th year of Ansei corresponding to the 18th August 1858 at present subsisting between the Contracting Parties, as long as the said Treaty remains in force, and thereafter, subject to the provisions of articles IV and XIV of the Treaty signed this day, be applicable to the goods and merchandise, being the growth, produce or manufacture of the dominions and possessions of Her Royal Netherland Majesty upon importation into Japan. But nothing contained in this Protocol shall be held to limit or qualify the right of the Japanese Government to restrict or to prohibit the importation of adulterated drugs, medicines, food or beverages; indecent or obscene prints, paintings, books, cards, lithographic or other engravings, photographs, or any other indecent or obscene articles; articles in violation of patent, trade-mark or copy-right laws of Japan; or any other article which for sanitary reasons or in view of public security or morals might offer any danger. || In all other respects the stipulations of the existing Treaties and Conventions shall be maintained unconditionally until the time when the Treaty of Commerce and Navigation signed this day comes into force.

2. The Japanese Government, pending the opening of the country to Netherland subjects, agree to extend the existing passport system in such a manner as to allow Netherland subjects, on the production of a certificate of recommendation from the Netherland Representative in Tokio, or from any of Her Majesty's Consuls at the open ports in Japan, to obtain upon application passports available for any part of the country, and for any period not exceeding twelve months, from the Imperial Japanese Foreign Office in Tokio, or from the chief authorities in the Prefecture in which an open port is situated; it being understood that the existing rules and regulations governing Netherland subjects who visit the interior of the Empire are to be maintained.

3. The Netherland Government, so far as they are concerned, give their consent to the following arrangements: The several foreign settlements in Japan shall be incorporated with the respective Japanese communes, and shall thenceforth form part of the general municipal system of Japan. || The competent Japanese authorities shall thereupon assume all municipal obligations and duties in respect thereof, and the common funds and property, if any, belonging to such Settlements, shall at the same time be transferred to the said Japanese authorities. || When such incorporation takes place, the existing leases in perpetuity, under which property is now held in the said Settlements

shall be confirmed, and no conditions whatsoever other than those contained in such existing leases shall be imposed in respect of such property. It is, however, understood that the Consular authorities, mentioned in the same, are in all cases to be replaced by the Japanese authorities. || All lands which may previously have been granted by the Japanese Government free of rent for the public purposes of the said settlements shall, subject to the right of eminent domain, be permanently reserved free of all taxes and charges for the public purposes, for which they were originally set apart. || It is, however, understood that if on any of these points more favorable conditions are granted to any other foreign nation, those conditions shall without further stipulations be equally applicable to Netherland subjects.

4. It is understood, that although with the entering into full operation of the treaty of commerce and navigation signed this day the jurisdiction now exercised by Netherland judicial authorities in Japan comes to an end, still in respect of all those affairs, that are actually pending at the time the treaty takes full effect, the said jurisdiction shall continue to be exercised until the final decision of such affairs.

5. The undersigned Plenipotentiaries have agreed that this Protocol shall be submitted to the two High Contracting Parties at the same time as the Treaty of Commerce and Navigation signed this day, and that when the said Treaty is ratified, the agreements contained in the Protocol shall also equally be considered as approved, without the necessity of a further formal ratification. || It is also agreed that this Protocol shall terminate at the same time the said Treaty ceases to be binding. || In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the same and have affixed thereto the seal of their arms.

Done at the Hague, in duplicate, this eighth day of the ninth month of the 29th year of Meiji corresponding to the eighth day of Sept. of the eighteen hundred and ninety sixth year of the Christian era.

(L. S.) (signed) J. Röell.

(L. S.) („) van der Sleyden.

(L. S.) („) Sprenger van Eyk. (L. S.) (signed) Akabané Shiro.

(L. S.) („) Bergsma.

(L. S.) („) van der Kaay.

The undersigned, His Imperial Japanese Majesty's Minister Resident at the Hague, in virtue of special authorisation from His Imperial Japanese Majesty's Government, has the honour to announce to Her Royal Netherland Majesty's Minister for Foreign Affairs, that the Imperial Japanese Government, recognizing the advantage of having the Codes of the Empire which have already been promulgated in actual operation when the Treaty stipulations at present subsisting between the Government of Japan and that of the

Nr. 11496. Netherlands cease to be binding, engage not to give the notice provided for by the second paragraph of Article XIX of the Treaty of Commerce and Navigation, signed this day, until those portions of said Codes which are now in abeyance, are brought into actual force. || The undersigned avails himself of this opportunity to renew to His Excellency the assurance of his high consideration.

Niederlande
und Japan.
8. Sept. 1896.

Japanese Legation, the Hague the eighth Sept. 1896.

(L. S.) (signed) Akabané Shiro.

Nr. 11497. **ITALIEN und MONACO.** — Vertrag über Erleichterung der Zeugnisablegung bei den gegenseitigen Gerichtshöfen.

19. Dezember 1896.

Déclaration.

Nr. 11497.
Italien und
Monaco.
19. Dez. 1896.

Le gouvernement de S. M. le Roi d'Italie et le gouvernement de S. A. S. le Prince de Monaco, voulant faciliter l'audition des témoins appelés d'un pays dans l'autre, || S. Exc. M. le comte Tornielli Brusati di Vergano, ambassadeur extraordinaire et ministre plénipotentiaire d'Italie, d'une part; || et S. Exc. M. Louis-Fernand de Bonnefoy, baron du Charmel envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de Monaco en France, d'autre part; || Dûment autorisés, sont, par la présente déclaration, convenus de remplacer le texte de l'article 14 de la convention d'extradition du 26 mars 1866, par le texte suivant:

Si, dans une cause pénale, la comparution personnelle d'un ou de plusieurs témoins est nécessaire, les autorités du pays auquel appartiennent les témoins, les engageront à se rendre à l'invitation qui leur aura été faite. || Si les témoins consentent à partir, une indemnité leur sera attribuée par l'Etat requérant, conformément aux dispositions ci-après: || a) Il sera alloué aux témoins: deux francs par jour pour le temps pendant lequel ils seront détournés de leur travail ou de leurs affaires; || b) Les témoins du sexe féminin et les enfants de l'un et l'autre sexe au-dessous de 15 ans recevront un franc cinquante centimes pour chaque jour; || c) Si les témoins sont obligés de se transporter hors du lieu de leur résidence, il leur sera alloué une indemnité de voyage et une indemnité de séjour. || L'indemnité de voyage correspondra au paiement d'un billet de seconde classe pour l'aller et pour le retour, soit en chemin de fer, soit en bateau à vapeur, du lieu du départ au lieu où les témoins seront invités à se rendre. || Si le voyage doit s'effectuer entre des localités non reliées entre elles par des lignes de chemin de fer ou de paquebots, l'indemnité due aux témoins sera fixée à deux francs pour chaque myriamètre et fraction de myriamètre parcouru, soit pour l'aller, soit pour le retour.

L'indemnité de séjour, fixée à la somme de quatre francs trente centimes par jour, sera accordée aux témoins pour chaque journée qu'ils seront obligés de passer dans la localité où ils seront appelés et qui ne sera pas celle de leur résidence. || *d*) Dans le cas où les témoins seraient arrêtés dans le cours de leur voyage par force majeure, ils recevront une indemnité de quatre francs cinquante centimes pour chaque journée de séjour forcé. || *e*) Les indemnités de voyage et de séjour seront doublées pour les enfants mâles au-dessous de 15 ans, et pour les jeunes filles au-dessous de 20 ans, appelés à témoigner devant l'autorité judiciaire, qui seront accompagnés pendant leur voyage et leur séjour par leur père, mère, ou par tout autre parent ascendant ou collatéral, ou, à défaut des parents, par leur tuteur, lesquels devront justifier de leur qualité. || *f*) Les indemnités indiquées aux lettres *a* et *b* seront dues cumulativement avec celles mentionnées aux lettres *c* et *e*. || Si les témoins requis par l'autorité judiciaire d'une des deux Parties contractantes demandent au Gouvernement auquel ils appartiennent l'avance des indemnités convenues, pour se rendre de leur résidence au lieu de leur comparution, cette avance leur sera accordée, sauf au Gouvernement à s'assurer que les témoins se rendre effectivement à la localité, où leur témoignage a été requis. || Cette avance sera toujours faite sous la réserve de restitution intégrale de la part du gouvernement requérant, et à l'exclusion des indemnités de séjour et de retour, qui seront toujours payées par ce dernier. || Pour l'exécution de la clause qui précède, le gouvernement requis fera mentionner sur le passeport ou sur la feuille de citation des témoins le montant de l'avance qui leur a été faite. || Dans aucun cas, ces témoins ne pourront être arrêtés ou molestés pour un fait antérieur à la demande de comparution, pendant leur séjour forcé dans le lieu où le juge qui doit les entendre exerce ses fonctions, ni pendant le voyage, soit en allant, soit en retournant. || La présente Déclaration entrera en vigueur le 1^{er} février 1897 et aura la même durée que la convention du 26 mars 1866, à laquelle elle se réfère.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés, ont dressé la présente Déclaration, qu'ils ont revêtue du cachet de leurs armes.

Fait en double expédition, à Paris, le 19 décembre 1896.

(L. S.) Comte G. Tornielli.

(L. S.) Le baron du Charmel.

Nr. 11498. GROSSBRITANNIEN und SCHWEDEN. — Postvertrag.

22. Dezember 1896.

Nr. 11498.

The Post Office of Great Britain and Ireland and the Postal Administration of Sweden agree to effect a regular exchange of parcels, between the United Kingdom and Sweden, on the basis of the Vienna Parcel Post Convention of the 4th of July 1891. || The following regulations shall be gene-

Gross-
britannien u.
Schweden.
22. Dez. 1896.

Nr. 11498.
Gross-
britannien u.
Schweden.
22. Dez. 1896.

rally applicable, not only to parcels exchanged direct between the United Kingdom and Sweden, but also to parcels sent in transit to or from of the two countries through the other:

I.

1. Parcels may be forwarded by Parcel Post from the United Kingdom to Sweden up to the weight of 11 pounds English, and from Sweden to the United Kingdom, up to the weight of 5 kilogrammes. || 2. The exchange of parcel mails between the two Countries shall be carried on by the direct sea route. || 3. The parcels thus exchanged may be insured up to the sum of £ 50 sterling or 900 kronor (1,250 francs).

II.

1. The two Post Offices guarantee the right of transit for parcels over their territory to or from any country with which they respectively have parcel post communication; and they undertake responsibility for transit parcels within the limits determined by Article XII below. || 2. In the absence of any arrangement to the contrary between the Administrations concerned, the conveyance of parcels thus exchanged between countries not contiguous will be effected à découvert.

III.

The prepayment of the postage on parcels shall be compulsory, except in the case of re-directed parcels.

IV.

The sums to be prepaid on parcels originating in the United Kingdom addressed to Sweden, and vice versa, conveyed between the two countries by sea direct, are as follows: || 1. On parcels from the United Kingdom for Sweden:

	Postage			Insurance Fee for every £ 12 of value declared
	Not over 3 lb. in weight	Over 3 lb. but not over 7 lb.	Over 7 lb. but net over 11 lb.	
	Fr. c.	Fr. c.	Fr. c.	c.
British territorial postage	0.50	1.00	1.50	10
Sea postage	0.25	0.50	0.75	10
Swedish territorial postage	0.60	1.25	1.25	5
Totals	1.35	2.75	3.50	25

The British Post Office is also entitled to collect and retain a registration fee not exceeding 25 centimes on each insured parcel from the United Kingdom for Sweden. || 2. On parcels from Sweden for the United Kingdom:

	Postage			Insurance Fee for every 216 kronor of value declared
	Not over 1 kilogramme. in weight.	Over 1 kilo- gramme but not over 3 kilo- grammes.	Over 3 but not over 5 kilo- grammes.	
	Fr. c.	Fr. c.	Fr. c.	c.
Swedish territorial postage	0.60	1.25	1.25	10
Sea postage	0.25	0.50	0.75	10
British territorial postage	0.50	1.00	1.50	5
Fee for delivery and Customs formalities	0.25	0.25	0.25	—
Totals	1.60	3.00	3.75	25

V.

1. The Post Office of the country of origin shall pay to the Post Office of the country of destination the territorial postage of the latter, and also the sea postage, if the latter Office provides for the sea service. || 2. In the case of parcels for the United Kingdom the Post Office of that Country shall receive, in addition to its territorial postage, the fee for delivery and Customs formalities.

VI.

1. On parcels sent from Sweden in transit through the United Kingdom the British Post Office is entitled to receive a territorial postage of the amount mentioned in Article IV. || 2. On parcels sent from the United Kingdom in transit through Sweden the Swedish Post Office is entitled to receive a territorial postage of 50 centimes per parcel. || 3. The insurance fees to be credited by one of the two Offices to the other on transit parcels shall be those mentioned in Article IV. || 4. The Post Office of the country of origin has also to defray all charges for the onward land and sea transit of the parcels.

VII.

In Sweden there may be levied from the addressees, for the delivery of the parcels and for the fulfilment of Custom House formalities, a charge not exceeding 25 centimes for each parcel.

VIII.

The parcels to which the present Agreement applies cannot be subjected to any postal charge other than those contemplated by the foregoing Articles IV, V, VI and VII and by Article IX following.

IX.

For the re-direction of parcels from one country to the other, as well as for the return of undelivered parcels, a supplementary charge on the basis

Nr. 11498. of the rates fixed by Article IV shall be collected from the addressees or the
 Gross- senders, as the case may be.
 britannien u.
 Schweden.
 22. Dez. 1896.

X.

1. It is forbidden to send by post: || a) Parcels containing letters or communications of the nature of a letter, live animals or articles the admission of which is not authorised by the Customs or other laws or regulations of either country. (A parcel may however contain an open invoice in its simplest form); || b) parcels containing explosive or inflammable articles, and in general articles the conveyance of which is dangerous. || 2. It is equally forbidden to send coin, anything made of gold or silver, or other precious articles from one country to the other in uninsured parcels. || 3. If a parcel contravening any of these prohibitions shall be handed over by one Administration to the other, the latter shall proceed in the manner and with the formalities prescribed by its law or inland regulations. || 4. The two Administrations shall furnish each other with a list of prohibited articles, but they will not thereby undertake any responsibility whatever towards either the police, the Customs authorities, or the senders of parcels.

XI.

1. Parcels posted in the United Kingdom for Sweden must not exceed 2 feet English in length, breadth, or depth; and parcels posted in Sweden for the United Kingdom must not exceed 60 centimetres in length, breadth or depth. || 2. Parcels somewhat exceeding 2 feet or 60 centimetres in length shall however be admitted to the service, provided that their breadth and depth are not great.

XII.

1. In all cases of loss, abstraction, or damage, except such as are beyond control, the sender, or, in default or at the request of the sender, the addressee shall be entitled to an indemnity corresponding with the actual amount of the loss, abstraction or damage; provided always that this indemnity does not exceed, in the case of an uninsured parcel, 25 francs or 15 francs, according as the weight of the parcel exceeds or does not exceed 3 kilogrammes, and, in the case of an insured parcel, the sum for which it has been insured. The sender of a lost parcel shall also be entitled to the return of the postage. || 2. The obligation of paying the indemnity shall rest with the Administration to which the despatching office is subordinate. To that Administration is reserved a remedy against the Administration responsible, that is to say, against the Administrations on the territory or in the service of which the loss or the damage took place. || 3. Until the contrary be shown the responsibility shall rest with the Administration which, having received the parcel without making any observation, cannot prove its delivery to the addressee or, in the case of a transit parcel, its regular transfer to the following Administration. || 4. The payment of the indemnity to the sender or addressee

ought to take place as soon as possible, and at the latest within a year of the date of the application. The Administration responsible will be bound to make good, without delay, the amount of the indemnity paid. || 5. It is understood that no application for an indemnity will be entertained unless made within a year of the posting of the parcel; after this term the applicant will have no right to any indemnity. || 6. If the loss or the damage shall have occurred in course of conveyance between the exchanging offices of the two countries, and it shall not be possible to ascertain on the territory or in the service of which the loss or damage took place, each Administration shall pay half of the indemnity. || 7. The Administrations will cease to be responsible for parcels of which the owners have accepted delivery.

Nr. 11498.
Gross-
britannien u.
Schweden.
22. Dez. 1896.

XIII.

1. No parcel may be insured for an amount above the real value of its contents. || 2. In case the sender of an insured parcel, with intent to defraud, shall declare the contents to be above their real value, he shall lose all claim to compensation; and the enforcement of this rule shall not prejudice any legal proceedings admitted by the law of the country of origin.

XIV.

The cost of the receptacles in which parcel mails are exchanged between the two countries shall be shared equally between the two Administrations.

XV.

1. The internal legislation of both the United Kingdom and Sweden shall remain applicable as regards everything not provided for by the stipulations contained in the present Agreement. || 2. The Administrations shall communicate to each other from time to time the provisions of their laws or regulations applicable to the conveyance of Parcels by Parcel Post.

XVI.

The two Postal Administrations shall indicate the offices or localities which they admit to the international exchange of parcels; they shall regulate the mode of transmission of these parcels, and fix all other measures of detail and order necessary for ensuring the performance of the present Agreement.

XVII.

This Agreement shall supersede the Convention dated the 16th of March and the 13th of April 1886, and the Supplementary Agreement of the 17th of November and the 19th of December 1893. It shall come into operation on the 1st of January of 1897 and shall be terminable on a notice of one year by either party.

Done in duplicate at London, the 22nd day of December 1896 and at Stockholm the 16th day of November 1896.

(L. S.)

Norfolk.

Postmaster General of the United Kingdom of Great Britain and Ireland.

(L. S.)

F. H. Schlytern.

t. f. Generalpostdirektör i konungariket Sverige.

Nr. 11499. **TÜRKEI und RUMÄNIEN.** — Handelsvertrag.

18. April 1897.

Nr. 11499.
Türkei und
Rumänien.
18. Apr. 1897.

Sa Majesté le roi de Roumanie et sa Majesté l'Empereur des Ottomans, désireux de régler par un acte spécial, les relations de commerce et de navigation entre Leurs États respectifs, ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir: Sa Majesté le Roi de Roumanie: Le Sieur T. G. Djuvara, Grand Officier de la Couronne de Roumanie, Officier de l'Etoile de Roumanie, Grand Cordon de l'Ordre Impérial du Médjidié, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté Impériale le Sultan, etc., et Sa Majesté l'Empereur des Ottomans, Tewfik Pacha, Son Ministre des Affaires Etrangères, décoré des Grands Cordons de l'Osmanié, du Médjidié en brillants, de l'Etoile ds Roumanje, etc., lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article I.

Le gouvernement Impérial Ottoman déclare appliquer aux articles d'origine ou de manufacture roumaine les droits d'importation les plus réduits, qui sont ou seront inscrits dans les Conventions ou les tarifs conventionnels de l'Empire Ottoman avec tout autre Etat ou Puissance.

Article II.

Le gouvernement Royal de Roumanie déclare appliquer aux articles d'origine ou de manufacture ottomane, énumérés dans le Tableau ci-annexé, les droits d'importation y inscrits et aussi faire bénéficier ces articles des droits plus réduits qui seraient appliqués à l'égard des produits similaires d'un autre Etat.

Article III.

Les articles d'origine ou de manufacture ottomane non inscrits dans le Tableau ci-annexé seront soumis en Roumanie aux taxes les plus réduites actuelles ou futures.

Article IV.

Les produits d'origine ou de manufacture roumaine qui seront importés en Turquie et les produits d'origine ou de manufacture ottomane qui seront importés en Roumanie seront respectivement soumis, quant aux droits d'exportation, de transit, quant à la réexportation, à l'entrepôt, aux droits locaux et quant aux formalités douanières, aux mêmes traitements que les produits de la nation la plus favorisée. || Est excepté de la disposition ci-dessus, le tabac produit dans l'Empire ottoman qui, lors de son exportation en Roumanie, restera assujetti à un droit d'exportation de 4 piastres par ocque, soit piastres 312 et demi par cent kilogrammes.

Article V.

Les navires roumains et leurs cargaisons dans les Etats de Sa Majesté Impériale le Sultan, et les navires ottomans et leurs cargaisons en Roumanie, jouiront, sous tous les rapports, du traitement de la nation la plus favorisée.

Article VI.

Pour établir que les produits sont d'origine ou de manufacture ottomane ou roumaine, l'importateur pourra être soumis à l'obligation de présenter, à la douane du pays d'importation, soit une déclaration officielle faite devant un magistrat siégeant au lieu de l'expédition, soit un certificat délivré par le chef du service de la douane du bureau d'exportation, soit un certificat délivré par les Consuls ou Agents consulaires du pays dans lequel l'importation doit être faite et qui résident dans les lieux d'expédition ou dans les ports d'embarquement.

Nr. 11499.
Türkei und
Rumänien.
18. Apr. 1897.

Article VII.

La présente Convention recevra tous ses effets à partir du jour de l'échange des ratifications et restera en vigueur, pendant deux ans. || Les notifications seront échangées à Constantinople, avant le 3/18 juin 1897.

Fait et signé le 6/18 avril de l'an mil huit cent quatre vingt-dix-sept.

(Signé): T. G. Djuvara.

(Signé): Tewfik.

1°—Les poissons desséchés dits „tziris“ les poissons en saumure dits „lakerdas“: les cents kilogrammes, 4 francs. || 2°—Cornet („murekkeb balighi),“ (caracatitza): les cent kilogrammes, 10 francs. || 3°—Caroubes, figues en cha-pelet, raisins secs, noirs, ordinaires: les cent kilogrammes, 1 franc.

Observation: sont comprises également dans cet article, toutes figues non en boîtes.

4°—Citrons, oranges, oranges amères, cédrats, grenades: les cent kilo-grammes, 2 francs. || 5°—Figues en boîtes, tous raisins secs autres que ceux dénommés au No. 3 ci-dessus: les cent kilogrammes, 4 francs. || 6°—Amandes en coques et amandes sans coques (cassées), dattes, pistaches, noisettes: les cent kilogrammes, 10 francs. || 7°—Olives simplement salées ou en saumure, en baril, en paniers ou en sacs: les cent kilogrammes, 1,25 francs. || 8.—Halva, Tahin: les cent kilogrammes, 6 francs. || 9°—Rahat locoum: les cent kilo-grammes, 10 francs. || 10°—Opium: les cent kilogrammes, 3,50 francs. || 11°—Huitres fraîches: les cent kilogrammes, 6 francs. || 12°—Moules fraîches: les cent kilogrammes, 1 franc. || 13°—Gomme mastic: les cent kilogrammes, 30 francs. || 14°—Graisse de poisson: les cent kilogrammes, 5 francs. || 15°—Câpres salées ou en saumure en caque: les cent kilogrammes, 20 francs. || 16°—Ecorces d'oranges, de citrons et d'oranges amères: les cent kilogrammes 12 francs. || 17°—Huile d'olive en futailles en outre ainsi qu'en cruches au-dessus de 15 kilogrammes. Ce poids par pièce: les cent kilogrammes 5 francs. || 18°—Boîtes rondes en bois blanc ordinaire, telles que les boîtes servant au „halva“: exempt. || 19°—Pierre de granit, pour pavage, construction, bordures, couronnements de quais et autres; les cent kilogrammes 0.20 cent.

(Signé): T. G. Djuvara.

(Signé): Tewfik.

Nr. 11500. ITALIEN und RUMÄNIEN. — Abkommen über den
Despeshendienst.

23. April 1897.

Nr. 11500.
Italien und
Rumänien.
23. Apr. 1897.

Les soussignés: || Monsieur Constantin Chiru Directeur Général des postes et des télégraphes de la Roumanie d'une part, et Monsieur le commandeur Tommaso Picco Inspecteur Général des Télégraphes de l'Italie de l'autre, munis des pleins pouvoirs de la part de leurs gouvernements respectifs et au nom de leurs Administrations, en vue de faciliter et simplifier le service télégraphique entre les deux pays, out convenu et arrêté de ce qui suit:

Article I.

La taxe télégraphique terminale revenant à la Roumanie est fixée à 6 centimes et la taxe télégraphique terminale revenant à l'Italie est fixée à 9 centimes par mot, pour la correspondance échangée entre la Roumanie et l'Italie et viceversa.

Article II.

Toutes les autres dispositions qui régissent l'échange de la correspondance seront appliquées conformément au règlement télégraphique international.

Article III.

Le présent arrangement sera mis en vigueur au plus tard trois mois après son approbation par les gouvernements des parties contractantes.

Il sera valable pour un temps indéterminé et jusqu'à l'expiration de six mois à partir de la date où l'une des parties contractantes aurait exprimé le désir d'en faire cesser les effets.

Fait à Budapest le 22 juillet 1896.

L'Inspecteur général des télégraphes de l'Italie
Signé: Picco.

Le Directeur général des postes et des télégraphes de la Roumanie
Signé: Chiru.

Visto si approva:

Roma, 30 luglio 1896.

Il Ministro delle Poste e dei Telegrafi
Firmato: Sineo.

Vu et approuvé:

Bucarest le 11/13 avril 1897.

Le Ministre Président du Conseil et des Affaires étrangères
Signé: Sturdza.

Nr. 11501. DEUTSCHES REICH und SCHWEIZ. — Vertrag betreffend die Einrichtung schweizerischer Nebenzollämter bei den auf badischem Gebiet belegenen Stationen Altenburg, Jestetten und Lotstetten der schweizerischen Eisenbahnlinie Eglisau—Schaffhausen und die schweizerische Zollabfertigung am Grenzacherhorn, vom 5. Dezember 1896.

Berlin, 5. Dezember 1896.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reiches, einerseits, und der Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits, von dem Wunsche geleitet, die Zollabfertigung im Verkehr zwischen beiden Ländern zu erleichtern, haben zu diesem Zweck Unterhandlungen eröffnen lassen und zu Bevollmächtigten ernannt, nämlich: || Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: || Allerhöchstihren Staatsminister, Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Herrn Adolf Freiherrn Marschall von Bieberstein,

der Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft: || Seinen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preussen, Herrn Dr. A Roth, || welche folgenden Vertrag vereinbart und festgestellt haben:

Artikel I.

1. Auf den auf deutschem Gebiet belegenen Stationen Altenburg, Jestetten und Lotstetten der Eisenbahnlinie Eglisau—Schaffhausen werden schweizerische Nebenzollämter errichtet werden, mit der Befugnis der zollamtlichen Abfertigung aller auf den genannten Stationen eingeladenen, zum Weitertransport nach der Schweiz in der Richtung nach Rafz oder Neuhausen bestimmten Waren, sowie der nach dem schweizerischen Gebiet sich begebenden Reisenden. || 2. Zur Erleichterung des Warenverkehrs in der Richtung von Grenzach nach Riehen—Lörrach und umgekehrt, kann die schweizerische Zollkontrolle durch das schweizerische Nebenzollamt am Grenzacherhorn bei dem dort belegenen deutschen Nebenzollamt auf deutschem Gebiet vorgenommen werden. || Der bei diesem deutschen Nebenzollamt von der Landstrasse Säckinggen—Basel nach Landauerhof—Riehen sich abzweigende, auf deutschem Gebiet parallel der Landesgrenze verlaufende und in etwa 50 Meter Entfernung vom Grenzsteine Nr. 149 das schweizerische Gebiet erreichende Verbindungsweg wird beiderseits als Zollstrasse anerkannt. || Die beiderseitigen Zollämter werden zusammenwirken, um Unterschleifen bei dem zollpflichtigen Verkehr auf dem im vorstehenden Absatz erwähnten Verbindungswege vorzubeugen und Vergehen gegen die Zollgesetze zur Entdeckung zu bringen, und es wird hiërbei jede von dem zuständigen Beamten gewünschte Auskunft bereitwilligst erteilt werden. || Es soll darauf Bedacht genommen werden, dass die beiderseitigen Warenabfertigungen möglichst unmittelbar aufeinander folgen

Nr. 11501.
Deutsches
Reich und
die Schweiz.
5. Dez. 1896.

Nr. 11501. können, und dass das schweizerische durch das deutsche Zollamt beim Ein-
 Deutsches treffen zollpflichtiger, beziehungsweise der Zollkontrolle unterstellter Gegen-
 Reich und stände benachrichtigt wird, falls schweizerisches Zollpersonal nicht zur Stelle
 die Schweiz. sein sollte.
 5. Dez. 1896.

Artikel II.

Den schweizerischen Zollbehörden steht das Recht zu, Vergehen gegen die schweizerische Zollgesetzgebung, welche bei Vornahme der nach Artikel I auf deutschem Gebiet erfolgenden Zollkontrolle auf letzterem entdeckt worden sind, zu untersuchen, daselbst Waren und Effekten, welche mit diesen Vergehen in Verbindung stehen, mit Beschlag zu belegen und auf schweizerisches Gebiet zu bringen, die Zollvergehen nach den Strafbestimmungen des schweizerischen Zollgesetzes abzuurteilen, desgleichen Ordnungsbussen zu erkennen welche mit Übertretung der Zollvorschriften verknüpft sind. Für den Betrag dieser Ordnungsbussen können Waren und Effekten für verhaftet erklärt werden.

Artikel III.

Die zuständigen deutschen Behörden werden auf Ersuchen der schweizerischen Behörden wegen Übertretung der schweizerischen Zollgesetze bei den im Artikel I genannten schweizerischen Zollämtern || a) Zeugen und Sachverständige vernehmen, || b) amtliche Besichtigungen vornehmen und den Befund beglaubigen, || c) Vorladungen und Erkenntnisse der schweizerischen Behörden an Angeschuldigte, auch wenn sie Angehörige des Deutschen Reichs sind, behändigen lassen.

Artikel IV.

Die deutschen Behörden werden den in Gemässheit der Artikel I und II auf deutschem Gebiet dienstlich thätig werdenden schweizerischen Zollbeamten den nöthigen polizeilichen Schutz gewähren und den hierauf bezüglichen Ersuchen dieser Beamten in gleicher Weise nachkommen, wie entsprechenden Ersuchen von deutschen Zollbeamten.

Artikel V.

Schweizerischen Grenzwächtern, welche bei der am Grenzacherhorn auf deutschem Gebiet erfolgenden Zollkontrolle verwendet werden, ist das Tragen der Uniform mit dem Seitengewehr gestattet. || Auch dürfen zur Verhütung von Unterschleifen uniformirte und mit Seitengewehr bewaffnete schweizerische Grenzwächter die Züge auf der Eisenbahnstrecke Neuhausen—Rafz begleiten und sich während des Aufenthaltes der Züge auf den deutschen Stationen dieser Strecke daselbst aufhalten.

Artikel VI.

Während seines in Gemässheit der vorstehenden Bestimmungen auf deutschem Gebiet erfolgenden Aufenthalts ist das schweizerische Zollpersonal den deutschen Gesetzen, sowie der deutschen Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt

insoweit unterworfen, als nicht die Ausübung seiner zolldienstlichen Ver-
richtungen, mithin die Disziplin, Dienstvergehen oder Dienstverbrechen in
Frage stehen.

Nr. 11501.
Deutsches
Reich und
die Schweiz.
5. Dez. 1896.

Artikel VII.

Der vorstehende Vertrag wird vorläufig auf die Dauer von zehn Jahren,
vom Tage der Auswechselung der Ratifikationen an gerechnet, abgeschlossen.
Sollte zwölf Monate vor dessen Ablauf von keiner Seite Kündigung erfolgen,
so bleibt derselbe auch fernerhin in Kraft bis zum Ablaufe eines Jahres von
dem Tage ab, an welchem dessen Aufhebung von der einen oder anderen
Seite verlangt wird.

Artikel VIII.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikations-Urkunden
sollen in Berlin sobald als möglich ausgewechselt werden. || Zu Urkund dessen
haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag in doppelter
Ausfertigung unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen zu Berlin am 5. Dezember 1896.

(L. S.) Freiherr von Marschall.

(L. S.) Roth.

Anlage.

Denkschrift, dem deutschen Reichstage bei Einbringung des vorstehenden
Vertrages vorgelegt.

Die Lage des beim Grenzacherhorn rheinaufwärts von Basel auf der
Landstrasse von Basel nach Säckinggen belegenen, etwa 500 m von der deutschen
Grenze entfernten schweizerischen Nebenzollamts bedingt für den Verkehr der
badischen Gemeinden des oberen Rheinthals, insbesondere der Orte Grenzach,
Wyhlen und Herthen, mit denen des Wiesethals, insbesondere Lörrach, sowie
mit der dazwischen liegenden schweizerischen Gemeinde Riehen und umgekehrt
einen Umweg, welcher für die beiderseitige Grenzbevölkerung grosse Un-
bequemlichkeiten bietet. Der Verkehr zwischen den genannten badischen Ge-
meinden führt durch schweizerisches Gebiet und es müssen die Passanten
wegen der Zollabfertigung bei dem erwähnten schweizerischen Nebenzollamt,
statt des nahe der schweizerischen Grenze noch auf deutschem Gebiet bei
dem deutschen Zollamt, am Grenzacherhorn von der nach Basel führenden
Landstrasse abzweigenden Verbindungswegs nach Landauerhof—Riehen—Lörrach
den Umweg über das schweizerische Nebenzollamt am Grenzacherhorn machen
und den sich dort abzweigenden Verbindungsweg nach Landauerhof—Riehen
benutzen, welcher mit der Landstrasse einen spitzen Winkel bildet und daher
für schweres Fuhrwerk, namentlich Langholz, kaum passierbar ist. || Durch die
Verlegung des schweizerischen Zollhauses an die Grenze allein wäre die Ver-
kehrsschwierigkeit noch nicht gehoben. Der grosse Umweg gegen Basel hin
würde zwar in Wegfall kommen, dafür aber müssten die nach Riehen—
Lörrach bestimmten Fuhren, nachdem sie vom deutschen Zollamt abgefertigt

Nr. 11501.
Deutsches
Reich und
die Schweiz.
5. Dez. 1896.

worden, dem jenseits der Landesgrenze zu errichtenden schweizerischen Zollamt vorgeführt, von hier aus dann wieder zurückgebracht und nochmals beim deutschen Zollamt vorbei nach Riehen—Lörrach weitergeführt werden. || Ähnlich würde es sich mit dem Verkehr in umgekehrter Richtung Lörrach—Riehen—Grenzach u. s. w. verhalten, bei welchem noch die Unregelmässigkeit hinzukäme, dass die aus dieser Richtung kommenden Waren zuerst der deutschen Eingangsabfertigung beim deutschen Zollamt unterstellt und erst nachher dem schweizerischen Zollamt zur schweizerischen Ausfuhrbehandlung angemeldet werden könnten. Dazu kommt noch der Umstand, dass das Umkehren auf der Strasse vor dem schweizerischen Zollamt für schwere Fuhrwerke und namentlich für solche mit Langholz ganz unmöglich wäre. Dem Übelstande würde also nur durch Vornahme der schweizerischen Zollabfertigung auf deutschem Gebiet abgeholfen werden können. || Unter diesen Umständen hat sich die schweizerische Regierung bereit erklärt, das schweizerische Nebenzollamt am Grenzacherhorn derart zu verlegen, dass das Zollhaus in der unmittelbaren Nähe der Landesgrenze an der Landstrasse nach Basel errichtet wird, sofern deutscherseits den schweizerischen Zollbeamten die Vornahme der zollamtlichen Kontrolle der abzufertigenden Waren bei dem nahe gelegenen deutschen Zollamt am Grenzacherhorn auf deutschem Gebiet gestattet wird. || Desgleichen hat sich die schweizerische Regierung bereit erklärt, für den Verkehr auf der im Bau begriffenen schweizerischen Eisenbahnlinie Eglisau—Schaffhausen, welche hinter Rafz (Kanton Zürich) in das badische Zollausschlussgebiet tritt und die schweizerische Grenze vor Neuhausen (Kanton Schaffhausen) wieder erreicht, die Zollabfertigung in der Richtung nach der Schweiz durch die Einrichtung schweizerischer Nebenzollämter auf den im deutschen Gebiet belegenen Stationen Altenburg, Jestetten und Lotstetten zu erleichtern. || Die wegen der beiden Angelegenheiten eingetretenen Verhandlungen haben zu einem Einverständnis zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz geführt, und es ist im Einvernehmen mit der Grossherzoglich badischen Regierung das Ergebnis derselben in dem vorliegenden, beide Gegenstände umfassenden und am 5. Dezember 1896 unterzeichneten Verträge niedergelegt worden. || Die in dem Verträge enthaltenen Vereinbarungen über die Befugnisse der zur Ausübung dienstlicher Funktionen auf deutschem Gebiet zugelassenen schweizerischen Zollbeamten und deren rechtliche Stellung, sowie über die den schweizerischen Behörden hinsichtlich der Verfolgung der Zollvergehen zustehenden Rechte und die hierbei deutscherseits zu leistende Rechtshilfe entsprechen im wesentlichen den in analoger Weise für die auf schweizerischem Gebiet bestehenden deutschen Zollstellen getroffenen Vereinbarungen. In letzterer Hinsicht darf auf die zwischen dem Grossherzogtum Baden und der Schweiz abgeschlossenen Verträge vom 12. November 1853, betreffend die deutsche Zollabfertigung auf dem badischen Bahnhofe in Basel (Grossherzoglich badisches Regierungsblatt, Jahrgang 1855 S. 288), vom 24. September 1862, betreffend die deutschen Zollabfertigungsstellen auf den im schweizerischen

Gebiet belegenen Bahnhöfen in Schaffhausen und Thayngen (ebenda Jahrgang 1863 S. 9), vom 28. Juni 1871, betreffend Zollabfertigung auf dem Bahnhöfe in Constanz (Gesetzes- und Verordnungsblatt für das Grossherzogtum Baden, Jahrgang 1871 S. 181), u. s. w. hingewiesen werden.

Nr. 11501.
Deutsches
Reich und
die Schweiz.
5. Dez. 1896.

Im einzelnen ist zu dem vorliegenden Vertrage Folgendes zu bemerken: || Im Artikel I Ziffer 1 sind die zur Erleichterung der Zollabfertigung auf der das badische Zollausschlussgebiet durchschneidenden Eisenbahnlinie Eglisau—Schaffhausen auf deutschem (badischem) Gebiet zu errichtenden schweizerischen Zollstellen und deren Befugnisse im allgemeinen festgestellt. Artikel I Ziffer 2 ermächtigt das schweizerische Nebenzollamt am Grenzacherhorn, die für den Warenverkehr in der Richtung von Grenzach nach Riehen—Lörrach und umgekehrt erforderliche schweizerische Zollkontrolle bei dem dort belegenen deutschen Zollamt vorzunehmen und enthält einige allgemeine die Ausführung der Zollkontrolle betreffende Bestimmungen. || Artikel II gewährt den schweizerischen Zollbehörden das Recht zur Untersuchung und Aburteilung von Vergehen gegen die schweizerischen Zollgesetze, welche bei Vornahme der nach Artikel I auf deutschem Gebiet erfolgten Zollkontrolle auf letzterem entdeckt worden sind, sowie zur Beschlagnahme der damit in Verbindung stehenden Gegenstände und zur Verfügung über dieselben. || Die im Artikel III den schweizerischen Behörden gewährte Rechtshilfe für die Verfolgung der von den schweizerischen Zollbeamten bei der in Gemässheit des Artikels I ausgeübten Zollkontrolle entdeckten Übertretungen gegen die schweizerischen Zollgesetze entspricht derjenigen, welche schweizerischerseits hinsichtlich der auf schweizerischem Boden befindlichen deutschen Zollstellen den deutschen Behörden geleistet wird. || Nach Artikel IV haben die deutschen Behörden den infolge des Abkommens auf deutschem Gebiet dienstlich thätig werdenden schweizerischen Zollbeamten polizeilichen Schutz in demselben Umfange zu gewähren, wie solcher von den deutschen Zollbehörden beansprucht werden kann. || Im Artikel V wird den schweizerischen Grenzwächtern, welche bei der am Grenzacherhorn auf deutschem Gebiet erfolgenden Zollkontrolle verwendet werden, sowie den die Züge auf der Eisenbahnstrecke Neuhausen—Rafz begleitenden schweizerischen Grenzwächtern während der Durchfuhr der Züge durch deutsches Gebiet das Tragen von Uniform und Seitengewehr gestattet. Beim Grenzacherhorn liegt hierfür ein unabweisbares Bedürfnis vor wegen der unmittelbaren Nähe der Grenze, welche einen häufigen Wechsel der schweizerischen Zollbeamten zwischen dem schweizerischen und dem deutschen Gebiet bedingen. Dasselbe gilt für die zur Verhütung von Unterschleifen die Züge begleitenden schweizerischen Grenzwächter, welche nicht wohl veranlasst werden können, für die kurze Strecke der Durchfuhr der Züge durch deutsches Gebiet Uniform und Seitengewehr abzulegen. Unter hähnlichen Verhältnissen ist auch deutschen, auf schweizerischem Gebiet in Thätigkeit tretenden Zollbeamten das Tragen von Waffen gestattet. Dagegen ist ein gleiches Bedürfnis hinsichtlich des Tragens von Waffen für die den Zolldienst auf den schweize-

Nr. 11501.
Deutsches
Reich und
die Schweiz.
5. Dez. 1896.

rischen Zollämtern in Altenburg, Jestetten und Lotstetten versehenen schweizerischen Zollbeamten nicht gegeben. || Endlich ist nach Artikel VI das in Rede stehende schweizerische Zollpersonal, soweit die Ausübung seiner zolldienstlichen Verrichtungen, mithin die Disziplin etc., in Frage steht, von der deutschen Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt befreit, im Übrigen aber dieser sowie den deutschen Gesetzen unterworfen. || Mit Rücksicht auf die schweizerischerseits zu treffenden Einrichtungen schien es zweckmässig, das Abkommen nicht auf zu kurze Zeit zu treffen. Die Dauer des Vertrages ist deshalb im Artikel VII zunächst auf 10 Jahre festgesetzt worden mit der Bestimmung, dass das Abkommen, solange eine Kündigung nicht erfolgt, auch darüber hinaus stillschweigend weitergeht.

Nr. 11502. DEUTSCHES REICH und NIEDERLANDE. — Zusatz zu dem Auslieferungsvertrage vom 31. Dez. 1896. Vergl. Nr. 11427.

Berlin, 21. September 1897.

Nr. 11502.
Deutsches
Reich und
Niederlande.
1. Sept. 1897.

Nachdem Ihre Majestät die Königin-Regentin der Niederlande, im Namen Ihrer Majestät der Königin der Niederlande, und Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reichs, übereingekommen sind, die gegenseitige Auslieferung der Verbrecher zwischen den Niederlanden, sowie den Niederländischen Kolonien und auswärtigen Besitzungen und den Deutschen Schutzgebieten, sowie den sonst von Deutschland abhängigen Gebieten durch einen Vertrag zu regeln, haben Allerhöchstdieselben zu diesem Zwecke mit Vollmacht versehen, und zwar: || Ihre Majestät die Königin-Regentin der Niederlande: || den ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Ihrer Majestät der Königin der Niederlande bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preussen, Herrn Jonkheer Dr. Dirk Arnold Wilhelm van Tets van Goudriaan, || Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: || Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Legationsrath Herrn Michelet van Frantzius, || welche nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über folgende Artikel übereingekommen sind:

Artikel 1.

Die Bestimmungen des zwischen den Niederlanden und dem Deutschen Reiche am 31. Dezember 1896 unterzeichneten Auslieferungsvertrags sollen auf die im nachfolgenden Artikel näher bezeichneten von Deutschland abhängigen Gebiete derart Anwendung finden, dass auch die in einem dieser Gebiete innerhalb des Bereichs der daselbst bestehenden Behörden sich aufhaltenden Personen, die wegen einer ausserhalb der bezeichneten Gebiete, sowie des Gebiets des Deutschen Reichs begangenen Handlung von den Behörden der Niederlande oder der Niederländischen Kolonien und auswärtigen Besitzungen verfolgt werden, und die in den Niederländischen Kolonien und aus-

wärtigen Besitzungen innerhalb des Bereichs der daselbst bestehenden Behörden oder im Königreich der Niederlande sich aufhaltenden Personen, die wegen einer ausserhalb des Gebietes der Niederlande sowie der Niederländischen Kolonien und Besitzungen begangenen Handlung von den Behörden der von Deutschland abhängigen Gebiete verfolgt werden, in Gemässheit der Bestimmungen jenes Vertrags, soweit nicht der gegenwärtige Vertrag etwas Abweichendes festsetzt, gegenseitig auszuliefern sind.

Nr. 11502.
Deutsches
Reich und
Niederlande.
21. Sept. 1897.

Artikel 2.

Unter den von Deutschland abhängigen Gebieten (Artikel 1) sind im Sinne des gegenwärtigen Vertrags zu verstehen: || die in Afrika, in Neu-Guinea und im westlichen Stillen Ozean belegenen Deutschen Schutzgebiete, Besitzungen und Interessensphären.

Artikel 3.

Zwischen den von Deutschland abhängigen Gebieten in Neu-Guinea und im westlichen Stillen Ozean, nämlich dem Schutzgebiete der Neu-Guinea-Kompagnie und dem Schutzgebiete der Marshall-, Brown- und Providence-Inseln einerseits und Niederländisch-Indien andererseits soll wegen solcher strafbaren Handlungen, die in Niederländisch-Indien als Seeraub oder gleich dem Seeraube bestraft werden und zugleich nach der Gesetzgebung des betreffenden Deutschen Schutzgebiets eine als Verbrechen oder Vergehen strafbare Gewaltthätigkeit gegen Personen oder Sachen oder die Teilnahme an einer solchen oder den strafbaren Versuch einer solchen darstellen, die Auslieferung auch dann stattfinden, wenn diese nicht schon nach Artikel 1 des Vertrags vom 31. Dezember 1896 begründet ist.

Artikel 4.

Bei Anwendung des Vertrags vom 31. Dezember 1896 auf die von Deutschland abhängigen Gebiete sollen, wo in jenem Vertrage vom Deutschen Reiche die Rede oder dieses unter der Bezeichnung des ersuchten oder ersuchenden Teiles, Staates oder Landes zu verstehen ist, die bezeichneten Gebiete darunter gleichfalls begriffen sein. Dabei haben als Gesetze und Gesetzgebung, wo der erwähnte Vertrag auf solche verweist, die Gesetze und Gesetzgebung des betreffenden Gebiets zu gelten.

Artikel 5.

An Stelle des ersten Absatzes von Artikel 2 des Vertrags vom 31. Dezember 1896 soll für die von Deutschland abhängigen Gebiete gelten, dass die Verpflichtung zur Auslieferung aus diesen Gebieten sich nicht auf deren Eingeborene, sowie auf Reichsangehörige, und die Verpflichtung der Behörden der Niederlande oder der Niederländischen Kolonien und auswärtigen Be-

Nr. 11502. Sitzungen zur Auslieferung von Personen, die von den Behörden jener Gebiete
 Deutsches verfolgt werden, sich nicht auf Niederländer erstreckt.
 Reich und
 Niederlande.
 21. Sept. 1897.

Artikel 6.

Die Verpflichtung zur Auslieferung aus den von Deutschland abhängigen Gebieten fällt weg, wenn vor Ausführung der Auslieferung ein Antrag auf Ablieferung der beanspruchten Person nach dem Gebiete des Deutschen Reichs eingeht, dem nach gesetzlicher Vorschrift entsprochen werden muss. Die Bewilligung der Auslieferung aus einem der von Deutschland abhängigen Gebiete soll stets als unter der Bedingung geschehen gelten, dass ein solcher Antrag auf Ablieferung bis zur Ausführung der Auslieferung nicht eingegangen ist. Es bleibt im Falle der Ablieferung nach Deutschland der Königlich Niederländischen Regierung aber vorbehalten, die demnächstige Auslieferung aus Deutschland auf Grund und nach Massgabe des Vertrages vom 31. Dezember 1896 in Antrag zu bringen.

Artikel 7.

Die Anträge auf Auslieferung aus einem der von Deutschland abhängigen Gebiete oder an eines dieser Gebiete und auf nachträgliche Ausdehnung solcher Auslieferung sollen, wie im Absatz 1 des Artikels 7 des Vertrages vom 31. Dezember 1896 vorgesehen ist, im diplomatischen Wege gestellt werden. || Jedoch können solche Anträge, wenn es sich um eine Auslieferung zwischen Niederländisch-Indien und einem der in Ost-Afrika, in Neu-Guinea und im westlichen Stillen Ozean belegenen von Deutschland abhängigen Gebiete, nämlich Deutsch-Ost-Afrika, dem Schutzgebiete der Neu-Guinea-Kompagnie und dem Schutzgebiete der Marshall-, Brown- und Providence-Inseln handelt, auch unmittelbar von dem General-Gouverneur von Niederländisch-Indien bei der obersten Behörde des betreffenden von Deutschland abhängigen Gebiets, die innerhalb dieses Gebiets ihren Sitz hat, und von dieser Behörde bei dem General-Gouverneur von Niederländisch-Indien gestellt werden. Diesem, sowie der bezeichneten Deutschen Behörde bleibt es vorbehalten, wenn der bei ihnen unmittelbar gestellte Antrag ihnen zu Zweifeln Anlass giebt, darüber die Entscheidung der vorgesetzten Stelle einzuholen.

Artikel 8.

Für die vorläufige Festhaltung tritt an Stelle der im Artikel 9 des Vertrages vom 31. Dezember 1896 vorgesehenen zwanzigtägigen Frist in den Fällen, auf die der gegenwärtige Vertrag sich bezieht, eine Frist von drei Monaten.

Artikel 9.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen gleichzeitig mit denen zum Vertrage vom 31. Dezember 1896 ausgewechselt werden. || Der Vertrag soll drei Monate nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten und solange in Kraft bleiben, wie der

Vertrag vom 31. Dezember 1896, also ausser Kraft treten, wenn dieser ausser Kraft tritt.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und mit dem Abdruck ihrer Siegel versehen.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Berlin, den 21. September 1897.

(L. S.) D. A. W. van Tets van Goudriaan.

(L. S.) Michelet von Frantzius.

Nr. 11502.
Deutsches
Reich und
Niederlande.
21. Sept. 1897.

Nr. 11503. PREUSSEN und NIEDERLANDE. — Vertrag über die Erhaltung des Seeufers von Borkum, Beleuchtung der Unterems etc.

Berlin, 16. Oktober 1896.

Ihre Majestät die Königin der Niederlande und in Allerhöchst Ihrem Namen Ihre Majestät die Königin-Regentin des Königreichs der Niederlande und Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reichs, || in Erwägung, dass die am ^{28. Dezember 1884}/_{2. Januar 1885} zwischen der Königlich Niederländischen und der Königlich Preussischen Regierung geschlossene Übereinkunft, betreffend die Unterhaltung des Seefeuers auf Borkum und der Betonung und Bekakung des Fahrwassers und der Watten der Emsmündungen mit Ende Dezember 1894 abgelaufen ist, || in Erwägung ferner, dass auch das Abkommen vom 10./16. April 1887, betreffend die Beleuchtung der Unterems, mit dem 1. Januar 1895 weiterer Ergänzung bedarf, || sind übereingekommen, vorbehaltlich der im nachstehenden Artikel 14 getroffenen Bestimmung, an Stelle der seit dem letzten Dezember 1894 abgelaufenen Übereinkunft vom ^{28. Dezember 1884}/_{2. Januar 1885} sowohl wie auch des Abkommens vom 10./16. April 1887, einen neuen Vertrag zur Regelung der gegenseitigen Verpflichtungen der Niederlande und Preussens, betreffend die Unterhaltung des Seefeuers auf Borkum, sowie der Betonung, der Bekakung und der Beleuchtung der Fahrstrassen der Unterems und ihrer Mündungen, abzuschliessen und haben zu diesem Zwecke zu Allerhöchst Ihren Bevollmächtigten ernannt: || Ihre Majestät die Königin-Regentin der Niederlande: || den ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Ihrer Majestät der Königin der Niederlande bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preussen, Herrn Dr. jur. D. A. W. van Tets van Goudriaan, || und Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: || Allerhöchst Ihren Staatsminister, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn Adolf Freiherrn Marschall von Bieberstein, || die, nach gegenseitiger Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

Artikel 1.

Die Königlich Preussische Regierung und die Königlich Niederländische Regierung verpflichten sich und zwar: die Erstgenannte: die Betonung und

Nr. 11503.
Preussen und
Niederlande.
16. Okt. 1896.

Nr. 11503. Preussen und Niederlande, 16. Okt. 1896. **Bebakung der Mündungen der Unterems, sowie die Leuchttürme auf Borkum, die Leuchtbaken auf dem Randsel und die Leuchttürme bei Pilsum und bei Campen in gutem Zustande beziehungsweise in ordnungsmässigem Betriebe zu erhalten; || die Letztgenannte: die Küstenlichter in Delfzijl und in Watum in ordnungsmässigem Betriebe zu erhalten.**

Artikel 2.

Die Kosten der Unterhaltung und Verwaltung der im Artikel 1 aufgeführten Einrichtungen werden vom 1. Januar 1895 (Eintausend achthundert fünf und neunzig) an von beiden Staaten je zur Hälfte getragen, und zwar nach Maßgabe der in den folgenden Artikeln enthaltenen Festsetzungen und vorbehaltlich der Bestimmungen in den Artikeln 8 und 14.

Artikel 3.

Die Königlich Niederländische Regierung und die Königlich Preussische Regierung ernennen jede zwei Bevollmächtigte, die den Titel „ständige Kommissare zur Beaufsichtigung der Betonung und Beleuchtung der Emsmündungen“ führen.

Artikel 4.

Die im Artikel 3 genannten ständigen Kommissare sollen wenigstens einmal jährlich, und zwar im Monat Mai zusammenkommen: || 1°. zur Abhaltung einer Besichtigung der in dieser Übereinkunft behandelten Betonung, Bebakung und Beleuchtung; || 2°. zur Besprechung der im Interesse einer sicheren Schifffahrt für wünschenswert zu erachtenden Änderungen oder Erweiterungen genannter Betonung, Bebakung und Beleuchtung; || 3°. zur Aufnahme eines Protokolls über die thatsächlichen Ausgaben, sowohl Preussens als der Niederlande, für die Unterhaltung und Verwaltung mehrgenannter Betonung, Bebakung und Beleuchtung im abgelaufenen Rechnungsjahr $\frac{(1. April)}{(31. März)}$ und || 4°. zur Aufstellung eines Voranschlags der unter 3°. bezeichneten Kosten für das Rechnungsjahr $\frac{(1. April)}{(31. März)}$, welches auf dasjenige folgt, in dem die Zusammenkunft stattfindet. || Die Bestimmungen unter 3 und 4 dieses Artikels treten mit Rücksicht auf das im Artikel 14 Bestimmte am 1. Januar 1897 in Kraft.

Artikel 5.

Die unter 2 des Artikels 4 gedachten Änderungen oder Erweiterungen bedürfen der Genehmigung durch beide Regierungen. || Sind sie aber derart, dass die Ausgaben dafür die für die Unterhaltung und Verwaltung im laufenden Jahre ausgeworfenen Beträge nicht überschreiten, und sind die ständigen Kommissare darüber völlig gleicher Ansicht, so kann zu der Änderung oder Erweiterung ohne weiteres Benehmen zwischen den Regierungen geschritten werden.

Artikel 6.

Der unter 4°. des Artikels 4 bezeichnete Voranschlag unterliegt der Genehmigung beider Regierungen, die sich ihre Entschliessung gegenseitig mit-

teilen. || Stellt sich die Notwendigkeit einer Überschreitung infolge von Naturereignissen pp. im Laufe eines Etatsjahres heraus, so soll ein vorheriges Benehmen mit dem anderen Teil und die Einholung seiner Zustimmung stattfinden. || Mehrausgaben, über welche nicht vorher ein Einverständnis mit dem anderen Teile erzielt worden ist, fallen allein dem Staate zur Last, der sie gemacht hat.

Nr. 11503.
Preussen und
Niederlande.
16. Okt. 1896.

Artikel 7.

Geht aus dem unter 3^o. des Artikels 4 gedachten Protokoll hervor, dass weniger ausgegeben ist als veranschlagt war, so kommt der Rest beiden Regierungen, und zwar jeder zur Hälfte zu Gute.

Artikel 8.

Als Kosten, welche auf Grund dieses Vertrages von beiden Staaten gemeinsam zu tragen sind, werden nicht betrachtet die Ausgaben für neue Anlagen, sowie die Kosten, welche etwa infolge einer einseitigen Änderung einer vereinbarten neuen Anlage entstehen. || Neue Anlagen, welche auf gemeinsame Kosten ausgeführt werden sollen, sind vielmehr besonders zu vereinbaren und deren Projekte und Kostenanschläge gemeinsam festzustellen. Eine Abweichung von denselben ist ohne Zustimmung des anderen Teils unzulässig.

Artikel 9.

Nach Eingang des im Artikel 4 unter 3^o. bezeichneten Protokolls wird baldthunlichst zwischen beiden Regierungen abgerechnet werden. || Die Zahlung des danach von der Königlich Niederländischen Regierung zu erstattenden Betrages wird in der Regel in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni jeden Jahres erfolgen.

Artikel 10.

Die ständigen Kommissare sind befugt, ausser der in Artikel 4 vorgeschriebenen Zusammenkunft so oft Versammlungen abzuhalten, als sie es für die ihnen anvertrauten Interessen wünschenswert erachten.

Artikel 11.

Ueber die Verhandlungen der ständigen Kommissare werden Protokolle in deutscher und in holländischer Sprache geführt. || Beglaubigte Abschriften dieser Protokolle in beiden Sprachen sind den beiden Regierungen seitens ihrer Kommissare einzureichen.

Artikel 12.

Diese Übereinkunft wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. || Sollte einer der vertragschliessenden Staaten eine Änderung oder die Aufhebung der Übereinkunft wünschen, so kann er dieselbe auf den 1. April jeden Jahres kündigen. || Zwischen der Kündigung und dem Aufhören des Vertragsverhältnisses soll indess ein Zeitraum von mindestens einem Jahre liegen.

Artikel 13.

Nr. 11503.
Preussen und
Niederlande.
16. Okt. 1896.

Das Recht beider vertragschliessenden Staaten, in Fällen der Not, insbesondere eines Krieges oder der Bedrohung mit einem Kriege, die auf ihrem Gebiete befindlichen Leuchtfeuer auszulöschen und die Tonnen und Baken zu entfernen, wird durch diesen Vertrag nicht berührt.

Artikel 14.

Die Festsetzung des Betrages der Betriebs- und Unterhaltungskosten der oben im Artikel 1 aufgeführten Anlagen für den Zeitraum vom 1. Januar 1895 bis zum letzten März 1897, und die Abrechnung darüber zwischen den beiden Staaten nach dem Grundsatz, welcher im ersten Absatz des Artikels 2 festgestellt ist, sollen noch erfolgen auf Grund der im Eingange dieses Vertrages bezeichneten Übereinkommen vom ^{23. Dezember 1884}/_{2. Januar 1885} und 10./16. April 1887. Soweit es zur Erreichung dieser Absicht erforderlich ist, erleiden die in diesem Vertrage getroffenen Bestimmungen eine entsprechende Änderung.

Artikel 15.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifiziert werden und der Austausch der Ratifikationsurkunden soll sobald als thunlich in Berlin bewirkt werden.

Zu Urkunde dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Berlin, in doppelter Ausfertigung, den 16. Oktober 1896.

(L. S.) (gez.) Freiherr von Marschall.
van Tets van Goudrian.

Nr. 11504. DEUTSCHES REICH und SCHWEDEN. — Postvertrag.
Stockholm, Berlin, 1./11. Juli 1896.

Nr. 11504.
Deutsches
Reich und
Schweden.
1./11. Juli
1896.

Nachdem die Häfen Sassnitz und Trelleborg für den deutsch-schwedischen Postdampferdienst hergerichtet sind, ist unter der Voraussetzung, dass zwischen Berlin und Sassnitz deutscherseits und zwischen Stockholm und Trelleborg schwedischerseits bis zum 1. Mai 1897 eine Schnellzugsverbindung eröffnet werde, zwischen der Kaiserlich Deutschen Reichs-Postverwaltung, vertreten durch Herrn Geheimen Ober-Postrat Kraetke und zwischen der Königlich Schwedischen Postverwaltung, vertreten durch Herrn General-Postdirektor E. von Krusenstjerna nach erfolgter Genehmigung des Kaiserlich Deutschen Staatssekretärs des Reichspostamts einerseits und der Königlich Schwedischen Regierung andererseits auf Grund des Artikels 3 des zwischen Deutschland und Schweden bestehenden Postvertrages vom 23/24. Februar 1869 und des Artikels 3 des Weltpostvertrages vom 4. Juli 1891 heute folgende Vereinbarung getroffen worden.

§ 1.

Mit dem Zeitpunkte der Eröffnung des Schnellzugsdienstes zwischen Berlin—Sassnitz und Trelleborg—Stockholm soll || 1) die jetzt für die Zeit

vom 1. Mai bis 31. Oktober jedes Jahres unterhaltene täglich einmalige Verbindung zwischen Stralsund—Malmö in Fortfall kommen, dagegen || 2) zwischen Sassnitz und Trelleborg für das ganze Jahr eine an die neuen Schnellzüge anschliessende täglich einmalige Postdampferverbindung unterhalten werden.

Nr. 11504.
Deutsches
Reich und
Schweden.
1./11. Juli
1896.

§ 2.

In Ausführung des § 1 wird sowohl die Kaiserlich Deutsche Reichs-Postverwaltung als auch die Königlich Schwedische Postverwaltung, || a) den mit einer Privat-Rhederei abgeschlossenen Vertrag wegen Ausführung von Postdampferfahrten auf der Linie Stralsund—Malmö derart kündigen, dass er mit dem 1. Mai 1897 ausser Kraft tritt, und || b) mit einer geeigneten Rhederei rechtzeitig ein Abkommen wegen Verrichtung der Hälfte der Postdampferfahrten auf der Linie Sassnitz-Trelleborg während 10 auf einander folgender Jahre treffen. || Sollte es einer der beiden Postverwaltungen nicht gelingen, unter annehmbaren Bedingungen eine geeignete Rhederei in ihrem Lande zu ermitteln, so würde die andere Postverwaltung für Verdingung des gesamten Postdampferdienstes Sorge zu tragen haben.

§ 3.

Die Kosten für die Unterhaltung der Postdampferfahrten auf der Linie Sassnitz—Trelleborg werden von beiden Postverwaltungen gemeinschaftlich getragen. Demgemäss würde die Kaiserlich Deutsche Reichs-Postverwaltung der Königlich Schwedischen Postverwaltung die Hälfte der an eine Schwedische Rhederei zu zahlenden Vergütung und die Königlich Schwedische Postverwaltung der Kaiserlich Deutschen Reichs-Postverwaltung die Hälfte der an eine Deutsche Rhederei zu zahlenden Vergütung zu erstatten haben. || Jede der beiden Postverwaltungen hat vor Abschluss des Postdampfervertrages sich zu vergewissern, dass die andere Postverwaltung Einwendungen gegen den Vertrag nicht zu erheben hat.

§ 4.

In dem abzuschliessenden Verträge hat jede Postverwaltung vorzusehen:

1) dass die Rhederei einen mit den erforderlichen Schlafeinrichtungen

für 50 Reisende I. und

„ 20 „ II. Klasse

verschonen, den jetzigen Anforderungen an Passagierschiffe nach jeder Richtung entsprechenden Schraubendampfer einstellt, welcher im Stande ist, die Fahrt zwischen Sassnitz und Trelleborg am Tage in höchstens 4 Stunden, Nachts in höchstens $4\frac{1}{4}$ Stunden zu verrichten; || 2) dass die Einstellung des Dampfers sowie eines während der Vertragszeit etwa notwendigen Ersatzschiffs von der Genehmigung der Postverwaltung abhängig ist; || 3) dass beim Verlust oder der Reparaturunfähigkeit des Dampfers die Rhederei verpflichtet ist, so schnell als möglich für Einstellung eines gleichwertigen Ersatzschiffs Sorge zu tragen; || 4) dass die Rhederei verpflichtet ist, die ihr von der Deutschen oder der

Nr. 11504.
Deutsches
Reich und
Schweden.
1/11. Juli
1896.

Schwedischen Postverwaltung überwiesene Post an Bord ihres Dampfers von den Postbeamten in Empfang zu nehmen, während der Beförderung in einem genügend grossen, gegen Nässe, Feuersgefahr und sonstige Beschädigung geschützten Raum sichernd aufzubewahren, und nach der Ankunft des Dampfers am Endpunkt an den übernehmenden Postbeamten an Bord auszuliefern, ohne dass für die Beförderung der Post besonderes Entgelt zu zahlen ist; || 5) dass, soweit postalischerseits die Begleitung der Post durch Beamte für notwendig erachtet wird, dem ohne Zahlung von Fahrgeld zu befördernden Begleitpersonal ein zur Bearbeitung der Postsendungen geeigneter Bureauraum, welcher von der Rhederei zu reinigen, zu erleuchten und im Winter zu erwärmen ist, unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird; || 6) dass die Rhederei für jeden Schaden zu haften hat, welcher der Postverwaltung durch Verlust oder Beschädigung der Postsendungen von der Empfangnahme bis zur Ablieferung entsteht, sofern sie nicht nachweist, dass der Verlust oder die Beschädigung durch höhere Gewalt oder durch die natürliche Beschaffenheit der Güter oder durch äusserlich nicht erkennbare Mängel der Verpackung entstanden ist, und dass die Haftpflicht für Kostbarkeiten, Gelder und Wertpapiere nicht dadurch bedingt wird, dass dem Schiffsführer diese Beschaffenheit oder der Wert bei der Überlieferung angegeben worden ist; || 7) dass, soweit die Post begleitet wird, die Rhederei von der Haftpflicht für diejenigen Sendungen befreit bleibt, welche sich in Gewahrsam des Postbeamten befinden; || 8) dass auf dem Schiffe ein Briefkasten aufgestellt wird, und dass mit dem Schiffe keine anderen Briefe und postzwangspflichtige Gegenstände befördert werden dürfen, als solche, welche von den Postverwaltungen überwiesen oder durch die Schiffsbriefkasten eingeliefert worden sind; || 9) dass der Fahrplan des Dampfers im Einverständnis mit den beiden Postverwaltungen derart aufzustellen ist, dass die Dampfschiffahrten einen unmittelbaren Anschluss an die Eisenbahnschnellzüge zwischen Sassnitz und Berlin einerseits und Trelleborg—Stockholm andererseits vermitteln; || 10) dass, solange nach dem Gange der Eisenbahnzüge ein Dampfer zur Ausführung der täglich einmaligen Fahrt von Sassnitz nach Trelleborg und von Trelleborg nach Sassnitz ausreicht, auf Anordnung der Postverwaltung die eine Rhederei abwechselnd mit der anderen Rhederei für einen vollen Monat alle Fahrten zu verrichten hat, während das Schiff der anderen Rhederei als Reserveschiff für diese Zeit zu halten ist; || 11) dass, sobald das dienstthuende Schiff durch Instandsetzungen pp. verhindert ist, die fahrplanmässigen Fahrten zu verrichten, der als Reserveschiff dienende Dampfer der anderen Rhederei die Fahrten zu verrichten hat, und dass die beiden Rhedereien im Voraus eine Vereinbarung darüber treffen, in welcher Weise die eine Rhederei die andere Rhederei für solche Leistung schadlos zu halten hat; || 12) dass für den Ausfall jeder fahrplanmässigen Fahrt der betreffenden Rhederei von der ihr zustehenden Vergütung der Betrag in Abzug gebracht wird, welcher dem Verhältnis der Gesamtzahl der Fahrten für das betreffende Jahr entspricht, und

dass die Postverwaltung berechtigt ist, ausserdem für jeden nicht ausreichend begründeten Ausfall einer Fahrt eine Strafe bis zu 100 Mark festzusetzen, dass aber bei Fahrtunterbrechungen, welche durch Krieg, Quarantäne, Naturhindernisse oder durch einen ungeachtet der Anwendung gehöriger Sorgfalt unvermeidlichen Unglücksfall verursacht sind, für jede ausgefallene Fahrt nur die Hälfte des auf sie entfallenden Betrages einbehalten wird; || 13) dass bei Überschreitung der fahrplanmässigen Zeit, ohne dass die Abweichung in Witterungseinflüssen, Beschaffenheit des Fahrwassers, Verspätungen der Eisenbahnzüge oder in anderen eingetretenen unvermeidlichen Unfällen Begründung findet, die Postverwaltung berechtigt ist, eine Strafe bis zu 50 Mark festzusetzen und von der Rhederei die baaren Auslagen einzuziehen, welche durch Verfehlen des Anschlusses an den betreffenden Eisenbahnzug der Postkasse entstanden sind, dass aber Kosten für etwaige Gestellung von Eisenbahn-Extrazügen hierzu nicht zu rechnen sind.

§ 5.

Die gegenwärtige Vereinbarung bleibt vom 1. Mai 1897 ab zehn hinter einander folgende Jahre in Wirksamkeit. Wie es mit der Postdampfer-Verbindung Sassnitz—Trelleborg nach dieser Zeit gehalten werden soll, darüber werden die beiden Postverwaltungen sich rechtzeitig verständigen. || Zu Urkund dessen ist die gegenwärtige Vereinbarung in doppelter Ausfertigung von beiden Theilen unterzeichnet worden.

So geschehen Berlin den 11. Juli 1896 und Stockholm den 1. Juli 1896.
(L. S.) Kraetke. (L. S.) E. von Krusenstjerna.

Nr. 11505. ITALIEN und TUNIS. — Handels- und Schiffahrts-Vertrag.

Paris, 28. September 1896.

Sa Majesté le Roi d'Italie et le Président de la République française, agissant tant en son nom qu'au nom de Son Altesse le Bey de Tunis, également désireux de régler les relations de commerce et de navigation entre l'Italie et la Tunisie, ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté le Roi d'Italie || S. Exc. M. le comte Joseph Tornielli Brusati de Vergano, sénateur du royaume, son ambassadeur extraordinaire près le Gouvernement de la République française, etc., etc., etc.; || et le Président de la République française || S. Exc. M. Gabriel Hanotaux, ministre des affaires étrangères, etc., etc., etc. || Lesquels, après s'être communiqué leurs pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art I^{er}. Il y aura réciproquement pleine et entière liberté de commerce et de navigation entre l'Italie et la Tunisie.

Art. II. Les navires italiens et tunisiens avec leur cargaison auront respectivement libre accès dans tous les ports, rivières ou lieux quelconques de Tunisie et d'Italie, dont l'entrée est actuellement permise ou pourra l'être à

Nr. 11504.
Deutsches
Reich und
Schweden.
1./11. Juli
1896.

Nr. 11505.
Italien und
Tunis.
28. Sept. 1896.

Nr. 11505.
Italien und
Tunis.
28. Sept. 1896.

l'avenir aux navires d'une tierce puissance, et ils n'y seront pas assujettis à des droits de tonnage, de phare, de port, de pilotage, sanitaires ou autres quelconques plus élevés que ceux qui seraient imposés dans les mêmes conditions aux navires nationaux ou français.

Art. III. Les navires italiens entrant dans un port de Tunisie et réciproquement les navires tunisiens entrant dans un port d'Italie et qui n'y voudraient décharger qu'une partie de leur cargaison pourront, en se conformant aux lois et règlements des pays respectifs, conserver à leur bord la partie de leur cargaison qui serait destinée à un autre port, soit du même pays, soit d'un autre, et la réexporter, sans être astreints à payer pour cette dernière partie de leur cargaison aucun droit de douane, ni à payer des droits autres ou plus élevés que ceux qui seraient perçus, en pareil cas, sur les bâtiments nationaux ou français. || Il est également entendu que les mêmes navires pourront commencer leur chargement dans un port et le continuer dans un ou plusieurs autres ports du même pays, ou l'y achever, sans être les bâtiments nationaux ou français.

Art. IV. Seront complètement exempts des droits de tonnage et d'expédition dans les ports d'Italie et de Tunisie les navires tunisiens et italiens; || 1° qui, entrés sur lest, en ressortiront sur lest; || 2° qui, passant d'un port d'un des deux pays dans un ou plusieurs ports du même pays, soit pour y débarquer le tout ou une partie de leur chargement, soit pour y prendre leur chargement ou l'y compléter, justifieront avoir acquitté, déjà ces droits; || 3° qui, entrant avec un chargement dans un port, soit volontairement, soit en relâche forcée, en sortiront sans avoir fait aucune opération de commerce. || En cas de relâche forcée, ne seront pas considérés comme opérations de commerce le débarquement et le rechargement des marchandises pour la réparation du navire, le transbordement sur un autre navire, en cas d'innavigabilité du premier, les achats nécessaires au ravitaillement des équipages et la vente des marchandises avariées lorsque l'administration des douanes en aura donné l'autorisation et que les marchandises ne seront pas destinées à la consommation intérieure.

Art. V. La nationalité des navires sera admise de part et d'autre d'après les lois et règlements particuliers à chaque pays au moyen de titres et patentes délivrés par les autorités compétentes aux capitaines, patrons et bateliers.

Art. VI. Les marchandises de toute nature qui seront importées dans les ports d'un des deux pays ou qui en seront exportées par des navires de l'autre ne seront point assujetties à d'autres droits ni formalités d'entrée ou de sortie que si elles étaient importées ou exportées par des navires nationaux ou français. Elles jouiront, sous l'un et l'autre pavillon, de toute prime, bonification, restitution des droits ou autres faveurs qui seraient accordées dans les pays respectifs aux mêmes marchandises importées ou exportées sous un pavillon quelconque.

Art. VII. Pour l'exercice du cabotage, les italiens et les tunisiens seront respectivement traités comme les nationaux et les français en Tunisie et comme les nationaux en Italie. || En ce qui concerne la pêche, les italiens seront en Tunisie comme les nationaux et comme les français, et les tunisiens jouiront en Italie des droits et avantages accordés aux sujets des puissances étrangères par la législation en vigueur dans le royaume.

Nr. 11505.
Italien und
Tunis.
28. Sept. 1896.

Art. VIII. Les marchandises de toute nature, produits de l'industrie ou du sol de l'Italie ou de la Tunisie, qui peuvent ou pourront être légalement importées en Tunisie ou en Italie, ne seront assujetties, à l'importation dans ces deux pays, à aucun droit d'entrée autre ou plus élevé que celui qu'auraient à payer les marchandises similaires, produits de la nation la plus favorisée. || Les marchandises de toute nature, produits de l'industrie ou du sol de l'Italie ou de la Tunisie, qui peuvent ou pourront être légalement exportées, ne seront assujetties, à leur exportation pour la Tunisie ou l'Italie, à aucun droit de sortie autre ou plus élevé que celui qu'auront à payer les marchandises similaires à destination de la nation la plus favorisée. || D'une manière générale, pour tout ce qui concerne l'importation, l'exportation, la réexportation, le transit, l'emmagasinage, l'entrepôt, les primes d'importation et d'exportation, les remboursements de droits, les admissions temporaires, les droits locaux, le courtage, les tarifs et formalités de douane et les échantillons, l'Italie jouira en Tunisie et la Tunisie jouira en Italie du traitement de la nation la plus favorisée. || Il est d'ailleurs bien entendu que le traitement de la nation la plus favorisée dont la jouissance est assurée à l'Italie ne lui donne pas droit au régime douanier qui pourrait être institué entre la Tunisie et la France, mais seulement aux avantages de quelque nature que ce soit qui, dans les matières énumérées au paragraphe précédent, seraient concédés à une tierce puissance quelconque.

Art. IX. Au cas où le tarif actuel de 10 p. 100 à l'entrée sur les vins et de 8 p. 100 sur les autres articles viendrait à être supprimé en Tunisie, le droit nouveau ne pourra être plus élevé que celui inscrit, pour le même article, au tarif minimum français, exception faite pour les produits repris audit tarif minimum sous les numéros 88 et 110.

Art. X. Les prohibitions ou les restrictions d'entrée, de sortie ou de transit qui seraient jugées nécessaires pour des motifs sanitaires ou de sécurité publique, ou encore pour empêcher la propagation d'épizooties ou la destruction des récoltes, pourront être prononcées en Italie et en Tunisie à l'égard de toute marchandise en provenance ou à destination de l'un ou de l'autre pays.

Art. XI. Les marchandises de toute nature originaires d'Italie et importées en Tunisie ne pourront être assujetties à des droits d'accise, de consommation intérieure ou d'octroi autres ou plus élevés que ceux qui grèvent ou grèveront les marchandises similaires d'origine tunisienne. || De même, les marchandises de toute nature originaires de Tunisie et importées en Italie ne pourront être assujetties à des droits d'accise, de consommation intérieure ou d'octroi

Nr. 11505.
Italien und
Tunis.
28. Sept. 1896.

autres ou plus élevés que ceux qui grèvent ou grèveront les marchandises similaires d'origine italienne.

Art. XII. La présente convention restera en vigueur jusqu'au 1^{er} octobre 1905. Dans le cas où aucune des Hautes Parties contractantes n'aurait notifié douze mois avant ladite date son intention d'en faire cesser les effets, elle demeurera obligatoire jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où l'une ou l'autre l'aura dénoncée.

Art. XIII. La présente convention sera soumise à l'approbation du Parlement italien; elle sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Paris dans l'espace de trois mois à dater de sa signature, ou plus tôt si faire se peut. Elle entrera en vigueur immédiatement après l'échange des ratifications.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait en double exemplaire, à Paris, le 28 septembre 1896.

(L. S.) G. Tornielli.

(L. S.) G. Hanotaux.

Nr. 11506. ITALIEN und TUNIS. — Auslieferungsvertrag.

Paris, 28. September 1896.

Nr. 11506.
Italien und
Tunis.
28. Sept. 1896.

Sa Majesté le Roi d'Italie et le Président de la République Française agissant tant en son nom qu'au nom de Son Altesse le Bey de Tunis, également désireux de conclure une convention à l'effet de régler l'extradition réciproque des malfaiteurs réfugiés de Tunisie en Italie et d'Italie en Tunisie ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir; || Sa Majesté le Roi d'Italie, || S. Exc. M. le comte Joseph Tornielli Brusati de Vergano, sénateur du royaume, son ambassadeur extraordinaire près le Gouvernement de la république française, etc., etc., etc., || et le Président de la république française, || S. Exc. M. Gabriel Hanotaux, ministre des affaires étrangères, etc., etc., etc., || Lesquels après s'être communiqué leurs pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. I^{er}. Les deux Hautes Parties contractantes s'engagent à se livrer réciproquement, d'après les règles déterminées par les articles suivants, les individus réfugiés, soit de Tunisie en Italie ou dans les colonies et possessions italiennes, soit d'Italie ou des colonies et possessions italiennes en Tunisie, et poursuivis ou condamnés à raison d'un des crimes ou délits ci-après énumérés commis en Tunisie ou en Italie et dans les colonies et possessions italiennes. || Lorsque le crime ou délit motivant la demande d'extradition du Gouvernement italien aura été commis hors d'Italie ou des colonies et possessions italiennes, comme lorsque le crime ou délit motivant la demande d'extradition du gouvernement français aura été commis hors de Tunisie, il sera donné suite à cette demande si la législation du pays requis autorise la poursuite du même crime ou délit commis hors de son territoire.

Art. II. Les crimes et délits pour lesquels il y aura lieu à extradition sont les suivants: || 1° parricide, infanticide, assassinat, meurtre, empoisonnement; || 2° coups portés ou blessures faites volontairement quand il en sera résulté une infirmité ou incapacité permanente de travail personnel, la perte ou la privation de l'usage absolu d'un membre ou d'un organe, une mutilation grave ou la mort sans l'intention de la donner; || 3° administration volontaire et coupable, quoique sans intention de donner la mort, de substances pouvant la donner ou altérer gravement la santé; || 4° bigamie, enlèvement de mineurs, viol, avortement, attentat à la pudeur avec violence; attentat à la pudeur sans violence sur la personne ou à l'aide de la personne d'un enfant de l'un ou de l'autre sexe, agé de moins de quatorze ans, attentat aux moeurs, en excitant, facilitant ou favorisant habituellement, pour satisfaire les passions d'autrui, la débauche ou la corruption des mineurs de l'un ou de l'autre sexe; || 5° enlèvement, recel, suppression, substitution, ou supposition d'enfant, exposition ou délaissement d'enfant; || 6° incendie; || 7° destruction volontaire, en tout ou partie, de constructions, de machines à vapeur, d'appareils télégraphiques ou téléphoniques; destruction ou dégradation de tombeaux, de monuments, d'objets d'art, de titres, documents, registres et autres papiers; obstruction ou destruction volontaire et illégale de voies ferrées; || 8° destruction volontaire, en tout ou partie, par l'effet d'une mine ou de toute substance explosible, d'édifices, constructions et généralement de tous objets mobiliers ou immobiliers. Dépôt, dans une intention criminelle, sur une voie publique ou privée, d'un engin explosif; || 9° destruction, détérioration ou dégât de denrées, marchandises ou autres propriété mobilières; destruction ou dévastation de récoltes ou arbres; || 10° association de malfaiteurs; || 11° extorsion par force, violence ou contrainte, de la signature ou de la remise d'un écrit, d'un acte, d'un titre, d'une pièce quelconque contenant ou opérant obligation, disposition ou décharge; || 12° menaces d'un attentat contre les personnes ou les propriétés punissable, en Italie, d'une peine restrictive de la liberté personnelle pour la durée d'au moins trois ans, et, en Tunisie de peines criminelles, d'après la législation française; || 13° attentat à la liberté individuelle commis par des particuliers; || 14° contrefaçon ou falsification d'effets publics ou de billets de banque, de titres publics ou privés, de timbres de poste ou timbres mobiles quelconques; émission ou mise en circulation de ces effets, billets, titres ou timbres contrefaits ou falsifiés; faux en écritures ou dans les dépêches télégraphiques, et usage de ces dépêches, effets, billets ou titres contrefaits, fabriqués ou falsifiés; || 15° fausse monnaie, comprenant la contrefaçon ou l'altération de la monnaie, l'émission ou mise en circulation de la monnaie contrefaite ou altérée; || 16° contrefaçon ou falsification de sceaux, timbres, poinçons et marques; usage frauduleux de sceaux, timbres, poinçons et marques contrefaits ou falsifiés et usage frauduleux de vrais sceaux timbres, poinçons et marques; || 17° faux serment, faux témoignage et fausses déclarations d'experts ou d'interprètes, subornation de témoins, d'experts ou d'interprètes; || 18° concussion et

Nr. 11506.
Italien und
Tunis.
28. Sept. 1896.

Nr. 11506.
Italien und
Tunis.
28. Sept. 1896.

détournements commis par des fonctionnaires publics; corruption de fonctionnaires publics ou d'arbitres, dans le cas où ces faits sont punis par la législation des deux Pays; || 19° banqueroute frauduleuse; || 20° vol, escroquerie, détournement, abus de blanc-seing; || 21° crimes commis en mer: || a) abandon par le capitaine, hors les cas prévus par la loi des deux Pays, d'un navire ou bâtiment de commerce ou de pêche; || b) échouement, perte, destruction par le capitaine ou les officiers ou gens de l'équipage, détournement par le capitaine, d'un navire ou d'un bâtiment de commerce ou de pêche; jet ou destruction sans nécessité de toute ou partie du chargement, des vivres et des effets du bord; fausse route dans une intention criminelle; emprunt sans nécessité sur le corps, ravitaillement ou équipement du navire, ou mise en gage ou vente des marchandises ou victuailles, ou emploi dans les comptes d'avaries ou de dépenses supposées; vente du navire sans pouvoir special, hors le cas d'innavigabilité; déchargement de marchandises sans rapport préalable, hors le cas de péril imminent; vol commis à bord; altération des vivres ou de marchandises commise à bord par le mélange de substances malfaisantes; attaque ou résistance, avec violences et voie de fait, envers le capitaine par plus du tiers de l'équipage; refus d'obéir aux ordres du capitaine ou officier de bord pour le salut du navire ou de la cargaison, avec coup et blessures; complot contre la sûreté, la liberté ou l'autorité du capitaine; prise du navire par les marins ou passagers par fraude ou violence envers le capitaine; || 22° recèlement des objets obtenus à l'aide d'un des crimes ou délits prévus par le présent article. || La tentative des crimes et délits prévus ci-dessus et la complicité dans les mêmes crimes et délits donneront également lieu à extradition lorsqu'elles seront punissables à la fois d'après la législation italienne et d'après la législation française.

Art. III. L'individu extradé ne sera ni poursuivi ni jugé contradictoirement pour un fait autre que celui ayant motivé l'extradition à moins d'un consentement spécial donné dans les conditions de la loi par le Gouvernement requis. || Sera considéré comme soumis sans réserve à l'application des lois de la nation requérante, à raison d'un fait quelconque antérieur à l'extradition et différent de l'infraction qui a motivé cette mesure, l'individu livré qui aura eu, pendant un mois depuis son élargissement définitif, la faculté de quitter le territoire sur lequel cette nation a juridiction.

Art. IV. Dans le cas où, l'extradition d'un étranger ayant été accordée par l'une des deux Puissances contractantes à l'autre, le Gouvernement d'un pays tiers solliciterait à son tour de celle-ci la remise du même individu à raison d'un fait autre que celui ayant motivé l'extradition ou non connexe à ce fait, la Puissance ainsi requise ne déférera, s'il y a lieu, à la demande, qu'après s'être assurée du consentement de l'Etat qui aura primitivement accordé l'extradition. || Toutefois, cette réserve n'aura pas lieu d'être appliquée lorsque l'individu extradé aura eu, pendant le délai fixé par l'article précédent, la faculté de quitter le territoire soumis à la juridiction du pays auquel il a été livré.

Art. V. Aucune personne ne sera livrée si le délit pour lequel l'extradition est demandée est considéré par la Partie requise comme un délit politique ou un fait connexe à un semblable délit. || Ne sera pas réputé délit politique, ou fait connexe à un semblable délit, l'attentat contre la personne du chef d'un Etat étranger ou contre celle des membres de sa famille, lorsque cet attentat constituera la meurtre, l'assassinat ou l'empoisonnement.

Nr. 11506.
Italien und
Tunis.
28. Sept. 1896.

Art. VI. L'extradition pourra être refusée si, depuis les faits imputés, les poursuites ou la condamnation, la prescription de la peine ou de l'action est acquise d'après les lois du pays auquel l'extradition est demandée.

Art. VII. Les nationaux des Hautes Parties contractantes et les tunisiens réfugiés en France ou en Tunisie sont exceptés de l'extradition, sauf à être poursuivis dans leur pays conformément aux lois en vigueur. Toutefois, s'il s'agit d'une personne qui aurait acquis la nationalité, dans le pays requis, depuis le crime ou le délit dont elle est inculpée ou pour lequel elle a été condamnée, cette circonstance n'empêchera pas la recherche, l'arrestation ou l'extradition de ladite personne conformément aux stipulations de la présente convention.

Art. VIII. L'extradition ne sera pas accordée si l'étranger est poursuivi dans le pays de refuge pour le crime ou le délit faisant l'objet de la demande d'extradition, ou bien si, à raison de ce crime ou de ce délit, il a été définitivement condamné, acquitté ou renvoyé de la plainte. || Si l'individu réclamé est poursuivi ou condamné pour une infraction commise dans le pays où il s'est réfugié, son extradition pourra être différée jusqu'à ce que les poursuites soient abandonnées, jusqu'à ce qu'il ait été acquitté ou absous, ou jusqu'au moment où il aura subi sa peine. || Dans le cas où il serait poursuivi ou détenu dans le pays requis à raison d'obligations par lui contractées envers des particuliers, son extradition aura lieu néanmoins sauf à la partie lésée à poursuivre ses droits devant l'autorité compétente.

Art. IX. Toute demande d'extradition sera adressée au Gouvernement requis par voie diplomatique et sera accompagnée soit d'un jugement ou d'un arrêt de condamnation, même par défaut ou par contumace (notifié dans ce dernier cas suivant les formes qui seraient prescrites par la législation du Pays requérant), soit d'un acte de procédure criminelle d'une juridiction compétente décrétant formellement ou opérant de plein droit le renvoi de l'inculpé devant la juridiction répressive, soit d'un mandat d'arrêt ou de tout autre acte ayant la même force et décerné par l'autorité judiciaire pourvu que ces derniers actes renferment l'indication précise du fait pour lequel ils sont délivrés et de la date de ce fait. || Les pièces ci-dessus mentionnées devront être produites en original ou en expédition authentique avec la copie des textes de lois applicables au fait incriminé, et, autant que possible, avec le signalement de l'individu réclamé, ou toute autre indication de nature à en constater l'identité. Le Gouvernement requérant produira, le cas échéant, une traduction en langue française des pièces appuyant la demande. || L'extradition

Nr. 11506. aura lieu selon les formes et suivant les règles prescrites par la législation
 Italien und du Gouvernement auquel elle est demandée. || Dans le cas où il y aurait doute
 Tunis. sur la question de savoir si le crime ou délit objet de la poursuite rentre
 28. Sept. 1896. dans les prévisions de la présente convention, des explications seront demandées,
 et, après examen, le Gouvernement à qui l'extradition est réclamée statuera
 sur la suite à donner à la demande.

Art. X. L'individu poursuivi pour l'un des faits prévus par l'article II de la présente convention devra être arrêté préventivement sur la production d'un mandat d'arrêt ou autre acte ayant la même force, décerné par l'autorité compétente et communiqué par voie diplomatique. En cas d'urgence, l'arrestation provisoire devra être effectuée sur avis transmis par la poste ou par le télégraphe de l'existence d'un mandat d'arrêt ou d'un acte ayant la même force, à la condition toutefois que cet avis sera régulièrement donné par voie diplomatique au ministre des affaires étrangères du pays dont la juridiction s'exerce sur le lieu de refuge. || L'arrestation sera facultative si la demande est directement parvenue à une autorité judiciaire ou administrative, mais cette autorité devra procéder, sans délai, à tous interrogatoires et investigations propres à établir l'identité de l'individu ou les preuves du fait incriminé, ou, en cas de difficulté, rendre compte, par voie hiérarchique, au ministre des affaires étrangères, des motifs qui l'auraient portée à surseoir à l'arrestation. || L'arrestation aura lieu dans les formes et suivant les règles établies par la législation du pays requis. L'étranger sera mis en liberté, si, dans le délai d'un mois après son arrestation, le Gouvernement requis n'est pas saisi de la demande d'extradition conformément à l'article précédent.

Art. XI. Quand il y aura lieu à extradition, tous les objets saisis pouvant servir à constater le crime ou le délit ainsi que les objets provenant de vol seront, suivant l'appréciation de l'autorité compétente, remis à l'Etat requérant, soit que l'extradition puisse s'effectuer, l'individu réclamé ayant été arrêté, soit qu'il ne puisse y être donné suite, cet individu ayant de nouveau pris la fuite ou étant décédé. Cette remise comprendra aussi tous les objets que le fugitif aurait cachés ou déposés dans le pays et qui seraient découverts ultérieurement. Sont réservés toutefois les droits que des tiers non impliqués dans la poursuite auraient pu acquérir sur les objets indiqués dans le présent article.

Art. XII. L'extradition par voie de transit à travers l'Italie ou la Tunisie d'un individu livré par un Gouvernement étranger à l'une des deux Hautes Parties contractantes sera accordée sur la simple production en original ou en expédition authentique de l'un des actes de procédure mentionnés à l'article IX, pourvu que le fait ayant servi de base à l'extradition n'ait pas un caractère politique et que l'individu livré, transitant par l'Italie, ne soit italien et, transitant par la Tunisie, ne soit ni français, ni tunisien. || Le transit aura lieu, quant à l'escorte, avec le concours d'agents du pays qui a autorisé le

transit sur le territoire placé sous sa juridiction; les frais seront à la charge de l'Etat requérant.

Nr. 11506.
Italien und
Tunis.
28. Sept. 1896.

Art. XIII. Lorsque, dans la poursuite d'une affaire pénale non politique, l'audition de témoins se trouvant en Italie ou en Tunisie ou tout acte d'instruction judiciaire sera jugé nécessaire, une commission rogatoire sera envoyée à cet effet, par la voie diplomatique, sans autre formalité que la signature du magistrat instructeur compétent, et il y sera donné suite à la requête du ministère public et sous sa surveillance. || Lorsqu'il y aura urgence, la commission rogatoire pourra être directement adressée par l'autorité judiciaire de l'un des Etats à l'autorité judiciaire de l'autre Etat; mais, dans ce cas, elle devra être accompagnée d'une traduction française en double exemplaire. Les commissions rogatoires tendant à faire opérer soit une visite domiciliaire, soit la saisie du corps du délit ou de pièces à conviction, seront toujours transmises par la voie diplomatique, elles ne seront exécutées que pour l'un des faits énumérés à l'article II du présent traité et sous la réserve exprimée dans le dernier paragraphe de l'article XI ci-dessus.

Art. XIV. Si, dans une cause pénale non politique, la comparution personnelle d'un témoin est nécessaire, le Gouvernement ayant sous sa juridiction le pays où réside le témoin l'engagera à se rendre à l'invitation qui lui sera faite. Dans ce cas, des frais de voyage et de séjour, calculés depuis sa résidence, lui seront accordés d'après les tarifs et règlements en vigueur dans le pays où l'audition devra lieu, sauf le cas où le Gouvernement requérant estimera devoir allouer au témoin une plus forte indemnité. Il pourra lui être fait sur sa demande, par les soins des magistrats de sa résidence, l'avance de tout ou partie des frais de voyage, qui seront ensuite remboursés par le Gouvernement intéressé. || Aucun témoin, quelle que soit sa nationalité, qui, cité en Italie comparaitra volontairement devant les juges ou tribunaux français de Tunisie, ou qui, cité en Tunisie, comparaitra volontairement devant les juges ou tribunaux italiens, ne pourra être poursuivi ou détenu dans le pays où il aura comparu pour une inculpation ou condamnation antérieure, ni sous prétexte de complicité dans les faits, objet du procès où il figurera comme témoin. || Lorsque dans une cause pénale non politique, la production de pièces ou documents judiciaires sera jugée utile, la demande en sera faite par voie diplomatique, et on y donnera suite, à moins que des considérations particulières ne s'y opposent, et sous l'obligation de renvoyer les pièces.

Art. XV. Les Gouvernements respectifs renoncent de part et d'autre à toute réclamation pour la restitution de frais d'entretien, de transport et autres qui pourraient résulter, dans les limites des territoires placés sous leur juridiction respective, de l'extradition des prévenus, accusés ou condamnés, ainsi que de ceux résultant de l'envoi et de la restitution des pièces à conviction ou de documents. || La même règle est applicable aux frais d'exécution des commissions rogatoires dans le cas même où il s'agirait d'expertise, pourvu toutefois que cette expertise n'ait pas entraîné plus d'une vacation.

Nr. 11506.
Italien und
Tunis.
28. Sept. 1896.

Art. XVI. En matière pénale non politique, lorsque la notification d'un acte de procédure ou d'un jugement émanés de l'autorité de l'un des pays contractants devra se faire à un individu se trouvant dans un territoire placé sous la juridiction de l'autre pays, la pièce transmise diplomatiquement sera signifiée à personne à la requête du ministère public du lieu de la résidence par les soins d'un officier compétent et l'original constatant la notification, revêtu du visa, sera renvoyé, par la même voie, au Gouvernement requérant sans restitution de frais. Ces formalités n'engageront nullement la responsabilité du Gouvernement requis qui se bornera à assurer l'authenticité de pièces.

Art. XVII. Les deux Gouvernements s'engagent à se communiquer réciproquement, sans restitution de frais, les arrêts et jugements de condamnation pour crimes et délits de toute espèce qui auront été prononcés par les tribunaux italiens contre des tunisiens et par les tribunaux français de Tunisie contre des italiens. Cette communication sera effectuée moyennant l'envoi au Gouvernement intéressé, par voie diplomatique, d'un bulletin ou extrait mentionnant l'état civil, la profession et le domicile du condamné, la date, le lieu et la nature de l'infraction ainsi que la peine prononcée. Ce bulletin ou extrait indiquera en outre si la sentence est intervenue contradictoirement ou par défaut.

Art. XVIII. La présente convention restera en vigueur jusqu'au 1^{er} octobre 1905. Dans le cas où aucune des Hautes Parties contractantes n'aurait notifié six mois avant ladite date son intention d'en faire cesser les effets, elle demeurera obligatoire jusqu'à l'expiration du sixième mois à partir du jour où l'une ou l'autre des Parties contractantes l'aura dénoncée.

Art. XIX. La présente convention sera soumise à la ratification de Sa Majesté le Roi d'Italie et de M. le Président de la république française et l'échange des ratifications aura lieu à Paris le plus tôt que faire se pourra. Elle entrera en vigueur dix jours après sa publication dans les formes prescrites par les lois des deux pays.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait en double exemplaire, à Paris, le 28 septembre 1896.

(L. S.) G. Tornielli.
(L. S.) G. Hanotaux.

Protocole.

Au moment de signer la convention d'extradition en date de ce jour, les plénipotentiaires sont convenus que, si la peine capitale était prononcée en Tunisie contre un sujet italien ou un individu extradé par le Gouvernement italien, l'attention du Président de la république française serait appelée d'une

manière toute spéciale, en vue de l'instance en grâce pour la commutation de cette peine, sur l'état actuel de la législation, en Italie, à l'égard de la peine de mort.

Nr. 11506.
Italien und
Tunis,
28. Sept. 1896.

Fait en double exemplaire, à Paris, le 28 septembre 1896.

G. Tornielli.

G. Hanotaux.

Nr. 11507. ITALIEN und TUNIS. — Konsularvertrag.

Paris, 28. September 1896.

Sa Majesté le Roi d'Italie et le Président de la République française, agissant tant en son nom qu'au nom de Son Altesse le Bey de Tunis, également désireux de régler l'établissement des italiens en Tunisie et des tunisiens en Italie et de déterminer avec toute l'extention et la clarté possible les droits, pouvoirs, attributions, privilèges et immunités de leurs agents consulaires respectifs en tant qu'ils sont chargés de la protection des italiens et de leurs intérêts en Tunisie, et de la protection des tunisiens et de leurs intérêts en Italie, ont résolu de conclure une convention à cet effect et ils ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté le Roi d'Italie, || S. Exc. le comte Joseph Tornielli Brusati de Vergano, sénateur du royaume, son ambassadeur extraordinaire près le Gouvernement de la République française etc., etc., etc.; || et le Président de la République française, || Son Exc. M. Gabriel Hanotaux, ministre des affaires étrangères, etc., etc., etc., || Lesquels, après s'être communiqué leurs pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Nr. 11507.
Italien und
Tunis.
28. Sept. 1896.

Art. I. Les italiens en Tunisie et les tunisiens en Italie seront reçus et traités, relativement à leurs personnes et à leurs biens, sur le même pied et de la même manière que les nationaux et les français. Ils jouiront des mêmes droits et privilèges en se soumettant aux conditions, aux contributions et aux autres charges qui sont imposées aux dits nationaux et français. Ils seront, toutefois, exempts, dans l'autre pays, de service militaire obligatoire tant dans l'armée que dans la marine, la garde nationale et la milice, comme de toute contribution en argent ou en nature qui viendrait à être imposée pour l'exonération du service militaire.

Art. II. Les italiens en Tunisie et les tunisiens en Italie sont admis, sans conditions ou restrictions autres que celles résultant des lois de leur propre pays, à la jouissance de mêmes droits civils que les nationaux et les français. || En conséquence, ils pourront librement voyager et séjourner, s'établir où ils le jugeront convenable, acquérir et posséder toutes espèces de biens meubles et immeubles, faire le commerce tant en gros qu'en détail, exercer toutes sortes d'art, de profession et d'industrie, louer et occuper des maisons, magasins et boutiques, ouvrir des fabriques et des manufactures, effectuer des transports de marchandises et d'argent, recevoir des consignations tant de

Nr. 11507. l'intérieur que de l'étranger, faire leurs affaires eux-mêmes et présenter à la
 Italien und douane leurs propres déclarations, ou bien employer à cet effet qui bon leur
 Tunis. semblera sous le nom de mandataire, agent, interprète, consignataire, ou tout
 28. Sept. 1896. autre, remplir ces mêmes fonctions pour le compte de tiers, quelle que soit
 la nationalité de ces derniers, fixer comme bon leur semblera le prix des
 marchandises qu'ils auraient l'intention de vendre ou d'acheter; le tout en ob-
 servant les conditions établies par les lois et les règlements du pays. Et,
 pour l'exercice de tous ou de l'un quelconque de ces droits et pour toutes
 ou quelques-unes de ces opérations, ils ne seront pas assujettis à des obli-
 gations ou à des formalités autres ou plus onéreuses et ne payeront point de
 droits, taxes ou impôts autres ou plus élevés que les nationaux eux-mêmes ou
 que les non-nationaux qui jouiraient d'un régime plus favorable encore.

Art. III. Les italiens en Tunisie et les tunisiens en Italie pourront librement établir des sociétés commerciales industrielles et financières, des associations mutuelles et en participation, et toute autre association, soit entre eux, soit avec des personnes d'une autre nationalité, pourvu que le but qu'ils se proposent soit légitime et qu'ils se soumettent aux lois du pays.

Art. IV. Les italiens et les tunisiens pourront disposer à leur volonté par donation, vente, échange, testament ou de toute autre manière, de tous des biens meubles ou immeubles qu'ils posséderaient dans les territoires respectifs et retirer intégralement leurs biens et capitaux du pays; ils pourront également prendre possession et disposer sans empêchement des biens, meubles ou immeubles, qui leur seraient dévolus en vertu d'une loi ou d'un testament dans les mêmes territoires; et lesdits propriétaires, héritiers ou légataires ne seront pas tenus d'acquitter des droits de mutation ou succession autres ou plus élevés que ceux qui seraient imposés dans des cas semblables aux nationaux ou aux non-nationaux qui jouiraient d'un régime plus favorable encore.

Art. V. Pour être admis à ester en justice, les tunisiens en Italie et les italiens en Tunisie ne seront tenus de part et d'autre qu'aux conditions et formalités prescrites pour les nationaux eux-mêmes ou pour les non-nationaux qui jouiraient d'un régime plus favorable encore; ils seront dispensés de plein droit de toute caution ou dépôt qui, sous quelque dénomination que ce soit, peut être exigée des étrangers plaidant contre les nationaux par la législation du pays où l'action est introduite.

Art. VI. Les italiens jouiront en Tunisie et les tunisiens en Italie du bénéfice de l'assistance judiciaire, comme les nationaux eux-mêmes et les français, en se conformant à la loi du pays dans lequel l'assistance sera réclamée. || Dans tous les cas, le certificat d'indigence doit être délivré à l'étranger qui demande l'assistance par les autorités de sa résidence habituelle. Si l'italien indigent ne réside pas en France ou en Tunisie et si le tunisien indigent ne réside pas en Italie, le certificat d'indigence sera visé par l'agent diplomatique représentant du pays où le certificat doit être produit. Lorsque

l'étranger réside dans le pays où la demande est formée, des renseignements pourront, en outre, être pris auprès des autorités consulaires dont il relève.

Nr. 11507.
Italien und
Tunis.
28. Sept. 1896.

Art. VII. Les italiens en Tunisie ne sont justiciables que de la juridiction française; toutefois, en matière d'immeubles, à moins que ceux-ci soient immatriculés ou que toutes les parties en cause soient personnellement justiciables des tribunaux français, il sera statué par les tribunaux tunisiens et, en dernier ressort, par Son Altesse le Bey. || Les assignations devant un tribunal tunisien destinées à un italien seront transmises par l'intermédiaire et par ordonnance du consul italien, lequel sera appelé, à peine de nullité de jugement qui interviendra, à assister aux débats ou à s'y faire représenter. Les jugements rendus en matière immobilière par le tribunal tunisien compétent à l'encontre d'un italien continueront à être exécutés par les autorités judiciaires françaises.

Art. VIII. Les deux Hautes Parties contractantes s'engagent à faire remettre les significations et à faire exécuter les commissions rogatoires en matière civile et commerciale autant que les lois du pays ne s'y opposent pas. || Les deux Gouvernements accepteront réciproquement les actes traduits en français, en se chargeant de leur traduction dans la langue du pays, dans le cas où leurs lois judiciaires défendraient la signification d'un acte en langue étrangère.

Art. IX. La remise des significations aura lieu sans frais pour l'Etat requérant, dans les conditions ci-après indiquées: || Les significations de toute nature, c'est-à-dire les citations, notifications, sommations et autres actes de procédure dressés en Italie ou en Tunisie, et destinés à des personnes domiciliées ou résidant en Tunisie ou en Italie, seront adressés directement par le Gouvernement italien ou français à l'agent diplomatique ou consulaire placé le plus près de l'autorité chargée de les faire remettre aux destinataires. L'agent diplomatique ou consulaire les transmettra à cette autorité qui lui enverra les récépissés délivrés par les personnes auxquelles les actes auront été remis.

Art. X. Les commissions rogatoires décernées par les tribunaux italiens en Italie et français en Tunisie à l'occasion d'affaires civiles ou commerciales sont transmises par la voie diplomatique et exécutées d'office par les soins et sur les diligences des magistrats du ministère public sans frais de timbre ni d'enregistrement. || Cette disposition n'a point pour effet d'empêcher les deux Gouvernements de réclamer respectivement le remboursement des sommes qu'ils peuvent se trouver dans la nécessité d'avancer pour l'exécution des commissions rogatoires décernées à l'occasion d'affaires civiles ou commerciales, telles que frais d'expertises, d'examen médicaux, de descentes sur lieux, insertions, indemnités dues à des témoins, droits revenant à des greffiers.

Art. XI. Les jugements et arrêts en matière civile et commerciale prononcés en Italie par les tribunaux italiens et dûment légalisés auront en Tunisie, et ceux prononcés en Tunisie par les tribunaux français et dûment

Nr. 11507. *Italien und Tunis.*
28. Sept. 1896. légalisés auront en Italie, lorsqu'ils auront acquis la force de chose jugée, la même valeur que les jugements et arrêts prononcés par les tribunaux du pays. Néanmoins les dits jugements et arrêts ne pourront être exécutés qu'après que le tribunal compétent du pays où ils doivent recevoir leur exécution les aura déclarés exécutoires à la suite d'un jugement prononcé dans la forme sommaire et dans lequel il sera constaté qu'ils ont été prononcés par une autorité judiciaire compétente, les parties dûment citées et régulièrement représentées, ou légalement déclarées défailtantes, et qu'ils ne contiennent aucune disposition contraire à l'ordre public et au droit public de l'Etat.

Art. XII. Les deux Hautes Parties contractantes se transmettront réciproquement des expéditions dûment légalisées des actes dressés en Italie et en Tunisie par les officiers de l'état civil et concernant les tunisiens et les italiens. || Cette communication aura lieu tous les six mois par la voie diplomatique, sans frais, en la forme usitée dans chaque pays. || Il est expressément entendu que la délivrance ou l'acceptation desdites pièces n'a pour effet de préjuger ni les questions de nationalité, ni celles qui pourraient s'élever au sujet de la validité des mariages.

Art. XIII. Seront considérés comme sujets italiens en Tunisie et comme sujets tunisiens en Italie ceux qui auront conservé, d'après les lois de leur pays la nationalité italienne ou tunisienne.

Art. XIV. Le Gouvernement italien aura la faculté d'établir des consuls généraux, consuls, vice-consuls et agents consulaires dans les ports, villes et localités de Tunisie où il sera permis à une tierce puissance d'en établir. || L'exequatur nécessaire pour le libre exercice en Tunisie des fonctions consulaires des agents italiens leur sera délivré sans frais, et, sur la production dudit exequatur, l'autorité supérieure du lieu de leur résidence prendra immédiatement les mesures nécessaires pour qu'ils puissent s'acquitter des devoirs de leur charge et qu'ils soient admis à la jouissance des exemptions, prérogatives, immunités, honneurs et privilèges qui y sont attachés. || Les consuls généraux, consuls, vice-consuls et agents consulaires de la République française en Italie y sont chargés de la protection des tunisiens et de leurs intérêts. Ils jouissent, à cet effet, de plein droit, des exemptions, prérogatives, immunités, honneurs et privilèges que les conventions consulaires conclues entre les Gouvernements français et italien leur assurent en Italie en vue de la protection de français et de leurs intérêts.

Art. XV. Les consuls généraux, consuls, vice-consuls et agents consulaires italiens, envoyés, c'est-à-dire citoyens italiens, n'exerçant ni commerce, ni industrie, ni autre profession en dehors des fonctions consulaires, sont exempts en Tunisie des logements militaires et des contributions de guerre ainsi que des contributions directes imposées par l'Etat, par les provinces ou par les communes et dont la perception se fait sur des rôles nominatifs; mais s'ils possédaient des biens immeubles ou des capitaux ayant leur assiette en Tunisie,

ils seront soumis à toutes les taxes, charges et impositions qu'ont à payer les autres habitants du pays comme propriétaires de biens-fonds ou de capitaux. Ils jouiront de l'immunité personnelle et ne pourront être arrêtés ni emprisonnés, excepté pour les faits et actes que la législation française qualifie de crimes et punit comme tels. || Les consuls généraux, consuls, vice-consuls et agents consulaires italiens pourront placer au-dessus de la porte extérieure de la maison consulaire l'écusson italien avec cette inscription: Consulat général, Consulat, vice-Consulat ou agence consulaire d'Italie. Ils pourront également arborer le pavillon italien sur ladite maison consulaire aux jours de solennités publiques ainsi que dans les autres circonstances d'usage, mais il est bien entendu que ces marques extérieures ne pourront jamais être interprétées comme constituant un droit d'asile, mais serviront avant tout à désigner aux italiens la maison consulaire. Les mêmes agents consulaires pourront encore arborer le pavillon italien sur le bateau qu'ils monteraient dans le port pour l'exercice de leurs fonctions.

Nr. 11507.
Italien und
Tunis.
28. Sept. 1896.

Art. XVI. Les consuls généraux, consuls, vice-consuls ou agents consulaires italiens, envoyés ne pourront, en Tunisie, être sommés de comparaître comme témoins devant les tribunaux. Quand la justice locale aura besoin de recueillir auprès d'eux quelque déclaration juridique, elle devra se transporter à leur domicile pour la recevoir de vive voix, ou déléguer à cet effet un fonctionnaire compétent, ou la leur demander par écrit.

Art. XVII. En cas d'empêchement, d'absence ou de décès des consuls généraux, consuls, vice-consuls ou agents consulaires italiens en Tunisie, les élèves-consuls, chanceliers et secrétaires qui ont été présentés antérieurement en leurs qualités respectives seront admis de plein droit à exercer, par interim les fonctions consulaires. Les autorités locales devront leur prêter assistance et protection, et leur assurer, pendant leur gestion intérimaire, la jouissance de tous les droits et immunités reconnus aux titulaires.

Art. XVIII. Les archives consulaires des agents italiens en Tunisie seront inviolables en tout temps et les autorités locales ne pourront, sous aucun prétexte, visiter ou saisir les papiers qui en font partie. || Ces papiers devront toujours être complètement séparés des livres et papiers relatifs au commerce ou à l'industrie que pourraient exercer lesdits agents consulaires.

Art. XIX. Les consuls généraux et consuls italiens, envoyés, pourront, en Tunisie, nommer des agents consulaires dans les ports et villes de leurs arrondissements consulaires respectifs, sauf l'approbation du Gouvernement territorial. || Ces agents pourront être indistinctement choisis parmi les italiens comme parmi les français ou les étrangers, et ils seront munis d'un brevet délivré par le consul qui les aura nommés et sous les ordres duquel ils devront être placés. Ils jouiront des privilèges et immunités stipulés par la présente convention pour les agents consulaires italiens non envoyés.

Art. XX. Les consuls généraux, consuls, vice-consuls et agents consulaires d'Italie en Tunisie pourront s'adresser aux autorités de leur arron-

Nr. 11507. dissement pour réclamer contre toute infraction aux traités ou conventions
 Italien und existant entre les deux pays, et contre tout abus dont leurs nationaux auraient
 Tunis. 28. Sept. 1896. à se plaindre. Si leurs réclamations n'étaient pas accueillies par ces autorités
 ils pourraient avoir recours, à défaut d'un agent diplomatique de leur pays,
 au Gouvernement du pays dans lequel ils résident.

Art. XXI. Les consuls généraux et consuls, ou leurs chanceliers, ainsi que les vice-consuls et agents consulaires d'Italie en Tunisie, auront le droit de recevoir, soit dans leur chancellerie, soit au domicile des parties, soit à bord des navires de leur nation, les déclarations que peuvent avoir à faire les capitaines, les matelots, les passagers, les négociants et tous autres ressortissants de leur pays. Ils sont également autorisés à recevoir, comme notaires, les dispositions testamentaires de leurs nationaux. || Lesdits consuls et agents ont le droit de recevoir tout acte notarié destiné à être exécuté en Italie et intervenant soit entre leurs nationaux seulement, soit entre un ou plusieurs de leurs nationaux et des personnes résidant en Tunisie. Ils peuvent même recevoir les actes dans lesquels des tunisiens ou des français résidant en Tunisie sont seuls parties, lorsque ces actes contiennent des conventions relatives à des biens situés ou à des affaires à traiter en Italie. || Les agents consulaires français en Italie auront, de leur côté, tous les droits ci-dessus spécifiés à l'égard des capitaines, matelots et passagers tunisiens, et pour les actes à dresser en Italie dans l'intérêt des sujets tunisiens y résidant, ou contenant des clauses relatives à des biens situés ou à des affaires à traiter en Tunisie.

Art. XXII. Les actes mentionnés à l'article précédent auront la même force et valeur que s'ils avaient été passés devant un notaire ou autre officier public compétent du pays, lorsqu'ils ont été rédigés dans les formes voulues par les lois italiennes pour ceux établis en Tunisie par les consuls d'Italie, par les lois en vigueur en Tunisie pour les actes établis en Italie, par les consuls français dans l'intérêt de sujets tunisiens ou destinés à être produits en Tunisie; ils sont, d'ailleurs, soumis au timbre, à l'enregistrement et à toute formalité en usage dans le pays où ils doivent recevoir leur exécution. || Les expéditions desdits actes, lorsqu'elles ont été signées ou légalisées par les consuls ou agents consulaires et revêtues du sceau officiel du consulat ou de l'agence consulaire, font foi, tant en justice que hors de justice, devant tous les tribunaux, juges et autorités de Tunisie ou d'Italie, au même titre que les originaux. || Dans le cas où un doute s'éleverait sur l'authenticité de l'expédition d'un acte public enregistré à la chancellerie d'un des consulats respectifs, on ne pourra en refuser la confrontation avec l'original à l'intéressé qui en fera la demande et qui pourra assister à cette collation, s'il le juge convenable. || Les consuls généraux, consuls, vice-consuls ou agents consulaires d'Italie et de France pourront traduire ou légaliser toute espèce de documents émanés respectivement des autorités ou fonctionnaires d'Italie ou de Tunisie; ces tra-

ductions auront, dans le pays de leur résidence, la même force et valeur que si elles eussent été faites par les interprètes jurés du pays.

Nr. 11507.
Italien und
Tunis.
28. Sept. 1896.

Art. XXIII. En cas de décès d'un italien en Tunisie ou d'un tunisien en Italie, les autorités locales devront en donner avis immédiatement au consul général, consul, vice-consul ou agent consulaire dans la circonscription duquel le décès aura eu lieu. Ceux-ci, de leur côté, devront donner le même avis aux autorités locales, lorsqu'ils en seront informés les premiers. || Quand un italien en Tunisie ou un tunisien en Italie sera mort sans avoir fait de testament ni nommé d'exécuteur testamentaire, ou si les héritiers, soit naturels, soit désignés par le testament, étaient mineurs, incapables ou absents, ou si les exécuteurs testamentaires nommés ne se trouvaient pas dans le lieu où s'ouvrira la succession, le consul général, consul, vice-consul ou agent consulaire auquel ressortissait le défunt aura le droit de procéder successivement aux opérations suivantes: || 1° Apposer les scellés, soit d'office, soit à la demande des parties intéressées, sur tous les effets, meubles et papiers du défunt, en prévenant de cette opération l'autorité locale compétente, qui pourra y assister et apposer également ses scellés. || Ces scellés, non plus que ceux de l'agent consulaire, ne devront pas être levés sans que l'autorité locale assiste à cette opération. || Toutefois, si, après un avertissement adressé par le consul ou vice-consul à l'autorité locale pour l'inviter à assister à la levée des doubles scellés, celle-ci ne s'était pas présentée dans un délai de quarante-huit heures, à compter de la réception de l'avis, cet agent pourra procéder seul à ladite opération; || 2° Former l'inventaire de tous les biens et effets du défunt, en présence de l'autorité locale, si, par suite de la notification susindiquée, elle avait cru devoir assister à cet acte. || L'autorité locale apposera sa signature sur les procès-verbaux dressés en sa présence, sans que, pour son intervention d'office dans ces actes, elle puisse exiger des droits d'aucune espèce; || 3° Ordonner la vente aux enchères publiques de tous les effets mobiliers de la succession qui pourraient se détériorer et de ceux d'une conservation difficile, comme aussi des récoltes et effets pour la vente desquels il se présentera des circonstances favorables; || 4° Déposer en lieu sûr les effets et les valeurs inventoriés; conserver le montant des créances que l'on réalisera, ainsi que le produit des rentes que l'on percevra, dans la maison consulaire, ou les confier à quelque commerçant présentant toutes garanties. Ces dépôts devront avoir lieu, dans l'un ou l'autre cas, d'accord avec l'autorité locale qui aura assisté aux opérations antérieures, si, par suite de la convocation mentionnée au paragraphe suivant, des sujets du pays ou d'une puissance tierce se présentaient comme intéressés dans la succession ab intestat ou testamentaire; || 5° Annoncer le décès et convoquer, au moyen des journaux de la localité et de ceux du pays du défunt, si cela était nécessaire, les créanciers qui pourraient exister contre la succession ab intestat ou testamentaire, afin qu'ils puissent présenter leurs titres respectifs de créance, dûment justifiés, dans le délai fixé par les lois de chacun des deux pays. || S'il se présentait des créanciers contre la

Nr. 11507.
Italien und
Tunis.
28. Sept. 1896.

succession testamentaire ou ab intestat, le payement de leur créance devra s'effectuer dans le délai de quinze jours après la clôture de l'inventaire, s'il existait des ressources qui pussent être affectées à cet emploi; et, dans le cas contraire, aussitôt que les fonds nécessaires auraient pu être réalisés par les moyens les plus convenables; ou enfin dans le délai consenti, d'un commun accord, entre les consuls et la majorité des intéressés. || Si les consuls respectifs se refusaient au payement de tout ou partie des créances, en alléguant l'insuffisance des valeurs de la succession pour les satisfaire, les créanciers auront le droit de demander à l'autorité compétente, s'ils le jugeaient utile à leurs intérêts, la faculté de se constituer en état d'union. || Cette déclaration obtenue par les voies légales établies dans chacun des deux pays, les consuls ou vice-consuls devront faire immédiatement la remise à l'autorité judiciaire ou aux syndics de la faillite, selon qu'il appartiendra, de tous les documents, effets ou valeurs appartenant à la succession testamentaire ou ab intestat, lesdits agents demeurant chargés de représenter les héritiers absents, les mineurs et les incapables. || En tout cas, les consuls généraux, consuls et vice-consuls ne pourront faire la délivrance de la succession ou de son produit aux héritiers ou à leurs mandataires qu'après l'expiration d'un délai de six mois à partir du jour où l'avis du décès aura été publié dans les journaux; || 6° Administrer et liquider eux-mêmes, ou par une personne qu'ils nommeront sous leur responsabilité, la succession testamentaire ou ab intestat, sans que l'autorité locale ait à intervenir dans lesdites opérations, à moins que les sujets du pays ou d'un tierce puissance n'aient à faire valoir des droits dans la succession car, en ce cas, s'il survenait des difficultés, provenant notamment de quelques réclamations donnant lieu à contestation, les consuls généraux, consuls, vice-consuls et agents consulaires n'ayant aucun droit pour terminer ou résoudre ces difficultés, les tribunaux du pays devront en connaître selon qu'il leur appartient d'y pouvoir ou de les juger. || Lesdits agents consulaires agiront alors comme représentants de la succession testamentaire ou ab intestat c'est-à-dire que, conservant l'administration et le droit de liquider définitivement ladite succession, comme aussi celui d'effectuer les ventes d'effets dans les formes précédemment indiquées, ils veilleront aux intérêts des héritiers et auront la faculté de désigner des avocats chargés de soutenir leurs droits devant les tribunaux. Il est bien entendu qu'ils remettront à ces tribunaux tous les papiers et documents propres à éclairer la question soumise à leur jugement. || Le jugement prononcé, les consuls généraux, consuls, vice-consuls ou agents consulaires devront l'exécuter, s'ils ne forment pas appel, et ils continueront alors de plein droit la liquidation qui aurait été suspendue jusqu'à la conclusion du litige. || 7° Organiser, s'il y a lieu, la tutelle ou curatelle, conformément aux lois des pays respectifs.

Art. XXIV. Lorsqu'un italien en Tunisie ou un tūnisien en Italie sera décédé sur un point où il ne se trouverait pas d'agent consulaire italien ou français, l'autorité territoriale compétente procédera, conformément à la légis-

lation du pays, à l'inventaire des effets et à la liquidation des biens qu'il aura laissés, et sera tenue de rendre compte, dans le plus bref délai possible, du résultat de ces opérations à l'ambassade qui doit en connaître, ou au consulat le plus voisin du lieu où se sera ouverte la succession ab intestat ou testamentaire. || Mais dès l'instant que l'agent consulaire le plus rapproché du point où se serait ouverte ladite succession ab intestat ou testamentaire se présenterait personnellement ou enverrait un délégué sur les lieux, l'autorité locale qui sera intervenue devra se conformer à ce que prescrit l'article précédent.

Art. XXV. Ces dispositions sont applicables aux successions des italiens qui, étant décédés hors de Tunisie, et des tunisiens qui, étant décédés hors d'Italie laissent, en Tunisie ou en Italie, des biens mobiliers ou immobiliers.

Art. XXVI. Lorsqu'un italien se trouvera intéressé dans une succession, ouverte sur le territoire tunisien ou qu'un tunisien se trouvera intéressé dans une succession ouverte sur le territoire italien, les autorités locales, quelle que soit la nationalité du défunt, devront informer de l'ouverture de la succession l'autorité consulaire italienne ou française la plus rapprochée du lieu d'ouverture de la succession.

Art. XXVII. Les consuls généraux, consuls, vice-consuls ou agents consulaires d'Italie en Tunisie, et les consuls généraux, consuls, vice-consuls ou agents consulaires de France en Italie connaissent exclusivement des actes d'inventaires et des autres opérations à accomplir pour la conservation des biens et objets de toute nature laissés par les gens de mer et les passagers italiens et tunisiens qui décèdent dans le port d'arrivée, en Tunisie ou en Italie, soit à terre, soit à bord d'un navire soumis à leur autorité. || Les valeurs et effets appartenant aux marins ou passagers morts à bord d'un navire soumis à l'autorité du consul de l'une ou l'autre des Hautes Parties contractantes seront envoyés, dans le port d'arrivée, au consul auquel ressortissait le défunt pour être remis à l'autorité du pays de ce dernier.

Art. XXVIII. Les consuls généraux, consuls, vice-consuls et agents consulaires respectifs peuvent aller personnellement ou envoyer des délégués à bord des navires soumis à leur autorité, après leur admission à la libre pratique; interroger le capitaine et l'équipage, examiner les papiers du bord, recevoir les déclarations sur le voyage, la destination du bâtiment et les incidents de la traversée; dresser les manifestes et faciliter l'expédition du navire. || Les fonctionnaires de l'ordre judiciaire et administratif ne peuvent, en aucun cas, opérer à bord ni recherches, ni visites, sans prévenir auparavant, ou, en cas d'urgence, au moment même de la perquisition, le consul, vice-consul ou agent consulaire de qui relève le bâtiment. || Ils doivent, également, donner, en temps opportun, au consul, vice-consul ou agent consulaire les indications nécessaires pour qu'il puisse assister aux déclarations que le capitaine ou l'équipage auraient à faire devant les tribunaux ou les administrations du pays. || L'avis adressé, à cet effet, au consul, vice-consul ou agent consulaire indique une heure précise, et, si celui-ci ne s'y rend pas en per-

Nr. 11507.
Italien und
Tunis.
28. Sept. 1896.

Nr. 11507.
Italien und
Tunis.
28. Sept. 1896.

sonne ou ne s'y fait pas représenter par un délégué, il est procédé en son absence. || L'intervention des consuls ou vice-consuls n'est cependant pas requise pour l'accomplissement des formalités ordinaires de la part des autorités locales, à l'arrivée et au départ des navires, en conformité des réglemens de police, de douane et de santé, leur assistance n'étant nécessaire que dans les cas où il est question de procédures judiciaires ou administratives.

Art. XXIX. En tout ce qui concerne la police des ports, le chargement et le déchargement des navires et la sûreté des marchandises, biens et effets, on observera les lois, ordonnances et réglemens du pays. || Les consuls généraux, consuls, vice-consuls ou agents consulaires seront chargés exclusivement du maintien de l'ordre intérieur à bord des navires marchands soumis à leur autorité; ils régleront eux-mêmes les contestations de toute nature qui seraient survenues entre le capitaine, les officiers du navire et les matelots, et spécialement celles relatives à la solde et à l'accomplissement des engagements réciproquement contractés. || Les autorités locales ne pourront intervenir que lorsque les désordres survenus à bord des navires seraient de nature à troubler la tranquillité et l'ordre public à terre où dans le port, ou quand une personne du pays, ou ne faisant pas partie de l'équipage s'y trouvera mêlée. || Dans tous les autres cas, les autorités précitées se borneront à prêter tout appui aux consuls, vice-consuls ou agents consulaires, si elles en sont requises par eux, pour faire arrêter et conduire en prison tout individu inscrit sur le rôle de l'équipage, chaque fois que pour un motif quelconque lesdits agents le jugeront convenable.

Art. XXX. Les consuls généraux, consuls, vice-consuls ou agents consulaires pourront faire arrêter et renvoyer, soit à bord, soit dans leur pays, les marins et toute autre personne faisant, à quelque titre que ce soit, partie des équipages des navires de commerce, de guerre ou de plaisance soumis à leur autorité, qui auraient déserté. || A cet effet, ils devront s'adresser par écrit aux autorités locales compétentes, et justifier, au moyen de la présentation des registres du bâtiment ou du rôle de l'équipage, ou, si le navire était parti, en produisant une copie authentique de ces documents, que les personnes réclamées faisaient réellement partie de l'équipage. Sur cette demande ainsi justifiée, la remise des déserteurs ne pourra être refusée. || On donnera, en outre, auxdits agents consulaires tout secours et toute assistance pour la recherche et l'arrestation de ces déserteurs, qui seront conduits dans les prisons du pays et y seront détenus à la demande et aux frais du consul ou vice-consul, jusqu'à ce que celui-ci trouve une occasion de les faire partir. || Cet emprisonnement ne pourra durer plus de trois mois, après lesquels, et moyennant un avis donné au consul trois jours à l'avance, la liberté sera rendue au prisonnier qui ne pourra être incarcéré de nouveau pour la même cause. || Toutefois, si le déserteur avait commis quelque délit à terre, l'autorité locale pourrait surseoir à l'extradition jusqu'à ce que le tribunal eût rendu sa sentence, et que celle-ci eût reçu pleine et entière exécution. || Les Hautes

Parties contractantes conviennent que les marins ou autres individus de l'équipage, italiens, qui auraient déserté en Italie, et, français ou tunisiens, qui auraient déserté en Tunisie, sont exceptés des stipulations du présent article.

Nr. 11507.
Italien und
Tunis.
28. Sept. 1896.

Art. XXXI. Toutes les fois qu'il n'y aura pas de stipulations contraires entre les armateurs, chargeurs et assureurs, les avaries que les navires italiens ou tunisiens auront souffertes en mer, soit qu'ils entrent dans les ports de Tunisie ou d'Italie, volontairement ou par relâche forcée, seront réglées par les consuls généraux, consuls, vice-consuls ou agents consulaires respectifs, à moins que des personnes ne relevant pas de l'autorité du consul ne soient intéressés dans ces avaries; dans ce cas, et à défaut de compromis amiable entre toutes les parties intéressées, elles devraient être réglées par l'autorité locale.

Art. XXXII. Lorsqu'un navire italien fera naufrage ou échouera sur le littoral tunisien, les autorités locales devront porter le fait à la connaissance de l'agent consulaire italien dans la circonscription duquel le sinistre a eu lieu. De même, lorsqu'un navire tunisien fera naufrage ou échouera sur le littoral italien, les autorités locales devront porter le fait à la connaissance de l'agent consulaire français dans la circonscription duquel le sinistre a eu lieu. || Toutes les opérations relatives au sauvetage des navires italiens qui naufrageraient ou échoueraient dans les eaux territoriales de la Tunisie seront dirigées par les consuls généraux, consuls, vice-consuls ou agents consulaires italiens; réciproquement toutes les opérations relatives au sauvetage des navires tunisiens qui naufrageraient ou échoueraient dans les eaux territoriales de l'Italie seront dirigées par les consuls généraux, consuls, vice-consuls ou agents consulaires français. || L'intervention des autorités locales n'aura lieu dans les deux pays que pour assister les agents consulaires, maintenir l'ordre, garantir les intérêts des sauveteurs étrangers à l'équipage, et assurer l'exécution des dispositions à observer pour l'entrée et la sortie des marchandises sauvées. || En l'absence et jusqu'à l'arrivée des agents consulaires ou de la personne qu'ils délégueront à cet effet, les autorités locales devront prendre toutes les mesures nécessaires pour la protection des individus et la conservation des objets qui auront été sauvés du naufrage. L'intervention des autorités locales dans ces différents cas ne donnera lieu à la perception de frais d'aucune espèce, hors ceux que nécessiteront les opérations du sauvetage et la conservation des objets sauvés, ainsi que ceux auxquels seraient soumis, en pareil cas, les navires nationaux et français. || En cas de doute sur la nationalité des navires naufragés, les dispositions mentionnées dans le présent article seront de la compétence exclusive de l'autorité locale. || Les marchandises et effets sauvés ne sont sujets au payement d'aucun droit de douane à moins qu'ils n'entrent dans la consommation intérieure.

Art. XXXIII. Les consuls généraux, consuls, vice-consuls ou agents consulaires italiens jouiront en Tunisie, et les consuls généraux, consuls, vice-consuls ou agents consulaires français jouiront, pour la protection des tunisiens

Nr. 11507.
Italien und
Tunis.

et de leurs intérêts en Italie, de tous les privilèges, immunités et prérogatives respectivement accordées en Tunisie et en Italie aux agents de la même classe de la nation la plus favorisée.

Art. XXXIV. La présente convention restera en vigueur jusqu'au 1^{er} octobre 1905. Dans le cas où aucun des Hautes Parties contractantes n'aurait notifié, douze mois avant ladite date, son intention d'en faire cesser les effets, elle demeurera obligatoire jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où l'une ou l'autre des Parties contractantes l'aura dénoncée.

Art. XXXV. La présente convention sera soumise à la ratification de Sa Majesté le Roi d'Italie et de M. le Président de la République française et les ratifications en seront échangées à Paris le plus tôt que faire se pourra. || Elle entrera en vigueur immédiatement après l'échange des ratifications.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé leur cachets.

Fait en double exemplaire, à Paris, le 28 septembre 1896.

(L. S.) G. Tornielli.

(L. S.) G. Hanotaux.

Protocole.

Au moment de signer la convention consulaire et d'établissement en date de ce jour, les plénipotentiaires soussignés, à ce dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, sont convenus de ce qui suit: || I. — Il est entendu que les dispositions de l'article XIII ne sont pas applicables aux italiens qui auraient acquis une autre nationalité, en Tunisie, en vertu d'un acte de naturalisation, ou hors de Tunisie, soit en vertu d'un acte de naturalisation, soit par l'effet de la loi. || II. Les indigènes protégés, actuellement inscrits au consulat général d'Italie à Tunis, auront droit en Tunisie au même traitement que les italiens eux-mêmes. || III. — Les associations et établissements italiens existant actuellement en Tunisie seront considérés comme étant déjà en possession de l'autorisation légale. La liste de ces associations et établissements, avec leurs actes et les documents constitutifs, sera remise à l'autorité locale dans un délai de six mois à dater de la ratification de la convention. || En ce qui concerne les écoles italiennes actuellement ouvertes en Tunisie et l'hôpital de Tunis, le *statu quo* sera maintenu sans préjudice des droits supérieurs appartenant à l'administration locale en matière d'hygiène et d'ordre public pour l'application des lois de police et de sûreté.

Fait en double exemplaire, à Paris, le 28 septembre 1896.

G. Tornielli.

G. Hanotaux.

Nr. 11508. **ITALIEN** und **SAN MARINO**. — Freundschafts-Vertrag.

Florenz, 28. Juni 1897.

Sua Maestà il Re d'Italia e la Serenissima Repubblica di San Marino Nr. 11508. Italien und San Marino. 28. Juni 1897.
avendo riconosciuto la reciproca convenienza di introdurre alcune modificazioni nella convenzione tra loro stipulata il 27 marzo 1872, e ora prossima a scadere, al fine di viemeglio consolidare le relazioni di buon vicinato e di amicizia e di rimuovere ogni cagione di reclamo fra i due Governi, hanno a tale effetto nominato appositi Plenipotenziari, cioè: || Sua Maestà il Re d'Italia. || L'onorevole professore Pasquale Villari, Grande Ufficiale degli ordini dei SS. Maurizio e Lazzaro e della Corona d'Italia, cavaliere dell'ordine civile di Savoia e dell'ordine *Pour le mérite* di Prussia, Vice-Presidente del Senato del Regno, ecc., ecc., e

la Repubblica di S. Marino, || Sua Eccellenza il cavaliere Paolo Onorato Vigliani, Patrizio di San Marino, Gran Croce decorato del Gran Cordone degli ordini dei SS. Maurizio e Lazzaro e della Corona d'Italia, ecc., ecc. Ministro di Stato, Presidente emerito di Corte di Cassazione, Senatore del Regno d'Italia, ecc. ecc.; || I quali, dopo essersi comunicati i rispettivi pieni poteri, che furono riconosciuti in debita forma, hanno concordato sulle seguenti stipulazioni:

Art. 1. Le relazioni tra la Repubblica di S. Marino e il Regno d'Italia saranno regolate in generale secondo i principii di amicizia e buon vicinato, ed in particolare secondo le disposizioni della presente convenzione.

Art. 2. — Gli ufficiali consolari debitamente ammessi nei due Stati continueranno a godere del trattamento di cui hanno finora goduto.

Art. 3. — Le sentenze delle autorità giudiziarie del Regno d'Italia in materia civile e commerciale avranno esecuzione nella Repubblica di San Marino, e quelle delle autorità giudiziarie della Repubblica avranno esecuzione nel Regno, secondo le norme di procedura stabilite dalla rispettiva legislazione.

Art. 4. — Gli atti pubblici fatti nel Regno d'Italia avranno effetto nella Repubblica, e quelli fatti nella Repubblica avranno effetto nel Regno, in conformità dell'art. 3.

Art. 5. — Gli atti e contratti di qualunque natura ricevuti dai notai o da altri pubblici ufficiali di uno dei due Stati faranno piena fede ed avranno esecuzione nell'altro senz'altra formalità di legalizzazione, per gli atti e contratti ricevuti in Italia, oltre quella, che è ora prescritta, del Presidente del competente tribunale civile e penale, quando gli atti debbono avere effetto nel Regno ma fuori della giurisdizione in cui furono fatti; e per gli atti e contratti ricevuti nel territorio della Repubblica di San Marino, senz'altra formalità di legalizzazione oltre quella che al detto effetto rimane affidata al Segretario di Stato per gli affari esteri di quello Stato.

Nr. 11508.
Italien und
San Marino.
23. Juni 1897.

Art. 6. — Le citazioni e le intimazioni di sentenze e di atti giudiziari, fatte nei due Stati nell'interesse dei cittadini dei due paesi, saranno eseguite nel modo prescritto dalle leggi di procedura del luogo, a semplice richiesta della parte interessata.

Art. 7. — I due Stati si comunicheranno scambievolmente gli atti interessanti lo stato civile, trasmettendo senza spesa e debitamente legalizzate, secondo l'art. 5, le copie degli atti di nascita, di matrimonio e di morte fatti sul loro territorio e concernenti cittadini dell'altro Stato. || Qualora trattisi di matrimonio fra due persone appartenenti a due diversi Comuni, l'atto dovrà essere comunicato in doppia copia. || La trasmissione delle copie degli atti sopra indicati sarà eseguita ogni mese, rispettivamente, per mezzo del Procuratore del Re del tribunale italiano nella cui giurisdizione è posto l'ufficio di stato civile, e del Commissario della legge in San Marino, i quali ne faranno lo scambio fra loro direttamente e li faranno pervenire al competente ufficio di stato civile od a chi ne fa le veci. || S'intende espressamente convenuto che la spedizione o l'accettazione delle copie di tali atti non pregiudicherà le questioni di nazionalità. || Gli atti di stato civile domandati da privati non forniti d'un certificato d'indigenza rimarranno subordinati al pagamento dei diritti esigibili in ciascuno dei due Stati, eccettuato il caso che la necessità della richiesta fatta da una parte all'altra fosse la conseguenza di qualche omissione o ritardo negli scambi regolari che debbono farsi d'ufficio in conformità al presente articolo.

Art. 8. — I cittadini italiani nella Repubblica e i cittadini sanmarinesi nel Regno godranno reciprocamente del beneficio dell'assistenza giudiziaria come i nazionali, purchè si uniformino alla legge vigente nel luogo ove l'assistenza è domandata. || In tutti i casi il certificato d'indigenza dev'essere rilasciato a chi domanda l'assistenza dall'autorità della sua residenza abituale e debitamente legalizzato dall'autorità competente. Potranno anche essere chieste informazioni alle autorità dello Stato a cui appartiene chi ha fatto la domanda. || I cittadini italiani nella Repubblica e i cittadini sanmarinesi nel Regno ammessi al beneficio della assistenza giudiziaria sono dispensati di pieno diritto da ogni cauzione o deposito che, sotto qualunque denominazione, possa essere richiesto dagli stranieri che piatiscono contro i nazionali, secondo la legislazione del luogo ove l'azione sarà introdotta.

Art. 9. — Le autorità giudiziarie del Regno e quelle della Repubblica corrisponderanno direttamente fra loro per tutto ciò che si riferisce alle rogatorie in materia civile e commerciale, riguardanti citazioni, notificazioni o consegne di atti, giuramenti, interrogatorii, dichiarazioni, esami di testimoni, perizie ed altri atti d'istruzione, o riguardanti i provvedimenti per la esecuzione dei giudicati di cui nell'art. 3, ovvero le garanzie provvisorie. || L'autorità del luogo in cui si deve eseguire la rogatoria provvederà all'esecuzione e trasmetterà gli atti relativi a quella da cui le pervenne la richiesta. || Le spese occorrenti per la esecuzione delle rogatorie sono a carico dello Stato

richiedente; quelle riguardanti i provvedimenti per la esecuzione dei suddetti giudicati sono a carico delle parti interessate. || Per tutte le altre materie specificate nel presente articolo, tanto le autorità giudiziarie quanto le altre autorità e funzionari governativi dei due Stati corrisponderanno fra loro o direttamente o pel tramite dei rispettivi consoli.

Nr. 11508.
Italien und
San Marino.
28. Juni 1897.

Art. 10. — Il Governò italiano e quello della Repubblica si obbligano di far ricercare, arrestare e di consegnarsi i delinquenti condannati o gli imputati dalle rispettive autorità giudiziarie per reati che la legislazione italiana qualifichi delitti e la legislazione sanmarinese misfatti, colle seguenti condizioni: || 1) Per i condannati in contraddittorio o in contumacia le pene inflitte deve essere almeno di due mesi di carcere od altra pena legalmente equivalente di pari durata; || 2) Per gl'imputati o accusati il massimo della pena applicabile al fatto incriminato deve essere non minore d'un anno di carcere od altra pena legalmente equivalente di pari durata, qualunque ne sia il minimo; || 3) In ogni caso il fatto incriminato deve essere punibile anche secondo la legislazione dello Stato cui la domanda è diretta; || 4) Sono esclusi dall'estradizione i fatti che la legge italiana punisce soltanto perchè commessi per negligenza o imprudenza, o per imperizia nella propria arte o professione, o per l'inosservanza di regolamenti, ordini o discipline; o che la legge di San Marino punisce soltanto come delitti. || L'estradizione non è ammessa se il reato pel quale è domandata sia considerato dallo Stato richiesto come reato politico o come fatto connesso a tale reato. || Non sarà considerato come reato politico o fatto connesso a tale reato l'attentato contro la persona del Capo di uno Stato estero, o contro quella di membri della sua famiglia, allorchè questo reato costituisca omicidio volontario.

Art. 11. — La domanda di estradizione sarà fatta direttamente dall'autorità giudiziaria competente all'autorità giudiziaria dell'altro Stato, esibendo una sentenza di condanna od un atto di accusa, un mandato di cattura od ogni altro atto equivalente al mandato, nel quale dovrà essere indicata la natura e la gravità dei fatti imputati, nonchè la disposizione di legge penale applicabile ad essi. || Gli atti saranno rilasciati, o in originale o in copia autentica, dall'autorità giudiziaria competente del paese che domanda la estradizione. || In pari tempo si faranno conoscere i contrassegni personali del delinquente domandato, se sarà possibile, e ogni altra indicazione atta ad accertarne l'identità. || Resta inteso che la richiesta o la concessione dell'estradizione dovrà essere autorizzata dal Governo dello Stato nel quale l'autorità giudiziaria la richiede o la consente.

Art. 12. — In ogni caso, e specialmente quando vi sia pericolo di fuga, tanto l'autorità giudiziaria richiedente, quanto l'autorità politica dei luoghi limitrofi sono autorizzate a domandare l'arresto provvisorio del condannato o imputato, salvo di presentare nel più breve tempo possibile il documento, giusta il precedente articolo.

Nr. 11508.
Italien und
San Marino.
28. Juni 1897.

Art. 13. — L'obbligo dell'extradizione non si applica ai cittadini dello Stato nel quale si sono rifugiati o che nello Stato medesimo hanno fissato il loro domicilio da dieci anni non interrotti, computabili anteriormente alla domanda di estradizione.

Art. 14. — La naturalizzazione posteriore al commesso reato non impedirà l'extradizione del delinquente.

Art. 15. — Se il condannato o imputato sia cittadino dello Stato dove si è rifugiato, sarà quivi sottoposto a giudizio e punito secondo la legge ivi imperante, qualora si tratti di reato pel quale, giusta l'art. 10 della presente convenzione, sarebbe ammessa la estradizione, se egli fosse straniero; ma quando si tratti di reato pel quale sia stabilita nella legge anzidetta una pena restrittiva della libertà personale, inferiore nel minimo ai tre anni, non si procede che a querela di parte o a richiesta del Governo nel cui territorio fu commesso il reato. || A tale effetto saranno comunicati dalla Parte richiedente gli atti di procedimento che fossero stati compilati, e, se si tratta di un condannato, la copia della sentenza.

Art. 16. — Se per un processo compilato in uno dei due Stati contraenti fosse necessario di confrontare l'imputato coi delinquenti detenuti nell'altro Stato, oppure ottenere prove e documenti giudiziari da questo posseduti, ne sarà chiesta la consegna. Compiuto l'oggetto pel quale la consegna ebbe luogo, saranno restituiti l'imputato e i documenti consegnati.

Lo stesso avverrà nel caso in cui in un reato avranno avuto parte cittadini dei due Stati, i quali sieno poi ritornati nel rispettivo territorio.

Art. 17. — Se una delle Parti contraenti richiederà all'altra la consegna di un delinquente, non sua cittadino, nè domiciliato, che abbia commesso il reato nel territorio di un terzo Stato e contro del quale procede l'autorità giudiziaria dello Stato richiedente, il Governo richiesto si riserva di accogliere, o no, la domanda, prendendo in considerazione i trattati vigenti con altri Stati.

In caso di concorso di domande di estradizione, fatte dallo Stato ove avvenne il reato e da quello in danno di cui fu commesso, il Governo richiesto si riserva di valutare le circostanze del reato e quindi preferire l'una all'altra domanda.

Art. 18. — Il Governo che, giusta i precedenti articoli, sarà richiesto della consegna di un qualche condannato o imputato non potrà farlo mettere in libertà con un atto di grazia, nè concedergli salvacondotto o impunità, eccettuati quei salvacondotti che si concedono per la prova di altri delitti, secondo le regole e pratiche criminali.

I detti salvacondotti, e quelli che fossero per altri fini conceduti, rimangono di nessun valore, quando gl'inquisiti o condannati vengono dall'altro Governo reclamati.

Art. 19. — Saranno pure consegnati il denaro e tutti gli oggetti che si troveranno presso i delinquenti, o che saranno stati alienati, se potranno rin-

venirsi, ed ogni altra cosa che abbia relazione o possa servire di prova al delitto commesso; come pure le copie degli atti che sieno stati compilati prima della consegna dei delinquenti, corrispondendo per questi il solo costo della scrittura.

Nr. 11508.
Italien und
San Marino.
28. Juni 1897.

Art. 20. — Ritrovandosi presso i delinquenti oggetti appartenenti a cittadini del Governo richiesto, dovranno essere loro restituiti senza veruna spesa, dopo averne giustificata la proprietà e quando non saranno più necessari alla prova del reato.

Art. 21. — Non sarà accordata l'estradizione se, incominciato il procedimento e dopo la condanna, il delinquente abbia prescritto l'azione penale o la pena, secondo la legislazione dello Stato richiesto.

Art. 22. — Le autorità giudiziarie dei due Stati sono obbligate a prestarsi scambievolmente per l'esecuzione di rogatorie in materia penale, giusta l'articolo 9, §§ 1 e 2.

Art. 23. — Saranno a carico dello Stato richiedente tutte le spese che occorreranno nel territorio dello Stato richiesto per mantenimento e trasporto di delinquenti, di denaro od altri oggetti.

Art. 24. — I due Governi si obbligano di comunicarsi reciprocamente e senza spesa le sentenze di condanna per qualsiasi reato che la legge italiana qualifica delitto e la legge di San Marino misfatto, pronunciate dalle autorità giudiziarie rispettive contro i cittadini dell'altro Stato. || La comunicazione sarà fatta direttamente tra le dette autorità giudiziarie dei due Stati, inviando una copia della sentenza di condanna divenuta irrevocabile.

Art. 25. — I cittadini italiani residenti nel territorio della Repubblica di San Marino saranno trattati, per quanto riflette la leva e il servizio militare, come gli altri cittadini residenti nel Regno.

Art. 26. — Qualunque militare del Regio esercito italiano o della marina, e così pure qualunque individuo delle truppe della Repubblica di San Marino, il quale, disertando dal servizio del Governo cui appartiene, si rifugiasse negli Stati dell'altro, dovrà essere immediatamente arrestato, anche senza speciale richiesta, e restituito con le armi, cavalli, equipaggio ed ogni cosa che avrà seco asportato nella diserzione.

Art. 27. — Non avrà luogo peraltro la consegna di quei disertori che fossero cittadini attivi dello Stato in cui si sono rifugiati.

Art. 28. — Tutte le autorità civili e militari dei due Governi saranno tenute d'invigilare attentamente sui disertori dell'altro Stato che s'introducessero nella loro giurisdizione, e di prendere colla maggiore celerità gli opportuni concerti a questo fine, specialmente acciocchè i militari non muniti di passaporto o foglio di via in regola non trovino asilo negli Stati dell'altra Parte contraente, e siano immediatamente arrestati.

Art. 29. — Il mantenimento dei disertori e dei cavalli sarà corrisposto secondo i regolamenti che sono in vigore nei rispettivi domini.

Nr. 11508.
 Italien und
 San Marino.
 28. Juni 1897.

Art. 30. — Ogni individuo di uno Stato che avrà concorso scientemente ad una diserzione, sia sottraendo il disertore alle ricerche della giustizia, sia favorendone la fuga o somministrandogli alloggio o ricovero, sarà punito colle pene stabilite dal codice penale militare del Regno d'Italia, al quale la Repubblica si dichiara disposta a confermare la sua legislazione, nel senso di non sancire pene inferiori. || Questa disposizione si applica anche a coloro che daranno scientemente ricetto a un disertore.

Art. 31. — Resta vietato ai sudditi rispetti di comprare dai disertori delle truppe dell'altro Stato, vestiari, cavalli e qualunque altra parte del loro equipaggio. || Questi effetti, dovunque trovati, saranno sempre considerati come cose rubate, e restituiti al Corpo cui apparterrà il disertore.

Art. 32. — Tutte le disposizioni relative ai disertori sono comuni anche ai giovani compresi nella leva militare ed a quelli che in qualunque modo sono costretti di prestare allo Stato un servizio personale, i quali, per sottrarvisi, si rifugiassero dagli Stati dell'una in quelli dell'altra parte contraente.

Art. 33. — Ciascuno dei Governi contraenti provvederà, a condizione di reciprocità, affinché i sudditi indigenti dell'uno dei due Stati che fossero colpiti sul territorio dell'altro da una malattia qualunque e che avessero per conseguenza bisogno di assistenza e di cura, sieno curati negli ospedali rispettivi nello stesso modo dei nazionali indigenti, fino al momento in cui potranno rientrare nel loro paese senza pericolo per la loro salute o per quella degli altri. || Il rimborso delle spese occorse pel mantenimento, la cura o la sepoltura di un indigente non sarà esigibile, nè dal Governo, nè dal Comune, nè da altra Cassa qualunque del paese a cui esso appartiene. || I Governi contraenti si riserbano tuttavia il diritto di reclamare il rimborso delle spese sostenute nel caso in cui l'individuo stesso assistito, oppure le persone, segnatamente i parenti, che gli debbono gli alimenti, fossero in grado di soddisfare le spese fatte per lui dall'ospizio che l'ha raccolto. I due Governi contraenti si obbligano reciprocamente a rendere in tal caso eseguibile la domanda di rimborso con tutti i mezzi che sono in loro potere e secondo le norme che sono in vigore negli Stati rispettivi.

Art. 34. — I beni di mano-morta, cioè istituti religiosi, parrocchie, confraternite, congregazioni e corporazioni, s'intendono rilevare da quello dei due Stati nel quale essi istituti e congregazioni si trovano eretti.

Art. 35. — Non vi sarà obbligo di passaporto per i cittadini che viaggiano dall'uno nell'altro Stato.

Art. 36. — I prodotti, generi, bestiami, manifatture e merci di uno dei due Stati potranno liberamente circolare nell'altro, salvi soltanto i generi di privativa dei due Governi, e quelli la di cui produzione o fabbricazione sia attualmente, o sia per essere in uno dei due Stati sottoposta a tassa. || Questi generi, venendo introdotti in quello dei due Stati dove siano soggetti a tassa, saranno considerati di contrabbando. || Il Governo italiano e quello della

Repubblica di San Marino si obbligano e cooperare, con tutti i mezzi che sono in loro potere, a scoprire e impedire qualsiasi contravvenzione alle leggi dell'altro parte contraente, riguardanti i suddetti generi di privativa o soggetti a tassa di produzione.

Nr. 11508.
Italien und
San Marino.
28. Juni 1897.

Art. 37. — Riguardo alla produzione nel territorio della Repubblica dei generi che nello Stato italiano sono o potessero essere soggetti a tasse interne di fabbricazione, il Governo di San Marino, salvo quanto è stabilito all'art. 44 riguardo alle polveri piriche e agli altri prodotti esplodenti, s'impegna ad impedire che detta produzione ecceda le quantità occorrenti al consumo della popolazione della Repubblica ed all'esportazione oltre i confini del Regno d'Italia. In questo secondo caso il Governo di San Marino si obbliga a fare, volta per volta, la consegna dei predetti generi agli agenti della finanza italiana, per essere scortati fino alla frontiera. || Il governo italiano e quello della Repubblica di San Marino stabiliranno di comune accordo le norme per la sorveglianza sulla produzione di detti generi sul territorio della Repubblica.

Art. 38. — Le monete coniate e da coniarci dalla Repubblica di San Marino continueranno ad aver corso nel Regno d'Italia, purchè siano ragguagliate al sistema decimale ed abbiano lo stesso titolo e peso di quelle regie. || Per la fabbricazione di monete di conio proprio la Repubblica di San Marino si varrà esclusivamente della zecca reale di Roma. || La coniazione delle monete di bronzo per conto di San Marino è sospesa per tutta la durata della convenzione e per questa durata la Repubblica s'impegna a non far coniare monete di nichelio od altra moneta erosa. || Durante la convenzione la detta Repubblica può coniare ed emettere monete d'argento a sistema decimale, purchè: a) l'ammontare dei pezzi da lire 5 (cinque) non ecceda in nessun caso la somma limite di 90,000 (novantamila) lire; b) l'ammontare delle monete divisionali al titolo di 835 millesimi non ecceda in nessun caso la somma limite di 60,000 (sessantamila) lire. || Intendasi escluso in modo assoluto il corso legale nel Regno per qualsiasi surrogato monetario in forma di biglietti di Banca o di Stato a corso libero, legale o forzoso, che il Governo della Repubblica intendesse di emettere per qualsiasi cagione.

Art. 39. — Invece del diritto del libero transito spettante alla Repubblica di San Marino sul territorio italiano per gli articoli coloniali, merci ed altri generi qualunque, e coll'intento di semplificare le operazioni nell'interesse dei due Governi, il Governo d'Italia assume l'obbligo di corrispondere alla Repubblica stessa una quota del prodotto netto delle sue dogane, desunta dalla media che paga ciascun cittadino del Regno, e proporzionata al numero degli abitanti di San Marino. || La detta quota sarà pagata al Tesoriere od altro delegato speciale della Repubblica nella città di Rimini.

Art. 40. — Per gli effetti dell'articolo precedente il numero degli abitanti della Repubblica di San Marino s'intenderà fissato a novemila. || È tuttavia riservata al Governo della Repubblica la facoltà di dimostrare, in

Nr. 11508. qualunque tempo e per gli effetti medesimi, mediante regolare censimento od altra concludente prova, l'esistenza di una popolazione superiore a quella cifra.

Italien und
San Marino.
28. Juni 1897.

Art. 41. — La Repubblica, aderendo pienamente ai principii del Regno d'Italia rispetto ai diritti degli autori delle opere dell'ingegno e dell'arte, assume l'obbligo d'impedire nel suo territorio ogni illecita riproduzione o contraffazione delle opere dell'ingegno e dell'arte prodotte nel Regno medesimo o nel medesimo protette.

Art. 42. — La Repubblica, annuendo inoltre pienamente alle disposizioni legislative che regolano in Italia la proprietà industriale nonchè ai principii cui s'informa la convenzione di Parigi del 20 marzo 1883 per la protezione della proprietà industriale, assume l'obbligo d'impedire nel suo territorio qualunque usurpazione d'invenzioni industriali e di modelli e disegni di fabbrica e qualsiasi contraffazione di marchi e segni distintivi di fabbrica e di commercio, regolarmente registrati o protetti in Italia.

Art. 43. — Gli obblighi contratti dalla Repubblica di San Marino coi due articoli 41 e 42 sono comuni al Regno d'Italia verso la Repubblica, a riguardo dei diritti di proprietà letteraria, artistica e industriale che sieno legalmente protetti nel territorio della Repubblica.

Art. 44. — La Repubblica assume pure l'obbligo d'impedire nel suo territorio la coltivazione del tabacco e la produzione di polveri piriche e di qualsiasi esplodente. || La Repubblica si riserva tuttavia la facoltà di produrre polveri piriche ed altri esplodenti limitatamente ai bisogni del Governo.

Art. 45. — Il Governo di Sua Maestà somministrerà alla Repubblica al prezzo di costo, annualmente, nella città di Rimini, 100,000 (cento-mila) chilogrammi di sale bianco di Cervia e chilogrammi 9000 (novemila) di tabacco di ogni qualità, di cui non più di 4500 (quattromila cinquecento) chilogrammi greggio o in foglia, il resto lavorato. Il prezzo di costo sarà determinato ogni anno sulla base di quello che risulterà pagato nell'anno precedente. || Quando, per qualche fabbrica o manifattura nuovamente introdotta nel territorio della Repubblica, occorresse maggiore quantità di sale, il Governo regio si obbliga di rilasciarlo a quel prezzo di favore a cui si rilascia alle fabbriche o manifatture nazionali. Si obbliga pure di rilasciare a prezzo di favore il sale pastorizio. || Il Governo di Sua Maestà somministrerà pure alla Repubblica, annualmente, nella città di Rimini, per uso dei cittadini sanmarinesi, 4000 (quattromila) chilogrammi di polveri nere (di nitro, zolfo e carbone) da caccia e da mina, al prezzo di fabbrica, da determinarsi volta per volta dal Ministero della guerra italiano.

Art. 46. — La Repubblica di San Marino, avendo tutto il fondamento di confidare che non le verrà mai meno l'amicizia protettrice di Sua Maestà il Re d'Italia per la conservazione della sua antichissima libertà ed

indipendenza, dichiara che non accetterà quella di un'altra Potenza qualunque. Nr. 11508.
Italien und
San Marino.
28. Juni 1897.

Art. 47. — La presente convenzione sarà ratificata, e le ratifiche ne saranno scambiate non appena riportata l'approvazione del Parlamento italiano. || Essa entrerà in vigore dal dì dello scambio delle ratifiche, ed avrà, a decorrere da quel giorno, una durata di dieci anni, salvo tacita proroga di anno in anno fino a denuncia da notificarsi sei mesi prima della scadenza.

In fede di che, i Plenipotenziari rispettivi hanno sottoscritto la presente, o vi hanno apposto il rispettivo loro sigillo.

Firenze, addì ventotto giugno mille ottocento novantasette.

(L. L.) Pasquale Villari.

(L. S.) P. O. Vigliani.

Nr. 11509. ITALIEN und SPANIEN. — Erklärung über die gegenseitige Unterstützung Bedürftiger.

Madrid, 11. Januar 1897.

Il governo di Sua Maestà il Re d'Italia ed il governo di Sua Maestà Cattolica, desiderando regolare fra loro in modo stabile e definitivo quanto si riferisce alla reciproca assistenza gratuita degli indigenti sudditi di uno dei due Stati nel territorio dell'altro, hanno a ciò debitamente autorizzato i sottoscritti, i quali hanno convenuto quanto segue: Nr. 11509.
Italien und
Spanien.
11. Jan. 1897.

Art. 1. Ciascuna delle due Parti contraenti s'impegna ad assicurare, nel proprio territorio e nei territori delle rispettive colonie, ai cittadini indigenti dell'altra Parte, i soccorsi stabiliti, a favore dei proprii nazionali, dalle leggi concernenti la pubblica assistenza ed a ricondurli, in caso di rimpatrio, fino alla frontiera dello Stato cui appartengono.

Art. 2. Il rimpatrio degl'indigenti ammalati od affetti da alienazione mentale, non potrà aver luogo se non quando possa essere eseguito senza pericolo per la loro salute o per la salute pubblica.

Il rimpatrio degl'indigenti ammalati od affetti da alienazione mentale, come pure quello degli orfani e di qualsiasi altra persona che sia a carico della pubblica assistenza, non potrà aver luogo che in seguito a domanda in via diplomatica, fatta dall'uno all'altro governo, e quando la nazionalità della persona da rimpatriare sia stata debitamente riconosciuta.

Art. 3. Il rimborso dei sussidi accordati a persone povere, come quello delle spese sostenute per la cura loro prestata, pel loro trasporto, e pel loro seppellimento, non potrà esser reclamato nè allo Stato, nè al Comune, nè ad altra amministrazione pel paese cui esse appartengono.

Art. 4. Il rimborso dei sussidi e delle spese anzidette potrà, tuttavia, esser richiesto alle persone stesse per cui furono anticipate o a quelle di loro famiglia obbligate per legge a mantenerle.

Nr. 11509.
Italien und
Spanien.
11. Jan. 1897.

A tale riguardo le due Parti contraenti s'impegnano a prestarsi reciprocamente, in seguito a domanda che ne venga fatta in via diplomatica o consolare, quell'assistenza che sia ammessa dalle leggi degli Stati rispettivi per constatare, in caso di bisogno, mediante documenti ufficiali, l'indigenza delle persone die cui si tratta e delle loro famiglie.

Art. 5. Le disposizioni che precedono entreranno in vigore dal giorno in cui sarà firmata la presente dichiarazione.

Art. 6. Ciascuna delle due Parti contraenti si riserva il diritto di denunciare la presente dichiarazione; mediante preavviso di un anno.

In fede di che i sottoscritti hanno firmato, in doppio originale, la presente dichiarazione e vi hanno apposto il sigillo delle loro armi, in Madrid, addì undici gennaio mille ottocento novanta sette.

(L. S.) Francesco de Renzis di Montanaro, barone di San Bartolomeo.

(L. S.) El Duque de Tetuan.

Nr. 11510. ITALIEN und ARGENTINIEN. — Handelsvertrag.

Buenos Ayres, 1. Juni 1894.

Nr. 11510.
Italien und
Argentinien.
1. Juni 1894.

Sua Maestà il Re d'Italia e Sua Eccellenza il Presidente della Repubblica Argentina desiderando di comune accordo procedere alla conclusione di una convenzione che assicuri reciprocamente ai due paesi il trattamento della nazione più favorita, hanno a tale effetto nominato a loro plenipotenziari, cioè: || Sua Maestà il Re d'Italia || il suo Inviato straordinario e Ministro plenipotenziario, duca Giuseppe Anfora di Licignano, commendatore dell'ordine dei santi Maurizio e Lazzaro, grande ufficiale dell'ordine della corona d'Italia, ecc., ecc.; || S. E. il Presidente della Repubblica Argentina || il suo Ministro segretario di affari esteri, dottore Eduardo Costa. || I quali, dopo avere scambiati i rispettivi pieni poteri, e trovati in buona e debita forma hanno convenuto nei seguenti articoli:

Art. 1. I cittadini, i prodotti ed i bastimenti italiani nell'Argentina ed i cittadini, i prodotti ed i bastimenti argentini in Italia, saranno ammessi, senza restrizione alcuna, al trattamento della nazione più favorita ed ammessi quindi a godere di qualunque favore, privilegio o immunità che in Italia o nell'Argentina sieno accordati ai cittadini, prodotti o bastimenti di un'altra nazione qualsiasi.

Art. 2. La presente convenzione sarà ratificata dalle Alte Parti contraenti e le ratifiche saranno scambiate in Buenos Ayres, nel più breve termine possibile. || Essa rimarrà in vigore tre anni, e nel caso in cui nessuna delle Alte Parti contraenti abbia manifestato, un anno avanti, la sua intenzione di farne cessare gli effetti, la convenzione continuerà ad essere obbligatoria, finchè non sia spirato un anno dal giorno in cui l'una o l'altra delle due

Parti contraenti l'abbia denunziata. || In fede di che, i rispettivi plenipotenziari l'hanno sottoscritta in doppio originale, nelle due lingue, e vi hanno apposto i loro sigilli.

Nr. 11510.
Italien und
Argentinien.
1. Juni 1894.

Data in Buenos Ayres, il 1^o giugno 1894.

(L. S.) G. Anfora.

(L. S.) Eduardo Costa.

Protocollo

per modificare l'art. 2 della convenzione commerciale fra l'Italia e l'Argentina del 1^o giugno 1894.

Riuniti nel Ministero degli affari esteri, il signor Inviato straordinario e Ministro plenipotenziario di S. M. il Re d'Italia, conte Pietro Antonelli, ed il signor Ministro del detto dicastero, dottore Amancio Alcorta, manifestò il primo che il regio Governo accetta la clausola modificativa della durata della convenzione sul trattamento della nazione più favorita tale come fu votata dal Congresso argentino, che, cioè, il paragrafo secondo dell'articolo secondo della convenzione italo-argentina, firmato in questa città il 1^o giugno dell'anno u. s., sia modificato nel modo seguente: || „Essa resterà in vigore il tempo che si creda conveniente e sarà obbligatoria per un anno dalla data in cui una delle Alte Parti contraenti notificasse all'altra l'intenzione di farla cessare“. || Aggiunge che, in conseguenza di tale accettazione ed allo scopo di dar compimento alle istruzioni telegrafiche ricevute e perchè detta accettazione constasse, fa la presente dichiarazione a nome del suo Governo. || Il signor Ministro degli affari esteri disse che ammetteva in tutte le sue parti la dichiarazione fatta dal signor conte Antonelli e che il Governo argentino era disposto a mandare ad effetto, senza alcun ritardo, lo scambio delle ratificazioni di detta convenzione. || Il signor conte Antonelli espresse che, non appena avesse ricevuti dal proprio Governo i documenti necessari a rendere effettivo lo scambio, lo comunicherebbe al signor Ministro degli affari esteri.

Steso in doppio esemplare in Buenos Ayres, il 31 gennaio 1895.

Pietro Antonelli.

A. Alcorta.

Nr. 11511. ITALIEN und ARGENTINIEN. — Konsularvertrag.

Rom, 28. Dezember 1885.

Sua Eccellenza il Presidente della Repubblica Argentina e Sua Maestà il Rè d'Italia, avendo riconosciuto la necessità di determinare in modo chiaro e preciso le attribuzioni, prerogative ed immunità spettanti agli Ufficiali Consolari di ciascuno dei due Stati, residenti sul territorio dell'altro, hanno risoluto di concludere una Convenzione Consolare e nominato a questo effetto per loro Plenipotenziari: || Sua Eccellenza il Presidente della Repubblica Argentina il signor dottore don Antonio Del Viso, già Ministro di Stato pel

Nr. 11511.
Italien und
Argentinien.
28. Dez. 1885.

Nr. 11511. Dipartimento dell'Interno, ecc., ecc. Suo Inviato Straordinario e Ministro Plenipotenziario presso Sua Maestà il Rè d'Italia, e || Sua Maestà il Ré d'Italia S. E. il Generale Conte Carlo Felice Nicolis di Robilant, Gran Croce decorato del Gran Cordone degli Ordini dei S. S. Maurizio e Lazzaro e della Corona d'Italia Comendatore dell'Ordine Militare di Savoia, Senatore del Regno, ecc., ecc. Suo Ministro Segretario di Stato per gli Affari Esteri; I quali, dopo essersi comunicati i rispettivi loro pieni poteri; che furono trovati in buona e debita forma, hanno convenuto negli articoli seguenti:

Art. 1. Ciascuna delle Alte parti contraenti, potrà stabilire Consoli generali, Consoli, Viceconsoli ed Agenti consolari, nei porti, città e luoghi del territorio della'altra, salvo a questa il diritto di eccettuare le località che essa giudichi conveniente. Non potrà, tuttavia, applicarsi questa riserva a una delle Alte parti contraenti, senza che si applichi ugualmente a tutte le altre nazioni.

Art. 2. I detti agenti saranno reciprocamente ammessi e riconosciuti in seguito alla presentazione della patente secondo le regole e formalità stabilite nei rispettivi Stati. || *L'Exequatur* richiesto pel libero esercizio delle loro funzioni sarà loro rilasciato *gratis* e sulla presentazione del detto *exequatur*, l'autorità competente del luogo di loro residenza prenderà immediatamente le misure necessarie perchè possano adempiere ai doveri del loro ufficio, e perchè siano ammessi al godimento delle rispettive esenzioni, prerogative, immunità, onori e privilegi. || Ciascuna della Alte parti contraenti si riserva il diritto di revocare *l'exequatur* a qualunque dei detti Agenti, qualora lo giudichi conveniente.

Art. 3. Gli Agenti diplomatici od i Consoli Generali e Consoli che ne abbiano le facoltà a norma della legislazione della nazione rispettiva, potranno nominare Vice Consoli o Agenti Consolari nelle città, porti o luoghi dei loro rispettivi distretti, salvo sempre *l'exequatur* del Governo territoriale. || Questi Agenti potranno essere scelti indifferentemente fra i cittadini delle due nazioni o fra stranieri. Essi saranno muniti di una patente rilasciata dall'Agente diplomatico o dal Console che li nomina, e sotto i cui ordini avranno da esercitare le loro funzioni, e godranno sotto le medesime condizioni, dei privilegi stipulati nella presente Convenzione a favore degli Agenti Consolari nominati dai rispettivi Governi.

Art. 4. Nei casi d'impedimento assenza e morte dei Consoli generali, Consoli, Vice consoli ed Agenti consolari, gli Addetti Consolari, Cancellieri e Segretario, che fossero già stati presentati come tali alle autorità, rispettive, saranno ammessi di pieno diritto secondo il loro ordine gerarchico, ad esercitare interinalmente le funzioni consolari. Le autorità locali dovranno loro assistenza e protezione e li ammetteranno a godere durante la loro gestione interinale di tutte le esenzioni, prerogative, immunità e privilegi stipulati nella presente Convenzione a favore degli Agenti consolari titolari, sotto le condizioni e riserve pei medesimi prescritte.

Art. 5. I Consoli generali, Consoli, Vice consoli ed Agenti consolari potranno collocare sopra la porta esterna del Consolato lo scudo con lo stemma della loro nazione, con questa iscrizione: „Consolato ó Vice consolato o Agenzia consolare della Repubblica Argentina o di S. M. il Rè d'Italia. || Potranno del pari innalzare la bandiera della propria nazione sulla casa consolare nei giorni di pubbliche solennità, religiose o nazionali, e nelle altre occasioni in cui vi fosse l'uso di farlo. || Resta tuttavia bene inteso che questi segni esteriori non potranno essere interpretati come costituenti un diritto di asilo, ma serviranno unicamente a designare ai marinari ed ai nazionali l'abitazione consolare. || Avranno pure il diritto di spiegare la loro rispettiva bandiera nazionale sul battello che li conducesse nel porto al disimpegno delle loro funzioni ufficiali.

Nr. 11511.
Italien und
Argentinien.
28. Dez. 1885.

Art. 6. Gli archivi consolari saranno sempre inviolabili e le autorità territoriali non potranno, in nessun caso e sotto nessun pretesto, visitare o sequestrare le carte ai medesimi appartenenti. Queste carte dovranno star sempre completamente separate dai libri e carte relative al commercio od industria che potessero esercitare i rispettivi, Consoli, Vice consoli od Agenti consolari.

Art. 7. Sempre che si ravvisi necessaria l'assistenza dei Consoli generali, Consoli, Viceconsoli o Agenti consolari nei tribunali e giudicature dello Stato nel quale esercitano le loro funzioni, essi saranno citati per mezzo di una lettera ufficiale e si darà loro un posto distinto. || Nel caso tuttavia in cui l'ufficiale consolare citato non dimorasse nello stesso luogo in cui siede il tribunale che deve interrogarlo, esso potrà dare la sua deposizione per iscritto.

Art. 8. I Consoli generali, Consoli, Viceconsoli ed Agenti consolari, sudditi dello Stato che li ha nominati, non potranno essere arrestati preventivamente, fuorché nel caso di crimine qualificato e punito come tale dalla legislazione locale.

Art. 9. I Consoli generali, Consoli, Viceconsoli ed Agenti consolari, sudditi dello Stato che li ha nominati, godranno della esenzione dall'alloggio militare e da qualsiasi carica o servizio pubblico, sí di carattere municipale, che di altra specie. || Saranno egualmente esenti da contribuzioni militare, e dalle contribuzioni dirette, imposte dallo Stato, dalle Provincie e dai Comuni, e delle quali la percezione si faccia su ruoli nominativi, ammenochè esse vengano imposte per ragione di possesso di beni immobili situati ovvero sugli interessi di capitali impiegati nello Stato in cui i detti Agenti esercitino le loro funzioni. || Questa esenzione non potrà tuttavia applicarsi ai Consoli Generali, Consoli, Vice-consoli o Agenti consolari che esercitassero una professione, una industria od un commercio qualunque, dovendo essi in tal caso andare soggetti al pagamento delle tasse dovute da ogni altro straniero nelle medesime condizioni.

Art. 10. I Consoli generali, Consoli, Viceconsoli, e Agenti consolari, potranno indirizzarsi alle autorità del loro distretto per reclamare contro

Nr. 11511. Italien und Argentinien. 23. Dez. 1885. qualunque infrazione dei Trattati ó Convenzioni esistenti fra i due paesi e contro qualsiasi abuso di cui potessero lagnarsi i loro connazionali Se le loro rimostranze non fossero accolte dalle autorità del distretto, ó se la risoluzione presa da queste non sembrasse loro soddisfacente, potranno anche ricorrere in mancanza di agente diplomatico del loro paese, al Governo dello Stato in cui risiedono.

Art. 11. Il Consoli generali, Consoli, Viceconsoli e Agenti consolari potranno inviare un delegato o recarsi a bordo dei bastimenti della loro nazione, che siano ammessi a un libera pratica, interrogare i capitani i marinai, esaminare le carte di bordo, ricevere le dichiarazioni relative al viaggio ed ai suoi incidenti, redigere i manifesti e agevolare la spedizione dei bastimenti medesimi. || Potranno anche accompagnare i capitani od individui dell'equipaggio davanti ai tribunali od uffici amministrativi della circoscrizione nella quale risiedono, per servir loro di ausiliari ed interpreti negli affari di cui abbiano ad occuparsi o nelle domande che abbiano da presentare.

Art. 12. I Consoli generali, Consoli e loro Segretarii e Cancellieri, nei casi di loro competenza, ed in quanto non vi si oppongano espressamente le leggi del paese, avranno diritto di ricevere nelle loro cancellerie, al domicilio delle parti e a bordo di bastimenti della loro nazioni le dichiarazioni che avessero da fare i capitani, i marinai, i passeggeri, i commercianti o qualsiasi altro cittadino della nazione di cui sono Agenti, e rimangono ugualmente autorizzati a procedere agli atti propri del notariato che si riferiscono ai loro nazionali.

Art. 13. L'ingerenza dei Consoli di ambedue le nazione nelle successioni dei propri connazionali sarà regolata dalle leggi e disposizioni regolamentari che sono attualmente in vigore nello Stato dove si apre la successione.

Art. 14. I Consoli generali, Consoli, Viceconsoli, ed Agenti consolari dei due Stati conosceranno esclusivamente degli atti d'inventario e delle altre operazioni praticate per la conservazione dei beni ereditari lasciati dai marinai della loro nazione, morti a terra od a bordo delle navi del loro paese, sia durante la traversata, sia nel porto di arrivo. || La presente disposizione sarà pure applicabile ai beni ereditari lasciati dai passeggeri nazionali, sempre ché siano morti a bordo della nave, od anche a terra se durante il corso della navigazione.

Art. 15. In tutto cio che concerne la polizia dei porti, il caricamento e lo scaricamento delle navi e la sicurezza delle merci, beni ed effetti, si osserveranno le leggi e statuti e regolamenti del paese. I Consoli Generali, Consoli, Viceconsoli ed Agenti Consolari saranno esclusivamente incaricati di mantenere l'ordine interno a bordo delle navi mercantili di loro nazione e conosceranno solo delle questioni che insorgano fra il Capitano, gli Uffiziali ed i marinai, relative al soldo ed all'a depimento degli accordi convenuti reciprocamente.

Art. 16. Le autorità locali intervengono ogni qualvolta a bordo delle navi mercantili dell'altro Stato avvengano disordini di tal natura da turbare la tranquillità o l'ordine pubblico, a terra o nel porto, o quando in tali disordini si trovi implicata qualche persona del paese o qualche individuo non appartenente all'equipaggio. || In tutti gli altri casi, le autorità locali si limiteranno a prestare il loro appoggio agli agenti consolari rispettivi che ne facciano richiesta, per fare arrestare o condurre a bordo ogni individuo ascritto nel ruolo dell'equipaggio, contra il quali essi giudicassero conveniente di domandare un simile provvedimento. || L'arresto non potrà prolungarsi al di là del tempo che sia consentito dalle disposizioni costituzionali o legali del paese dove ha luogo.

Nr. 11511.
Italien und
Argentinien.
28. Dez. 1885.

Art. 17. I Consoli generali, Consoli, Viceconsoli ed Agenti consolari, potranno far arrestare e reinvia, sia a bordo sia al loro paese i marinai o qualsiasi altra persona che formi parte dell'equipaggio delle navi mercantili o da guerra delle loro nazioni, che avessero disertato nel territorio dell'altro Stato. || A quest' effetto, dovranno rivolgersi per iscritto all'Autorità locale competente y giustificare, mediante l'esibizione dei registri del bastimento o del ruolo dell'equipaggio, oppure, se il bastimento fosse già partito, mediante copia autentica o estratto di questi documenti, che le persone reclamate formarono effettivamente parte dell'equipaggio. || Sulla presentazione della richiesta, così giustificata, non si potrà negare la consegna dei disertori. || Si presterà inoltre ai detti Agenti Consolari ogni genere di assistenza e cooperazione per la ricerca e l'arresto di questi disertori, che saranno condotti e custoditi nelle carceri del paese, a richiesta ed a spese del Console e Vice Console fino a tanto che se ne faccia, il rimpatrio. In ogni caso, tale arresto non potrà durare più di tre mesi, trascorsi i quali, e mediante preavviso di tre giorni all'Agente Consolare l'arrestato sarà posto in libertà, ne potrà più per lo stesso motivo essere imprigionato. || Nel caso che il disertore avesse commesso qualche delitto a terra, l'autorità locale ritarderà la consegna fino a che il tribunale pronunci la sentenza e questa abbia avuto piena ed intera esecuzione. || Le disposizioni del presente articolo non si applicano agli individui che siano cittadini del paese in cui ha luogo la diserzione.

Art. 18. Trattandosi di avarie subite durante la navigazione dai bastimenti dei due Stati, sia che entrino volontariamente, sia per forza maggiore, nei porti di uno dei due paesi, i Consoli, Viceconsoli, ed Agenti consolari, non potranno avervi maggiore ingerenza di quella loro concessa dalle leggi del paese. || Non essendovi stipulazione espressa fra gli armatori; noleggiatori; caricatori e assicuratori; le avarie saranno regolate in conformità delle leggi rispettive, di ciascuno Stato.

Art. 19. In caso di naufragio o investimento di una nave appartenenti al Governo o ai sudditi dell'una delle Alte parti contraenti sulle coste dell'altra, le autorità dovranno informarne il Console Generale, Console or Agente Consolare del distretto, o, in sua mancanza, il Console Generale, Con-

Nr. 11511.
Italien und
Argentinien.
28. Dez. 1885.

sole, Vice-consolare ed Agente Consolare piú prossimo al luogo del sinistro. || Tutte le operazioni relative al salvataggio delle navi di uno dei due Stati che avessero naufragato od investito nelle acque territoriali dell'altro Stato, saranno dirette dai Consoli Generali, Consoli; Vice consoli ed Agenti consolari, rispettivi, in conformità, delle leggi e dei regolamenti del paese. || L'intervento delle autorità locali avrà luogo nei due paesi unicamente per assistere gli Agenti consolari e mantenere l'ordine e guarentire l'interesse dei ricuperatori estranei all'equipaggio e assicurare l'esecuzione delle disposizioni che debbono osservarsi per l'entrata e l'uscita delle merci salvate. || Nell'assenza, e fino all'arrivo dei Consoli generali, Consoli, Vice consoli ed Agenti consolari, oppure delle persone da loro a tal fine delegate, le autorità locali, dovranno prendere tutti i provvedimenti necessari per la protezione degli individui e la conservazione degli effetti che si fossero salvati dal naufragio. || L'intervento delle autorità locali in tutti questi casi non darà luogo a percezione di diritti di sorta, salvo quelli cui andrebbero soggetti in simili casi i bastimenti nazionali, e salvo il rimborso delle spese cagionate dalle operazioni di salvataggio e dalla conservazione degli oggetti salvati. || In caso di dubbio sulla nazionalità delle navi naufragate, i provvedimenti menzionati nel presente articolo saranno di esclusivo competenza dell'autorità locale. || Le Alti parti contraenti convengono, inoltre che le mercanzie ed effetti salvati non saranno soggetti ad alcun pagamento di diritto di dogana, a meno che vengano ammessi al consumo interno.

Art. 20. I Consoli generali, Consoli, Vice consoli e Agenti consolari rispettivi, come pure i Cancellieri, Segretari e Addetti consolati, godranno in ambedue i paesi delle prerogative, immunità e privilegi attualmente concessi o che si concederanno agli Agenti di uguale grado della nazione piú favorita, semprechè tali concessioni siano reciproche. || Resta bene inteso che fuori di questo, gli Ufficiali Consolari non hanno in nessun caso prerogative diplomatiche.

Art. 21. I due Governi contraenti convengono che le controversie le quali possono sorgere intorno alla interpretazione o alla esecuzione della presente Convenzione, o alle conseguenze di qualche sua violazione, debbano assoggetarsi, quando sieno esauriti i mezzi di comporre direttamente per amichevole accordo, alla decisione di Commissione arbitrali, e che il risultato di simile arbitrato sarà obbligatorio per entrambi. || I componenti di tali commissioni saranno scelti dai due governi di comune consenso; in difetto di che, ognuna delle parti nominerà il proprio arbitro o un numero eguale di arbitri, e gli arbitri nominatine nomineranno un ultimo. || La procedura arbitrale sarà in ciascuno dei casi determinata dalle parti contraenti, e, in difetto, il collegio stesso degli arbitri s'intenderà autorizzato a preliminarmente determinarla.

Art. 22. Le stipulazioni della presente convenzione cominceranno ad avere effetto dal giorno in cui se ne scambiano le ratifiche. || Essa durerà dieci anni,

che cominceranno a decorrere dalla data del detto scambio. || Se nessuna delle Alte parti contraenti annunzierá ufficialmente all'altra, un anno prima che spiri il termine, l'intenzione di farne cessare gli effetti, essa continuerá ad avere vigore fino ad un anno dopo che sará stato fatta simile dichiarazione, qualunque sia il tempo nel quale essa abbia luogo.

Nr. 11511.
Italien und
Argentinien.
28. Dez. 1885.

Art. 23. La presente Convenzione sará approvata e ratificata dalle Alte parti contraenti e lo scambio delle ratifiche avrá luogo a Roma.

In fede di che, i rispettivi Plenipotenziari l'hanno firmata e vi hanno apposto il loro sigillo.

Fatto in Roma in doppio originale il di ventotto di Dicembre dell'anno mille ottocento ottantacinque.

(L. S.) C. Robilant.

(L. S.) Antonio del Viso.

Processo verbale di scambio.

I sottoscritti essendosi riuniti per procedere allo scambio delle ratificazioni di S. E. il Presidente della Repubblica Argentina e di S. M. il Re d'Italia sulla Convenzione Consolare firmata a Roma il 28 Dicembre di 1885, ed avendo trovato il relativo istrumento in buona e debita forma, il detto scambio si é effettuato. In fede di che i sottoscritti hanno redatto il presente processo verbale e lo hanno firmato in doppio originale. || Fatto in Roma, il di 17 di Aprile di 1896.

(L. S.) Caetani.

(L. S.) Enrique B. Moreno.

Nr. 11512. ITALIEN und DÄNEMARK. — Schiffahrtsabkommen.
Rom, 12. November 1896.

Déclaration.

Le gouvernement de S. M. le Roi d'Italie et le gouvernement de S. M. le Roi de Danemark, animés du désir de faciliter autant que possible le commerce et la navigation entre l'Italie et le Danemark, ont résolu de stipuler l'arrangement suivant, pour ce qui concerne la reconnaissance mutuelle en Italie et en Danemark des lettres de jauge des navires de commerce et, à cet effet, ils ont autorisé les soussignés à déclarer ce qui suit:

Nr. 11512.
Italien und
Dänemark.
12. Nov. 1896.

Art. I. Les navires italiens, munis d'un certificat spécial délivré par les autorités compétentes italiennes, constatant le tonnage net, déterminé d'après les règles en vigueur en Danemark, ou d'après les règles en vigueur en Angleterre, ou bien portant sur leurs papiers de bord une annotation par ces mêmes autorités indiquant le tonnage ainsi déterminé, payeront dans les ports du Danemark les taxes et droits qu'ils doivent sur la base du jaugeage net résultant des certificats spéciaux ou de l'annotation susdits.

Nr. 11512.
Italien und
Dänemark.
12. Nov. 1896.

Art. II. En défaut des certificats spéciaux ou de l'annotation mentionnés dans l'art. I, les navires italiens ne pourront jouir dans les ports du Danemark de la déduction du volume des espaces, qui d'après les règles danoises ne sont pas compris dans le tonnage net, qu'à la condition de se soumettre au remesurage nécessaire pour la détermination du volume des dits espaces.

Art. III. Les navires danois, munis d'un certificat spécial délivré par les autorités danoises compétentes constatant le tonnage net déterminé d'après les règles en vigueur en Italie, ou bien portant sur leurs papiers de bord une annotation, par ces mêmes autorités, indiquant le tonnage net ainsi déterminé, payeront dans les ports d'Italie les taxes et droits qu'ils doivent, sur la base du tonnage net résultant du certificat spécial ou de l'annotation susdits.

Art. IV. En défaut du certificat spécial ou de l'annotation mentionnés à l'art. III, les navires danois arrivant dans un port italien payeront les droits qu'ils doivent sur la base de la capacité nette inscrite sur leur certificat ordinaire, augmentée du volume des espaces qui ne sont pas admis à déduction d'après les règles en vigueur en Italie. || Le mesurage partiel de ces espaces sera fait par un expert autorisé, il sera limité aux mesures strictement nécessaires, et il ne concernera pas les locaux dont les dimensions résultent déjà du certificat de tonnage ordinaire.

Art. V. Les vapeurs danois pourvus d'un certificat de jauge délivré avant le 1^{er} avril 1895, jouiront du traitement auquel ils ont été jusqu'ici soumis. C'est-à-dire que les capitaines de ces navires pourront demander que les espaces de la chambre à machines, admis à déduction, soient déterminés d'après les règles italiennes.

Art. VI. Les frais de jaugeage seront calculés sur la base des règlements en vigueur dans les pays respectifs et seulement pour le mesurage des espaces qui ont été réellement jaugés.

Art. VII. La présente déclaration entrera en vigueur immédiatement après sa publication.

Fait en double exemplaire à Rome le 12 novembre 1896.

Le Ministre des affaires étrangères de S. M. le Roi d'Italie
(L. S.) Visconti Venosta.

L'Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de S. M. le Roi de
Danemark

(L. S.) de Reventlow.

Nr. 11513. GROSSBRITANNIEN und FRANKREICH. — Erklärung über die Abgrenzung ihrer Interessensphäre in Siam.

London, 15. Januar 1896.

Les Soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, ont signé la Déclaration suivante: || I. Les Gouvernements de France et de Grande-Bretagne s'engagent mutuellement à ne faire pénétrer, dans aucun cas ou sous aucun prétexte, sans le consentement l'un de l'autre, leurs forces armées dans la région comprenant les bassins des rivières Petchabouri, Meiklong, Ménam et Bang Pa Kong (rivière de Petriou) et de leurs affluents respectifs, ainsi que le littoral qui s'étend depuis Muong Bang Tapan jusqu'à Muong Pase, les bassins des rivières sur lesquelles sont situées ces deux villes, et les bassins des autres rivières dont les embouchures sont incluses dans cette étendue de littoral; et comprenant aussi le territoire situé au nord du bassin du Ménam entre la frontière Anglo-Siamoise, le fleuve Mékong, et la limite orientale du bassin du Me Ing. Ils s'engagent en outre à n'acquérir dans cette région aucun privilège ou avantage particulier dont le bénéfice ne soit pas commun à la France et à la Grande-Bretagne, à leurs nationaux et ressortissants, ou qui ne leur serait pas accessible sur le pied de l'égalité. || Ces stipulations, toutefois, ne seront pas interprétées comme dérogeant aux clauses spéciales qui, en vertu du traité conclu le 3 octobre 1893, entre la France et le Siam, s'appliquent à une zone de 25 kilomètres sur la rive droite du Mékong et à la navigation de ce fleuve.

Nr. 11513.
Gross-
britannien u.
Frankreich.
15. Jan. 1896.

II. Rien dans la clause qui précède ne mettra obstacle à aucune action dont les deux Puissances pourraient convenir, et qu'elles jugeraient nécessaire pour maintenir l'indépendance du Royaume de Siam. Mais elles s'engagent à n'entrer dans aucun Arrangement séparé qui permette à une tierce Puissance de faire ce qu'elles s'interdisent réciproquement par la présente Déclaration.

III. A partir de l'embouchure du Nam Huok et en remontant vers le nord jusqu'à la frontière chinoise, le thalweg du Mékong formera la limite des possessions ou sphères d'influence de la France et de la Grande-Bretagne. Il est convenu que les nationaux et ressortissants d'aucun des deux pays n'exerceront une juridiction ou autorité quelconque dans les possessions ou la sphère d'influence de l'autre pays. || Dans la partie du fleuve dont il s'agit, la police des îles séparées de la rive britannique par un bras dudit fleuve appartiendra aux autorités françaises tant que cette séparation existera. L'exercice du droit de pêche sera commun aux habitants des deux rives.

IV. Les deux Gouvernements conviennent que tous les privilèges et avantages commerciaux ou autres, concédés dans les deux provinces Chinoises du Yunnan et de Setchuen soit à la France, soit à la Grande-Bretagne, en vertu de leurs Conventions respectives avec la Chine du 1^{er} mars 1894, et du 20 juin 1895, et tout les privilèges et avantages de nature quelconque qui pourront être concédés par la suite dans ces deux mêmes provinces Chinoises soit à la

Nr. 11513. France, soit à la Grande-Bretagne, seront, autant qu'il dépend d'eux, étendus
 Gross- et rendus communs aux deux Puissances, à leurs nationaux et ressortissants,
 britannien n. et ils s'engagent à user à cet effet de leur influence et de leurs bons offices
 Frankreich. et ils s'engagent à user à cet effet de leur influence et de leurs bons offices
 15. Jan. 1896. auprès du Gouvernement chinois.

V. Les deux Gouvernements conviennent de nommer des Commissaires délégués par chacun d'eux, et qui seront chargés de fixer de commun accord, après examen des titres invoqués de part et d'autre, la délimitation la plus équitable entre les possessions Françaises et Anglaises dans la région située à l'ouest du Bas Niger.

VI. Conformément aux stipulations de l'Article XL de la Convention Générale conclue entre la Grande-Bretagne et la Régence de Tunis le 19 juillet 1875, qui prévoit une revision de ce Traité „afin que les deux Parties Contractantes puissent avoir occasion de traiter ultérieurement et de convenir de tels arrangements qui puissent tendre encore davantage à améliorer leurs relations mutuelles et à développer les intérêts de leurs nations respectifs“, les deux Gouvernements conviennent d'ouvrir immédiatement des négociations en vue de remplacer ladite Convention Générale par une Convention nouvelle répondant aux intentions annoncées dans l'article qui vient d'être cité.

Fait à Londres, le 15 janvier 1896.

(L. S.) Alph. de Courcel.

(L. S.) Salisbury.

Nr. 11514. JAPAN und BRASILIEN. — Handels- und Schiff-
 fahrtsvertrag.

Paris, 5. November 1895.

Nr. 11514.
 Japan und
 Brasilien.
 5. Nov. 1895.

Sa Majesté l'Empereur du Japon et Son Excellence le Président des Etats-Unis du Brésil étant également animés du désir d'établir, sur une base solide et durable, des relations d'amitié et de commerce entre leurs Etats et sujets et citoyens respectifs, ont résolu de conclure un Traité d'Amitié, de Commerce et de Navigation et ont, à cet effet, nommé pour leurs Plénipotentiaires respectifs, à savoir: || Sa Majesté l'Empereur du Japon Mr. Soné Arasuké, Jushii, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Paris. || Et Son Excellence le Président des Etats-Unis du Brésil Mr. le Dr. Gabriel de Toledo Piza e Almeida, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire à Paris, lesquels après s'être communiqué leurs Pleins-Pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article I.

Il y aura paix perpétuelle et amitié constante entre l'Empire du Japon et les Etats Unis du Brésil et les sujets et citoyens respectifs.

Article II.

Sa Majesté l'Empereur du Japon pourra, si bon Lui semble, accréditer un Agent Diplomatique auprès du Gouvernement des Etats-Unis du Brésil et

le Gouvernement des Etats-Unis du Brésil pourra également, s'il croit à propos, faire résider un Agent Diplomatique au Japon; et chacune des deux Hautes Parties Contractantes aura le droit de nommer des Consuls Généraux, Consuls, Vices-Consuls et Agents Consulaires pour les faire résider dans tous les ports et places des Territoires de l'autre Partie Contractante où les mêmes officiers consulaires de la nation la plus favorisée sont permis de résider. Toutefois, avant qu'un Consul Général, Consul, Vice-Consul ou Agent Consulaire entre en fonction, il sera, dans les formes usuelles, approuvé par le Gouvernement du Pays où il est envoyé, moyennant l'exéquatur gratuit. || Les Agents Diplomatiques et Consulaires de Chacune des deux Hautes Parties Contractantes jouiront, conformément aux stipulations du présent Traité, dans les Territoires de l'autre Partie, des droits, privilèges et immunités qui sont ou seront accordés aux mêmes Agents de la nation la plus favorisée.

Nr. 11514.
Japan und
Brasilien.
5. Nov. 1895.

Article III.

Il y aura, entre les Territoires et Possessions des deux Hautes Parties Contractantes, une liberté réciproque de commerce et de navigation. Les sujets et citoyens respectifs de chacune des deux Hautes Parties Contractantes auront le droit de se rendre librement et en pleine sécurité, avec leurs navires et leurs cargaisons dans tous les lieux, ports et rivières des Territoires et Possessions de l'autre où les sujets ou citoyens de la nation la plus favorisée sont permis de se rendre; ils pourront rester ou résider dans tous les lieux ou ports où les sujets ou citoyens de la nation la plus favorisée sont permis de rester ou de résider; et ils pourront y louer et occuper des maisons et des magasins, et s'y livrer au commerce en gros ou en détail de toutes espèces de produits, objets fabriqués et marchandises du commerce licite. || En tout ce qui concerne l'acquisition, jouissance et cession de propriétés de toutes sortes, les sujets ou citoyens de l'une des deux Hautes Parties Contractantes seront placés dans les territoires et possessions de l'autre sur le même pied d'égalité que les sujets ou citoyens de la nation la plus favorisée.

Article IV.

Les deux Hautes Parties Contractantes conviennent que tout privilège, faveur ou immunité en matière de commerce, de navigation, de voyage et de résidence que l'une des deux Parties Contractantes accorde actuellement ou pourra accorder à l'avenir aux sujets ou citoyens d'un autre Etat, seront étendus aux sujets ou citoyens de l'autre Partie Contractante gratuitement, si la concession accordée en faveur de cet autre Etat aura été gratuite; et avec les mêmes conditions ou avec des conditions équivalentes si la concession aura été conditionnelle; leur intention étant de placer, sous tous les rapports, le commerce et la navigation de chaque Pays sur le pied de la nation la plus favorisée.

Article V.

Nr. 11514.
Japan und
Brasilien.
5. Nov. 1895.

Il ne sera imposé à l'importation au Japon de tous articles produits ou fabriqués des Etats-Unis du Brésil, et réciproquement il ne sera imposé à l'importation aux Etats-Unis du Brésil de tous articles produits ou fabriqués du Japon, aucuns droits autres ou plus élevés que ceux qui sont ou seront imposés aux mêmes articles produits ou fabriqués de tout autre pays étranger importés dans le même but. || Il ne sera non plus imposé dans les Territoires ou Possessions de l'une des deux Hautes Parties Contractantes, à l'exportation de tous articles pour les Territoires ou Possessions de l'autre, aucuns droits ou charges autres ou plus élevés que ceux qui sont ou seront payables à l'exportation des articles similaires à destination de tout autre pays étranger. Aucune prohibition ne sera imposée à l'importation de tous articles produits ou fabriqués sur les Territoires ou Possessions de l'une des deux Hautes Parties Contractantes, dans les Territoires ou Possessions de l'autre, à moins que cette prohibition ne soit également appliquée à l'importation des articles similaires produits ou fabriqués dans tout autre pays. De même, aucune prohibition ne sera imposée à l'exportation de tous articles des Territoires ou Possessions de l'une des deux Hautes Parties Contractantes à destination des Territoires ou Possessions de l'autre, sans que cette prohibition soit également étendue à l'exportation des articles similaires à destination de tout autre pays.

Article VI.

En tout ce qui concerne le droit de transit, magasinage, primes, facilités et drawbacks, les sujets ou citoyens de chacune des deux Hautes Parties Contractantes seront, dans les Territoires ou Possessions de l'autre, placés, sous tous les rapports, sur le pied de la nation la plus favorisée.

Article VII.

Ne seront imposés, dans les Ports du Japon sur les navires des Etats-Unis du Brésil, et dans les Ports des Etats-Unis du Brésil sur les navires du Japon, aucuns droits ou charges de tonnage, de phare, de port, de pilotage, de quarantaine, de sauvetage ou autres droits ou charges similaires ou analogues de quelque dénomination que ce soit, levés au nom ou au profit du Gouvernement, des fonctionnaires publics, des particuliers, des corporations ou des établissements quelconques, autres ou plus élevés que ceux qui sont actuellement ou seront, à l'avenir appliqués, en pareil cas, dans les mêmes ports sur les navires de la nation la plus favorisée.

Article VIII.

Le cabotage des deux Hautes Parties Contractantes est excepté des dispositions du présent Traité. Il sera respectivement réglé par les Lois, Ordonnances et Règlements des deux Pays.

Article IX.

Dans le présent Traité, tous les navires qui, conformément aux Lois japonaises, pourront être considérés comme navires japonais et tous les navires qui, conformément aux Lois brésiliennes, pourront être considérés comme navires brésiliens, seront respectivement considérés comme navires japonais et brésiliens.

Nr. 11514.
Japan und
Brasilien.
5. Nov. 1895.

Article X.

Les citoyens et les navires des Etats-Unis du Brésil qui se rendent au Japon ou dans ses eaux territoriales seront, aussi longtemps qu'ils y resteront, soumis aux lois et à la juridiction du Japon; et les sujets et les navires du Japon qui se rendent au Brésil ou dans ses eaux territoriales seront également soumis aux lois et à la juridiction du Brésil.

Article XI.

Les sujets et citoyens de chacune des deux Hautes Parties Contractantes jouiront, respectivement, dans les Territoires et Possessions de l'autre Partie, de la parfaite protection pour leurs personnes et propriétés; ils auront un accès libre et facile auprès des tribunaux pour la poursuite et la défense de leurs droits; et ils auront, sur le même pied que les sujets ou citoyens du pays, la faculté d'employer des avoués, des avocats ou des mandataires pour se faire représenter devant les susdits tribunaux. || Ils jouiront également d'une liberté entière de conscience, et auront en se conformant aux Lois, Ordonnances et Règlements en vigueur, le droit de se livrer à l'exercice privé ou public de leur culte; ils jouiront aussi du droit d'inhumér leurs nationaux respectifs, suivant leurs coutumes religieuses, dans les lieux convenables et appropriés qui seront établis et entretenus à cet effet.

Article XII.

En ce qui concerne l'obligation de loger les militaires, le service obligatoire dans les armées de terre ou de mer, les réquisitions militaires ou les emprunts forcés, les sujets et citoyens de chacune des deux Hautes Parties Contractantes jouiront, dans les Territoires et Possessions de l'autre, des mêmes privilèges, immunités et exemptions que ceux dont jouissent les sujets ou citoyens de la nation la plus favorisée.

Article XIII.

Le présent Traité entrera en vigueur immédiatement après l'échange des ratifications et restera obligatoire pendant une période de douze ans à partir du jour où il aura été mis à exécution. || Chacune des deux Hautes Parties Contractantes aura le droit, à un moment quelconque après que onze années se seront écoulées depuis l'entrée en vigueur du présent Traité, de notifier à l'autre Partie son intention d'y mettre fin et à l'expiration du douzième mois qui suivra cette notification, ce Traité cessera et expirera entièrement.

Article XIV.

Nr. 11514.
Japan und
Brasilien.
5. Nov. 1895.

Le présent Traité sera fait en double dans les langues japonaise, portugaise et française; et dans le cas où des différences existeraient entre les textes japonais et portugais, il en sera décidé d'après le texte français qui est obligatoire pour les deux Gouvernements.

Article XV.

Le présent Traité sera ratifié par les deux Hautes Parties Contractantes, et les ratifications seront échangées à Paris aussitôt que faire se pourra. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé leurs cachets.

Fait en six expéditions à Paris le cinquième jour du onzième mois de la vingt huitième année de Meiji, correspondant à l'an mil huit cent quatre-quinze.

(Signé) Soné Arasuké.

„ Gabriel de Toledo Piza e Almeida.

Nr. 11515. JAPAN und CHINA. — Handels- und Schiffahrtsvertrag.

Peking, 21. Juli 1896.

Nr. 11515.
Japan und
China.
21. Juli 1896.

His Majesty the Emperor of Japan and His Majesty the Emperor of China, having resolved, in pursuance of the provisions of Article VI of the Treaty signed at Shimonoseki, on the 17th day of the 4th month of the 28th year of Meiji, corresponding to the 23rd day of the 3rd month of the 21st year of Kuang Hsü, to conclude a Treaty of Commerce and Navigation, have for that purpose, named as Their Plenipotentiaries, that is to say: || His Majesty the Emperor of Japan, Baron Hayashi Tadasu, Shoshii, Grand Cross of the Imperial Order of the Sacred Treasure, Grand Officer of the Imperial Order of the Rising Sun, Minister Plenipotentiary and Envoy Extraordinary; and His Majesty the Emperor of China, Chang Yen Hoon, Minister Plenipotentiary, Minister of the Tsungli-ya-men, Holding the rank of the President of a Board and Senior Vice President of the Board of Revenue; || Who, after having communicated to each other their Full Powers, found to be in good and due form, have agreed upon and concluded the following Articles:

Article I.

There shall be perpetual peace and friendship between His Majesty the Emperor of Japan and His Majesty the Emperor of China, and between their respective subjects who shall enjoy equally in the respective countries of the High Contracting Parties full and entire protection for their persons and property.

Article II.

It is agreed by the High Contracting Parties that His Majesty the Emperor of Japan may, if he see fit, accredit a Diplomatic Agent to the Court of

Peking and His Majesty the Emperor of China may, if he see fit, accredit a Diplomatic Agent to the Court of Tokio. || The Diplomatic Agents thus accredited shall respectively enjoy all the prerogatives, privileges and immunities accorded by international law to such Agents and they shall also in all respects be entitled to the treatment extended so similar Agents of the most favoured nation. || Their persons, families, suites, establishments, residences and correspondence shall be held inviolable. They shall be at liberty to select and appoint their own officers, couriers, interpreters, servants and attendants without any kind of molestation.

Nr. 11515.
Japan und
China.
21. Juli 1896.

Article III.

His Majesty the Emperor of Japan may appoint Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular Agents to reside at such of the ports, cities and towns of China which are now or may hereafter be opened to foreign residence and trade, as the interests of the Empire of Japan may require. || These officers shall be treated with due respect by the Chinese Authorities, and they shall enjoy all the attributes, authority, jurisdiction, privileges and immunities which are or may hereafter be extended to similar officers of the nation most favored in these respects. || His Majesty the Emperor of China may likewise appoint Consuls-Generals, Consuls, Vice-Consuls and Consular Agents to reside at any or all of those places in Japan where Consular officers of other nations are now or may hereafter be admitted, and, saving in the matter of jurisdiction in respect of Chinese subjects and property in Japan which is reserved to the Japanese Judicial Courts, they shall enjoy the rights and privileges that are usually accorded to such officers.

Article IV.

Japanese subjects may, with their families, employés and servants, frequent, reside and carry on trade, industries and manufactures or pursue any other lawful avocations in all the ports, cities and towns of China, which are now or may hereafter be opened to foreign residence and trade. They are at liberty to proceed to or from any of the open ports with their merchandise and effects and within the localities at those places which have already been or may hereafter be set apart for the use and occupation of foreigners, they are allowed to rent or purchase houses, rent or lease land and to build churches, cemeteries and hospitals, enjoying in all respects the same privileges and immunities as are now or may hereafter be granted to the subjects or citizens of the most favoured nation.

Article V.

Japanese vessels may touch for the purpose of landing and shipping passengers and merchandise in accordance with the existing Rules and Regulations concerning foreign trade there, at all those places in China which are

Nr. 11515. now ports of call, namely, Ngan-ching, Ta-tung, Hu-kow, Wu-sueh, Lu-chi-kow
 Japan und and Woosung and such other places as may hereafter be made ports of call
 China.
 21. Juli 1896. also. If any vessel should unlawfully enter ports other than open ports and
 ports of call in China or carry on clandestine trade along the coast or rivers,
 the vessel with her cargo shall be subject to confiscation by the Chinese
 Government.

Article VI.

Japanese subjects may travel, for their pleasure or for purposes of trade, to all parts of the interior of China, under passports issued by Japanese Consuls and countersigned by the Local Authorities. These passports, if demanded, must be produced for examination in the localities passed through. If the passports be not irregular, the bearers will be allowed to proceed and no opposition shall be offered to their hiring of persons, animals, carts or vessels for their own conveyance or for the carriage of their personal effects or merchandise. If they be without passports or if they commit any offence against the law, they shall be handed over to the nearest Consul for punishment, but they shall only be subject to necessary restraint and in no case to ill-usage. Such passports shall remain in force for a period of thirteen Chinese months from the date of issue. Any Japanese subject travelling in the interior without a passport shall be liable to a fine not exceeding three hundred Taels. Japanese subjects may, however, without passports go on excursions from any of the ports open to trade, to a distance not exceeding one hundred Chinese *li* and for a period not exceeding five days. The provisions of this Article do not apply to crews of ships.

Article VII.

Japanese subjects residing in the open ports of China, may take into their service Chinese subjects and employ them in any lawful capacity without restraint or hindrance from the Chinese Government or Authorities.

Article VIII.

Japanese subjects may hire whatever boats they please for the conveyance of cargo or passengers and the sum to be paid for such boats shall be settled between the parties themselves, without the interference of the Chinese Government or officers. No limit shall be put upon the number of boats, neither shall a monopoly in respect either of the boats or of the porters or coolies engaged in carrying goods, be granted to any parties. If any smuggling takes place in them the offenders will of course be punished according to law.

Article IX.

The Tariffs and Tariff Rules now in force between China and the Western Powers shall be applicable to all articles upon importation into China by Japanese subjects or from Japan, or upon exportation from China by Japanese

subjects or to Japan. It is clearly understood that all articles the importation or exportation of which is not expressly limited or prohibited by the Tariffs and Tariff Rules existing between China and the Western Powers, may be freely imported into and exported from China, subject only to the payment of the stipulated import or export duties. But in no case shall Japanese subjects be called upon to pay in China other or higher import or export duties than are or may be paid by the subjects or citizens of the most favoured nation; nor shall any article imported into China from Japan or exported from China to Japan, be charged upon such importation or exportation, other or higher duties than are now or may hereafter be imposed in China on the like article when imported from or exported to the nation most favoured in those respects.

Nr. 11515.
Japan und
China.
21. Juli 1896.

Article X.

All articles duly imported into China by Japanese subjects or from Japan shall while being transported, subject to the existing Regulations, from one open port to another, be wholly exempt from all taxes, imposts, duties, *lekin*, charges and exactions of every nature and kind whatsoever, irrespective of the nationality of the owner or possessor of the articles, or the nationality of the conveyance or vessel in which the transportation is made.

Article XI.

It shall be at the option of any Japanese subject desiring to convey duly imported articles to an inland market, to clear his goods of all transit duties by payment of a commutation transit tax or duty, equal to one-half of the import duty in respect of dutiable articles, and two and half per-cent. upon the value in respect of duty free articles; and on payment thereof a certificate shall be issued, which shall exempt the goods from all further inland charges whatsoever. It is understood that this Article does not apply to imported opium.

Article XII.

All Chinese goods and produce purchased by Japanese subjects in China elsewhere than at an open port thereof and intended for export abroad, shall in every part of China be freed from all taxes, imposts, duties, *lekin*, charges and exactions of every nature and kind whatsoever, saving only export duties when exported, upon the payment of a commutation transit tax or duty calculated at the rate mentioned in the last preceding Article substituting export duty for import duty, provided such goods and produce are actually exported to a foreign country within the period of twelve months from the date of the payment of the transit tax; all Chinese goods and produce purchased by Japanese subjects at the open ports of China and of which export to foreign countries is not prohibited shall be exempt from all internal taxes, imposts, duties, *lekin*, charges and exactions of every nature and kind whatsoever, saving only export duties upon exportation and all articles purchased by Japanese

Nr. 11515. subjects in any part of China, may also, for the purposes of export abroad,
 Japan und be transported from open port to open port, subject to the existing Rules
 China. and Regulations.
 21. Juli 1896.

Article XIII.

Merchandise of a *bona fide* foreign origin, in respect of which full import duty shall have been paid, may at any time within three years from the date of importation, be re-exported from China by Japanese subjects to any foreign country, without the payment of any export duty and the re-exporters shall, in addition, be entitled forthwith to receive from the Chinese Customs drawback certificates for the amount of import duty paid thereon, provided that the merchandise remains intact and unchanged in its original packages. Such drawback certificates shall be immediately redeemable in ready money by the Chinese Customs Authorities at the option of the holders thereof.

Article XIV.

The Chinese Government consents to the establishment of Bondel Warehouses at the several open ports of China. Regulations on the subject shall be made hereafter.

Article XV.

Japanese merchant vessels of more than one hundred and fifty tons burden, entering the open ports of China, shall be charged tonnage dues at the rate of four *mace* per registered ton; if of one hundred and fifty tons and under, they shall be charged at the rate of one *mace* per registered ton. But any such vessel taking its departure within forty eight hours after arrival, without breaking bulk, shall be exempt from the payment of tonnage dues. || Japanese vessels having paid the above specified tonnage dues shall thereafter be exempt from all tonnage dues in all the open ports and ports of call of China, for the period of four months from the date of clearance from the port where the payment of such tonnage dues is made. Japanese vessels shall not, however, be required to pay tonnage dues for the period during which they are actually undergoing repairs in China. || No tonnage dues shall be payable on small vessels and boats employed by Japanese subjects in the conveyance of passengers, baggage, letters, or duty free articles between any of the open ports of China. All small vessels and cargo boats, however, conveying merchandise which is, at the time of such conveyance, subject to duty, shall pay tonnage dues once in four months at the rate of one *mace* per ton. || No fee or charges, other than tonnage dues, shall be levied upon Japanese vessels and boats, and it is also understood that such vessels and boats shall not be required to pay other or higher tonnage dues than the vessels and boats of the most favoured nation.

Article XVI.

Any Japanese merchant vessel arriving at an open port of China, shall be at liberty to engage the services of a pilot to take her into port. In like

manner, after she has discharged all legal dues and duties and is ready to take her departure, she shall be allowed to employ a pilot to take her out of port.

Nr. 11515.
Japan und
China.
21. Juli 1896.

Article XVII.

Japanese merchant vessels compelled on account of injury sustained or any other cause, to seek a place of refuge, shall be permitted to enter any nearest port of China, without being subject to the payment of tonnage dues or duties upon goods landed in order that repairs to the vessel may be effected, provided the goods so landed remain under the supervision of the Customs Authorities. Should any such vessel be stranded or wrecked on the coast of China, the Chinese Authorities shall immediately adopt measures for rescuing the passengers and crew and for securing the vessel and cargo. The persons thus saved shall receive friendly treatment, and, if necessary, shall be furnished with means of conveyance to the nearest Consular station. Should any Chinese merchant vessel be compelled on account of injury sustained or any other cause to seek a place of refuge in the nearest port of Japan, she shall likewise be treated in the same way by the Japanese Authorities.

Article XVIII.

The Chinese Authorities at the several open ports shall adopt such means as they may judge most proper to prevent the revenue suffering from fraud or smuggling.

Article XIX.

If any Japanese vessel be plundered by Chinese robbers or pirates, it shall be the duty of the Chinese Authorities to use every endeavor to capture and punish the said robbers or pirates and to recover and restore the stolen property.

Article XX.

Jurisdiction over the persons and property of Japanese subjects in China, is reserved exclusively to the duly authorized Japanese Authorities, who shall hear and determine all cases brought against Japanese subjects or property by Japanese subjects or by the subjects or citizens of any other Power, without the intervention of the Chinese Authorities.

Article XXI.

If the Chinese Authorities or a Chinese subject make any charge or complaint of a civil nature against Japanese subjects or in respect of Japanese property in China, the case shall be heard and decided by the Japanese Authorities. || In like manner all charges and complaints of a civil nature brought by Japanese Authorities or subjects in China against Chinese subjects or in respect of Chinese property, shall be heard and determined by the Chinese Authorities.

Article XXII.

Nr. 11515.
Japan und
China.
21. Juli 1896.

Japanese subjects charged with the commission of any crimes or offences in China, shall be tried and if found guilty, punished by the Japanese Authorities according to the laws of Japan. || In like manner Chinese subjects charged with the commission of any crimes or offences against Japanese subjects in China, shall be tried and if found guilty, punished by the Chinese Authorities according to the laws of China.

Article XXIII.

Should any Chinese subject fail to discharge debts incurred to a Japanese subject or should he fraudulently abscond, the Chinese Authorities will do their utmost to effect his arrest, and enforce recovery of the debts. The Japanese Authorities will likewise do their utmost to bring to justice any Japanese subject who fraudulently absconds or fails to discharge debts incurred by him to a Chinese subject.

Article XXIV.

If Japanese subjects in China, who have committed offences or have failed to discharge debts and fraudulently abscond, should flee to the interior of China or take refuge in houses occupied by Chinese subjects or on board of Chinese ships, the Chinese Authorities shall, at the request of the Japanese Consul, deliver them to the Japanese Authorities. || In like manner if Chinese subjects in China, who have committed offences or have failed to discharge debts and fraudulently abscond, should take refuge in houses occupied by Japanese subjects in China or on board of Japanese ships in Chinese waters, they shall be delivered up, at the request of the Chinese Authorities made to the Japanese Authorities.

Article XXV.

The Japanese Government and its subjects are hereby confirmed in all privileges, immunities and advantages conferred on them by the Treaty stipulations between Japan and China which are now in force; and it is hereby expressly stipulated that the Japanese Government and its subjects will be allowed free and equal participation in all privileges, immunities and advantages that may have been or may be hereafter granted by His Majesty the Emperor of China to the government or subjects of any other nation.

Article XXVI.

It is agreed that either of the High Contracting Parties, may demand a revision of the Tariffs and of the Commercial Articles of this Treaty, at the end of ten years from the date of the exchange of the ratifications; but if no such demand be made on either side and no such revision be effected, within six months after the end of the first ten years, then the Treaty and Tariffs, in their present form, shall remain in force for ten years more, reckoned

from the end of the preceding ten years, and so it shall be at the end of each successive period of ten years.

Nr. 11515.
Japan und
China.
21. Juli 1896.

Article XXVII.

The High Contracting Parties will agree upon Rules and Regulations necessary to give full effect to this Treaty. Until such Rules and Regulations are brought into actual operation, the Arrangements, Rules and Regulations subsisting between China and the Western Powers, so far as they are applicable and not inconsistent with the provisions of this Treaty, shall be binding between the Contracting Parties.

Article XXVIII.

The present Treaty is signed in the Japanese, Chinese and English languages. In order, however, to prevent future discussions, the Plenipotentiaries of the High Contracting Parties have agreed upon that in case of any divergence in the interpretation between the Japanese and Chinese Texts of the Treaty, the difference shall be settled by reference to the English Text.

Article XXIX.

The present Treaty shall be ratified by His Majesty the Emperor of Japan and His Majesty the Emperor of China and the ratifications thereof shall be exchanged at Peking as soon as possible, and not later than three months from the present date. || In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the same and have affixed thereto the seal of their arms.

Done at Peking this 21st day of the 7th month of the 29th year of Meiji, corresponding to the eleventh day of the sixth month of the 22nd year of Kuang Hsü.

(Unterschriften.)

Nr. 11516. JAPAN und SCHWEIZ. — Freundschafts- und Handelsvertrag.

Bern, 10. November 1896.

Sa Majesté l'Empereur du Japon || et || Le Conseil fédéral de la Confédération suisse, animés d'un égal désir de maintenir les bons rapports déjà heureusement établis entre eux, en étendant et en augmentant les relations entre les deux Etats et persuadés que ce but ne saurait être mieux atteint que par la révision des traités jusqu'ici en vigueur entre les deux Pays, ont résolu de procéder à cette révision sur les bases de l'équité et de l'intérêt mutuel et ont nommé à cet effet pour leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté l'Empereur du Japon: || Monsieur Kôgoro Takahira, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur du Japon près la Confédération suisse; || Le Conseil fédéral de la Confédération suisse: || Mon-

Nr. 11516.
Japan und
Schweiz.
10. Nov. 1896.

Nr. 11516.
Japan und
Schweiz.
10. Nov. 1896.

sieur Adolphe Deucher, Vice-Président du Conseil fédéral, Chef du Département fédéral du Commerce, de l'Industrie et de l'Agriculture, || lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, ont arrêté et conclu les articles suivants:

Article Premier.

Il y aura, à perpétuité, paix et amitié entre les deux Pays contractants.

Article II.

Les sujets ou citoyens de chacune des deux Hautes Parties contractantes auront toute liberté d'entrer, de voyager ou de résider en un lieu quelconque des territoires et possessions de l'autre, et y jouiront d'une pleine et entière protection pour leurs personnes et leurs propriétés. || Ils auront un accès libre et facile aux tribunaux pour la poursuite ou la défense de leurs droits; ils auront, sur le même pied que les sujets ou citoyens du pays, la faculté de choisir et d'employer des avoués, des avocats et des mandataires afin de poursuivre et de défendre leurs droits devant ces tribunaux, et quant aux autres matières qui se rapportent à l'administration de la justice, ils jouiront de tous les droits et privilèges dont jouissent les sujets ou citoyens du pays. || Pour tout ce qui concerne le droit de résidence et de voyage, la possession des biens et effets mobiliers de quelque espèce que ce soit, la transmission des biens mobiliers par succession testamentaire ou autre, et le droit de disposer de quelque manière que ce soit des biens de toutes sortes qu'ils peuvent légalement acquérir, les sujets ou citoyens de chacune des deux Parties contractantes jouiront, dans les territoires et possessions de l'autre, des mêmes privilèges, libertés et droits, et ne seront soumis, sous ce rapport, à aucun impôt ou charge plus élevé que les sujets ou citoyens du pays ou les sujets ou citoyens de la nation la plus favorisée. || Les sujets ou citoyens de chacune des Parties contractantes jouiront, dans les territoires et possessions de l'autre, d'une liberté entière de conscience, et pourront, en se conformant aux lois, ordonnances et règlements, se livrer à l'exercice privé ou public de leur culte; ils jouiront aussi du droit d'inhumer leurs nationaux respectifs, suivant leurs coutumes religieuses, dans des lieux convenables et appropriés qui seront établis et entretenus à cet effet. || Ils ne seront contraints, sous aucun prétexte, à payer des charges ou taxes autres ou plus élevées que celles qui sont ou seront imposées aux sujets ou citoyens du pays ou aux sujets ou citoyens de la nation la plus favorisée. || Les sujets ou citoyens de chacune des Parties contractantes qui résident dans les territoires et possessions de l'autre ne seront astreints à aucun service militaire obligatoire, soit dans l'armée, soit dans la marine, soit dans la garde nationale ou la milice; ils seront exempts de toutes contributions imposées en lieu et place du service personnel et de tous emprunts forcés, de toutes exactions ou de contributions militaires.

Article III.

Nr. 11516.
Japan und
Schweiz.
10. Nov. 1896.

Il y aura, entre les territoires et possessions des deux Hautes Parties contractantes, liberté réciproque de commerce. || Les sujets ou citoyens de chacune des Parties contractantes pourront exercer en quelque lieu que ce soit des territoires et possessions de l'autre, le commerce en gros ou en détail de tous produits, objets fabriqués et marchandises de commerce licite, soit en personne, soit par leurs représentants, tant seuls qu'en société avec des étrangers ou des sujets ou citoyens du pays; ils pourront y posséder ou louer et occuper les maisons, les fabriques, manufactures ou ateliers, les magasins, boutiques et locaux qui peuvent leur être nécessaires, et louer des terrains à l'effet d'y résider ou d'y exercer l'industrie et le commerce, le tout en se conformant aux lois, aux règlements de police et de douane du pays, comme les nationaux eux-mêmes. || Ils jouiront respectivement, en matière d'industrie, de commerce et de navigation, du même traitement que les sujets ou citoyens du pays ou de la nation la plus favorisée, sans avoir à payer aucuns impôts, taxes ou droits de quelque nature ou dénomination que ce soit, perçus au nom ou au profit du Gouvernement, des fonctionnaires publics, des particuliers, des corporations ou établissements quelconques, autres ou plus élevés que ceux imposés aux sujets ou citoyens du pays ou de la nation la plus favorisée, en se conformant, toujours, aux lois, ordonnances et règlements de chaque pays.

Article IV.

Les habitations, les fabriques, manufactures et ateliers, les magasins et boutiques des sujets ou citoyens de chacune des Hautes Parties contractantes dans les territoires et possessions de l'autre, ainsi que les terrains qui en dépendent, servant soit à la demeure, soit à l'industrie ou au commerce, seront respectés. || Il ne sera pas permis de procéder à des perquisitions ou visites domiciliaires dans ces habitations et terrains, ou bien d'examiner ou d'inspecter les livres, papiers ou comptes, sauf dans les conditions et formes prescrites par les lois, ordonnances et règlements applicables aux sujets ou citoyens du pays.

Article V.

Il ne sera imposé à l'importation dans le territoire de la Confédération suisse de tous articles produits ou fabriqués dans les territoires et possessions de Sa Majesté l'Empereur du Japon, de quelque endroit qu'ils viennent, et à l'importation dans les territoires et possessions de Sa Majesté l'Empereur du Japon, de tous articles produits ou fabriqués dans le territoire de la Confédération suisse, de quelque endroit qu'ils viennent, aucuns droits autres ou plus élevés que ceux imposés sur les articles similaires produits ou fabriqués dans tout autre pays étranger. De même, aucune prohibition ne sera maintenue ou imposée sur l'importation dans les territoires et possessions de l'une des Parties contractantes d'un article quelconque produit ou fabriqué dans les territoires et possessions de l'autre, de quelque endroit qu'il vienne, à moins

Nr. 11516.
Japan und
Schweiz.
10. Nov. 1896.

que cette prohibition ne soit également appliquée à l'importation des articles similaires produits ou fabriqués dans tout autre pays. Cette dernière disposition n'est pas applicable aux prohibitions sanitaires ou autres provenant de la nécessité de protéger la sécurité des personnes, ainsi que la conservation du bétail et des plantes utiles à l'agriculture.

Article VI.

Il ne sera imposé dans les territoires et possessions de chacune des Hautes Parties contractantes, à l'exportation d'un article quelconque à destination des territoires et possessions de l'autre, aucuns droits ou charges autres ou plus élevés que ceux qui sont ou seront payables à l'exportation des articles similaires à destination d'un autre pays étranger quel qu'il soit; de même, aucune prohibition ne sera imposée à l'exportation d'aucun article des territoires et possessions de l'une des Parties contractantes à destination des territoires et possessions de l'autre sans que cette prohibition soit également étendue à l'exportation des articles similaires à destination de tout autre pays.

Article VII.

Les sujets ou citoyens de chacune des Hautes Parties contractantes seront exempts, dans les territoires et possessions de l'autre, de tout droit de transit, et jouiront d'une parfaite égalité de traitement avec les sujets ou citoyens du pays, relativement à tout ce qui concerne l'emmagasinage, les primes, les facilités et les drawbacks.

Article VIII.

Les objets passibles d'un droit d'entrée qui servent d'échantillons et qui sont importés dans l'un des pays contractants par des commerçants, industriels ou voyageurs de commerce de l'autre de ces pays, seront en tout temps exempts de droits d'entrée et de sortie, à la condition que ceux d'entre eux qui n'auront pas été vendus dans le délai prévu par la loi du pays, seront réexportés, et moyennant l'accomplissement des formalités douanières pour la réexportation ou la réintégration en entrepôt. || La réexportation des échantillons doit, dans les deux pays, être assurée immédiatement au lieu de leur entrée, soit par le dépôt du montant du droit de douane, soit au moyen d'une autre garantie. || Les cartes d'échantillons et les échantillons en coupures et spécimens, pour autant qu'ils ne sont propres qu'à cet usage, seront exempts de tout droit d'entrée dans les deux pays, même si leur importation a lieu d'une autre manière que celle indiquée à l'alinéa précédent.

Article IX.

S'il est perçu, sur tout le territoire ou dans un rayon limité de l'un des pays contractants, un droit intérieur sur la production, la fabrication ou la consommation d'un article, que ce soit pour le compte de l'Etat, d'une com-

mune ou d'une corporation, le même article, lorsqu'il est importé de l'autre pays contractant, dans le dit territoire ou le dit rayon, ne pourra être soumis à un droit plus élevé ou plus onéreux. || Il ne peut être prélevé aucune taxe lorsque l'article dont il s'agit n'est ni produit ni fabriqué dans le dit territoire ou le dit rayon ou lorsque cet article, quoique produit ou fabriqué dans ce territoire ou rayon, n'y est pas soumis à la même taxe.

Nr. 11516.
Japan und
Schweiz.
10. Nov. 1896.

Article X.

Les Hautes Parties contractantes conviennent qu'en tout ce qui concerne le commerce, tous privilèges, faveurs ou immunités que l'une ou l'autre des Parties Contractantes a déjà accordés ou accorderait à l'avenir, au Gouvernement ou aux sujets ou citoyens de tout autre Etat, seront étendus immédiatement et sans condition au Gouvernement ou aux sujets ou citoyens de l'autre Partie contractante, leur intention étant que le commerce de chaque pays soit placé, à tous égards, par l'autre, sur le pied de la nation la plus favorisée.

Article XI.

Les sujets ou citoyens de chacune des Hautes Parties contractantes jouiront, sur les territoires et possessions de l'autre, de la même protection que les sujets ou citoyens du pays, relativement aux brevets d'invention dessins et modèles industriels, marques de fabrique et de commerce, aux noms commerciaux, ainsi qu'aux oeuvres littéraires et artistiques, en remplissant les formalités prescrites par la loi.

Article XII.

Les Hautes Parties contractantes sont d'accord sur l'arrangement suivant: || Les divers quartiers étrangers au Japon seront incorporés aux communes japonaises respectives et feront dès lors partie du système municipal général du Japon. || Les autorités japonaises compétentes assumeront en conséquence toutes les obligations et tous les devoirs municipaux y relatifs, et les fonds communs et les propriétés, s'il en est, qui appartiennent aux dits quartiers, seront en même temps transférés aux dites autorités japonaises. || Lorsqu'une telle incorporation aura lieu, les baux perpétuels existants, en vertu desquels la propriété est actuellement détenue dans les dits quartiers, seront confirmés, et aucuns impôts, taxes et conditions, de quelque nature qu'ils soient, autres que ceux contenus dans les dits baux existants, ne seront imposés par rapport à cette propriété. || Les droits de propriété des dits immeubles peuvent être librement aliénés au profit des indigènes et des étrangers, sans qu'ils soit besoin, comme en certains cas jusqu'ici, de l'autorisation des autorités consulaires ou japonaises. || Il est toutefois entendu que les autorités consulaires mentionnées dans les dits baux seront, dans tous les cas, remplacées par les autorités japonaises. || Toutes les terres qui peuvent avoir été antérieurement concédées libres de rentes par le Gouvernement

Nr. 11516. japonais pour l'usage public des dits quartiers, seront, sauf le droit de do-
 Japan und maine éminent, perpétuellement maintenues libres de toutes taxes et charges
 Schweiz. affectées à l'usage public pour lequel elles avaient été originairement
 10. Nov. 1896. réservées.

Article XIII.

Chacune des Hautes Parties contractantes pourra nommer des Consuls généraux, Consuls, Vice-Consuls, Proconsuls et Agents consulaires dans tous les ports, villes et places de l'autre, sauf dans les localités où il y aurait inconvénient à admettre de tels officiers consulaires. || Cette exception ne sera cependant pas faite à l'égard de l'une des Parties contractantes, sans l'être également à l'égard de toutes les autres Puissances. || Les Consuls généraux, Consuls, Vice-Consuls, Proconsuls et Agents consulaires de Suisse au Japon et ceux du Japon en Suisse auront le droit d'exercer tous les pouvoirs et toutes les fonctions que peuvent remplir, dans les pays respectifs, les officiers consulaires de la nation la plus favorisée et ils y jouiront de tous les privilèges, exemptions et immunités qui sont ou seront accordés à l'avenir aux officiers consulaires de la nation la plus favorisée.

Article XIV.

Le présent traité prendra, du jour où il entrera en vigueur, lieu et place du traité d'amitié et de commerce, conclu le vingt-neuvième jour du douzième mois de la troisième année de Bun-kiu correspondant au six février mil huit cent soixante-quatre et de l'acte d'adhésion à la convention de tarif, signé le vingt-deuxième jour du troisième mois de la troisième année de Keiô correspondant au vingt-six avril mil huit cent soixante-sept et de tous les arrangements et conventions subsidiairement conclus ou existant entre les Hautes Parties contractantes, et à partir du même jour les dits traité et acte d'adhésion, arrangements et conventions cesseront d'être obligatoires, et, en conséquence, la juridiction jusqu'alors exercée par les tribunaux consulaires suisses au Japon et tous les privilèges, exemptions et immunités exceptionnels dont jouissaient jusqu'alors les citoyens de la Confédération suisse comme une partie de cette juridiction ou comme y appartenant, cesseront et prendront fin absolument et sans notification, et tous ces droits de juridiction appartiendront à partir de ce moment aux tribunaux japonais et seront exercés par ces mêmes tribunaux.

Article XV.

Le présent traité entrera en vigueur le 17 juillet 1899 au plus tôt. Il sortira ses effets une année après que le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur du Japon aura notifié au Conseil fédéral de la Confédération suisse son intention de le mettre en vigueur. Cette notification pourra être faite en tout temps à partir du 16 juillet 1898. Le traité restera valable pendant une période de douze ans après le jour où il sera entré en vigueur. || L'une ou l'autre des Hautes Parties contractantes aura le droit, à un moment quel-

conque après que onze ans se seront écoulés depuis l'entrée en vigueur de ce traité, de notifier à l'autre son intention d'y mettre fin et à l'expiration de douze mois après cette notification, il cessera et finira entièrement.

Nr. 11516.
Japan und
Schweiz.
10. Nov. 1896.

Article XVI.

Le présent traité sera ratifié par les Hautes Parties contractantes et les ratifications en seront échangées à Berne le plus tôt possible.

En foi de quoi les Plénipotentiaires l'ont signé et revêtu de leur cachet respectif.

Fait à Berne, en double expédition, le dix novembre mil-huit cent quatre-vingt-seize (1896).

(L. S.) K. Takahira.

(L. S.) Dencher.

Protocole.

Le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur du Japon et le Conseil fédéral de la Confédération suisse, jugeant utile, dans l'intérêt des deux pays, de régler certaines matières spéciales qui les concernent mutuellement, séparément du traité d'amitié, d'établissement et de commerce signé ce jour, sont convenus, par leurs Plénipotentiaires respectifs, des dispositions suivantes:

1. Ad article II du traité. Le Gouvernement japonais consent à étendre le système actuel des passeports avant même l'ouverture du pays aux citoyens suisses, de manière à permettre à ceux-ci, sur la production d'un certificat de recommandation du représentant diplomatique ou des officiers consulaires de Suisse au Japon, d'obtenir, sur demande, du Ministère impérial des Affaires étrangères à Tokio ou des autorités supérieures de la Préfecture dans laquelle est compris un port ouvert, des passeports valables pour une région quelconque du pays et pour une période n'excédant pas douze mois, étant entendu que les règles et règlements actuellement applicables aux ressortissants suisses qui visitent l'intérieur de l'Empire, seront maintenus.

2. Ad article V du traité. Il est convenu par les Parties contractantes que six mois après l'échange des ratifications du traité d'amitié, d'établissement et de commerce signé ce jour, le tarif d'importation aujourd'hui en vigueur à l'égard des articles et marchandises importés au Japon par les citoyens suisses cessera d'être obligatoire. A partir du même moment, le tarif général établi par la loi intérieure du Japon sera applicable aux articles et marchandises produits ou manufacturés du territoire suisse sur leur importation au Japon, le tout en se conformant aux dispositions de l'article 16 du traité de 1864 existant entre les Parties contractantes tant que le dit traité restera en vigueur, et après ce moment, en se conformant aux dispositions de l'article V du traité signé en ce jour. Mais aucune disposition de ce protocole n'aura

Nr. 11516.
Japan und
Schweiz.
10. Nov. 1896.

pour effet de limiter le droit du Gouvernement japonais de restreindre ou de prohiber l'importation des drogues, médecines, aliments ou boissons altérés; des gravures, peintures, livres, cartes, gravures lithographiées ou autres et photographies indécents ou obscènes, ou tous autres articles indécents ou obscènes; d'articles en violation des lois japonaises sur les brevets d'invention, les marques de fabrique ou la propriété littéraire, ou de tout autre article qui, pour des raisons sanitaires ou au point de vue de la sécurité ou de la morale publiques, pourra offrir quelque danger.

3. Ad article XI du traité. Le Gouvernement japonais s'engage à adhérer, avant que la juridiction consulaire suisse au Japon ait pris fin, à la Convention internationale pour la protection de la propriété industrielle, signée à Paris le 20 mars 1883, et à la Convention internationale pour la protection des oeuvres littéraires et artistiques, signée à Berne le 9 septembre 1886.

4. Ad article XIV du traité. Il est convenu que malgré la suppression de la juridiction consulaire suisse au Japon, prévue pour l'époque où le présent traité d'amitié, d'établissement et de commerce entrera pleinement en vigueur, cette juridiction continuera à être exercée par les autorités judiciaires suisses pour toutes les affaires pendantes lors de la pleine entrée en vigueur du dit traité jusqu'à leur solution définitive. || Les Plénipotentiaires soussignés ont convenu que ce protocole sera soumis à l'approbation des deux Hautes Parties contractantes en même temps que le traité d'amitié, d'établissement et de commerce signé ce jour, et que, quand le dit traité sera ratifié, les stipulations contenues dans ce protocole seront également considérées comme approuvées, sans qu'il soit nécessaire d'une ratification formelle ultérieure.

Il est également convenu que ce protocole prendra fin en même temps que le dit traité cessera d'être obligatoire.

Fait à Berne, en double expédition, le dix novembre mil-huit cent quatre-vingt-seize (1896).

K. Takahira.
Deucher.

Déclaration

concernant l'interprétation des articles II, III, XI, et XII du traité.

Au moment de procéder à la signature du traité d'amitié, d'établissement et de commerce conclu entre le Japon et la Suisse en date de ce jour, les soussignés déclarent qu'il est bien entendu que les citoyens suisses au Japon et les sujets japonais en Suisse sont placés sur le pied de la nation la plus favorisée: || 1. A l'égard de l'acquisition des droits d'emphytéose, de superficie et des autres droits réels sur les biens-fonds, dans les buts visés par les articles II et III du traité, ainsi qu'à l'égard de la conversion des droits personnels du bail des biens-fonds en droits réels par leur enregistrement dans les registres destinés à cet effet. || 2. A l'égard de l'acquisition et de la pos-

session des droits d'hypothèque sur les propriétés immobilières. || 3. A l'égard du maintien, après l'expiration du traité, des droits légalement acquis avant sa mise en vigueur ou pendant sa durée. || Il est en outre entendu que la protection de la propriété industrielle, visée à l'article XI (brevets d'invention, dessins et modèles industriels, marques de fabrique et de commerce, raisons sociales et noms commerciaux) entrera en vigueur le jour de l'échange des ratifications du présent traité.

Nr. 11516.
Japan und
Schweiz.
10. Nov. 1896.

Fait à Berne, en double expédition, le dix novembre mil-huit cent quatre-vingt-seize (1896).

K. Takahira.
Deucher.

Légation du Japon,

Berne, le 10 Novembre, 1896.

Son Excellence Monsieur Adolphe Deucher, Vice-Président du Conseil Fédéral Suisse, à Berne.

Monsieur le Vice-Président, || Le soussigné, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur du Japon, en vertu d'une autorisation spéciale du Gouvernement Impérial, a l'honneur d'informer le Conseil fédéral de la Confédération Suisse que le Gouvernement Impérial Japonais, reconnaissant l'avantage qu'il y aurait de mettre en vigueur les codes de l'Empire qui ont été déjà promulgués, lorsque les stipulations du traité existant aujourd'hui entre le Japon et la Suisse cesseront d'être obligatoires, s'engage à ne faire la notification prévue par le premier paragraphe de l'article XV du Traité d'amitié, d'établissement et de commerce, signé ce jour, que lorsque ces codes, dont la mise en vigueur est aujourd'hui ajournée, entreront en vigueur. || Le soussigné saisit l'occasion pour renouveler à Son Excellence Monsieur le Vice-Président Deucher les assurances de sa haute considération.

(Signé) K. Takahira.

Extrait du procès-verbal de la troisième conférence tenue entre le Plénipotentiaire du Japon et le Plénipotentiaire de la Confédération Suisse, le 28 Septembre 1896, à 10¹/₂ h. du matin.

A propos de ce chiffre 4, il a été entendu que le règlement des contestations qui se produiraient au Japon en matière de propriété industrielle, dans la période transitoire qui s'écoulera depuis le moment où l'article XI entrera en vigueur jusqu'à celui où le traité sortira complètement ses effets, appartiendra à la juridiction japonaise.

Nr. 11517. JAPAN und SPANIEN. — Revision des zwischen beiden Staaten bestehenden Handelsvertrages.

Madrid, 2. Januar 1897.

Nr. 11517.
Japan und
Spanien.
2. Jan. 1897.

His Majesty the Emperor of Japan, and His Majesty the King of Spain, and in His Royal Name Her Majesty the Queen Regent of the Realm, being equally desirous of maintaining the relations of good understanding which happily exist between them, by extending and increasing the intercourse between their respective States, and being convinced that this object cannot be better accomplished than by revising the Treaty of Friendship, Commerce and Navigation hitherto existing between the two countries, have resolved to complete such a revision based upon principles of equity and mutual benefit and for that purpose have named as their Plenipotentiaries, that is to say: || His Majesty the Emperor of Japan, Shinichiro Kurino, Shoshii, Second Class of the Imperial Order of the Rising Sun, &c., &c., His Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary at the Court of His Majesty the King of Italy. || And His Majesty the King of Spain and in His Royal Name Her Majesty the Queen Regent of the Realm, Don Carlos O'Donell y Abreu, Duke of Tetuan, Marquis of Altamira, Count of Lucena, Grandee of Spain, Senator of the Realm, Brigadier General, His Most Catholic Majesty's Chamberlain, decorated with the Collar of the Royal and distinguished Order of Charles III, Knight Grand Cross of the Military Order of St. Hermenegild, decorated with the Collar of the Order of the Tower and Sword of Portugal, Knight Grand Cross of the Orders of St. Stephen of Hungary, of S. S. Maurice and Lazarus of Italy, of Leopold of Belgium, of the Osmanieh, &c., &c., His Minister of State, || Who having communicated to each other their Full Powers, found to be in good and due form, have agreed upon and concluded the following Articles:

Article I.

The subjects of each of the two High Contracting Parties shall have full liberty to enter, travel or reside in any part of territories of the other Contracting Party, and shall enjoy full and perfect protection for their persons and property. || They shall have free and easy access to the Courts of Justice in pursuit and defence of their rights: they shall be at liberty equally with native subjects to choose and employ lawyers, advocates, and representatives to pursue and defend their rights before such Courts, and in all other matters connected with the administration of justice they shall enjoy all the rights and privileges enjoyed by native subjects. || In whatever relates to rights of residence and travel; to the possession of goods and effects of any kind; to the succession to personal estate, by will or otherwise, and the disposal of property of any sort in any manner whatsoever which they may lawfully acquire, the subjects of each Contracting Party shall enjoy in the territories of the other the same privileges, liberties and rights, and shall be subject to

no higher imposts or charges in this respect than the subjects or citizens of the most favoured nation. The subjects of each of the High Contracting Parties shall enjoy in the territories of the other the right to exercise their worship, subject to the Laws, Ordinances and Regulations of the respective countries and also the right of burying their respective countrymen, under the same condition, according to their religious customs, in such suitable and convenient places as may be established and maintained for that purpose. || They shall not be compelled under any pretext whatsoever to pay any charges or taxes other or higher than those that are or may be paid by native subjects and citizens of the most favoured nation.

Nr. 11517.
Japan und
Spanien.
2. Jan. 1897.

Article II.

The subjects of either of the Contracting Parties residing in the territories of the other shall be exempted from all compulsory military service whatsoever, whether in the army, navy, National Guard, or militia; from all contributions imposed in lieu of personal service; and from all forced loans or military exactions or contributions.

Article III.

There shall be reciprocal freedom of commerce and navigation between the territories of the two High Contracting Parties. || The subjects of each of the High Contracting Parties may trade in any part of the territories of the other by wholesale or retail in all kinds of produce, manufactures and merchandise of lawful commerce, either in person or by agents, singly or in partnership with foreigners or native subjects; and they may there own hire and occupy the houses, manufactories, warehouses, shops and premises, which may be necessary for them, and lease land for residential and commercial purposes, conforming themselves to the Laws, Police and Customs Regulations of the country like native subjects. || They shall have liberty freely to come with their ships and cargoes to all places, ports and rivers in the territories of the other, which are or may be opened to foreign commerce, and shall enjoy respectively, the same treatment in matters of commerce and navigation as native subjects, or subjects or citizens of the most favoured nation without having to pay taxes, imposts, or duties, of whatever nature or under whatever denomination levied in the name or for the profit of the Government, public functionaries, private individuals, Corporations or establishments of any kind, other or greater than those paid by native subjects or subjects or citizens of the most favoured nation. || It is, however, understood that the provisions of the present and the two preceding articles in no way annul the Laws, Ordinances, and special Regulations respecting Commerce, Police and Public Security in force in the respective countries applying to foreigners in general.

Article IV.

The dwellings, manufactories, warehouses and shops of the subjects of each of the High Contracting Parties in the territory of the other and all

Nr. 11517. premises appertaining thereto destined for purposes of residence or commerce, shall be respected. || It shall not be allowable to proceed to make a search of, or a domiciliary visit to, such dwellings and premises, or to examine or inspect books, papers or accounts, except under the conditions and with the forms prescribed by the Laws, Ordinances and Regulations for subjects of the country.

Article V.

The subjects of each of the High Contracting Parties shall enjoy in the territories of the other exemption from all transit duties, and a perfect equality of treatment with native subjects in all that relates to warehousing, bounties, facilities and drawbacks. || No merchandize of the territories of either of the Contracting Parties imported into the territory of the other, shall be liable to pay higher excise or „octroi“ dues, whether national or local, than those imposed upon the similar merchandize of native production. || Import duties on any particular goods or merchandize may be increased in either country in proportion to the burden imposed upon the similar goods or merchandize by the system of internal duties.

Article VI.

All articles which are or may be legally imported into the ports of the territories of His Majesty the Emperor of Japan in Japanese vessels may likewise be imported into those ports in Spanish vessels, without being liable to any other or higher duties or charges of whatever denomination than if such articles were imported in Japanese vessels; and reciprocally, all articles which are or may be legally imported into the ports of the territories of His Majesty the King of Spain in Spanish vessels may likewise be imported into those ports in Japanese vessels, without being liable to any other or higher duties or charges of whatever denomination than if such articles were imported in Spanish vessels. || In the same manner, there shall be perfect equality of treatment in regard to exportation, so that the same export duties shall be paid, and the same bounties and drawbacks allowed, in the territories of either of the High Contracting Parties on the exportation of any article which is or may be legally exported therefrom, whether such exportation shall take place in Japanese or in Spanish vessels, and whatever may be the place of destination, whether a port of either of the Contracting Parties or of any third Power.

Article VII.

No duties of tonnage, harbour, pilotage, lighthouse, quarantine or other similar or corresponding duties of whatever nature or under whatever denomination levied in the name or for the profit of the Government, public functionaries, private individuals, Corporations, or establishments of any kind, shall be imposed in the ports of the territories of either country upon the vessels of the other country, which shall not equally and under the same

conditions be imposed in the like cases on national vessels in general or vessels of the most favoured nation. Such equality of treatment shall apply, reciprocally, to the respective vessels, from whatever port or place they may arrive, and whatever may be their place of destination.

Nr. 11517.
Japan und
Spanien.
2. Jan. 1897.

Article VIII.

In all that regards the stationing, loading and unloading of vessels in the ports, basins, docks, roadsteads, harbours, or rivers of the territories of the two countries, no privilege shall be granted to national vessels, which shall not be equally granted to vessels of the other country; the intention of the High Contracting Parties being that in this respect also the respective vessels shall be treated on the footing of perfect equality.

Article IX.

The coasting trade of both the High Contracting Parties is excepted from the provisions of the present Treaty, and shall be regulated according to the Laws, Ordinances and Regulations of Japan and Spain respectively. || It is, however, understood that Japanese subjects in the territories of His Majesty the King of Spain and Spanish subjects in the territories of His Majesty the Emperor of Japan shall enjoy in this respect the rights which are or may be granted under such Laws, Ordinances and Regulations to the subjects or citizens of any other country. || A Japanese vessel laden in a foreign country with cargo destined for two or more ports in the territories of His Majesty the King of Spain, and a Spanish vessel laden in a foreign country, with cargo destined for two or more ports in the territories of His Majesty the Emperor of Japan may discharge a portion of her cargo at one port and continue her voyage to the other port or ports of destination where foreign trade is permitted, for the purpose of landing the remainder of her original cargo there, subject always to the Laws and Custom-house regulations of the two countries. || The Japanese Government, however, agrees to allow Spanish vessels, for the period of the duration of the present Treaty, to carry cargo between the existing open ports of the Empire, excepting to or from the ports of Osaka, Niigata and Ebisu-minato.

Article X.

Any ship of war or merchant vessel of either of the High Contracting Parties which may be compelled by stress of weather, or by reason of any other distress, to take shelter in a port of the other, shall be at liberty to refit therein, to procure all necessary supplies, and to put to sea again, without paying any dues other than such as would be payable by national vessels. In case, however, the master of a merchant vessel should be under the necessity of disposing of a part of his cargo in order to defray the expenses, he shall bound to conform to the Regulations and Tariffs of the place to which he may have come. || If any ship of war or merchant vessel of one

Nr. 11517.
Japan und
Spanien.
2. Jan. 1897.

of the Contracting Parties should run aground or be wrecked upon the coasts of the other, the local authorities shall inform the Consul General, Consul, Vice-Consul or Consular Agent of the district of the occurrence, or if there be no such Consular officer they shall inform the Consular officer of the nearest district. || All proceedings relative to the salvage of Japanese vessels wrecked or cast on shore in the territorial waters of His Majesty the King of Spain shall take place in accordance with the Laws, Ordinances and Regulations of Spain; and, reciprocally, all measures of salvage relative to Spanish vessels wrecked or cast on shore in the territorial waters of His Majesty the Emperor of Japan shall take place in accordance with the Laws, Ordinances and Regulations of Japan. || Such stranded or shipwrecked vessel, and all parts thereof, and all furnitures and appurtenances belonging thereunto, and all goods and merchandize saved therefrom, including those which may have been cast into the sea, or the proceeds thereof, if sold, as well as all papers found on board such stranded or wrecked ship or vessel, shall be given up to the owners or their agents when claimed by them. If such owners or agents are not on the spot, the same shall be delivered to the respective Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls or Consular Agents, upon being claimed by them within the period fixed by the laws of the country, and such Consular officers, owners or agents shall pay only the expenses incurred in the preservation of the property, together with the salvage or other expenses which would have been payable in the case of a wreck of a national vessel. || The goods and merchandize saved from the wreck shall be exempt from all the duties of the Customs, unless cleared for consumption, in which case they shall pay the ordinary duties. || When a ship or vessel belonging to the subjects of one of the Contracting Parties is stranded or wrecked in the territories of the other, the respective Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls, and Consular Agents shall be authorized, in case the owner or master, or other agent of the owner, is not present, to lend their official assistance in order to afford the necessary assistance to the subjects of the respective States. The same rule shall apply in case the owner, master or other agent is present, but requires such assistance to be given.

Article XI.

All vessels which, according to Japanese law are to be deemed Japanese vessels, and all vessels which according to Spanish law are to be deemed Spanish vessels, shall for the purposes of this Treaty be deemed Japanese and Spanish vessels respectively.

Article XII.

The Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular Agents of each of the Contracting Parties, residing in the territories of the other, shall receive from the local authorities such assistance as can by law be given to them for the recovery of deserters from the vessels of their respective countries. ||

It is understood that this stipulation shall not apply to the subjects of the country where the desertion takes place.

Nr. 11517.
Japan und
Spanien.
2. Jan. 1897.

Article XIII.

The commercial travellers of either of the High Contracting Parties shall enjoy in the territories of the other the same rights and privileges in respect of Patents or Permits as are granted or may hereafter be granted to commercial travellers of the most favoured nation. || If such commercial travellers shall have paid any Customs duties or deposited money on importation of sample goods into either country, they shall be entitled at the time of re-exportation or re-entry into warehouse, to repayment of such duties paid or money deposited, provided the necessary formalities shall have been complied with in accordance with the Customs Laws, Ordinances and Regulations of the respective countries.

Article XIV.

The High Contracting Parties agree that, in all that concerns commerce and navigation, any privilege, favour or immunity which either Contracting Party has actually granted, or may hereafter grant, to the Government, ships, subjects or citizens of any other State, shall be extended immediately and unconditionally to the Government, ships or subjects of the other Contracting Party; it being their intention, that the trade and navigation of each country shall be placed, in all respects, by the other on the footing of the most favoured nation. || It is, however, understood that the stipulation of this Article shall not apply to arrangements regarding Customs Tariff, that are or may hereafter be made respectively with any other countries, nor to the special treatment reserved by Spain to Portugal or to the Spanish-American Republics, provided that such special treatment should only be extended to the said countries.

Article XV.

Each of the High Contracting Parties may appoint Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular Agents in all the ports, cities and places of the other, except in those where it may not be convenient to recognize such officers. || This exception, however, shall not be made in regard to one of the Contracting Parties without being made likewise in regard to every other Power. || The Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular-Agents may exercise all functions, and shall enjoy all privileges, exemptions and immunities which are, or may hereafter be, granted to Consular officers of the most favoured nation.

Article XVI.

The subjects of each of the High Contracting Parties shall enjoy in the territories of the other the same protection as native subjects in regard to patents, trade-marks and designs, upon fulfilment of the formalities prescribed by law.

Nr. 11517.

Japan und

Spanien.

2. Jan. 1897.

Article XVII.

The High Contracting Parties agree to the following arrangement: || The several foreign Settlements in Japan shall be incorporated with the respective Japanese Communes, and shall thenceforth form part of the general municipal system of Japan. || The competent Japanese authorities shall thereupon assume all municipal obligations and duties in respect thereof, and the common funds and property, if any, belonging to such Settlements, shall at the same time be transferred to the said Japanese authorities. || When such incorporation takes place the existing leases in perpetuity under which property is now held in the said Settlements shall be confirmed, and no conditions whatsoever other than those contained in such existing leases shall be imposed in respect of such property. It is, however, understood that the Consular authorities mentioned in the same are in all cases to be replaced by the Japanese authorities. || All lands which may previously have been granted by the Japanese Government free of rent for the public purposes of the said Settlements shall, subject to the right of eminent domain, be permanently reserved free of all taxes and charges for the public purposes for which they were originally set apart

Article XVIII.

The stipulations of the present Treaty shall be applicable, as far as the laws permit, to the Spanish Provinces and possessions beyond the seas.

Article XIX.

The present Treaty shall, from the date it comes into force, be substituted in place of the Treaty of Friendship, Commerce and Navigation concluded on the 28th day of the 9th month of the 1st year of Meiji, corresponding to the 12th of November 1868, and the additional Article of the same date, and all Arrangements and Agreements subsidiary thereto concluded or existing between the High Contracting Parties; and from the same date such Convention, Treaty, Arrangements and Agreements shall cease to be binding, and, in consequence the jurisdiction then exercised by Spanish Courts in Japan and all the exceptional privileges, exemptions and immunities then enjoyed by Spanish subjects as a part of or appurtenant to such jurisdiction, shall absolutely and without notice cease and determine, and thereafter all such jurisdiction shall be assumed and exercised by Japanese Courts.

Article XX.

The present Treaty shall not take effect until the 17th day of the 7th month of the 32nd year of Meiji, corresponding to the 17th day of July 1899. It shall come into force one year after His Imperial Majesty's Government shall have given notice to His Most Catholic Majesty's Government of its wish to have the same brought into operation. || Such notice may be given at any time after the 16th day of the 7th month of the 31st year of Meiji,

corresponding to the 16th day of July 1898. This Treaty shall remain in force to the period of twelve years from the date it goes into operation. || Either High Contracting Party shall have the right, at any time after eleven years shall have elapsed from the date this Treaty takes effect, to give notice to the other of its intention to derminate the same, and at the expiration of twelve months after such notice is given this Treaty shall wholly cease and determine.

Nr. 11517.
Japan und
Spanien.
2. Jan. 1897.

Article XXI.

The present Treaty shall be ratified and the ratifications thereof shall be exchanged at Tokio as soon as possible. || It witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the same and have affixed thereto the seal of their arms. || Done at Madrid, in duplicate, this second day of the first month of the 30th year of Meiji, corresponding to the second day of January, one thousand eight hundred and ninety seven year of the Christian era.

(L.S.) S. Kurino.

(L.S.) El Duque de Tetuan.

Protocol.

The Government of His Majesty the Emperor of Japan and the Government of His Most Catholic Majesty the King of Spain, deeming it advisable in the interests of both countries to regulate certain special matters of mutual concern, apart from the Treaty of Friendship and General Intercourse signed this day, have through their respective Plenipotentiaries agreed upon the following stipulations:

1°. The High Contracting Parties agree to conclude hereafter a special Commercial Convention based upon the principle of reciprocity for the adjustment of the import duties to be levied upon the goods and merchandize of either of the two Contracting Parties upon importation into the other.

2°. It is agreed by the High Contracting Parties that one month after the exchange of the ratifications of the Treaty signed this day, the Import Tariff now in operation in Japan in respect of goods and merchandize imported into Japan by the subjects of His Most Catholic Majesty the King of Spain shall cease to be binding. From the same date the General Statutory Tariff of Japan, for the time being in force, shall, subject to the provisions of Article 23rd of the Treaty of November 12th 1868, at present subsisting between the Contracting Parties, as long as the said Treaty remains in force, be applicable to the goods and merchandize of the territories of Spain and her Provinces and possessions beyond the seas, upon importation into Japan. || But nothing contained in this Protocol, shall be held to limit or qualify the right of the Japanese Government to restrict or to prohibit the importation of adulterated drugs, medicines, food or beverages; indecent or obscene prints, paintings, books, cards, lithographic or other engravings, photographs, or any other indecent or obscene articles; articles in violation of

Nr. 11517. patent, trade-mark or copyright laws of Japan; or any other article which
 Japan und for sanitary reasons, or in view of public security or morals might offer
 Spanien. any danger.
 2. Jan. 1897.

3°. The Japanese Government, pending the opening of the country to Spanish subjects, agrees to extend the existing passport system in such a manner as to allow Spanish subjects, on the production of a certificate from the Spanish Representative in Tokio, or from any of His Most Catholic Majesty's Consuls at the open ports in Japan, to obtain upon application passports available for any part of the country, and for any period not exceeding twelve months, from the Imperial Japanese Foreign Office in Tokio, or from the chief authorities in the Prefecture in which an open port is situated; it being understood that the existing Rules and Regulations governing Spanish subjects who visit the interior of the Empire are to be maintained.

4°. The Japanese Government undertakes, before the cessation of Spanish Consular Jurisdiction in Japan, to join the International Conventions for the Protection of Industrial Property and Copyright.

5°. It is understood that all cases pending in the Spanish Consular Courts in Japan at the time of the cessation of the latter shall continue to be subject to the same until finally adjudicated.

6°. The High Contracting Parties agree to conclude a special Convention for the mutual surrender of fugitive criminals. Until such Convention shall have been concluded each Contracting Party shall extend to the other the same rights and privileges in the matter, as well as in the execution of requisitions concerning civil and criminal cases, as have been granted or may hereafter be granted to the most favoured Nation.

7°. The High Contracting Parties agree to notify to each other all cases in which either shall have granted its nationality to a subject of the other in accordance with the laws of the country. All such cases of naturalization shall be considered null and void as regards the country to which such naturalized subjects originally belonged, unless the above mentioned condition of notification shall have been previously complied with. Should such naturalized subjects go back to the country of origin without intention of returning to that of naturalization, they shall „ipso facto“ be bound by all the duties and obligations incumbent upon them as the subjects of their native country, and shall be held to have tacitly renounced the acquired nationality. || A residence exceeding one year shall be held as „prima fascie“ evidence of such renunciation.

8°. The undersigned Plenipotentiaries have agreed that this Protocol shall be submitted to the two High Contracting Parties at the same time as the Treaty of Friendship and General Intercourse signed this day, and that when the said Treaty is ratified the agreements contained in the Protocol

shall also equally be considered as approved without the necessity of a further formal ratification.

Nr. 11517.
Japan und
Spanien.
2. Jan. 1897.

It is also agreed that this Protocol shall terminate at the same time the said Treaty ceases to be binding. || In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the same, and have affixed thereto their seals. || Done at Madrid, in duplicate, this second day of the 1st month of the 30th year of Meiji, corresponding to the second day of January, one thousand eight hundred and ninety seven of the Christian Era.

(L.S.) S. Kurino.

(L.S.) El Duque de Tetuan.

Royal Palace, January 2nd 1897.

Your Excellency: || I have the honour to inform Your Excellency that in accordance with Article 2nd of the Protocol signed this day, one month after the exchange of the ratifications of the Treaty of Friendship and General Intercourse to which the said Protocol is attached, and as long as the most favourable treatment is granted by Japan to all articles or merchandize, produced or manufactured in Spain and her Provinces and possessions beyond the seas, the second column of the respective Import Tariffs of the Peninsula and the Islands of Cuba and Puerto Rico will be applied to the produce and manufactures of Japan, proceeding directly therefrom, and in the Philippine Islands the General Tariff in force for other Nations.

I avail myself, &c., &c.,

Signed: El Duque de Tetuan
To the Japanese Plenipotentiary ad hoc,
&c., &c., &c.

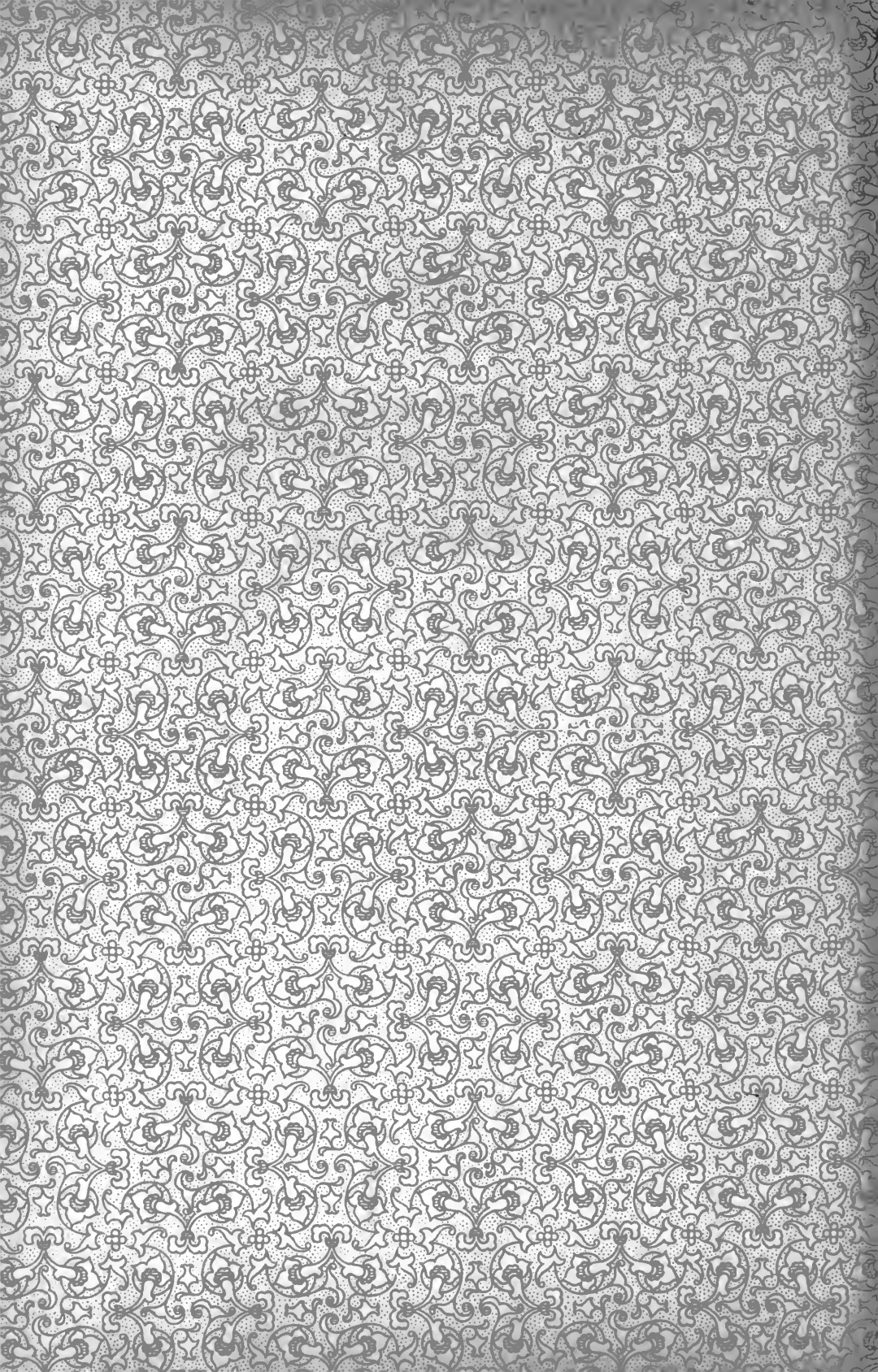
Druck von Bär & Hermann in Leipzig.



327.08

5775

v.60



UNIVERSITY OF FLORIDA



3 1262 08553 2504

